

Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Finanzierungsantrag für die vierte Forschungsphase 1997-1999

Postprint / Postprint

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1996). *Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Finanzierungsantrag für die vierte Forschungsphase 1997-1999*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58293>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Sonderforschungsbereich 186

Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf

**Institutionelle Steuerung
und individuelle
Handlungsstrategien**

**Finanzierungsantrag für die
vierte Forschungsphase
1997 - 1999**

Bremen, Juli 1996



An die
Deutsche Forschungsgemeinschaft
- Sonderforschungsbereich -

53170 Bonn

über
den Rektor der Universität Bremen
Herrn Prof. Dr. Jürgen Timm

Antrag auf Finanzierung des Sonderforschungsbereichs 186
"Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf - Individuelle
Handlungsstrategien und institutionelle Steuerung"

gefördert seit 1988

für die Jahre 1997 - 1998 - 1999

Sprecherhochschule
Universität Bremen

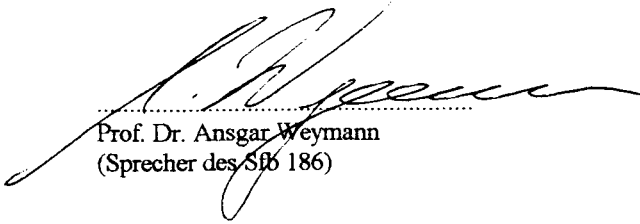
Sprecher
Prof. Dr. Ansgar Weymann

Sekretariat des Sfb
Christel Schneider

Dienstanschrift
Sonderforschungsbereich 186
der Universität Bremen
FVG-West, Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel.: (0421) 218 4144/4149
Fax: (0421) 218 4153

Dienstanschrift
Sonderforschungsbereich 186
der Universität Bremen
FVG-West, Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel.: (0421) 218 4152/4167
Fax: (0421) 218 4153

Bremen, den 24.06.1996



Prof. Dr. Ansgar Weymann
(Sprecher des Sfb 186)

Bremen, den 24.06.1996



Prof. Dr. Jürgen Timm
(Rektor der Universität Bremen)

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Angaben zum Sonderforschungsbereich	
1.1	Forschungsprogramm	7
1.21	Übersicht über die Teilprojekte	44
1.3	Inhaltlich-strukturelles Umfeld und personelle Situation des Sonderforschungsbereichs	45
1.41	Verzeichnis der laufenden Dissertationen oder vergleichbarer Arbeiten auf dem Gebiet des Forschungsprogramms	48
1.5	Verzeichnis der Forschungsthemen, an denen WissenschaftlerInnen des Sonderforschungsbereichs mitarbeiten und die in anderen Verfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder anderer Zuwendungsgeber gefördert werden oder für die Förderungsanträge gestellt worden sind	51
2.	Überblick über die bisherige und die beantragte Förderung des Sonderforschungsbereichs	
2.11	Zusammenstellung der dem Sonderforschungsbereich im letzten Förderungszeitraum aus der <u>Grundausrüstung</u> (GA) zur Verfügung gestellten <u>Sachmittel</u> sowie des entsprechenden Ansatzes für 1997	59
2.12	Zusammenstellung der als <u>Ergänzungsausrüstung</u> für den Sonderforschungsbereich bis einschl. 1996 bewilligten und für die Haushaltsjahre 197 bis 1999 beantragten Mittel	60
2.2	Anzahl der <u>Personalstellen</u> , die aus der <u>Grundausrüstung</u> 1996 für die jetzt beantragten Teilprojekte zu Verfügung stehen werden	61
2.3	Anzahl der Stellen, für die <u>Personalmittel</u> als <u>Ergänzungsausrüstung</u> beantragt werden	
	für das Haushaltsjahr 1997	62
	für das Haushaltsjahr 1998	63
	für das Haushaltsjahr 1999	64

2.4	Als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragte Mittel für <u>Sächliche Verwaltungsausgaben</u>	
	für das Haushaltsjahr 1997	65
	für das Haushaltsjahr 1998	66
	für das Haushaltsjahr 1999	67
3.	Darstellung des Forschungsprogramms nach Projekt- bereichen und Teilprojekten	
3.0	Projektbereich A	
	Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem	
3.01	Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs	69
3.1	Teilprojekt A1	
	Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familien- gründung: Fachkräfte 10 Jahre nach ihrem Schulabschluß	73
3.1	Teilprojekt A3	
	Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener - Erwerbsverlauf und Delinquenz nach der 2. Schwelle	109
3.1	Teilprojekt A4	
	Berufsverläufe im sozialen Wandel - Optionen und Re- striktionen (Risikopassage Berufseintritt III)	149
3.0	Projektbereich B	
	Statuspassagen zwischen Reproduktions- und Erwerbs- arbeit	
3.01	Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs	189
3.1	Teilprojekt B1	
	Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel	191
3.1	Teilprojekt B6	
	Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internatio- nalen Vergleich	231

3.0	Projektbereich C	
	Statuspassagen innerhalb der Erwerbsarbeit	
3.01	Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs	275
3.1	Teilprojekt C1	
	Institutionelle Steuerung und individuelle Verarbeitung gesundheitlicher Risikolagen - Ansätze zu einer Lebens- laufpolitik der Krankenkassen? (Institutionelle Regu- lierung im Wandel - Teil II)	279
3.1	Teilprojekt C4	
	Abstiegskarrieren und Auffangpositionen IV: Erwerbs- verläufe und "relative Gesundheit"	319
3.1	Teilprojekt C5	
	Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase: Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (II): Frühverrentung versus Altersteilzeit- arbeit	355
3.0	Projektbereich D	
	Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung	
3.01	Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs	393
3.1	Teilprojekt D1	
	Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren im gesellschaftlichen Wandel (1933-1957)	397
3.1	Teilprojekt D3	
	Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesell- schaftlichem Strukturwandel (Sozialhilfekarrieren IV)	435
3.1	Teilprojekt YE2	
	"Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern"	471
3.1	Teilprojekt Z	
	Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV	505
4.	Ordnung des Sonderforschungsbereichs	551

1. Allgemeine Angaben

1 Allgemeine Angaben zum Sonderforschungsbereich

1.1 Forschungsprogramm

1.1.1 Rückblick und Vorausschau

1. Förderungsphase (1988-1990): Handlungsmuster

In der 1. Förderungsphase (1988-1990) des Sonderforschungsbereichs Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf an der Universität Bremen wurde als zentraler Untersuchungsgegenstand das Veränderungspotential des Lebenslaufs im Verhältnis zur institutionellen Steuerung des sozialen Wandels bestimmt. Die Untersuchungsfragen der Teilprojekte zielten auf die Analyse der *Handlungsmuster*, mit denen Institutionen, kollektive und individuelle Akteure (Kohorten, Geschlechter, Berufs- und Sozialversicherungsgruppen) auf die Erosion der Normalbiographie antworteten. Als Beobachtungsfenster wurden die Statuspassagen in und um das Erwerbs- und Familiensystem festgeschrieben; sie galten als Ort der institutionellen Verteilung und der kollektiven sowie individuellen Bewältigung der Chancen und Risiken von sozialer Partizipation und Lebenslaufkontinuität. Methodologisch an der Schnittstelle von quantitativem und qualitativem Paradigma angesiedelt, wurden für die empirische Bearbeitung des Forschungsprogramms standardisierte und interpretative Untersuchungsverfahren kombiniert; diese Integrationsstrategie wurde durch eine projektübergreifende forschungsbegleitende Methodenentwicklung abgestützt.

2. Förderungsphase (1991- 1993): Soziale Kontexte und Risikolagen

In der 2. Förderungsphase (1991-1993) wurde dieses handlungstheoretisch orientierte und institutionenbezogene Forschungsprogramm in zwei Richtungen vertieft, zum einen im Hinblick auf die Herausbildung und Verarbeitung von *Risikolagen im Zeitablauf des Lebens* (Verzeitlichung von Risiken), zum anderen im Hinblick auf *Veränderungen sozialer Kontexte* in der Abfolge von Statuspassagen. Im Vordergrund des theoretischen Interesses stand die wechselseitige Bezugnahme von Institutionen und kollektiven sowie individuellen Akteuren bei der Herausbildung von modernen Lebensverlaufsmustern. Methodisch bedeutete dies eine verstärkte Hinwendung zu Fragen der Koordinierung von statistischen und interpretativen Auswertungsverfahren und zur theoriegeleiteten Verbindung der so gewonnenen Erkenntnisse, d.h. zur Entwicklung tragfähiger Konzepte im Sinne der Anschlußfähigkeit an soziologische und sozialpsychologische Theoriedebatten. Die Teilprojekte, ausgehend von ihren je gegenstandsspezifischen Ergebnissen, leisten hier Pionierarbeit für ein empirisch gehaltvolles Modell zur Theoriebildung über die gesellschaftliche und biographische Organisation des modernen Lebenslaufs.

3. Förderungsphase (1994-1996): Institutionen und sozialer Wandel

Die 3. Förderungsphase (1994-1996) führte zu einer weiteren Fortentwicklung der theoretischen und methodischen Arbeitsweise. Der Sonderforschungsbereich 186 ist in seiner Eingangsphase einem Theoriekonzept gefolgt, das sich insbesondere handlungstheoretischen Perspektiven und Begriffen des Symbolischen Interaktionismus verpflichtet wußte. Dieser interpretative theoretische Focus spiegelte sich im Begriff der Statuspassage wider, fand seinen Niederschlag aber auch im Verständnis von *Institutionen und sozialem Wandel* sowie in einem biographietheoretischen Blickwinkel auf Lebensläufe und im Stellenwert qualitativer Methoden. Im Zuge der Arbeiten des Sonderforschungsbereichs wurde eine Stärkung quantitativer und sekundäranalytischer Verfahren erreicht und die Integration von Datensätzen vorangetrieben, die mit verschiedenen Verfahren erhoben wurden. Dem integrierten Einsatz unterschiedlicher Methoden in Abhängigkeit von der jeweiligen Fragestellung des Projekts ("Methoden-Mix") entspricht die Einbeziehung erweiterter theoretischer Zugriffe auf den Gegenstand Lebenslauf, so die Auseinandersetzung mit rational choice-Theorien biographischer Entscheidungen im Lebenslauf und die Aufnahme institutionstheoretischer Annahmen aus dem politikwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Kontext, insbesondere im Hinblick auf Sozialpolitik und Arbeitsmarkt. Der Sonderforschungsbereich beteiligte sich mit seiner Projektarbeit damit zugleich intensiv an der Fortentwicklung sozialwissenschaftlicher Methoden und sozialwissenschaftlicher Theorien.

4. Förderungsphase (1997-1999): Lebenslaufpolitische Grundsatzfragen

In der 4. Förderungsphase (1997-1999) richtet sich die Leitfrage auf die Strukturkonzeptioneller Vorstellungen von Lebenslaufpolitik in den Arbeitsbereichen des Sonderforschungsbereichs 186, also auf *lebenslaufpolitische Grundsatzfragen und Konzepte* hinsichtlich Familie, Bildung, Arbeit und Beruf, Gesundheit und Sozialpolitik/soziale Sicherung und auf die institutionellen Rahmensetzungen von Lebenslaufpolitik in diesen Feldern. Beides unterliegt gegenwärtig einem starken Veränderungsdruck durch die Internationalisierung von Kapital, Arbeit und Recht. Das Wechselspiel von policy und politics als Optionen, Restriktionen und Opportunitäten von Lebensläufen folgte bislang stark besonderen nationalen Traditionen. Im internationalen Vergleich und unter den Bedingungen von Europäisierung/-Globalisierung werden ihre Eigenarten - Stärken wie Schwächen - deutlicher sichtbar. Die Besonderheiten des deutschen Lebenslaufregimes als konzeptionelle Vorstellung (policy) und institutionelles Arrangement (politics) wird deshalb im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten der beantragten neuen Förderungsphase unter der Leitfrage Lebenslaufpolitik stehen. Zur Koordination der Projektarbeiten unter dieser Leitfrage wird eine ständige Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie wird zugleich die

letzte Förderungsphase des Sonderforschungsbereichs 186 (2000-2002) vorbereiten, die den internationalen Vergleich von Lebenslaufpolitik unter dem Blickwinkel von Alternativen abschließen soll.

1.1.2 Gesellschaftliche Modernisierung und Lebenslaufpolitik

Das Thema Biographie, Lebenslauf und Lebenslaufpolitik genießt nicht nur in den Sozial- und Humanwissenschaften Aufmerksamkeit, sondern auch in der Literatur, in den Massenmedien und in Politikfeldern wie Familienpolitik, Bildungspolitik, Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik. Dieses Interesse ist eine Folgeerscheinung der Modernisierung in westlichen Industriegesellschaften, der 'okzidental Rationalität' (Weber). Zu deren Charakteristika gehören eine hohe gesellschaftliche Komplexität durch Arbeitsteilung und funktionale Spezialisierung, soziale und kulturelle Differenzierung, individualisierte Lebensläufe und die fortgesetzte aufklärerische Rationalisierung immer weiterer Lebensbereiche mit der Folge des 'Ausgangs des Individuums aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit' (Kant), aber auch der Entfremdung von Religion, tradierten Institutionen und örtlichen Gemeinschaften als den vertrauten Lebenswelten des Alltags.

Eine besondere Rolle in dieser Entwicklung spielt die Entstehung zahlloser, auf bestimmte Lebensabschnitte spezialisierter sozialer Systeme und Institutionen: Familien- und Erziehungseinrichtungen, Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsinstitutionen, Instrumente der Intervention in Arbeits-, Beschäftigungs- und Berufsverläufe, Einrichtungen zum Erhalt oder zur Wiederherstellung der physischen und psychischen Gesundheit, Systeme der sozialen Sicherung, Institutionen der Altersversorgung und -pflege und vielfältige Institutionen der Selbsthilfe in immer neuen, speziellen Lebenslagen. Hochspezialisierte Institutionen für alle Abschnitte und Situationen des Lebenslaufs machen gegebene, mögliche, gefürchtete oder erwünschte biographische Konstellationen und Verläufe zum allzeit präsenten und wichtigen Objekt des alltäglichen Bewußtseins, des öffentlichen Diskurses, der Politik und zum Gegenstand immer perfekterer Beobachtung, Beschreibung und Analyse durch die Wissenschaften. Eine verwissenschaftlichte und öffentliche Lebenslaufpolitik entsteht.

Lebensläufe waren zwar stets Gegenstand von politischem Gestaltungswillen. Ein Kennzeichen moderner Gesellschaften aber ist die Verwissenschaftlichung von Lebenslaufpolitik als systematischer, rationaler Einflußnahme auf das Wechselspiel von Gesellschaftsformen und Biographien. Die Ordnungspolitik gegenüber Lebensläufen in Familie, Partnerschaft und Geschlechterbeziehungen, Erziehung und Bildung, Beruf und Beschäftigung, Gesundheit, Krankheit und Therapie, sozialer

Sicherung und sozialer Kontrolle dehnt ihre Grenzen fortlaufend aus. Dem entspricht eine historisch wachsende Erwartungshaltung gegenüber der Leistungsfähigkeit der Lebenslaufpolitik des Staates. Die in Deutschland traditionell starken Erwartungen an staatliche Lebenslaufpolitik haben in der Reformpolitik der sechziger Jahre einen zusätzlichen Impuls erhalten. Eine Stärkung der Erwartungen an staatliche Lebenslaufvorsorge könnte auch durch die Wiedervereinigung eintreten. Doch gibt es gegen das tradierte Verständnis von Lebenslaufpolitik auch Gegenbewegungen. Das Staatsmonopol ist in Bildungswesen und Bildungspolitik schon bislang nicht perfekt. Berufsbildung und Weiterbildung werden von korporativen Akteuren und Marktkräften mitgeprägt. Es gibt eine Entstaatlichungsdebatte um Gesundheitswesen, Altersvorsorge, Arbeit und Beschäftigung. Die europäischen Einigungsprozesse mit ihrem rechtlichen Angleichungsdruck, der wachsende Wettbewerb auf dem Weltmarkt von Kapital und Arbeit, die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte bedeuten ebenfalls eine Herausforderung für die staatliche Lebenslaufpolitik. Und schließlich entstehen durch einen oft latenten kulturellen Wandel Gegenbewegungen zum Muster des fürsorglichen und allzuständigen Staat (Swaan 1993). Es ist mit einem wachsenden Einfluß des Marktes und nichtstaatlicher korporativer Akteure sowie mit immer komplizierteren Rechtsverhältnissen zu rechnen. Auch wird Lebenslaufpolitik durch ein zunehmend komplexes, steuerfinanziertes Geflecht zwischen Politik und Klientelen bestimmt (Beyme 1993).

Gegenüber der modernen, expansiven und intensiven Lebenslaufpolitik hat die Sozialwissenschaft die Aufgabe, Konzeptionen, institutionelle Strukturen und Prozesse empirisch zu prüfen und Ergebnisse und Optionen dem öffentlichen Diskurs auszusetzen (Rawls 1975; 1992). Dies setzt eine Kooperation soziologischer mit ökonomischen und sozialpolitischen Perspektiven auf Lebenslaufforschung und Lebenslaufpolitik voraus.

1.1.3 Theorieentwicklungen

Unter der Leitfrage von Lebenslaufpolitik ist die bisherige Theoriestruktur, an die wir kurz anknüpfen werden (1), um einige neue Aspekte zu ergänzen: insbesondere um (2) die Interrelationen zwischen Gesellschaftsformen und Lebensläufen durch die diskursive Konstruktion des Sozialen in ihrem Verhältnis zur Rolle von Märkten und Wohlfahrtsstaat, um (3) das Verständnis von Statuspassagen und biographischen Akteuren als Mikro-Makro-Brücke und um (4) die historischen Differenzierungen biographischer und sozialer Zeit.

Es ist interessant zu sehen, wie sich diese aktuellen Themen der Lebenslaufpolitik und Lebenslaufforschung an eine lange Modernisierungsgeschichte sozialen Denkens und soziologischer Theorie anschließen.

(1) Rekurs auf die bisherigen Förderungsphasen

Im Finanzierungsantrag für die 3. Forschungsphase 1994-1996 hieß es, daß sich die gegenwärtige Gesellschaft in einer Phase der beschleunigten Modernisierung befinde. Kultur- und biographietheoretisch wurde dies als umfassender Wandel von Lebensweisen und Lebensläufen gedeutet, als Veränderung sozialer und kultureller Bezugssysteme für biographische Entwicklungsprozesse. Die mit dem Schlagwort Individualisierung bezeichneten Veränderungen in der Lebensführung sind mit Gestaltungsoptionen und -pflichten verknüpft, die sich auf neue strukturelle und institutionelle Bedingungen und Ressourcen zu beziehen haben. Die Modernisierung von Lebensläufen ist deshalb als sozialer Differenzierungsprozeß einerseits, als notwendige Zunahme von Selbstreflexion und Beteiligung der Akteure bei der Vermittlung von Struktur und Handlung andererseits zu verstehen (Born/Krüger 1993; Krüger 1993a und 1993b/1996).

Theoretisch kann der Lebenslauf als institutionalisiertes Programm, als kulturelles Schema oder als Biographie konzeptualisiert werden; entsprechend hat sich die Forschung entweder der objektiven oder der subjektiven Seite, den Lebensverläufen oder der erfahrenen Lebensgeschichte zugewendet (vgl. Hagestad 1991). Makrosoziologische Theorien argumentieren im Rahmen altersstrukturierter Lebensereignisse, die individuelle Biographien in Verlaufsmuster einbinden (vgl. Featherman 1986). In dieser Betrachtungsweise stehen dynamische Analysen von Ablaufmustern im Mittelpunkt. Kulturosoziologische Konzepte betonen, daß in der modernen Gesellschaft das Individuum bei der Konstruktion seiner Biographie als eigener Strategieberater agiere und sich dabei auf die dominanten Normen des gesellschaftlich institutionalisierten Individualismus beziehe (vgl. Meyer 1988). Dementsprechend werden kulturspezifische Fahrpläne und altersphasenbezogene Mentalitäten untersucht. Biographietheoretisch hat etwa M. Kohli 1978 (S.27) darauf hingewiesen, daß "die ständigen sozialen Veränderungen ... mehr individuelle biographische Bewältigung erforderlich (machen)". Zum Forschungsgegenstand werden die wechselseitigen Beziehungen zwischen institutioneller und individueller Lebenslaufkonstruktion, d.h. die institutionellen Umgangsweisen mit Individualisierungsansprüchen und Kontinuitätserwartungen hier und die Bewältigung von Chancen und Risiken im Lebensverlauf durch die biographischen Akteure dort (Kohli 1985; Beck 1986; Giddens 1990/ 1991).

Die Teilprojekte des Sonderforschungsbereichs sind dementsprechend auf den Zusammenhang von gesellschaftlich formierten Lebenslaufregimen und subjektiven Biographiekonstruktionen vor dem Hintergrund der weiterwirkenden Strukturen sozialer Ungleichheit ausgerichtet. Es werden Übergänge zwischen und innerhalb von gesellschaftlichen Lebensfeldern analysiert, in denen von Individuen erwartet wird, daß sie sich auf ein oder mehrere institutionalisierte Handlungsmuster und Zeitpläne beziehen und ihre Biographie entsprechend koordinieren. Als exemplarische Schauplätze der Reproduktion wie auch als Orte des sozialen Wandels gelten Statuspassagen, da in ihrem Ablauf Individuen an Aushandlungsprozessen von Erhalt und Innovationen der Muster der Lebensführung beteiligt sind. Statuspassagen sind durch den jeweiligen biographischen Kontext wie durch gesellschaftliche Strukturen und institutionelle Bedingungen vermittelt (vgl. Elder/O'Rand 1992).

(2) Interrelationen zwischen Gesellschaftsformen und Lebensläufen

Unter der Leitfrage von Lebenslaufpolitik lassen sich in der sozialwissenschaftlichen Theoriearbeit zwei Traditionen unterscheiden, die für die Forschungsarbeit des Sonderforschungsbereichs von Bedeutung sind: (a) die klassischen soziologischen Modernisierungstheorien der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit in sinnhaftem sozialen Handeln als - aufklärerischem - Diskurs und interaktive Verhandlung sozialer Ordnung und (b) Theorien, die den Anschluß an Ökonomie, Recht und Politik zu wahren suchen, vor allem Theorien rationalen Handelns und institutionalistische Theorien der Rolle von Märkten und Wohlfahrtsstaat (Weymann 1996).

(a) Diskursive Konstruktion des Sozialen: Eine alte soziologische Vorstellung der Verknüpfung von Biographien und Gesellschaftsformen ist die Idee der Erschaffung der modernen Gesellschaft aus dem aufklärerischen Diskurs (Comte 1974, S.14). Im positiven Zeitalter der Moderne, sagte Comte, ist der Fortschritt die Grundlage der sozialen Ordnung geworden. Die Soziologie stiftet hier eine neue geistige Gemeinschaft, die auf der freiwilligen, aufgeklärten, einhelligen Zustimmung zu den Grundbegriffen des sozialen und politischen Lebens (a.a.O, S. 151) beruht. Die Phylogenese der Menschheit schreitet analog der Evolution der Natur und der Ontogenese des Individuums zum Zustand der sozialwissenschaftlich begründeten, diskursiv ausgehandelten Ordnung voran (Comte 131ff). Gesellschaftsformen und Biographien gelangen in ein Verhältnis der Harmonie.

Auf Comtes Spuren beschreiben soziologische Diskurstheorien der Gegenwart den sozialen Prozeß, der menschliche Biographien mit der jeweiligen Gesellschaftsform verknüpft, als einen Vorgang der Erzeugung sozialer Realität im interaktiven

Handeln, als Konstruktion sozialer Wirklichkeit. Als exemplarisch für Theorien diskursiver Erzeugung geteilter symbolischer Universen (Schütz) können Meads pragmatistische Sozialphilosophie, Strauss' negotiated order approach, Goffmans theatrum mundi und Habermas' Theorie kommunikativen Handelns gelten. Mead (1968, 1969, 1980/87) entwickelt eine Konzeption von intentionaler Sozialität der Akteure, die sich auf die Lösung praktischer Probleme und auf Kooperation gründet. Strauss (1963/1978/1988/1991) erweitert die Idee der intentionalen Konstitution symbolischer Welten zu einer Theorie der ausgehandelten sozialen Ordnung. Goffmans (1969/1971) dramaturgische Perspektive auf Gesellschaft und Biographie setzt für die erfolgreiche Aufführung des Sozialen den allgemeinen Willen voraus, die Reziprozität sozialen Handelns zu beachten und das Spiel fortzusetzen. In Habermas' Theorie kommunikativen Handelns werden die Strukturen gesellschaftlicher Wirklichkeit im kommunikativen Diskurs erzeugt und wirken die diskursiv erzeugten Strukturen auf Identität und Biographie zurück. In der modernen Gesellschaft, so Habermas, kann die Reproduktion von Kultur, Gesellschaft und Person immer weniger von gewohnten, bewährten und konsentierten "Beständen einer konkreten Lebensform" garantiert werden, sondern sie muß immer mehr von riskanten Konsensen, den "kooperativen Leistungen der kommunikativ Handelnden" selbst erzeugt werden (Habermas 1985, S.399).

Entgegen beobachteten und beschriebenen anomischen Tendenzen der Zuspitzung des Gegensatzes von formaler Gesellschaft und atomistischer Individualität wird in diesen Theorien die Rolle vielfältiger, kreativer Konstitution von Sozialstrukturen, Institutionen, Lebenswelten und Biographien hervorgehoben. Historisch nehmen Kontingenz, Reflexivität und Emergenz in Gesellschaft und Biographie zu. Die diskursive Form des Sozialen macht die Chance moderner Gesellschaften und Biographien aus, sie stellt aber auch eine unaufhebbare Bedrohung und Verunsicherung dar. Risikolagen sind in einer emergent gedachten sozialen Welt die Lebenswelten des Alltags.

(b) Markt und Wohlfahrtsstaat: Eine andere Perspektive auf das Wechselspiel von Gesellschaftsformen, sozialem Wandel, Lebensverläufen und Biographien bieten die Kategorien Markt und Wohlfahrtsstaat. Theorien rationaler Entscheidung stellen das utilitaristische Individuum in das Zentrum der Analyse. Biographische Entscheidungen werden als Wahlhandlungen unter gegebenen wie auch unter selbst bereits geschaffenen Bedingungen gesehen, sie sind optimierende Entscheidungen unter Knappheit angesichts gegebener Ressourcen und Restriktionen. Biographien sind nicht zuletzt durch die Allokation knapper Mittel bei der Verfolgung konkurrierender Ziele bestimmt, vor allem durch die Allokation von Zeit über einen Lebenslauf. Zeit ist ein Gut, das z.B. auf Konsum, Erwerbstätigkeit oder In-

vestition in Humankapital verteilt werden kann. Die Verteilung richtet sich nach dem Gegenwartswert zukünftiger Erträge und nach Opportunitätskosten. Daß Zeitverwendung eine Entscheidung über Humankapital ist, wird am Konflikt zwischen bildungs-, berufs- und familienbiographischen Entscheidungen sichtbar (Schultz 1986, p.37). Coleman hat die Humankapitalperspektive um einen generationstheoretischen Aspekt erweitert, indem er die historischen Veränderungen der Investition in Humankapital durch Eltern und Kinder in diesem Jahrhundert auf modifizierte Ertragserwartungen an Bildung zurückführt (Coleman 1990, p.579-609; cf. Becker 1982; Olson 1968; Schultz 1986; Esser 1993).

In seiner "Untersuchung zur Natur und den Ursachen des Reichtums der Nationen" beschreibt bereits Adam Smith (Smith 1974) sehr anschaulich die Verknüpfung von Biographien und Gesellschaftsformen durch rational utilitaristisches Handeln. In modernen Gesellschaften wird die Produktivität der Arbeit durch Arbeitsteilung und den Einsatz technischer Mittel unermesslich gesteigert. Durch den freien Tausch der überschüssigen Produkte wachsen individueller und gesellschaftlicher Wohlstand bis zu einem Optimum. Doch diese moderne Vergesellschaftung von Lebensläufen über Tauschprozesse utilitaristisch kalkulierender Akteure hat auch bedrohliche biographische und gesellschaftliche Folgen. Auf der Persönlichkeitsebene, so Smith, zerstört die moderne Arbeitsform Geist und Persönlichkeit, Sprachfähigkeit und staatsbürgerliche Loyalität, Berufsqualifikation und Verteidigungsbereitschaft. Auf der gesellschaftlichen Ebene stellt sie nicht die notwendigen kollektiven und öffentlichen Güter her. Dazu bedarf es des Einsatzes von Steuermitteln zur Schaffung öffentlicher Ordnung und Sicherheit (Justiz, Polizei, Militär), vor allem aber der Einrichtung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen wie kostenloses Schulwesen und Erwachsenenbildung, öffentlich finanzierte Kultur und Infrastruktur sowie ein geregeltes Aufstiegswesen durch den Erwerb abgestufter Zeugnisse.

Kennzeichnend für diese theoretische Tradition ist der Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit, Märkten und Sozialstaat mit seinen Folgen für Lebensläufe und Lebenslaufpolitik. So führt Max Weber aus, daß die okzidentale Rationalität der beruflichen Gestaltung des Erwerbslebens, kapitalistischer Wirtschaftsform, bürokratischer Herrschaft, Fachschulung und Erziehung - eingebettet in den Kontext eines asketischen Protestantismus - zwar erfolgreich den benötigten Sozialcharakter erzeuge (Schluchter 1979), jedoch damit einhergehend auch ein 'Gehäuse der Hörigkeit', ein modernes 'Fellachentum' (Weber 1964, p.1061; cf. Weber 1985, p.45). Thomas Marshall (1992) und Ralf Dahrendorf (1992) sprechen vom "modernen sozialen Konflikt" zwischen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten, Politik und Ökonomie, Anrechten und Angeboten, Sozialstaat

und Wirtschaftswachstum, der durch den hohen Wert wohlfahrtsstaatlicher Rechtsansprüche, die sozialpolitische Angebotsvermehrung und die Ausweitung der Anzahl der Anspruchsberechtigten eingetreten sei. Im modernen Wohlfahrtsstaat ergeben sich Lebenschancen aus einer Kombination von Marktoptionen und sozialen Rechten.

Soziale Konflikte entstehen nicht allein durch den Markt, sondern auch durch den Wohlfahrtsstaat selbst. In der wohlfahrtsstaatlichen Induzierung individueller und gruppenspezifischer biographischer Chancen gibt es Exklusionen und Inklusionen, Zugangsberechtigte und -nichtberechtigte, und es gibt im Wettbewerb um Rechte erfolgreiche und erfolglose individuelle und kollektive Akteure. Entwickelte soziale Rechte werden als Ressource im Lebenslauf wahrgenommen und eingesetzt wie andere Güter auch. Lebenschancen sind deshalb im Wohlfahrtsstaat abhängig von Lebenslaufpolitik.

(3) Statuspassagen biographischer Akteure als Mikro-Makro-Brücke

Sozialwissenschaftliche "grand theory" unternimmt mehr als früher den Versuch, Brüche zwischen Mikro- und Makroanalyse bzw. eine einseitige Ableitung einer der beiden Ebenen aus der jeweils anderen zu vermeiden. Darüber hinaus hat speziell die Lebenslaufforschung eine Reihe von Konzepten zur Überbrückung zwischen Makro- und Mikroanalysen herausgebildet, mit denen im Sfb 186 gearbeitet wird: Generationen und Kohorten; rationales und biographisches Handeln; Statuspassagen und die Aushandlung von Biographien. Diese Konzepte versuchen in unterschiedlicher Weise die jeweiligen Schwächen einer reinen strukturalistischen Makroperspektive und einer subjektivistischen Mikroperspektive auf sozialen Wandel und Lebensläufe zu vermeiden. Wir wollen ihre Bedeutung jeweils kurz skizzieren (Heinz 1996).

(a) Von kollektiven Riten zu individualisierten Statuspassagen: Wir leben heute in einer Gesellschaft, in der Individuen sowohl mehr Optionen für die Gestaltung ihrer Lebensläufe als auch eine höhere Verantwortlichkeit für das Ergebnis ihrer Entscheidungen haben. Statuspassagen sind das Ergebnis individueller Entscheidungen über alternative Wege und Zeitpläne, sie sind nicht mehr kollektive Rituale und Zeremonien, wie wir sie aus der Anthropologie als rites de passage kennen (van Gennep 1908). Die Initiationszeremonie traditionaler Gesellschaften besteht aus drei Schritten: Ablösung vom alten Status, individuelle Transformation und Reintegration in den neuen Status. Makro- und Mikrostruktur sind hier noch nicht getrennt. Heutzutage gibt es zwar auch noch Reste kollektiver Passageriten, wie beispielsweise die Graduierung in amerikanischen Hochschulen

oder die ostdeutsche Jugendweihe, aber mit der Loslösung von dem alten Status findet nicht zugleich die Einmündung in einen vorherbestimmten neuen Status statt. Am Ende des 20. Jahrhunderts muß jeder mit einer großen Bandbreite von institutionalisierten Lebenswegen und Zeitordnungen selbst zurechtkommen. Anstatt an kollektiven Übergangsriten teilzunehmen, ist das Individuum gezwungen, aktiv mit den gate-keepern sozialer Institutionen - Erziehung, Bildung, Arbeit, Sozialpolitik - über seine weitere Biographie zu verhandeln.

(b) Generationen und Kohorten: Auch das Generationskonzept umfaßt makrostrukturelle und subjektiv biographische Aspekte. Zur Makroperspektive gehört die Kohortenstruktur von Generationen, beispielsweise nach Geburtsjahr, Bildungsabschluß oder nach dem Jahr des Arbeitsmarkteintritts oder der Verrentung. Generationen sind ihrer selbst bewußte Kohorten (Weymann und Sackmann 1993/94; Weymann 1995a, 1995b). Mit Generation wird die kulturelle Mentalität und das Selbstbild von Kohorten bezeichnet. Karl Mannheim (1928) zufolge sind es bestimmte Lebensbedingungen und Lebensereignisse, die auf Kohorten einen Einfluß auf der Mikroebene haben, indem sie die formative Periode der einzelnen Generationsmitglieder periodenspezifisch beeinflussen, also die Lebensspanne zwischen dem 10. und 25. Jahr. Das Generationskonzept bleibt jedoch unpräzise in der Beschreibung der institutionellen und individuellen Mechanismen auf der mikrosozialen Ebene, auf der die makrostrukturellen Bedingungen und Erfahrungen übertragen werden. Unpräzise ist auch die Aggregation der individuellen Erfahrungen auf die Kohorten- und Generationsebene, so daß die Identifikation von Generationen empirisch problematisch bleibt. Außerdem ist der Einwand nicht einfach von der Hand zu weisen, daß Kohorten- und Generationsschicksale nicht wirklich individuelle Biographien erfassen können. Kohorten- und Generationsanalysen müssen von der Rekonstruktion individueller Lebensläufe, biographischer Entscheidungen und Reflektionen begleitet werden, denn nur von der individuellen Lebensgeschichte her können wir biographische Copingstrategien und Aushandlungsprozesse zwischen Individuen und Institutionen genauer kennenlernen.

(c) Rationales und biographisches Handeln: Kohortenforschung unterstellt nicht selten implizit oder explizit, daß Individuen rationale Akteure sind. Unter gegebenen Präferenzen und situativen Rahmungen optimieren sie die Relation von Kosten und Erträgen von Gütern, Dienstleistungen und sozialen Beziehungen. Zu bedenken ist dabei, daß rationales Handeln als biographische Entscheidung unter Bedingungen sehr unvollständiger Informiertheit und unter dem Eindruck situativer Rahmung von Optionen und Ressourcen stattfindet (Elster 1989). Individuen, die sich im Sinne des idealen homo oeconomicus verhalten würden, wären ratio-

nale Dummköpfe (Sen 1979). Sobald man das Moment individueller Reflexivität einführt, wird rationale Lebenslaufentscheidung situationsabhängig. Es fließen in sie biographische Erfahrungen und daraus hervorgehende Erwartungen ein. Zur Reflexivität und Situativität gehört auch die Zeitlichkeit von Entscheidungen, sonst wird rationales biographisches Handeln selbstzerstörerisch (Parfit 1984).

(d) Trajekte: Das Konzept des Trajekts stammt aus der Ballistik und unterstellt eine kontinuierliche Bewegung über den gesamten Lebenslauf hin mit Auf- und Abstieg von Geburt bis zum Tode. Die Idee des Trajekts relativiert nicht nur die Rolle rationaler biographischer Entscheidungen, sondern auch die der einzelnen Statuspassagen. Das Trajekt bezieht sich auf den Lebenslauf als Gesamtheit. Es kann aber empirisch in eine Reihe von Sequenzen - Statuspassagen und Entscheidungen sowie chronologische Interaktionen mit Institutionen - gebrochen werden, also in situative "transitions" (Hagestad 1991). Wenn man das Trajektkonzept mit dem Statuspassagenkonzept verbindet, entsteht das Modell eines aktiven, selbsterzeugenden Prozesses einer sich unter dynamischen Rahmenbedingungen entfaltenden Biographie. Rationale, situativ reflexive Entscheidungen sowie Statuspassagen in einem Lebenslauftrajekt lassen sich dann unter dem Begriff des biographischen Akteurs zweckmäßig subsummieren. Im biographischen Handeln versuchen die Individuen, Lebenserfahrungen mit Übergangsentscheidungen zu verknüpfen. Sie interpretieren Optionen nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Nützlichkeit unter gegebenen Präferenzen und Beachtung von sozialen Normen, sondern auch vor dem Hintergrund ihrer situativen Wahrnehmung und Lebenserfahrung.

(e) Die Aushandlung von Biographien: Statuspassagen sind das Ergebnis eines aktiven Aushandlungsprozesses. Die institutionelle Makroperspektive auf den Lebenslauf betont, daß Biographien unter den Bedingungen geteilter normativer Erwartungen und ungleich verteilter Ressourcen konstruiert werden. Institutionen müssen sich darauf verlassen, daß auch in modernen Gesellschaften die überwiegende Zahl der Individuen ihren Lebenslauf normativen Vorgaben, vorgesehenen zeitlichen Abläufen und verfügbaren Ressourcen entsprechend einrichtet. Gleichwohl erwarten Institutionen einer modernen Gesellschaft nicht, daß die individuellen Biographien getreue Kopien ihres Regimes und ihrer Erwartungen sind. Lebenstrajekte sind eher "joint ventures" der biographischen Akteure und der sozialen und institutionellen Kontexte und Netzwerke. In Anthony Giddens' (1984) Perspektive bestehen Biographien aus einer Abfolge untereinander verbundener sozialer Bewegungen, die Erfahrung und Lernen in sich verändernden sozialen Kontexten einschließen. Institutionelle Strukturen, Normen und ungleiche Verteilung von Ressourcen beschränken zwar biographische Entwürfe, sind jedoch kein Zwangskorsett. Was einmal als lebenslanger Status und lebenslange Rolle aus

der Sicht von Institutionen und Sozialstruktur erschien, ist in der Perspektive des handelnden Akteurs eine Abfolge von biographischen Episoden.

(f) Statuspassagen und biographische Akteure: Glaser und Strauss (1971) haben die Verknüpfungen zwischen Institutionen und sozialen Akteuren als Statuspassagen beschrieben. Wir nehmen uns die Freiheit, Statuspassagen wie folgt zu definieren: Statuspassagen verbinden Institutionen und Akteure, indem sie Zeit-
tableaus definieren und Markierungen für den Eintritt und für den Austritt von Status zu Status setzen. Unter vier Aspekten lassen sich Statuspassagen analysieren: Art und Grad der institutionellen Kontrolle, Art des Kontextbewußtseins, wechselseitige Abhängigkeit und Umkehrbarkeit der Passagen (Roth 1963, Glaser/Strauss 1971, Ebaugh 1988).

Je nachdem, in welchem Maße eine Institution Regeln definiert, Normen und Ressourcen für die Statuspassage kontrolliert, haben Individuen geringere oder größere Chance, über die Abfolgen ihres Lebenslaufs Entscheidungen zu treffen. Der Begriff des Kontextbewußtseins bezieht sich auf den Grad, in dem die Statuskonfiguration, um deren Eintritt oder Austritt es geht, Gegenstand von intentionaler Handlung ist. Das Konzept der wechselseitigen Abhängigkeit von Statuspassagen bezieht sich auf die Frage, ob und in welchem Maße eine Statuspassage die nächstfolgende determiniert oder von der vorangehenden determiniert ist. Mit Reversibilität ist die Option gemeint, von einem späteren Status zu einem früheren zurückkehren und eine Statuspassage korrigieren zu können.

(4) Die historische Differenzierung biographischer und sozialer Zeit

Heutige sozialwissenschaftliche Fragestellungen folgen sozialem Strukturwandel und der Modernisierung des sozialen Wissens oft nach. Das trifft auch für die in der Forschung durchgesetzten Differenzierungen biographischer und sozialer Zeit nach Lebensphasen, Altersgruppen, Altersschichten und Kohorten/Generationen zu. Social theory und social thought sind in der Modernisierungsgeschichte eng verbunden (Weymann 1994).

Bevor die Sozialwissenschaften das Wechselspiel zwischen Gesellschaft, sozialem Wandel, Lebenslauf und Biographie für sich entdeckten, waren Kindheit, Jugend, Erwachsenenzeit und Alter, Generationen und ihre Beziehungen zueinander schon Gegenstand philosophischer Abhandlungen, dichterischer Ausdrucksformen und theologischer Betrachtungen (Böhm 1985). Ein frühes Beispiel für den sozialwissenschaftlichen Blick ist Rousseaus bekanntes Traktat (1762): Emile oder Über die Erziehung (Rousseau 1963; cf. 1977). Rousseau beschreibt hier Emiles Persönlich-

keitsentwicklung als Abfolge von *Lebensphasen* und er doziert über die jeweils geeigneten Erziehungsweisen, damit das Kind seinen Platz in Leben und Gesellschaft finde. Bis zum zwanzigsten Lebensjahr soll es eine gelungene Schöpfung seines Erziehers werden (1963, p.676). Dieser noch sehr individualistische Blick auf die Differenzierung der Lebenszeit wird bei Durkheim durch die Differenzierung der sozialen Zeit ergänzt. Mit der Durchsetzung einer komplexeren, verstädterten, bürgerlichen Industriegesellschaft wandern die jungen Leute in Scharen vom Lande in die wachsenden Städte, wodurch der Einfluß der Alten auf Tradition und soziale Kontrolle in der örtlichen Lebenswelt des Alltags zusammenbricht (Durkheim 1977, p.337). Die überkommene ("mechanische") Solidarität zwischen Alt und Jung, gestern und heute, schwindet. Es entstehen *getrennte Altersgruppen* ohne beständigen Kontakt untereinander, die nicht mehr in derselben sozialen Zeit leben (Durkheim 1977, p.336), aber arbeitsteilig voneinander abhängig sind.

In der modernen Gesellschaft gründet sich die Mehrzahl der Beziehungen deshalb nicht mehr auf mechanische Gleichheit in der Gemeinschaft, sondern auf organische Solidarität der Verschiedenen in der arbeitsteiligen Gesellschaft, in der jeder für sich allein und in Spannung gegen alle übrigen lebt, "getrennt bleibend trotz aller Verbundenheiten" (Tönnies 1979, S.34). Die Herkunftsfamilie kann hier immer weniger auf die Anforderungen der Gesellschaft vorbereiten, und sie kann dem Nachwuchs die gewünschten gesellschaftlichen Positionen nicht mehr offenhalten. Lebensverläufe sind lediglich funktional oder disfunktional durch Sozialisation und Allokation der "barbarian invasion of the stream of new-born infants" integriert oder desintegriert (Parsons 1964, p.208; cf. 1949, 1979; Merton 1957). Im Durchlaufen aufeinander folgender Altersgruppen werden von den Jungen die für den jeweiligen neuen Lebensabschnitt notwendigen Rollen gelernt, werden altersangemessene Kooperation und soziale Verantwortung geübt, wird Identität gefestigt - oder auch nicht. Die nacheinander zu durchlaufenden Altersgruppen sind in ihren Rechten und Pflichten hierarchisch aufgebaut als Teil der *Altersschichtung* der Gesellschaft, so daß im funktionalen Fall über den Wechsel von jüngeren zu älteren Altersgruppen schrittweise die Vollmitgliedschaft in einer Gesellschaft erworben wird (Eisenstadt 1966, 1979).

Der hohe Stellenwert der zunehmenden Differenzierung moderner Gesellschaften nach Zeit wird im Begriff *der Kohorten* (Ryder 1965) und besonders der *Generationen* deutlich. Generationen sind Altersgruppen, die im historischen Strom gesellschaftlichen Geschehens durch eine gemeinsame schicksalsmäßig-verwandte Lagerung im ökonomisch-machtmäßigen Gefüge verbunden sind, so Mannheims etwas pathetische Formulierung (Mannheim 1978, p.39; cf. Matthes 1985). Die gemeinsame historische Lagerung fördert eine Tendenz zu generationsspezifischen

Verhaltens-, Gefühls- und Denkweisen. Das einzelne Individuum erhält seine biographische Prägung als Mitglied einer Generation in jener historischen Periode, die es während seiner "formativen" Lebensphase, d.h. in Jugend, Adoleszenz und frühen Erwachsenenjahren, durchläuft, so Mannheims (vereinfachende) lebenslaufdynamische Annahme. Dies hat in Gesellschaften, die durch schnellen sozialen Wandel geprägt sind, zur Folge, daß Generationen in unterschiedlichen Lebenswelten leben (Schütz/Luckmann 1979/1984). Es kommt zu einer Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigen (Mannheim).

Die sozialwissenschaftlichen Konzepte Lebensphasen, Altersgruppen, Altersschichten und Kohorten/Generationen stehen theoriegeschichtlich für die wachsende Differenzierung der individuellen und sozialen Zeit im Prozeß der Modernisierung, für das komplexer und kontingenter werdende Verhältnis von Gesellschaftsformen, sozialem Wandel, Lebensverläufen und Biographien. Unter Verhältnissen biographisch und sozial stark differenzierter Zeit sind Statuspassagen nicht mehr kollektive Riten mit festen Aus- und Eingängen, sondern sie erfordern die Koordination unterschiedlicher individueller und sozialer Zeitstrukturen und verschiedener institutioneller Lebenslaufmuster zur Vermeidung biographischer Risikolagen.

1.1.4. Lebenslaufpolitik und ihr internationaler Rahmen

Die im Sonderforschungsbereich verfolgte These einer *Lebenslaufpolitik* bezeichnet einen formenden Zugriff auf die zeitliche Ordnung des Lebens (Leibfried/Leisering u.a. 1995, S.23-74). Die ersten großen gesellschaftspolitischen Maßnahmen im 19. Jahrhundert, das Verbot von Kinderarbeit, die spiegelbildliche Einführung der Schulpflicht und die Schaffung der Rentenversicherung in den 1880er Jahren, waren von dieser Art. Sie haben dazu beigetragen, Kindheit und Alter als genuine Lebensphasen in einem sozialen Sinne erst zu schaffen. Altersgruppen bzw. Lebenslaufgruppen waren die historisch ersten sozialstaatlichen Versorgungsklassen (Lepsius 1990, S.128-131; Alber 1984).

Die drei Kernbereiche des in Deutschland gesellschaftspolitisch konzipierten Lebenslaufregimes sind Bildung, Alterssicherung und soziale Risikobearbeitung. Durch sie werden zeitliche Lebensordnungen politisch geformt. Das Bildungssystem begründet Lebenschancen und gibt Orientierungen, die Alterssicherung festigt die Erwartung einer gesicherten Lebensspanne, und die Systeme der Bearbeitung sozialer Risiken wie Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe und Sozialarbeit überbrücken krisenhafte Lebensepisoden. Nach der langen Phase des Ausbaus ist das sozial- und bildungsstaatliche Lebenslaufregime in

den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts brüchig geworden. In allen drei Kernbereichen ist der Lebenslaufbezug im *Sozial- und Bildungsstaat*, der deutschen Version des westlichen Modells *Wohlfahrtsstaat* besonders ausgeprägt. Alle drei Bereiche sind lebenslaufpolitisch prekär geworden, wobei es sich nicht um zufällige, vorübergehende oder externe Störungen handelt, sondern um Strukturprobleme sozialstaatlicher Politik, um *Paradoxien* sozialstaatlicher Ordnung (vgl. dazu im einzelnen Leibfried/Leisering u.a. 1995, S.25 ff.), die im 21. Jahrhundert zur Bearbeitung anstehen werden.

Bildung, Alterssicherung und soziale Risikobearbeitung sind die drei Grundpfeiler des sozialstaatlichen Lebenslaufregimes. Aber dieses Bild ist noch unvollständig. In der Politik gibt es immer auch eine *hidden agenda* - Strategien und Zielvorstellungen, die weniger offen, aber nicht weniger wirksam als die offiziell verfolgte Politik sind. Die Lebenslaufpolitik ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Wir möchten diese andere Lebenslaufpolitik als *"leise", implizite Lebenslaufpolitik* bezeichnen, um sie von der bisher beschriebenen *expliziten oder "lauten" Lebenslaufpolitik* abzugrenzen, für die der Lebenslauf Teil ihres erklärten Zielsystems ist. Auch leise Lebenslaufpolitik gibt dem Lebenslauf politische Form. Sie setzt auf eine indirekte, weiche, nicht voll ausbuchstabierte, aber doch mit allgemeinen Lebenslaufbildern als unausgesprochenen Zielsystemen verbundene Beeinflussung von Lebensverläufen. Solche Politik kann sehr wirksam sein, obwohl oder gerade weil sie nicht offen verfolgt wird. Jutta Allmendinger (1994, S.262) bemerkt zu den noch zu erläuternden Lebenslaufolgen der Rentenversicherung: "... ihre Wirksamkeit auf das Lebenslaufregime ist eher eine ökologische, indirekte - das macht ihre Effektivität so verdeckt wie wirksam." *In allen drei Kernbereichen staatlicher Lebenslaufformierung treffen wir auf Beispiele derart leiser Politik.* Während laute Lebenslaufpolitik *politologisch* leicht zu fassen ist, läßt sich der leisen Lebenslaufpolitik nur mit einem *breiteren sozialwissenschaftlichen Zugang* nachspüren, der an der Interaktion zwischen Institution und Individuum auch qualitativ ansetzt - ein Ansatz der im Sonderforschungsbereich von vielen Projekten verfolgt wird.

Lebenslauf als Politik bedeutet nicht, daß der Staat individuelle Lebensläufe vollständig festlegt. Der Staat ist keine (Glücks-)Maschine, die die Menschen ohne ihr Zutun in (angenehme) Zustände versetzt, so wie es spätaufklärerische Denker wie Jeremy Bentham sich vorstellten, der monströse Entwürfe von Schulen und Krankenhäusern nach Art totaler Institutionen ersann. Sozial- und bildungsstaatliche Lebenslaufsteuerung wirkt indirekt und mittelbar, indem sie *Rechte* und *Chancen* der Teilhabe schafft. Ausbildung, Beruf und Wohnung werden nicht zentral vergeben, zugeteilt, wie es in hohem Maße in der DDR geschah. Kulturkritiker wie

Ivan Illich (aber auch Horst Baier 1977) haben den Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Individuum einseitig als Kultur der Bevormundung, der Betreuung, der Unselbständigkeit gebrandmarkt.

Richtig daran ist: Der Staat greift auf das Individuum zu, zielt auf Körper und Geist des einzelnen, nicht nur auf allgemeine gesellschaftliche Strukturen oder globale Kennziffern des Wohlstands. Aber dieser Zugriff ist nicht direktiv, er richtet sich vielmehr auf *allgemeine Voraussetzungen* individuellen Handelns, die für individuelle Ziele genutzt werden können. Geldzahlungen stellen verallgemeinerte *Ressourcen* bereit, die die Verwendung durch den einzelnen offen lassen. Soziale Dienstleistungen wie Beratung und medizinische Versorgung schaffen individuelle *Kompetenzen*; Arbeitsrecht und Mieterschutz begründen individuelle *Rechte*; soziale Infrastruktureinrichtungen in der erreichbaren Nahumwelt der Adressaten bieten *Gelegenheiten*. Im Effekt wird die Handlungsfähigkeit der Betroffenen gesteigert. Totale Betreuung findet sich nur in pädagogisch-medizinischen Randbereichen. Selbst die moderne Sozialpädagogik zielt in den meisten Fällen auf eine aktive Beteiligung ihrer Klientel, nicht auf Gängelung und Bevormundung. Dies ist die allgegenwärtige, eben deshalb weniger bewußte Tiefenstruktur des deutschen sozialstaatlichen Lebenslaufregimes: Nicht nur besondere Lebensphasen, Übergänge oder Risikolagen im Lebensablauf, sondern die allgemeine Handlungsfähigkeit des einzelnen, wie sie in allen Lebenssituationen gefordert wird, ist staatlich mitgeschaffen.

Das moderne Lebenslaufregime des Sozial- und Bildungsstaats schafft also den einzelnen als Handelnden und setzt ihn zugleich voraus - es ermöglicht, beläßt und fordert individuelles Handeln. "Lebenslauf ist Politik" bedeutet daher auch: *Lebenslauf ist individuelle "Politik"*, ist Ergebnis individueller Handlungsstrategien in institutionellem Kontext.

Das Ergebnis eines Blicks über die Grenzen (ein Vergleich BRD-DDR, Schweden, USA; vgl. die Skizze bei Leibfried/Leisering u.a. 1995, S.54-60) an dieser Stelle mag helfen, die Strukturen und Probleme des deutschen Lebenslaufregimes deutlicher hervortreten zu lassen. Im *bundesdeutschen* Modell sind Lebenslauf und Sozialpolitik aufs engste verbunden, und zwar auf beiden Seiten: Wesentliche Leistungen hängen von individuellen biographischen Vorleistungen ab, Normalbiographien werden durch die Sozialversicherung positiv prämiert. Dies geschieht, anders als in den anderen Wohlfahrtsstaaten, auf eine geschlechtlich entzweite Weise. Auf der Seite der Wirkungen hält der deutsche Staat auch heute noch - vergleichend gesehen - ein vielschichtiges Netz von Maßnahmen bereit, die Lebensläufe aktiv gestalten und gestaltbar machen. Die Vorgaben sind ausgeprägt

und strukturieren den Lebenslauf stärker als etwa in den USA oder Großbritannien, wo Schwellen und Übergänge flüssiger, beweglicher angelegt sind (vgl. insoweit die vielen vergleichenden Arbeiten von Soskice, etwa 1994, und Marsden, etwa 1994, im Bereich der beruflichen Bildung). Die Stärke der Strukturierung und die Breite der Risikosicherung - wo sonst findet sich eine Sozialhilfe mit Anspruch auf Rehabilitation? - begrenzt Abstürze im Leben. Da aber der Lebenslauf in Deutschland derart "verstaatlicht" ist, wird die Versicherung gegen Absturz selbst zu einem Risiko.

In Anlehnung an Jutta Allmendinger und Thomas Hinz (1996, S.25ff.) möchten wir, der 4. und 5. Förderungsphase strukturierend vorgehend, in typologischer Weise lebenslaufpolitische Wege im Europa der EG umreißen, die sich als Auswirkung innereuropäischer (Integration) und weltweiter (Globalisierung) Konkurrenz auf nationale Lebenslaufregimes, wie etwa das deutsche, ergeben könnten. Vier Wege werden dort in einem Vergleich von Deutschland, Großbritannien und Schweden und in Auswertung der internationalen Literatur aufgezeigt: Pfadabhängigkeit, Dualisierung, Spaltung und neue Synthese.

1. Pfadabhängigkeit der Lebenslaufentwicklung: Die innereuropäische und internationale Konkurrenz erzwingt es, daß in diesen Gesellschaften die bestehenden Koordinatensysteme besser aufeinander abgestimmt werden müßten. Deutschland kultiviere dann - wie bislang - "Stabilität und Gebundenheit". Für begrenzte allfällige Ausgrenzungs- und Dualisierungsbedarfe werde dabei in jedem Land auf solche "Puffer" zurückgegriffen, die üblicherweise im jeweiligen System schon in Ansätzen genutzt würden: So könnten in Deutschland die Verengung und Kanalisierung der Frauenerwerbstätigkeit oder die Diskriminierung der jüngeren Generation am Arbeitsmarkt als Puffer an Bedeutung gewinnen.

Ein solches "muddling through" dürfte in Deutschland nicht unwahrscheinlich sein, zumal dies nur wenig zusätzlichen synthetischen Aufwand erfordert.

2. Dualisierung der Lebensläufe: In allen Ländern, so Allmendinger und Hinz, werde eine interne Konkurrenz der Lebenslaufmuster eingeführt, also die Monokultur des jeweils "einen Modells" durch ein Kontrastmodell gebrochen, eine Strategie der "two nations" gefahren. In einer Gesellschaft stünden dann zwei Lebenslaufregimes einander gegenüber - eine Art "regulierte Deregulierung" von Lebenslaufmustern fände statt. Dies wird als "*kollektiver Weg* einer Polarisierung von Lebensverläufen" gekennzeichnet. Eine solche Dualisierung hätte allerdings in jedem Land eine andere Bedeutung: In Deutschland würden sich hiernach Stabilität und Gebundenheit auf "Lebensverlaufsinseln" für privilegierte Arbeitnehmer in

Kernsektoren halten, "dem letzten Stück Land inmitten eines steigenden Meers neuer Instabilität und Ungebundenheit".

Diese Entwicklung hat manche Fürsprecher und manche institutionelle Tendenz vor allem der 1990er Jahre auf ihrer Seite, ist aber in einem so regelungs- und bevölkerungsdichten Land wie Deutschland - ohne gleichzeitig soziale Großkonflikte auf Dauer zu stellen - schwer durchzuhalten.

3. Spaltungen innerhalb von Lebensläufen: Eine kollektive Polarisierung von Lebensläufen, wie eben unter 2. skizziert, kontrastiere mit einem *individuellen Weg der Polarisierung*, einer Dualisierung in jedem einzelnen Lebenslauf selbst. Damit würde, so die Autoren, im individuellen Lebenslauf chronologisiert, nacheinandergeschaltet, was sonst kollektiv auf Länder, auf ganze Gesellschaften, "umverteilt" zu denken sei. Das sei besonders für stärker alterssegregierte Gesellschaften eine erfolgversprechende Strategie. In Deutschland etwa würde dann das Muster "Stabilität und Gebundenheit" weiter zu kultivieren sein, aber im Alter, beispielsweise ab 55, durch das Muster "Instabilität und Ungebundenheit" abgelöst, allerdings möglicherweise kompensatorisch wohlfahrtsstaatlich ummantelt.

Ein solcher "japanische Weg" könnte es in Deutschland immerhin erlauben, Mindestnormen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit klassenübergreifend zu entsprechen.

4. Neue Synthese eines Lebenslaufmodells: Schließlich loten die Autoren *"die Herstellung einer 'neuen gesellschaftlichen Einheit', eines neuen progressiven 'Pfads', durch eine einheitliche wohlfahrtspolitische Reintegration von Lebensverläufen"* aus. Häufiger Stellenwechsel, häufige Unterbrechung von Erwerbstätigkeit, zunehmende "bad jobs", steigende Erst- und Weiterbildungsanforderungen könnten sich mit einem "social investment state" (vgl. Myles 1995) neu ummanteln lassen, der die desintegrativen Folgen durch steuernde Lebenslaufpolitik auffängt, sogar produktiv wendet. "Stabilität" sei bei einem solchen Umbau von Erwerbsbeteiligung abzukoppeln und an den Bürger- oder Einwohnerstatus zu binden.

Diese Entwicklung dürfte in Deutschland nicht so realistisch sein, weil es nicht über hinreichende egalitäre und universalistische Traditionen verfügt.

Diese Wege - wie vollständig und zutreffend auch umrissen - sollen den Horizont sichtbar machen, wie eine vergleichende Rahmung deutscher Lebenslaufpolitik, vor allem in einer etwaigen fünften Phase des Sonderforschungsbereichs, Perspektiven für die sozialwissenschaftliche Forschung eröffnet.

1.1.5. Methodologische Entwicklungen

1.1.5.1 Die Kontingenz biographischer Entscheidungen als theoretischer Ausgangspunkt

Welche methodologischen Probleme treten auf, wenn die Forderung der Verbindung empirischer Forschungen über Sozialstrukturen und Institutionen mit handlungspraktischen Akteursperspektiven in der Lebenslaufforschung realisiert werden soll?

Das Problem beginnt mit dem Konzept des sozialen Akteurs. Soziale Akteure sind nicht nur Individuen, sondern auch Kollektive (korporative Akteure). Ihre wesentliche Akteurseigenschaft ist die Fähigkeit zu intentionaler, selbstreflexiver Entscheidung. Damit werden Entscheidungen kontingent: Weder gesellschaftliche Verhältnisse noch die Lebenswelt des Alltags determinieren die Entscheidungen des Akteurs - andernfalls wäre bereits der Begriff der Entscheidung sinnlos. Dieses Dilemma zwischen Erklärungsanspruch und faktischer Erklärungskraft läßt sich nur auflösen, wenn man zwei Perspektiven auf das Problem unterscheidet: Einerseits der Akteur als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, andererseits der Akteur als praktisch handelndes Subjekt.

Sozialwissenschaftliche Theoriebildung macht den Akteur zum Träger gesellschaftlicher Verhältnisse und sozialen Wissens. Doch Akteure sind weder durch institutionelle Restriktionen noch als Konsumenten sozialen Wissens vollständig definiert. Akteure eignen sich soziales Wissen und gesellschaftliche Verhältnisse fortlaufend neu an und sie lassen diesen Lernprozeß in ihre Entscheidungen einfließen. Sie verändern zugleich als agency die institutionellen Verhältnisse und den Bestand an sozialem Wissen. Ein spezieller Aspekt dieses Problems ist der Umgang mit sozialwissenschaftlichem Wissen - die doppelte Hermeneutik (Giddens). Die doppelte Hermeneutik ist ein für die Sozialwissenschaften charakteristisches Theorieproblem. Die sozialwissenschaftliche Theorie muß nicht nur die Strukturbedingungen des Handelns und die Erzeugung neuer Strukturen durch Akteure analysieren, sondern auch das Reflexivwerden sozialwissenschaftlichen Wissens und den Einfluß seiner Verarbeitung auf das soziale Handeln individueller und korporativer Akteure berücksichtigen.

Die sozialwissenschaftliche Forschung kann diese Aufgabe auf zweierlei Weise lösen. Zum einen dadurch, daß sie das Reflexivwerden sozialen Wissens selbst zum Objekt der Forschung macht, daß sie also eine empirische, wissenssoziologische Lösung anstrebt. Zum anderen kann sie sich dem Problem aber auch als Konstruktionsproblem von Theorie stellen. Gesellschaftliche Verhältnisse sind zu erklären und zugleich als Handlungsbedingungen sozialer Akteure zu beschreiben.

Eine solche Theorie erklärt aber ausdrücklich nicht, weshalb in bestimmter Weise gehandelt wird, denn dies würde unhaltbare deterministische Kausalannahmen erforderlich machen. Eine solche Theorie erklärt, welche Handlungsstrategien unter den gegebenen Verhältnissen möglich sind, und welche Folgen bestimmte gesellschaftliche Strukturierungen durch Institutionen wahrscheinlich haben werden. Gesellschaftliche Verhältnisse sind also lediglich Handlungsbedingungen sozialer Akteure, keine Determinanten sinnhafter biographischer Entscheidungen

Beide Lösungswege, der empirisch-wissenssoziologische und der theoretische, sind nicht neu in der Geschichte der Sozialwissenschaften. Doch stellt sich das methodologische Problem im Rahmen der Lebenslaufforschung in besonders dringlicher Weise. Wir wollen die theoriesystematische Frage noch etwas weiter verfolgen. Was bedeutet es, gesellschaftliche Verhältnisse als Rahmenbedingungen des Handelns zu verstehen? In diesem Falle wird angenommen, daß Akteure sich an gesellschaftlichen Regeln, Ressourcen und Restriktionen, so wie sie sie wahrnehmen, und gemäß ihrem eigenen Handlungskalkül orientieren. Die Soziologie kann Regeln, Ressourcen und Restriktionen untersuchen. Sie präzisiert deren Kenntnis als wissenschaftliches Wissen auf empirischer Grundlage. Damit hat sie jedoch noch nicht erklärt, ob und weshalb soziale Akteure den wissenschaftlich bekannten Regeln und Strukturgegebenheiten folgen oder nicht. Die Akteure haben - neben dem Problem der unvollständigen und falschen Informationen - die Freiheit, sich in unterschiedlicher Weise an den gegebenen und wissenschaftlich beschriebenen Verhältnissen und Regeln zu orientieren. Die Durkheimsche Determination durch den sozialen Zwang gesellschaftlicher Tatsachen findet empirisch nicht statt, wenn die Akteure dem Zwang nicht folgen wollen oder können oder ihn schlicht nicht kennen.

Es bleibt im Rahmen dieser Lösung eine unaufhebbare Kontingenz der biographischen Entscheidungen. Wie berücksichtigt die sozialwissenschaftliche Theorie diese unaufhebbare Kontingenz? In nicht wenigen Fällen wird das theoretische Problem einfach prinzipiell ignoriert oder es werden seine Folgen als empirische Restgröße abgetan. Die sozialwissenschaftliche Theorie erklärt das Problem der Handlungspraxis zwar als existent, aber als nicht zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Theorie gehörig. Sie verweist den Gegenstand an die Geschichtswissenschaft. Dies ist die historische Lösung. Oder aber sie behandelt gesellschaftliche wie institutionelle Strukturen und Regeln als Handlungschancen des Akteurs, nicht als Determinanten. Sie muß dann die Wahrnehmung und Nutzung dieser Chancen empirisch analysieren, abhängig von der Situation des Akteurs. Dies ist die systematische Lösung der Fragestellung. In der systematischen Lösung erklärt die Theorie Handlungschancen dadurch, daß rationale Akteure Opportunitäten,

Restriktionen und Ressourcen unterscheiden, wobei sich das Interesse rationaler Akteure auf die Realisierung der jeweils verfügbaren optimalen Handlungschancen richtet. Die Beachtung der wahrgenommenen Regeln und Situationsbedingungen richtet sich danach, wieweit diese für Sinn und Ziel der Handlung zweckmäßig erscheinen.

Die Soziologie kann also Handlungsbedingungen und Chancen in empirisch zutreffenden Aussagen beschreiben, die Resultate sozialen Handelns, sozialer Prozesse und Zustände betreffen. Gesellschaftliche Verhältnisse sind als Handlungsbedingungen empirisch erklärt, individuelle Handlungschancen ergeben sich als statistische Rahmengröße. Diese Erklärung ist aber nicht zugleich eine handlungspraktische Anweisung für den Akteur. Um ein Beispiel zu geben: Aus dem bekannten Zusammenhang von Bildungslebensläufen und Familienlebensläufen mit Einkommensverteilungen und sozialer Sicherung im Alter folgen weder eine kausale Determination von noch eine zwingende handlungspraktische Anweisungen zu bestimmten biographischen Entscheidungen gemäß der gegebenen sozialstrukturellen Größen. Von der Strukturerklärung führt kein logischer Schritt zur Determination individueller Handlungsentscheidungen oder zu zwingenden Akteurempfehlungen. Analysen und Empfehlungen können aber die Rahmenbedingungen angeben, deren Umsetzung in realisierte Chancen von Zielen, Interessen, Situationsdefinitionen, Ressourcen und Willen der einzelnen Akteure abhängt. Handlungschancen zu ermitteln bedeutet also, Möglichkeiten zweckmäßigen Handelns zu benennen. Man kann aus dieser Begrenzung des Anwendungsbezugs von Sozialforschung und Lebenslaufforschung heraus gesellschaftsbezogenes Reden über Handlungschancen gänzlich ablehnen oder aber empirische Forschung als einen entscheidenden Anhaltspunkt für praktische Handlungsentscheidungen - bei Anerkennung der theoretischen Differenz - einschätzen.

Es sind die Anhaltspunkte für lebenslaufpolitische Entscheidungen individueller und korporativer Akteure durch Analyse institutioneller Strukturen und durch Prozeßanalysen individueller Lebensverläufe zu detaillieren und zu verbessern. Die enge Verflechtung von Lebenslaufpolitik und modernen Lebensläufen spiegelt sich in der methodologischen Anlage der Lebenslaufforschung des Sfb 186.

1.1.5.2 Forschungsbegleitende Methodenentwicklung am Sfb

Ausgehend von der Prämisse der unaufhebbaren Kontingenz biographischer Entscheidungen wird die entscheidende Schwäche "variablensoziologischer" Ansätze deutlich, bei denen die Varianz von Handlungsergebnissen (etwa die Verteilung bestimmter Berufswahlentscheidungen in einer bestimmten Population) durch Struk-

turvariablen (etwa Geschlecht oder Bildungsabschluß) statistisch erklärt werden soll. Der diese Zusammenhänge erzeugende eigentliche "kausale" Nexus zwischen den (situativ, normativ oder von Nützlichkeitsabwägungen bestimmten) Entscheidungen der Akteure und den statistisch erfaßbaren Handlungsergebnissen wird hier soziologisch nicht thematisiert (und in den Bereich des *common-sense* Wissens abgedrängt, ohne dessen Hilfe soziologische Erklärungen allerdings oft gar nicht plausibel zu machen sind). Dieses Problem bleibt jedoch solange unentdeckt und forschungspraktisch irrelevant, wie gesellschaftliche Modernisierungsprozesse noch nicht zu einer deutlichen Trennung von Mikro- und Makroebene geführt haben. In einer von starken Restelementen traditioneller Ordnung geprägten Gesellschaft etwa, in der Interessen und Milieudifferenzierungen in stabiler, exklusiver und deutlicher Weise miteinander korrelieren, ist die Varianz sozialen Handelns oft problemlos durch strukturelle Faktoren erklärbar. Wenn aber an die Stelle des eindeutigen Drucks klar bestimmbarer Normen ein Netz sich überkreuzender und gegenseitig entstabilisierender Ligaturen entsteht, werden die engen Verbindungen zwischen sozialen Lagen und individuellen Handlungsorientierungen gelockert. Die zunehmende Individualisierung von Handlungsstrategien kann dann bei strukturanalytisch angelegten Forschungsdesigns zu einer sinkenden Erklärungskraft statistischer Modelle führen. Hieran wird allerdings nur ein grundlegendes Problem der Variablensoziologie deutlich, die *"immer schon nicht wirklich erklärend gewesen"* ist (Esser 1989, S.60).

In dem Maße, wie die Akteure bei ihren Entscheidungen nicht mehr auf eine beschränkte Anzahl kulturell vermittelter Frames und habitualisierter Handlungsmuster zurückgreifen, sondern ihre Präferenzstrukturen und Wissensbestände (über adäquate Mittel zur Erreichung ihrer Ziele) kreativ aus umfangreichen kulturellen Angeboten zusammenstellen können, werden die Grenzen hypothetiko-deduktiver Forschungsstrategien in den Sozialwissenschaften deutlich. Bei der Suche nach Hypothesen darüber, welche Handlungsorientierungen in einer gegebenen sozialen Situation für welche Gruppen von Akteuren relevant sind, greift der Forscher ins Leere, wenn er nicht bereits über empirische Informationen über das von ihm untersuchte Handlungsfeld verfügt. Explorative, qualitative Verfahren, mit deren Hilfe empirische Informationen über Akteursorientierungen erhoben werden können ohne zuvor präzise Hypothesen zu formulieren, besitzen für die Untersuchung der sich modernisierenden Handlungsfelder, auf die sich das Sfb-Forschungsprogramm bezieht, deshalb eine hohe Bedeutung.

In den Teilprojekten A1, A3, A4, B1, C1, C4, C5, D3 und YE2 werden deshalb qualitative und quantitative Erhebungs- und Auswertungsschritte parallel eingesetzt. Die Einbeziehung qualitativer Forschungsstrategien half dabei oftmals, jene

Faktoren zu identifizieren, die einen wesentlichen Teil der (bei der quantitativen Analyse der Zusammenhänge zwischen "Struktur" und "Handlung") unerklärten Varianz aufklären konnten. Deutlich wurde dies bspw. in Untersuchungen des Projekts A1. Während die quantitativen Auswertungen der Verlaufsdaten keine signifikanten statistischen Zusammenhänge zwischen Übergangsformen an der "ersten Schwelle" (zwischen Schulausbildung und Berufsausbildung) einerseits und an der "zweiten Schwelle" (zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt) andererseits ergaben, führte die systematische qualitative Analyse der Selbstdeutungen und Aspirationen der Befragten zu einer Erklärung von Unterschieden von Übergangsformen (Mönnich, Witzel 1994). Ähnliche Erfahrungen machte das Projekt B1 bei der Überprüfung der in der Literatur vorliegenden These, daß weibliche Erwerbstätigkeit im wesentlichen durch ein niedriges Einkommen des Ehemannes erklärt werden kann. Während die statistische Analyse von erwerbsbiographischen Verlaufsdaten nur einen schwachen Zusammenhang zwischen der beruflichen Stellung des Mannes und der Erwerbstätigkeit der Ehefrau zeigte, machten qualitative Analysen die zentrale Bedeutung familiärer Aushandlungsprozesse für die Erklärung weiblicher Erwerbstätigkeit deutlich (Born 1993; Kelle, Erzberger 1996)

Qualitative Untersuchungsschritte sind in den Teilprojekten des Sfb nicht auf die Rolle von *pilot studies* beschränkt, bei denen Ideen "im Feld" gesammelt werden. Vielmehr werden umfangreiche qualitative Stichproben gezogen und systematisch ausgewertet. In den Projekten A1, A3, A4 und D3 wurden dabei strukturierte qualitative "Mikropanels" aufgebaut und mit den standardisierten "Makropanels" synchronisiert. Qualitative und quantitative Ergebnisse ergänzen und validieren sich dabei wechselseitig und werden gemeinsam zur Hypothesengenerierung und Hypothesenprüfung genutzt. Dabei werden einerseits aus dem qualitativen Material Konzepte und Hypothesen entwickelt, die in den folgenden Wellen der standardisierten Befragung überprüft werden. Andererseits wird das qualitative Material eingesetzt, um jenen Annahmen über Akteursorientierungen nachzugehen, die auf der Basis quantitativer Auswertungen formuliert werden können.

Die Integration qualitativer und quantitativer Analyseschritte gestaltete sich jedoch keineswegs von vornherein reibungslos. Vielmehr mußten bislang eine ganze Reihe von methodischen und methodologischen Problemen im Rahmen der *forschungsbegleitenden Methodenentwicklung* gemeinsam vom Methodenbereich und den Teilprojekten bearbeitet werden:

Dies betraf erstens die methodologische und wissenschaftstheoretische Begründbarkeit eines explorativen, theoriefindenden Vorgehens jenseits eines *naiven In-*

duktivismus, wie er von qualitativen Methodologen oft noch vertreten wird (etwa Glaser, Strauss 1967; Glaser 1992). Hierzu mußte der in der sozialwissenschaftlichen Methodendiskussion verlorengegangene Anschluß an zeitgenössische wissenschaftsphilosophische Debatten über *rationale Heuristiken* (Fischer 1983) und *Methodologien der Theorienkonstruktion* (Dannenberg 1989) gefunden werden (Kelle 1994a). Anknüpfend an wissenschaftstheoretische Grundlagenarbeiten wurden Konzepte zur empirisch begründeten Theoriekonstruktion (Kelle 1995) und zur Typenbildung in der Sozialforschung (Kluge 1996) entwickelt.

Werden qualitative Studien nicht nur mit dem Ziel einer (unsystematischen) Ideen-suche betrieben, stellen sich die spezifischen Validitätsprobleme, die sich mit dieser Art von Forschung verbinden, mit besonderer Schärfe. Die *threats for validity*, mit denen qualitative Forscher zu kämpfen haben, sind bislang nur selten Gegenstand konstruktiver methodologischer Diskussionen gewesen: Während im *main-stream* empirischer Sozialforschung qualitative Methoden oft einfach ignoriert werden, tendieren qualitative Forscher häufig dazu, ihre Methodenprobleme rhetorisch zu umschiffen. In Zusammenarbeit zwischen dem Methodenbereich und Teilprojekten mußten deshalb Grundlagenarbeiten zur Methodologie qualitativer Sozialforschung geleistet werden, wobei in einem ersten Schritt zu klären war, welche Validitätskriterien im Kontext qualitativer Sozialforschung sinnvoll formuliert werden können (Kelle, Kluge, Prein 1993), und in einem zweiten Schritt verschiedene qualitative Validierungsstrategien systematisiert und weiterentwickelt werden mußten. Im Mittelpunkt standen dabei (1.) *Probleme qualitativer Stichprobenziehung* und (2.) Fragen der *Validität von qualitativen Interpretationsergebnissen* im Rahmen der *empirisch begründeten Kategorien- und Typenbildung*.

- (1) Auch in qualitativen Studien darf die Gefahr einer einseitigen und beschränkten Auswahl von Untersuchungseinheiten nicht einfach beiseite geschoben werden (Fleck 1992, S. 758). Wegen des beschränkten Umfangs qualitativer Samples sind jedoch die üblichen Verfahren zur Vermeidung von Verzerrungen (insbes. *Randomsamples*) nicht nur ungeeignet, sondern sogar oft kontraproduktiv (Prein, Kluge, Kelle 1994). Am Sfb werden (anknüpfend an Samplingstrategien aus der naturalistischen Feldforschung) Verfahren kriteriengeleiteter Stichprobenziehung eingesetzt, wobei die Prinzipien bewußt heterogener Auswahl und der Auswahl nach Modalkategorien so miteinander kombiniert werden, daß der Einbezug relevanter Merkmalskombinationen gesichert werden kann. Hierbei werden quantitative Makropanels und qualitative Mikropanels verknüpft, indem aus der quantitativen Stichprobe dysproportional geschichtete qualitative Samples gezogen werden. Als Schichtungskriterien für das qualitative Sample können dabei solche Strukturmerkmale dienen, die sich in den quantitativen Auswertungen als relevant

erwiesen haben. Auf diese Weise kann die qualitative Analyse von Akteursorientierungen systematisch auf Aspekte der Sozialstruktur bezogen werden und die oft in interpretativen Ansätzen vorherrschende "Strukturblindheit" überwunden werden.

- (2) Die interpretative Auswertung unstrukturierter Textdaten erfordert in der Regel die Formulierung von Deutungshypothesen *ex post*, so daß sich oftmals auf der Basis desselben Materials eine ganze Reihe von (teilweise widersprechenden) Interpretationen entwickeln lassen. Strategien zur Suche nach Evidenz oder Gegenevidenz im qualitativen Material sind bislang in der Literatur nur ansatzweise und im Rahmen von Auswertungsmethodologien vorgelegt worden, die nur für eng begrenzte Problemfelder einsetzbar sind (etwa für die Analyse kurzer Textpassagen). Wenn, wie in vielen Teilprojekten des Sfb, vergleichsweise umfangreiche qualitative Samples erhoben werden, wächst die Gefahr selektiver und immunisierender Deutungsstrategien. Um eine methodisch kontrollierte und intersubjektiv nachvollziehbare Entwicklung von Konzepten und Typologien aus qualitativem Datenmaterial sicherzustellen, wurden deshalb Verfahren qualitativer Kodierung entwickelt, die sicherstellen, daß die Forschergruppe jederzeit einen Zugriff auf entscheidende Textpassagen behält, die empirische Evidenz oder Gegenevidenz zu bislang formulierten Deutungshypothesen enthalten können. Hierzu mußten völlig neuartige EDV-gestützte Strategien qualitativer Datenaufbereitung entwickelt und systematisch erprobt werden. Der Methodenbereich und die Teilprojekte des Sfb haben in diesem Bereich eine Reihe innovativer Konzepte entwickelt und international beachtete Beiträge zur qualitativen Methodendiskussion vorgelegt (Kelle, Prein, Bird 1995)

Auch im Bereich statistischer Verfahren wird am Sfb Methodenentwicklung geleistet. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf Modellen und Verfahren zur Analyse von Längsschnittdaten, die geeignet sind, biographische Prozesse auf der Mikroebene kausal (d.h. unter Berücksichtigung der chronologischen Folge von Ursachen und Wirkungen) zu modellieren und dabei die Zeitveränderlichkeit von individuellen und institutionellen Kontexten zu berücksichtigen (Blossfeld 1996). Hierbei werden einerseits Verfahren der event-history Analyse weiterentwickelt und andererseits explorative Verfahren der Längsschnittanalyse für solche Bereiche entwickelt, in denen der Stand der Theoriebildung die Entwicklung empirisch begründeter Hypothesen verlangt.

Das Forschungsprogramm des Sfb postuliert die Integration der in der soziologischen Theoriedebatte oftmals disparaten Perspektiven auf "Handeln" und "Struktur": Auf der einen Seite muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß Akteure, die kulturelle Wissens- und Sinnangebote kreativ für die Bildung eigener Präferenzen zusammenbasteln und dabei kontingente (d.h. durch Struktureinflüsse

nicht vollständig erklärbare) Entscheidungen treffen. Auf der anderen Weise darf der Umstand nicht aus dem Blick geraten, daß strukturell bestimmte Handlungsbedingungen für die Akteure einen mehr oder weniger großen Spielraum an Handlungsoptionen festlegen. Die Verbindung der beiden Perspektiven auf Handlung und Struktur erfordert die Integration qualitativer und quantitativer Methoden jenseits methodologischer Orthodoxien. Die Bearbeitung der hierbei auftretenden methodologischen und methodischen Probleme im Rahmen forschungsbegleitender Methodenentwicklung hat bislang zur Entwicklung einer Reihe von innovativen methodischen Konzepten geführt.

1.1.6 Arbeitsprogramm

Wie zu Beginn bereits ausgeführt, richtet sich die Leitfrage des Sonderforschungsbereichs 186 in der 4. Förderungsphase (1997-1999) auf die Struktur konzeptioneller Vorstellungen von Lebenslaufpolitik, also auf wirksame lebenslaufpolitische Konzepte hinsichtlich Familie, Bildung, Arbeit und Beruf, Gesundheit und Sozialpolitik/soziale Sicherung und auf die institutionellen Rahmensetzungen von Lebenslaufpolitik in diesen Feldern. Beides unterliegt gegenwärtig einem starken Veränderungsdruck durch die Internationalisierung von Kapital, Arbeit und Recht. Das Wechselspiel von policy und politics als Opportunitäten und Restriktionen von Lebensläufen folgte bislang stark besonderen nationalen Traditionen. Im internationalen Vergleich und unter den Bedingungen von Europäisierung/Globalisierung werden ihre Eigenarten, Stärken wie Schwächen, deutlicher sichtbar. Die Besonderheiten des deutschen Lebenslaufregimes als konzeptionelle Vorstellung und institutionelles Arrangement wird deshalb im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten der beantragten neuen Förderungsphase stehen. Zur Koordination der Projektarbeiten unter dieser Leitfrage wird eine ständige Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie wird zugleich die letzte Förderungsphase des Sonderforschungsbereichs 186 (2000-2002) vorbereiten, die den internationalen Vergleich von Lebenslaufpolitik unter dem Blickwinkel von Alternativen abschließen soll.

(1) Projektbereich A:

Die Projekte des Projektbereichs A untersuchen Statuspassagen, Lebensverläufe und Risikolagen im Übergang zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt bzw. Beschäftigungssystem. Das *Projekt A1 (Heinz)* analysiert Bremer und Münchner Kohorten junger Fachkräfte, die sich nach der 1. und 2. Schwelle im Dualen System nun mit den Wechselwirkungen zwischen Beruf/Arbeitsmarkt und Familien-

gründungen auseinandersetzen müssen. Lebenslaufpolitisch sind hier Konzeptionen und institutionelle Veränderungen insbesondere der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von Bedeutung. Im Zentrum der neuen Phase stehen biographische Gestaltungsmodi unter verengten Ressourcen und Optionen. Das **Projekt A3 (Schumann)** untersucht die gelingende oder nicht gelingende berufliche und soziale Platzierung von Bremer Haupt- und Sonderschulabsolventen unter dem besonderen Interesse für Delinquenzentwicklungen. Die Statuspassage zum Erwachsenen ist bislang nur bei einem Teil der Kohorte abgeschlossen worden. Lebenslaufpolitisch sind hier Institutionen sozialer Kontrolle, insbesondere der Strafverfolgung, daneben vor allem das System der Dualen Berufsbildung und die Strukturierungen des Arbeitsmarktes von Interesse. Ein Vergleich mit policy und politics in den USA macht die Besonderheiten des deutschen Lebenslaufregimes deutlich. Kernfrage der neuen Förderungsphase ist die Langzeitwirkung von selektiven und biographischen Entscheidungen. Das **Projekt A4 (Weymann)** befaßt sich mit den Berufs- und Erwerbsverläufen von Abgängern aus der Berufsausbildung und aus der Universitätsausbildung in den neuen Bundesländern. Innerhalb des Beobachtungsfensters werden nicht nur die historisch spezifischen Einflüsse der Transformation der Lebenslaufpolitik und ihrer Institutionen auf berufliche Lebensverläufe und biographische Copingstrategien im Zuge der Wende und Wiedervereinigung sichtbar, sondern auch der aktuelle Umstrukturierungsdruck des Lebenslaufregimes in Deutschland nach 1990. Dies betrifft die deutschen Besonderheiten der Ausbildungs- und Berufsstrukturen, der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit ihrer Bedeutung für das Lebenslaufregime. Im Mittelpunkt der neuen Förderungsphase steht die Änderung der Personalpolitik der Betriebe als lebenslaufpolitischer Faktor. Der internationale Vergleich des deutschen Modells ist unter den Rahmenbedingungen der EU in der Abschlußphase anzulegen.

(2) Projektbereich B:

Die Projekte des Bereichs B befassen sich schwerpunktmäßig mit dem Wechselverhältnis von Berufsverläufen und Familienbildungsprozessen auf der Ebene von Haushalten einschließlich deren interner Beziehungen. Das **Projekt B1 (Krüger)** verfolgt die Berufstypik weiblicher Lebensverläufe über mehrere Generationen unter dem Aspekt von Geschlechterverhältnissen einerseits und dem Wandel von berufs- bzw. arbeitsmarktbedingten Optionen andererseits. Externe Veränderungen lebenslaufpolitischer Bedingungen werden in unterschiedlichen familieninternen Strategien und arbeitsteiligen Relationen bearbeitet. Für den internationalen Vergleich des deutschen Modells sind beim Projekt B1 neben Beruf und Arbeit nicht zuletzt familienbezogene policy und politics entscheidend. Das **Projekt B6**

(*Blossfeld*) hat seinen Forschungsschwerpunkt bereits im internationalen Vergleich des deutschen Lebenslaufregimes. Vergleichsgrundlage sind verfügbare Längsschnittdatensätze anderer europäischer Länder, die unter dem Gesichtspunkt von Statuspassagen von Haushaltsmitgliedern ausgewertet werden. Im Mittelpunkt des Interesses stehen in dieser Förderungsphase Scheidung, Wohneigentum und Ausstieg aus dem Erwerbssystem.

(3) Projektbereich C:

Der Projektbereich C untersucht Lebensverläufe und Lebenslaufpolitik im Bereich von Arbeit, Gesundheit und sozialer Sicherung. Das *Projekt C1 (Müller)* richtet sich auf gesundheitspolitische und -ökonomische Zielsetzungen der Reformpolitik der Krankenkassen im Wechselspiel mit Erwartungen und Akzeptanz der Versicherten hinsichtlich erweiterter Gesundheitsvorsorge. Veränderungen von policy und politics sind hier besonders aktuell und ihre Wechselwirkung mit individuellen Lebensverläufen offenkundig. Im *Projekt C4 (Behrens)* spielen Aushandlungsprozesse und Rehabilitationsmaßnahmen sowie Frühverrentungen eine besondere Rolle im Wechselspiel mit organisationsspezifischen Steuerungen. Das *Projekt C5 (Schmähl)* untersucht die Übergänge vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen. Bereitschaft der Arbeitnehmer und Akzeptanz durch die Institutionen bilden hier das entscheidende lebenslaufpolitische Spannungsverhältnis der Durchsetzung eines neuen Lebenslaufregimes. In allen drei Fällen der Projekte des C-Bereichs sind Besonderheiten des deutschen Lebenslaufregimes gegeben, die in der Abschlußphase zum Gegenstand des internationalen Vergleichs werden sollen.

(4) Projektbereich D:

Gegenstand der Projekte im Bereich D sind sozialpolitische Arrangements und Konzeptionen in der Lebenslaufpolitik. Das *Projekt D1 (Milles)* untersucht die Besonderheiten des deutschen Sozialversicherungssystems unter der historischen Perspektive der Balance von individuellen Ansprüchen und institutionellen, staatlichen Leistungen, wobei die vorzeitige Erwerbsunfähigkeit der zentrale Gegenstand der Analyse ist. Das *Projekt D3 (Leibfried)* befaßt sich mit Armutskarrieren zwischen staatlicher Lebenslaufpolitik und sozioökonomischem Strukturwandel. Thema der neuen Förderungsphase ist der internationale Vergleich von Wohlfahrtsstaatsregimen und die Ausdehnung des Beobachtungsfensters unter den Bedingungen des gegenwärtigen Strukturwandels in der Sozialpolitik mit seinen

Rückwirkungen auf Copingstrategien unter dem Stichwort Globalisierung und Ausgrenzung. Das **Projekt YE2 (Olk)** schließt an dieses Projekt eng an, insofern es sich mit der Übernahme und Abwandlung des westdeutschen Sozialstaatsmuster in den neuen Bundesländern befaßt und dabei die Entstehung neuer Muster auf Seiten von Klientel und Institutionen beobachtet.

(5) Bereich Methoden und EDV:

Der Bereich Methoden und EDV verfolgt auch in der neuen Förderungsphase das Konzept der *forschungsbegleitenden Methodenentwicklung*: Ausgehend von methodischen und methodologischen Problemen der Teilprojekte werden projektübergreifende Lösungen entwickelt und in der Forschungspraxis erprobt. Im Bereich qualitativer Methoden stehen dabei weiterhin Validitätskriterien und Strategien der Geltungssicherung im Vordergrund. Ausgehend von bisherigen Arbeiten zur qualitativen Stichprobenziehung und EDV-gestützter qualitativer Analyse werden Verfahren methodisch kontrollierter Textinterpretation und empirisch begründeter Typenbildung weiterentwickelt. Im Bereich quantitativer Methoden wird es um die Fortentwicklung explorativer und kausaler Analysemodelle in der dynamischen Längsschnittdatenanalyse gehen. Hierbei sollen Probleme bei der Verknüpfung qualitativer und quantitativer Erhebungs- und Auswertungsprozeduren durch die Entwicklung lokaler methodischer Konzepte gelöst werden. Schließlich soll ein Konzept für die Archivierung der Sfb-Datenbestände entwickelt werden, und damit begonnen werden, den methodologischen Ertrag des Sfb zu bündeln, zu systematisieren und in aufgearbeiteter Form vorzulegen. Dies und die Archivierung der Datenbestände der Teilprojekte werden dann wichtige Aufgaben der Abschlußphase sein.

(6) Integration der Projektbereiche:

Der Sfb 186 bezieht in allen Projektbereichen die drei Ebenen des sozialen Wandels in seine Analysen ein: Sozialstrukturen, Institutionen und Individuen. Auf der individuellen Verlaufsebene untersuchen die Projekte sowohl die Dynamik objektiver Lebensverläufe von Kohorten und Ereignissen wie auch kultur- und milieugebundene biographische Verarbeitungen von in sozialen Wandel eingebundenen Verlaufsprozessen. Die Projekte arbeiten also mit mehreren unterschiedlichen Datensätzen. Ein ständiges Problem aller bisherigen Förderungsphasen war deshalb das Vorantreiben der Integration der Datenerhebungen und Datenanalysen bei Mehrebenenerhebungen und Methodenmix. Die Lösung erfordert dadurch noch

besondere Anstrengungen, daß der Sonderforschungsbereich mit Längsschnittdaten unterschiedlichen Typs arbeitet und nicht mit Querschnittserhebungen.

Die Integration der theoretischen Interpretation der Datenanalysen ist nicht zuletzt Gegenstand der Forschungswerkstattgespräche, der workshops und der Symposien einschließlich deren Publikation, aber auch der Gastvorträge und Gastprofessuren, die durch eine ergänzende, internationale Perspektive das Besondere und Übergreifende der Projektarbeiten gut sichtbar machen. Die Schaffung der integrierten Datensätze ist zunächst Aufgabe der einzelnen Projekte selbst, dann aber auch Aufgabe des Zusammenwirkens zwischen den Projekten und dem Methodenbereich.

Zentrale Aufgabe der jetzt beantragten Förderungsphase und der zu beantragenden Abschlußphase ist die Integration der theoretischen Analyse der verfügbaren Daten unter der Fragestellung von Lebenslaufpolitik als Konzeption und institutionelles Regime sowie die Spiegelung der Besonderheiten des deutschen Modells im internationalen Vergleich. Dazu wird eine ständige Arbeitsgruppe aus allen Projekten geschaffen. Eine zweite zentrale Aufgabe für die restliche Förderungszeit des Sfb 186 ist die Schaffung integrierter und archivierter Datensätze, die der wissenschaftlichen Gemeinschaft in gut zugänglicher Form zur Verfügung zu stellen sind. Diese Leistung wird vom Methodenbereich im Zusammenwirken mit den Projekten erbracht.

1.1.7 Literatur

- Abbott, A. (1990): Conceptions of time and events in social science methods; Historical methods (23), S.140-150
- Alber, J. (1984): Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat. Überlegungen und Daten zur Situation in der Bundesrepublik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1984, Jg. 36, S.225-251
- Allmendinger, J. (1994): Lebensverlauf und Sozialpolitik. Die Ungleichheit von Mann und Frau und ihr öffentlicher Ertrag, Frankfurt a. M.: Campus
- Allmendinger, J./Hinz, Th. (1996): Mobilität im Lebensverlauf. In: Hradil, St./Immerfall, St. (eds.): Gesellschaften in Europa, Opladen: Leske + Budrich (in print)

- Baier, H. (1977): Herrschaft im Sozialstaat. Auf der Suche nach einem soziologischen Paradigma der Sozialpolitik. In: Ferber von, Chr./Kaufmann, F.-X.: Soziologie und Sozialpolitik, Opladen: Westdeutscher Verlag, S.128-142 (Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)
- Becker, G. S. (1976): Ökonomische Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen 1982 (Engl: The Economic Approach to Human Behavior, Chicago: The Univ. of Chicago Press
- Becker, H. (1991): Dynamics of life histories and generations research; in: Becker, H. (ed.): Life Histories and Generations. Utrecht: Isor
- Beyme, K.v. (1993): Die politische Klasse im Parteienstaat. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Blossfeld, H.-P. (1996): Macrosociology, Rational Choice Theory and Time. A Theoretical Perspective on the Empirical Analysis of Social Processes. Erscheint in: European Sociological Review, 12 (2)
- Böhm, W. (1985): Theorie und Praxis. Eine Erörterung des pädagogischen Grundproblems. Würzburg: Königshausen und Neumann
- Born, C./Krüger, H. (Hrsg.) (1993): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung. Weinheim: DVA
- Born, C. (1993): Das Einkommen im ehepartnerlichen Aushandlungsprozeß. Argumentationsfiguren zwischen Innovation und Restauration. In: Born, Claudia/Krüger, H. (Hrsg.): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim: DSV. S.191-208
- Buchmann, M. (1989): The Script of Life in Modern Society. Chicago: University of Chicago Press
- Coleman, J.S. (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge, Mass/London 1990. (German: Grundlagen der Sozialtheorie 3 volumes, München 1991, 1992: Oldenbourg
- Coleman, J.S./Fararo, T.J. (eds.) (1992): Rational Choice. Advocacy and Critique. Newbury Park, CA: Sage
- Collins, R. (1992): The romanticism of agency/ structure versus the analysis of micro/macro; Current Sociology, 40, S.77-97
- Comte, A. (1974): Die Soziologie. Die positive Philosophie im Auszug. Stuttgart: Kröner
- Dahrendorf, R. (1979): Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Dahrendorf, R. (1992): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart: DVA

- Danneberg, L. (1989): *Methodologien. Struktur, Aufbau und Evaluation*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Durkheim, E. (1973): *Der Selbstmord*. Neuwied/Berlin: Luchterhand (Orig. 1897).
- Durkheim, E. (1977): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Orig. 1893).
- Ebaugh, H.R.F. (1988): *Becoming an Ex*. Chicago/London: University of Chicago Press
- Eisenstadt, S.N. (1956): *From Generation to Generation - Age Groups and Social Structure*. Glencoe: Free Press. (German: *Von Generation zu Generation. Altersgruppen und Sozialstruktur*. München 1966: Juventa)
- Eisenstadt, S.N. (1979): *Tradition, Wandel und Modernität*. Frankfurt: Suhrkamp. (Engl: *Tradition, Change, and Modernity*, John Wiley & Sons, New York et al. 1973: John Wiley & Sons)
- Elder, G.H.Jr. (1985): *Life Course Dynamics, Trajectories and Transitions*. Ithaca: Cornell U.P.
- Elder, G.H.Jr./O'Rand, A.M. (1992): *Adult Lives in a Changing Society*; in: Cook, F./Fine, G./House, J.S. (eds.): *Sociological Perspectives on Social Psychology*
- Elster, J. (1989): *Nuts and Bolts*. Cambridge/New York: Cambridge University Press
- Esping-Andersen, G. (1990): *The Tree Worlds of Welfare Capitalism*. Oxford: Polity Press
- Esser, H. (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a. M./ New York: Campus
- Esser, H. (1989): *Verfällt die "soziologische Methode"?* *Soziale Welt*, 40, S.57-75.
- Featherman, D. (1986): *Biography, society and history: Individual development as a population process*. In: Sorensen, A.B./Weinert, F.E./Sherrod, L.R. (eds.): *Human Development and the Life Course*. Hillsdale, N.J.: Erlbaum
- Fischer, K. (1983): *Rationale Heuristik*. In: *Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie*, 14, S.234-272.
- Fleck, Ch. (1992): *Vom "Neuanfang" zur Disziplin? Überlegungen zur deutschsprachigen qualitativen Sozialforschung anlässlich einiger neuerer Lehrbücher*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44 (4); S. 747-765
- Gennep, A. Van (1908): *Les rites de passage (The Rites of Passage)*. Chicago: University of Chicago Press 1960)
- George, L.K. (1993): *Sociological perspectives on life transitions*; *Annual Review of Sociology*, 19, S.353-373

- Gerhardt, U. (1986): *Patientenkarrieren*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Giddens, A. (1984): *The Constitution of Society*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press
- Giddens, A. (1990): *The Consequences of Modernity*. Stanford, Cal.: Stanford University Press
- Giddens, A. (1991): *Modernity and Self Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Cambridge: Polity Press
- Glaser, B./Strauss, A.L. (1967): *The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research*. New York: Aldine de Gruyter
- Glaser, B. (1992): *Emergence vs. Forcing: Basics of Grounded Theory Analysis*. Mill Valley, CA.: Sociology Press.
- Glaser, B./Strauss, A.L.: (1971): *Statuspassage*. Chicago; Aldine
- Goffman, E. (1959): *Presentation of Self in Everyday Life*. London: Allen. The Pinguin Press
- Goffman, E. (1971): *Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Goffmann, E. (1969): *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. 1. Band, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Habermas, J. (1985): *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Hagestad, G. (1991): *Dilemmas in life course research: An institutional perspective*. In: Heinz, W.R. (ed.), *Theoretical Advances in Lifde Course Research*. Weinheim: DSV
- Heinz, W.R. (1992): *Institutional gatekeeping and biographical agency*. In: Heinz, W.R. (ed.): *Institutions and Gatekeeping in the Life Course*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S.9-27
- Heinz, W.R. (1996): *Status Passages as Micro-Macro Linkages in Life Course Research*. In Weymann, A./Heinz, W.R. (eds) (1996): *Society and Biography*. Weinheim: DVA
- Joas, H. (1992a): *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Joas, H. (1992b): *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Joas, H. (Hrsg. 1985): *Das Problem der Intersubjektivität. Neue Beiträge zum Werk George Herbert Meads*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

- Kelle, U./Erzberger, Ch. (1995): *Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsergebnisse*. Unveröffentlichtes Manuskript (zur Veröffentlichung eingereicht)
- Kelle, U./Kluge, S./Prein, G. (1993): Strategien der Geltungssicherung in der qualitativen Sozialforschung. Zur Validitätsproblematik im interpretativen Paradigma. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 24
- Kelle, U./Prein, G./Bird, K. (eds.) (1995): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage
- Kelle, U. (1994a): *Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Deutscher Studienverlag, 1994
- Kelle, U. (1995): Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. In: Maso, I./Atkinson, P.A./Delamont, S./Verhoeven, J.C. (eds.): *Openness in Research. The tension between Self and Other*. Assen: Van Gorcum, 1995, S.33-50
- Kluge, S. (1996): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. Bremen: Unveröff. Arbeitspapier des Methodenbereichs des Sfb 186
- Kohli, M. (1978): *Soziologie des Lebenslaufs*. Darmstadt: Luchterhand
- Kohli, M. (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift f. Soziologie und Sozialpsychologie (37), S.1-29
- Krüger, H. (1993a): Bilanz des Lebenslaufs: zwischen sozialer Strukturiertheit und biographischer Selbstdeutung. In: Soziale Welt (44), S.375-391
- Krüger, H. (1993b): Lurking vocations. Girls' labour market perspectives and women's life course agenda. In: Comenius (52), S.410-425
- Krüger, H.: (1996): Normative Interpretations of Biographical Processes. In: Weymann, A./ Heinz, W.R. (eds.) (1996): *Society and Biography*. Weinheim: DVA
- Leibfried, S./Leisering, L. u.a. (1995): *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Leibfried, S./Pierson, P. (eds.) (1995): *European Social Policy. Between Fragmentation and Integration*. Washington: Brookings Inst.
- Lepsius, M.R. (1990): Interessen, Ideen, Institutionen. Aufsätze zur Makrosoziologie, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.128-131 (Aufsatz von 1979)
- Mannheim, K. (1928/29): Das Problem der Generationen. In: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie (7), S.157-184 und S.309-330. Nachdruck in: Wolff, Kurt-H. (Hrsg.), *Karl Mannheim. Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*.

- Berlin-Neuwied 1964, S.509-565; teilweiser Nachdruck in: Kohli, M. (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt/ Neuwied 1978, S.33-53.
- Marsden, D. W. (1994): Skills and European Labour Market Integration, in: Social Europe, Supplement 1/94, S.77-110
- Marshall, Th.H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M./New York: Campus
- Matthes, J. (1985): Karl Mannheims "Das Problem der Generationen" neu gelesen. In: Zeitschrift für Soziologie (14), S.363-372.
- Mead, G.H. (1968): Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Mead, G.H. (1969): Philosophie der Sozialität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Mead, G.H. (1980): Gesammelte Aufsätze (2. Bände). Frankfurt a. M.: Suhrkamp (paperback 1987)
- Merton, R.K. (1957): Social Theory and Social Structure. New York/London: The Free Press
- Meyer, J.W. (1988): Levels of analysis: the Life course as a cultural construction. In: Riley, M.W. (ed.): Social Structure and Human Lives. Newsbury Park/ London/ New Delhi
- Mönnich, I./Witzel, A. (1994): Arbeitsmarkt und Berufsverläufe junger Erwachsener. Ein Zwischenergebnis. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 14. Jg., Heft 3/1994, S.263-278
- Myles, J. (1995): After the Golden Age: Labor Market Polarization and Canadian Public Policy. Tallahassee, FL: FSU, unv. Man.
- Olson, M. (1968): Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). (Engl: The Logic of Collective Action. Public Goods and The Theory of Groups, Boston 1995: Harvard Univ. Press
- Parfit, D. (1984): Reasons and Persons. Oxford: Oxford University Press
- Parsons, T. (1949): The Structure of Social Action. A Study on Social Theory with Special Reference to a Group of Recent European Writers. New York/London The Free Press, (Orig.McGraw Hill 1937).
- Parsons, T. (1951): The Social System. The Free Press, New York/London: The Free Press. (Paperback 1964)
- Parsons, T. (1979): Sozialstruktur und Persönlichkeit. Frankfurt a. M.: Fachbuchhandlung für Psychologie
- Prein, G./Kelle, U./Kluge, S. (1993): Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren.Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 19, 1993.

- Prein, G./Kluge, S./Kelle, U. (1994): Strategien zur Sicherung von Repräsentativität und Stichprobenvalidität bei kleinen Samples. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 18, 1993 (2. wesentlich verbesserte und überarbeitete Auflage)
- Rawls, J. (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (Engl: A Theory of Justice, Boston 1971: Harvard College)
- Rawls, J. (1992): Die Idee des politischen Liberalismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Roth, J.A. (1963): Timetables. Indianapolis: Bobbs-Merrill
- Rousseau, J.-J. (1963): Emile oder Über die Erziehung. Stuttgart: Reclam (Orig. 1762).
- Rousseau, J.-J. (1977): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam
- Ryder, N.B. (1965): The Cohort as a Concept in the Study of Social Change. In: American Sociological Review (30), S.843-861
- Sackmann, R./Weymann, A. (1991): Generations, social time and 'conjunctive' experience; in: Becker, H. (ed.): Life Histories and Generations. Utrecht: Isor
- Schluchter, W. (1979): Die Entwicklung des okzidentalen Rationalismus. Tübingen: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck)
- Schultz, Th.W. (1986): In Menschen investieren. Tübingen: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck). (Engl: Investing in People, Berkeley 1981: Univ. of Cal. Press)
- Schütz, A. (1971): Gesammelte Aufsätze I. Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag
- Schütz, A./Luckmann, Th. (1979/ 1984): Strukturen der Lebenswelt. 1. Band Frankfurt a. M. 1979; 2. Band ebd.: Suhrkamp
- Sen, A. (1979): Rational fools; in: Hahn, F./ Hollis, M. (eds.): Philosophy and Economic Theory. Baltimore: John S. Hopkins Press
- Smith, A. (1901): The Wealth of Nations. An Inquiry into the Nature and Causes. London: George Bell and Sons.
- Smith, A. (1974): Der Wohlstand der Nationen. München:DVA. (Orig. 1776/ 1789)
- Soskice, D. (1994): Reconciling Markets and Institutions: The German Apprenticeship System, in: Lynch, L. M. (ed.): Training and the Private Sector. Chicago: The University of Chicago Press, S. 25-60
- Strauss A. et al. (1963): The Hospital and Its Negotiated Order. In: E. Freidson (ed.), The Hospital in Modern Society. New York S.147-169

- Strauss, A. (1978): *Negotiations.Varieties, Contexts, Processes and Social Order*. San Francisco: Jossey-Bass
- Strauss, A. (1991): *Creating Sociological Awareness. Collective Images and Symbolic Representations*. New Brunswick & London: Transactions
- Strauss, A. (1993): *Continual Permutations of Action*. New York: Aldine de Gruyter
- Strauss, A./Corbin, J.M. (1988): *Shaping a New Health Care System. The Explosion of Chronic Illness as a Catalyst for Change*. San Francisco/ London: Jossey-Bass
- Swaan, A. de (1993): *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Frankfurt a. M./New York: Campus. (Engl: *In Care of the State*, New York 1988: Oxford Univ. Press)
- Tönnies, F. (1979): *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Orig. 1887)
- Weber, M. (1964): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch (Orig.: Tübingen 1956: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck))
- Weber, M. (1978): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, 1. vol*. Tübingen: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck)
- Weber, M. (1985): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen: J.C.B.Mohr (Paul Siebeck)
- Weymann, A. (1994): *Altersgruppensoziologie. Altersgruppen, Kohorten und Generationen*. In: H.Kerber/A.Schmiederer (Hrsg.), *Spezielle Soziologien*. Reinbeck: Rowohlt, S.344-362
- Weymann, A. (1995a): *Modernisierung, Generationsverhältnisse und die Ökonomie der Lebenszeit. Gesellschaftsformen und Biographien im "Polish Peasant"*. In: *Soziale Welt* (46), S.1-16
- Weymann, A. (1995b): *Modernization, Generational Relations and the Economy of Life-Time*. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* (16), (Special Issue on "The Current State of Social Theory", ed. by Stephan Fuchs, Univ. of Virginia), p.37-57
- Weymann, A. (1996): *Interrelating Society and Biography: Discourse, Markets and the Welfare State's Life Course Policy*. In: Weymann, A./Heinz, W.R. (eds): *Society and Biography*. Weinheim: DSV
- Weymann, A./Sackmann R. (1993/94): *Modernization and the Generational Structure*. In: Becker, H.A./Hermkens, P.L.J. (eds.), *Solidarity of Generations. Demographic, economic and social change and its consequences*. Amsterdam: Thesis, S.721-744

**1.21 Übersicht über die Teilprojekte, gegliedert nach Projektbereichen
- Neue Teilprojekte bitte mit * kennzeichnen -**

Kenn- ziffer	Titel	Fachgebiet und Arbeitsrichtung	Leiter/in, Institut, Ort
A Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem			
A1	Berufliches Statusmanagement und Familiengründung	Arbeitsmarkt- und Familiensoziologie; Sozialisationsforschung; Berufsbiographie- und Lebenslaufforschung	Heinz; FB 11
A3	Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener	Kriminalsoziologie, Jugendsoziologie	Schumann; FB 6
A4	Berufsverläufe im sozialen Wandel	Arbeitsmarktsoziologie; Lebenslaufforschung	Weymann/Sackmann; FB 8 EMPAS
B Statuspassagen zwischen Reproduktion und Erwerbsarbeit			
B1	Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel	Lebenslauf- und Biographieforschung; Familien- und Berufssoziologie	Krüger/Born; FB 11
B6	Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich	Lebenslaufforschung; Sozialstrukturanalyse; Arbeitsmarktsoziologie; Bevölkerungssoziologie	Blossfeld; FB 8
C Statuspassagen innerhalb der Erwerbsarbeit			
C1	Gesundheitliche Risiken	Medizinsoziologie; Organisationssoziologie; Sozialpolitik	Müller; FB 12; ZeS
C4	Erwerbsverläufe und relative Gesundheit	Gesundheitswissenschaften; Organisationssoziologie; Rehabilitationswissenschaften	Behrens; FB 12
C5	Frühverrentung versus Altersteilzeitarbeit	Wirtschaftswissenschaften; Sozialpolitik	Schmähl; FB 7; ZeS
D Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung			
D1	Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren (1933-1957)	Sozialgeschichte; Sozialpolitik; Gesundheitswissenschaften	Milles; ZeS
D3	Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesellschaftlichem Wandel	Sozialpolitik; Lebenslauf- und Biographieforschung	Leibfried/Voges; FB 12; ZeS
YE 2	Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern	Sozialpolitik; Lebenslauf- und Biographieforschung	Olk; Halle
Z	Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV		Heinz; FB 11

1.3. Inhaltlich-strukturelles Umfeld und personelle Situation des Sonderforschungsbereichs

Die bislang im Sfb "Risikolagen und Statuspassagen im Lebensverlauf" vorliegenden Forschungsergebnisse, theoretische Arbeiten und die Erfahrungen mit verschiedenen methodischen Ansätzen der empirischen Sozialforschung haben Forschung und Lehre in den beteiligten Fachbereichen, Studiengängen und Instituten der Universität Bremen in vielfacher Weise bereichert. Dies gilt sowohl für die Förderung von Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen als auch für Lehrveranstaltungen in den Fachbereichen **Psychologie, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft, Berufsbildung, Weiterbildung, Sozialpädagogik, Rechtswissenschaft, Pflegewissenschaft**. Durch die Tätigkeit als studentische Hilfskräfte wird einer steigenden Zahl fortgeschrittener Studenten aus den angeführten Fachbereichen die Möglichkeit angeboten, forschungsorientierte Examensarbeiten zu entwickeln. Darüber hinaus ermöglichte es in den vergangenen Förderungsphasen die Beteiligung des Sfb 186 am **Graduiertenkolleg Lebenslauf und Sozialpolitik**, daß das Lehrangebot für die Kollegiaten mit den Forschungsthemen verbunden werden konnten, die im Sfb verfolgt werden.

Für den Fachbereich **Psychologie** und seinen Abteilungen Sozialpsychologie sowie Arbeits- und Organisationspsychologie ermöglicht die Mitarbeit im Sfb 186 eine Vertiefung und kontinuierliche Beschäftigung mit Fragen der beruflichen Sozialisation im Rahmen der Lebenslaufforschung. In der Verbindung soziologischer und sozialpolitikwissenschaftlicher Analyseperspektiven mit psychologischen Themenstellungen liegt ein erhebliches Potential, Prozesse gesellschaftlichen Wandels mit Veränderungen in den subjektiven Sichtweisen und Lebensentwürfen in Beziehung zu setzen. Diese Ausrichtung hat sich bereits in einer Anzahl biographietheoretischer Diplomarbeiten in der Psychologie niedergeschlagen und wird in Zukunft von der interdisziplinären Kooperation im Sfb weiter profitieren. Darüber hinaus haben Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des Sfb 186 ein Ausbildungsangebot für qualitative Methodenlehre im Studiengang Psychologie entwickelt.

Der Fachbereich **Rechtswissenschaft** ist durch ein kriminologisches Teilprojekt im Sfb 186 vertreten, dessen Forschungsansatz durch die Einbeziehung der internationalen Diskussion über die Genese von Jugenddelinquenz und institutionellem Handeln einen kontinuierlichen Beitrag zur kriminalsoziologischen Diskussion nicht nur in der Bundesrepublik leistet. Im Fachbereich Rechtswissenschaft ist eine

der Wahlmöglichkeiten für das vertiefende Schwerpunktstudium die Jugendkriminalität.

Im Fachbereich **Sozialwissenschaften** ist der Sfb 186 vor allem mit dem Institut für empirische und angewandte Soziologie (EMPAS) und dem Studiengang Soziologie verbunden. Hier sind es die Gebiete Bildung, Arbeit, Beruf, Beschäftigung, Familie, soziale Ungleichheit einerseits und die Ausbildung in Methoden und Statistik andererseits, die von den Forschungsarbeiten des Sfb 186 und der Kooperation profitieren und die ihrerseits mit Projekten des Sfb verbunden sind. So entstehen durch die Beteiligung am Sfb 186 Verbindungslinien zwischen den im EMPAS durchgeführten Längsschnittprojekten in den Bereichen Bildung und Weiterbildung, Techniksoziologie und staatliche Dienstleistungen. Die vorhandenen Datensätze zu internationalen Vergleichen über Strukturen sozialer Ungleichheit und Veränderungen im Lebensverlauf können in Zusammenarbeit mit dem Sfb erweitert und differenziert analysiert werden. Die Ergebnisse der Analysen und Diskussionsprozesse im Sfb 186 werden durch Lehrveranstaltungen, die Betreuung von Diplomanden und Doktoranden und durch Habilitationen im Fach Soziologie in die Forschungsarbeit des EMPAS eingebracht. Dies führt zu einer Erweiterung des Kenntnisstandes über die theoretischen und methodologischen Fortschritte in der Lebenslauf- und Biographieforschung auf internationaler Ebene. EMPAS und Studiengang Soziologie sind ihrerseits der einzige Ort unter allen Kooperationspartnern, der über einen kooperierenden Lehrstuhl für Statistik und Methoden mit mehreren Mitarbeitern verfügt und von dessen Arbeiten der Sfb 186 profitieren kann.

Mit dem **Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)** an der Universität Bremen haben sich vielfältige Forschungsk Kooperationen entwickelt, die sich auf die Analyse der Institutionen des Sozialstaats und deren Rolle bei der Steuerung bzw. Normierung von Lebensläufen beziehen. Im ZeS stehen Analysen der Wechselbeziehung zwischen verschiedenen Politikfeldern im Mittelpunkt; es werden anwendungsorientierte Grundlagenprojekte im Kontext der sozialstaatlichen Politik durchgeführt. Die Abteilungen "Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaats", "Gesundheitspolitik", "Geschlechterpolitik" und "Wirtschaftswissenschaften" sind hier von Bedeutung für die Kooperation mit Projekten am Sfb 186. Der primär soziologisch ausgerichtete Sonderforschungsbereich gewinnt durch die im ZeS vorhandenen Erfahrungen und Kenntnisse in der sozial- und gesundheitspolitischen sowie der sozialökonomischen Forschung wichtige Ergänzungen des interdisziplinären Ansatzes aus institutionstheoretischer Sicht. Die gemeinsame

Forschungsarbeit wird in Zukunft noch durch die erfolgreiche Beantragung eines vernetzten EDV-Systems aus dem DFG-Programm für Wissenschaftler-Arbeitsplätze (WAP) verbessert.

Gemeinsam veranstaltete Gastvorträge von Wissenschaftlern, die den Sfb, das ZeS oder das EMPAS besuchen, haben sich zu einer in der universitären Öffentlichkeit nachgefragten Veranstaltungsform entwickelt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß durch die bislang erfolgte Förderung des Sonderforschungsbereichs 186 die Kooperation in Lehre und Forschung an den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fachgebieten und Forschungseinrichtungen der Universität Bremen erheblich verbessert wurde, was sich speziell in der Erweiterung des Lehrangebots im Bereich der sozialstrukturellen Lebenslaufforschung und in Methoden der empirischen Sozialforschung ausdrückt, sowie durch gute Erfolge bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

1.41 Verzeichnis der laufenden Dissertationen auf dem Gebiet des Forschungsprogramms

Projektbereich A

Zinn, Jens A1	Berufsverläufe von Facharbeitern
Bettinger, Frank A3	Entkriminalisierung im Bereich der kleinen Eigentums- kriminalität
Feldtmann, Birgit A3	Kontrollierbarkeit staatsanwaltschaftlicher Einstellungen nach §§ 153, 153a StPO
Köhl, Roman A3	Die Rechtstellung des Freiers im Vergleich zu anderen Tätertypen im Sexualstrafrecht
Peiris, Sunil A3	Kriminalität und Kriminalisierung der Zuwanderer aus Sri Lanka
Strobl, Rainer A3	Opfererfahrungen von Ausländern und ethnische Differenzierung moderner Gesellschaften
Mierendorff, Johanna A3	Zusammenleben mit Kindern. Auswirkungen auf die Planung elterlicher Lebensläufe
Rasztar, Matthias A4	Auf- und Abwärtsmobilität im Transformationsprozeß

Projektbereich B

Erzberger, Christian B1	Zahlen und Worte. Die Verbindung quantitativer und qualitativer Daten und Methoden im Forschungsprozeß
Dasko, Faith B1	Einfluß der Familienpolitik auf die Entwicklung der fa- miliären Lebensform 'Einelternfamilie' und die Lebens- lage dieser Familienform: Ein deutsch-französischer Ländervergleich
Ernicke, Beate B6	Wohneigentum im Lebenslauf. Eine empirische Analyse der Prozesse zum Erwerb von Wohneigentum und der Verbindung zum Lebensverlauf im Internationalen Vergleich.

Müller, Rolf B6	Scheidungs- und Trennungsverhalten im Längsschnitt. Eine empirische Analyse der Trennungstendenzen in Deutschland und den USA auf der Grundlage des SOEP und des PSID
Timm, Andreas B6	Partnerwahl in modernen Gesellschaften. Eine empiri- sche Analyse zur Statusmobilität von Frauen und Män- nern im internationalen Vergleich
Wittig, Immo B6	Das Erwerbsverhalten von Partnern im internationalen Vergleich.

Projektbereich C

Koppelin, Frauke C4	Wechselwirkungen zwischen Pflegebelastung und sozialer Unterstützung bei pflegenden Ehefrauen über 60
Schulz, Detlef C4	Begrenzte Tätigkeitsdauer im Pflegedienst. Empirische Untersuchungen zum Erwerbsverlauf des Pflegepersonals im Kontext von Beruf, Familie und Haushalt
George, Rainer C5	Finanz- und arbeitsmarktpolitische Wirkungen einer Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand
Oswald, Christiane C5	Unfreiwilliges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben? Ökonomische Untersuchungen des Übergangs in den Ruhestand

Projektbereich D

Kaschke, Lars D1	Kommission für "Rentenquetsche"? Die Rentenverfahren in der Invalidenversicherung und die "Bereisung" der Landesversicherungsanstalten, 1901-1911
Sniesg, Monika D1	Statistik als Planungs- und Steuerungsinstrument in der historischen Entwicklung der Invaliditäts- und Alters- versicherung
Weber, Andreas D3	Sozialhilfedynamik im gesellschaftlichen Wandel

Teilprojekt Z/Bereich Methoden und EDV

Kluge, Susann A3, Z	Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung
Sommer, Thorsten Z	Soziostruktureller Wandel und traditionelle Strukturen - Beschreibung von Veränderung und Kontinuität anhand qualitativer und quantitativer Methoden

1.5 Verzeichnis der Forschungsthemen, an denen Wissenschaftler des Sonderforschungsbereichs mitarbeiten und die in anderen Verfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder anderer Zuwendungsgeber (z.B. Bund, Land, Stiftung Volkswagenwerk, AIF, Wirtschaftsunternehmen oder Zweckverbände) gefördert werden oder für die Förderungsanträge gestellt worden sind

Thema	Name(n)der beteiligten Wissenschaftler	Zuwendungsgeber und Aktenzeichen oder Antragsdatum	Teilprojekt
Transition from Education to Employment in Germany and Canada	W.R. Heinz (zusammen mit Paul Ansif, York University, Toronto)	Antrag bei der German-American Academic Council Foundation (Trans Coop-Programm) (1996-1998, beantragt)	A1
Experimente mit Kriminalitätsprävention	K.F. Schumann	Volkswagen-Stiftung (1996- 1998)	A3
Training for the Labor-Market and Juvenile Delinquency	K.F. Schumann mit David Hui-zinga ,Univ. of Colorado, Boulder	Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil (1996-1998)	A3
Lehramt Pflegewissenschaft. Berufliche Erstausbildung und Lehramtsstudium als biographische Bausteine	H. Krüger	Bund-Länder Kommission	B1

Structural change, institutional mediation, and social mobility in advanced capitalist societies	H.-P. Blossfeld mit T. DiPetre (Duke Univ., Ruud Luijkx (Tilburg Univ., P. De Graaf Univ. Nijmegen, M. Tahlin Univ. Stockholm	National Science Foundation, Washington D.C.	B6
Career mobility in the FRG and US	H.-P. Blossfeld mit T. DiPetre (Duke University, USA)	Transcoop-Projekt, Humboldt-Stiftung, 1993 - 1997	B6
Betriebsärzte und Rehabilitation	J. Behrens	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (1996 abgeschlossen)	C4
Problem der begrenzten Tätigkeitsdauer und neue Arbeitszeitmodelle für ältere Arbeitnehmer - Altersintegrierte Arbeitspolitik	J. Behrens	BMBWFT (1996 - 98)	C4
Die Umgestaltung der Alterssicherung im Transformationsprozeß ost- und mitteleuropäischer Staaten	W. Schmähl	Volkswagen-Stiftung (Jan.1996 - Dez. 1997)	C5
Problem der begrenzten Tätigkeitsdauer und neue Arbeitszeitmodelle für ältere Arbeitnehmer - finanzielle Folgen betrieblicher Modelle	W. Schmähl	BM für BWFT (Febr. 1996 - Nov. 1997)	C5
Implementation der Pflegeversicherung	W. Schmähl	Hans-Böckler-Stiftung Juni 1996 - Mai 1997)	C5

Sozialleistung von Fußballvereinen	D. Milles	DFG (1996-99, beantragt)	D1
Sozialhilfe und Arbeit: Zwischen 'Standortdiskussion' und Regionalisierung - Nationale politische Thematisierung von Sozial(hilfe-)politik in Deutschland und den USA	S. Leibfried	DFG-Schwerpunktprogramm "Regulierung und Restrukturierung der Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Dezentralisierung", 1996-97	D3
Business and the Welfare State: Exploring Germany versus the US	S. Leibfried	Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil (DAAK), 1996 ff.	D3
The Evaluation of Social Policies Against Social Exclusion at the Local Urban Level	W. Voges	EG-Kommission 1996 f.	D3

1.6 Alphabetische Liste der am Sonderforschungsbereich beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen

Name, Vorname akad. Grad Dienststellung	Fachrichtung	genaue Bezeichnung des Hochschulinstituts	GA ¹⁾ oder EA ¹⁾	Teil- projekt
Behrens, Johann, Dr. Prof.	Soziologie	FH Fulda; ZeS	GA	C4
Blossfeld, Hans- Peter, Dr., Prof.	Soziologie	FB 8/EMPAS	GA	B6
Born, Claudia, Dr. WiMi	Soziologie	FB 11/Sfb 186	GA	B1
Buhr, Petra, Dr. WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	D3
Dietz, Gerhard- Uhland, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	A3
Dressel, Werner, Geschäftsführer	Politikwissenschaften	Sfb 186	GA	Z
Dreyer-Tümmel, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	C4
Drobnic, Sonja Dr., Wiss.Ass.	Soziologie	FB 8/ EMPAS	GA	B6
Erzberger, Christian, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	B1
Ernicke, Beate, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	B6
Gatter, Jutta, WiMi	Ökonomie	ZeS	GA	C5
George, Rainer, WiMi	Wirtschaftswissenschaft	Sfb 186	EA	C5
Heinz, Walter R., Dr., Prof.	Sozialpsychologie	FB 11	GA	A1

Jacobs, Gisela, Dr. Wiss. Ass.	Soziologie	MLH	GA	YE2
Kaschke, Lars, WiMi	Geschichtswissenschaft	Sfb 186	EA	D1
Kelle, Udo, Dr. Wiss. Ass.	Psychologie	Sfb 186	GA	A1
Kluge, Susann, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	Z
Koppelin, Frauke, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	C4
Krüger, Helga, Dr., Prof.	Soziologie	FB 11	GA	B1
Leibfried, Stephan, Dr., Prof.	Sozialpolitik	FB 12/ZeS	GA	D3
Leisering, Lutz, PD Dr., Wiss. Ass.	Sozialpolitik	Sfb 186	GA	D3
Mariak, Volker, Dr. Wiss. Ass.	Soziologie	Sfb 186	GA	A3
Marstedt, Gerd, Dr., WiMi	Soziologie	Sfb 186	GA	C1
Matt, Eduard, Dr., WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	A3
Mierendorff, Johanna, WiMi	Soziologie	Sfb 186/MLH	EA	YE2
Milles, Dietrich PD Dr., WiMi	Sozialgeschichte	ZeS	GA	D1
Müller, Rainer, Dr., Prof.	Arbeitsmedizin	FB 11/ZeS	GA	C1
Müller, Rolf, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	B6

Olk, Thomas, Dr., Prof.	Sozialpolitik	MLH	GA	YE2
Oswald, Christiane, WiMi	Wirtschaftswissenschaft	Sfb 186	EA	C5
Prein, Gerald, Dr., Wiss. Ass.	Soziologie	Sfb 186	GA	Z
Rasztar, Matthias, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	A4
Rentzsch, Doris, Dr., WiMi	Soziologie	Sfb 186/MLH	EA	YE2
Sackmann, Reinhold, Dr., Wiss. Ass.	Soziologie	FB 8/ EMPAS	GA	A4
Schmähl, Winfried, Dr., Prof.	Wirtschaftswissenschaft	FB 7/ ZeS	GA	C5
Schulz, Detlef, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	C4
Schumann, Karl F., Dr., Prof	Kriminal- und Rechtssoziologie	FB 6	GA	A3
Seus, Lydia, Dr., Wiss. Ass.	Kriminologie	Sfb 186	GA	A3
Sniegs, Monika, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	D1
Sommer, Torsten, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	Z
Struck-Möbbeck, Olaf, Dr., WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	A4
Timm, Andreas, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	B6
Viebrok, Holger, Dr. WiMi	Wirtschaftswissenschaft	Sfb 186	EA	C5

Voges, Wolfgang, PD Dr., WiMi	Soziologie	ZeS	GA	D3
Weber, Andreas, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	D3
Weymann, Ansgar, Dr., Prof.	Soziologie	FB 8/ EMPAS	GA	A4
Wingens, Matthias, Dr., Wiss. Ass.	Soziologie	FB8/EMPAS	GA	A4
Wittig, Immo, WiMi	Soziologie	EMPAS	GA	B6
Witzel, Andreas, Dr., WiMi	Soziologie	Sfb 186	GA	A1
Zinn, Jens, WiMi	Soziologie	Sfb 186	EA	A1

1) Grundausrüstung = GA / Ergänzungsusrüstung = EA

Abkürzungsverzeichnis

FB 6	- Fachbereich Rechtswissenschaft
FB 7	- Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
FB 8	- Fachbereich Sozialwissenschaften
FB 11	- Fachbereich Human- und Gesundheitswissenschaften
FB 12	- Fachbereich Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften
EMPAS	- Institut für empirische und angewandte Soziologie
MLH	- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
ZeS	- Zentrum für Sozialpolitik

**2. Überblick über die bisherige
und die beantragte Förderung
des Sonderforschungsbereichs**

- 2 Überblick über die bisherige und die beantragte Förderung des Sonderforschungsbereichs
 2.11 Zusammenstellung der dem Sonderforschungsbereich im letzten Förderungszeitraum aus der
Grundausrüstung (GA) zur Verfügung gestellten **Sachmittel** sowie des entsprechenden
 Ansatzes für 1997 (vgl. Hinweise zur Antragstellung 2.1, S.8)
 SV : Sächliche Verwaltungsausgaben
 I : Investitionsmittel (Geräte über 20.000,--)
 (alle Angaben bitte in TDM)

Haushalts- jahr	GA Hochschule			GA beteiligte Einrichtungen			GA Sachmittel insgesamt
	SV	I	Summe	SV	I	Summe	
1994	116.000	-	116.000	-	25.000	25.000	141.000
1995	120.000	-	120.000	-	-	-	120.000
1996	122.500	-	122.500	-	-	-	122.500
1997	120.000	-	120.000	-	-	-	120.000

2.12 Zusammenstellung der als Ergänzungsausstattung für den Sonderforschungsbereich

- bis einschließlich 1996 bewilligten (nur bei Fortsetzungsanträgen)

- und für die Haushaltsjahre 1997 bis 1999 beantragten Mittel

(vgl. Hinweise zur Antragstellung 2.12, S. 8/9)

PK : Personalkosten

SV : Sächliche Verwaltungsausgaben

I : Investitionen (Geräte über 20.000,--)

(alle Angaben bitte in TDM)

Haushalts-jahr	Ergänzungsausstattung			gesamt
	PK	SV	I	
bis 1993	8.485.600	896.800	-	9.382.400
1994	2.600.800	452.300	-	3.053.100
1995	2.538.000	397.600	-	2.935.600
1996	2.534.200	157.100	-	2.691.300
Zwischensumme				18.062.400
1997	2.644.100	797.025	-	3.441.125
1998	2.718.800	351.800	-	3.070.600
1999	2.481.000	291.535	-	2.772.535

- 2.2 Anzahl der Personalstellen, die aus der Grundausrüstung 1996 für die jetzt beantragten Teilprojekte zur Verfügung stehen werden
(vgl. Hinweise zur Antragstellung 2.2, S.9)

Besoldungsgruppe/ Vergütungsgruppe	<u>Anzahl</u> der im Sonderforschungsbereich mitarbeitenden Wissenschaftler (<u>ohne</u> beratende Wissenschaftler)
<u>Wissenschaftliches Personal</u>	
C 4	9
C 3 / A 16	
C 2 / A 15	
C 1 / A 14	9
A 13	
Sondervertrag	
BAT I	
BAT Ia	1
BAT Ib	2
BAT IIa	
Summe wiss. Personal	21
wissenschaftl. Hilfskräfte	
studentische Hilfskräfte	12
<u>Nichtwiss. Personal</u>	
BAT III	
BAT IVa	
BAT IVb	
BAT Vc	2
BAT VIb	
BAT VII - X/MTL	1
Summe nichtwiss. Personal	3

- 2.3 Anzahl der Stellen, für die Personalmittel als **ERGÄNZUNGS-AUSSTATTUNG** beantragt werden -
 - Haushaltsjahr 1997
 - in der Übersicht für 1997 bitte in Klammern auch die bisher bewilligte Anzahl eingeben -

Teil-projekt	BAT IIa	BAT IIa/2	stud. Hilfs- kräfte	BAT IVb	BAT VIb	BAT VII-X	insgesamt (ohne Hilfs- kräfte)
A1	1 (2)	2 (1)	2 (1)				3 (3)
A3	1 (1)	2 (2)	2 (2)				3 (3)
A4	2 (1)	1 (1)	4 (1)				3 (2)
B1	1 (1)	1 (1)	2 (1)				2 (2)
B6	-	3 (3)	3 (2)				3 (3)
C1	1 (1)	-	1 (1)				1 (1)
C4	0 (1)	3 (1)	2 (2)				3 (2)
C5	1 (0)	2 (2)	2 (2)				3 (2)
D1	0 (1)	2 (0)	1 (1)				2 (1)
D3	1 (2)	4 (1)	3 (2)				5 (3)
YE2	2 (2)	-	2 (2)				2 (2)
Z	1 (1)	1 (1)	2 (1)	1 (1)		3 (3)	6 (6)
insges.	11 (13)	21 (13)	26 (18)	1 (1)		3 (3)	36 (30)
+/- ¹	- 2	+ 8	+ 8				+ 6

¹ Bitte tragen Sie hier die Veränderung (+/-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ein.

2.3 Anzahl der Stellen, für die Personalmittel als ERGÄNZUNGS-AUSSTATTUNG beantragt werden -
- Haushaltsjahr 1998

Teil- pro- jekt	BAT IIa	BAT IIa/2	stud. Hilfs- kräfte	BAT IVb	BAT VIb	BAT VII-X	insgesamt (ohne Hilfs- kräfte)
A1	1	2	2				3
A3	1	2	2				3
A4	2	1	4				3
B1	1	1	2				2
B6	-	3	3				3
C1	1	-	1				1
C4	-	3	2				3
C5	1	2	2				3
D1	-	2	1				2
D3	1	-	3				5
YE2	2	1	2				2
Z	1	1	2	1		3	6
insges.	11	21	26	1		3	36
+/- ¹	-	-	-	-		-	-

¹ Bitte tragen Sie hier die Veränderung (+/-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ein.

2.3 Anzahl der Stellen, für die Personalmittel als ERGÄNZUNGS-AUSSTATTUNG beantragt werden -
- Haushaltsjahr 1999

Teil-projekt	BAT IIa	BAT IIa/2	stud. Hilfs- kräfte	BAT IVb	BAT VIb	BAT VII-X	insgesamt (ohne Hilfs- kräfte)
A1	1	2	2				3
A3	1	2	2				3
A4	2	1	2				3
B1	1	1	2				2
B6	-	3	3				3
C1	1	-	1				1
C4	-	3	2				3
C5	1	2	2				3
D1	-	2	1				2
D3	1	4	3				5
YE2	2	-	2				2
Z	1	1	2	1		3	6
insges.	11	21	24	1		3	36
+/- 1	-	-	- 2	-	-	-	-

¹ Bitte tragen Sie hier die Veränderung (+/-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ein.

2.4 Als ERGÄNZUNGS-AUSSTATTUNG beantragte Mittel für Sächliche Verwaltungsausgaben - (1997)
 - bitte für jedes Haushaltsjahr eine getrennte Übersicht anlegen

Teil- pro- jekt	Verbrauchs- mittel (522)	Reisemittel (527)	Bücher und Zeitschriften (512)	Druckkosten (531a)	Vervielfältigungen (531b)	Sonstiges (547)	gesamt
A1	3.000	2.200	1.500	-	1.500	36.100	44.300
A3	590	21.160	1.500	6.000	4.000	78.840	112.090
A4	2.500	11.000	1.500	-	1.500	113.425	129.925
B1	4.000	26.000	600	3.000	5.000	145.000	183.600
B6	3.000	23.300	2.000	3.000	1.500	21.000	53.800
C1	1.200	13.200	600	5.000	1.200	38.150	59.470
C4	2.000	16.940	700	4.000	200	4.500	28.340
C5	2.000	11.400	1.200	-	1.200	-	15.800
D1	1.000	4.200	1.000	5.000	2.500	5.000	18.700
D3	4.700	10.600	1.200	13.000	3.000	32.700	65.200
YE2	5.000	7.400	2.000	-	1.500	18.000	33.900
Z	9.000	4.400	500	14.000	4.000	20.000	51.900
gesamt	37.990	151.920	14.300	53.000	27.100	512.715	797.025
+/- ¹	+ 14.000	+ 116.620	+ 2.800	+ 46.600	- 900	+ 463.315	+ 639.925

1 Bitte tragen Sie hier die Veränderung (+/-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ein.

2.4 Als ERGÄNZUNGS-AUSSTATTUNG beantragte Mittel für Sächliche Verwaltungsausgaben - (1998)
 - bitte für jedes Haushaltsjahr eine getrennte Übersicht anlegen

Teil- pro- jekt	Verbrauchs- mittel (522)	Reisemittel (527)	Bücher und Zeitschriften (512)	Druckkosten (531a)	Vervielfältigungen (531b)	Sonstiges (547)	gesamt
A1	1.800	1.700	1.500	-	2.500	9.000	16.500
A3	300	5.400	1.500	-	2.000	8.000	17.200
A4	2.000	9.000	1.500	-	1.500	39.600	53.100
B1	2.500	2.000	600	-	2.000	-	7.100
B6	3.000	23.100	2.000	3.000	1.500	9.000	41.600
C1	2.100	560	600	-	1.200	16.600	21.060
C4	2.000	14.580	700	-	800	5.000	23.080
C5	1.200	3.800	1.200	-	1.200	-	7.400
D1	1.500	2.800	1.500	3.000	1.500	5.000	15.300
D3	3.500	11.600	1.200	3.000	2.500	8.000	29.800
YE2	2.500	4.000	2.000	5.000	1.200	-	14.700
Z	5.500	3.500	500	20.000	4.000	71.000	104.500
gesamt	27.900	82.000	14.800	34.000	21.900	171.200	351.800
+/- 1	- 10.000	- 69.920	+ 500	- 19.000	- 6.800	- 341.515	- 445.225

1 Bitte tragen Sie hier die Veränderung (+/-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ein.

2.4 Als ERGÄNZUNGS-AUSSTATTUNG beantragte Mittel für Sächliche Verwaltungsausgaben - (1999)
- bitte für jedes Haushaltsjahr eine getrennte Übersicht anlegen

Teil- pro- jekt	Verbrauchs- mittel (522)	Reisemittel (527)	Bücher und Zeitschriften (512)	Druckkosten (531a)	Vervielfältigungen (531b)	Sonstiges (547)	gesamt
A1	1.800	-	1.000	-	3.000	-	5.800
A3	300	1.960	2.000	6.000	2.000	17.825	30.085
A4	2.000	5.000	1.500	8.000	1.500	11.300	29.300
B1	2.500	2.000	600	3.000	2.000	-	10.100
B6	3.000	21.500	2.000	3.000	1.500	8.000	39.000
C1	1.000	3.600	600	-	1.200	-	6.400
C4	2.000	14.980	450	4.000	600	3.700	25.730
C5	1.200	1.520	1.200	6.000	1.200	-	11.120
D1	1.500	5.800	500	-	1.500	-	9.300
D3	3.900	2.700	1.200	-	2.000	-	9.800
YE2	-	-	-	-	-	-	-
Z	5.500	4.400	500	41.000	4.500	59.000	114.900
gesamt	24.700	63.460	11.550	71.000	21.000	99.825	291.535
+/- ¹	- 3.200	- 18.540	- 3.250	+ 37.000	- 900	- 71.375	- 60.265

1 Bitte tragen Sie hier die Veränderung (+/-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ein.

**3. Darstellung des Programms
nach Projektbereichen und
Teilprojekten**

Projektbereich A

3.0 Projektbereich A

Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem

3.01 Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs

Der Projektbereich A besteht aus drei laufenden Längsschnittstudien A1, A3 und A4, die Statuspassagen und Risikolagen im jungen Erwachsenenalter, vor allem beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf untersuchen. Während A1 ausschließlich GesellInnen, allerdings in verschiedenen Regionen, fokussiert, hat A4 neben GesellInnen zum Vergleich HochschulabgängerInnen - beide aus den neuen Bundesländern - als Untersuchungspopulation gewählt. In der Abgängerkohorte aus Hauptschulen und Sonderschulen, die A3 untersucht, ist neben GesellInnen auch ein substantieller Anteil von bezüglich beruflicher Qualifikation defizitärer Jugendlichen enthalten. Die Analysen der drei Teilprojekte gelten vor allem den beruflichen Verläufen, allerdings auf dem Hintergrund von Partnerschaften/Familiengründungen.

In den drei Projekten werden Individualdaten aus Kohortenlebensverläufen und individuellen biographischen Entwürfen (Makro- und Mikropanel) im Kontext institutioneller Ressourcen und Interventionen (korporative Akteure der Bildungs-, Arbeits-, Rechtspolitik) analysiert. In Fragestellung und Stichprobe aller Projekte sind regionale und geschlechtsspezifische Faktoren sozialer Ungleichheit berücksichtigt.

Das Projekt A1 untersucht in Bremen und München bei Fachkräften der Berufsbildungsabschlußkohorte 1989 objektive Berufsverläufe und subjektive biographische Deutungsmuster. Unterschiedliche Modalitäten der Verknüpfung von Ausbildung und Beruf mit Partnerschaft und Familie werden im Kontext der institutionellen Gegebenheiten analysiert: wie wirken sich regionaler Arbeitsmarkt, Berufsfeld, Betrieb, Geschlecht auf Art und Zeitpläne der Partnerbeziehungen und Familienplanungen aus? Dabei soll die Frage beantwortet werden, wie sich berufsspezifische Laufbahnen und Karrieremuster in den krisenhaften Arbeitsmärkten der 90er Jahre darstellen und ob - und wenn ja: in welcher Weise - Strukturmerkmale sozialer Ungleichheit im Lebenslauf kumulieren bzw. zu einer Verzeitlichung sozialer Ungleichheit betragen. Auf die Auswertung der geplanten 4. Welle der Befragung des Gesamtsamples gestützt, und ergänzt durch Sekundäranalysen verfügbarer "multi-purpose"-Paneldatensätze sollen Zusammenhänge zwischen

sozialen Strukturvariablen, berufsbiographischen Verlaufsmustern und berufsbiographischen Gestaltungsmodi untersucht werden.

Das Teilprojekt A3 fokussiert die Berufs- und Lebenschancen von AbgängerInnen von Hauptschulen und Sonderschulen auf einem Arbeitsmarkt, der stetig, insbesondere bezogen auf ungelernte, angelernte Tätigkeiten und traditionelle Handwerks- und Facharbeiterberufe durch Rationalisierung, Automatisierung und Job-export, schrumpft. Schwierigkeiten der Bewältigung der 2. Schwelle und Verarbeitung von Phasen der Arbeitslosigkeit während der Statuspassage des Berufseintritts sollen bei dieser (mit einem dann 8-jährigen Beobachtungsfenster bislang kaum je untersuchten) AbgängerInnenkohorte von Haupt- und Sonderschulen erfaßt werden. Geprüft werden soll, ob Wiederauftreten oder Unterbleiben delinquenter Phasen von drei institutionellen Einflußgrößen abhängen: (a) dem Verlauf beruflicher Qualifikation und des Berufseintritts, (b) den übernommenen Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen sowie (c) den Stigmatisierungseffekten von Kriminalisierung und Strafverfolgung. Soweit nachgewiesen werden kann, daß die gesellschaftlichen Institutionen (Arbeitsmarkt, Familie, Instanzen der Strafverfolgung) als Meso-Ebene Fortdauer bzw. Beendigung delinquenter Phasen maßgeblich beeinflussen, soll die Triftigkeit dieser Befunde im internationalen Vergleich (bezogen auf ein U.S.-Längsschnittsprojekt mit vergleichbarem Design) überprüft werden.

Das Projekt A4 untersucht den Übergang vom Bildungssystem in das Beschäftigungssystem in den neuen Bundesländern. Dazu werden die Absolventenkohorten 1985 und 1990 der Universitäten Rostock und Leipzig sowie Absolventen einer beruflichen Lehre erneut befragt und zu der (ergänzend erhobenen) Abgängerkohorte 1995 in Beziehung gesetzt. Das Forschungsinteresse richtet sich auf die Optionen und Restriktionen in beruflichen Verläufen je nach Kohortenspezifität des Strukturwandels und daran gebundene individuelle Handlungsorientierungen. Darüberhinaus werden die Rahmenbedingungen der Restabilisierung und Verzeitlichung beruflicher Verläufe (insbesondere der Restabilisierung des Arbeitsmarktes und der Differenzierung der Berufsstruktur) untersucht. Schließlich soll die Dynamik des Kohortenaustauschs in Betrieben durch Betriebsfallanalysen sichtbar gemacht werden; in ihnen wird die Personalpolitik im Hinblick auf die Beschäftigungschancen der erfassten Kohorten im Vordergrund stehen.

**3.02 Bisherige und beantragte Förderung des Projektbereichs A
(Ergänzungsausstattung)**

Haushaltsjahr	Beträge DM 1.000
bis 1993	2.070.800,-
1994	749.100,-
1995	676.600,-
1996	617.500,-
Zwischensumme	4.114.000,-
1997	1.056.715,-
1998	867.300,-
1999	818.785,-

Teilprojekt A1

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt A1

3.11 Thema:

Zwischen beruflichem Statusmanagement und Familiengründung: Fachkräfte 10 Jahre nach ihrem Schulabschluß

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Arbeitsmarkt- und Familiensoziologie, Sozialisationsforschung, Berufsbiographie- und Lebenslaufforschung

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Walter R. Heinz
 FB 11 (Human- und Gesundheitswissenschaften)
 Universität Bremen FVG/W
 28334 Bremen
 Tel: 0421/218-4144 (-4149), FAX: 0421/218-4153

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

Das Teilprojekt wird gefördert seit 01.07.1988

Haus- halts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	793.900	91.100	---	885.000
1994	206.000	22.300	---	228.300
1995	208.400	24.800	---	233.200
1996	218.400	2.500	---	220.900
Zwischen- summe	1.426.700	140.700	---	1.567.400
1997	229.200	44.300	---	273.500
1998	229.200	16.500	---	245.700
1999	229.200	5.800	---	235.000

Inhaltsverzeichnis

- 3.2 Zusammenfassung
- 3.3 Stand der Forschung
 - 3.3.1 Ungleichheit beruflicher Verläufe: Reproduktion und/oder Verzeitlichung sozialer Ungleichheitslagen?
 - 3.3.2 Akteursorientierungen als Moderatorvariablen zwischen "Struktur" und "Handlung"
 - 3.3.3 Der berufliche Kontext von Partnerschafts- und Familienbiographien
- 3.4 Eigene Vorarbeiten
- 3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1 Ziele
 - 3.5.1.1 Konsolidierungsprozesse und Diskontinuitäten von Berufsverläufen
 - 3.5.1.2 Wechselwirkungen zwischen Berufs- und Familienbiographie
 - 3.5.2 Daten und Methoden
 - 3.5.2.1 Vierte Welle der quantitativen Paneluntersuchung
 - 3.5.2.2 Vergleichende Analysen mit anderen Panelstudien
 - 3.5.2.3 Qualitative Verlaufsanalyse
 - 3.5.2.4 Kontextanalysen für Berufs- und Familienbiographien
 - 3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplanung
- 3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms
- 3.7 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt
 - 3.7.1 Begründung des Personalbedarfs
 - 3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsaufgaben
- 3.8 Literatur

3.2 Zusammenfassung

Das beantragte Vorhaben führt die Panelstudie über die beruflichen und familiären Verläufe einer Kohorte junger Fachkräfte in zwei Arbeitsmarktregionen (Bremen und München) und sechs ausgewählten Berufen (Bankkaufleute, Bürokaufleute, Maschinenschlosser, Kfz-Mechaniker, Friseurinnen und Einzelhandelskaufleute) fort.

Fünf Jahre nach Abschluß der Berufsausbildung (1996) zeigt sich deutlich, daß die Differenzierung der Berufsverläufe in Abhängigkeit von Ausbildungsberuf und Geschlecht in der von uns untersuchten Kohorte zunimmt. Dies weist darauf hin, daß das an der ersten Schwelle charakteristische Zusammenwirken von sozialer Herkunft, Schulabschluß und Berufswahl (das kurz nach der zweiten Schwelle abgeschwächt schien), nun wieder wirksam wird. Inwieweit das strukturierend für den weiteren Lebenslauf ist, soll mit der geplanten vierten Panelerhebung 1997 beantwortet werden. Um Kohorten- und Periodeneffekte trennen zu können, werden wir auf zusätzliche Daten aus verschiedenen anderen Panelstudien zurückgreifen (SOEP, IAB), in denen Teilaspekte unserer Untersuchung erfaßt wurden. Unsere bisherigen qualitativen Auswertungen zeigen, wie familienbiographische Entscheidungen und Ereignisse die Dynamik des Berufsverlaufs beeinflussen können. Da in der kommenden Phase ein nennenswerter Teil des Samples eine Familie gegründet haben wird, können wir die Wechselwirkung berufs- und familienbiographischer Verläufe in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Ungleichheitsrisiken untersuchen. Unser Projekt trägt damit zur Erforschung der Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Phase der Arbeitsmarktintegration und Familiengründung bei.

In der vierten Welle des quantitativen Makropanels können wir dabei in besonderer Weise auf den Ertrag der Verknüpfung quantitativer Lebenslaufforschung und qualitativer Analyse beruflicher Sozialisationsprozesse zurückgreifen. Unsere bisherigen Analysen machen deutlich, wie Akteure mit spezifischen biographischen Orientierungs- und Gestaltungsmustern auf die durch Schulabschluß und Berufs- und Arbeitsmarktstruktur hergestellten Gelegenheitsstrukturen antworten, und wie sie angesichts berufsspezifisch divergierender Optionen und Restriktionen verschiedene Aspirationen und Handlungsstrategien entwickeln. Biographische Orientierungs- und Gestaltungsmuster stellen wesentliche moderierende Einflüsse zwischen den bislang in unseren quantitativen Panel untersuchten sozialstrukturellen Faktoren und den Berufsverläufen dar. Wir gehen davon aus, daß diese biographischen Anteile einen erheblichen Teil von in quantitativen Studien bislang unbeobachteter Heterogenität aufklären können. Wir werden deshalb jene Handlungsorientierungen der Akteure, die unser qualitatives

Mikropanel als bedeutsam für die Gestaltung von beruflichen Passagen aufgewiesen hat, in die vierte Welle des Makropanels einbeziehen. Hierbei handelt es sich einerseits um eine Typologie von "berufsbiographischen Gestaltungsmodi" (BGM) und andererseits um Typologien familiärer Lebensentwürfe. Da wesentliche Teile dieser Untersuchungsinstrumente von anderen Projekten übernommen werden, trägt das Projekt wesentlich zur Umsetzung der im methodologischen Programm des Sonderforschungsbereichs angestrebten Integration von struktur- und handlungstheoretischen Konzepten bei.

Das in drei Befragungswellen erhobene Material des qualitativen Makropanels (eine weitere Erhebung ist hier in der kommenden Phase nicht geplant) wird zur Aufklärung der Wechselwirkung zwischen berufsbiographischen und familiären Orientierungen im Längsschnitt genutzt.

Folgende Fragestellungen werden in der kommenden Phase im Mittelpunkt stehen:

1. Wie differenzieren sich erwerbsbiographische Verlaufsmuster in Abhängigkeit von geschlechts-, region- und vor allem berufsspezifischen Gelegenheitsstrukturen einerseits und von berufsbiographischen Gestaltungsmodi andererseits?
2. Wie werden berufliche Verläufe mit dem Einstieg in das Familiensystem zeitlich und in ihrer Form geplant, koordiniert und realisiert? Welche Wirkungen haben partnerschafts- und familienbezogene Entscheidungen und Statuspassagen auf den Berufsverlauf?

3.3 Stand der Forschung

3.3.1 Ungleichheit beruflicher Verläufe: Reproduktion und/oder Verzeitlichung sozialer Ungleichheitslagen?

Angeichts der seit den achtziger Jahren in Sozialstrukturanalysen an Bedeutung gewinnenden Lebenslaufperspektive (vgl. Berger, Hradil 1990; Mayer, Blossfeld 1990; Heinz 1991; Berger, Sopp 1995) rücken für die Ungleichheitsforschung zwei Fragenkomplexe in den Vordergrund: Fragen, die die *Reproduktion sozialer Ungleichheit* im Lebenslauf betreffen, und Fragen nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität im Lebenslauf bzw. der *Verzeitlichung sozialer Ungleichheit*.

Untersuchungen zur Verzeitlichung sozialer Ungleichheit wurden dabei oft unternommen, um den empirischen Nachweis zunehmender "Ent-institutionalisierung" und Individualisierung von Lebensläufen (vgl. z.B. Wohlrab-Sahar 1992) zu

führen, meßbar etwa anhand der Zunahme heterogener Berufsverlaufmuster im Kohortenvergleich (Berger, Sopp 1995; Berger 1995). Demgegenüber verweisen Kritiker der Individualisierungsthese auf die nach wie vor ungebrochene intergenerationelle Reproduktion sozialer Ungleichheit, meßbar etwa anhand des Einflusses sozialer Herkunft auf Bildungsentscheidungen und Bildungsabschlüsse (Mayer, Blossfeld 1990; Blossfeld 1993; Mayer 1995).

Es liegen eine ganze Reihe von (zum Teil uneinheitlichen) Befunden zu Reproduktion bzw. Verzeitlichung sozialer Ungleichheit im Lebenslauf vor. Hinsichtlich der intergenerationellen *Reproduktion sozialer Ungleichheit* ist zwar unstrittig, daß herkunftsbedingte soziale Ungleichheiten bei Bildungsentscheidungen fortbestehen. (Bertram 1991; Klemm 1987; Köhler 1992; Weißhuhn, Büchel 1994). Ob und in welchem Maße es zu einer Verringerung des sozialen Bildungsgefälles gekommen ist, blieb bislang jedoch strittig (Zur Diskussion um das Fortbestehen bildungsbedingter Ungleichheiten vgl. Blossfeld 1993; Blossfeld, Shavit 1993; Müller, Haun 1994; Heinecke, Maas 1995). Auch hinsichtlich der *Verzeitlichung sozialer Ungleichheit* im Lebenslauf, d.h. bezogen auf die Fragen nach einer möglichen Differenzierung und Heterogenisierung von Lebensläufen, sprechen die wenigen empirischen Untersuchungen (Berger, Sopp 1992; Berger 1995; Buchmann, Sacchi 1995a,b; Mayer 1995), die sich auf die laufende Debatte um den Wandel von Lebenslaufmustern beziehen, keine einheitliche Sprache. Auf der einen Seite wird eine zunehmende Diskontinuität im Lebenslauf (Berger, Sopp 1992), und eine immer größere Differenzierung beruflicher Verläufe im Kohortenvergleich (Buchmann, Sacchi 1995a,b) konstatiert. Auf der anderen Seite zeigt die Untersuchung von Verweildauern und Übergangsraten familienbezogener Ereignisse nur wenig zunehmende Variation des Timings von Lebenslaufereignissen (Mayer 1995).

Diese Uneinheitlichkeit der Befunde macht besondere Probleme der lebensverlaufsorientierten Ungleichheitsforschung deutlich: Während man sich in Querschnittsuntersuchungen auf relativ einfach zu messende Parameter (die "meritokratische Triade" (Kreckel 1987) mit den Variablen Einkommen, Qualifikation und Berufsprestige) beschränken konnte, zwingen Längsschnittdaten dazu, die Operationalisierung von Ungleichheitsparametern neu zu überdenken. Wenn Ungleichheit als zeitliche Kumulierung von günstigen und ungünstigen Lebenslagen (Berger, Sopp

1995) untersucht wird, stellt sich die Frage: wie lassen sich "günstige" von "ungünstigen" Lebenslagen unterscheiden? Wenn soziale Mobilität im Lebenslauf untersucht wird, wie sollen "Aufstiege" und "Abstiege" definiert und operationalisiert werden? Auch die Suche nach angemessenen statistischen Analysewerkzeugen ist schwierig. Oft stoßen die häufig verwendeten dynamischen Modelle der Ereignisdatenanalyse dort an ihre Grenze, wo es um die Untersuchungen von Ereignissequenzen und Verlaufskurven (etwa mehrmalige Berufswechsel) geht. Die Entwicklung von Methoden zur Analyse von *Ereignissequenzen* steckt immer noch in den Anfängen - bisherige Versuche beziehen sich v.a. auf die Häufigkeit oder die Art von Wechseln zwischen beruflichen Positionen (Berger, Sopp 1992, Buchmann, Sacchi 1995a,b; Berger 1995). Bei einem angemessenen großen Beobachtungsfenster ist dabei die mögliche Anzahl von Sequenzmustern in der Regel unübersehbar, so daß sich bisherige Untersuchungen auf die Betrachtung von nur wenigen Übergängen zwischen Grobkategorien beruflicher Stellung (Berger 1995) oder des Erwerbsstatus (Berger, Sopp 1992) beschränken. Hierbei gerät allerdings (ebenso wie in der Untersuchung von Buchmann und Sacchi (1995a,b), die Berufen bestimmte Arbeitsmarktmerkmale zuordnen) aus dem Blick, wie Beruf als Institution auf der gesellschaftlichen Mesebene (Krüger 1995) Lebensläufe strukturiert. Dieser Umstand wird in solchen Studien besser berücksichtigt, die einer quasi-ethnographischen Beschreibung einzelner Berufswelten nicht ausweichen (vgl. etwa Lappe (1993) zu institutionalisierten Berufsverlaufsmustern und gruppenspezifischen Karrieremustern).

Bei der Suche nach sozial differenzierten Berufsverlaufsmustern wird ein Defizit der Ungleichheitsforschung deutlich. Zwar wurde hier bereits seit den sechziger Jahren die *"...gewachsene Zentralität der Berufsposition als Vergesellschaftungsinstanz in modernen Industriegesellschaften"* (Berger, Hradil 1990; 5) erkannt. In Verbindung mit der gestiegenen Arbeitsmarktabhängigkeit gewinnt der Beruf eine zentrale Bedeutung für individualisierte Lebensverläufe. Diesem Umstand konnte aber wegen der Struktur herkömmlicher Datensätze fast nie angemessen Rechnung getragen werden, da die Zellenbesetzungen bezüglich einzelner Berufe i.d.R. zu klein sind, um den Einfluß der Strukturkategorie Beruf auf den Lebensverlauf angemessen modellieren zu können. Berufsprestigescores (z. B. die von Treimann (1977) oder Wegener (1985) vorgeschlagenen) gleichen dieses Manko oft deswe-

gen nicht aus, weil sich Berufe mit denselben Prestigescores in ihren institutionalisierten Berufsverlaufsmustern erheblich unterscheiden können.

3.3.2 Akteursorientierungen als Moderatorvariablen zwischen "Struktur" und "Handlung"

In einer handlungstheoretisch informierten sozialstrukturellen Lebenslaufanalyse verweist der Gesichtspunkt der "Verzeitlichung des Lebensverlaufs" nicht nur auf die verlaufsbezogene Strukturebene sondern auch auf die "Mikrodynamik *individueller* Bewegungen in Strukturen" (Berger & Sopp 1995, S. 11). Wenn nicht nur Ereignisabfolgen zum Gegenstand gemacht, sondern auch soziale Kontextbedingungen und individuelles Handeln in Beziehung zueinander gesetzt werden, dann werden bei der Betrachtung von Lebensläufen jene "Möglichkeitsräume" (Berger, Sopp 1995) bzw. "Erfahrungsräume" sichtbar, in denen sich die Akteure sozial verorten und bewegen (Levy 1991). Dabei interpretieren sie Strukturvorgaben als Restriktionen oder zugängliche Optionen und greifen in ihrem Handeln auf vorhandene Ressourcen zurück. Diese Sozialstrukturereignisse gehen einher mit Entscheidungszwängen gegenüber gesellschaftlichen Ungleichheitsbedingungen. Für viele Lebenslaufforscher verband sich die Einführung der Panelmethode mit dem Anspruch der handlungstheoretischen Fundierung von Sozialstrukturmodellen (vgl. Schupp 1995; 107). Die Erwartungen und Bewertungen der Akteure wurden aber kaum je explizit in Modelle einbezogen. Stattdessen dominiert die Suche nach Kovariationen zwischen Indikatoren sozialstruktureller Einflüsse einerseits und objektiv meßbaren Handlungsergebnissen andererseits, die *ex post* auf der Basis von nicht untersuchten Annahmen über Akteursorientierungen interpretiert werden. Auch die Lebenslaufforschung teilt somit das vielfach konstatierte Manko der Variablensoziologie, welche statistische Zusammenhänge im allgemeinen nicht wirklich erklärt (vgl. Esser 1989; Faulbaum 1992).

Elaborierte theoretische Konzepte, die berufsbezogene Handlungsorientierungen beschreiben, liegen in der Literatur jedoch kaum vor. Kompetenztheoretische Konstrukte aus der Sozialpsychologie, auf die hier zurückgegriffen werden könnte, besitzen das Manko, daß der Bezug zu sozialen Anforderungssituationen fehlt. So abstrahiert etwa das Konzept der "*Selbstwirksamkeitserwartung (self-efficacy expectancy)*," von Bandura (1986) stark von sozialen Kontextbedingungen, auf die

sich eine Selbstwirksamkeitserwartung bezieht. Anknüpfungspunkte für ein Konzept beruflicher Handlungsorientierungen finden sich nur in einigen entwicklungspsychologischen und jugendsoziologischen Studien (etwa König 1993; Baethge u.a. 1988).

Bei der Einbeziehung beruflicher Handlungsorientierungen sind wir somit weitgehend auf eigene Vorarbeiten verwiesen. Unsere biographie- und sozialisationstheoretisch begründeten "berufsbiographischen Gestaltungsmodi" (BGM) (Mönnich, Witzel, 1994, Heinz, Witzel 1995) stellen eine - aus unserer Auswertung qualitativer Längsschnittdaten des biographischen Mikropanels resultierende - Typologie biographiestrukturierender Umgangsweisen von jungen Erwachsenen dar. Sie sind handlungstheoretisch formuliert; sie stellen keine ex-ante entwickelten Konstrukte von Personeneigenschaften bzw. kompetenztheoretisch begründete Personentypen dar, sondern schrittweise aus dem empirischen Material entwickelte Typen von berufsbiographischen Umgangsweisen; sie sind Resultat von Selbstsozialisationsprozessen (Luhmann 1984, Heinz 1988, Heinz, Witzel 1995); sie beziehen sich nicht auf biographisches Handeln allgemein, sondern auf berufliche Orientierungen und Handlungsmuster; sie werden als problemfeldübergreifende, aber kontextspezifisch aktivierte Orientierungs- und Handlungsmuster aufgefaßt, denn die Notwendigkeit für das Individuum, sich als "Planungsbüro" (Beck 1986; 217) in bezug auf seine Berufsbiographie zu begreifen, betrifft nicht nur punktuelle Entscheidungssituationen, sondern hat den Charakter einer umgreifenden sozialen Anforderung. Obwohl in einzelnen Punkten Parallelen zum Ansatz *generalisierter Kontrollüberzeugungen* (vgl. Hohner 1987; Hoff 1992) oder zu Lemperts (1993) Konzeption der *moralischen Urteilsfähigkeit*) bestehen, ist die Typologie der BGM nicht primär kompetenz- bzw. entwicklungstheoretisch formuliert. Sie ist vielmehr Ergebnis gegenstandsbezogener Theoriebildung, die aus der Sicht der Akteure spezifische Zusammenhänge zwischen Person, Beruf und sozialer Organisation definiert.

Das in den vorigen Phasen entwickelte Konzept der BGM, welches sich auf berufliche Orientierungen an der ersten und zweiten Schwelle bezog, konnte durch die Erweiterung des Beobachtungsfensters in der laufenden Phase zu einer Typologie von sechs BGM (vorher: elf) verallgemeinert werden: *Persönlichkeitsgestaltung*,

Chancenoptimierung, Laufbahnhabitus, Lohnarbeiterhabitus, Selbständigenhabitus und Betriebshabitus (vgl. auch Arbeits- und Ergebnisbericht).

3.3.3 Partnerschafts- und Familienbiographien

Studien, die in den letzten Jahren die Familiengründung als individuelles Lebensereignis untersucht haben, kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß sich ein Wandel familialer Lebensformen vollzogen hat (Nave-Herz 1987; Lüscher 1988; Kaufmann 1988; Beck-Gernsheim 1988; Rerrich 1990; Meyer 1992; Kohli, Burkart 1992; Corsten 1993; Born, Krüger 1993). In den letzten Jahren wurden dabei globale Thesen des Verfalls der Institution Familie, die sich vor allem auf steigende Scheidungs- und sinkende Heiratsraten im jungen Erwachsenenalter beriefen (Hoffmann-Nowotny 1991, Peuckert 1991), zugunsten einer differenzierteren Auseinandersetzung relativiert (von Trotha 1994, Huinink 1994) und der nach wie vor hohe Stellenwert der beiden Institutionen Ehe und Familie hervorgehoben (Nave-Herz 1987, Kaufmann 1988, Meyer 1992). Eine Ursache für die Wandlungstendenzen der letzten Jahrzehnte bezogen auf den Familiengründungsprozeß wird in der Ausdehnung von (Aus-)Bildungsphasen gesehen. Lebensverlaufsstudien verweisen auf die sich vergrößernde Zeitspanne zwischen Beginn einer Erwerbstätigkeit und der Eheschließung im Kohortenvergleich (Mayer 1991, Kreher 1995). In Folge der Bildungsreform nehmen die Unterschiede zwischen Verweildauern im Bildungssystem zu, und es kommt zu einer Differenzierung von biographischen Mustern der Familiengründung, die mit dem Bildungsverlauf variieren (Huinink 1987, Tölke 1989, Mayer 1991). Die Ergebnisse weisen darauf hin, daß erst nach Abschluß einer Ausbildung und der beginnenden Etablierung auf dem Arbeitsmarkt eine Familiengründung gewünscht und vollzogen wird.

Betrachtet man die ausgedehnten Bildungsphasen und das höhere Lebensalter bei der Familiengründung, läßt sich unzweifelhaft eine Pluralisierung von Lebensstilen und Lebensläufen feststellen. Trotzdem verliert Ehe und Elternschaft in den Orientierungen junger Erwachsener keineswegs an Stellenwert (Geissler, Oechsle 1994; Huinink 1994), die die Analyse konkreter Lebensläufe zeigt (Nave-Herz 1988; Bertram 1995; Strohmeier 1993; Kreher 1995; Matthias u.a. 1995; Vaskovics, Rupp 1995). In der Literatur herrscht Übereinstimmung darüber, daß sich zwar die nichteheliche Lebensgemeinschaft als *voreheliche* Lebensform faktisch

und normativ durchgesetzt (Vaskovics, Rupp 1995), sich jedoch nicht zu einem alternativen Modell zur Ehe entwickelt hat. Insbesondere dann, wenn sich innerhalb einer Partnerschaft ein Kinderwunsch konkretisiert, ist der Übergang in die Ehe wahrscheinlich.

Studien, die sich mit dem Wechselverhältnis von beruflicher und familialer Entwicklung auseinandersetzen, betrachten entweder nur Frauen (Geissler, Oechsle 1994; Notz 1990) oder Männer primär aus beruflicher und Frauen primär aus familialer Perspektive (Vascovics, Rupp 1995; Kritik hierzu Kreher 1995). Dabei wird für Männer häufig von vornherein ein traditioneller Verlauf und eine traditionelle Auseinandersetzung mit der Gestaltung des Lebens angenommen. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch ein Wandel der Einstellungen von jungen Vätern gegenüber ihren Kindern (Metz-Göckel, Müller 1987; Grundmann 1990; Künzler 1994). Inwieweit solche Einstellungsänderungen Konsequenzen für die Auseinandersetzung von Männern mit ihrer Berufsbiographie und ihrem Weiterbildungs- und Karriereverhalten haben, blieb bisher offen.

Schließlich wird der Bedeutung von Partnerschafts- und Berufsverläufen, d.h. der konkreten Erfahrungen in Partnerschaft und Beruf und der sich dabei herausbildenden Gestaltungsmuster der Berufsbiographie wenig Beachtung geschenkt. Vorliegende Studien beschränken sich i. d. R. einerseits auf das Timing von Elternschaft und die Erstplatzierung im Beruf (Tölke 1991; Trappe 1994; Huinink 1995; Mayer 1995), anderseits auf die Dauer der Familiengründungsphase und des Übergangs in den Beruf (Vaskovics, Rupp 1995, Kreher 1995).

Unsere qualitativen und quantitativen Daten bestätigen auch die in anderen Studien festgestellte hohe Akzeptanz von Elternschaft und Ehe und zeigen die Bedeutung bildungs- und berufsverlaufsabhängiger Familiengründung. Die von uns befragten jungen Fachkräfte entwickeln beim Übergang ins Erwerbsleben geschlechtsspezifische Orientierungen in Abhängigkeit von lebensgeschichtlichen Erfahrungen in Ausbildung, Beruf und Partnerschaft. Ausgehend von diesen Ergebnissen soll in der abschließenden Forschungsphase untersucht werden, ob und wie sich die in der vorangegangenen Phase festgestellten Orientierungen in der weiteren Auseinandersetzung mit dem Beruf realisieren. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich basierend auf bisherigen berufsbiographischen Orientie-

rungen und Strategien, eine Balance zwischen Familie und Beruf, zwischen Lebensentwurf, beruflicher und partnerschaftlicher Lebensführung herstellt. Wir gehen damit über die Ansätze vieler Untersuchungen hinaus, die nur die Herausbildung oder den Inhalt von Handlungsorientierungen unter unterschiedlichen beruflichen und partnerschaftlichen Bedingungen betrachten.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Das Projekt knüpft an sozialisationstheoretische Vorarbeiten (Heinz 1988; Heinz 1995; Heinz, Witzel 1995; Helling 1996) und an die bisherigen Projektergebnisse aus der Längsschnittstudie über Statuspassagen vom Ausbildungssystem in den Arbeitsmarkt an. (Baumeister, Bogun 1991; Helling, Mönnich 1991; Witzel 1993, Mönnich 1994, Mönnich, Witzel 1994, Witzel, Mönnich 1995; Witzel, Helling, Mönnich 1996, Witzel 1996). In dieser quantitativen und qualitativen Panelstudie untersuchen wir biographische Verläufe in ihrer Abhängigkeit von sozialstrukturellen Einflüssen (herkunfts-, ausbildungs- berufs-, geschlechts- und regionsspezifisch) und in ihrer Wechselwirkung mit den Handlungsorientierungen der Akteure.

Hinsichtlich sozialstruktureller Einflüsse auf die Erwerbsbiographien junger Fachkräfte verdeutlichen unsere neuesten quantitativen Analysen eine "Fernwirkung" der ersten Schwelle (Witzel, Helling, Mönnich 1996) auf den späteren Erwerbsverlauf. An der ersten Schwelle spielen soziale Herkunft und Bildungsabschluß in bekannter Weise bei der Wahl des Ausbildungsberufs zusammen. Fünf Jahre nach Abschluß der Berufsausbildung zeigt sich, daß der Ausbildungsberuf fast alle von uns untersuchten Parameter erwerbsbiographischer Ungleichheit (etwa Häufigkeit von Betriebswechseln, Weiterbildungsbeteiligung, Dauer von Erwerbsepisoden, Häufigkeit von Erwerbslosigkeitsphasen) beeinflusst. Berufsspezifische Gelegenheitsstrukturen generieren dabei typische Aufstiegsmuster und Abstiegskarrieren in segmentierten Arbeitsmärkten. Der Einfluß der sozialen Herkunft, der für die Höhe des formalen Bildungsabschlusses und damit auch für die Einmündung in eine Erwerbsbiographie von tragender Bedeutung ist, schwächt sich im weiteren Verlauf der Erwerbsbiographie ab (vgl. Arbeits & Ergebnisbericht). In der Berufsbiographie müssen immer wieder neue Ressourcen erschlossen werden, um einen herkunftsbedingten Startvorteil wirksam zu sichern. Elternhaus, Bildungsab-

schluß, Berufsausbildung und Berufstätigkeit stellen somit eine Reihe von lebenslaufstrukturierenden Ereignissen dar, zwischen denen ein "loose coupling" besteht (zum Begriff des "loose coupling" im Kontext der Lebenslaufforschung vgl. Heinz 1996).

Angesichts dieser lockeren Verbindungen gewinnen biographische Handlungsorientierungen der Akteure eine erhebliche Bedeutung zur Erklärung der in quantitativen Analysen unaufgeklärt gebliebenen Varianz. Bei der Analyse unserer qualitativen Interviews zeigt sich, daß berufsbiographische Orientierungen nicht einfach (nicht weiter erklärbare) Persönlichkeitsvariablen darstellen, sondern durch Prozesse der Selbstsozialisation (Heinz 1988; Heinz, Witzel 1995) an der ersten Schwelle, während der Ausbildung und im Übergang zwischen Berufsausbildungssystem und Arbeitsmarkt beeinflußt werden (Heinz 1995). Die Akteure antworten mit berufsbiographischen Gestaltungsmustern auf die durch Schulabschluß und Berufsstruktur hergestellten Gelegenheitsstrukturen, und entwickeln angesichts berufsspezifisch divergierender Optionen und Restriktionen verschiedene Aspirationen und Handlungsstrategien, die im Konzept berufsbiographischer Gestaltungsmodi (BGM) typisiert wurden (Heinz, Witzel 1995).

Partnerschafts- und Familienbiographien unserer jungen Fachkräfte bildeten einen wichtigen Schwerpunkt in der laufenden Projektphase. Auf der Grundlage der biographischen Interviews konnte eine Typologie von familialen Orientierungen und ein Modell des Übergangs in die Familie in Abhängigkeit von beruflichen Ereignissen entwickelt werden (s. Arbeits & Ergebnisbericht).

Methodische und methodologische Vorarbeiten von Projektmitarbeitern beziehen sich auf die Modellierung von Berufsverläufen (Mönnich 1994), auf die Bearbeitung von Problemen dynamischer Modellierung mit Ereignisdaten (Kelle, Prein 1995; Prein, Kelle 1996), auf die handlungstheoretische Integration qualitativer und quantitativer Verfahren (Prein, Kelle, Kluge 1993; Kelle, Lüdemann 1995, 1996), auf die Entwicklung computergestützter Verfahren für die qualitative Datenanalyse (Kelle 1994b, 1996; Kelle, Prein, Bird 1995) sowie auf Verfahren zur Auswertung problemzentrierter Interviews (Witzel 1996).

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

3.5.1 Ziele

Unsere bisherigen qualitativen und quantitativen Ergebnisse zeigen nur bei einem Teil der Stichprobe eine berufliche Stabilisierung, wobei sich insgesamt typische berufliche Aufstiegs-, Abstiegs- und Ausstiegspassagen andeuten. Diese Verlaufsmuster werden wir in der kommenden Forschungsphase für unsere Kohorte weiterverfolgen. Um dabei die Wirkung von Kohorteneffekten von arbeitsmarktbedingten Periodeneffekten unterscheiden zu können, werden gleichzeitig Berufsverlaufsmuster anderer Kohorten aus public-use-Datensätzen zum Vergleich herangezogen.

Es soll dabei die Frage beantwortet werden, wie sich berufsspezifische Laufbahnen und Karrieremuster in den krisenhaften Arbeitsmärkten der 90er Jahre entwickeln und ob und in welcher Weise *Strukturmerkmale sozialer Ungleichheit* im Lebenslauf kumulieren. Im Mittelpunkt steht dabei das Wechselspiel zwischen *Berufsverläufen* und *Partnerschafts-* und *Familienbiographien*, und ihre Abhängigkeit von berufs-, geschlechts- und regionspezifischen Gelegenheitsstrukturen einerseits und von berufsbiographischen Gestaltungsmodi andererseits.

Um die Genese des Wechselspiels von beruflichen und familiären Orientierungen im Lebensverlauf abbilden zu können, wird in der kommenden Phase eine Reanalyse des gesamten biographischen Interviewmaterials durchgeführt. Damit sollen die in den bisherigen Forschungsphasen entwickelten Typologien berufsbiographischer Gestaltungsmodi und familialer Orientierungen zu einer allgemeinen Typologie biographischer Gestaltungsmodi integriert werden. Im Vordergrund steht aber die quantitative Auswertung der Paneldaten, die durch eine vierte Welle ergänzt werden, wobei die aus dem qualitativen Untersuchungsschritten entwickelten Konzepte der berufsbiographischen Gestaltungsmodi in standardisierter Form einbezogen werden. Gleichzeitig können aber auch Hypothesen über Akteursorientierungen, die aufgrund der Korrelation sozialstruktureller Variablen im quantitativen Datenmaterial entwickelt werden, an dem computergestützt aufbereiteten qualitativen Datenmaterial weiterverfolgt werden. Somit ergänzen sich, wie auch in den vorigen Phasen, qualitative und quantitative Untersuchungsschritte.

Das in der nächsten Forschungsphase auf 8 bis 10 Jahre erweiterte Beobachtungsfenster eröffnet einen detaillierten Blick auf die seit Abschluß der allgemeinbildenden Schule bzw. der Berufsausbildung aktualisierten Qualifizierungs-, Beschäftigungs-, Haushalts- und Partnerbeziehungspassagen. Der Vergleich mit Berufsverlaufsmustern anderer Kohorten erfolgt anhand von verfügbaren *multi-purpose*-Paneldatensätzen, wie dem IAB-Datensatz und dem GSOEP. Da die Strukturvariablen "Region" und "Beruf" allerdings nur Proxy-variablen für komplexe (und zudem betriebsstrukturell differenzierte) Gelegenheitsstrukturen darstellen, müssen die quantitativen und qualitativen Untersuchungen durch die in den vorigen Phasen begonnenen und in der folgenden Phase abzuschließenden Kontextanalysen (vgl. 3.5.2.4.) ergänzt werden.

3.5.1.1 Konsolidierungsprozesse und Diskontinuitäten von Berufsverläufen

Nach der Erhebung der vierten Welle unseres quantitativen Panels können wir - im Überblick über acht bis zehn Jahre Berufsverlauf - Zusammenhänge untersuchen zwischen (1.) *sozialen Strukturvariablen* als Indikatoren für berufs-, regions- und geschlechtsspezifische Gelegenheitsstrukturen, (2.) *berufsbiographisch relevanten Kontextbedingungen*, (3.) *berufsbiographischen Verlaufsmustern*, und (4.) *berufsbiographischen Gestaltungsmodi*.

Spezifische technologische Entwicklungen führen zusammen mit den konjunkturellen Entwicklungen der neunziger Jahren in verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten zu unterschiedlichen Risikolagen. Mit dem Design unserer Studie untersuchen wir die Effekte berufs-, geschlechts- und regionspezifisch variierender Gelegenheitsstrukturen auf erwerbsbiographische Verläufe. Hinsichtlich der von uns untersuchten Berufsgruppen erwarten wir die folgenden Entwicklungen:

Trotz stagnierender Beschäftigungszahlen im Bankgewerbe werden *Bankkaufleute*, die ihren beruflichen Einstieg bewältigt haben, auch in Zukunft auf relativ stabile Laufbahnoptionen zurückgreifen können. Eine Einengung ihrer ursprünglichen Optionen können sie durch ein Ausweichen auf andere kaufmännische Tätigkeiten kompensieren.

Die *Bürokaufleute* haben wegen der Breite ihrer branchenübergreifenden kaufmännischen Grundqualifikation einen Zugang zu einem relativ breiten Arbeitsmarktsegment und deswegen vergleichsweise günstige Beschäftigungschancen,

wenn auch unter konjunkturell ungünstigen Bedingungen die Anzahl von Wechseln, kurzfristigen und prekären Beschäftigungsverhältnissen und Dequalifizierungsprozessen zunehmen kann.

Die beruflichen Gelegenheitsstrukturen der *Einzelhandelskaufleute* sind geprägt durch den Wandel von Personalstrukturen und Beschäftigungsverhältnissen (insbesondere die Ausweitung der Beschäftigung von ungelernten Kräften und von Teilzeitbeschäftigung). Hierbei greifen allerdings geschlechtsspezifische Selektionsmechanismen. Es werden vor allem die Männer sein, die die Möglichkeiten zu innerbetrieblichen Aufstiegskarrieren wahrnehmen können.

Friseure/Friseurinnen und *Kfz-Mechaniker/innen* sind als Handwerksberufe auf relativ enge Arbeitsmarktsegmente verwiesen. Während nur ein kleiner Teil unseres Samples im Ausbildungsberuf verbleibt oder einen ausbildungsadäquaten Aufstieg realisieren kann, ist schon in den ersten fünf Jahren ein großer Teil in andere, relativ ausbildungsferne Berufsfelder bzw. den Jedermannsarbeitsmarkt eingemündet. Angesichts des schrumpfenden Jedermannsarbeitsmarktes erwarten wir, daß sich in den kommenden Jahren nur ein kleiner Teil der aus dem Beruf Ausgestiegenen auf niedrigem Niveau beruflich stabilisiert, ein anderer Teil jedoch in eine dauerhaft prekäre Berufsbiographie einmünden wird, die durch relativ rasche Wechsel zwischen un- und angelernten Tätigkeiten und Phasen der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sein wird.

Ein Teil der *Maschinenschlosser* hat bereits auf die beschränkten Gelegenheitsstrukturen mit einer Rückkehr ins Bildungssystem reagiert, um Bildungsabschlüsse nachzuholen. Diejenigen, die eine fachnahe Weiter- oder Höherqualifizierung anstreben, werden zum Zeitpunkt der nächsten Befragung (1997) versuchen, in einen geschrumpften Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Wir gehen davon aus, daß sich in der kommenden Untersuchungswelle die Schere zwischen Berufen mit günstigen und mit ungünstigen Arbeitsmarkt- und Karrierebedingungen weiter öffnen wird. Da Akteure in strukturell risikoreichen Berufen auch mit ungünstigen Qualifikationsressourcen ausgerüstet sind, erwarten wir eine zunehmende Kumulierung von Ungleichheitsrisiken, die sich zudem geschlechtsspezifisch unterschiedlich auswirken wird: denn bereits jetzt weisen unsere Ergebnisse darauf hin, daß junge Frauen bei innerbetrieblichen Qualifikationspfaden benachteiligt werden.

Um bei der Analyse der erwerbsbiographischen Verläufe arbeitsmarktbedingte Periodeneffekte (und daraus möglicherweise folgende Kohorteneffekte) identifizieren zu können, werden wir auf Längsschnittdatensätze über Berufsverläufe älterer Kohorten zurückgreifen (insbesondere die Stichprobe des IAB aus den Sozialversicherungsmeldungen der Arbeitgeber, vgl. Pkt. 3.5.2.2).

Angesichts der arbeitsmarktbedingten und institutionell beeinflussten berufsspezifischen Risikolagen werden sich unterschiedliche berufliche Verlaufsmuster ergeben. Diese hängen nicht nur von herkunfts- und bildungsbedingten Ressourcen ab, sondern auch von berufsbiographischen Orientierungs- und Handlungsmustern. Für deren Untersuchung steht uns mit der Typologie der BGM (s. Pkt. 3.3.2) ein aus dem qualitativen Interviewmaterial entwickeltes Werkzeug zur Verfügung, das die Umgangsweisen mit eigenen Ressourcen und den Anforderungen und Selektionspraktiken von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsinstitutionen erfaßt. Die BGM werden in Form einer Itematterie in die quantitative Abschlußerhebung aufgenommen, um die aus dem qualitativen Material entwickelten Hypothesen über die Wechselwirkung zwischen beruflichen Ereignissen und den BGM zu überprüfen. Damit wird die strukturkausale Perspektive ergänzt durch die systematische Erfassung handlungsintentionaler (biographischer) Zusammenhänge.

3.5.1.2 Wechselwirkungen zwischen Berufs- und Familienbiographien

Aufgrund unserer bisherigen Auswertungen der biographischen Interviews erwarten wir, daß sich Berufsverläufe und Partnerschafts- und Familienkarrieren wechselseitig beeinflussen. Familienbezogene Orientierungen der untersuchten Fachkräfte entwickeln sich nämlich in Abhängigkeit von beruflichen und partnerschaftlichen Erfahrungen und sind stark geschlechtsspezifisch geprägt. Anhand des empirischen Materials konnten wir bisher unterschiedliche Orientierungen und Lebensentwürfe bei Männern und Frauen feststellen. Die Befragten favorisieren dabei überwiegend solche partnerschaftlichen Arrangements, in denen beide Elternteile Verantwortung für die Erziehung der Kinder übernehmen. Hierbei antizipieren die Befragten (allerdings nur auf einem sehr allgemeinen Niveau) relativ früh jene Zielkonflikte, Probleme und Handlungsbegrenzungen, die aus der Verbindungs familiärer und beruflicher Anforderungen resultieren können und einer gleichberechtigten Aufgabenteilung entgegenstehen.

Weiterhin können wir aufgrund unserer qualitativen Auswertungen davon ausgehen, daß berufliche Entwicklungen von der konkreten Verteilung familiärer Verantwortlichkeiten und Aufgaben abhängen werden. Die Wahl einer familiären Aufgabenverteilung als auch die antizipierten Zielkonflikte, Probleme und Handlungsbegrenzungen werden dabei von berufs-, geschlechts- und regionspezifischen Gelegenheitsstrukturen abhängen. Soziale Ungleichheit manifestiert sich somit auch auf der Ebene von Lebensplanung und führt zu unterschiedlichen Passagen in die Familiengründung, die wir mit einem aus unserem qualitativen Material entwickelten Verlaufsmodell für den Übergang in die Familie abbilden (vgl. Arbeits & Ergebnisbericht). Dieses Verlaufsmodell wird als Grundlage für die empirische Untersuchung der Familiengründungsprozesse in der vierten Welle des Lebenslaufpanels dienen. Hierbei soll die geschlechtsspezifische Verteilung dieser Verlaufsmuster und ihre Abhängigkeit von beruflichen Entwicklungen untersucht werden. Neben objektiven Daten über Ereignisse der Berufs- und Familienbiographie werden dabei zugrundeliegende Handlungsorientierungen und Entscheidungsgründe einbezogen. Die Analyse der qualitativen Interviews zeigte dabei die besondere Bedeutung des *geplanten Berufsverlaufs* des Partners und von dessen *Familienorientierung*. In unserem quantitativen Panel wollen wir diesem Umstand damit Rechnung tragen, daß wir die Zielvorstellungen beider Partner hinsichtlich Partnerschaft und Familie erfassen. Weiterhin werden wir partnerschaftliche Arrangements und Aufgabenverteilungen erfragen: Wie wird in Partnerschaft und/oder Familie eine Balance zwischen Berufstätigkeit und Familienaufgaben hergestellt?

Sozialpolitische und betriebliche Maßnahmen (etwa: die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und flexibler Arbeitszeiten) stellen Kontextbedingungen dar, die familienbiographisch relevant sind. Unsere berufsspezifischen Kontextanalysen werden deshalb in der nächsten Phase in dieser Richtung ausgedehnt werden. Wie unsere qualitativen Auswertungen zeigen, sind auch soziale Netzwerke (Verwandte, Freunde, Bekannte) als zentrale Kontextbedingungen zu betrachten sowohl für familienbiographisch relevante Entscheidungen (Eheschließung und Kinderwunsch betreffend) als auch für die Gestaltung des partnerschaftlichen Alltags. Fragen zur Bedeutung sozialer Netzwerke werden deshalb in die vierte Welle der quantitativen Paneluntersuchung aufgenommen.

Um das Wechselspiel zwischen berufs- und familienbiographischen Orientierungen der Akteure im Zeitverlauf zu rekonstruieren, wird die bisherige Auswertung des biographischen Mikropanels ergänzt durch eine hypothesengeleitete, computergestützte Analyse über drei Wellen. Ziel dieser Analyse ist es, aus den bisherigen - getrennt voneinander entwickelten - Typologien berufs- und familienbiographischer Orientierungen eine allgemeine Typologie biographischer Gestaltungsmodi zu entwickeln, die auf eine Verknüpfung der Lebensbereiche Partnerschaft/Familie und Beruf zielt.

3.5.2 Daten und Methoden

Wie in den bisherigen Förderungsphasen werden wir qualitative und quantitative Untersuchungsschritte integrieren (vgl. Mönnich, Witzel 1994), um durch diese Aufgabenteilung zu einer gegenseitigen Ergänzung und Validierung von Forschungsergebnissen zu gelangen (vgl. Prein, Kelle, Kluge 1993). Quantitative Methoden wurden bislang verwendet, um den Einfluß von Sozialstrukturvariablen auf Resultate biographischen Handelns, d.h. Ereignisse im Lebenslauf, statistisch zu erfassen. Biographische Interviews wurden zur Erfassung jener Deutungsmuster und Handlungsorientierungen genutzt, die vermittelnd zwischen "Struktur" und "Handlung" treten. Qualitative Untersuchungen wurden somit eingesetzt, um jene Faktoren ausfindig zu machen, welche die in den quantitativen Auswertungen nicht erklärte Varianz biographischen Handelns aufklären können. Hierbei sind verschiedene Typologien von beruflichen und familiären Akteursorientierungen entwickelt worden, die nun als Items in die quantitative Befragung mit einbezogen werden. Parallel zu unserer Untersuchung wird dieses Instrument auch vom Projekt A4 bei der Untersuchung der Lebensläufe von drei verschiedenen Kohorten junger Fachkräfte in den neuen Bundesländern eingesetzt werden.

Der qualitative Untersuchungsstrang erfüllt aber nicht nur die Funktion eines Hypothesenlieferanten für den quantitativen Survey. Das über drei Wellen gesammelte biographische Datenmaterial (354 qualitative Interviews) wird vielmehr in der letzten Phase weiterhin genutzt, um mit Hilfe computergestützter Verfahren qualitativer Textanalyse "Brückenannahmen" über Akteursorientierungen nachzugehen, die auf der Basis quantitativer Analyseergebnisse entwickelt werden (Kelle, Lüdemann 1995).

3.5.2.1 Vierte Welle der quantitativen Paneluntersuchungen

1997 wird die vierte standardisierte Erhebung mit unserem Panel junger Fachkräfte in Bremen und München durchgeführt. Der Fragebogen wird hierbei folgende Bereiche umfassen:

1. Verlaufsdaten zu Berufs- und Familienbiographien (in Form von Berufs- und Familienepisoden),
2. Fragen zu berufsbiographischen Orientierungen (BGM),
3. Fragen zu berufs- und familienbiographisch relevanten Kontextbedingungen, beruflichen Handlungsspielräumen (etwa hinsichtlich Aufstiegsmöglichkeiten und flexibler Arbeitszeiten) und zur Nutzung von familienrelevanten institutionellen Ressourcen (etwa hinsichtlich Kindertageseinrichtungen),
4. Fragen zu eigenen beruflichen und familiären Aspirationen und denen des Partners,
5. Fragen zu familiären Orientierungen und zu Partnerschaftsarrangements,
6. Fragen zur Struktur, Support- und Vorbildfunktion sozialer Netzwerke.

Bei der statistischen Analyse werden wir unsere Typologie von Berufsverläufen (vgl. Arbeits & Ergebnisbericht) mit dem erweiterten Beobachtungsfenster weiterentwickeln. Hinsichtlich der Familienverläufe wird in der kommenden Phase eine ähnliche Typologie entwickelt werden. Weil in der Literatur bislang kaum Verfahren zur Analyse von Ereignissequenzen vorliegen (vgl. Pkt. 3.3.1) müssen die in dieser Phase (in Abstimmung und Kooperation mit dem Methodenbereich des Sfb) begonnenen Arbeiten zur Entwicklung von statistischen Analysewerkzeugen (Verfahren des "optimal pattern matching", vgl. Antrag des Bereichs Methoden und EDV) weitergeführt und abgeschlossen werden.

Die bisherigen kausalen Analysen der Zusammenhänge zwischen sozialen Strukturvariablen und Berufs- und Partnerschaftsverläufen werden durch den Einbezug von solchen Kovariaten erweitert, die Einstellungs- und Handlungsorientierungen erfassen. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Wechselwirkung zwischen Berufs- und Familienereignissen gelegt. Hierbei müssen theoriegeleitet eine ganze Reihe alternativer Modellierungsstrategien erprobt werden. Bei der Entwicklung und der Auswahl von Konzepten zur kausalen Modellierung von

Mehrepisodenmodellen mit *competing risks* wird das Projekt dabei vom Methodenbereich unterstützt werden.

3.5.2.2 Vergleichsanalysen mit anderen Panelstudien

Um bei der Analyse beruflicher Verläufe Kohorten- und Periodeneffekte unterscheiden zu können, werden wir auf public-use - Datensätze zurückgreifen.

Hierbei soll insbesondere die seit Anfang 1996 verfügbare IAB-Beschäftigtenstichprobe genutzt werden, da die Zielpopulation des Projektes A1 (Fachkräfte aus sechs Berufen einer bestimmten Kohorte) mit einer hinreichenden Anzahl von Fällen in dieser Stichprobe ($n=450.000$) vertreten ist. Die berufsbiographischen Verläufe unserer Kohorte werden deshalb anhand des IAB-Datensatzes mit denen früherer Kohorten (und von 1997 an, wenn die Daten über den Zeitraum 1990-95 verfügbar sein werden, auch mit denen jüngerer Kohorten) verglichen werden.

Auch mit den Daten des Deutschen "Sozio-ökonomischen Panels" (GSOEP) lassen sich Vergleiche zwischen den Ergebnissen unserer Kohorte mit denen früherer Altersgruppen durchführen. Mit den GSOEP-Daten können wir zwar nicht in gleicher Weise nach Ausbildungsberuf und Region differenzieren wie mit unserer Stichprobe. Auch sind die Informationen über Berufsverläufe sehr allgemein gehalten. Dafür sind hier aber zusätzliche Informationen über Partnerschaftspassagen (Kohabitation, Heirat, Geburt von Kindern, Trennung) und die Aufteilung von Zeitbudgets zwischen Berufs- und Familienarbeit enthalten.

Schließlich werden wir auch die Daten des Familiensurveys des DJI für vergleichende Analysen nutzen. Zwar liegen auch hier Informationen über die Erwerbsbiographie nicht in ähnlich differenzierter Form vor wie in unserem Datensatz, dafür allerdings zahlreiche Informationen zu den Bereichen "Aktuelle Lebensform", "soziale Netzwerke" und "Lebensverläufe".

3.5.2.3 Qualitative Analysen

In der kommenden Förderungsphase werden die bisherigen Auswertungen des biographischen Mikropanels, die sich getrennt auf die drei Wellen bezogen haben, ergänzt durch eine computergestützte und stärker hypothesengeleitete Analyse über alle drei Wellen des Panels.

Die Analyse der letzten qualitativen Interviewwelle hat deutlich gemacht, daß es notwendig ist, der Genese der Orientierungen hinsichtlich Beruf und Familie im Lebensverlauf nachzugehen. Wir werden in der kommenden Phase das gesamte Interviewmaterial (354 biographischen Interviews über alle drei Wellen) bezogen auf das Wechselspiel von beruflichen und familialen Handlungsorientierungen analysieren. Aufbauend auf die bisher (durch eine offene, hypothesengenerierende Auswertungsstrategie) gewonnenen Ergebnisse werden wir eine stärker hypothesengeleitete qualitative Analyse auf der Basis eines entwickelten Kategorienschemas vornehmen. Diese Analyse wird in enger Kooperation mit dem Bereich Methoden und EDV durchgeführt und soll gleichzeitig der Bearbeitung einer methodologischen Fragestellung dienen: Mit dem qualitativen Paneldatenmaterial bietet sich nämlich die Möglichkeit, die in der Literatur bereits seit langem diskutierte Frage nach der Validität von Erzählenden zu überprüfen (vgl. Fortsetzungsantrag des Bereichs Methoden und EDV). Theoretisch zielt diese erneute Analyse auf die Verknüpfung der in der vorangegangenen Forschungsphase entwickelten Typologie berufsbiographischer Gestaltungsmodi und die Typologie familialer Orientierungen zu einer allgemeinen Typologie biographischer Gestaltungsmodi.

3.5.2.4 Kontextanalysen berufs- und familienbiographisch relevanter Bedingungen

Kontextanalysen beziehen sich einerseits auf Bedingungen in dem *berufsspezifischen Arbeitsmarktsegment*, d.h. auf die durch den Arbeitsmarkt gegebenen Chancenstrukturen, Karriere- und Laufbahnmöglichkeiten. Weiterhin werden *institutionelle Rahmenbedingungen* für familienbiographische Entscheidungen und die Bedeutung *sozialer Netzwerke* in den Blick genommen (vgl. 3.5.1.2).

Die Kontextanalysen werden methodisch folgendermaßen umgesetzt: (1.) wird die Analyse der regionalen Arbeitsmarktsituation fortgeschrieben, (2.) werden ergänzend einschlägige Studien einbezogen und Expertengespräche mit Arbeitsamtberatern geführt, (3.) werden berufsbezogene und regionalspezifische Analysen von Einkommensverteilungen und Branchenstrukturen mit den IAB-Daten durchgeführt, (4.) werden Items zu berufs- und familienbiographisch relevanten Kontextbedingungen in den Fragebogen aufgenommen (vgl. 3.5.2.1).

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

1997 Januar - Juni

- Fragebogenentwicklung für: berufsbiographische Gestaltungsmodi, Partnerschafts/Familienpassagen, berufliche- und familiäre Kontextbedingungen, berufliche- und familiäre Aspirationen, familiäre Orientierungen und Aufgabenteilung, Funktion sozialer Netzwerke
- Aufbereitung der Adressen
- Pretest des Erhebungsinstruments
- Entwicklung des Kategorienschemas für eine hypothesengeleitete Kodierung aller transkribierten Interviews der drei qualitativen Wellen. Modifizierung der vorliegenden Textdatenbankstruktur (in Kooperation mit dem Bereich Methoden und EDV)
- Abstimmen des Fragebogens mit den geplanten Erhebungen der Längsschnittstudien von Mortimer u.a. (USA) und Lowe u. Krahn (Kanada) (vgl. Pkt. 3.6 "Weitere Forschungsperspektiven")
- Abstimmen des Fragebogens mit dem Erhebungsinstrument des Teilprojekts A4

1997 Juli - Dezember

- Fortschreiben der Analyse der regionalen Arbeitsmarktsituation. Untersuchung beruflicher und familialer Kontextbedingungen. Ergänzend: Expertengespräche mit Arbeitsamtsberatern
- Durchführung der hypothesengeleiteten Kodierung aller transkribierten Interviews der drei qualitativen Wellen
- Datenerhebung der 4. quantitativen Panelwelle
- Entwicklung und Erprobung von Mehrepisodenmodellen im Rahmen der quantitativen Verlaufsanalyse in Zusammenarbeit mit dem Methodenbereich

1998 Januar - Juni

- Nacherhebung der 4. Panelwelle
- Kodierung, Dateneingabe und Datenbereinigung der 4. quantitativen Panelwelle, deskriptive statistische Auswertungen, Erstellung der Grundauszählungen
- Entwicklung von Verfahren zur statistischen Verlaufsmusteranalyse in Kooperation mit dem Methodenbereich

- Analyse der transkribierten Interviews des qualitativen Mikropanels

1998 Juli - Dezember

- Fortführung der Analyse des qualitativen Mikropanels
- Analyse von Ereignissequenzmustern über alle vier Wellen
- multivariate Modellierung kausaler Beziehungen in den quantitativen Längsschnittdaten mit Methoden der Ereignisdatenanalyse
- Verknüpfung der qualitativen und quantitativen Ergebnisse der vierten Erhebung sowie der Kontextanalysen.

1999 Januar - Juni

- Verknüpfung zwischen den qualitativen und quantitativen Ergebnissen über alle vier Erhebungsphasen
- Vergleich mit repräsentativen Verlaufsdaten (berufs- und regionspezifische Analysen mit dem IAB-Datensatz und familienspezifische Daten des GSOEP)

1999 Juli - Dezember

- Ergebnisbericht über alle vier Erhebungsphasen: Qualifizierungs,- Beschäftigungs,- Haushalts,- und Partnerbeziehungspassagen in sozialstrukturell differenzierten Handlungskontexten der 90er Jahre

3.6 Stellung innerhalb des Forschungsprogramms des Sfb

Gemeinsam mit den beiden anderen Teilprojekten des A-Bereichs untersucht das Projekt A1 *Statuspassagen vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem*. Uns verbindet dabei die Frage nach der *Kumulation sozialer Ungleichheitsrisiken zu Beginn der Erwerbsbiographie*. Die drei Projekte untersuchen ausbildungs-, geschlechts- und regionspezifisch unterschiedliche Populationen, die sich für vergleichende Analysen ergänzen. So können wir gemeinsam mit dem Teilprojekt A4 unsere Daten wechselseitig für Ost-Westvergleiche heranziehen. Das Teilprojekt A3 ergänzt unser Sample hinsichtlich der Betrachtung spezifischer Risikokonstellationen, da dort die Teilgruppe der bildungsmäßig deprivierten (und oft auch beruflich marginalisierten) jungen Erwachsenen untersucht wird.

Mit den Projekten B1, A4, C4 und C5 teilt unser Projekt das Interesse an Problemen der Untersuchung *erwerbsbiographischer Ungleichheit*, die sich aufgrund der

in der Ungleichheitsforschung theoretisch unzureichend aufgearbeiteten Strukturkategorie Beruf (vgl. 3.3.1) ergeben. Insbesondere die Ergebnisse von A1 und B1 zeigen, daß im Gegensatz zu der üblichen Operationalisierung dieser Kategorie (durch grobe Berufsklassifikationen bzw. Berufsprestigescores) die Ebene von Einzelberufen in besonderer Weise in den Blick genommen werden muß. Somit leisten wir zusammen mit anderen Teilprojekten methodologische Beiträge zur Theorie beruflicher Ungleichheit im Lebenslauf. Zu deren theoretischer Einbindung und Aufarbeitung werden Workshops dienen, die in der kommenden Forschungsphase gemeinsam von den Projekten A1, A4 und B1 organisiert werden.

Gemeinsame Interessen der Projekte A1, A3, A4, B1, C4 und D3 beziehen sich darüber hinaus auf *methodische Probleme der Erfassung sozialer Ungleichheit*. Die in der Forschung bisher weitgehend unbefriedigend beantworteten Fragen nach der Messung erwerbsbiographischer Ungleichheit und der Klassifikation erwerbsbiographischer Verläufe werden in enger Kooperation mit den genannten Projekten erarbeitet. Für die Operationalisierung sozialer Ungleichheit im Erwerbsverlauf sowie zur Entwicklung von Methoden zur Typisierung von Verlaufsmustern ist insbesondere die Kooperation mit dem Methodenbereich vorgesehen, der in der laufenden Phase begonnen hat, Verfahren zur Klassifikation von Verlaufsmustern ("Optimal matching Techniken") zu entwickeln.

Mit dem Projekt B1 verbindet uns eine weitere wichtige Gemeinsamkeit: das *Wechselspiel zwischen Beruf und Familie* hat in beiden Untersuchungen einen hohen Stellenwert. Unser als prospektives Längsschnittdesign konzipiertes Sample von Männern und Frauen bildet dabei eine Kontroll- und Kontrastgruppe für das Projekt B1, welches die retrospektive kohortenvergleichende Untersuchung weiblicher Lebensverläufe fokussiert. A1 kann wiederum vergleichend auf die vom Projekt B1 untersuchten Kohorten zurückgreifen, um die Frage zu beantworten, ob sich das Verhältnis von Beruf und Familie in weiblichen Lebensentwürfen verändert hat. Hinsichtlich der Gestaltung von Familien- und Partnerschaftsbiographien können wir auch an die Ergebnisse des Projekts B6 aus der letzten Forschungsphase anknüpfen.

Im Teilprojekt A1 wird schließlich, in enger Abstimmung mit dem Methodenbereich, die bisherige Entwicklung von Konzepten zur *Integration von qualitativen*

und quantitativen Methoden weitergeführt. Mit der aus der Analyse des qualitativen Datenmaterials entwickelten Typologie der "berufsbiographischen Gestaltungsmodi" haben wir ein handhabbares Konstrukt von beruflichen Handlungsorientierungen entwickelt, das in der kommenden Phase auch vom Teilprojekt A4 bei der quantitativen Untersuchung beruflicher Orientierungen eingesetzt wird.

Weitere Forschungsperspektiven

In der abschließenden Projektphase soll die Bedeutung unterschiedlicher Übergangsstrukturen zwischen Schule und Arbeitsmarkt im Vergleich zwischen Deutschland, Kanada und der USA untersucht werden. Während das duale System in Deutschland stark institutionalisierte Verbindungswege zur Verfügung stellt, erhält die Mehrheit US-amerikanischer Jugendlicher ohne Collegeabschluß keine Berufsausbildung und pendelt nach der Highschool zwischen kurzfristigen Jobs und Arbeitslosigkeit. In Kanada gibt es in einigen Provinzen eine Lehrlingsausbildung (die kaum gewählt wird) und nicht institutionalisierte Kooperationsprogramme zwischen Community Colleges und der lokalen Wirtschaft. Die Vor- und Nachteile des deutschen Lebenslaufregimes in einer Periode schrumpfender Arbeitsplatzangebote wollen wir in der 5. Forschungsphase auf der Grundlage unserer Panelstudie und zwei weiteren, mit dem Teilprojekt A1 vergleichbaren, nord-amerikanischen Longitudinal-Studien untersuchen. In den USA beziehen wir uns dabei auf die seit 1988 laufende Panelstudie von Mortimer und Mitarbeitern über den Einfluß von Berufsaspirationen und frühen Arbeitserfahrungen auf die Übergangsverläufe von Jugendlichen (Mortimer, Finch 1996). In Kanada beziehen wir uns auf die 1985 begonnene Längsschnittstudie von Lowe und Krahn über Highschoolabsolventen und Universitätsabsolventen in Edmonton (Krahn 1991).

Da bereits seit Jahren intensive Arbeitsbeziehungen zu diesen Projekten bestehen (die Projektleiter waren bereits Gastwissenschaftler oder Symposiumsreferenten im Sfb 186), können wir bereits in den jeweils nächsten Erhebungen beginnen, Fragestellungen, Items und qualitative Fallstudien aufeinander abzustimmen.

zwischen Berufs- und Familiensoziologie. Inhaltlicher Schwerpunkt: Familiensoziologie.

4. N.N. (Studentische Hilfskraft) ist mit 74 Std. pro Monat an der Kodierung des ersten und zweiten Welle des biographischen Mikropanels beteiligt und erstellt Retrievals.
5. N.N. (Studentische Hilfskraft) unterstützt mit 74 Std. pro Monat die Abschlußerhebung und quantitative Datenauswertung und hilft mit bei der Adreßaufbereitung, Fragebogenversendung, Kodierung und Datenbereinigung und führt deskriptive statistische Auswertungen durch.

3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsaufgaben (nach Haushaltsjahren)

	1997	1998	1999
Für Sächliche Verwaltungsausgaben			
- stehen als <u>Grundausstattung</u> voraussichtlich zur Verfügung	4.000	4.000	4.000
- werden als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragt (es entspricht den Summen "Sächliche Verwaltungsausgaben" in Übersicht 3.7)	3.000	1.800	1.800

Verbrauchsmaterial (522)

Grundausstattung jährl. DM 4.000,-

Telefonkosten zu Adressenrecherchen und telefonischen Nachfragen in Bremen und München, Büromaterial und Büroausstattung

Ergänzungsausstattung

1997 besteht wegen der postalischen Befragung ein erhöhter Bedarf an Verbrauchsmaterial, der mit 3000,- veranschlagt wird.

1998 1.800,- zur Ergänzung der Büromittel

1999 1.800,- zur Ergänzung der Büromittel

Reisekosten (527)

1997 Fahrt nach *Nürnberg* (IAB) zur Klärung spezieller Anwendungsprobleme des IAB- Datensatzes für zwei Personen und zwei Tage

Fahrtkosten DM 700,-

Tagegeld (4x DM 40,-) DM 160,-

Übernachtung (2x DM 100,-) DM 200,-

Fahrt nach *Bonn* (BIBB) zur Einbeziehung des Datensatzes der Übergangsstudie für zwei Personen für einen Tag

Fahrtkosten DM 320,-

Tagegeld (2 x DM 40,-) DM 80,-

Fahrt nach *Mannheim* (ZUMA) zur Abklärung eines Auftrages zur Berufskodierung nach ISCO und StaBu für eine Person und einen Tag

Fahrtkosten DM 200,-

Tagegelder DM 40,- DM 40,-

Fahrt nach *München* (DJI) zur Einbeziehung des Familiensurveys für eine Person und zwei Tage

Fahrtkosten DM 360,-

Tagegelder (2 x DM 40,-) DM 80,-

Übernachtung DM 120,-

Reisekosten insgesamt (1997) DM 2.200,-

1998 Vortrag beim Soziologentag für zwei Personen und drei Tage

Fahrtkosten DM 740,-

Tagegelder (6 x DM 40,-) DM 240,-

Übernachtung (6 x 120,-) DM 720,-

Reisekosten insgesamt (1998) DM 1.700,-

Bücher (512)

Spezialliteratur aus der Arbeitsmarkt-, Berufs- und Familienforschung

1997 DM 1.500,-

1998 DM 1.500,-

1999 DM 1.000,-

Vervielfältigungen (531b)

Ergebnisse der Auswertungsschritte; zusätzliche Manuskriptkopien für den Endbericht. 1997: DM 1.500,-; 1998: DM 2.500,-; 1999: DM 3.000,-

Sonstiges (547)

1997 Kosten für Updates der Datenbanksoftware sowie Gebühren für IAB und GSOEP- Datensätze DM 2.800,-

Kosten für den Druck von insgesamt 2221 Fragebögen und Anschreiben für die postalische Befragung DM 2.300,-

Portokosten für die postalische Erhebung incl. Nacherhebung (2221 Din A4 Umschläge und Din A5 Umschläge für die Rückantworten; Nacherhebung ca. 1000 Um-/Rückumschläge) DM 15.000,-

Zusätzliche Kosten für die Adressenermittlung

Erstanschreiben	DM 2.300,-
Adressenrecherchen bei den Einwohnermeldeämtern	DM 2.000,-
Werkauftrag für Recodierungsarbeiten im Textdatenbanksystem (n=282 à 3 Std. pro Interview nach SHK- Stundensatz)	DM 11.700,-

1998	Werkauftrag an das ZUMA für Kodierarbeiten (Berufskodierung nach ISCO und StaBu)	DM 9.000,-
-------------	--	------------

3.8 Literatur

- Baethge, Martin; Hantsche, Brigitte; Pelill, Wolfgang; Voskamp, Ulrich (1988): Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen. Opladen
- Bandura, A (1986): Social foundations of thought and action. Englewood Cliffs, New York
- Baumeister, Hella; Bogun, Roland (1991): Regionale Chancenstrukturen für Jugendliche und junge Erwachsene auf den Ausbildungs- und Arbeitsmärkten Bremen und München. In: Mitteilungen der ZWE "Arbeit und Betrieb", Nr. 24. Bremen, 39-58
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1988): Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit. München
- Berger, Peter (1995): Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 65-83
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter (1992): Bewegtere Zeiten? Zur Differenzierung von Erwerbsverlaufsmustern in Westdeutschland. In: Zeitschrift für Soziologie, 21 (3), 166-185.
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter (Hrsg.) (1995): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen
- Berger, Peter A.; Hradil, Stefan (1990): Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die neuen Konturen ihrer Erforschung. In: dies. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7. Göttingen, 3-24
- Bertram, Hans (1991): Soziale Ungleichheit, soziale Räume und sozialer Wandel. München: DJI-Arbeitspapier Nr. 17.
- Bertram, Hans (1995): Das Individuum und die Familie in Deutschland. Familiäre Formen im Lebenslauf. Survey des Deutschen Jugendinstituts. Opladen
- Blossfeld, Hans-Peter (1993): Changes in Educational Opportunities in the Federal Republic of Germany. In: Shavit, Y.; Blossfeld, H.-P. (Eds.) Persistent Inequality. Boulder, Col., 51-74

- Born, Claudia; Krüger, Helga (Hrsg.) (1993): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung. Weinheim
- Buchmann, Marlis; Sacchi, Stefan (1995a): Mehrdimensionale Klassifikation beruflicher Verlaufsdaten. Eine Anwendung auf Berufslaufbahnen zweier Schweizer Geburtskohorten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (3), 413-442
- Buchmann, Marlis; Sacchi, Stefan (1995b): Zur Differenzierung von Berufsverläufen. Ein mehrdimensionaler Kohortenvergleich. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (1995): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 49-63
- Burkart, Günther; Kohli, Martin (1992): Liebe, Ehe, Elternschaft: die Zukunft der Familie. München - Zürich
- Corsten, Michael (1993): Ich und die Liebe. Opladen
- Elder, Glen H. Jr. (1991): Lives and Social Change. In: Heinz, Walter R. (Ed.): Theoretical Advances in Life Course Research. Weinheim, 58-86
- Esser, Hartmut (1989): Verfällt die "soziologische Methode"? In: Soziale Welt, Jubiläumsheft zum 40. Jahrgang "Über Soziologie", 57 - 75
- Faulbaum, Frank (1992): Von der Variablenanalyse zur Evaluation von Handlungs- und Prozeßzusammenhängen. 2. verbess. Auflage, ZUMA-Arbeitsbericht 92/05. Mannheim
- Geissler, Birgit; Oechsle, Mechthild (1994): Lebensplanung als Konstruktion: Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: Beck, U.; Beck-Gernsheim, E.: Riskante Freiheiten. Frankfurt a.M., 139-167
- Grundmann, Matthias (1990): Warum Kinder keine Väter werden! Vaterabwesenheit und Kinderlosigkeit bei Männern der Geburtskohorten 1929-31, 1939-41 und 1949-51. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 10, 33-52
- Heinz, Walter R. (1988): Selbstsozialisation und Arbeitsmarkt. In: Das Argument Nr. 168, 198-207
- Heinz, Walter R. (Ed.) (1991): Theoretical Advances in Life Course Research. Weinheim
- Heinz, Walter R. (1995): Arbeit, Beruf und Lebenslauf. Weinheim
- Heinz, Walter R.; Witzel, Andreas (1995): Das Verantwortungsdilemma in der beruflichen Sozialisation. In: Hoff, E.-H.; Lappe, L. (Hrsg.): Verantwortung im Arbeitsleben. Weinheim, 99-113
- Helling, Vera (1994): Aufgaben der Statuspassage in den Beruf. Dissertation. Universität Bremen
- Helling, Vera (1996): Bausteine berufsbiographischer Sozialisation. Erscheint in: BIOS, 9 (2)

- Helling, Vera; Mönnich, Ingo (1991): Beruf, Geschlecht und Region. Übergangsprozesse in die Berufsausbildung. In: Mitteilungen der ZWE "Arbeit und Betrieb", Nr. 24, Bremen, 59-76
- Henz, Ursula; Maas, Ineke (1995): Chancengleichheit durch die Bildungsexpansion? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (4), 605-633
- Hoff, Ernst-Hartmut (1992): Arbeit, Freizeit und Persönlichkeit. Heidelberg
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1991): Lebensformen und Lebensstile unter den Bedingungen der (Post)Moderne. In: Familiendynamik, 299-321
- Hohner, Hans-Uwe (1987): Kontrollbewußtsein und berufliches Handeln. Bern
- Huinink, Johannes (1994): Wandel der Familienbildung. In: Soziologische Revue, Sonderheft 3, 148-153
- Huinink, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt a.M. - New York
- Kaufmann, Franz-Xaver (1988): Familie und Modernität. In: Lüscher K.; Schulteis, F.; Wehrspau, M. (Hrsg.): Die "postmoderne" Familie - Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz, 391-416
- Kelle, Udo (1994a): Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie qualitativer Sozialforschung. Weinheim
- Kelle, Udo (1994b): Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. In: Faulbaum, F. (Eds.): SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4. Stuttgart, 369-376.
- Kelle, Udo (1996): Computer-Aided qualitative Data Analysis: An overview. In: Harkness, J.; Hoffmeyer, J.H.P.; Zuell, C. (Eds): Text Analysis and Computers. ZUMA Nachrichten Spezial Mai 1996 (im Druck)
- Kelle, Udo; Prein, Gerald (1995): Threats for validity bei der vergleichenden Analyse von Datensätzen. Ein Vorschlag zur Lösung inferenzstatistischer Probleme. In: Angewandte Sozialforschung, 19 (3), 239-248
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1995): "Grau, teurer Freund ist alle Theorie..." Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (2), 249-267.
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1996): Theoriereiche Brückenannahmen? Eine Erwiderung auf Siegwart Lindenberg. Erscheint in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 48 (3).
- Klemm, Klaus (1987): Bildungsexpansion und ökonomische Krise. In: Zeitschrift für Pädagogik, 33 (6), 828-839
- Köhler, Helmut (1992): Bildungsbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Berlin: MPI für Bildungsforschung.
- König, Joachim (1993): Brüche erleben lernen, Weinheim

- Krahn, H. (1991): The school to work transition in Canada: New risks and uncertainties. In Heinz, W.R. (Ed): The Life Course and Social Change: Comparative Perspectives. Weinheim
- Kreckel, Rainer (1987): Neue Ungleichheiten und alte Deutungsmuster. Über die Kritikresistenz des vertikalen Gesellschaftsmodells in der Soziologie. In: Giesen, B; Haferkamp, H. (Hrsg.): Soziologie der sozialen Ungleichheit. Opladen, 114.
- Kreher, Simone (1995): Familieneinmündung und Familienbildung in der Generationenfolge. In: Bertram, H.: Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. Opladen, 223-292
- Krüger, Helga (1995): Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfung im Lebenslauf. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 133-153.
- Lappe, Lothar (1993): Berufsperspektiven junger Facharbeiter. Eine qualitative Längsschnittanalyse zum Kernbereich westdeutscher Industriearbeit. Frankfurt a.M. - New York
- Lempert, Wolfgang (1993): Moralische Sozialisation im Beruf. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 13, 2-35
- Levy, René (1991): Status Passages as Critical Life Course Transitions. In: Heinz W.R. (Ed.): Theoretical Advances in Life Course Research. Weinheim, 87-114
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Frankfurt a.M.
- Lüscher, Kurt (1988): Familien und Familienpolitik im Übergang zur Moderne. In: Lüscher, K.; Schuitheis, F.; Wehrspau, M. (Hrsg.): Die "postmoderne" Familie - Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz, 15-36
- Matthias, Heike; Nave-Herz Rosemarie; Sander Dirk (1995): Ehe - Triumph der Tradition?. In: Einblicke. Universität Oldenburg, Nr. 21, 1-3
- Mayer, Karl Ulrich (1991): Lebensverlauf und Bildung. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt "Lebensverläufe und gesellschaftlicher Wandel" des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. In: Unterrichtswissenschaft, Nr. 4, 313-332
- Mayer, Karl Ulrich (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 27-47
- Mayer, Karl Ulrich; Blossfeld, Hans Peter (1990): Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit im Lebensverlauf. In: Berger, P.A.; Hradil, S.: Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die neuen Konturen ihrer

- Erforschung. Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7. Göttingen, 297-318
- Metz-Göckel, Sigrid; Müller, Ursula (1987): Partner oder Gegner? Überlebensweisen der Ideologien vom männlichen Familienernährer. In: Soziale Welt, 38 (1), 4-28
- Meyer, Thomas (1992): Modernisierung der Privatheit. Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse des familialen Zusammenlebens. Opladen
- Mönnich, Ingo; Witzel, Andreas (1994): Arbeitsmarkt und Berufsverläufe junger Erwachsener. Ein Zwischenergebnis. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 14, 262-277.
- Mönnich, Ingo (1994): Verlaufsmuster von der Schule in den Beruf. Dissertation, Universität Bremen
- Mortimer, J.T. & M.D. Finch (1996): Adolescents, Work and Family. Newbury Park: Sage
- Müller, Walter; Haun, Dietmar (1994): Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (1), 1-42
- Nave-Herz, Rosemarie (1984): Familiäre Veränderungen seit 1950 - empirische Studie. Oldenburg
- Nave-Herz, Rosemarie (1987): Bedeutungswandel von Ehe und Familie?. In: Schulze H.J.; Mayer, T.: Familie: Zerfall oder neues Selbstverständnis?, Würzburg, 18-27
- Notz, Gisela (1991): "Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann". Die Auswirkungen der Geburt, des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn
- Peuckert, Rüdiger (1991): Familienformen im sozialen Wandel. Opladen
- Prein, Gerald; Kelle, Udo (1996): How to cope with small samples in longitudinal data analysis? In: Voges, W.; Wagner, G.; Duncan, G (Eds.): Looking for Changes in other Societies. Use of Longitudinal Data for Comparative Social Research.. New York (in Vorbereitung)
- Prein, Gerald; Kelle, Udo; Kluge, Susann (1993): Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 19
- Rerrich, Maria S. (1990): Balanceakt Familie. Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen. Freiburg i. Breisgau
- Schupp, Jürgen (1995): Stabilität, Wandel und "Optionalität". Vom Nutzen der Panelmethode für dynamische Sozialstrukturanalysen. In: Berger, P.A.; Sopp, P. (Hrsg.) 1995: Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 108-130.
- Schwarzer, Ralf (1994): Optimistische Kompetenzerwartung: Zur Erfassung einer personellen Bewältigungsressource. In: Diagnostica 40 (2), 105-123

- Shavit, Yossi; Blossfeld, Hans-Peter (1993) (Hrsg.): Persistent Inequality. Boulder, Col.
- Strohmeier, Peter (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft B 17, 11-22
- Tölke, Angelika (1989): Lebensverläufe von Frauen. Familiäre Ereignisse, Ausbildungs- und Erwerbsverhalten. München
- Tölke, Angelika (1991): Partnerschaft- und Eheschließungen - Wandlungstendenzen in den letzten fünf Jahrzehnten.. Opladen, 113-158
- Treimann, D.J. (1977): Occupational prestige in comparative perspective. New York.
- Trotha, Lutz v. (1994): Pluralisierung familialer Lebensformen. Einleitung. In: Soziologische Revue, Sonderheft 3, 55-59
- Vaskovics, Laszlo A.; Rost, Harald (1995): Junge Ehepaare in den alten und den neuen Bundesländern - Ein Vergleich. Stuttgart, 137-153
- Vaskovics, Laszlo A.; Rupp, Marina (1995): Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Opladen
- Wegener, Bernd (1985): Gibt es Sozialprestige? In: Zeitschrift für Soziologie, 14 (3), 209-235
- Witzel, Andreas (1993): Nach der Berufsausbildung - Arbeiten im erlernten Beruf? In: Leisering, L. u.a. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel, Sfb-Reihe "Statuspassagen und Lebensverlauf", Band 4. Weinheim, 47-60
- Witzel, Andreas (1996): Auswertung problemzentrierter Interviews. Grundlagen und Erfahrungen. In: Strobl, R.; Böttger, A. (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden
- Witzel, Andreas; Helling, Vera; Mönnich, Ingo (1995): Die Statuspassage in den Beruf als Prozeß der Reproduktion sozialer Ungleichheit. In: Bolder, A.; Heinz, W.R.; Rodax, K. (Hrsg.): Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Tendenzen in Bildung für Arbeit. Opladen
- Witzel, Andreas; Mönnich, Ingo (1995): Die Bewältigung des Übergangs in das Erwerbssystem. In: Westhoff, G. (Hrsg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Die Situation an der zweiten Schwelle in der Mitte der neunziger Jahre. Bielefeld, 129-146
- Weißhuhn, Gernot; Büchel, Felix (1994): Schulisches und berufliches Bildungsverhalten in Deutschland. Berlin: Unveröff. Ms.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1992): Über den Umgang mit biographischer Unsicherheit - Implikationen der "Modernisierung der Moderne". Soziale Welt, 43, 217-236

Teilprojekt A3

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt A3

3.11 Thema:

Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener -
Erwerbsverlauf und Delinquenz nach der 2. Schwelle

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Kriminalsoziologie, Jugendsoziologie

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Karl F. Schumann
FB 6 Rechtswissenschaften
Universität Bremen, FVG-West
Tel. (0421) 218 - 4135

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

Das Teilprojekt wird gefördert seit dem 01.07.1988

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	955.400	81.000	---	1.036.400
1994	215.200	36.800	---	252.000
1995	218.800	41.600	---	260.400
1996	229.200	1.300	---	230.500
Zwischen- summe	1.618.600	160.700	---	1.779.300
1997	229.200	112.090	---	341.290
1998	229.200	17.200	---	246.400
1999	229.200	42.085	---	271.285

3.2 Zusammenfassung

Das Teilprojekt A3 wird mit einer vierten Befragung des Makropanels und der 5. Welle des Mikropanels insbesondere die Probleme der Etablierung im Berufsleben und ihren Zusammenhang mit Deliktbegehung erforschen. Die Zeit der Qualifikation und damit die Jugendphase kann für die Mehrheit als abgeschlossen gelten.

Die Berufs- und Lebenschancen von AbgängerInnen von Haupt- und Sonderschulen sind auf einem Arbeitsmarkt, der stetig, insbesondere bezogen auf ungelernete, angelernte Tätigkeiten und traditionelle Handwerks- und Facharbeiterberufe, durch Rationalisierung, Automatisierung und Jobexport schrumpft, besonders prekär. Die Schwierigkeiten der Bewältigung der 2. Schwelle, die Verarbeitung von Phasen der Arbeitslosigkeit während der Statuspassage des Berufseintritts und die Entwicklung von Lebensperspektiven sollen bei dieser in der deutschen Jugendsoziologie wohl einzigartigen Kohorte von AbgängerInnen von Haupt- und Sonderschulen untersucht werden .

Der Datenanalyse liegt folgender Theorieansatz zugrunde: Wiederauftreten oder Unterbleiben delinquenter Phasen hängen von drei *institutionellen* Einflußgrößen ab: (a) dem Verlauf beruflicher Qualifikation und des Berufseintritts, (b) der Übernahme von Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen durch Vergesellschaftungsprozesse in Partnerschaft und mit Peers, sowie (c) den Stigmatisierungseffekten, die aus der Kriminalisierung und Strafverfolgung von abweichendem Verhalten resultieren.

Darüberhinaus soll dieser Ansatz, nach dem die gesellschaftlichen Institutionen Berufsbildungssystem, Arbeitsmarkt, Familie, Organisation der peers und Instanzen der Strafverfolgung als Meso-Ebene den Prozess der Fortdauer bzw. Beendigung delinquenter Phasen maßgeblich prägen, im *internationalen Vergleich* direkt mit den Daten eines U.S.-Längsschnittsprojekts mit vergleichbarem Design überprüft werden, um damit als Voraussetzung für gültige komparative kriminologische Forschung die Relevanz der von den Institutionen der Meso-Ebene ausgehenden Kontrolle nachzuweisen.

Schließlich soll das Datenmaterial aus dann 4 Wellen des Makro-Panels und 5 Wellen des Mikro-Panels (sowie der updates zur BZR-Daten- und Straftakten-erhebung) zur Bildung komplexer *Verlaufsmodelle* herangezogen werden, um einerseits die Langzeitwirkung bestimmter Lebensereignisse und Selektionen in

Schule, Berufsausbildung und Berufseintritt zu prüfen, andererseits die Eignung eines *phasenbezogenen* Erklärungsansatzes (statt der Vorstellung von *Kontinuität* delinquenten Handelns) zu testen.

3.3 Stand der Forschung

3.3.1 Beruf

Dem Zusammenhang zwischen der Einmündung in eine stabile berufliche Existenz, dem partiellen oder völligen Mißlingen dieser beruflichen Integration und dem Auftreten kriminalisierbaren Verhaltens gilt weiterhin das Hauptaugenmerk dieses Teilprojektes. Diese Fragestellung wird bei der Bewältigung der 2. Schwelle noch einmal besonders relevant. Hier entscheidet sich langfristig die weitere berufliche Existenz.

Die Gesellen-Prüfung, die 2/3 der je in eine Ausbildung Gelangten bestanden, ist ein durchaus entscheidender erster Schritt in der beruflichen Etablierung, durch ihn wird eine neue Ausgangsposition geschaffen. Nur zwei von drei Gesellen wurden in den Jahren 1988 und 1989 übernommen; gerade im Handwerk und bei kleineren Betrieben, den Ausbildungsorten der Haupt- und SonderschülerInnen, war die Übernahmequote erheblich geringer (BMBW 1992, S. 62). An der 2. Schwelle ist jeder Fünfte einmal zeitweise arbeitslos geworden (ebd.), für viele handwerklich Ausgebildete wurde ein Wechsel in andere Berufe festgestellt (Pätzold 1933, S. 300). Schober (1995b, S. 75) gibt die Übernahmequote mit 55-58% an. Doch der Prozeß der Dequalifizierung zeigt sich nicht nur in der Übernahmeproblematik, sondern ebenso an der Frage des Verbleibs im Gesellenberuf: So ist der Anteil der Facharbeiter, die ihren Status halten konnten, im Zeitraum 1979-92 von 45% auf 39% zurückgegangen, der Anteil der Wechsler zum Hilfsarbeiter resp. Angelernten stieg von 12% auf 16%. Der Statuswechsel findet dabei überwiegend in den ersten Berufsjahren statt. Die Problematik der zweiten Schwelle äußert sich für die Gesellen darin, daß in einigen Branchen die Übernahme nur für 6 Monate erfolgt, so daß das Zustandekommen einer stabilen und adäquaten Beschäftigung nach der Lehre um ein halbes Jahr vertagt ist.

Schöngen (1995, S. 163) fand in seiner Erhebung von AbsolventInnen einer betrieblichen Berufsausbildung folgenden Verbleib in der Subgruppe mit Hauptschulabschluß: 49% im erlernten Beruf; 13% in einem anderen Beruf, 9% an-/ungelernt, 7% arbeitslos, 14% Wehrpflicht, berufliche Fortbildung 4%,

Schule/Studium 1% und sonstiges 4%. In unserm Panel (3. Welle, 1995; n=376) sind - möglicherweise bedingt durch regionale Nachteile - die Verbleibquoten im Ausbildungsberuf noch geringer:

	Männer	Frauen	insgesamt
im Gesellenberuf beschäftigt	56 26,3%	56 34,4%	112 29,8%
in anderem qualifizierten Beruf beschäftigt	18 8,5%	13 8,0%	31 8,2%
ungelernte Arbeit	27 12,7%	28 17,2%	55 14,8%
in allgemeinbildender Schule	16 7,5%	2 1,2%	18 4,8%
noch/wieder in Ausbildung	25 11,8%	16 9,8%	41 11,0%
arbeitslos	29 13,6%	18 11,0%	47 12,5%
Wehr-/Zivildienst	33 15,5%		33 8,9%
Hausfrau/-mann; Erziehungsurlaub	1 0,5%	26 15,9%	27 7,2%
sonstiges	8 3,7%	4 2,4%	12 3,2%
	213 56,6%	163 43,4%	376 100%

Es zeigt sich, daß nur 30% in ihrem Ausbildungsberuf als Gesellen arbeiten. 15,8% gehen einer schulischen resp. betrieblichen Qualifikation nach. Ungelernt arbeiten immerhin 14,8%. Weitere 8,2% arbeiten in einem anderen als ihrem erlernten Beruf. Für die 33 jungen Männer, die noch im Wehr- resp. Zivildienst sind, ist die Phase des Übergangs ebenfalls noch unabgeschlossen. Mit einer Arbeitslosigkeit von 12,5% steht unsere Untersuchungsgruppe schlechter da als diejenige von Schöngen (1995, S. 163). 7,2% sind Hausfrau resp. im Erziehungs-

urlaub. Zusammenfassend läßt sich sagen: 52,8% der jungen Erwachsenen sind berufstätig, 15,8% noch in Bildungsprozessen, und weitere 22,9% erwerbslos.

Die Situation der Lehrabbrecher und Ungelernten ist prekär: Nicht nur haben Ungelernte die höchste Arbeitslosenquote; Stellen für Ungelernte werden auch langfristig abgebaut. Ferner werden Stellen für ungelernete Tätigkeiten bevorzugt mit Personen mit (irgendeinem) Abschluß besetzt (Buttler, Tessaring 1993; Schober 1994, 1995a). Jugendliche, die an der 1. Schwelle scheitern, werden in der Regel langfristig keinen Wiedereinstieg zustandebringen, sie scheitern, gerade bei schlechter schulischer Vorbildung, auch an den Bedingungen des Weiterbildungs- und Qualifizierungsmarktes (Davids 1995). Qualitative ebenso wie quantitative (Blossfeld 1990) Analysen belegen, daß die Jugendlichen durch den Besuch der Haupt- oder Sonderschule auf ein diesem Bildungsabschluß zugewiesenes niedriges berufliches Niveau festgelegt sind und ihnen - und dies gilt besonders für Schülerinnen - nur bestimmte Berufsfelder zur Verfügung stehen.

Die Ergebnisse aus der dritten Förderungsphase deuten darauf hin, daß sechs Jahre nach Schulabschluß ein Großteil der jungen Erwachsenen unseres Panels keine berufliche "Normalkarriere" erreicht hat. Es zeigt sich, daß diese gestaffelten Risikolagen weiterhin mit einer hohen Belastung mit kriminalisierbarem Verhalten einhergehen. Fehlende berufliche Optionen, fehlende familiäre (sowohl eigene als auch noch Herkunftsfamilie) Bindungen sowie ein starker Bezug auf die Clique können dazu führen, daß ein traditioneller Lebensentwurf, eine Normalbiographie, nicht entsteht.

3.3.2 Berufsverlauf, Geschlecht und Delinquenz

Die Untersuchung der Beziehung zwischen Problemen am Arbeitsmarkt und Delinquenz gewinnt z.Z. wieder an Aktualität, weil sie den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Kriminalität impliziert und Bezüge zum Thema von (neuer) Armut und (Jugend-)Kriminalität aufweist (Frehsee 1995; Walter 1995, S. 65f.). Damit erhält ein Forschungsgegenstand neue Aktualität, der in den 70ern bis Mitte der 80er Jahre viel diskutiert, aber in den letzten 10 Jahren durch andere Topoi verdrängt wurde.

Obwohl die empirischen Befunde über diesen Zusammenhang wenig eindeutige Ergebnisse liefern (Albrecht 1988, Walter 1995, S. 68), ist die Vorstellung, daß zwischen Arbeit, Arbeitslosigkeit und Armut einerseits und Abweichung bzw.

Kriminalität andererseits Zusammenhänge bestehen, weit verbreitet. Arbeitslosigkeit und Kriminalität gelten als soziale Probleme. "... (es) verwundert (...) deshalb auch nicht, wenn diese beiden gesellschaftlichen Übel immer wieder nach der stereotypen Gleichung "Böses erzeugt Böses" ursächlich aufeinander bezogen werden" (Sack 1987, S. 15). Arbeitslosigkeit von jungen Menschen ruft gesellschaftliche Bedrohungsgefühle hervor, wenn auch nur bezüglich Männern; bei Frauen gilt der Rückzug ins Privatleben bei Erwerbslosigkeit als akzeptierte, wenn nicht gar gewollte Alternative.

Eines der zentralen Ergebnisse unserer Untersuchung ist, daß der Zusammenhang zwischen Mißlingen und Gelingen der beruflichen Qualifikation und dem Fortdauern delinquenter Verhaltensweisen komplexer ist, als zunächst vermutet. Auch erfolgreiche Lehrlinge sind bis zur Gesellenprüfung (und darüber hinaus) delinquent (vgl. Matt 1995; Schumann/Mariak 1995). Und bei erfolglosen Jugendlichen sind gleichwohl häufig die delinquenten Episoden längst zu Ende gegangen. Dies gilt besonders stark bei Frauen, deren berufliche Qualifikation seltener erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Dimension beruflicher Qualifikation und der Berufstätigkeit spielt offenbar eine wesentliche, aber keine ausschlaggebende Rolle für den Delinquenzverlauf. Hinzu tritt die Entwicklung einer genderspezifischen Identität aufgrund der sozialen Beziehungen zu Gleichaltrigengruppen und Partnern bzw. Partnerinnen. Es scheint so zu sein, daß die Einflüsse der Partner, insbesondere auf junge Frauen, eine zusätzliche Kontrolle in bezug auf abweichendes Verhalten darstellen, und daß sie bei Scheitern der beruflichen Qualifikation einen Abkühlungsmechanismus schaffen: die Hinlenkung zu traditionellen Vorstellungen von Weiblichkeit (vgl. Seus 1993, 1995). Parallel dazu prägen bei jungen Männern die peers Vorstellungen von Männlichkeit, für die durch gemeinsame Action und kollektives abweichendes Verhalten Testsituationen geschaffen werden (vgl. Messerschmidt 1993, S. 88ff.).

Die Kategorie Geschlecht spielt ersichtlich eine wichtige Rolle (Dietz, Matt, Schumann, Seus 1996). Da die berufliche Qualifizierung vor dem Hintergrund eines mit Bezug auf Geschlecht segregierten Arbeitsmarktes erfolgt, ist die Bedeutung des Verlaufs der Qualifikationsphase für junge Frauen und junge Männer verschieden. Ebenso bedeuten die verschiedenen Formen der Delinquenz Unterschiedliches für die sozialen Reproduktionsprozesse von Männlichkeit und Weiblichkeit. U.a. hat Sumner (1990) darauf hingewiesen, daß neben der Schicht- und

ethnischen Zugehörigkeit auch die Geschlechterzugehörigkeit ein strukturierendes Merkmal einer jeden Definition von Abweichung ist und eine sogenannte "master-censure" im Ausgrenzungsprozeß darstellt. Die strukturellen Bedingungen, die den Rahmen für die konkreten Ausdrucksformen von Männlichkeit und Weiblichkeit setzen, sind: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, patriarchalische Machtstrukturen sowie die normativen Muster von peers und Partnern (vgl. auch Kreckel 1993).

3.3.2.1 Männlichkeit

Die männlichen Jugendlichen stehen in der Phase des Übergangs in den Beruf auch vor der Aufgabe, den unterschiedlichen sozialen Konstruktionen von Männlichkeit Rechnung zu tragen, eine eigene Identität als Mann zu finden (Böhnisch, Winter 1993; Connell 1995). Dabei spielen peers und entsprechende Rituale, zu denen Delinquenz gehören kann, eine prägende Rolle. Männlichkeit, so hat Gilmore (1993) in seiner kulturethnologischen Studie gezeigt, ist aus drei Verhaltenserwartungen zusammengesetzt: der Mann muß Erzeuger von Nachwuchs, Beschützer der Familie und Versorger sein können. Sexuelle Leistungsfähigkeit, Dominanz gegenüber Konkurrenten und Fähigkeit zum Gelderwerb werden damit zu normativen Mustern. Inwieweit die jungen Erwachsenen diesen Vorgaben entsprechen und wie dabei Delinquenz bedeutsam wird, ist zu klären.

Das Thema wird bisher im Zusammenhang mit der Gewaltproblematik bearbeitet (Kersten 1995). Messerschmidt (1993) beschäftigt sich damit, wie sich die Konstruktion von Männlichkeit im Kontext von Delinquenz und Kriminalisierung herstellt. Die peers, in der Clique, vermitteln in der Jugendphase vorrangig Erfahrungen der Männlichkeit: durch solidarisches Kämpfen gegen "Feinde", durch Machtspiele mit Kontrollinstanzen, durch Rivalitäten und Mutproben. Die soziale Organisation von Männlichkeitsdarstellungen in peer-groups ist ein noch offenes Forschungsgebiet. Der Berufsverlauf erweist sich so gesehen nur als ein Aspekt, der in Relation steht zum Delinquenzverlauf, ein ebenso wichtiger ist die Frage der Konstruktion von Männlichkeit.

3.3.2.2 Weiblichkeit

Die Konstruktion von Weiblichkeit ist gleichfalls komplex. In neueren repräsentativen Studien über Lebensentwürfe junger Frauen (Burger/Seidenspinner 1986; Papenbreer u.a. 1987) zeichnet sich ein Bild ab, wonach weibliche Jugendliche

ihre Vorstellung von Zukunft nicht mehr ausschließlich im Rahmen von Familie entwerfen. Daß eine qualifizierte Ausbildung und die spätere Erwerbstätigkeit nicht nur als materielle Existenzsicherung, sondern auch als wichtiger Teil der persönlichen Entwicklung angesehen wird, ist auch für erwerbslose Hauptschülerinnen bestätigt worden (Diezinger u.a. 1983). Anküpfend an diese Forschungsergebnisse stellt sich die Frage, ob und wie es jungen Frauen mit eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten gelingen kann, ihre Ansprüche auf einen eigenständigen Lebensstil zu verwirklichen und wie ihre Reaktionen im Falle eines Scheiterns aussehen. Die Nichterfüllung der Erwartung einer kontinuierlichen Integration in die Berufs- und Familienrolle unterliegt negativer sozialer Sanktionierung.

Frauen sind in zweifacher Hinsicht vergesellschaftet: sie sind Hauptakteurinnen der privaten Reproduktion und partizipieren gleichzeitig an den marktvermittelten gesellschaftlichen Sphären (Becker-Schmidt 1987). Aus ihrer doppelten gesellschaftlichen Verortung ergibt sich eine besondere Struktur sozialer Kontrolle: d.h., für die Frauen werden zwei Normensysteme relevant: Zum einen werden von ihnen Bildungsanstrengungen und Arbeitstugenden erwartet, zum zweiten sollen sie die Rolle als Ehefrau und Mutter übernehmen.

Die Analyse aller sozialer Prozesse und Ausschließungsregeln, die Frauen weiterhin auf die untergeordneten Plätze in der Gesellschaft verweisen, kann nur im Rahmen einer "transgressive criminology" (Cain 1990) erfolgen. In diesem Ansatz rücken vor allem Mechanismen informeller Kontrolle im Privatbereich in den Mittelpunkt. Aufgrund der schlechten Ausbildungs- und Erwerbssituation bleibt Frauen oft nur der Ausweg der Heirat, um - über einen (Mit-)Ernährer - die eigene Existenzsicherung zu gewährleisten. Hierdurch wiederum geraten sie in eine umfassende Abhängigkeit von Männern und deren Kontrollmechanismen. Welchen Einfluß Partner auf Verhalten (informelle soziale Kontrolle) und Weiblichkeitsentwürfe haben und inwieweit Delinquenz bei Frauen aus Ablehnung dieser Zumutungen bzw. aus partnerbezogener Abhängigkeit resultiert, bedarf der Erklärung.

3.3.3 Stigmatisierung und Marginalisierung

Die Lebensjahre bis zum Alter von 25 Jahren sind diejenigen, in denen die höchste Delinquenzbelastung gegeben ist. Dabei liegen die höchsten Prävalenzraten (Anteil der Täter an der Gesamtpopulation) für selbstberichtete Delinquenz etwa im Alter von 17-18 Jahren und für registrierte Straftaten im Alter um 20-25 (Mischkowitz 1993; vgl. auch Elliott 1994). An der Zeitdifferenz ist erkennbar:

Kriminalisierung setzt offensichtlich später ein und perpetuiert für einen kleinen Täterkreis das Tatverhalten.

Die Bedeutung von Kriminalisierung und Stigmatisierung für sekundäre Devianz (Lemert) ist lange Zeit unerforscht geblieben. Zwar war in den 70er Jahren im Rahmen der Rezeption des Labeling Approach in einigen Studien die Triftigkeit dieses Erklärungsansatzes gezeigt worden (vgl. Lamnek 1985, S. 304ff.). Danach wurde aber die Erforschung von Stigmatisierungseffekten konterkariert durch Generalpräventionsforschung (die in den USA als direkte Widerlegung des Labeling Ansatzes verstanden wurde; vgl. Schumann et al. 1987). Erst vor kurzem ist die Forschungspraxis hierzu wieder aufgelebt (Klein 1986; Matsueda 1992); insbesondere im Sfb 227 sind vom Team um G. Albrecht zur Überprüfung der Wirkungen von Diversion Längsschnittstudien durchgeführt worden. Dabei zeigte sich, daß "mit zunehmender Intensität der negativen Etikettierung in der Folge eine höhere Delinquenz einhergeht" (Klinger 1995, S. 24). Ferner wurde die Bedeutung der Übernahme von Etikettierungen in Familie, Schule, Betrieb und Freundeskreis aufgezeigt (Albrecht 1993; Klinger 1993, 1995). Wie im Detail die Wechselbeziehungen zwischen formeller und informeller Stigmatisierung aussehen, können nur komplexere Längsschnittstudien aufweisen. Unsere Studie kann den Forschungsstand hier voranbringen, weil über die bislang 3, nach den für 1997 und 2000 geplanten Datenerhebungen für zunächst 5, dann 8 Zeitabschnitte die Wirkungen formeller und informeller Etikettierungen festgestellt werden können (s.u.). Auch wenn der "Master-Status" des vorbestraften Delinquenten erst nach mehrfacher Etikettierung entstehen dürfte, ist zu vermuten, daß eine solche Fokussierung der Identität auf Delinquenz nur gelingt, wenn keine alternative Identität z.B. über die berufliche Stellung aufgebaut werden kann (vgl. Lofland 1969).

3.3.4 Internationaler Vergleich

Eine weitere Kernfrage ist: Inwieweit sind Ergebnisse aus einem Land übertragbar auf ein anderes? Welche Rolle spielen dabei kulturelle Unterschiede sowie die unterschiedlich gestalteten sozialen Institutionen? Bereits im Antrag für die Förderungsphase 1993-1996 haben wir in Frage gestellt (was üblicherweise schlicht unterstellt wird), daß Erkenntnisse aus der US-amerikanischen Kriminologie überhaupt auf europäische Verhältnisse übertragbar seien. Diese Frage kann erst systematisch untersucht werden, seitdem mehrere Längsschnittstudien in verschiedenen Ländern durchgeführt werden, weil nur deren Design der zeitverschobenen

Messung von Variablen "Erklärungen" im strengen Sinne zuläßt. Für die mit diesem Erklärungsanspruch auftretenden US-Studien kann durch komparative Forschung geklärt werden, ob sie international Gültigkeit beanspruchen können. Dazu kann mit Daten aus zwei parallel angelegten Längsschnittstudien wechselseitig eine Replikation versucht werden. Bislang sind diese Versuche bezeichnenderweise auf den Nachweis eines universalistischen Erklärungsanspruchs für psychologische Ansätze bezogen worden. Auf der Suche nach universalistischen psychologischen Erklärungsansätzen durch Inbeziehungsetzung von Daten der interdisziplinären neuseeländischen Dunedin Health and Development Study mit U.S. Daten der Pittsburgh Youth Study wiesen Moffitt u.a. bestimmte Persönlichkeitscharakteristika (constraint, negative emotions, intelligence) als "generell gültig" nach (1995, S. 20). Auch eine Vergleichsstudie von Daten der bekannten Cambridge-Study einerseits mit denen der gleichen Pittsburgh Youth Study andererseits galt der Replizierbarkeit von psychologischen Erklärungen diesseits und jenseits des Atlantik (Farrington/Loeber 1995).

Es ist bezeichnend, wie Studien, die auf der Suche nach psychologischen Universalien sind, mit sozialen Effekten umgehen. Zwar hat die Farrington/Loeber-Studie gewissermaßen als (unerwartetes) Nebenergebnis aufgewiesen, daß Rassenzugehörigkeit (Afro-American heritage) allein einen Vorhersageeffekt für Delinquenz hat, der auch nicht von anderen Variablen im multivariaten Modell absorbiert wird (S. 27). Dieser US-spezifische Effekt wird aber bagatellisiert.

Im Gegensatz zu diesen komparativen Ansätzen hat unsere Studie das Ziel, Unterschiede in der Gesellschaftsstruktur oder in der Funktionsweise gesellschaftlicher Institutionen aufzuweisen und deren Effekte hinsichtlich der Einschränkung von Erklärungsansätzen empirisch nachzuweisen. Nach unserer Auffassung muß ein internationaler Vergleich, der soziologisch aufschlussreich sein will, klären können, ob Unterschiede in den gesellschaftlichen Strukturen und den Institutionen Art und Umfang der Delinquenz und ihrer Erklärung beeinflussen. Nach Vorarbeiten in der dritten Förderungsphase ist unser komparativer Forschungsansatz präzisiert worden, um die Relevanz von Unterschieden der Funktionsweise bestimmter gesellschaftlicher Institutionen als Kontextbedingungen für Delinquenz aufzuweisen. Im Vordergrund steht dabei der Übergang von der Schule in den Beruf, in Deutschland institutionell geregelt, in den USA eine Frage des Marktes (vgl. Hamilton, Hurrelmann 1993; Büchtermann et al. 1993).

3.4 Eigene Vorarbeiten

Das Arbeitsprogramm setzt die Forschungstätigkeiten aus den drei vorangegangenen Förderungsphasen fort. Deshalb können Forschungs- und insbesondere Auswertungsstrategien, die sich bislang bewährt haben, wieder eingesetzt werden. Die Mitglieder des Forschungsteams arbeiten teilweise seit Projektbeginn (Lydia Seus), seit der 1. Förderungsphase (Volker Mariak) oder seit der 2. Förderungsphase (Gerhard-Uhland Dietz, Eduard Matt) mit.

In der vergangenen Förderungsphase wurden bei der Analyse des qualitativen Materials insbesondere die Verarbeitung von Selektionen (Nr. 1, 2, 4, 9, 11), z.B. im Zusammenhang mit Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen (Nr. 8, 10, 16) aufgearbeitet. Die Beziehung zwischen Berufsqualifikation und Delinquenz stand, gestützt auf qualitatives (Nr. 3) und quantitatives Material (Nr. 5, 7) natürlich im Zentrum. Kriminalpolitische Konsequenzen wurden entwickelt (Nr. 6, 13, 15); aber auch in mehr qualifikationsbezogener Hinsicht wurde das Datenmaterial ergiebig ausgewertet (Nr. 12, 14).

Die international vergleichende Arbeitsweise wurde in Grundsatzdebatten während des im Sommer 1995 in Bremen veranstalteten workshops mit den Leitern der Rochester Youth Development Study, T. Thornberry, und des Denver Youth Surveys, D. Huizinga, sowie anderen Kollegen entwickelt. Um die Wirkung des Dualen Systems auf die Beendigung delinquenter Episoden zu überprüfen, wurde eine Parallelisierung der Datensätze der Denver-Studie und der Bremen-Studie vorgenommen; eine erste Replikation der Denver-Studie wies nach, daß genügend Variablen in beiden Studien vergleichbar gemessen wurden (Schumann 1995b), so daß einer komparativen Untersuchung der Bedeutung unterschiedlicher institutioneller Arrangements der Berufsausbildung oder ihrer Substitute nichts mehr im Wege steht. In Kooperation mit D. Huizinga wurde eine Pilotstudie entworfen, um die Unterschiede in der beruflichen Qualifikation zu erfassen; zur Durchführung hat die Stiftung GAAK Mittel bewilligt.

Publikationen

1. Dietz, G.U.; Matt, E. (1994): Begrenzte Handlungsspielräume bei der Berufsfindung. Der Übergang von Haupt- und Sonderschülern in das Berufsbildungssystem. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Heft 5, S. 510-524

2. Mariak, V.; Seus, L. (1993): Stolpersteine an der ersten Schwelle: Selektion, Aspiration und Abkühlung in Schule und Berufsausbildung. In: L. Leisering/B. Geissler/U. Mergner/U. Rabe-Kleberg (Hrsg.): *Moderne Lebensläufe im Wandel*. Weinheim. S. 27-45
3. Matt, E. (1995): Episode und "Doppel-Leben": Zur Delinquenz Jugendlicher. In: *MschKrim* 78, S. 153-164
4. Schumann, K.F. (1994): Lebensperspektiven nach dem Ende der Schulpflicht. In: H. Peisert/W. Zapf (Hrsg.): *Festschrift für Ralf Dahrendorf*. Stuttgart. S. 135-154
5. Schumann, K.F. (1995): The Deviant Apprentice. The Impact of the German Dual System of Vocational Training on Juvenile Delinquency. In: Hagan, J. (ed.): *Delinquency and Disrepute in the Life Course*: Greenwich, Connecticut: JAI Press Inc., S. 91-105
6. Schumann, K. F. (1995a): Zur Thematisierung und Analyse von Gewalt in aktuellen kriminologischen Expertisen. In: E. Mochmann, U. Gerhardt (Hrsg.): *Gewalt in Deutschland*. München, S. 107-124
7. Schumann, K.F.; V. Mariak (1995): Benachteiligung Jugendlicher im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt als Weichenstellung für eine kriminelle Karriere - ein Mythos? In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): *Das Jugendkriminalrecht als Erfüllungsgehilfe gesellschaftlicher Erwartungen?* Bonn, S. 178-189
8. Seus, L. (1993): *Soziale Kontrolle von Arbeitertöchtern. Eine kriminologische Studie über junge Frauen im Berufsbildungssystem*. Pfaffenweiler
9. Seus, L. (1993a): Die Auswirkungen schulischer sozialer Kontrolle auf Bildungsoptionen von Hauptschülerinnen. In: M. Friese/G. Lösch-Siebeking (Hrsg.): *Junge Frauen an der "ersten Schwelle". Diskrete Diskriminierung in der Schule und im Berufsfindungsprozeß. "Arbeit und Bildung"*, Universität Bremen, Bd. 23, S. 96-114
10. Seus, L. (1995): Anpassen oder Aufbegehren? "Training Women to Know Their Place". In: 5. Beiheft des Kriminologischen Journals: *Geschlechterverhältnis und Kriminologie*, hrsg. von Althoff, M./Kappel, S. Weinheim, S. 95-108

In Vorbereitung/im Erscheinen:

11. Dietz, G.U.; E. Matt; K.F. Schumann; L. Seus (1996): Lehre tut viel, das Leben mehr. Berufsbildung, Lebensplanung und Delinquenz bei Arbeiterjugendlichen. Buch-Ms
12. Mariak, V.; S. Kluge (1997): Arbeitsmoral und Normalität im Alltag beruflicher Ausbildung: Standpunkte und Handlungsmuster von BerufserzieherInnen. Buch-Ms
13. Matt, E. (1996): Strafe, Erziehung, Wiedergutmachung. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (im Druck)
14. Matt, E; L. Seus und K.F.Schumann (1996): Health risks and deviance in the transition from school to work. In: J. Schulenberg; J. L. Maggs und K. Hurrelmann (Hrsg.): Health Risks and Developmental Transitions During Adolescence. (Im Erscheinen)
15. Schumann, K.F. (1996): Visionen zum Umgang mit Jugendkriminalität. In: DVJJ (Hrsg.): Verhandlungen des 23. Dt. Jugendgerichtstages, Potsdam. Bad Godesberg: Forum (Im Erscheinen)
16. Schumann, K.F.; L. Seus (1997): Berufsbildungsverlauf und Delinquenz. In: A. Weymann (Hrsg.): Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement. Weinheim (Im Erscheinen)

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm, Zeitplan

3.5.1 Ziele

Aufgabe des Forschungsvorhabens wird es sein, die Abhängigkeit des Wiederauftretens oder Unterbleibens delinquenter Phasen von drei institutionellen Einflußgrößen nachzuweisen: von (a) dem Verlauf beruflicher Qualifikation und des Berufseintritts, (b) der Übernahme von Männlichkeits- und Weiblichkeitsvorstellungen durch Vergesellschaftungsprozesse in Partnerschaft und mit peers, sowie (c) den Stigmatisierungseffekten, die aus der Kriminalisierung und Strafverfolgung von abweichendem Verhalten resultieren.

1. Berufliche und soziale Platzierung

Das sich bereits in der 3. Welle des Makropanels abzeichnende Dequalifizierungsgeschehen (siehe oben 3.3.1) dürfte sich weiter fortsetzen. Zwar haben 2/3 der Befragten die Gesellenprüfung bestanden, doch nur 1/3 arbeitet auch im erlernten Beruf. Un- und angelernte Tätigkeiten werden weiter zunehmen. Besonderes

Augenmerk gilt daher jenem Drittel der Gruppe, das sich nicht qualifizieren konnte. Da die ersten Berufsjahre für die Etablierung auf dem Arbeitsmarkt als zentral anzusehen sind, dürften Prozesse der sozialen Plazierung und damit der (Re-)Produktion sozialer Lagen sich gut nachzeichnen lassen.

Die soziale Strukturkategorie Klasse soll dabei mit der des Geschlechts in ihrer empirischen Verschränktheit erfaßt werden. These ist, daß die jungen Frauen sich bei der Teilung und Verteilung von Arbeit (erweiterter Arbeitsbegriff) aufgrund der hierarchischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zunehmend in den untergeordneten Positionen befinden werden. Ihre soziale Anerkennung verschaffen sich die jungen Frauen dann eher über den privaten Bereich, über Mutterschaft. Einen ersten Hinweis darauf liefert das Ergebnis, daß bereits 23% der Frauen aber nur 7,6% der Männer verheiratet sind und die Relation bei Elternschaft ähnlich ist. Dabei ist zu befürchten, daß Frauen mit ihrem Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit gleichzeitig einen Beitrag zu ihrer Marginalisierung leisten.

2. Berufsverlauf, Gender und Delinquenz

Die je unterschiedliche Rolle von Devianz und Kriminalisierung für Männer und Frauen soll auf dem Hintergrund der beruflichen Einmündung und der Bedeutung von peers einerseits, Partnerschaft andererseits betrachtet werden.

Für Männer wird das Zustandebringen eines sogenannten Normalarbeitsverhältnisses zur normativen Herausforderung. Bei jungen Männern -so erwarten wir aufgrund vorliegender Ergebnisse- wird Selbstdisziplinierung umso stärker aktiviert werden, je mehr es in dieser biographischen Phase (an der 2. Schwelle) gilt, das beruflich Erreichte zu bewahren. Neben dem Strafrecht als härtester Form des Eingriffs sollen also auch andere gesellschaftliche Mechanismen der Steuerung und Kontrolle aufgespürt und für ihre Bedeutung in bezug auf Integration oder Ausgrenzung überprüft werden: Dem Strafrecht am einen Ende der Skala der verschiedenen Ordnungsschemata für Gesellschaft steht die Selbstdisziplinierung am anderen Ende gegenüber.

Bei Frauen erweist sich das Strafrecht nicht als das relevanteste Instrument der Kontrolle. Sie sind bekanntermaßen sehr viel seltener von Kriminalisierung betroffen, was aber nicht bedeutet, daß sie außerhalb des Systems sozialer Kontrolle stehen. Frauen wird eher ein Platz in gesellschaftlichen Teilbereichen zugewiesen, die geringe Einfluß- und materielle Möglichkeiten bieten. Es stellt sich die Frage, ob und wie Frauen diese Selektionen akzeptieren und ob sie den Rückzug in das Private positiv deuten. Wie Kersten (1995) hervorhebt, verknüpfen sich für junge

Frauen mit dieser legitimen Form des Rückzugs, mit einer frühen Partnerschaft, Schwangerschaft und Abhängigkeit enorme Risiken der Marginalisierung als zementierter Lebenslage.

3. Stigmatisierung und Marginalisierung

Ein besonderer Fokus dieser Phase liegt auf der Analyse der Bedeutung von Stigmatisierungen durch Polizei und Gericht für die weitere Delinquenzentwicklung. Unter welchen Voraussetzungen führt das Eingreifen der Instanzen zu einem Rückgang, etwa im Sinne von Normverdeutlichung resp. Abschreckung, wann zu einer Verfestigung einer devianten Karriere? Prozesse der Ausgrenzung, der Marginalisierung, der Kriminalisierung sollen im Fokus der Betrachtung stehen. Diese Prozesse erwarten wir für eine kleine Zahl der bislang 86 offiziell Registrierten innerhalb der nächsten Förderphase.

Ergebnisse aus dem Sfb 227 (Teilprojekt "Alternative Konfliktlösungs- und Sanktionspraktiken: Auswirkungen auf strafrechtlich Auffällige") legen es nahe, das Augenmerk auf die Reaktionen von Eltern, Ausbildern, Vorgesetzten u.a. auf die Delinquenz der Akteure zu richten. Die etikettierende Bewertung durch bedeutungsvolle Bezugspersonen als Reaktion auf Entdeckung und Sanktionierung strafbaren Verhaltens ist für Jugendliche schwer abzuwehren. Dies wird bestätigt durch erste Ergebnisse aus unserer Fragebogen-Erhebung, in die wir bewährte Items aus der Bielefelder Untersuchung integriert haben (siehe Makro-Panel) zur Untersuchung des Effektes unterschiedlicher Stigmatisierungsarten auf spätere Devianz.

4. Internationaler Vergleich

Im Vergleich mit anderen Studien, insbesondere aus Amerika, aber ggfs. aus anderen Ländern, soll die Bedeutung von institutionellen Faktoren für das Verhältnis von beruflicher Integration und Delinquenzentwicklung analysiert werden. In der amerikanischen Literatur wird ein Unterschied darin gesehen, daß in den USA Kontrolle stärker durch Strafverfolgungsinstanzen, in Deutschland stärker durch informelle Instanzen (Schule, Familie) sichergestellt wird (Lynch 1995, S. 13). Diese und andere Unterschiede (z.B. im Wohlfahrtssystem) sollen untersucht werden.

Ausgangspunkt wird die vergleichende Untersuchung der Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf bei amerikanischen und deutschen Jugendlichen sein. Dazu sind die Datensätze der Denver Youth Study und unserer Studie auf parallele Messungen durchgesehen worden; die Delinquenzmaße und etwa 70

Variablen sind bereits als vergleichbar identifiziert worden (Variablen der Familiensituation, der Gestaltung der Kontakte zu peers, der schulischen Situation und der Arbeitserfahrungen). Geplant ist in dieser Kooperation mit dem Forschungsteam in Boulder, bei den nächsten Erhebungswellen einzelne zusätzliche Variablen zu verwenden, die die Vergleichbarkeit der Datensätze erhöhen. Das Bremer Instrument ist ins Englische übersetzt worden; in der Bremer Studie wurden (z.B. zu Stigmatisierung) schon bei der 3. Welle 1995 DYS-Variablen verwendet. Die mittlerweile bestehende Kooperation hat die Tür aufgestoßen für eine Reihe von komparativen Analysen beider Datensätze, um auf der Mesoebene der Institutionen (Familie, Bildungssystem, Strafverfolgung usw.) komparativ homologe bzw. divergente Strukturen zu identifizieren und die Relevanz solcher Gemeinsamkeiten oder Unterschiede für das Auftreten von Delinquenz und deren Erklärung wechselseitig an den parallel-konstruierten Datensätzen zu überprüfen. D. Huizinga (Boulder) wird beim US-amerikanischen Justizministerium (NIJ, OJJDP) parallele Mittel zur Durchführung der Vergleichsstudie beantragen.

3.5.2 Untersuchungsmethoden, Arbeitsprogramm

3.5.2.1 Makro-Panel

Für das 2./3. Quartal 1997 ist die vierte umfassende Befragung des Makro-Panels geplant. Der standardisierte Erhebungsbogen wird Themenkomplexe zur weiteren beruflichen Qualifikation, zu Eintritt und Etablierung in das Berufsleben, zum Problembereich Arbeitsplatz sowie zur Lebenssituation bei Arbeitslosigkeit enthalten: Die Übergangsproblematik an der 2. Schwelle (Übernahme oder Wechsel in branchengleiche Fremdbetriebe, branchenfremde Facharbeit bzw. ungelernte/angelernte Tätigkeiten bzw. Arbeitslosigkeit). Ferner sind Zäsuren im Privatleben (Instanzenkontakte, Wehrdienstzeit, Bezugsgruppenwechsel, Partnerschaften, Familiengründung, Elternschaft, Scheidung) bzw. daraus folgende Änderungen des Aspirationsniveaus einbezogen. Grundsätzlich soll festgestellt werden: Ist für das Gros der jungen Erwachsenen, die dann zwischen 24-26 Jahre alt sind, die erwartbare "Normalkarriere" erreicht? Wenn nicht, woran ist sie gescheitert? Logisch geordnet nach dem Kriterium des Zeitpunktes der Selektion lassen sich folgende "trajectories" unterscheiden, die den gesamten Befragungszeitraum 1989-1997 erfassen und damit einen vollständigen berufsbiographischen Verlauf aufzeigen werden:

1. An der 1. Schwelle (duales System) gescheitert,
2. Dropout aus der Qualifizierung (Lehre, Vollzeitberufsschule),
3. Ausbildungsabschluß, aber an 2. Schwelle (Übernahme, Facharbeit) gescheitert,
4. Ausbildungsabschluß plus 2. Schwelle bewältigt, danach Ausstieg aus Beruf,
5. Erfolgreicher, kontinuierl. Verlauf Schule > Beruf (inkl. BildungsaufsteigerInnen),
6. Weiterbildung (Umschulung, 2. Lehre, Fachoberschule bis hin zur Hochschule).

Die Gruppen 1 und 2 sind für eine Qualifizierung u.U. zu alt, für sie ist eine Ausbildung nicht mehr in Sicht. Sie müssen sich ungelernt auf dem Arbeitsmarkt etablieren. Diese Gruppen gilt es zu kontrastieren mit den Erfolgreichen, um die Differenzen besser in den Blick zu bekommen. Hier wird eine Kooperation mit dem Teilprojekt A1 erfolgen, da dort vor allem die "Gewinner" untersucht werden. Die dort entwickelten Analysen zu den berufsbiographischen Gestaltungsmechanismen und zu Berufsverläufen (Witzel, Mönnich 1994, 1995) können teilweise auch für unsere Gruppe relevant sein, z.B. für die Gruppe 6: Dieser Personenkreis bemüht sich, das Stigma defizitäre Bildung (Status HauptschülerIn) durch Weiterbildungsanstrengungen abzuwehren. Zu untersuchen ist, inwieweit die genannten trajectories der Ausbildung und des Berufseintritts mit dem Verlauf der individuellen Delinquenz in Beziehung stehen. Dabei sind weitere Variablensets einzubeziehen, die zum Beispiel soziale Netzwerke, peers und deren Delinquenz und kritische Lebensereignisse betreffen. Weiterhin: Welche Relevanz besitzt etwa das Übernahmeverhalten der Lehrbetriebe für angehende Facharbeitskräfte und deren Berufsbiographie? Denkbar ist bei den erfolgreichen Absolventen des dualen Systems im Zusammenhang mit Schwierigkeiten an der 2. Schwelle ein Aufleben des Delinquenzverhaltens.

Einen Schwerpunkt der Befragung werden Stigmatisierungsprozesse darstellen. Welche Wirkung hatte die polizeiliche Festnahme, das Gerichtsverfahren, die Inhaftierung, auf das Selbstbild? Hat sich zum Beispiel die Kenntnis über Instanzenkontakte bei privaten und beruflichen Bezugspersonen (Eltern/peers/ PartnerIn/Vorgesetzte) ausgewirkt? Da für den Beobachtungszeitraum 1995-1996 zu vermuten steht, daß negative Folgen von Instanzenkontakten stärker als zuvor in privater und beruflicher Situation sichtbar werden, ist zu prüfen, inwieweit die

im labeling approach formulierte These von der zunehmenden Wirkung der Strafverfolgungsmaßnahmen auf das Bremer Sample zutrifft und in welcher Weise sich Lebenswege und Berufsbiographien durch Einflußnahmen der Kontrollinstanzen ändern. Die 1997 erhobenen Daten über erlebte Stigmatisierungen sollen zur Erklärung der in der 5. und letzten Befragung (2000) erhobenen Delinquenz verwendet werden.

Parallel zu dieser Analyse wird ein zusätzlicher Datensatz herangezogen, der auf BZR-Informationen und Straftaten der Bremer Gerichte basiert und 1998 durch entsprechende updates aktualisiert wird. Durch Integration dieser Daten in den Datensatz des Makropanels (siehe unter 3.5.2.3) soll untersucht werden, ob bestimmte Personengruppen intensiverer Kontrolle und Strafverfolgung ausgesetzt sind: Zu fragen ist zum Beispiel nach Zusammenhängen zwischen Arbeitslosigkeit, mißlungener Berufsausbildung (Lehrabbruch) bzw. geringer beruflicher Qualifikation und registrierter Delinquenz.

Basierend auf den bisherigen Ergebnissen soll in der 4. Forschungsphase vor allem die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionierung für Phasen delinquenten Verhaltens Vom Ende der Schulzeit bis zur Einmündung in die Berufstätigkeit untersucht werden. Für den gesamten Erhebungszeitraum ist eine weitgehend auf Jahresbasis ausgerichtete Unterteilung der Delinquenzdaten möglich, die Vergleiche der Delinquenzhöhen vor und nach einer offiziellen Sanktionierung erlauben. Wie bei Farrington, Osborn und West (1978) kann dabei jeweils kontrolliert werden, ob vor den Vergleichszeiträumen Sanktionierungen erfolgten.

Teilabschnitte der Analyse:

vor 1989	1989-91	1992	1993	1994	1995	1996
A	B	C	D	E	F	G

Aufgrund dieser Zeitspannenaufteilung läßt sich zum Beispiel die Differenz der Delinquenzrate A-C vergleichen für Personen, die im Zeitraum B sanktioniert wurden oder nicht. Möglich wären 5 Vergleiche: A-C, B-D, C-E, D-F und E-G. Ergänzend kann eine statistische Analyse des Interventionseffektes erfolgen, bei der die Interventionsphase nicht aus der Berechnung herausgenommen, sondern in zwei Abschnitte (vor Intervention / nach Intervention) aufgeteilt wird, deren Delinquenzdaten proportional jeweils der benachbarten Zeitspanne zugeschlagen wer-

den. Die Interventionszeitpunkte (Festnahme, Gerichtstermin, Hauptverhandlung und andere Lebensereignisse wie Verlust des Arbeitsplatzes) sind bekannt durch Aktenvermerke bzw. aus den Panel-Befragungen. Die Berstimmung der Effekte der Einflußnahmen - etwa durch Kontrollinstanzen - soll dann geschehen vermittels der Rechnung multipler Regressionsmodelle, eventuell in verbesserter Form durch Tobit-Modelle. Ein zweiter Weg wäre bei Sicherstellung ausreichend äquidistanter Meßzeitpunkte die Anwendung der Zeitreihenanalyse (Box/Jenkins-Modelle) zur Abprüfung von Interventionseffekten oder eine ereignisanalytische Vorgehensweise, um Übergangswahrscheinlichkeiten für Niveauänderungen der Delinquenzrate abzuklären. Ergänzend ist zu überlegen, ob Zählraten-Modelle einzusetzen sind.

Die Delinquenz-Vergleiche werden erst in der 4. Phase in einem angemessenen Umfang möglich, nachdem die BZR-Informationen und Straftakterhebung für betroffene Personen des Panels analytisch ausgewertet wurden. Gezeigt hat sich bereits jetzt, daß - wie aus der Entscheidungsstatistik der Staatsanwaltschaft bekannt - in Bremen sehr starke Tendenzen bestehen, von Strafverfolgung abzu- sehen bzw. Verfahren im Sinne des Diversionsgedankens einzustellen.

Erhoben wird wie in vorausgegangenen Befragungswellen im Rahmen der Makro IV Untersuchung die selbstberichtete Delinquenz der Befragten. Die momentane Sample-Größe beträgt für den Delinquenzfragebogen N=372 Fälle im Vergleich zu N=376 Fällen des allgemeinen Fragebogens. Durch intensive Panelpflege ist eine Senkung der Mortalitätsrate bei der Erhebung Makro III (5,34% Delinquenzfragebogen / 11,74% allgemeiner Fragebogen) gegenüber Makro II gelungen. Für die Erhebung Makro IV ist mit ca. N=365 Befragten zu rechnen, womit weiterhin eine multivariate Auswertung der Daten des allgemeinen Fragebogens (Berufsbiographie & private Lebenssituation) und der aus dem Ergänzungsfragebogen zu entnehmenden selbstberichteten Delinquenz gewährleistet ist. Aufgrund der durchgeführten Prüfläufe zur Panel-Zusammensetzung läßt sich festhalten, daß durch den Schwund keine signifikanten Verzerrungen der Stichprobe erfolgt sind.

Insgesamt gesehen eröffnet sich mit dem in den Jahren 1989, 1992, 1995 und (projektiert) 1997 sowie abschließend 2000 befragten Langzeit-Panel junger Erwachsener eine in der BRD bisher wohl einmalige Forschungschance, für Personen mit dem Mindestmaß an Schulbildung die soziale Formung beruflicher und privater Biographien im Sinne einer Reproduktion unterer Klassenstrukturen zu untersuchen.

3.5.2.2 Mikro-Panel

In der 5. und abschließenden Welle soll eine übergreifende Bilanzierung der Qualifikationsphase durch die AkteurInnen erfolgen. Das zu T4 erreichte Sample (N=57; davon 12 NachrückerInnen; 25 Frauen, 32 Männer) soll wiederum ergänzt werden (auf N=60). Im Mittelpunkt stehen Fragen zur beruflichen Etablierung, zu Weiterqualifizierungsinteressen ebenso wie Fragen der Verselbständigung bezüglich Wohnsituation, Partnerschaft, Ehe und Elternschaft. Verläufe der beruflichen Integration bzw. Ausgrenzung dienen weiterhin als Hintergrund für die Erklärung von Verfestigung bzw. Abbruch von Delinquenz. Darüberhinaus interessieren uns in dieser Phase v.a. auch Stigmatisierungsprozesse, d.h. Reaktionen von sozialen Kontrollinstanzen, die sich im Sinne einer Verfestigung delinquenten Verhaltens auswirken können.

Vor dem Hintergrund eines geschlechtsspezifisch segregierten Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ist die Bedeutung des Verlaufs der Qualifikationsphase für junge Frauen und Männer verschieden. Bei Männern stellt sich die Frage, ob sie es nach 8 Jahren geschafft haben, die Kriterien für die Herstellung einer "integrierten" Männlichkeit, nämlich u. a. Ernährer und Beschützer einer Familie sein zu können, zu erfüllen oder wie sie mit dem Scheitern umgehen. Dabei ist der Einfluß der peers zu klären. Für eine kleine Gruppe von Männern, die über bessere ökonomische und soziale Ressourcen verfügen, eröffnen sich in dieser Phase Möglichkeiten der Weiterqualifikation, die es ihnen nachträglich erlauben, ihren Status Hauptschüler zu überwinden.

Bei den jungen Frauen bleibt zu fragen, ob sich die in den vorherigen Interviews abzeichnende Entwicklung eines beruflichen Scheiterns und der sozialen Plazierung auf den untergeordneten Stufen der Erwerbshierarchie für einen Großteil der Gruppe fortgesetzt hat und wie sie diese Verläufe deuten. Ein Teil der Frauen hatte trotz schwieriger objektiver Bedingungen die Hoffnung auf eine berufliche Qualifizierung nicht aufgegeben, hielt an ursprünglichen Aspirationen fest. Hier sollen die Akteurinnen ihre erfolgreichen oder erfolglosen Bemühungen bilanzieren.

Für die Gruppe der weiterhin Delinquenten bleibt zu beobachten, ob sie ihre Delinquenz reduzieren oder aufgeben oder ob sich die delinquente Praxis verfestigt. Wie der weitere Prozess der beruflichen Integration mit der Delinquenzentwicklung verbunden ist, hängt vermutlich vom Eingreifen sozialer Kontrollinstanzen ab. Durch eine Beschneidung objektiver Lebenschancen und/oder eine

Übernahme des Etiketts Abweichler in das Selbstbild könnte die delinquente Lebensform gegenüber der Integration in die Arbeitswelt dominant werden. Der bisherige "master status" "guter Lehrling" würde ersetzt durch das Etikett "Vorbestrafter", "Krimineller".

Jene junge Frauen, die bereits marginalisiert sind, haben mit dem konventionellen Lebensstil und weiblichen Rollenmuster gebrochen und legitimieren ihr Anderssein. Sie haben das Etikett Abweichlerin in ihr Selbstbild integriert und müssen nun mit den Folgen des Stigmas, der sozialen Ausgrenzung und der Verminderung ihrer Partizipationschancen leben. Generell läßt sich sagen, daß den Kontrollinstanzen bei der Ausgrenzung entscheidendes Gewicht zukommt. Bei allein-erziehenden Müttern erlangt erneut eine Instanz Relevanz, deren Bedeutung gemeinhin nach der Adoleszenz erlischt, das Jugendamt; bei den betroffenen jungen Frauen kontrolliert es nun weiterhin deren Lebenswandel, um zu gewährleisten, daß sie ihre Rolle als "gute Mutter" erfüllen.

Bei der zusammenfassenden Datenanalyse des Mikro-Panels werden wir uns auf die Extremfälle konzentrieren. Biographische Einzelfallanalysen der Konformen und Gescheiterten können hier die Dynamik und die Komplexität des Verhältnisses von beruflichem Werdegang und Delinquenz deutlicher herausstellen als generalisierte Aussagen über eine größere Anzahl von Verläufen.

Die Befragung erfolgt wieder mittels dokumentengestützter Leitfaden-Interviews. Die Auswertung wird wie bisher erfolgen: Anhand transkribierter Mitschnitte der Interviews werden von jeweils zwei MitarbeiterInnen Fallstudien für jede Person im Mikro-Panel erarbeitet, die nach wesentlichen Themenebenen (berufliche Entwicklung, Delinquenz und Instanzenkontakte, Beziehungen zu Eltern, Partnern und Partnerinnen, Cliques, Zukunftsperspektiven usw.) gegliedert sind. Die Durchsicht aller Fallstudien dient dann zur Erfassung der vielgestaltigen Zusammenhänge zwischen Entwicklungen und Warteschleifen im Prozeß der beruflichen Integration und der Bedeutung von Delinquenz im Leben der jungen Erwachsenen. Ein Schwerpunkt der Analyse werden die sozialen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit sein.

3.5.2.3 Zentralregisteranfrage / Aktenanalyse

Die Daten aus dem Bundeszentralregister (BZR) und die Aktenanalyse in Phase 3 haben gezeigt, daß bis zum Zeitpunkt der Erhebung (Ende 1994), die die Jahre

1989 - 1993 abdeckte, nur ein kleiner Teil der jungen Erwachsenen justiziell sanktioniert wurde. Zwar sind ca. 30% der Befragten erfaßt, aber nur sehr wenige wurden zu Freiheitsentzug verurteilt. Dies hängt wesentlich zusammen mit der in Bremen gängigen Diversionspraxis. Die Datensätze sind für den Zeitraum bis Ende 1996 zu ergänzen.

Die BZR-Anfrage ist wiederum für die gesamte Untersuchungspopulation geplant, um deren Belastung durch offizielle Registrierung im Verhältnis zu der des Panels (und damit dessen Repräsentativität) quantitativ bestimmen zu können. Bezogen auf das Panel wird eine Gegenüberstellung der bei den Makro-Erhebungen (III und IV) erfaßten selbstberichteten mit der offiziell registrierten Delinquenz Aussagen zur Dunkelfeld-/Hellfeld-Relation erlauben. Die Einbeziehung der quantitativ aufbereiteten BZR-Daten in die Makro-Auswertung dient generell einer weiteren Aufhellung der "Bestrafungskarrieren" und der Frage, inwieweit Sanktionsverhängung zu Stigmatisierung und - als Reaktion darauf - zu weiterer Devianz führte.

Die Aktennacherhebung soll im 1. Quartal 1997 erfolgen, soweit schriftliche Einwilligungen vorliegen (n=280). Nachdem in der 3. Förderungsphase auf Basis dieser Einwilligungen insgesamt 272 Akten eingesehen wurden, die sich auf 86 registrierte Personen verteilen, werden nach unserer Schätzung im Rahmen des updates noch für ca. 60-80 Personen insgesamt etwa 200 Straf(verfahrens)akten auszuwerten sein.

Ausgehend von der These, daß Männer und Frauen durch das Justizsystem unterschiedlich behandelt werden (Gelsthorpe 1993), versuchen wir zu analysieren, ob und wie dort stereotype Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit reproduziert werden. Bei Frauen liegt der Schwerpunkt auf der Fragestellung, ob es klare Übereinstimmungen gibt zwischen der Art und Weise, wie sie durch das Strafjustizsystem diszipliniert werden und den Formen informeller Kontrollmechanismen, die für Frauen eine höhere Relevanz besitzen. Provokant gewendet: Werden Frauen dafür bestraft, was sie sind und Männer dafür, was sie tun?

Ziel der Analyse ist es, die Bedeutung des Berufsbildungsstatus/Berufsstatus für die Justizentscheidungen nach Häufigkeit und Begründungsstrukturen festzustellen. Welchen Einfluß hat der Umfang der Belastung durch registrierte Straftaten? Besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen justiziellen Entscheidungen und Ereignissen im Berufsbildungs- bzw. Berufsverlauf bzw. dem erreichten Berufsstatus?

Der soziale Prozess der Zuschreibung des Etiketts "deviant" und die dabei seitens der Kontrollinstanzen verwendeten Argumentationsfiguren werden v.a. anhand von Urteilsbegründungen untersucht. Schließlich ist die Kernfrage zu beantworten, ob Typisierungen, die Strafverfolger bei den Jugendlichen vornehmen, denen der AusbilderInnen (Mariak, Kluge 1997) entsprechen. Weiterhin sind derartige Fremddeutungen mit den Selbstdeutungen der Befragten aus dem Interviewmaterial zu kontrastieren. Zu untersuchen ist schließlich, inwieweit die Justiz bei Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf andere Merkmale zur Charakterisierung der Person und des sozialen Umfeldes von Straffälligen abstellt als dies noch bei Anwendung des JGG der Fall war.

3.5.2.4 Internationaler Vergleich

Durch den workshop im Juli 1995 wurden zu den parallel durchgeführten Projekten in Rochester und insbesondere zu dem Projekt in Denver kooperative Beziehungen aufgebaut, die es ermöglichen, den Einfluß bestimmter institutioneller Unterschiede in beiden Ländern auf Delinquenzverläufe zu analysieren. Drei Auswertungsstrategien sind dabei im Blick:

1. In den USA erarbeitete Ergebnisse können mit den Bremer Daten reproduziert werden. Der Abgleich der Forschungsinstrumente insbesondere mit dem DYS (Denver) hat gezeigt, daß in 2 Erhebungswellen mindestens 70 Variablen beider Datensätze vergleichbar gemessen wurden und daß diese Messungen für ähnliche Altersstufen vorliegen. Die Zahl der parallel gemessenen Variablen wird sich durch Einbezug *aller* Erhebungswellen erhöhen. Damit lassen sich Teilergebnisse replizieren und aufgrund der Ergebnisdifferenzen Vermutungen über den Einfluß institutioneller oder kultureller Differenzen anstellen.
2. Über diese Hypothesengenerierung hinaus können für den Sektor der beruflichen Qualifikationen und Berufserfahrungen systematische Prüfschritte in komparativer Perspektive vorgenommen werden. Den amerikanischen Projekten wurden Übersetzungen der in der Bremer Studie verwendeten Variablenmessungen für den gesamten Berufsbereich übermittelt; einige werden davon in künftigen Wellen des DYS verwendet werden. Auf dieser Grundlage sollen gemeinsame komparative Maße entwickelt werden, die eine gemeinsame Analyse des DYS-Datensatzes und des Bremer Datensatzes ermöglichen. Die Kollegen in Boulder (DYS) werden komplementär Personal- und Sachmittel beim National

Institute for Justice beantragen, damit eine Bremer Projektmitarbeiterin zusammen mit einem Amerikaner die vergleichende Datenanalyse vornehmen kann.

3. Wenn diese Vergleiche ergiebig sind, sollen sie auf Familiensituation und Transferzahlungen des Wohlfahrtssystems sowie auf Erfahrung mit Strafverfolgungsorganen ausgedehnt werden.

Mit den quantitativen Parallel-Analysen wird angestrebt, delinquenzpräventive Möglichkeiten des dualen Systems und ihre Übertragbarkeit auf US-amerikanische Sozialstrukturen zu eruieren. Ist es so, daß die auch in den Vereinigten Staaten oft gelobte Konzeption der dualen Ausbildung (Hamilton 1990) zu einer Senkung von Jugenddelinquenz beitragen kann? In diesem Kontext wird die Analyse der "age-crime-curve" einen besonderen Stellenwert einnehmen: In welchem Maße spiegelt ihr Verlauf berufsbiographische Einschnitte wieder, die typisch sind für den beruflichen Integrationsprozeß in der BRD und als Problempunkte des Ausbildungssystems eventuell abweichendes Verhalten befördern? Welche Bedeutung haben die (im Theorieverständnis der US-Studien bewährten) Variablen (school bonding, family bonding, peer normlessness & exposure to delinquent peers) in den Bremer Daten? Der Vergleich USA (Denver, Rochester) /BRD (Bremen) hat vor allem die Aufgabe, komparative Sozialforschung zum Einfluß der Institutionen auf Lebensverläufe zu leisten. Daneben besteht eine gute Chance, die "age-crime debate", die spätestens seit der kontroversen Diskussion zwischen Hirschi/Gottfredson und Greenberg (siehe dazu: Mischkowitz 1993) auch die deutsche Kriminologie erreicht hat, als oberflächlich, nämlich als ignorant in bezug auf institutionelle Regulierungen der Jugendphase zu entlarven.

Viele Analyseschritte sind in Boulder durchzuführen, da die Datensätze vom DYS (noch) nicht käuflich zu erwerben sind auf Grund von Verträgen zwischen den Teams in Boulder, Pittsburgh und Rochester, die teilweise identischen Instrumente zunächst nur gemeinsam zu benutzen.

3.5.3 Zeitplan

1997 1. Quartal

- Update der Straftaktenanalyse
- Entwicklung des Fragebogens für die 4. Makro-Erhebung
- Durchführung und Auswertung des Pretests
- Leitfaden-Entwurf für die 5. Welle Mikro

- Rekrutierung und Schulung des InterviewerInnen-Stabes für die 4. Makro-Erhebung und die 5. Mikro Welle

2. Quartal

- Organisation und Beginn der Erhebungen Makro 4. Welle
- Durchführung der Befragungswelle 5 des Mikro-Panels (n=60) durch das Projektteam und studentische Hilfskräfte
- Erstellung paralleler Datensätze (DYS und Bremen) in Boulder

3. Quartal

- Abschluß der Befragung Makro 4
- Abschluß der Befragung Mikro 5
- Erste Analysen der Datensätze (DYS und Bremen) zur Rolle des dualen Systems

4. Quartal

- Makro-Panel 4: Datenerfassung und Aufbereitung der erhobenen Informationen für die EDV-Prüfläufe zur Bereinigung der Datensätze
- Erstellung der Transkripte aus der Befragungswelle 5 des Mikro-Panels; Ergänzung der vorliegenden Fallstudien
- Weitere Analysen der Datensätze (DYS und Bremen) zu institutionellen Effekten (Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, Familiennetzwerke)

1998 1. Quartal

- Analyse über alle Befragungswellen des Mikro-Panels (1-5)
- Erstellung erster quantitativer Auswertungen für die Datensätze des Makro-Panels 4; Fortsetzung der statistischen Auswertung; Verknüpfung der einzelnen Befragungswellen
- Update der BZR-Daten

2. Quartal

- Vergleichende Untersuchung von selbstberichteter und offizieller registrierter Delinquenz; Bilanzierung zum Problem der Episodenhaftigkeit von Jugenddelinquenz
- Vergleich der Mikro-Panel Ergebnisse für die Bewältigung der 2. Schwelle mit Ergebnissen des Teilprojektes A1

3. Quartal

- Beginn der Arbeit an einer 2. Monographie über die Mikro-Panelstudie (Welle 1-5), Fokus: Übergang 2. Schwelle, Verselbständigung, Delinquenzformen; Stigmatisierung unter Einbeziehung der Ergebnisse der Aktenanalyse
- Zusammenfassende Auswertung, Mikro-Makro-link
- Zusammenfassung von Ergebnissen der Vergleiche USA/Deutschland

4. Quartal

- abschließende Analyse des age-crime Verhältnisses (Makro-Daten)
- Entwurf einer deutschen Fassung des Ergebnisvergleichs US-Studien - Bremer Panelstudie
- Verknüpfung Straftaktenanalyse - Ausbilderanalyse
- Beginn der Arbeit an einer Monographie über die Makro-Panelstudie (Wellen 1-4) zu Berufsverlauf und Delinquenz

1999

1. Quartal

- Überprüfung der labeling-Theorie (sekundäre Devianz)
- Vorbereitung eines workshops: Internationaler Vergleich; Übertragbarkeit von Ergebnissen der US-Studien
- Bearbeitung der beiden Monographien über Ergebnisse des Mikro-Panels und des Makro-Panels

2. Quartal

- workshop zum internationalen Vergleich
- Überprüfung der Angemessenheit von Verlaufsmodellen bzw. der Ereignisanalyse für Delinquenzdaten im Lebenslauf
- Erstellen von Ergebnisbericht und Fortsetzungsantrag an die DFG.

3. und 4. Quartal

- Abschlußarbeiten an der 2. Monographie über die Mikro-Panelstudie und der Monographie über die Makro-Panelstudie
- Verfassen einer englischen Monographie (mit D. Huizinga)

3.6 Stellung des Projekts innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Alle Projekte des A-Bereichs sind nunmehr mit der Berufseinmündung nach Durchlaufen und Beendigung der Ausbildungsphase befasst. Sie ergänzen sich in verschiedener Hinsicht. Die vom Teilprojekt A1 begonnene Untersuchung der Bewältigungsstrategien an der 2. Schwelle wird im Teilprojekt A3 für Schulabgänger des unteren Bildungsniveaus überprüfbar. Auch die Abgängerkohorten ostdeutscher Lehrlinge, insbesondere die des Jahres 1990, bieten Möglichkeiten zu untersuchen, inwieweit zwischen dem Bildungsgrad und dem Grad der Kontrolle, den ein Gesellschaftsmitglied ("Biographieträger") über den Ablauf der Statuspassage hat, Zusammenhänge bestehen.

Im Unterschied zu den im Projekt A1 untersuchten Jugendlichen, aber möglicherweise konsistent zur Lage der im Projekt A4 untersuchten ostdeutschen Gesellen erweisen sich für Haupt- und SonderschülerInnen die Individualisierungschancen als geringer. Ihre Statuspassage ist stärker durch institutionelle Regelungen strukturiert. Die sozialstrukturellen Kontextbedingungen individueller Lebensplanung werden somit in den Projekten A3 und A4 prononcierter sichtbar. Es ist geplant, die Diskussionen der Ergebnisse im A-Bereich projektübergreifend fortzusetzen.

Soweit es im Projekt A3 um die im Theoriekontext des Symbolischen Interaktionismus aufgeworfene Frage geht, unter welchen Bedingungen Menschen durch einen "master status" definiert werden und sich selbst definieren, sind theoretische Gemeinsamkeiten mit Projekt B1 gegeben. Der beträchtliche Anteil der Frauen (2/5 der Kohorte) bietet gute Möglichkeiten, die Selbstdefinition von Frauen als Hausfrau oder über einen Beruf als Entwicklungsprozess, in Abhängigkeit von Erfolg und Scheitern des Qualifikationsprozesses zu untersuchen. Die bei A3 entscheidende Frage, ob und wann Kriminalisierungsprozesse darin münden, daß ein junger Mensch sich vorrangig als Straftäter definiert, bzw. wie lange die Dimension abweichenden Verhaltens gegenüber dem vom Beruf bestimmten master status im Hintergrund bleibt, betrifft zwar ein strukturell ähnliches Problem, wird aber von anderen Bedingungen abhängen, weil es um eine Passage des moralischen Status geht. Jedenfalls ist das Studium der Interdependenz von Statuspassagen in verschiedenen Dimensionen (Beruf, Familie, moralischer Charakter usw.) ein relevantes Problem für den Sfb insgesamt.

Es gibt Überschneidungen der Fragestellungen mit denen von Projekt D3 in bezug auf den transitorischen Charakter von Risikolagen. Ob Phasen der Erwerbs- und

der Arbeitslosigkeit die Zuweisung eines dauerhaften (oder transitorischen) Status implizieren, ist eine gemeinsam zu klärende Frage. Die Prüfung des Konzeptes der "underclass" für die in den beiden Projekten untersuchten Populationen wäre oder - wie der bisherige Diskussionsstand lautet - eher nicht, ist fortzusetzen.

Ergänzungsausstattung:

Verbrauchsmaterial (522):

Für die Übertragung der Leitfaden-Interviews von Tonbandkassetten auf EDV-Träger sind im Rahmen der Mikro-Befragung V Disketten anzuschaffen (50 Stück, Stückpreis ca. DM 1,-), insgesamt DM 50,-. Erforderlich wird ferner der Ankauf von Tonbandkassetten für die Mikro-Erhebung (DM 5,- für N=60), insgesamt DM 300,-, sowie der Ankauf von 8 Druckerpatronen (Preis ca. DM 30,-), insgesamt DM 240,-. Der Gesamtbetrag beläuft sich 1997 auf DM 590,-. Für benötigte Disketten und Drucker-Patronen sind 1998 und 1999 jeweils anzusetzen DM 300,-.

Reisekosten (527):

Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Finanzbedarfs der letzten Forschungsphase sind für Vorträge über Projektergebnisse im Jahre 1997 ca. DM 1.160,- anzusetzen. Es handelt sich dabei um folgende Tagungsbesuche, bei denen Referate geplant sind: AJK-Tagung, Fahrtkosten und Unterkunft für zwei Personen 2 x DM 240,-, mithin DM 480,- insgesamt. NKG-Tagung, Fahrtkosten und Unterkunft für zwei Personen 2 x DM 340,-, also DM 680,-.

Zu finanzieren ist ferner ein 8monatiger Forschungsaufenthalt in Boulder/Col./USA, da dort vor Ort Vergleichsberechnungen mit Daten der US-Parallelstudien (Denver/Rochester) durchgeführt werden müssen. Flugkosten und zusätzliche Lebenshaltungskosten für eine Mitarbeiterin werden schätzungsweise DM 2.000,- plus DM 16.000,-, also insgesamt DM 18.000,- betragen. Diese Mittel können nicht gesondert bei der DFG beantragt werden, sondern müssen hier als Kosten eingestellt werden. Dies gilt auch für den US-Aufenthalt des Projektleiters zur Koordination der Kooperation im April 1997. Hierzu sind weitere Kosten von DM 2.000,- zu beantragen. **Reisekosten 1997: DM 21.160,-.**

1998 sind für Vorträge über Projektergebnisse und den Informationsaustausch mit Fachkollegen folgende Kosten anzusetzen: Tagungsbesuch des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Fahrtkosten und Unterkunft für 2 Personen 2 x DM 640,-, insgesamt also DM 1280,-. Tagungsbesuch des Internat. Kriminologentags, Fahrtkosten und Unterkunft für 2 Personen 2 x DM 1.140,-, mithin insgesamt DM 2.280,-. Tagungsbesuch NKG-Tagung, Fahrtkosten und Unterkunft für 2 Personen 2 x DM 340,-, also DM 680,-. Zusätzlich zu finanzieren ist eine Dienstreise zum MPI (Kriminologie) in Freiburg: Fahrtkosten und Unterkunft für 2

Personen 2 x DM 580,-, mithin insgesamt DM 1160,-. **Die Reisekosten 1998 betragen insgesamt DM 5.400,-.** 1999 sind für Vorträge über Projektergebnisse und den Informationsaustausch mit Fachkollegen folgende Kosten anzusetzen: AJK-Tagung, Fahrtkosten und Unterkunft für zwei Personen 2 x DM 340,-, mithin DM 680,- insgesamt. Teilnahme an der NKG-Tagung, um auch dort abschließende Projektergebnisse vorzustellen: Fahrtkosten und Unterkunft für zwei Personen 2 x DM 640,-, insgesamt also DM 1280,-. **Für Reisekosten 1999 resultiert ein Gesamtbetrag in Höhe von DM 1.960,-.**

Bücher (512):

Anzusetzen ist 1997 und 1998 ein Betrag von je DM 1.500,-, der auch Literatur über internationale Vergleiche betrifft. Für 1999 ist anzusetzen: DM 2.000,-.

Druckkosten (531a):

Erforderlich werden für die Monographie der AusbilderInnen-Befragung 1997 Druckkosten in Höhe von ca. DM 6000,-.

1999 ist für die Erstellung eines Ergebnisberichts über die internationale Vergleichsstudie ein Druckkostenaufwand in Höhe von DM 6.000,- einzuplanen.

Vervielfältigungskosten (531b):

1997 sind Transkripte des Mikro-Panels V für die Teammitglieder zu kopieren. Zusätzlich ist die Vervielfältigung von Material-Bänden und Interview-Leitfäden einzuplanen: DM 1.000,-. Für den Druck der Fragebögen Makro IV (N=365) sind anzusetzen ca. DM 3.000,-. Insgesamt DM 4.000,-.

1998 und 1999: Vervielfältigungen von Materialien-Bänden und Arbeitsschriften bzw. Auswertungsentwürfen zum Informationsaustausch im Team und mit den Fachkollegen der US-Parallelstudien. Insgesamt jeweils DM 2.000,-.

Sonstiges (547):

Im Jahre 1997 sind für das Mikro-Panel V sind Interviewten-Honorare in Höhe von DM 80,- pro Interview anzusetzen. Bei 60 Befragten ergeben sich DM 4.800,-.

Für das Mikro-Panel V (N=60) sind InterviewerInnen-Entgelte in Höhe von DM 80,- einzuplanen. Bei ca. 40 von InterviewerInnen durchzuführenden Interviews, die restlichen führen die MitarbeiterInnen durch, ergibt DM 3.200,-.

Für das Mikro-Panel V (N=60) sind weiterhin Kosten der Interview-Transkription anzusetzen. Bei Vergabe von 40 zu transkribierenden Interviews außer Haus (Stückpreis ca. DM 200,-) ergibt sich ein Betrag von DM 8.000,-.

Für die Befragung Makro IV (N=365) sind Interviewten-Honorare in Höhe von DM 80,- einzuplanen. Die Befragten erhalten somit einen Maximalbetrag von DM 29.200,-.

Für die Befragung Makro IV (N=365) sind InterviewerInnen-Entgelte in Höhe von DM 80,- anzusetzen. Insgesamt: DM 29.200,-.

Für die Adressenrecherche beim Einwohnermeldeamt sind Kosten von DM 800,- einzusetzen. Für die Strafakten-Erhebung ist ein Honorar für die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft anzusetzen, da die Projekt-Mitarbeiter die Akten nicht selbst aus dem Archiv resp. Geschäftsgang besorgen können. Hierfür ist ein Betrag von (4 Personen à 35 Std. à DM 26,-) DM 3640,- einzusetzen.

Sonstiges in 1997 insgesamt: DM 78.840,-.

1998 ist für die Übertragung der Befragungsdaten Makro IV auf Datenträger (Disketten) ein Werkvertrag abzuschließen. Nimmt man die in 1995 entstandenen Kosten als Erfahrungswert (Firma TORKAR, Bielefeld) so sind bei gleichem Datenumfang einzuplanen ca. DM 3.000,-.

Für den Ankauf von Datensätzen anderer US-Parallelstudien ist einzuplanen ein Betrag von rund DM 5.000,-. Sonstiges 1998 insgesamt: DM 8.000,-.

1999 sind für die Panel-Kontaktpflege (Mikro/Makro) Anschreiben mit Kurzdarstellungen der Resultate vorgesehen sowie Grußkarten. Bei N=365 Befragten und einem Kartenstückpreis von DM 5,- ist mit einem Betrag von DM 1.825,- zu rechnen. Ferner ist ein Treffen mit den Befragten des Mikro-Panels geplant zwecks Information über Ergebnisse und Anerkennung der langjährigen Teilnahme. Einzuplanen sind Kosten von DM 1.000,-.

Zur Vorstellung und vergleichenden Diskussion der abschließenden Projektergebnisse ist erneut ein Workshop mit den amerikanischen Fachkollegen der Denver- & Rochester-Studien geplant. Besprochen werden sollen insbesondere die Ergebnisse der Kooperationsarbeit Boulder (Colorado)/Bremen. Wie die Erfahrung des letzten internationalen Workshops gezeigt hat, ist mit einem Kostenaufwand von ca. DM 15.000,- zu rechnen. Sonstiges 1999 insgesamt: DM 17.825,-.

3.8 Literatur:

- Albrecht, H.J. (1988): Kriminell weil arbeitslos? Arbeitslos weil kriminell? In: *Bewährungshilfe*, 35, 133-148
- Albrecht, G. (1993²): Jugend, Recht und Kriminalität. In: H.H. Krüger (Hrsg.): *Handbuch der Jugendforschung*. 495-525.
- BMBW (1992): *Berufsbildungsbericht*. Hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn
- Becker-Schmidt, R. (1987): Die doppelte Vergesellschaftung - die doppelte Unterdrückung. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkircher, L. et al. (Hrsg.): *Die andere Hälfte der Gesellschaft*. Österreichischer Soziologentag. Wien, 10-28
- Blossfeld, H.P. (1990): Berufsverläufe und Arbeitsmarktprozesse. In: K.U. Mayer (Hrsg.): *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. Opladen, 118-145 (*Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderband 31)
- Böhnisch, L.; R. Winter (1993): *Männliche Sozialisation*. Weinheim/München.
- Büchtermann, C.F. et al. (1993): Übergänge von der Schule in den Beruf - Deutschland und USA im Vergleich. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 26, 507-520
- Burger, A.; G. Seidenspinner (1986): Zur Erforschung der Lebenslage von Mädchen. In: P. Cohen, M. Baethge u.a.: *Verborgene im Licht*. ffm, 139-151
- Buttler, F.; M. Tessaring (1993): Humankapital als Standortfaktor. Argumente zur Bildungsdiskussion aus arbeitsmarktpolitischer Sicht. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 26, 467-476
- Cain, M. (1990): Towards transgression: New directions in feminist criminology. In: *International Journal of the Sociology of Law*, 18, 1-18
- Connell, R.W. (1995): *Masculinities*. Cambridge
- Dauids, S. (1995): Welche Rolle spielt die Berufsschule bei der Integration von Jugendlichen ohne Berufsausbildung? In: *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, 91, 71-78
- Diezinger, A. u.a. (1983): *Zukunft mit beschränkten Möglichkeiten*. Entwicklungsprozesse arbeitsloser Mädchen. Bd. 1 und 2. München
- Elliott, D.S. (1994): Serious violent offenders: Onset, developmental course, and termination. In: *Criminology*, 32, 1-21

- Farrington, D.P.; R. Loeber (1995): Transatlantic Replicability of Risk Factors in the Development of Delinquency. Paper given to the Society for Life History Research in Psychopathology, Chatham, Mass. May 1995 (unpublished)
- Farrington, D.; S. G. Osborn; D.J. West (1978): The persistence of labeling effects. In: British Journal of Criminology, 18, 277-284
- Frehsee, D. (1995): Sozialer Wandel und Jugendkriminalität. In: DVJJ-Journal, 6, 269-278
- Gelsthorpe, L. (1993) Geschlecht und soziale Kontrolle. In: D. Frehsee, G. Löschper, K.F. Schumann (Hrsg.): Strafrecht, soziale Kontrolle und soziale Disziplinierung. Opladen, 46-66
- Gilmore, D.D. (1993): Mythos Mann. Wie Männer gemacht werden. Rollen, Rituale, Leitbilder. München
- Hamilton, S.F. (1990). Apprenticeship for Adulthood - Preparing Youth for the Future. New York: The Free Press
- Hamilton, S.; K. Hurrelmann (1993): Auf der Suche nach dem besten Modell für den Übergang von der Schule in den Beruf - ein amerikanisch-deutscher Vergleich. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 13, 194-207
- Kersten, J. (1995): Junge Männer und Gewalt. In: Neue Kriminalpolitik, 22-27.
- Klein, M. W. (1986): Labeling Theory and Delinquency Policy. An Experimental Test. In: Criminal Justice and Behavior, 13, 47-79
- Klinger, T. (1993): Die polizeiliche Vernehmung von Jugendlichen. In: Soziale Probleme, 4, 100-137
- Klinger, T. (1995): Wahrgenommene Etikettierung, deviantes Selbstbild und Delinquenz. Sfb 227-Preprint Nr.85, Bielefeld
- Kreckel, R. (1993): Doppelte Vergesellschaftung und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktstrukturierung. In: P. Frerichs; M. Steinrück (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse. Opladen
- Lamnek, S. (1985): Wider den Schulenzwang. München: Fink
- Lofland, J. (1969): Deviance and Identity, Englewood Cliffs: Prentice Hall
- Lynch, J. (1995): Crime in International Perspective. In: Wilson, J.Q.; J. Petersilia (Hrsg.): Crime. San Francisco, 11-38
- Matsueda, R.L. (1992): Reflected Appraisals, Parental Labeling, and Delinquency: Specifying a Symbolic Interactionist Theory, In: AJS, 97, 1577-1611
- Messerschmidt, J.W. (1993): Masculinities and Crime. Lanham

- Mischkowitz, R. (1993): Kriminelle Karrieren und ihr Abbruch. Bonn
- Moffit, T.E., A.Caspi, P.A.Silva, M.Stouthamer-Loeber (1995): Individual Differences in Personality and Intelligence are Linked to Crime. In: J.Hagan (Ed.): Delinquency and Disrepute in the Life Course. Greenwich: JAI Press, 1-34
- Pätzold, G. (1993): Jugend, Ausbildung und Beruf. In: H.H. Krüger (Hrsg.): Handbuch der Jugendforschung. Opladen, 383-402
- Papenbreer, G. et al. (1987): Verselbständigung Jugendlicher. Probleme der Berufseinstimmung im Kontext unterschiedlicher Lebenslagen. München
- Sack, F. (1987): Jugendarbeitslosigkeit im Lichte der Kriminalitätstheorien. In: J. Münder et al.: Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität. Neuwied, 15-40
- Schober, K. (1994): Nur durch Arbeit trägt Ausbildung Früchte. Arbeitslosigkeit nach der Lehre steigt wieder - Die Nichtübernahme junger Fachkräfte bereitet zunehmend Sorge. In: IABkurzbericht Nr. 5
- Schober, K. (1995a): Keine Entwarnung an der zweiten Schwelle. In: IABkurzbericht Nr. 5
- Schober, K.: Von der Verbleibs- zur Übergangsforschung. Ein Plädoyer für mehr betriebsbezogene Forschungsansätze. In: Westhoff, G. (Hrsg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Die Situation an der zweiten Schwelle in der Mitte der 90er Jahre. Bielefeld 1995b, S. 71-79
- Schöngen, K. (1995): Übernahme, beruflicher Verbleib und berufliche Perspektiven. Westdeutsche Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen der Jahre 1990 bis 1993. In: G. Westhoff (Hrsg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Bielefeld, 147-166
- Schumann, K.F.; C. Berlitz, H.W. Guth; R. Kaulitzki (1987): Jugendkriminalität und die Grenzen der Generalprävention. Neuwied
- Sumner, C. (1990): Foucault, gender and the censure of deviance. In: L. Gelsthorpe, A. Morris (Hrsg.): Feminist Perspectives in Criminology. Milton Keynes, 26-40
- Walter, M. (1995): Jugendkriminalität. Stuttgart
- Witzel, A.; I. Mönnich (1994): Arbeitsmarkt und Berufsverläufe junger Erwachsener. Ein Zwischenergebnis. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 14, 262-277
- Witzel, A.; I. Mönnich (1995): Die Bewältigung des Übergangs in das Erwerbssystem. In: Westhoff, G. (Hrsg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Die Situation an der zweiten Schwelle in der Mitte der 90er Jahre. Bielefeld, 129-146

Teilprojekt A4

3.1. Allgemeine Angaben zum Teilprojekt A4

3.11 Thema:

Berufsverläufe im sozialen Wandel - Optionen und Restriktionen
(Risikopassage Berufseintritt III)

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Arbeitsmarktsoziologie, Lebenslaufforschung

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Ansgar Weymann und Dr. Reinhold Sackmann Institut für
empirische und angewandte Soziologie (EMPAS) Universität Bremen,
FB 8, 28334 Bremen,
Telefon 0421/ 218-3033, 2041 bzw. 4148,
Email: aweymann@sfb186.uni-bremen.de;
sackm@sfb186.uni-bremen.de

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

Das Teilprojekt wird gefördert seit 01.01.1992

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	118.400	31.000	---	149.400
1994	173.200	95.600	---	268.800
1995	175.600	7.400	---	183.000
1996	164.400	1.700	---	166.100
Zwischen- summe	631.600	135.700	---	767.300
1997	312.000	129.925	---	441.925
1998	321.600	53.600	---	375.200
1999	283.200	29.300	---	312.500

Inhaltsverzeichnis

- 3.2 Zusammenfassung
- 3.3 Stand der Forschung
 - 3.3.1 Transformationsforschung
 - 3.3.2 Arbeitsmarktorientierte Lebenslaufforschung zum Transformationsprozeß
 - 3.3.3 Arbeitsmarktstruktur Beruf: Zwischen Verberuflichung und Entberuflichung
 - 3.3.4 Arbeitsmarktstruktur Betrieb
 - 3.3.5 Bewältigung
- 3.4 Eigene Vorarbeiten
- 3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1 Forschungsziele
 - 3.5.1.1 Kohorten und Transformationsprozeß
 - 3.5.1.2 Restabilisierung und Beruf
 - 3.5.1.3 Differenzierungsprozesse auf dem Transformationsmarkt
 - 3.5.1.4 Betriebe und Arbeitsmarkt
 - 3.5.1.5 Individuelle Bewältigung des Umbruchs - Strategien und Ressourcen
 - 3.5.2 Arbeitsprogramm und methodische Anlage
 - 3.5.2.1 Makro-Panel
 - 3.5.2.2 Mikro-Panel
 - 3.5.2.3 Qualitative Betriebsfallstudien
 - 3.5.2.4 Sekundäranalyse
 - 3.5.3 Zeitplan
- 3.6 Stellung des Projektes innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms
 - 3.6.2 Längerfristige Forschungsperspektive
- 3.7. Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt
 - 3.7.1 Begründung für den Personalbedarf
 - 3.7.2 Sachliche Verwaltungsausgaben
- 3.8 Literatur

3.2 Zusammenfassung

Das Teilprojekt analysiert Berufsverläufe ostdeutscher Akademiker und Lehrabsolventen. Die durchgeführte Längsschnittanalyse der Verläufe der Abschlußkohorten 1985 und 1990 ergab, a) daß im Kohortenvergleich die Mobilität stark zugenommen hat, b) daß Familienbildungsprozesse verschoben wurden, c) daß das Niveau des beruflichen Abschlusses der zentrale Erklärungsfaktor für den Erfolg bzw. Mißerfolg auf dem Transformationsarbeitsmarkt war. Die bisherige mikrosoziologische Untersuchung des Bewältigungsverhaltens der beiden Kohorten zeigte, a) daß die Berufswahl entscheidend den Handlungsspielraum auf dem Transformationsarbeitsmarkt bestimmte und b) daß durch das unterschiedliche Timing von Handlungen neue Ungleichheiten zwischen den Akteuren entstehen.

Ein erstes Ziel der nächsten Projektphase ist es, institutionelle Prozedierungen des Kohortenaustausches auf der Ebene der "Alterspolitik" von Betrieben in die Analyse der Rahmenbedingungen von individuellen Berufsverläufen einzubeziehen. Es steht dabei die handlungsorientierende "Moralökonomie" betrieblicher Personalpolitik bei Rekrutierungen und Entlassungen in ihrer Bedeutung für die Berufschancen von Kohorten im Mittelpunkt.

Ein zweites Ziel der nächsten Projektphase ist es, durch die Einbeziehung der Abschlußkohorte 1995 die Analyse der Neukonstitution des Transformationsarbeitsmarktes voranzutreiben. Bei der neuen Kohorte handelt es sich um die erste Gruppe von Absolventen, deren Berufswahl schon unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorgenommen wurde. Es soll untersucht werden, worin sich das Qualifikationsprofil, das Bewältigungsverhalten und der Familienbildungsprozeß dieser Kohorte 1995 deutlich von den Kohorten 1985 und 1990, die noch unter DDR-Bedingungen geprägt wurden, unterscheiden.

Methodisch gliedert sich das Projekt in:

- eine quantitative Retrospektivbefragung der Berufsverläufe von Hochschulabsolventen und Absolventen einer beruflichen Lehre (Makro-Panel, 2. Welle, $n = 3000$);
- qualitative Interviews mit einer Teilpopulation des Makro-Panels zur Analyse des Wechselverhältnisses zwischen beruflichen, familiären und persönlichen Bewältigungsstrategien der Berufseinsteigerkohorten (Mikro-Panel 3. Welle, $n = 80$).
- Betriebsfallanalysen ($n=30$) zur Erfassung kohortenspezifischer Auswirkungen betrieblicher Personalpolitik.

3.3 Stand der Forschung

Die Fragestellung nach Veränderungen der kohortenspezifischen Dynamik von Berufsverläufen im Transformationsprozeß und deren institutioneller Rahmung und individueller Verarbeitung erfordert die Aufarbeitung des Forschungsstandes:

- zur allgemeinen Theorie der Transformation, insbesondere in ihren Bezügen zur arbeitsmarktorientierten Lebenslaufforschung;
- zur institutionellen Rahmung von Berufsverläufen durch "Berufe" und "Betriebe";
- zu individuellen Coping-Prozessen bei der Verarbeitung und Gestaltung beruflicher Brüche.

3.3.1 Transformationsforschung

Unter "Transformation" wird ein Prozeß rapiden gesellschaftlichen Wandels verstanden, der durch eine Veränderung zentraler Steuerungsmedien initiiert wurde (Reißig 1994; Zapf 1994). Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß es sich um einen längeren zeitlichen Prozeß handelt (Zapf 1991), dessen methodisches Korrelat zur Untersuchung dieser Prozeßdynamik idealiter eine (kohortenspezifische) Längsschnittperspektive erforderlich macht.

Bei der Analyse der Transformation in den neuen Bundesländern hat sich schon sehr früh eine modernisierungstheoretische Erklärungsperspektive des Zusammenbruchs der DDR und seiner institutionellen Neugestaltung in den einzelnen Vereinigungsschritten herauskristallisiert (Joas/ Kohli 1993; Pollack 1990; Reißig 1993; Zapf 1991, 1993). In dieser Sicht wurde - anfangs - meist eine Angleichung der Sozialstruktur der neuen Bundesländer an die alten Bundesländer erwartet (Geißler 1991, 1993; Kreckel 1993). Als Ursache für länger anhaltende Unterschiede wurde eine Kontinuität von Mentalitäten der ehemaligen DDR für möglich gehalten (Joas/ Kohli 1993; Zapf 1993).

Während allgemein von einem anfänglichen Modernitätsgefälle zwischen Transformationsgesellschaften und westlichen Marktgesellschaften ausgegangen wird, besteht Dissens darüber, ob im spezifischen Fall der bundesdeutschen Vereinigung der durch den Systemwandel implizierte Modernisierungszuwachs in allen Teilbereichen zutreffend ist. Die Form der Transformation als "Inkorporation" (Mayer 1994), also die weitgehend unreflektierte Übernahme fast aller in der

Bundesrepublik gewachsenen Systemelemente, führte in Teilbereichen zu Modernitätsverlusten (Lehmbruch 1994; Huinink/ Wagner 1995).

In der neueren Transformationsforschung wird zunehmend diskutiert, inwieweit die Neuimplementation westdeutscher Strukturen in Ostdeutschland Bedeutungsveränderungen dieser Strukturen beinhaltet, die wiederum Rückwirkungen auf die alten Bundesländer haben könnten (Backhaus-Maul/ Olk 1996; Wiesenthal 1995). Allgemein verschiebt sich damit das Erkenntnisinteresse der Transformationsforschung von einer Betrachtung der spezifischen Auswirkungen eines als gegeben vorausgesetzten Modernisierungsprozesses in Ostdeutschland hin zu Fragen nach Entwicklungstendenzen einer durch Globalisierung unter Modernisierungsdruck stehenden Bundesrepublik, deren Tendenzen u.U. in Ostdeutschland "reiner" festzustellen sind. Der Rahmen einer speziellen "Transformationsforschung" wird damit in Fragen der Dynamik sozialen Wandels von unter Modernisierungsdruck stehenden (Post-) Industriegesellschaften eingebunden.

3.3.2 Arbeitsmarktorientierte Lebenslaufforschung zum Transformationsprozeß

Eine lebenslauftheoretische Perspektive hat sich in der Bildungs-, Berufs- und Arbeitsmarktsoziologie seit Ende der 70er Jahre etabliert, vorrangig in Reaktion auf die im Kontext sozialer Ungleichheits- und beruflicher Mobilitätsforschung (Müller 1985) sichtbar gewordenen theoretischen und empirischen Grenzen der methodisch mit Querschnittsdaten operierenden Untersuchungen (Sørensen 1986). Insbesondere auf dem Gebiet der "Verbleibsforschung" (Kaiser u.a. 1985; Teichler 1984; Ostdeutschland: Minks/Bathke 1992, 1993; Stein 1994) ist nach wie vor eine zu enge Konzentration auf den unmittelbaren Übergang vom Bildungs- ins Berufssystem zu kritisieren (Busch/Hommerich 1982). Die Dynamik von beruflichen Verläufen nach der Berufseinmündung wird weitgehend ausgeblendet.

Ein Hauptergebnis der längsschnittorientierten bundesdeutschen Lebenslaufforschung war, daß der Eintrittsjob eine verlaufsprägende Wirkung entfaltet (Müller 1978; Blossfeld 1985, 1989). Es ist strittig, ob diese These auch unter den diskontinuierlichen Bedingungen des Transformationsarbeitsmarktes gültig bleibt (Berger 1991). In der lebenslauftheoretischen Arbeitsmarktsoziologie wird diskutiert, ob eine Verzeitlichung und Individualisierung beruflicher Verläufe zu konstatieren ist (Berger/Sopp 1995; Berger 1990, 1995; Buchmann/Sacchi 1995a),

oder ob die Varianzen beruflicher Verläufe weitgehend konstant geblieben sind (Mayer 1995). Methodisch sind in den letzten Jahren die Instrumente der Ereignisdatenanalyse (Blossfeld/ Rohwer 1995) deutlich verbessert worden, um die bloße Übergangsforschung zu erweitern in Richtung auf die kausale Modellierung dynamischer Prozesse. Es gibt vermehrt Versuche, ganze Trajekte, also Gesamtverlaufsstrukturen zu analysieren (Abbott/ Hrycak 1990; Berger 1995; Buchmann/ Sacchi 1995a).

Im Transformationsprozeß kam es in den ersten Jahren nach der Wende zu einem in Umfang und Geschwindigkeit beispiellosen Beschäftigungsabbau, der erst in den letzten zwei Jahren in eine Konsolidierungsphase eingetreten ist. In den arbeitsmarktsoziologischen Untersuchungen zum Transformationsprozeß dominiert eine Beschäftigung mit dem Einfluß personaler Merkmale (Alter, Geschlecht, Ausbildungsniveau) auf die Beschäftigungschancen von entsprechend gruppierten Personen. Diese Sichtweise wird meist verknüpft mit der Feststellung von "Problemgruppen" auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu "Gewinnern" der Wende. Der Beschäftigungsumbau wurde von einer ganzen Reihe von Untersuchungsgruppen analysierend begleitet.

Am Max-Planck-Institut wurde in Anlehnung an die "Deutsche Lebensverlaufsstudie" eine kohortenspezifische Retrospektiverhebung durchgeführt. Diese Untersuchungen (Huinink u.a. 1995) ergaben v.a. neue Erkenntnisse zu Arbeitsmarktprozessen in der ehemaligen DDR. Entgegen westdeutscher Vermutungen war der DDR-Arbeitsmarkt sowohl in Bezug auf Arbeitsplatz- als auch bezüglich Berufswechsel relativ mobil. Auswertungen anhand des Sozio-Ökonomischen Panels Ost (Berger u.a. 1995) zeigen, daß v.a. ältere Kohorten und Frauen zu den Benachteiligten des Transformationsprozesses gehören. Ältere Kohorte wurden durch eine massive Frühverrentungspolitik vom Arbeitsmarkt gedrängt, Frauen hatten schlechtere Wiederbeschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt. Unter 25 jährige Männer profitierten als erste von Konsolidierungstendenzen des Arbeitsmarktes. Auf der gleichen Datenbasis kamen Licht/ Steiner (1994) zu dem Ergebnis, daß geschlechtsspezifische Unterschiede nicht generell auftraten, sondern primär Frauen mit Kindern größere Schwierigkeiten der Wiederbeschäftigung aufwiesen.

Ein Mangel der bisherigen arbeitsmarktorientierten Transformationsforschung besteht in ihrer geringen Rückbindung an allgemeine Arbeitsmarkttheorien: "Die

überwiegend quantitativen Probleme, die bisher in der Diskussion und Reflexion über die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung in Gefolge der deutschen Einigung im Vordergrund standen, wurden ... kaum als besondere theoretische und insbesondere arbeitsmarkttheoretische Herausforderung verstanden" (Grünert/ Lutz 1994: 6). Dies gilt insbesondere für die systematische Verknüpfung von personalen Merkmalen mit institutionellen Strukturierungen des Arbeitsmarktes. Die v.a. in der Anfangsphase der Transformation geäußerte Vermutung, daß die Sektorenverschiebung hin zum Dienstleistungssektor eine zentrale Strukturvariable darstellen könnte, erwies sich bei einer genaueren Betrachtung als unzutreffend. Zwar gibt es generell eine Verschiebung der Beschäftigungsstrukturen in der angenommenen Richtung (Dahms/ Wahse 1994: 36), sie ist allerdings widersprüchlich, da trotz eines Wachstums des Dienstleistungssektors die größten Berufsgruppen unter den Arbeitslosen ebenfalls im Dienstleistungsbereich angesiedelt sind (ebd.: 39). Grünert/ Lutz (1994) plädieren aufgrund derartiger Paradoxien dafür, die Institutionen "Beruf" und "Betrieb" als Grundlagen für Strukturbetrachtungen anzusehen.

Die theoretische Grundprämisse des Projektes ist, daß sich arbeitsmarktbezogene "Lebenslaufpolitik" primär auf die Strukturierung individueller Handlungen durch die Institutionen "Beruf" und "Betrieb" bezieht. Die Gestaltung dieser "Lebenslaufpolitik" variiert national auch zwischen grundsätzlich marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften.

3.3.3 Arbeitsmarktstruktur Beruf: Zwischen Verberuflichung und Entberuflichung

Als Kennzeichen der deutschen Arbeitsmarktstruktur im internationalen Vergleich kommen verschiedene Studien (Kappelhoff/ Teckenberg 1987; Allmendinger 1989) zu dem Schluß, daß die Neigung des deutschen Arbeitsmarktes, Strukturwandel intergenerational zu prozedieren und weniger intragenerational, eine Folge der starken Verberuflichung des deutschen Arbeitsmarktes sei. Neben der auch in anderen Ländern vorhandenen Schließung von Professionsarbeitsmärkten durch Hochschulzertifikate tritt in der Bundesrepublik eine Schließung von Arbeitsmärkten des Facharbeiter- und Fachangestelltenniveaus durch das System der dualen Ausbildung auf.

Die Einschätzung der deutschen Verberuflichung ist in der Arbeitsmarkt- und Berufssoziologie divergent: Eine Position (Beck u.a. 1978) geht davon aus, daß die Verberuflichung ein Flexibilitätshindernis darstellt. Reformbemühungen der letzten Jahrzehnte verfolgten deshalb das Ziel, über eine Zusammenlegung von Ausbildungsberufen und eine stärkere Entspezialisierung der Ausbildung in Richtung auf "Schlüsselqualifikationen" eine Flexibilitätserhöhung zu erreichen (Mertens/ Kaiser 1978). Eine dazu konträre Position (Sengenberger 1987) behauptet, daß eine berufliche Strukturierung von Arbeitsvermögen flexibilitäts erhöhend wirkt, da die Transaktionskosten bei Betriebswechseln sowohl für die Betriebe als auch für die Arbeitskraftanbieter in diesem Fall geringer sind als bei betriebsgebundenen Ausbildungssystemen. Empirisch konnten einige Belege für diese These erbracht werden (Biehler u.a. 1981).

Ziel der beantragten nächsten Projektphase ist es, die Logik der berufsverfaßten deutschen Arbeitsmarktverläufe zu erfassen. Die Besonderheit der Berufsstruktur Deutschlands soll in der abschließenden Projektphase Gegenstand international vergleichender Untersuchungen sein.

3.3.4 Arbeitsmarktstruktur Betrieb

In der Segmentationstheorie (Doeringer/Piore 1971; Sengenberger 1987) wird argumentiert, daß Betriebe durch die Ausbildung interner Arbeitsmärkte ein funktionales Äquivalent zu Bewegungen auf dem externen Arbeitsmarkt bilden können. Senioritätsregelungen (Dohse u.a. 1982; Sengenberger 1987) werden als eine Folge der Ausbildung von betrieblich orientierten internen Arbeitsmärkten gedeutet, da nur über eine langfristige Bindung von Arbeitskräften an den Betrieb für einen Erhalt der betriebsinternen Ausbildungskosten gesorgt werden kann. In jüngster Zeit wird in der ökonomischen Literatur verstärkt diskutiert, ob die hohe Verweildauer in Betrieben, die u.a. in Deutschland festzustellen ist, eine Ursache für die hohe Sockelarbeitslosigkeit in Europa sei (Blanchard/ Summers 1987; theoretisch: Lindbeck/Snower 1988). Es wird davon ausgegangen, daß Betriebsbeschäftigte bei Unternehmern Löhne über dem Gleichgewichtspreis des Arbeitsmarktes durchsetzen können, da selbst bei günstigeren Lohnangeboten von arbeitslosen "Outsidern" die bereits beschäftigten "Insider" durch institutionelle Rigiditäten (Kündigungsschutzregeln u.a.) Kostenvorteile bieten. In diesem Diskussionsstrang gilt die Verbetrieblichung des Arbeitsmarktes als Flexibilitätshindernis.

In vielen Untersuchungen zum Arbeitsmarkt der DDR wird davon ausgegangen, daß der Betrieb und seine internen Arbeitsmärkte ein zentrales Kennzeichen dieses Systems darstellt (Grünert 1993). Sowohl die gesellschaftspolitische Begünstigung von Großbetrieben, eine hohe Verweildauer in Betrieben, die ideologische Abwertung zwischenbetrieblicher Mobilität als auch der Ausbau des Betriebes zu einer möglichst umfassenden Sozialeinheit belegen diese These (Grünert/ Lutz 1994). Lebensverlaufstudien zeigen allerdings, daß auch in der DDR Freiräume für betriebliche Mobilität bestanden (Huinink u.a. 1995; Sackmann/ Wingens 1994a).

Die Beschäftigungssituation nach der "Wende" gestaltet sich vielschichtig und so besteht Unsicherheit in der sozialwissenschaftlichen Literatur über die Einordnung dieser Arbeitsmarktprozesse. Mit Blick auf Untersuchungen in Industriebetrieben gelangt Lutz zu dem Schluß, daß der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern abgeschottet sei (Lutz 1995: 19). Jüngere Personen hätten keinen Zugang zu Betrieben erhalten bzw. seien aufgrund des geringen Bestandschutzes in dieser Altergruppe ebenso schnell entlassen worden wie ältere Jahrgänge. Die Dominanz mittlerer Altersjahrgänge verhindert Personalfluktuation (Staudt/ Voß 1994: 6). Gleichwohl bestehen Zweifel an der Reichweite der Aussage einer Dominanz interner Arbeitsmärkte. Studien im Dienstleistungssektor deuten an, daß es in Folge eines Personalaustausches sehr wohl zu Einstellungen auch jüngerer Gruppen am Arbeitsmarkt gekommen ist (Henning/ Kaluza 1994; Hüning u.a. 1994; Rieger/ Molnar 1994).

Bislang fehlen Arbeiten, die systematisch die beschäftigungschancenbestimmende "Lebenslaufpolitik" von Betrieben in den neuen Bundesländern untersuchen. Weder die Gründe und die Folgen derartiger Präformierungen kohortenspezifisch wirkender Personalpolitik, noch die unterschiedliche Ausgestaltung dieser "Lebenslaufpolitik" in öffentlichen und privaten Betrieben verschiedener Branchen waren bislang zentraler Gegenstand der Forschung.

3.3.5 Bewältigung

Die Inkorporation der DDR in das Institutionen- und Rechtsgefüge der alten Bundesrepublik hat einen langwierigen Anpassungsprozeß der ostdeutschen gesellschaftlichen Verhältnisse an die alten Bundesländern eingeleitet (Zapf 1991: 43). Die Geschwindigkeit dieser Angleichung sinkt dabei in dem Maße, wie man sich von der "systemischen Sphäre zweckrational konstruierter Sozialgebilde und

Medien entfernt und sich den tiefer verankerten, lebensweltlichen Handlungsorientierungen, kulturellen Schemata und Normen nähert" (Berger 1992: 143).

In der sozialpsychologischen Forschung wird die "Wende" als ein "nicht normatives Lebensereignis" charakterisiert. Solche Ereignisse sind dadurch gekennzeichnet, daß sie überraschend eintreten und so antizipatorische Bewältigungsversuche zunächst nicht vorgenommen werden können (Schwarzer 1994: 15). Eine derartige Krise gilt als Bruchpunkt der Persönlichkeitsentwicklung der sowohl als belastend als auch als befreiend empfunden werden kann (Marz 1992). Der Rahmen und die Richtung des Bewältigungshandelns werden in einem Teil der sozialwissenschaftlichen Literatur aus den Funktionsweisen der Institutionen der DDR abgeleitet. Das Einrichten in diese Organisationsgesellschaft (Pollack 1990) bedinge charakteristische Verhaltensmuster und Mentalitäten. Diese seien demodern und unmodern (Srubar 1991; Geißler 1992). Unvorbereitet treffen DDR-Bürger nach der "Wende" auf eine Gesellschaft, in der "subjektive Individualisierung" (Hradil 1992) die Leitmaxime der alltäglichen Lebensführung darstellt. In einer subjektorientierten Forschungsperspektive bezweifelt dagegen Wehrich (1993), daß gesamtgesellschaftliche Diskontinuitäten Brüche in der Persönlichkeitsentwicklung hervorrufen. Vielmehr können Individuen kontinuierlich an der eigenen Logik ihrer Lebensführung ansetzen (Koch 1991: 80ff.; Marz/ Pawloski 1990). Teile früherer Handlungsmuster und kulturelle Schemata seien auch nach der völligen Auflösung der formellen Institution der DDR wirksam (Kudera 1993).

In der Lebensverlaufsforchung werden hinsichtlich der Bewältigungsmöglichkeiten große sozialstrukturelle Differenzierungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen prognostiziert (Diewald/ Huinink 1994). Die Beobachtung sozialpsychischer Reaktionen im Längsschnitt ermöglicht es zu unterscheiden, inwiefern es sich um kurzfristige Reaktionen auf Periodeneffekte oder um Persönlichkeitseigenschaften, die sich in Jahren der kollektiven Erfahrung eingepreßt haben. Mayer erwartet in diesem Zusammenhang Kohorteneffekte, da es für Ältere schwieriger sein wird, bestehende DDR-spezifische Lebenslaufinvestitionen und -prägungen zu modifizieren als dies von Jüngeren zu erwarten ist (Mayer 1994: 318f., 1995: 24f.).

3.4 Eigene Vorarbeiten

Die Antragsteller und Projektmitglieder untersuchen seit vielen Jahren das Thema "Bildung und Beschäftigung": Weymann u.a. (1980); Weymann (1982); Herlyn/ Weymann (1987); Weymann (1987); Wingers/ Weymann (1988); Weymann (1994); Weymann (1995a). Vorarbeiten beziehen sich darüber hinaus auf die betriebliche Beschäftigungspolitik in Ost- und Westdeutschland: Hüning/ Nickel/ Struck-Möbbeck (1994); Struck-Möbbeck (1996). Empirische und theoretische Vorarbeiten auf dem Gebiet "Biographie und Lebenslauf" richteten sich sowohl auf Grundlagen des Forschungsansatzes als auch auf das Ordnungskonzept der Generation und der Kohorte: Weymann (1989); Sackmann/ Weymann (1990); Weymann (1995b); Sackmann/ Weymann (1994); Heinz/ Weymann (1996).

In den vorangegangenen Projektphasen des Teilprojektes wurden die methodischen und theoretischen Grundlagen des Projektes "Risikopassage Berufseintritt" gelegt. In einer qualitativen Vorstudie wurde herausgearbeitet, daß der Betriebs- und Berufsmobilität eine herausragende Bedeutung bei der Analyse von Prozessen auf dem Transformationsarbeitsmarkt zukommt: Sackmann/ Wingers (1994a,b). Sackmann/ Wingers (1995); Sackmann/ Wingers (1994c); Sackmann/ Wingers (1996). In einer von der KSPW geförderten Paralleluntersuchung wurden insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede des Coping-Verhaltens untersucht: Minx u.a. (1995). Die Literatur der letzten Projektphase wird im Arbeits- und Ergebnisbericht dargestellt.

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

3.5.1 Forschungsziele

Gegenstand der Untersuchung ist, welchen Einfluß die mit dem Systemwandel veränderte "Lebenslaufpolitik" des Arbeitsmarktes auf die beruflichen Verläufe von jungen Erwachsenenkohorten ausübt. Unter dieser Leitfrage werden Untersuchungen des individuellen Bewältigungsverhaltens, der Kohortenspezifika beruflichen Wandels und der Reorientierungen von betrieblicher Rekrutierungspolitik durchgeführt.

3.5.1.1 Kohorten und Transformationsprozeß

Die Projektleitfrage des Kohortendesigns ist, welchen Beitrag einzelne junge Kohorten bei der Prozedierung des Transformationsprozesses leisten. Abb. 1 zeigt

schematisch die zeitliche Lagerung der Untersuchungskohorten bezüglich Bildungs- und Berufsverlauf und Transformation. Bei der Kohorte 1985 handelt es sich um eine Kohorte, deren Ausbildung, Berufseinstieg und erste Berufsjahre in die Zeit der DDR fielen. Bei der Kohorte 1990 vollzogen sich Ausbildung und Berufseinstieg unter DDR-Bedingungen und Wendezeit. Die Kohorte 1995 gehört zu den ersten Kohorten, bei denen sich Berufsausbildung und Berufseinstieg unter den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen vollzogen. Mit der Erhebung 1997 kann für die Kohorte 1995 bereits die entscheidende Berufsplatzierungsphase beobachtet werden. Methodisch erlaubt das Kohortendesign 1.) einen Vergleich zwischen Verläufen unter alten und neuen Systembedingungen; 2.) einen Vergleich der Systemanpassungen der drei Kohorten an die neuen Systembedingungen.

Abb. 1: Untersuchungskohorten, Bildungs - Berufsübergang und Transformation

Übergang Bildung/ Beruf	Berufsausbildung	Berufseinstieg	Berufskarriere
Kohorte 1985	DDR	DDR	DDR/ BRD
Kohorte 1990	DDR	DDR/ BRD	BRD
Kohorte 1995	BRD	BRD	-

Kohorten stellen einen wichtigen Erklärungsfaktor des Transformationsprozesses dar. Die kohortentheoretischen Konzepte differentieller Sozialisationsauswirkungen, Qualifizierung und relativer Knappheit (Becker 1989) geben Aufschluß darüber, in welcher Kombination Stabilität und Wandel im Transformationsprozeß auftreten. Berger (1991) geht davon aus, daß wesentliche Wandlungsprozesse intrakohortenförmig vorgenommen werden, daß Diskontinuitätsleistungen wesentlich auch von den bereits in DDR-Zeiten im Erwerbsleben Befindlichen geleistet werden (Verzeitlichungsthese). Mayer (1994) geht demgegenüber davon aus, daß entscheidende Entwicklungssprünge erst über den Kohortenaustausch erfolgen werden (entry-job-These).

Die bisherigen Forschungsergebnisse unseres Projektes bestätigen weder die eine noch die andere These eindeutig: Bei der Kohorte 1985 tritt eine größere Beschäftigungssicherheit (und Berufsstabilität) auf als bei der Kohorte 1990. Die Ge-

schwindigkeit der Umorientierung nach einem Beschäftigungsverlust ist bei der Kohorte 1985 langsamer als bei der Kohorte 1990. Diese Ergebnisse sprechen für die These eines im Intergenerationsaustausch erfolgenden Transformationsprozesses, da die Kohorte 1990 anpassungsfähiger an die neuen Strukturen war. Für die These der Verzeitlichung spricht dagegen, daß es bei beiden Kohorten ein großes Maß an zwischenbetrieblicher und zwischenberuflicher Mobilität innerhalb eines kurzen Zeitraumes gab. Offen geblieben ist bisher, inwieweit diese Kohortenprozesse eine Folge des unmittelbaren Transformationsgeschehens im Sinne eines Periodeneffektes darstellen, ob sie Anzeichen einer Strukturkontinuität (Prozesse durch Intergenerationsaustausch vorzunehmen) oder einer Strukturveränderung (zunehmende Verzeitlichung) sind.

Die Verlängerung des Untersuchungszeitraumes (durch eine Wiederholungsbefragung) und die Hinzuziehung einer neuen Kohorte 1995 gibt die Möglichkeit, diese Frage zu beantworten. Nach der entry-job-These müßten die neueintretende Abschlußkohorte 1995 zu den tendenziellen Gewinnern der Transformation gehören, da sie durch ihr neues "Sozialisationsgepäck" und die schon unter Westbedingungen erfolgten Ausbildungsentscheidungen besser auf die sich im restabilisierenden Wirtschaftsgefüge ergebenden Chancen vorbereitet sind, während die Kohorte 1990 langfristig durch die unmittelbare Wendekrise in ihrem Berufsverlauf gestört sein müßte. Nach der Verzeitlichungsthese müßten dagegen die Chancen zwischen den Kohorten gleichmäßiger verteilt sein. Im Projekt sollen diese beiden Hypothesen anhand der Dimensionen Statusmobilität in Relation zum beruflichen Abschluß, Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit, und Typen der Kohärenz von Berufstrajekten überprüft werden.

3.5.1.2 Restabilisierung und Beruf

Die Leitfrage zu diesem Bereich lautet: Welche Gestalt hat der berufsstrukturelle Wandel im Transformationsprozeß und wer sind seine Träger? Unter Berufswandel versteht man üblicherweise Prozesse intergenerationaler Verschiebungen der Berufsstruktur, während individuelle intragenerationale Berufswechsel gesellschaftlich unbedeutender für den Berufswandel sind. Das Besondere der von uns untersuchten Kohorten der Abschlußjahre 1985 und 1990 ist, daß sie für die alte Berufsstruktur der DDR ausgebildet wurden (und damit ein intergenerationaler Berufswandel unbedeutend ist). Intragenerationale Berufswechsel im Transformationsprozeß sind deshalb bei diesen Kohorten - anders als in "Normalsituationen" -

ein wichtiger Indikator für die Gestalt des Berufswandels der neuen Bundesländer. Die Abschlußkohorte 1995 gehört zu den ersten Kohorten, die schon mit ihrer Ausbildungsentscheidung auf die neuen Bedingungen der Marktgesellschaft reagieren konnte. Sie stellt somit einen Indikator für das künftige Potential intergenerationellen Berufswandels dar.

Ergebnis der vorherigen Projektphasen war, daß es bei den Kohorten 1985 und 1990 zu häufigen Berufswechseln in intragenerationalen Bewegungen kam. Zwar gab es Inseln beruflicher Stabilität (Mediziner, Lehrer), insgesamt bestand allerdings eine hohe berufliche Dynamik. Der Berufsstrukturwandel vollzog sich in der aus bundesdeutschen Untersuchungen bekannten Richtung schrumpfender Berufe im primären und sekundären Sektor und einer zunehmenden Beschäftigung in Dienstleistungsberufen. Offene Fragen, die in der nächsten Projektphase zu beantworten sind, betreffen eine vergleichende Einordnung dieser Prozesse und eine Präzisierung der kausalen Modi dieser Bewegungen.

Die Einschätzung des Umfangs der Dynamik des intragenerationalen Berufswandels in Form von Berufswechseln im Transformationsprozeß variiert z.Zt. unter den Autoren. Während unsere Untersuchung zu dem Ergebnis einer stark gestiegenen Berufsdynamik nach der Wende im Vergleich zu Vorwendezeiten kommt, kommen in einer ebenfalls kohortenanalytisch angelegten Studie zum Transformationsprozeß Solga/ Diewald (1995) zu dem Ergebnis, daß der Umfang von Berufswechseln in Nachwendezeiten eher gering sei. Eine endgültige Bewertung dieser Befunde ist nur auf der Grundlage eines systematischen Vergleichs möglich. Vergleichsmaßstab ist dabei, einerseits die Anzahl der Bewegungen im Kohortenvergleich, andererseits die Quantität und Qualität von Berufswechseln in Westdeutschland im Vergleich zu den in unserem Sample gefundenen Bewegungen.

Das Forschungsinteresse der vergleichenden Einschätzung der Berufsdynamik junger Kohorten des Transformationsprozesses zielt auch auf einen Vergleich der Richtung und der zeitlichen Struktur der Bewegungen. Mit dem in der Literatur benutzten Konzept der Sektorenverschiebung ist nur eine Oberfläche des Prozesses beschrieben. Auf individueller Ebene handelt es sich dabei um Bewegungen zwischen Berufen. Von Interesse ist dabei, welche Berufe in den schrumpfenden Sektoren verlassen werden und welche Berufe im tertiären Sektor über intragenerationale Berufswechsel erreicht werden können. In der Literatur ist bekannt, daß die Dienstleistungsberufe sehr heterogen sind. Ob es sich bei der Tertiarisierung in

den neuen Bundesländern um einen ähnlichen Prozeß handelt, wie in der alten Bundesrepublik, läßt sich nur über einen Vergleich der Stromgrößen von Berufen in den alten und neuen Bundesländern feststellen.

Ein Ergebnis der vorherigen Förderphase unseres Projektes war, daß Berufswechsel je nach Ausgangslage einer unterschiedlichen zeitlichen Dynamik des Berufstrajekts unterliegen. Allgemein kann man selbst in den dynamischen Modellen der Ereignisdatenanalyse eine Vernachlässigung von Fragen nach der Reihung und Form mehrmaliger Berufswechsel, die in der Summe ein Berufstrajekt ergeben, feststellen (vgl. Becker/ Zimmermann 1995; Buchmann/ Sacchi 1995b). Ein Ziel der nächsten Projektphase ist es, entsprechende Methoden zur Analyse von Berufstrajekten weiterzuentwickeln.

3.5.1.3 Differenzierungsprozesse auf dem Transformationsarbeitsmarkt

Die Kohortenspezifität des Transformationsprozesses, die über die Institutionen "Beruf" und "Betrieb" vermittelt wird, ist begleitet von Differenzierungsprozessen in den Kohorten. Ein Ergebnis der letzten Projektphase war, daß das Risiko, einen Arbeitsplatz zu verlieren, bei Absolventen einer beruflichen Lehre deutlich höher war als bei Hochschulabsolventen. Die Wiederbeschäftigungschancen von Frauen mit Kindern waren schlechter als bei Männern.

In der nächsten Projektphase soll untersucht werden, inwieweit sich diese Differenzierungsprozesse im Kohortenvergleich verändern. Auf dem Transformationsarbeitsmarkt aufgetretene Differenzierungsprozesse bezüglich geschlechtsspezifischer Arbeitsmarktchancen sind wesentlich auch eine Folge von haushaltlicher Arbeitsteilung und Familiengründung. Traditionell herrschte in der DDR ein Familiengründungsverhalten vor, bei dem schon während der Ausbildungsphase Kinder geboren wurden. Nach der Wende hatten Frauen mit Kindern Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Schon bei der Kohorte 1990 reagierten die Frauen auf die neuen Systembedingungen durch eine deutliche Reduktion der Gebärhäufigkeit und eine lebenszeitliche Verschiebung des Gebärzeitpunktes. Es ist eine offene Frage, inwieweit die Abschlußkohorte 1995 ähnlich agiert, und ob sich dadurch die Arbeitsmarktchancen von Frauen gegenüber von Männern im Kohortenaustausch verbessern.

Eine alternative Erklärungshypothese der Verstärkung von Geschlechtsdifferenzen auf dem Transformationsarbeitsmarkt geht davon aus, daß dies eine Folge einer

stärkeren Geschlechtssegregation in Berufen sei. In attraktiven Dienstleistungsberufen und in Berufen, die in Westdeutschland einen höheren Männeranteil aufweisen (z.B. Ingenieure), sind im Transformationsprozeß Frauen zunehmend verdrängt worden (BMBW 1993; Nickel/ Schenk 1994). Der Segregationsthese zufolge ist anzunehmen, daß im Kohortenaustausch die Geschlechtssegregation bereits bei der Berufswahl zunimmt, in deren Folge Frauen in Berufe mit niedrigerem Prestige abgedrängt werden.

Bei der Betrachtung der zunehmenden Differenzierung der Arbeitsmarktchancen von Ausbildungsniveaus im Transformationsprozeß ist ebenfalls eine Interaktion zwischen Bildungs- und Berufswahl und Arbeitsmarktchancen zu berücksichtigen, die in einer Kohortenanalyse sichtbar wird. Die Wahl der Kohorten 1985 und 1990 für ein bestimmtes Ausbildungsniveau wurde durch die rigide Bildungsplanung in der DDR beschränkt. Eine Folge davon war, daß die Zahl von Akademikern auf dem Arbeitsmarkt (im Vergleich zu Westdeutschland) sehr gering war, was einen Erklärungsfaktor für die relativ guten Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen der Abschlußjahrgänge 1985 und 1990 darstellt. Die bisher vorliegenden Daten zum Bildungsverhalten nach der Wende zeigen (Schober 1993), daß die Zahl der Abiturienten deutlich zugenommen hat, daß aber gleichzeitig die Zahl der Abiturienten, die eine Lehre anstreben, gestiegen ist. Bei der Zusammensetzung des Lehrabgangsjahres 1995 ist deshalb damit zu rechnen, daß die Zahl der Absolventen mit einem Abitur größer geworden ist. Es ist zu überprüfen, inwieweit die (im Vergleich zur Absolventenkohorte 1985) bei der Kohorte 1990 gesunkene Rate der Personen, die nach einem Lehrabschluß ein Studium beginnen, bei der Kohorte 1995 wieder steigt.

Eine Besonderheit der Kohorte 1995 im Vergleich zu den vorhergehenden Kohorten ist, daß ca. ein Drittel der Lehrabschlüsse aufgrund des Lehrstellenmangels in den neuen Bundesländern in überbetrieblichen Einrichtungen erworben wurden. Der Anteil überbetrieblicher Abschlüsse ist in Mecklenburg-Vorpommern sehr viel höher als in der Region Leipzig. Es ist eine offene Frage, inwieweit Lehrabsolventen einer überbetrieblichen Ausbildung mit größeren Schwierigkeiten an der zweiten Schwelle konfrontiert waren als Lehrabsolventen einer betrieblichen Ausbildung. Von besonderem Interesse sind hier regionale Differenzen (grundlegend hierzu: Bertram 1991, 1995).

3.5.1.4 Betriebe und Arbeitsmarkt

Unsere bisherige Forschungsstrategie diente dazu, den Transformationsprozeß in seinen Folgen für die Lebensverläufe von Individuen zu untersuchen. In der nächsten Forschungsphase sollen verstärkt institutionelle Rahmungen von Berufsverläufen analysiert werden. Betriebe, eine "Schlüsselinstanz individueller Beschäftigungschancen" (Scheib 1987), sollen in Hinblick auf die Anwendung einer verlaufsbestimmenden "Lebenslaufpolitik" untersucht werden. Unter "Lebenslaufpolitik" verstehen wir in diesem Kontext die Personalpolitik von Betrieben, die ihre Anwendung in Einstellungspraxis, Personalplanung und Kriterien für Personalabgänge hat. Diese Einzelhandlungen haben eine spezifischen Kohortenstruktur der Beschäftigten des Betriebes zur Folge. Diese Einzelentscheidungen sind eingebettet in eine "Moralökonomie" (Kohli 1989).

Nach der "Wende" ließ der Zwang zum Personalabbau - und in Teilbereichen der "Zwang" zur schnellen Personalrekrutierung - keinen Spielraum für eine geordnete und vorausschauende Personalpolitik. Vor dem Hintergrund von "Bestandsschutz" stellt sich die Frage, inwieweit "Verbleibsbelegschaften", die sich dann als "überaltert" darstellen würden, Zugänge für Neueinsteiger in Betriebe verschließen (Lutz 1995: 19; Staudt/ Voß 1994; Steinhöfel u.a. 1992), oder ob z.B. jüngeren berufsfachlich qualifizierten Personen Chancen am Arbeitsmarkt zugewiesen werden. Konkret stellt sich damit die Frage, ob die anfänglich hohe Bedeutung des Austausches über den externen Arbeitsmarktes zu einer spezifisch "ostdeutschen" Personalpolitik geführt hat, die längerfristig von den westdeutschen Formen der innerbetrieblichen Suche nach Flexibilität abweicht. Spezifisch "ostdeutsche" Lebenslaufpolitiken mit anderen handlungsleitenden Moralökonomien könnten auch das Resultat der im Wendeprozess forcierten Frühverrentungsprogramme, sowie der Ersetzung innerbetrieblicher Ausbildungsprogramme durch überbetriebliche Lehrwerkstätten sein. Leitfrage ist, ob sich aus diesen Erfahrungen eine spezifisch "ostdeutsche Lebenslaufpolitik" in den Betrieben entwickelt hat?

Zur Beantwortung dieser Leitfrage sollen kohortenselektive Ein- und Aufstiegs-pfade erfragt werden, das Verhältnis zwischen internen und externen Personalanpassungsstrategien ermittelt werden, sowie die Bedeutung von Berufen und beruflichen Zertifikaten in der längerfristigen Personalpolitik analysiert werden. Letzteres ist insbesondere in Ostdeutschland von Bedeutung, da das Zusammenspiel von Bildungsqualifikationen und Tätigkeiten im Transformationsprozeß

zeitweise aufgebrochen wurde. Mit der Herausarbeitung von betrieblichen Lebenslaufpolitiken werden wir Rahmenbedingungen kohortenspezifischer Arbeitsmarktchancen ermitteln. Wir gehen dabei davon aus, daß neben "ostdeutschen" Gemeinsamkeiten auch Unterschiede in der betrieblichen Personalpolitik vorhanden sind. Im Untersuchungsplan soll deshalb nach neuen und alten Branchen, nach neuen und alten Unternehmen, sowie nach öffentlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen differenziert werden.

3.5.1.5 Individuelle Bewältigung des Umbruchs - Strategien und Ressourcen

Die vielfältigen Kontingenzerfahrungen im Transformationsprozeß erfordern Bewältigungsstrategien zur Gestaltung berufsbiographischer Planungs- und Verlaufssicherheit. Individuelle und gruppenspezifische Varianzen des Bewältigungsverhaltens werden Hauptgegenstand der Untersuchung des "Mikro-Panels" sein. Die forschungsleitende Fragestellung der nächsten Projektphase lautet: Gibt es kohortenspezifische Unterschiede in Form von divergenten Bewältigungsstrategien? Kohortenspezifisch bedeutet in diesem Kontext, daß 1.) Unterschiede der Kohorten in der Ausstattung mit beruflichen, qualifikatorischen und familiären Handlungsressourcen Folgen für deren Lebens- und Berufsplanung haben; daß 2.) darauf aufbauende Bewältigungsmuster hinreichend stabil sind, und insbesondere Frames nicht beliebig gewechselt werden.

Wir gehen dabei von dem in dieser Forschungsphase entwickelten Analysegerüst aus, nachdem die Herstellung berufsbiographischer Kontinuität abhängt vom Spannungsverhältnis zwischen Frames und Ressourcen. Frames umfassen das Aspirationsniveau (Elder/ Caspi 1990; Elder 1991), die Berufsidentität und potentielle Alternativrollen zur Berufstätigkeit (Offe/ Hinrichs 1977). Sie stehen in einem Spannungsverhältnis zu Ressourcen (vgl. Kapitalbegriff bei Bourdieu 1983 und Coleman 1988), also Humankapital, soziales Kapital und finanzielle Ressourcen. Eine eigenständige Dimension stellt das Timing berufsbiographischer Entscheidungen dar.

Der Schwerpunkt in der Erhebung und Analyse der dritten Welle des Mikro-Panels richtet sich auf das Wechselverhältnis zwischen beruflich und betrieblich generierten Handlungsoptionen, familiärer Lebensführung und persönlichen Bewältigungskompetenzen im zeitlichen Verlauf. Da sich die Rahmenbedingungen für die Absolventenjahrgänge 1985, 1990 und 1995 vor dem Hintergrund des beruflich

und familiär erreichten Statuses unterschiedlich darstellen, vermuten wir neben Periodeneffekten auch Kohorteneffekte.

Die Abschlußkohorte 1995 ist die erste Kohorte, die ihre berufliche Ausbildung unter den neuen Verhältnissen absolvierte. Von besonderem Interesse ist, ob diese Kohorte bewußt eigene Bewältigungsstrategien zur Lebensgestaltung und zur Überwindung beruflicher Schwierigkeiten herausbildet, die klar von den Coping-Strategien der Kohorten 1985 und 1990 abweicht, die noch stärker vom DDR-System bzw. der unmittelbaren Wendezeit geprägt wurden.

3.5.2 Arbeitsprogramm und methodische Anlage

Bei der methodischen Anlage des Projektes sollen die kohortenspezifischen Dynamiken der Berufsverläufe und deren institutionelle Rahmung analysiert werden: Das Makro-Panel dient einer möglichst umfassenden Beschreibung und Erklärung der Berufsverläufe der drei Untersuchungskohorten; das Mikro-Panel erhellt Prozeßstrukturen auf der Individualebene, insbesondere Bewältigungsstrategien; die Betriebsanalysen bilden Entscheidungsstrukturen institutioneller Akteure hinsichtlich ihrer Bedeutung für kohortenspezifische Optionen und Risiken beruflicher Verläufe ab.

3.5.2.1 Makro-Panel

In der letzten Projektphase wurde ein Makro-Panel gestartet, das mit 2130 Teilnehmern eine ausreichende Grundlage für eine Wiederholungsbefragung bietet. Neu hinzukommen wird in dieser Projektphase die Abschlußkohorte 1995, da sie im Unterschied zu den weiterverfolgten Kohorten 1985 und 1990 bereits unter den neuen Systembedingungen ihre Berufsausbildungsentscheidung getroffen hat, sowie unter den neuen Bedingungen ihren Berufseinstieg vollzieht. Sie stellt deshalb eine wesentliche Vergleichsgröße bei der kohortenanalytischen Untersuchung des Transformationsprozesses dar.

Die in der letzten Projektphase ausgearbeiteten Methoden einer postalischen Befragung des relativ komplexen Gegenstandes "Berufsverlauf" haben sich gut bewährt, es besteht deshalb kein Grund das Verfahren zu wechseln. Die Schwerpunkte des Erhebungsbogens stützen sich auf die bewährte monatsgenaue Erfassung der Berufsverläufe, des Familienverhaltens, regionaler Mobilität und Bildungsverhaltens nach Berufsabschluß. In dieser Phase neu aufgenommen

werden Fragen zum Bewältigungsverhalten. In enger Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt A1 des Sonderforschungsbereichs soll hierzu eine neue Fragebatterie erarbeitet und anhand der quantitativen Erhebungen der beiden Projekte in seiner Güte geprüft werden.

Die Datenauswertung wird weiterhin mit den Mitteln der Ereignisdatenanalyse erfolgen. Methodisch wird dabei noch stärker als bisher versucht werden, über die Modellierung paralleler zeitlicher Prozesse eine Vertiefung von bloßen Übergangsschätzungen zu erreichen (Blossfeld/ Rohwer 1995). Neu hinzukommen wird in dieser Projektphase die Methode der Sequenzanalyse (Abbott/ Hrycak 1990), zur Analyse von Trajekten (also Ketten von Berufsepisoden). Die Erprobung des Verfahrens der Sequenzanalyse erfolgt in Kooperation mit dem Methodenbereich Z des Sonderforschungsbereichs.

3.5.2.2 Mikro-Panel

In den ersten zwei Projektphasen wurden zwei Wellen eines Mikro-Panels analysiert. Bei der Analyse externer und interner Faktoren der Dynamik von Lebensläufen stand die Untersuchung der Berufsfindung, der Berufsmobilität, der Humankapital- und Netzwerkressourcen und der Bewältigungsstrategien der beruflichen Integration in der dynamischen Aufbau- und Anpassungsphase im Vordergrund des Interesses. Die Befragung der Kohorten 1985 und 1990 wird Mitte 1997 wiederholt. Neben der Weiterführung des bisherigen Samples (n=49) wird äquivalent zum Makro-Panel eine 95er Abschlußkohorte (30 Befragungspersonen) nachgezogen.

In der dritten Förderphase werden die kohortenspezifischen Wechselwirkungen zwischen persönlichen, familiären und betrieblichen Handlungsressourcen ermittelt. In den bewährten und bisher verwendeten Interviewleitfäden wurden diese Handlungsressourcen genau erhoben, in der Wiederholungsbefragung sollen Aussagen zu diesen Handlungsfeldern aktualisiert werden und um Fragen nach der Wahrnehmung institutioneller berufsbiographischer Rahmungen und der Beurteilung erwerbsbiographischer Optionen bzw. Risikokonstellationen ergänzt werden.

Die Auswertung der Interviews erfolgt wie in den Vorprojekten vergleichend typisierend mit Hilfe eines computergestützten Text-Retrievalprogramms ("WinMax"). Im Mittelpunkt der Datenauswertung des Mikro-Panels der nächsten Projektphase steht die genaue Analyse des Zusammenhangs der in den drei Interviewwellen ge-

gebenen Antworten in Hinblick auf die Kontinuität bzw. Diskontinuität von Handlungsmustern, Handlungsmaximen, Frames und Habits über einen längeren Zeitraum hinweg. Diese Längsschnittperspektive ermöglicht auch die Rekonstruktion kohortenspezifischer Deutungsmuster im Inter- und Intrakohortenvergleich.

3.5.2.3 Qualitative Betriebsfallstudien

Mit der Betriebsfallstudie geht es uns im Kern darum, die Rahmenbedingungen für berufliche Verläufe zu erfassen. Ziel der Betriebsfallstudie ist es kohortenspezifisch wirkende Personalstrategien zu erheben, um sie in ihren Folgen für Qualifizierungs- und Betriebszugangschancen von Beschäftigten bzw. Bewerbern zu analysieren. Da sowohl unser Teilprojekt als auch das Teilprojekt C5 Untersuchungen zur "Lebenslaufpolitik" von Betrieben durchführen, wurde eine enge Kooperation bezüglich der Sampleauswahl und des Interviewleitfadens verabredet, wodurch eine Vergleichbarkeit der Daten erreicht werden soll.

Mittels Experteninterviews (Meuser/ Nagel 1991) sollen die jeweiligen Bilanzierungen der Erfahrungen der letzten Jahre und die handlungsleitenden Vorstellungen personalverantwortlicher Akteure erhoben werden. Die Interviewführung erfolgt standardisiert. Der erste Teil der Fragen, der gleichartig in den Projekten A4 und C5 eingesetzt werden soll, bezieht sich auf Grunddaten des jeweiligen Unternehmens (Marktposition, Kostenstruktur, Beschäftigtenstruktur) und auf generelle Leitbilder der "Lebenslaufpolitik" des Unternehmens (Leitbild der Personalpolitik, Probleme der Altersstruktur des Betriebes, Situation des Ausbildungswesens und der Frühverrentung, subjektive Sicht einer "Moralökonomie" eines Zusammenhangs von Jugendarbeit und Frühverrentung). An diese parallel von beiden Projekten gestellten Fragen schließen sich in unserem Projekt spezifische Fragen nach Berufs- und Qualifikationspfaden, nach Neueinstellungen und nach der Wahrnehmung einzelner Kohorten an. Die Fragen richten sich auf die Rahmenbedingungen von Erwerbsverläufen und damit auf die Beschäftigungs- und Qualifizierungschancen von Alterskohorten in unterschiedlichen Anpassungsphasen der Betriebe.

Im einzelnen werden wir in den Regionen Leipzig und Rostock mit personalverantwortlichen Entscheidungsträgern (Vorstand/Personal und Betriebs- bzw. Personalräte) in 30 Unternehmen und staatlichen Verwaltungseinheiten Interviews durchführen. Die Betriebsfallstudien (Boos 1993) sollen ein möglichst umfängli-

ches Abbild dreier kontrastierender Branchen liefern. Die zu untersuchenden Betriebe gehören 1. der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen, 2. der Chemiebranche (einschließlich Umwelt und Umweltsanierung) und 3. der Bankenbranche (einschließlich Consult) an.

Abb. 2: Branchenstruktur des Betriebssamples

	alte Betriebe/ Branchen	neue Betriebe/ Branchen	
Chemie	5 chem. Großbetriebe	5 Umweltanalyse/ Umweltsanierung	10
Banken	5 Großbanken	5 Consulting-Unternehmen	10
öffentlicher Sektor	5 Kommunalverwaltungen	5 Pflegedienste	10
	15	15	30

Unternehmen in der Umweltanalyse und Umweltsanierung gelten ebenso wie der monetäre Dienstleistungsbereich als beschäftigungspolitische Hoffnungsträger. Produktiven Kernsektoren wie etwa der Chemieindustrie fordert der Strukturwandel auf der Beschäftigtenseite erhebliche Anpassungsleistungen ab. Die Beschäftigungssituation in der öffentlichen Verwaltung gilt - bei allen betriebs- und arbeitsorganisatorischen Neuerungen - als stabil. Das Betriebssample soll sich je hälftig aus a) neu-/ausgegründeten Unternehmen bzw. Verwaltungseinheiten und b) schon in der DDR bestandenen Betrieben bzw. Dienststellen zusammensetzen. Mit der Wahl von zwei unterschiedlichen Regionen können arbeitsmarktstrukturelle Sonderbedingungen kontrolliert werden. Zu Forschergruppen, zu Betrieben und zu Teilen der kommunalen Verwaltung in diesen Regionen bestehen z.T. intensive Arbeitskontakte.

3.5.2.4 Sekundäranalyse

Der in der laufenden Förderphase begonnene Vergleich unserer Ergebnisse mit für die Gesamtbevölkerung der neuen Bundesländer repräsentativen Verlaufsdaten wird fortgeführt und um Analysen mit repräsentativen Daten aus den alten Bundesländern ergänzt. Die Sekundäranalysen stellen eine Vorarbeit zu internationalen Vergleichen dar, die für die abschließende Projektphase geplant sind.

Mit dem Sozioökonomischen-Panel-Ost (SOEP-Ost) steht ein geeigneter Datensatz bereit, der es erlaubt, die ermittelten Verläufe unseres regional-, kohorten- und

qualifikationsspezifischen Samples mit denen älterer Facharbeiter- und Akademikerkohorten sekundäranalytisch zu vergleichen.

Eine seit kurzem zugängliche 1% Stichprobe aus der IAB-Beschäftigtenstatistik des Zeitraumes 1975 bis 1990 (Bender/ Hilzendegen 1995; Rohwer 1995) liefert eine weitere geeignete Datengrundlage zu einem Vergleich der Ergebnisse. Der sehr umfangreiche Datensatz ermöglicht die Konstruktion eines nach Lebensalter und Ausgangsberuf mit unserem Makro-Panel identischen Teilsamples. Durch den Vergleich der zur Verfügung stehenden individuellen Verlaufsdaten können Interpretationsmaßstäbe ostdeutscher Entwicklungen gewonnen werden. Hier ist zu fragen, unterscheiden sich Erwerbstätigkeitsverläufe von "jungen" Abgangskohorten in Westdeutschland hinsichtlich ihrer zeitlichen Ereignisstruktur und ihrer Varianz von denen, die wir in unserem Makro-Panel analysieren? Inwieweit bestehen personelle (Alter, Geschlecht), betriebliche (Größe, Branche), berufliche (Wechselanzahl, Statusmobilität) oder in Ost und West unterschiedlich auftretende Kohorten- und Periodeneffekte durch den Strukturwandel?

Mithilfe einer Sekundäranalyse der Betriebspanel Sachsen-Anhalts (Wiener 1995), bei denen sowohl repräsentative Sample von allen Betrieben als auch in einer Sonderuntersuchung von neugegründeten Unternehmen vorliegen, sollen die in unseren Betriebsfallstudien gefundenen Ergebnisse zum Kohortenaustausch von Betriebstypen auf ihre Verallgemeinerbarkeit hin überprüft werden. Zudem werden wir anhand des Betriebspanels des IAB (Projektgruppe Betriebspanel 1994) untersuchen, ob sich die in Ostdeutschland entwickelten personellen Anpassungsstrategien von den in Westdeutschland auftretenden unterscheiden.

Die Datenaufbereitung und die Erzeugung kompatibler Datensätze erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Z-Methodenbereich. Die Auswertungsmethode ist eine multivariate Verlaufsdatenanalyse.

3.5.3 Zeitplan

- 1997** 1. Quartal und 2. Quartal: Ziehung und Aufbereitung von ca. 6.500 Anschriften; Fragebogenentwicklung und Datenerhebung für das Makro- Panel; Leitfadenentwicklung für das Mikro-Panel

3. Quartal: Nacherhebungswelle des Makro-Panels; Durchführung der Interviews des Mikro-Panels; Leitfadenentwicklung für die Betriebsfallanalyse

4. Quartal: Datenaufbereitung und Dateneingabe des Makro-Panels; Durchführung und Transkription der Interviews des Mikro-Panels; Auswahl der Unternehmen für die Betriebsfallanalyse

1998 1. und 2. Quartal: Datenaufbereitung und Analyse des Makro-Panels; Auswertung der transkribierten Interviews des Mikro-Panels; Durchführung der Expertenbefragung der Betriebsfallstudie; Vergleich mit repräsentativen Verlaufsdaten (SOEP-Ost)

3 und 4. Quartal: Datenauswertung des Makro-Panels; Auswertung der transkribierten Interviews des Mikro-Panels; Auswertung der Daten der Experteninterviews der Betriebsfallstudie; Vergleich mit repräsentativen Verlaufsdaten (SOEP-Ost) und Sekundäranalyse mit dem Betriebspanel Sachsen-Anhalt

1999 1. bis 4. Quartal: Verknüpfung der Ergebnisse des Makro-Panels, des Mikro-Panels und der Betriebsfallanalyse; Vergleich mit repräsentativen Verlaufsdaten (IAB-Beschäftigtenstatistik und Sekundäranalyse mit dem Betriebspanel Sachsen-Anhalt); Verfassen des Ergebnisberichtes

3.6 Stellung des Projektes innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Zusammen mit den Projekten des A-Bereiches geht es dem Projekt A4 darum, Berufs- und Lebensverläufe von Berufseinsteiger-Kohorten unterschiedlichen Qualifikationsniveaus zu analysieren. Spezifisch am Projekt A4 ist der Versuch, systematisch eine Interdependenz zwischen den makrostrukturellen Veränderungen des Transformationsprozesses, individuellen Bewältigungsstrategien und institutionellen "Lebenslaufpolitiken" aufzuzeigen. In dieser Forschungsphase wurde mit dem Projekt A1 eine Kooperation begonnen, die das Ziel verfolgt, ein standardisiertes Instrument zur Erhebung berufsbiographischer Bewältigungsmuster zu testen.

Ein Schwerpunkt der nächsten Phase des Projektes A4 liegt in der Integration einer institutionellen Betrachtungsweise der Lebenslaufpolitiken von Betrieben. Trotz

der scheinbar divergenten Untersuchungsgegenstände - Berufseinsteigerkohorten im Projekt A4, Verrentungsprozesse im Projekt C5 - erwarten wir von der vereinbarten Kooperation mit dem Projekt C5 im Bereich von Betriebsfallstudien eine vergleichende Forschungsperspektive für die Untersuchung moralökonomischer Fundierungen betrieblicher "Lebenslaufpolitik". Vergleichbare Stichprobenauswahl und die Parallelisierung eines Teils des Interviewleitfadens sollen eine Verfolgung einer gemeinsamen Forschungsfrage ermöglichen. Die Ergebnisse der Betriebsfallstudie sollen in einem zusammen mit dem Projekt C5 organisierten Workshop vorgestellt werden.

Die Projekte A1, B1 und A4 verbindet ein theorieleitendes Interesse an der Bedeutung des Konzeptes "Beruf" für das Verständnis der Spezifik bundesdeutscher Lebenslaufregime. Die gemeinsamen Forschungsanstrengungen werden in der kommenden Förderphase durch die Veranstaltung einer gemeinsamen Tagung zur Bedeutung dieses Konzeptes in Theorie und Methode zusammengeführt.

Der in den bisherigen Forschungsphasen bewährte Austausch mit dem Projekt B6 über die Verwendung von Ereignisdatenanalysen bei der Untersuchung von Längsschnittdaten wird fortgesetzt. Zusammen mit einigen anderen Projekten (A1, B1) versucht das Projekt A4 unter Federführung des Z-Methoden-Bereiches, die neue Methode des "optimal pattern matching" für die Analyse von Lebenslaufsequenzen zu erproben.

3.6.2 Längerfristige Forschungsperspektive

Leitthema der letzten Phase soll im Einklang mit der längerfristigen Forschungsperspektive des Sonderforschungsbereichs das Thema "Institutionelle Lebenslaufpolitik und internationaler Vergleich" sein. Für das Projekt A4 bedeutet dies, daß die in der nächsten Forschungsphase in Angriff genommenen Untersuchungen zur "Lebenslaufpolitik" von Betrieben zu einer Analyseperspektive von Besonderheiten der Konstitution bundesdeutscher Arbeitsmarktverläufe erweitert werden sollen. Es soll die Einbettung betrieblicher Personalpolitik in die Handlungsbedingungen korporativer Akteure untersucht werden. Der angestrebte internationale Vergleich von nationalen, arbeitsmarktbezogenen "Lebenslaufpolitiken", insbesondere deren moralökonomischer Fundierungen, dient der Abrundung dieser Forschungsperspektive. Die behauptete Spezifität bundesdeutscher Muster läßt sich nur im internationalen Vergleich verifizieren, bzw. falsifizieren.

Das Makro-Panel soll in der letzten Forschungsphase abgeschlossen werden. Die Indikatorkohorte 1995 (erste Nach-Wende-Kohorte) hat bis dahin (2000) sowohl Prozesse der Berufsplatzierung als auch der Familiengründung weitgehend abgeschlossen, so daß dann im Kohortenvergleich eine vollständige Rekonstruktion des Transformationsprozesses als sozialer Wandlungsprozeß neueintretender Kohorten möglich ist.

Ergänzungsausstattung

Bücher (512)

Der von Seiten der Universität bereitgestellte Etat reicht nicht für die Anschaffung wichtiger (angelsächsischer) Theorie- und der meist sehr teuren Methodenbücher, mit denen kontinuierlich gearbeitet wird. Für die Beschaffung von Literatur wird ein jährlicher Zuschuß von 1500,- DM beantragt.

Verbrauchsmaterial (522)

Für 1997 ist aufgrund der schriftlichen Retrospektiverhebung und der Interviewführung mit einem deutlich erhöhten Bedarf an Verbrauchsmaterial zu rechnen. Die beantragten Mittel verteilen sich wie folgt:

1997 2.500,- DM	1998 2.000,- DM	1999 2.000,- DM
-----------------	-----------------	-----------------

Reisekosten (527)

Für die methodische Beratung des Projektes werden in 1997 eine Reise für eine Person für drei Tage nach Mannheim (ZUMA) für erforderlich gehalten. Im Zusammenhang mit der Auswertung des SOEP-Ost sind in 1998 und 1999 jeweils eine fünftägige Reise nach Berlin (DIW) und für die Auswertung der IAB-Stichprobe jeweils eine fünftägige Reise nach Nürnberg (IAB) notwendig. Für die Bearbeitung des Betriebspanels Sachsen-Anhalt sind ebenfalls in 1999 zwei zweitägige Reisen nach Halle (ISW) erforderlich. Ferner sind neben der Teilnahme an Fachtagungen z.T. regelmäßige Kontakte mit externen Kooperationspartnern des MPI für Bildungsforschung in Berlin (K. U. Mayer), der Humboldt-Universität Berlin (H. Nickel, A. Sorge, K. Lohr), des Jugendforschungsinstituts in Leipzig und des HIS in Kassel (U. Teichler) erforderlich. Dafür sind für 1998 und 1999 jeweils zwei zweitägige Dienstreisen für jeweils zwei Personen erforderlich.

Für die Durchführung der ca. 50 Interviews des Mikro-Panels sind in 1997 fünfundzwanzig zwei und eintägige Reisen (verstreut vorrangig in den neuen Bundesländern) durchzuführen.

Für die Vorbereitung der Betriebsfallanalysen sind in 1997 zwei dreitägige Reisen zur Durchführung von Sondierungsgesprächen nach Rostock und Leipzig geplant, sowie in 1998 sechzehn zweitägige Reisen zur Durchführung der Experteninterviews und der Erhebung der Beschäftigungsdaten. Reisekosten insgesamt:

1997 11.000,- DM	1998 9.000,- DM	1999 5.000,- DM
------------------	-----------------	-----------------

Druckkosten (531a)

In 1999 sind die Erstellung und Publikation des Workshopberichtes und einer Projektmonographie vorgesehen. Kosten zusammen 8.000,- DM.

Vervielfältigungen (531b)

In 1997 und 1998 ist die Erstellung von Arbeitspapieren in der SFB-Reihe geplant. Hier entstehen Kosten von jährlich jeweils 1.500,- DM.

Sonstiges (547)

In 1997 entstehen Kosten für den Druck von insgesamt elftausend Fragebögen (einschließlich der graphischen Gestaltung der unterschiedlichen Varianten) und der An- und Erinnerungsschreiben zur schriftlichen Retrospektivbefragung (17.500,- DM). Für die Durchführung der Befragung sind 1997 für den Versand und die Rückantworten je 6.500 bedruckte A4/A5 Umschläge, für die Nacherhebungswellen je 4.500 Umschläge und für Erinnerung und Panelpflege je 4.000 Umschläge erforderlich. Die Kosten für die 30.000 Umschläge betragen 2.000,- DM. Darüber hinaus entstehen 1997 Portokosten für 3 Verschickungswellen und die jeweils freigestempelten DIN A5-Rückantworten, sowie Dankschreiben und Adressenberichtigungskarten im Umfang von 55.000,- DM. Für die ca. 2.000 Anschriftenrecherchen (einschließlich der zum Teil mehrfachen Recherchen) bei den Einwohnermeldeämtern entstehen 1997 Kosten in Höhe von 12.000,- DM (Kosten pro Anschrift von 5,- DM sowie Porto). Zur Erhöhung des Rücklaufs bei der schriftlichen Befragung wird eine Sonderbriefmarke beigelegt. Die Teilnehmer an der Befragung, die eine berufliche Lehre absolviert haben, bekommen eine Aufwandsentschädigung von 10 DM pro Person (Kosten 1997: 22.000,- DM). Für die Programmierung einer Datenbank und die Erstellung einer Dateneingabemaske wird 1997 ein Werkauftrag vergeben (4000,- DM). Zusammen ergeben sich daraus für 1997: 112.500 DM.

Zur Vorbereitung einer abschliessenden Erhebung des Makro-Panels im Jahr 2000 sind für die Panelpflege in 1998 und 1999 jeweils 4000 Schreiben vorgesehen. Für den Druck, Umschläge, ein kleines Präsent und Porto werden Kosten veranschlagt in Höhe von

in 1998 11.000,- DM in 1999 11.000,- DM.

Die Verkodung der Berufsangaben soll 1998 vom ZUMA-Mannheim übernommen werden. Kosten: 12.000,- DM.

Es hat sich erwiesen, daß für die Gruppe der Auszubildenden - und damit der Hälfte des Mikro-Sampels (25 Personen) ein finanzieller Anreiz in Höhe von 25,- DM bereitgestellt werden muß. Hier entstehen 1997 Kosten in Höhe von 625,- DM.

In 1998 sind für Transkriptionen der Interviews über die SFB-Kapazitäten hinaus Schreibaufträge für 50 Interviewtranskriptionen der Experteninterviews und der Gespräche des Mikro-Panels erforderlich. Es entstehen Kosten (50 Transkripte x 40 Seiten x 5 DM/Seite) in Höhe von 10.000,- DM.

In 1998 fallen für die zur Auswertung der qualitativen und quantitativen Daten (z.B. WinMAX, Concluc) und ihrer Präsentation (z.B. Harvard Graphics) benötigte Computer-Software Kauf- und Lizenzgebühren in Höhe von 2.300,- DM an.

Für 1997, 1998 und 1999 fallen Kosten von jährlich 300,- DM für den Erwerb der neuesten Datensätze des SOEP-Ost, der IAB-Beschäftigtenstichprobe und des Betriebspanels Sachsen-Anhalt an. Für die Erstellung eines nutzbaren Datensatzes der IAB-Beschäftigtenstichprobe und des Betriebspanels werden in 1998 zwei Werkverträge (4.000,- DM) nach Nürnberg bzw. Halle vergeben werden müssen. Kosten

in 1997 300,- DM	in 1998 4.300,- DM	in 1999 300,- DM.
------------------	--------------------	-------------------

3.8. Literatur

Abbott, Andrew; Hrycak, Alexandra (1990): Measuring Resemblance in Sequence Data. In: American Journal of Sociology, 96, 144-185

Allmendinger, Jutta (1989): Career Mobility Dynamics. Berlin

Backhaus-Maul, Holger; Olk, Thomas (1996): Vom Korporatismus zum Pluralismus? In: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Frankfurt/M., 580-594

Beck, Ulrich; Bolte Karl Martin; Brater, Michael (1978): Qualitative Veränderungen der Berufsstruktur als Voraussetzung expansiver Bildungspolitik. In: Mertens, Dieter; Kaiser, Manfred (Hrsg.): Berufliche Flexibilitätsforschung in der Diskussion. Materialienband 2. Nürnberg, 21-52

Becker, Henk A. (1989): Generationen, Handlungsspielräume und Generationspolitik. In: Weymann, Ansgar (Hrsg.): Handlungsspielräume. Stuttgart, 76-89

Becker, Rolf; Zimmermann, Ekkart (1995): Statusinkonsistenz im Lebensverlauf. In: Zeitschrift für Soziologie, 24, 358-373

- Bender, Stefan; Hilzendegen, Jürgen (1995) Die IAB-Beschäftigtenstichprobe als scientific use file. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 28, 1-20
- Berger, Horst; Bulmann, Thomas; Hinrichs, Wilhelm (1995): Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Arbeitspapier FS III 95-403. Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin
- Berger, Peter A. (1990): Ungleichheitsphasen. In: ders.; Hradil, Stefan (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen, 319-350
- Berger, Peter A. (1991): Von Bewegungen in zur Beweglichkeit von Strukturen. In: Soziale Welt, 42, 68-92
- Berger, Peter A. (1992): "Was starr war, ist nun in Bewegung". In: Thomas, Michael (Hrsg.): Abbruch und Aufbruch. Berlin, 128-151
- Berger, Peter A. (1995): Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung. In: ders.; Sopp, Peter (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 65-84
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter (1995): Dynamische Sozialstrukturanalysen und Strukturereferenzen. In: dies. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 9-26
- Bertram, Hans (1991): Soziale Ungleichheit, soziale Räume und sozialer Wandel. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt/M., 636-666
- Bertram, Hans (1995): Regionale Vielfalt und Lebensformen. In: ders. (Hrsg.): Das Individuum und seine Familie. Opladen, 196-222
- Biehler, Hermann u.a. (1981): Arbeitsmarktstrukturen und -prozesse. Tübingen
- Blanchard, Olivier J.; Summers, Lawrence H. (1987): Hysteresis in Unemployment. In: European Economic Review, 31, 288-295
- Blossfeld, Hans-Peter (1985): Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt/M.
- Blossfeld, Hans-Peter (1989): Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß. Frankfurt/M.
- Blossfeld, Hans-Peter; Rohwer, Götz (1995): Techniques of Event History Modeling. Hillsdale.
- Boos, Margarete (1993): Fallstudienmethodik. In: Becker, Fred G.; Martin, Albert (Hrsg.): Empirische Personalforschung. München, 33-46
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Göttingen, 183-198
- Buchmann, Marlis; Sacchi, Stefan (1995a): Zur Differenzierung von Berufsverläufen. In: Berger, Peter A.; Sopp, Peter (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 49-64

- Buchmann, Marlis; Sacchi, Stefan (1995b): Mehrdimensionale Klassifikation beruflicher Verlaufsdaten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47, 413-442
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (1993) (Hrsg.): Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern. Bonn
- Busch, Dirk; Hommerich, Christoph (1982): Lebensphasen und Wechsel von Lebenswelten. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 2, 21-37
- Coleman, James (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: American Journal of Sociology, 94 (Supplement), S95-S120
- Dahms, Vera; Wahse, Jürgen (1994): Zur Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland im Transformationsprozeß. In: Nickel, Hildegard M.; Kühl, Jürgen; Schenk, Sabine (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin, 29-54
- Diewald, Martin; Huinink, Johannes (1994): Lebenslauf und Wendereignisse. Die soziale Prägung von Fatalismus, Optimismus sowie sozialpolitische Einstellungen und Bewertungen. Arbeitsbericht 9, Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
- Diewald, Martin; Solga, Heike (1996): Ordnung im Umbruch? In: Clausen, Lars (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Frankfurt/M., 259-274
- Doeringer, Peter B.; Piore, Michael J. (1971): Internal Labor Markets and Manpower Analysis. Lexington
- Dohse, Knuth; Jürgens, Ulrich; Russig, Harald (Hrsg.) (1982): Ältere Arbeitnehmer zwischen Unternehmensinteressen und Sozialpolitik. Frankfurt/M.
- Elder, Glen H. (1991): Lives and Social Change. In: Heinz, Walter (Hrsg.): Theoretical Advances in Life Course Research. Weinheim, 58-86
- Elder, Glen H.; Caspi, Avsholm (1990): Persönliche Entwicklung und sozialer Wandel. In: Mayer, Karl U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. Opladen, 22-57
- Geißler, Rainer (1991): Transformationsprozesse in der Sozialstruktur der neuen Bundesländer. In: Berliner Journal für Soziologie, 1, 177-194
- Geißler, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen
- Grünert, Holle (1993): Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Arbeitspapier P 93-004. Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin
- Grünert, Holle; Lutz, Burkart (1994): Transformationsprozeß und Arbeitsmarktsegmentation. In: Nickel, Hildegard M.; Kühl, Jürgen; Schenk, Sabine (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin, 3-28
- Heinz, Walter; Weymann, Ansgar (Hrsg.) (1996): Society and Biography. Weinheim

- Herlyn, Ingeborg; Weymann, Ansgar (Hrsg.) (1987): Bildung ohne Berufsperspektive? Frankfurt/M.
- Hradil, Stefan (1992): Die 'objektive' und die 'subjektive' Modernisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B29-30, 3-14
- Hüning, Hasko; Nickel, Hildegard M.; Struck-Möbbeck, Olaf (1994) Aufbau- und Konsolidierung im Finanzdienstleistungssektor in Sachsen-Anhalt. Berliner Arbeitshefte Bd. 96. Berlin
- Huinink, Johannes u.a. (Hrsg.) (1995): Kollektiv und Eigensinn. Berlin
- Huinink, Johannes; Wagner, Michael (1995): Partnerschaft, Ehe und Familie in der DDR. In: Huinink, Johannes u.a. (Hrsg.): Kollektiv und Eigensinn. Berlin, 145-188
- Joas, Hans; Kohli, Martin (Hrsg.) (1993): Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/M.
- Kaiser, Manfred; Nuthmann, Reinhard; Stegmann, Heinz (Hrsg.) (1985): Berufliche Verbleibsforschung in der Diskussion. Nürnberg.
- Kappelhoff, Peter; Teckenberg, Wolfgang (1987): Intergenerationen- und Karrieremobilität in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39, 302-329
- Koch, Thomas (1991): Statusunsicherheit und Identitätsuche im Spannungsfeld zwischen 'schöpferischer Zerstörung' und nationaler Re-Integration. In: BISS-public, 2, 79-98
- Kohli, Martin (1989): Moralökonomie und "Generationenvertrag". In: Haller, Max u.a. (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Frankfurt/M., 532-555
- Kreckel, Reinhard (1993): Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Geißler, Rainer. (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen, 41-62
- Kudera, Werner (1993): Gesellschaftliche Disparitäten und alltägliche Lebensführung. In: Mitteilungen des Sonderforschungsbereichs 333, H. 5, 123-132
- Lehmbruch, Gerhard (1994): Institutionen, Interessen und sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands. In: Journal für Sozialforschung, 34, 21-44.
- Licht, Georg; Steiner, Viktor (1994): Where Have All the Workers Gone? In: Schwarze, Johannes; Buttler, Friedrich; Wagner, Gert G. (Hrsg.): Labour Market Dynamics in Present Day Germany. Frankfurt/M., 40-66
- Lindbeck, Assar; Snower, Dennis J. (1988): The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment. Cambridge
- Lutz, Burkart (1995): Arbeitsmarktforschung im Rahmen der KSPW. In: Beer, Doris u.a. (Hrsg.): Empirische Arbeitsmarktforschung zur Transformation in Ostdeutschland. SAMF Arbeitspapier 1995-4. Gelsenkirchen, 13-37

- Marz, L. (1992): Dispositionskosten des Transformationsprozesses. Werden mentale Orientierungsnotwendigkeiten zum wirtschaftlichen Problem? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 24, 3-14
- Marz, Lutz; Pawloski, Peter (1990): Moderne (De-)Modernisierung. In: *Journal für Sozialforschung*, 30, 396-412
- Mayer, Karl U. (1994): Vereinigung soziologisch: Die soziale Ordnung der DDR und ihre Folgen. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 4, 307-321
- Mayer, Karl U. (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe. In: Berger, Peter A./ Sopp, Peter (Hrsg.): *Sozialstruktur und Lebenslauf*. Opladen, 27-48.
- Mertens, Dieter; Kaiser, Manfred (Hrsg.) (1978): *Berufliche Flexibilitätsforschung in der Diskussion. Ein Hauptband und drei Materialienbände*. Nürnberg
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Graz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung*. Opladen, 441-471
- Minks, Karl-Heinz; Bathke, Gustav-Wilhelm (1992): *Berufliche Integration und Weiterbildung von jungen Akademikern aus den neuen Ländern*. Hannover.
- Minks, Karl-Heinz; Bathke, Gustav-Wilhelm (1993): *Berufliche Integration und Weiterbildung von jungen Akademikern aus den neuen Ländern*. HIS Kurzinformation A2/93. Hannover.
- Minx, Bärbel u.a. (1995): *Berufsverläufe und berufsbiographische Coping-Strategien*. Endbericht an die KSPW. Halle - Bremen
- Müller, Walter (1978): *Klassenlage und Lebenslauf*. Mannheim.
- Müller, Walter (1985): Mobilitätsforschung und Arbeitsmarkttheorie. In: Knepel, H./ Hujer, R. (Hrsg.): *Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt*. Frankfurt/M., 17-40
- Nickel, Hildegard M.; Schenk, Sabine (1994): Prozesse geschlechtsspezifischer Differenzierung im Erwerbssystem. In: Nickel, Hildegard M. u.a. (Hrsg.): *Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch*. Berlin, 259-282
- Offe, Claus; Hinrichs, K. (1977): Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage "benachteiligter" Gruppen von Arbeitnehmern. In: Offe/Projektgruppe Arbeitsmarktpolitik (Hrsg.): *Opfer des Arbeitsmarktes*. Neuwied, 3-61
- Pollack, Detlef (1990): Das Ende einer Organisationsgesellschaft. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19, 292-307
- Pollack, Detlef (1991): Von der Organisationsgesellschaft zur Risikogesellschaft. Soziologische Überlegungen zu den gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Ostdeutschland. In: *Berliner Journal für Soziologie* 1, 451-456
- Projektgruppe Betriebspanel (1994): Das IAB-Betriebspanel - Ergebnisse der ersten Welle 1993. In: *Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 27, 20-32

- Reißig, Rolf (1993): Das Scheitern der DDR und des realsozialistischen Systems. In: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/M., 49-69
- Reißig, Rolf (1994): Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. In: Berliner Journal für Soziologie, 4, 323-363.
- Rieger, Kathrin; Molnar, Doreen (1994): Von der ungelesenen Aushilfe bis zur qualifizierten Beraterin - Personalrekrutierung im Einzelhandel. Arbeitspapier des Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung e.V. Leipzig
- Rohwer, Götz (1995): Einführung in das praktische Arbeiten mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe. (Manuskript)
- Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar (1990): Generations, Social Time, and Conjunctive Experience. In: Becker, Henk (Hrsg.): Life Histories and Generations. Utrecht
- Sackmann, Reinhold; Wogens, Matthias (1994a): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen - Teil I. Sfb 186 Arbeitspapier 27. Bremen
- Sackmann, Reinhold; Wogens, Matthias (1994b): Berufsverläufe ostdeutscher Hochschulabsolventen - Teil II. Sfb 186 Arbeitspapier 28. Bremen
- Sackmann, Reinhold; Wogens, Matthias (1994c): Berufsverläufe von DDR-Hochschulabsolventen nach der "Wende". In: Das Hochschulwesen, 42, 23-31
- Sackmann, Reinhold; Weymann, Ansgar (1994): Die Technisierung des Alltags. Frankfurt/M.
- Sackmann, Reinhold; Wogens, Matthias (1995): Individuelle und gesellschaftliche Strukturierung beruflicher Diskontinuität. In: Hoerning, Erika; Corsten, Michael (Hrsg.): Institution und Biographie. Pfaffenweiler, 113-130
- Sackmann, Reinhold; Wogens, Matthias (1996): Berufsverläufe im Transformationsprozeß. In: Diewald, Martin; Mayer, Karl U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen
- Scheib, Renate (1987): Der Betrieb als Schlüsselinstanz für individuelle Beschäftigungschancen. Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung 107. Nürnberg
- Schober, Karin (1993): Veränderte Statuspassagen und Strukturwandel in der beruflichen Erstausbildung. In: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26, 162-175
- Schwarzer, Ralf (1994): Streß durch Wandel oder Wandel durch Streß? In: Schwarzer, Ralf; Jerusalem, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Umbruch als kritisches Lebensereignis. Weinheim, 11-20
- Sengenberger, Wolfgang (1987): Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Frankfurt/M.

- Sørensen, Aage B. (1986): Theory and Methodology in Social Stratification. In: Himmelstrand, Ulf (Hrsg.): The Sociology of Structure and Action. London, 69-95
- Srubar, Ilja (1991): War der reale Sozialismus modern? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43, 415-432
- Staudt, Erich; Voß, Peter (1994): Der Zweite Arbeitsmarkt - Sprungbrett oder Sackgasse? QUEM - report 18. Berlin
- Stein, Ruth.. H. (1994): Berufsübergänge von Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus den neuen Bundesländern zu Beginn der neunziger Jahre. Projektberichte 3/1994 der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin.
- Steinhöfel, Michael; Stieler, Brigitte; Trügel, Annegret (1992): Veränderungen der betrieblichen Personalstrukturen im Transformationsprozeß. Graue Reihe der KSPW Nr. 101. Halle
- Struck-Möbbeck, Olaf (1995): "Intern vor extern" - Personalentwicklung und Beschäftigungsbedarfe im Finanzdienstleistungssektor in Sachsen-Anhalt. In: Hüning, Hasko u.a. (Hrsg.): Gestaltungschancen und Handlungsgrenzen. Graue Reihe der KSPW Nr. 95-01. Halle, 88-105
- Struck-Möbbeck, Olaf (1996): Individuenzentrierte Personalentwicklung. Dissertation. Bremen
- Teichler, Ulrich (1984): Forschung über Hochschule und Beruf. In: Goldschmidt, D. u.a. (Hrsg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Frankfurt/M., 193-216
- Wehrich Margrit (1993): Wenn der Betrieb schließt. Über alltägliche Lebensführung von Industriearbeitern im ostdeutschen Transformationsprozeß. In: BIOS, 6, 224-238
- Weymann, Ansgar u.a. (1980): Der Hauptschulabschluß in der Weiterbildung. Paderborn
- Weymann, Ansgar (Hrsg.) (1982): Handbuch für die Soziologie der Weiterbildung. Darmstadt
- Weymann, Ansgar (Hrsg.) (1987): Bildung und Beschäftigung. Göttingen
- Weymann, Ansgar (Hrsg.) (1989): Handlungsspielräume. Stuttgart
- Weymann, Ansgar u.a. (1994): Weiterbildungsqualität: Märkte und Akteure in den neuen Bundesländern. Bremen
- Weymann, Ansgar (1995a): Bildungsforschung. In: Sahner, Heinz; Schwendtner, Stefan (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Opladen
- Weymann, Ansgar (1995b): Modernisierung, Generationsverhältnisse und die Ökonomie der Lebenszeit. In: Soziale Welt, 46, 369-384
- Wiener, Bettina (1995): Wegweiser zu den Arbeitsmarktdaten Sachsen Anhalt. Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt Bd. 8. Hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg

- Wiesenthal, Helmut (Hrsg.) (1995): Einheit als Interessenpolitik. Frankfurt/M.
- Wingens, Matthias; Weymann, Ansgar (1988): Die Verwendung soziologischen Wissens in der bildungspolitischen Diskussion. Pfaffenweiler
- Zapf, Wolfgang (1991): Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. In: Giesen, Bernd; Leggewie, Claus (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin, 38-51
- Zapf, Wolfgang. (1993): Die DDR 1989/1990 - Zusammenbruch einer Sozialstruktur? In: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/M., 29-48
- Zapf, Wolfgang (1994): Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. In: Berliner Journal für Soziologie, 4, 295-305

Projektbereich B

3.0 Projektbereich B

Statuspassagen zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit

3.01 Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs

Der B-Bereich konzentriert sich auf die zu Antragsbeginn des Sfb in Theorie und Empirie noch wenig bedachte Strukturierung des Lebenslaufs durch die Institution Familie, durch ihre Vernetzung mit anderen Institutionen im Erwachsenenverlauf und sich wandelnde Zuständigkeitsnormen auf Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Entsprechend gilt das Forschungsinteresse zum einen den Umgestaltungen in der paarbezogenen und geschlechterbiographischen Koordination von familieninternen und -externen Anforderungen, zum anderen dem Verhältnis familialer Dienstleistungen zu jenen außerfamilialen Institutionen, die familiäre Arbeit mittragen, mitstrukturieren und mitstützen.

In den im B-Bereich bereits abgeschlossenen Projekten wurden jeweils Teilaspekte der Interdependenz von Familie und Lebenslauf untersucht: so in B2 die Antizipation des Institutionen-Puzzles im weiblichen Lebenslauf bei jungen Frauen; in B3 die Vergesellschaftung familialer Arbeit und geschlechtsspezifische first-entry-Passagen in Dienstleistungsberufe; in B4 die - inzwischen historisch überholten - Integrationsprobleme von DDR-Zuwanderern in die beruflichen und sozialen Bedingungen der BRD; in B5 schließlich wechselseitige Verpflichtungsmuster als Stabilisierungsprozesse im innerfamilialen Binnenverhältnis bei spät geschlossenen Ehen.

Die zur Fortsetzung beantragten Projekte B1 und B6 nehmen jeweils Klammerfunktionen wahr: im Forschungskontext der B1-Projekte wurde die These vom Verbundsystem zwischen Familie und ihren Kontextinstitutionen entwickelt und ihre Effekte für die männliche und weibliche Erwerbsbiographie von familial vernetzten Personen herausgearbeitet; das erst in der letzten Antragsphase hinzugekommene Teilprojekt B6 thematisiert Haushaltsdynamiken im internationalen Vergleich. Gemeinsam konzentrieren sich die beiden Projekte B1 und B6 in der beantragten vierten Phase des Sfb auf die Erfassung von v.a für den internationalen Vergleich wichtigen, aber in der Forschung bisher weitestgehend unberücksichtigten Besonderheiten der beiden Zentralinstitutionen für den Erwachsenenverlauf in der Bundesrepublik Deutschland: B1 auf die Effekte einer komplementär familial ausgerichteten Berufsbildungs- und Berufspolitik, die die biographisch-fristige Strukturierung des Berufssystems im weiblichen Arbeitsmarktseg-

ment zur Folge hat und deren Einfluß auf die weibliche Lebenslaufgestaltung im Kohortenvergleich empirisch geprüft wird. B6 bezieht politik- und kulturspezifische Steuerungsmuster innerfamiliärer Statuspassagen in die Analyse von Haushaltsentwicklungen ein, so den Erwerb von Wohneigentum, ökonomische Bindungen bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und die Synchronisation/Koordination der Ausstiege aus dem Erwerbssystem im Rentenalter.

Ausgangspunkt beider Projekte ist zum einen die Annahme von der Bedeutung außerfamiliärer Politiken für die familiäre Strukturierung des Lebenslaufs bei zunehmender Gleichgewichtigkeit von Familie und Erwerbsarbeit für beide Geschlechter, zum anderen aber auch die Erkenntnis, daß gerade mit Bezug auf die bundesrepublikanische Realität bei internationalen Vergleichsstudien zur Rolle von Familie im Lebenslauf Vorsicht geboten ist. Die bisher vorliegenden Datensätze legen alzu leicht nicht zulässige Übergeneralisierungen nahe durch die Bestimmung des Einflusses von Familie über 'Globaldaten' wie Heirats-, Geburten-, Scheidungsziffern und der wenig differenzierten Erfassung weiblicher Erwerbsverläufe als Arbeitsmarktpartizipation unter Ausklammerung von (typisch deutscher) beruflicher Qualifizierung und erreichter beruflicher Erstposition, von unterbrechungsbedingten Abstiegsspiralen und in der Bundesrepublik hinsichtlich Umfang und Versicherungsrelevanz sehr verschiedenen Formen von Teilzeitarbeit. Während B6 bereits entsprechende Erfahrungen mit internationalen Vergleichsdaten gesammelt hat, beabsichtigen beide Projekte, in der nach Abschluß der vorgeschlagenen Studien fortzuführenden letzten Projektphase, den internationalen Vergleich auf der Basis der dann gewonnenen Daten zu vertiefen.

3.02 Bisherige und beantragte Förderung des Projektbereichs B (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Beträge DM 1.000
bis 1993	1.952.900,-
1994	504.900,-
1995	443.800,-
1996	360.000,-
Zwischensumme	3.261.600,-
1997	605.800,-
1998	417.100,-
1999	417.500,-

Teilprojekt B1

3.1 **Allgemeine Angaben zum Teilprojekt B1**

3.11 **Thema:**

Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel

3.12 **Fachgebiet und Arbeitsrichtung:**

Lebenslauf- und Biographieforschung, Familien- und Berufssoziologie

3.13 **Leitung:**

Prof. Dr. Helga Krüger; Dr. Claudia Born
 Sonderforschungsbereich 186/Fachbereich 11
 Universität Bremen
 Wiener Str./FVG-West
 28334 Bremen
 Tel. 0421/218-2175; -4163
 email: hkrueger@sfb186.uni-bremen.de
 cborn@sfb186.uni-bremen.de

3.14 **Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes:**

Das Teilprojekt wird gefördert seit 01.07.1988

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	625.700	45.600	---	671.300
1994	154.400	11.300	---	165.700
1995	156.800	16.100	---	172.900
1996	164.400	2.000	---	166.400
Zwischen- summe	1.101.300	75.000	---	1.176.300
1997	174.000	183.600	---	357.600
1998	174.000	7.100	---	181.100
1999	174.000	10.100	---	184.100

3.2 Zusammenfassung

Der Projektzyklus von B1 thematisiert Innovationsprozesse und -resistenzen im Wandel der weiblichen Lebensführung. Während in den drei bisher durchgeführten Projekten weibliche Erwerbsarbeit als Veränderungsimpuls für Familienbeziehungen innerhalb und zwischen zwei Generationen analysiert wurde, konzentriert sich das Fortsetzungsprojekt auf die Rolle von Berufen in der Sozialstruktur des weiblichen Lebenslaufs.

Die im ersten Projekt in die Untersuchung einbezogenen fünf Berufe haben sich als erstaunlich gestaltungsmächtig für die Sequenzmuster zwischen Erwerbs- und Familienarbeit der um 1930 geborenen Familienfrauen erwiesen. Obwohl alle Berufe auf gleichem Facharbeiterniveau lagen, erzeugten sie erhebliche berufstypische Differenzen in den Erwerbsmustern der Frauen. So kumulierten kaufmännische Angestellte z. B. durchschnittlich 27,5 Jahre im erlernten Beruf, Friseurinnen hingegen nur 7 Erwerbsarbeitsjahre überhaupt. Das Fortsetzungsprojekt knüpft an diese Ergebnisse an und erweitert die Frage nach der Gestaltungsmacht von Berufen im weiblichen Lebenslauf hinsichtlich der Dimensionen Familienstand und Kohortenzugehörigkeit. Es fragt nach lebenslaufstrukturierenden Effekten von Berufen a) auch bei nicht familial gebundenen Frauen, b) bei jüngeren Ausbildungskohorten, für die mögliche berufstypische Verlaufseffekte als abgeschwächt/neutralisiert durch berufsexternen sozialen Wandel vermutet werden können. Dieser bezieht sich - so auch die Ergebnisse der Vorläuferprojekte - auf unterschiedliche Ebenen und Bereiche: z. B. Einstellungsänderungen der männlichen Partner zur weiblichen Erwerbsarbeit (normativ), Arbeitszeitflexibilisierungen (strukturell), Erziehungsurlaub (gesetzlich), Kinderbetreuung (institutionell).

Untersucht werden im 10-Jahres-Kohortenabstand auf Basis einer Flächenstichprobe von Kammerdaten die Berufsverläufe von Frauen mit einer der 15 von Kriegsende bis heute an der Spitze liegenden Berufsausbildungen. Diese umfassen jeweils rund 70 % der weiblichen Ausbildungsverhältnisse.

In Abweichung zur bisher üblichen Lebenslaufforschung rückt das vorgeschlagene Projekt damit explizit horizontale Segmentierungen des weiblichen Arbeitsmarktes ins Zentrum. Es leitet zugleich einen Perspektivenwechsel in der Analyse des weiblichen Lebenslaufs ein, der bisher als primär abhängig von Familienereignissen, von Bildungsniveaus oder sich ausweitenden Teilzeitangeboten in der Erwerbsarbeit vermutet wurde. Die Prüfung des Zusammenhangs von Erstberuf, Familienstand und kohortenspezifischen Kontextveränderungen gestattet es, die Reichweite von Berufskonstrukten als für Frauen relevante Lebenslaufmarker genauer zu bestimmen, zumal dazu aus den Vorläuferprojekten entwickelte neue empirische Verfahren vorliegen.

3.3 Stand der Forschung

Die vorgeschlagene Untersuchung bezieht sich ganz überwiegend auf einen Zeitrahmen vor der Wiedervereinigung, so daß sich die Aufarbeitung des Forschungsstandes auf die Situation der alten Bundesländer bezieht. Für diese gilt es, zum einen den Zusammenhang von Beruf und weiblichem Lebenslauf zu betrachten (3.3.1), zum anderen jene externen Faktoren, die die Erwerbsverläufe der in die Untersuchung aufzunehmenden Frauen insgesamt betreffen (3.3.2). Während letztere bereits Teil der Vorarbeiten des letzten Teilprojekts in B1 waren und entsprechend hier knapp zusammengefaßt werden können, zeigt die Literatur zu Beruf und weiblichem Lebenszusammenhang eine erstaunliche Gemengelage, die sich v.a. als Resultat von Forschungssträngen mit unterschiedlicher Berufsbegriffstradition erweist. Entsprechend wird hier nach Ansätzen in der Berufsbildungs-, Berufsklassifikations-, Frauen- und Lebenslaufforschung differenziert.

3.3.1 Studien zu Beruf und weiblichem Erwerbsverlauf

a) Berufsbildungsforschung

Die um das Berufsbildungssystem orientierte Forschung übernimmt die Definition von Beruf als Bezeichnung für eine Kompetenzbündelung, die nach der Berufsordnung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) geregelt ist. Der jeweilige Beruf ist hiernach inhaltlich und formal eindeutig festgelegt, die Berufsbezeichnung wird mit erfolgreichem Abschluß der dem Berufsbild entsprechenden Ausbildung erworben. Wenn im Rahmen soziologischer Fragestellungen auf die hohe individuelle und gesellschaftliche Stabilisierungskraft des deutschen Berufssystems abgehoben wird (vgl. Beck/Brater 1978), so kann sich diese Aussage auf drei Funktionen stützen, die das deutsche Berufsbildungssystem von dem der übrigen Länder unterscheidet: das der Allokationsfunktion der Abschlüsse auf Beschäftigungsniveaus; das der Schutzfunktion der Berufsbezeichnung gegenüber Arbeitsplatzkonkurrenz von sowohl niedriger als auch für andere Berufe auf gleichem Niveau qualifizierte Personengruppen; und das der Selektionsfunktion der Qualifikationsprofile für Arbeitskraftnachfrager. Da alle drei Funktionen zugleich tarifrechtliche Relevanz haben, spricht Giddens (1984) vom vertikal und horizontal geregelten Marktwert der Berufe in Deutschland, der der per Ausbildung erworbenen Be-

rufsbezeichnung ihren besonderen Stellenwert in der Standardisierung der Integration von Gesellschaftsmitgliedern in die Sozialstruktur verleihe.

Studien sowohl über die Entstehungsbedingungen der Regelungen beruflicher Bildung als auch über das später aufgebaute Weiterbildungssystem belegen, daß diese Strukturierung jedoch keineswegs geschlechtsneutral erfolgte (Brinker-Gabler 1979; Mayer 1992). Um junge Mädchen nicht von der gewünschten Orientierung auf die Hausfrauen- und Mutterrolle abzuhalten, wurden Frauenberufsausbildungen nicht als Qualifizierungs- sondern als Kulturaufgabe definiert, länderspezifischer Bildungspolitik unterstellt und von den oben genannten Funktionszuweisungen möglichst ausgeschlossen.¹ Wie die Schriften aus der Entstehungszeit belegen, verband sich die seinerzeitige Doppelstruktur des Berufsbildungssystems explizit mit der Intention der Sicherung eines Geschlechterverhältnisses, das die Ernährerrolle des Mannes und die von dieser abhängigen Familienerhalterrolle der Frau als lebenslaufgestaltendes Element sichern sollte. Der Prozeß der schrittweisen und bis heute nicht für alle Berufe abgeschlossenen Überführung 'weiblicher' Ausbildungen in das bundeseinheitliche Berufsbildungsgesetz folgte Konjunktur-entwicklungen bzw. dem Mangel an qualifizierten männlichen Arbeitskräften für bestimmte Arbeitsmarktsegmente (Nienhaus 1982; Schlüter 1987). Es liegen bisher keinerlei Studien vor, die die möglichen Effekte dieser Bildungs- und Berufspolitik auf die weibliche Lebenslaufgestaltung empirisch untersucht haben.

b) Klassifikation der Berufe (Bundesanstalt für Arbeit)

Zahlreiche der durchgesehenen Studien basieren auf der von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen 'Klassifikation der Berufe', auf der auch sämtliche amtliche Statistiken, Dokumentationen und Karteien aufbauen. Die dort entwickelte

¹ Lischnewska (1910, 233 (in Brinker-Gabler 1979, 218-239)) kommentiert den Sachverhalt wie folgt: "Leider wandte man dasselbe (Prinzip) auf die sog. weiblichen Handwerke gar nicht oder nur in den seltensten Fällen an. Man argumentierte nämlich so: Die 'Damenschneiderei', 'Putzmacherei', das 'Wäschenähen' und 'Frisieren' der Frauen stellt ein 'Handwerk' im eigentlichen Sinne, d.h. einen 'Beruf auf Lebenszeit' nicht dar. Es handelt sich bei dieser Frauenarbeit nur um eine vorhehliche 'Beschäftigung' oder um ein ganz bescheidenes Lernen 'für den Hausbedarf' (...). Aus dieser Auffassung der berufenen Behörden ist die Verwahrlosung der Frauenbildung erwachsen, die wir heute sehen."

Systematisierung und Bündelung von sog. Berufsnennungen folgt Merkmalen der ausgeübten Tätigkeit. Als 'Beruf' gilt hier entsprechend jede auf Erwerb gerichtete Tätigkeit, unabhängig vom Qualifikationsprofil oder Anstellungsverhältnis der die Tätigkeit Ausübenden. Ähnlich wie im ISCO (International Standard Classification of Occupations) ist maßgebliches Abgrenzungskriterium für die Bündelung der Berufsnennungen (immerhin über 22.000) nach Berufsklassen (4-Steller mit noch 1672 Eintragungen), -ordnungen (3-Steller, 328 Nennungen), -gruppen (2-Steller, 86 Nennungen), -abschnitten (1-Steller, 33 Nennungen) und -bereichen (6) die der Gleichartigkeit der Tätigkeiten, nicht deren Gleichwertigkeit für die Existenzsicherung der Beschäftigten. In Abhängigkeit von der Bündelungsebene wird die Verwandtschaft der Tätigkeiten mit höheren Einheiten immer weitläufiger und der Berufsbegriff für die Ungleichheits- und Lebenslaufforschung immer problematischer (Mayer 1979; Stooß/Saterdag 1979; Wegener 1985). Zwar hat auf Wunsch des Bundesinstituts für Berufsbildung fast jeder der anerkannten Ausbildungsberufe eine Berufsklasse (4-Steller-Ebene) erhalten, aber die in den vorliegenden Analysen am häufigsten verwendete, gängige Bündelungseinheit bleibt die der Berufsgruppen, die schon aufgrund des hohen Aggregationsniveaus in der internen Logik der Systematisierung relativ chancenunähnliche Berufe zusammenfaßt, und noch auf der 4-Steller-Ebene finden wir z.B. neben Caritasdirektor und Diözesansekretär auch die Helferin im sozialen Jahr, die Oberschwester und Pflegerin gruppiert, so daß sich z.B. unterschiedliche Karrieremuster durch diese Bündelungen nivellieren. Auf entsprechenden Bündelungsprinzipien basierende Studien zum weiblichen Erwerbsverlauf laufen bezüglich dessen Berufsstrukturiertheit leer.

c) Frauenforschung

Mit ihrem Interesse der Erhellung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stellt die Frauenforschung einerseits geschlechtsspezifische Segmentierungen des Arbeitsmarkts in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung (zuerst: Beck-Gernsheim 1976), andererseits aber auch problematische Bewertungskriterien der Qualität weiblicher Erwerbsarbeit. Hier wurde zuerst die Notwendigkeit unterstrichen, unter dem Blickwinkel 'Frauen' - anders als oben dargestellt und entsprechend in der Berufssoziologie als geläufig gehandhabt - systematisch zwischen Beruf als per Ausbildung erworbenem Zertifikat und Erwerbsarbeit zu trennen (Ostner 1983), um die das weibliche Geschlecht durch familienbedingte Unterbrechungen/-reduzierungen systematisch treffenden Abstieggspiralen und Qualifikations-

verluste auf dem Arbeitsmarkt sichtbar zu machen (Engelbrech 1991). In vielen Studien und Analysen ist in bezug auf Frauen korrekterweise von Erwerbsbeteiligungen, Erwerbsverläufen etc. die Rede (u.a. Hofbauer 1979; Müller 1983; Tölke 1989; Beckmann/Engelbrech 1994); doch fehlen Studien zur Frage, unter welchen Bedingungen, wann im Lebenslauf und bei welchen Berufen zuerst die Berufs- in Erwerbsarbeit umschlägt.

Gleichzeitig finden sich in der Frauenforschung eine Vielfalt von Studien, in denen explizit von Frauenberufen die Rede ist. Als solche gelten Berufe mit mindestens 80 % Frauenanteil. Die hier verwendete begriffliche Bündelung unterschiedlicher Berufe - es ist allein das Strukturmerkmal 'Geschlecht', das diese Berufe zusammenbindet - unterstreicht zu Recht ihre Differenz zu Männerberufen. Ihnen allen gemeinsam ist der im Vergleich zu Männerberufen durchgängig geringere Sozialstatus, die fehlende/verringerte Karrierestruktur und ihr geringerer tariflich/weiterbildungsrelevanter Marktwert (vgl. zusef. Teubner 1989). Hierüber wird sowohl strukturelle als auch direkte Diskriminierung sichtbar, doch mit der dahinterliegenden 'Universalisierung der Kategorie Frau' (Knapp 1988) bzw. der Subsumtion einer Vielzahl unterschiedlicher Berufe von Frauen unter der Begrifflichkeit 'Frauenberuf' ist gleichzeitig eine Übergeneralisierung der Kategorie 'Beruf' verbunden mit der Gefahr, daß die herausgestellte Homogenität für darunterliegenden Differenzen blind macht. Dies wird von unterschiedlichen Autorinnen problematisiert (u.a. Knapp 1988; Gildemeister/Wetterer 1992), aber für den Zusammenhang von Beruf und weiblichem Lebenslauf empirisch noch nicht berücksichtigt.

Als weiteres in der Frauenforschung herausgearbeitetes Kriterium zur Charakterisierung von Frauenerwerbsarbeit gilt das der Arbeitszeitstrukturierung. Dieses Merkmal wird v.a. im Zusammenhang mit der Vereinbarkeitsproblematik von Familien- und Erwerbsarbeit als relevant diskutiert, jedoch nahezu ausschließlich für jene biographische Lebensphase, die als 'Kinderbetreuungszeit' als die familial anforderungsreichste gilt. Entsprechende Studien kommen zwar zu dem Ergebnis, daß die Vereinbarkeit wesentlich von Arbeitszeitgestaltungsmöglichkeiten abhängen (Krüger/Born u.a. 1987; Born/Vollmer 1983; Eckart 1990; Notz 1994) und diese sich bereichsspezifisch unterschiedlich entwickelt haben, bislang aber fehlen die Verlängerung dieser Ergebnisse auf den gesamten Lebenslauf und eine System-

matisierung der Tätigkeitsfelder/Berufe nach entsprechenden Differenz- bzw. Ähnlichkeitskriterien. Anhand einzelner Arbeiten konnte bislang gezeigt werden, daß hinsichtlich der Arbeitszeitstruktur weder die Tätigkeitseinhalte, d.h. Prinzipien der Bündelung nach der Klassifikation der Berufe (Bundesanstalt für Arbeit, ISCO), noch der berufliche Status als differenzierendes Kriterium hinreichend sind. Sie belegen zudem die gängige Einteilung der Segmentationsforschung nach Stamm- und Randbelegschaft bzw. Facharbeits- und Jedermanns-Arbeitsmarkt-Bedingungen als inadäquat für die Beschreibung weiblicher Erwerbsarbeit (Gensior/Lappe 1983; Gottschall 1990). Gleiches gilt für Versuche der Entwicklungsbestimmung von Frauenerwerbsarbeit nach Frauenbeschäftigungssektoren, da sich auf der Basis der Betrachtung von Einkommen und Arbeitslosigkeit selbst innerhalb dieser Bereiche in Abhängigkeit vom gelernten Beruf erhebliche Differenzen zeigen (vgl. Lüsebrink 1993 für den Bürobereich, Engelbrech 1991 für den Fertigungsbereich). So formuliert Gottschall auf der Basis ihrer Studien zum Dienstleistungssektor, in denen sich u.a. auch das Qualifikationsniveau als untaugliches Kriterium zur Erfassung der Beschäftigungsentwicklungen gezeigt hat, daß es notwendig sei, "die Strukturierung der Gesamtgruppe abhängig erwerbstätiger Frauen (...) bis auf die Ebene der Einzelberufe" zu disaggregieren (Gottschall 1990, 13).

d) Lebenslaufforschung

Hier rückt die Bedeutung von Beruf v.a. im Kontext mit Thesen zur sozialen Ungleichheit bzw. zur beruflichen Intergenerationenmobilität ins Zentrum (Mayer/Müller 1994; Mayer 1991; Handl 1988) und damit erneut der Zusammenhang von Bildung und beruflicher Arbeitsmarktplazierung. Mit Blick auf Beschäftigungsniveaus werden überzeugend die Effekte des Bildungssystems, operationalisiert als Allgemein- und Berufsbildungsniveau plus Art und Dauer der Ausbildung (Blossfeld 1989), für den weiteren Erwerbsverlauf nachgewiesen, bei genauerem Hinsehen allerdings an überwiegend männlichen Lebensläufen ermittelt. Im Bezugsrahmen 'Frauenerwerbsarbeit' hat sich dieses Systematisierungs- und Ordnungsschema aufgrund der auf allen Hierarchieebenen wirkenden Bedeutung der Strukturkategorie Geschlecht als wenig aussagerelevant erwiesen, weil sich gerade hier - verfolgt man die Erwerbskarrieren über den Lebenslauf hinweg - Ausbildungsniveau und Beschäftigtenstatus nicht entsprechen (Lauterbach/Huinink/Becker 1994; Ott 1993; Krüger 1995a). Nachweislich allerdings sind - überwiegend ressourcentheoretisch begründete - bildungsniveauabhängige Effekte hinsichtlich der biographi-

schen Plazierung von Heirat/Kindgeburten und Reduzierungs-/Unterbrechungszeiten, die, soweit kontrolliert, zugleich auf Kohorteneffekte und damit auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit bzw. berufsexternen sozialen Wandel verweisen (Blossfeld u.a. 1995; Schupp 1991; Handl 1988).

Neue Untersuchungen zum weiblichen Erwerbsverlauf versuchen, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Frauenforschung (auch unserer Ergebnisse aus dem ersten B1-Projekt) Berufsverläufe von Frauen mit Blick auf berufsspezifische Erwerbsmuster zu analysieren (Lauterbach 1994; Kurz 1995). Angesichts der verfügbaren Datensätze allerdings mußte hier erneut auf bestehende Klassifikationssysteme (Bundesanstalt für Arbeit; ISCO) zurückgegriffen werden, allerdings erweitert um Arbeitszeit- und Arbeitsanforderungsregelungen unter Zugrundelegung der Branchen- und Sektorzugehörigkeit. Die kritische Durchsicht jedoch zeigt, daß - anders als beabsichtigt und angenommen - hierüber nicht Bündelungen verlaufsrelevanter 'homogener Gruppen' (Lauterbach 1994, 140) entstanden sind. So werden bei Lauterbach z.B. in einer Gruppe Lehrerinnen, Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen zusammengefaßt und damit bezüglich ihrer Verläufe gleichgesetzt, obwohl weder deren jeweilige tägliche Arbeitszeitlagen, noch betreuungsbegründete Beurlaubsregelungen, noch Reduzierungs-/Unterbrechungsmöglichkeiten strukturell vergleichbar sind. Berufsspezifische Effekte sind auf Basis der hier verwendeten Bündelungen leider nicht zu erfassen.

3.3.2 Berufsexterne Wandlungsprozesse

Lebens- bzw. Erwerbsverläufe von Frauen werden angesichts der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit wesentlich von Faktoren mitbeeinflusst, die im weitesten Sinn dem privaten bzw. familialen Lebensbereich zuzurechnen sind. Die hier relevanten berufsexternen Wandlungsprozesse sind überwiegend im Forschungsstand des in der letzten Projektphase untersuchten Wandels der Sequenzmuster zwischen Erwerbsarbeit und Familie im Generationentransfer aufgearbeitet (vgl. Finanzierungsantrag 1994-96, 250-56). Sie lassen sich zusammenfassend an sechs Indikatoren nachweisen: der rückläufigen Heiratsneigung, der Trennung von Partnerschaft und Ehe, der sinkenden Fertilität, der Pluralisierung von Haushaltsformen, der Dynamisierung und steigenden Komplexität von Familienbeziehungen, der tendenziellen Konvergenz elterlicher Arbeitsteilung. Wiewohl insgesamt

von der Enttraditionalisierung der Frauenrolle unter Einschluß gesteigerter weiblicher Erwerbsbeteiligung gesprochen werden kann, weist v.a. Bertram (1991, 1995; Bertram/Dannenbeck 1990) auf regionale Differenzen hinsichtlich des Wandels in den Strukturen privater Haushalte und familialer Lebensformen hin.

Zugleich zeigt die Forschungslage, daß sich trotz oder auch im Gegenzug zur Ausdifferenzierung weiblicher Lebensläufe in der Kohortenfolge zugleich die Herausbildung von Strukturierungsfaktoren ausmachen läßt, die die Chronologisierung in der zeitlichen Organisation der Lebensläufe von Frauen mit Kindern uniformiert und im Geschlechterverhältnis traditionalisiert. Als solche können maßgeblich die seit den 1980er Jahren relevanten und zeitlich und finanziell seither folgenden Ausgestaltungen des Mutterschafts-/Erziehungsurlaubs gelten (vgl. Landenberger 1990; Horstmann 1995). Deren Regelungen fördern und standardisieren explizit den Zeitrahmen der ersten Erwerbsunterbrechung von Frauen und schaffen damit erstmalig ein auch zeitlich institutionalisiertes Unterbrechungsmuster. Allerdings bleiben Differenzen in der Arbeitsplatzsicherheit zwischen Frauen im Beamtenverhältnis zu denen in übrigen Beschäftigungsverhältnissen bestehen, und trotz Milderung früherer Benachteiligungen (Brinkmann u.a. 1988) entstehen heute v.a. mit der nahegelegten Länge der Erwerbsunterbrechung zwar andersgeartete, aber erneute Probleme beim Wiedereintritt wie z.B. berufsspezifisch unterschiedliche Innovationsgeschwindigkeiten im Tätigkeitsspektrum (Buchmann/Sacchi 1995), die Orientierung von staatlich geförderten Requalifizierungs-/Wiedereingliederungsmaßnahmen an Normalarbeitszeitlagen der entsprechenden Berufe (Axhausen 1992) und unzureichende und regional differente öffentliche Infrastrukturausstattung mit Kinderkrippen, -gärten und Horten. Auch hierüber können mit Wiedereintritt ins Erwerbsleben erneute, bisher nicht untersuchte berufsspezifische Effekte zum Tragen kommen.

Zusammenfassend: Insgesamt zeigt die Forschungsliteratur, daß anders als im männlichen Lebenszusammenhang, in dem erreichtes Qualifikationsniveau und Erwerbsverlauf sich tendenziell entsprechen, auf Kontinuität angelegt und durch familiäre Verpflichtungen nicht negativ betroffen sind, die Dinge für den weiblichen Erwerbsverlauf weit komplizierter liegen, aber möglicherweise nicht für jede Berufsgruppe gleich. Da die vorliegenden Bündelungen, nach welchem bestehenden Klassifikationssystem auch immer, Ergebnisse aus jeweils anderen Forschungs-

strängen außer Acht lassen und damit zu ungenauen, wenn nicht irreführenden Resultaten führen müssen, ist es für die Analyse naheliegend, sich in einem ersten Schritt auf der Einzelberufsebene zu bewegen und zugleich die vermutete, lebenslaufstrukturierende Funktion des Berufes in Abhängigkeit von den Variablen Regionalität, Kohortenzugehörigkeit und Familienstand zu untersuchen. Erst im zweiten Schritt der Analyse kann dann nach Systematisierungskriterien gesucht werden.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Das Fortsetzungsprojekt basiert auf einem Ergebnis des ersten B1-Projektes, dessen Relevanz den Antragstellerinnen aufgrund von Forschungsarbeiten vor Beginn des Sfb und den jenseits davon fortgeführten berufssoziologischen Studien unübersehbar war, jedoch zugunsten ebenso lebenslaufrelevanter, aber eher der Familiensoziologie zuzuordnender Fragestellungen zunächst zurückgestellt wurden. In diesem Zusammenhang liegen als Vorarbeiten vor:

a) Im Rahmen des universitätsinternen interdisziplinären Forschungsschwerpunktes 'Arbeit und Bildung' (von H. Krüger von 1985 bis 1993 geleitet) wurden eine Reihe von Arbeiten zur geschlechtsspezifischen Segmentierung des Berufsbildungssystems und entsprechenden Berufsfeldentwicklungen erstellt (Krüger 1984, 1986, 1989, 1991, 1992, 1994, 1995). Dieser Forschungskontext liefert den für das beantragte Projekt notwendigen speziellen Wissenshintergrund über Entstehung und Besonderheiten Beruflicher Bildung im Vorkriegsdeutschland und der Bundesrepublik und belegt die Inkorporation von Geschlecht in die Schneidung von Kompetenzprofilen, Ausbildungswegen und geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen heute. In enger Verbindung hierzu steht die von H. Krüger geleitete und im Rahmen des 1993 eingerichteten Modellversuchs 'Lehramt Pflegewissenschaft' an der Bremer Universität (Krüger 1996) durchgeführte Begleitforschung zu biographischen Bausteinen und Berufsverläufen in der Pflege (Alten-, Kinderkranken-/Krankenpflege und Hebammen), einer Berufsgruppe mit extrem kurzer Verweildauer in einem mit Weiblichkeitsnormen hochaufgeladenen und unter Innovationsdruck stehenden Berufsfeld.

b) Der zweite Strang der Vorarbeiten bündelt sich um Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im weiblichen Lebenslauf (Born/Vollmer 1983, Born 1986,

1987, 1989). Das von H. Krüger zusammen mit C. Born u.a. von 1982 bis 1985 durchgeführte empirische Projekt zur Lebenssituation von Müttern mit unter dreijährigen Kindern ergab erste Hinweise darauf, daß weniger Bildungsniveau-/Schichtdifferenzen oder pädagogische Orientierungen als vielmehr berufsspezifische Besonderheiten die Unterbrechungsmuster der Erwerbsarbeit der Mütter bestimmen, und dies auch unabhängig von der vor Kindgeburt erreichten Berufsposition. Es klärten sich auf der Basis von nach Bildungsniveaus zusammengestellten qualitativen Interviews ähnliche Muster zwischen z.B. einerseits Verkäuferinnen und Ingenieurinnen/Ärztinnen (mutterschaftsungsünstige Arbeitszeitlagen) und andererseits Krankenschwestern und Lehrerinnen (mutterschaftsgünstige Arbeitszeitlagen, bei Krankenschwestern gegeben durch geblockten Nachtdienst) als Folgen der beruflichen Arbeitszeitgestaltungsmöglichkeiten auf, hinter denen niveauübergreifende, aber bisher zur Klassifizierung von Frauenberufen nicht genutzte berufstypische Bedingungen liegen (Krüger/Born u.a. 1987; Born 1994).

c) Der dritte Typus von Vorarbeiten resultiert aus den Projekten des B1-Zyklus. Die Ergebnisse des ersten B1-Projektes weisen die nach quantitativer Besetzungshäufigkeit ausgewählten fünf seinerzeitigen Spitzenberufe als nachhaltig relevant für die weitere Lebensführung aus (Born 1989; Krüger/Born/Kelle 1989; Krüger/Born 1991; Krüger 1995a). Sie liegen, wenn auch in anderer Reihenfolge, innerhalb der im Abschlußjahr-Kohortenabstand zu erfassenden 15 Berufsausbildungen und gehen als Vorarbeit unmittelbar in das vorgeschlagene Projekt ein. Die zwischenzeitliche Verbindung von Forschungsergebnissen aus a) mit denen aus c) (Born/Krüger 1993; Krüger 1995) hat zur Entwicklung des theoretischen Ansatzes für dieses Projekt beigetragen.

Hinzu kommen Vorarbeiten aus dem jetzt abzuschließenden Projekt zum Wandel in den Lebensführungen der in den ersten beiden Projekten untersuchten Personengruppen. Sie beziehen sich zum einen auf den berufsexternen Wandel und beleuchten erhebliche, das Geschlechterverhältnis und die Kinderbetreuung betreffende Entwicklungen (Born 1993; Born/Krüger/Lorenz-Meyer 1996; Krüger 1996), deren Bedeutsamkeit als intervenierende berufsgruppenübergreifende Variablen im vorgeschlagenen Projekt per Kohortenanalyse kontrolliert werden soll. Zum anderen aber wurden für den Vergleich der Lebensverläufe zwischen beiden Generationen das Optimal-Pattern-Matching als Auswertungsverfahren übertragen

und auf seine Brauchbarkeit geprüft, das im beantragten Projekt u.a. zur Ermittlung von Strukturtypologien zugrundegelegt werden wird (Erzberger 1995; Erzberger/Prein 1996).

Dokumentation ausgewählter Vorarbeiten:

Born 1986: Alltägliche Balanceakte: erwerbstätige Mütter mit kleinen Kindern. In: Rudolph, H. u.a. (Hrsg.): Berufsverläufe von Frauen - Lebensentwürfe im Umbruch. DJI-Materialien. München, 202-216; **Born** 1987: Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Ein Problem von Frauen - kein Frauenproblem. Werkstattbericht des Forschungsschwerpunktes Arbeit und Bildung, Bd. 4. Universität Bremen; **Born** 1989a: "... wie sich die Bilder gleichen". Zur Situation weiblicher Lehrlinge nach Kriegsende. Arbeitspapier Nr. 2 des Sfb 186. Universität Bremen; **Born** 1989b: Hausfrau oder Berufsfrau - eine auch für Mütter mit kleinen Kindern inadäquate Perspektive? In: Müller, U. u.a. (Hrsg.): FrauenSozialKunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein. Bielefeld, 103-112; **Born** 1993: Familie als Arbeitgeberin - Ist die erwerbsförmig organisierte Dienstleistung in der Familie eine zukunftsweisende Antwort auf den familialen Strukturwandel? In: Leisering, L. u.a. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf - Familie - Soziale Hilfen - Krankheit. Status Passages and the Life Course Vol. IV. Weinheim, 117-128; **Born** 1994: Beruf und weiblicher Lebenslauf. Plädoyer für einen Perspektivenwechsel in der Betrachtung der Frauenerwerbsarbeit. In: Beckmann, P. u.a. (Hrsg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Nürnberg, BeitrAB 179, 209-228; **Born/Vollmer** 1983: Familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens. Bd. 135, Schriftenreihe des BMJFG (Hrsg.). Stuttgart; **Born/Krüger** (Hrsg.) 1993: Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung. Weinheim; **Erzberger** 1995: Die Kombination von qualitativen und quantitativen Daten. Methodologie und Forschungspraxis von Verknüpfungsstrategien. In: ZUMA-Nachrichten 36, Jg. 19, 35-60; **Erzberger/Prein** 1996: Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe. (vorgesehen in Zeitschrift für Soziologie); **Krüger** 1984: Berufsfindung und weibliche Normalbiographie. In: Mayer, Ch. u.a. (Hrsg.): Mädchen und Frauen - Beruf und Biographie. München; **Krüger** 1986: Die Segmentierung des Berufsbildungssystems - eine bildungspolitische Barriere für Marktpositionen weiblicher Arbeitskräfte. In: Rudolph, H. u.a. (Hrsg.): Berufsverläufe von Frauen. München, 33-52; **Krüger** 1989: Geschlecht als Strukturkategorie im Bildungssystem: Alte und neue Kriterien geschlechtsspezifischer Diskriminierung. In SAMF. Paderborn, 63-101; **Krüger** 1991a: Berufsbildung und weiblicher Lebenslauf. Das Ende einer langen Tradition - der Neubeginn für Ausbildung und Beruf? In: Rabe-Kleberg, U. u.a.

(Hrsg.): Dienstleistungsberufe in Krankenpflege, Altenpflege und Kindererziehung: PRO PERSON. Bielefeld, 19-35; **Krüger** 1991b: Doing Gender - Geschlecht als Statuszuweisung im Berufsbildungssystem. In: Brock, D. u.a. (Hrsg.): Übergänge in den Beruf. München, 139-169; **Krüger** (Hg.) 1992: Frauen und Bildung. Wege der Aneignung und Verwertung von Qualifikationen in weiblichen Erwerbsbiographien. Bielefeld; **Krüger** 1994: Sicherung der Lebensführung durch Regulierung des Bildungssystems? In: Alheit, P. u.a. (Hrsg.): Von der Arbeitsgesellschaft zur Bildungsgesellschaft? Perspektiven von Arbeit und Bildung im Prozeß europäischen Wandels. Forschungsreihe des FSP "Arbeit und Bildung", Bd. 25. Universität Bremen, 68-87; **Krüger** 1995a: Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfung im Lebenslauf. In: Berger, P. A. u.a. (Hrsg.): Lebenslauf und Sozialstruktur. Sozialstrukturanalyse 5. Opladen, 133-153; **Krüger** 1995b: Femmes et éducation en Allemagne. In: EPHESIA (ed.): La place des femmes. Paris, 619-628; **Krüger/Born** u.a. 1987: Privatsache Kind - Privatsache Beruf. "...und dann hab' ich ja noch Haushalt, Mann und Wäsche." Zur Lebenssituation von Frauen mit kleinen Kindern in unserer Gesellschaft. Opladen; **Krüger/Born/Kelle** 1989: Sequenzmuster in unterbrochenen Erwerbskarrieren. Arbeitspapier Nr. 7 des Sfb 186. Bremen; **Krüger/Born** 1991: Unterbrochene Erwerbskarrieren und Berufsspezifität: Zum Arbeitsmarkt- und Familienpuzzle im weiblichen Lebenslauf. In: Mayer, K.U. u.a. (Hrsg.): Vom Regen in die Traufe. Frankfurt/New York, 142-161; **Krüger/Piechotta/Remmers** (Hrsg.) 1996: Innovation der Pflege durch Wissenschaft. Perspektiven und Positionen. Reihe: Forum Pflegewissenschaft I. Bremen.

3.5 **Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan**

3.5.1 **Forschungsziele**

Im Zentrum des vorgeschlagenen Fortsetzungsprojekts steht die Frage nach der Kategorie 'Beruf' als Erklärungsvariable für den weiblichen Lebenslauf und ihre Nutzbarmachung für die Lebenslaufforschung. Ausgangspunkt für die Entwicklung der Fragestellung ist zunächst die Tatsache, daß die Erwerbsarbeit von Frauen über die uns im Folgeantrag ebenso wie in den Vorläuferprojekten beschäftigende historische Zeit der letzten 50 Jahre vor allem alters- und lebensphasenspezifisch quantitativ gestiegen ist. Sie stellt eine mit zunehmender Selbstverständlichkeit realisierte Dimension weiblicher Lebensgestaltung dar. Das - hinsichtlich seiner Prägnanz und Eindeutigkeit - überraschende Ergebnis unseres im Rahmen des Sfb durchgeführten ersten Forschungsprojektes weist aus, daß es trotz identischem Qualifikations- und Ausbildungsniveau vor allem die in die Untersuchung ein-

bezogenen unterschiedlichen Berufe waren, die wesentlich an der Formation des weiblichen Lebenslaufes beteiligt sind. Dies legt die Vermutung nahe, daß auch für andere Berufe auf diesem Qualifikationsniveau und für spätere Ausbildungskohorten berufstypische Kontinuierungschancen bzw. -verwerfungen vorliegen, zumal bei den in das erste B1-Projekt einbezogenen Frauen familiäre Effekte hinter der Berufstypik der Erwerbsverlaufsmuster zurücktraten. Zwar kamen innerfamiliären Aushandlungsprozessen zwischen den Ehepartnern durchaus eine Bedeutung zu, doch hing deren Ausgang von berufsspezifischen Merkmalsstrukturen ab mit der Folge, daß nicht nur die im Lebenslauf kumulierten Erwerbsarbeitsjahre insgesamt, sondern auch deren relationale Verteilungen auf Tätigkeiten im gelernten Beruf gegenüber jenen in ausbildungsfremder (dequalifizierter) sowie jenen in nicht versicherungspflichtiger Beschäftigung bzw. nicht zuletzt die Beteiligung an Erwerbsarbeit überhaupt berufsspezifisch variierten.

Dieses Ergebnis, im ersten B1-Projekt eher als unerwartetes Nebenprodukt beim Prozeß der Bestimmung von Vergleichsgruppen in der Personenauswahl für qualitative Interviews gewonnen, legt es nahe, der jeweiligen Erstberufsausbildung von Frauen für den weiteren Lebenslauf forschungssystematisch Aufmerksamkeit zu schenken. Denn die bisher gewonnenen Ergebnisse sind an einer bezüglich Familienstand und historischer Zeitspanne spezifischen Stichprobe/Population und unter Einschluß von nur fünf Berufen gewonnen. Angesichts des Überraschungseffektes und der Bedeutsamkeit für die Forschung über den weiblichen Lebenslauf wurden diese Ergebnisse zwar in der Frauen-, Lebenslauf- und Ungleichheitsforschung mit hohem Interesse rezipiert, doch mit Hinweis auf den Stichprobenumfang zu Recht relativiert.

Im Mittelpunkt dieses Fortsetzungsprojektes steht deshalb die These von der Arbeitsmarktstrukturiertheit des Lebenslaufs. Geprüft wird die Annahme, daß auch der weibliche Lebenslauf primär arbeitsmarktstrukturiert verläuft, aber weiblich stereotypisierte Berufskonstrukte in berufstypischer Differenz verlaufsbestimmend greifen. Angesichts der häufigen Abstiegsbewegungen im weiblichen Lebenslauf wird hierzu die zu Beginn der Erwerbskarriere per Ausbildungsabschluß erworbene Berufsbezeichnung zugrundegelegt und der weitere Erwerbsverlauf hinsichtlich seiner Bindung an die Erstberufsausbildung analysiert. Damit wird als 'Beruf'/Berufsarbeit' dasjenige bezeichnet, was - im Gegensatz zu 'Erwerbsarbeit' - auf der

Basis einer entsprechenden Berufsausbildung erfolgt, also die Definition des Bundesinstituts für Berufsbildung übernommen, auf der auch die Statistiken zur Erfassung der Ausbildungsverhältnisse basieren.

Besonderes Augenmerk richtet sich zugleich auf die Identifizierung von forschungsrelevanten Bündelungsprinzipien der Berufe zu Gruppen, die sich nicht vorschnell im Rahmen der üblichen, aber als ungenügend ausgewiesenen Klassifikationssysteme bewegen (vgl. Forschungsstand). Dabei geht es uns explizit nicht um die Gleichartigkeit von Tätigkeiten oder die Bedeutung von Bildungsniveaus, mit denen die Annahme von der Erklärbarkeit des weiblichen Lebenslaufs als Effekt geschlechtsspezifischer Sozialisation oder bildungsniveau-differenter individueller Bildungsinvestitionen verbunden ist, und auch nicht um die Differenzen zwischen männlichen und weiblichen Berufsverläufen, sondern um Aufklärung des Strukturierungschaos im Bereich weiblicher Berufe, die vom Qualifikationsprofil her formal gleichwertig sind. Wir fragen nach bildungs- und berufspolitischen Strukturprinzipien **hinter** individuellen oder familienbedingten Entscheidungsprozessen und bewegen uns damit auf der Ebene gesellschaftlicher Arbeitsmarktgestaltung des weiblichen Lebenslaufs. Das Forschungsprojekt gilt also auch der Prüfung der Annahme, daß auf Berufstypiken basierende horizontale Segmentierungen für die Erfassung der Sozialstruktur des weiblichen Lebenslaufs eine forschungsstrategische Bedeutung zukommt.

Dieser Zielsetzung folgend konzentrieren wir uns weiterhin auf das weibliche Facharbeitsniveau und erfassen hier rund 70 % der weiblichen Ausbildungsverhältnisse. Der mit dem gewählten Rahmen verbundene Verzicht auf die Analyse von weiblichen Erwerbsverläufen, die auf Akademikerniveau begonnen wurden, ist einerseits der Tatsache des hier noch einmal erschwerten Populationszugangs geschuldet (im Gegensatz zur Kammerdatenlage über Ausbildungsabschlüsse bestehen entsprechende, nach Fachdisziplinen systematisierte Adressenarchive nicht). Zum andern gilt es der Gefahr der Überfrachtung des Projektes durch den Anspruch auf flächendeckende Einzelberufsverlaufserfassung zu entgehen. Schließlich - und keineswegs zuletzt - liegen auf Basis des vorliegenden Forschungsstandes und unserer eigenen Vorarbeiten keine Hinweise darauf vor, daß hier neben eigeneinkommensabhängigen Kompensationseffekten (etwa durch die Externalisierung von Familienarbeit an andere Personen/Institutionen) und

spezifischen Bedingungen des Sich-Behaupten-Müssens von Frauen in männlich dominierten Domänen (zu beidem liegen empirische Studien von) darüber hinausgehende, berufstypisierungsrelevante Erwerbsverläufe zu erwarten sind, die den Mehraufwand rechtfertigten.

Statt dessen wird die zentrale Forschungshypothese unter der Fragestellung geprüft, inwieweit der an der alten Population empirisch ermittelte Tatbestand auch für heute jüngere Kohorten gilt bzw. inwieweit und wodurch die in der Berufsstruktur vermuteten Einflußfaktoren im weiblichen Lebenslauf Veränderungen unterliegen. Letztere vermuten wir als gestaltet durch sozialen Wandel jenseits der Berufsstrukturiertheit des weiblichen Lebenslaufs. Erweitert wird die Fragestellung nach dem lebenslaufstrukturierenden Einfluß von Berufen zudem auf Frauen ohne Familienverpflichtungen. Diese Effekte werden anhand des Kohortenvergleichs der Lebensläufe über die erfaßten Berufsgruppen hinweg zu ermitteln sein. Somit geht es im folgenden Projekt um eine berufs-, kohorten- und familienstandsvergleiche Analyse mit dem Ziel, Verhältnis und Wandel von berufsspezifischen Lebenslaufmarkern im weiblichen Lebenslauf genauer zu bestimmen.

Für die formulierten Annahmen zur Berufstypenstrukturiertheit des weiblichen Lebenslaufs lassen sich die Teilziele folgendermaßen präzisieren:

3.5.1.1 Berufsstruktur und erwartete Bündelungsprinzipien

Es ist davon auszugehen, daß sich weibliche Erwerbsarbeit unterschiedlich modernisiert und sich verschiedene Funktionalisierungen weiblicher Arbeitskräfte miteinander verschränken. Als solche sind bekannt: a) historisch-bildungspolitische Konstrukte der biographisch befristeten weiblichen Beschäftigung; b) die Bindung der Verwertbarkeit weiblicher Arbeitskraft an Weiblichkeitsnormen (nach Beruf variierende 'Atmosphärenwerte' wie: Attraktivität, Mütterlichkeit, Aufopferungsbereitschaft, Monotonieresistenz, Geduld, feinmotorische Geschicklichkeit); c) die Nutzung flexibler, unterqualifizierter und damit kostengünstiger Einsetzbarkeit von familial gebundenen Frauen.

In der 'main stream' Betrachtung des Lebenslaufs wird der möglicherweise analytische Gehalt des Berufskonstrukts als Ebene der institutionalen Gestaltung auch dieser Funktionszuweisungen jedoch zugunsten der Bündelung von Beschäftigung-

gen nach ihrer hierarchischen Position im Erwerbssystem nicht weiter verfolgt. In unserer Untersuchung zu den Lebensverläufen von Frauen mit einer 1948/49 abgeschlossenen Ausbildung zur Kinderpflegerin, Schneiderin, Verkäuferin, Friseurin oder kaufmännischen Angestellten (heutige Bezeichnung = Industriekauffrau), deren zwischen Ausbildung und Verrentung kumulierten Erwerbsarbeitszeitbudgets in Art und Umfang statistisch signifikant in Abhängigkeit vom gelernten Beruf variierten, ergab die Analyse der untersuchten Berufe erste Hinweise darauf, daß die oben benannten Funktionalisierungen von Frauenarbeit - neben aber nicht nur für weibliche Verläufe relevante Konjunkturentwicklungen des Arbeitsmarkts - bereits auf der Ebene von Einzelberufen strukturell verfestigt sind, und zwar in berufstypischen Kombinationen. Es muß sich differenzieren in:

- a) Berufsarbeit mit hoher Innovationsgeschwindigkeit durch sich verändernde Qualifikationsanforderungen, für die dennoch keine Weiterbildungsangebote entwickelt sind;
- b) Berufsqualifikation mit Nachfrageschrumpfung, die im Zusammenhang mit strukturellen Arbeitsmarktentwicklungen stehen;
- c) Berufe mit Arbeitszeitflexibilisierungen (eng in Verbindung mit der relationalen Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften stehend), über die ungünstige Arbeitszeitlagen unter Gehaltseinbußen, aber unter Weiterverwertung der Berufsqualifikation kompensiert werden können;
- d) in das Berufsbild eingelagerte und rekrutierungspolitisch nicht außer Kraft gesetzte Weiblichkeitsnormen.

Alle vier konnotieren sich mit 'Frau' und verbinden sich mit Normalitätsunterstellungen zum weiblichen Erwerbsverhalten, erwiesen sich in ihren je spezifischen Relevanzsetzungen hinsichtlich der Inkorporation von weiblichem Geschlecht aber zwischen den je einzelnen Berufen als different. Die Erwerbsverläufe der erfaßten Kohorte lassen sich hiernach folgendermaßen beschreiben:

Für Frauen mit einer Lehre zur kaufmännischen Angestellten galt Bedingung c). Sie erhielten Teilzeitarbeitschancen und konnten auf dieser Basis ihre Berufsausbildung trotz häufiger Unterbrechungen im Lebenslauf am längsten nutzen. Sie wechselten relativ selten in berufsfremde Bereiche und kaum in nicht versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Der Beruf der Friseurin unterlag dominant den Bedingungen d) in Verbindung mit a). Die Friseurinnen hatten ein entsprechend relativ kurzes Erwerbsarbeitsleben: Nach einigen Jahren in ihrem gelernten Beruf - Unterbrechungen sind hier sehr selten - steigen sie, bedingt durch Entmutigungsprozesse (normative Ebene), endgültig aus dem Erwerbsleben aus.

Verkäuferinnen sind von der an ihre Bedarfe nicht angepaßten Arbeitszeitlage (Bedingung c) negativ betroffen. Sie wechselten überwiegend unterqualifiziert in berufs fremde Bereiche, in denen sie insgesamt aber lange, in der Regel sozialversicherungspflichtig abgesichert, erwerbstätig sind.

Schneiderinnen unterlagen der Veränderung der Textilindustrie in Fertigprodukterstellung und ihrer Auslagerung in Billig-Lohn-Länder (Bedingung b). Ihr Erwerbsleben gestaltete sich ähnlich wie das der Verkäuferinnen, allerdings arbeitsmarkt-induziert.²

Kinderpflegerinnen sind charakterisiert durch Bedingung d), diesbezüglich vergleichbar den Friseurinnen. Allerdings eröffnet die relative Konstanz der Qualifikationsanforderungen und die berufstypische normative Aufladung (Mütterlichkeit) hier den Wechsel in ehrenamtliche Beschäftigungsverhältnisse im Bereich personenbezogener Dienstleistungen. In der Tat häuften sie viele Erwerbsarbeitsjahre an, jedoch überwiegend in nicht versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.³

Die als vorläufig und hypothetisch anzusehenden Merkmalskombinationen gestatten es, die bisher erfaßten Berufsverläufe zu erklären. An den in das vorgeschlagene Projekt einzubeziehenden weiteren Berufsverläufen gilt es zu testen, ob wir hiermit bereits die relevanten Kategorien erfaßt haben, um angemessene Aggre-

2 Da dieser Ausbildungsberuf nicht mehr innerhalb der hier gezogenen Marge von 70 % der Ausbildungsverhältnisse fällt, wird er wegen mangelnder Relevanz nicht weiter verfolgt.

3 Der Beruf der Kinderpflegerin muß aus der weiteren Untersuchung ebenfalls ausgeschlossen werden, da er sich in seinem quantitativen Ausmaß nicht bestimmen läßt. Als vollzeitschulische Ausbildung organisiert, ist er in amtliche Ausbildungs- und Berufszählungen immer noch nicht aufgenommen, wiewohl er als klassischer und familien-naher Frauenberuf im Qualifikationsspektrum von Frauen eine wichtige Rolle spielt.

gatsbündelungen von weiblichen Berufen entwickeln zu können, oder ob sich Verschiebungen/Erweiterungen/andere Schneidungen anbieten. Da sich die Merkmalskombinationen aufgrund des Kenntnisstandes über Arbeitsbedingungen/Normen/Innovationsgeschwindigkeiten auch auf weibliche Berufe mit höherem Qualifikationsniveau übertragen lassen (z.B. Lehrerin vs. Ingenieurin vs. Ärztin), dürfen die hierzu zu erwartenden Ergebnisse v. a. hinsichtlich der kritischen Betrachtung von Berufsklassifikationen in bestehenden Klassifikationssystemen für die Lebenslaufforschung von großer Bedeutung sein.

3.5.1.2 Berufsexterne Effekte

Mit Blick auf Ungleichzeitigkeiten in Prozessen des sozialen Wandels kann nicht ausgeschlossen werden, daß Implikationen der Berufsstrukturierung des weiblichen Lebenslaufs durch berufsexternen Wandel abgemildert oder überdeckt werden. Diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse zu erhellen und ihren Einfluß hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Erwerbsverläufe im Leben der Frauen aufzuschlüsseln, stellt ein weiteres Untersuchungsziel dar.

Daß sich in anderen institutionellen Teilbereichen v.a. den weiblichen Lebenslauf betreffende, gravierende Veränderungen in der uns interessierenden Zeitspanne der letzten 50 Jahre vollzogen haben, denen im Rahmen einer Relevanzprüfung Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, zeigt sich sowohl am Forschungsstand als auch an entsprechenden Ergebnissen des zweiten und dritten Vorläuferprojektes im Teilprojektzyklus von B1. Danach haben sich vor allem die Einstellungen der Männer der Erwerbsarbeit ihrer Frauen gegenüber gravierend verändert. Stießen die alten Frauen durchgängig mit jedwedem Erwerbsarbeitswunsch auf Widerstand, nehmen die Männer der Kindergeneration der Erwerbsarbeit ihrer Frauen gegenüber eine diese eher unterstützende Haltung ein. Auch gesamtgesellschaftlich hat sich die gesellschaftliche Einstellung gegenüber der Erwerbsarbeit von Müttern und Ehefrauen oder aber die Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen erheblich liberalisiert. Hinzu kommen soziale Ereignisse, wie etwa die Etablierung des Erziehungsurlaubes und -geldes, die als allgemein geltende Regelungen die generelle Verknüpfbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit jenseits von Einzelberufen tangieren. Diese treffen alle Personen/Frauen zum gleichen zeithistorischen Zeitpunkt, wenn auch je nach Familienstand und -phase verlaufsbiographisch un-

terschiedlich relevant. Das gleiche gilt für die Ausweitung von flexiblen Arbeitsformen oder von Kinderbetreuungseinrichtungen; hier ist zudem mit regionalen Differenzen in der institutionalen Umsetzung zu rechnen.

Nicht außer Acht zu lassen also ist, daß sich die Effekte auf die individuelle Lebensgestaltung selbst innerhalb derselben Kohorten lebensphasen- und regional-spezifisch zeitversetzt auswirken können. Zu überprüfen also gilt, inwieweit diese Effekte die berufsbedingt vermuteten Differenzierungsprozesse des weiblichen Lebenslaufs neutralisieren und ob und ab welcher Kohorte individuelle und regionale Ungleichzeitigkeiten im Kohortenabstand verschwinden.

3.5.1.3 Existenzsicherung und Familienstand

In Theorien zur Geschlechterstrukturierung des Lebenslaufs spielt die Einbindung von Frauen in die Familie nicht nur unter Gesichtspunkten der Ausgestaltung geschlechtsspezifischer familialer Arbeitsteilung und institutionaler Rahmenbedingungen zur Erleichterung/Erschwerung der Verbindbarkeit weiblicher Erwerbs- und Familienarbeit eine wichtige Rolle, sondern auch die Problematik geschlechtsspezifischer Existenzsicherung. Die Annahme, daß weibliche Erwerbsarbeit vorrangig abhängt vom durch den Ehepartner in das Familienbudget eingebrachten Finanzvolumen, wurde bereits für die in den beiden ersten Teilprojekten in B1 untersuchte Ältestenkohorte widerlegt. Hier zeigte sich, daß das Einkommen der Ehemänner zwar als normativ relevanter Aushandlungshintergrund zur Erwerbsarbeit der Frauen bedeutsam wird, aber die lebenslaufstrukturierende Funktion der Erstberufsausbildung für in Familien eingebundenen Frauen nicht ausgehebelt hat.

Aber mit Blick auf die Berücksichtigung des Familienstandes der Frauen bietet sich zugleich ein für die Diskussion des Geschlechterverhältnisses nicht unbedeutender Perspektivenwechsel in der Betrachtung der Abhängigkeitsverhältnisse an. Hinfällig ist im Falle nicht in Familien eingebundener Frauen sicherlich das Problem der zeitlichen Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeiten, aber problematisch - und überprüfbar - wird hier ein anderer, durch die jeweilige Berufsstruktur vorgegebener oder in diese inkorporierter Aspekt, der zwischen den Berufen differiert. Es ist der Tatbestand, daß trotz formal gleichem Qualifikationsniveau nicht alle Berufe die Existenzsicherung durch die eigene Erwerbsarbeit gleichermaßen gewährleisten.

Dieser Sachverhalt ist in doppelter Perspektive bedeutsam. Er gilt einmal unter dem Blickwinkel des Gesamtlebenslaufs. Gerade die mit dem Merkmal der Fristigkeit operierenden Berufe wie die der Friseurin sind auf Fremdalimentierung angelegt. Zudem sind die Berufe in unterschiedlicher Weise auf Karrieren im herkömmlichen Sinne der Aufstiegsmobilität angelegt. Wesentlich ist der Tatbestand der berufsdifferenten Existenzsicherung möglicherweise aber auch im - bislang nicht untersuchten - Zusammenhang mit der Familiengründung und damit einem lebensphasisch-spezifisch punktuellen Ereignis: Der in der Lebensverlaufsfor- schung überprüfte Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Familienent- wicklung macht deutlich, daß das Familiengründungsverhalten in Abhängigkeit hiervon insofern differiert, als Frauen mit höherer Bildung die Familiengründung in den jüngeren Kohorten eher aufschieben, bzw. anders gesagt, sich länger durch eigene Berufsarbeit alimentieren als Frauen mit geringerem Qualifikationsniveau. Zu prüfen ist, ob die mit den verschiedenen qualifikationsgleichen Berufen verbun- denen Existenzsicherungsmöglichkeiten nicht ebenso Unterschiede produzieren, bzw. ob der Zeitpunkt der Familiengründung nicht ebenso durch berufsspezifische Merkmale differenziert wird. Der Vergleich des Heirats- und Mutterschaftsalters ebenso wie der Vergleich der Erwerbsspannen in Verbindung mit Familienstand und Erstberuf innerhalb derselben Kohorte und möglicherweise über diese hinweg wird Aufschluß darüber geben, wieweit weibliche Berufsstrukturen, die bei Eta- blierung um die Jahrhundertwende als Übergangsphase in die Familienernährerab- hängigkeit konzipiert wurden, auch heute noch Wirkung zeigen.

3.5.1.4 Relevanz der zu erwartenden Ergebnisse

Die intendierte Analyse schließt an den bisher in B1 durchgeführten Teilprojektzy- klus an. Die zu erwartenden Ergebnisse beleuchten gemeinsam mit den bisher erar- beiteten die These vom Lebenslauf als institutionalisiertem Geschlechterverhältnis und nicht, wie bisher in der Lebenslaufforschung zugrundegelegt, als Individual- verlauf. Die zu erwartenden Ergebnisse zielen dennoch auf die Relativierung dreier zentraler Thesen zum weiblichen Lebenslauf, wonach weibliche Erwerbsbe- teiligung abhängt vom a) Familienzyklus (Phasenmodellhypothese), b) vom männ- lichen Familienernährer (Ernährerrollenhypothese), c) von Bildungsinvestitionen der Frau (Ressourcenhypothese). Indem wir in dieser Untersuchung das zu Beginn des Erwerbsverlaufs vorliegende Bildungsniveau konstant halten und den Fami-

lienstand sowie familiäre Ereignisse kontrollieren, werden statt dessen Ergebnisse dazu vorliegen, wie weit weiblich stereotypisierte Berufskonstrukte jenseits vom Familienzyklus, vom Familieneinkommen und der Bildungsinvestitionen zur strukturellen Bindung von Frauen an spezifische Erwerbsverläufe beitragen und hierüber indirekt und graduell unterschiedlich das Geschlechterverhältnis im Lebensverlauf stützen.

Damit gehören die Ergebnisse zum einen in die Lebenslauforschung, die der horizontalen Gliederung von Qualifikationsspektren bisher wenig Aufmerksamkeit gezollt hat, da diese, wie auch das 2. Teilprojekt im B1-Zyklus belegt hat, in der Tat für die sozialstrukturelle Erfassung männlicher Erwerbsverläufe zweitrangig ist. Die Ergebnisse dürften zeigen, ob die Erfassung weiblicher Lebensläufe hier eine systematische Perspektivenerweiterung notwendig macht. Sie werden zugleich die Problematik der Berufsklassifikationssysteme hinsichtlich ihrer Angemessenheit/Unangemessenheit für die Lebensverlaufsdatenanalyse von Frauen weiter erhellen. Darüber hinaus greifen die Ergebnisse in familiensoziologische Fragestellungen der Umstrukturierung des Verhältnisses von Familien- und Erwerbsarbeit ein, in deren Erklärungsansätze bisher vorrangig der normative Wandel im Geschlechterverhältnis und die individuelle Orientierung an Qualifikation und Erwerbsarbeit berücksichtigt wurde. Schließlich könnten die Ergebnisse auch zur Perspektivenerweiterung in der Berufssoziologie beitragen, indem nicht nur die gesellschaftliche Schneidung von Berufen als Instrumente der Kompetenzbündelung und -schließung mit Folgen für individuelle Qualifikationsspektren gesehen werden, sondern deren Effekte für die Institutionalisierung des individuellen und paarbezogenen Lebenslaufs selbst.

3.5.2 Anlage der Untersuchung

3.5.2.1 Das Forschungsdesign

Der Frage nach der lebenslaufstrukturierenden Funktion des erlernten Ausbildungsberufs und seines möglichen Wandels wird über ein Kohortendesign nachgegangen. Retrospektiv im Längsschnitt werden Frauen der Berufsausbildungsabschlußkohorten 1960, 1970 und 1980 über ihre Erwerbs- und Familienbiographien befragt. Standardisiert erhoben werden Daten zur Sozialstruktur des Lebensverlaufs (Datum der Heirat, Kindgeburten, Scheidung/Verwitwung, Großmutterschaft,

Angaben zu Dauern und Lage der Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeiten: im erlernten Beruf, in versicherungspflichtigen und nichtversicherungspflichtigen Tätigkeiten, sowie Arbeitslosigkeits- und ausschließliche Familienarbeitsphasen, Weiterbildungen und Umschulungen). Dieses geschieht analog zu der bereits 1989 - in der ersten Projektphase des Sfb - erhobenen Abschlußkohorte von 1948/49. Aus dieser Untersuchung stehen bereits 220 Lebensverläufe von Frauen zur Verfügung, die ihre Ausbildung in fünf damals gängigen Ausbildungsberufen (Friseurin, Verkäuferin, kaufm. Angestellte, Kinderpflegerin, Schneiderin) gemacht hatten. Die Population der neu zu befragenden Frauen umfaßt 70 %, das sind ca. 15 der am stärksten besetzten Frauenberufe in allen drei Kohorten.

Mit der Referenzkohorte der 1948/49 erhobenen Ausbildungsabschlüsse steht ein Betrachtungsraum von 39 Jahren zur Verfügung. Für die jüngeren Kohorten können Beobachtungszeiten von 37, 27 und 17 Jahren in die Analysen einbezogen werden. Sind die Personen der 1960er Ausbildungsabschlußkohorte zum Befragungszeitpunkt etwa 57 Jahre alt, so wird das Alter der 1980er Kohorte bei etwa 37 Jahren liegen. Mit dieser Samplezusammensetzung ist auch die Erfassung der als berufsexterne Wandlungsprozesse gekennzeichneten Einflüsse bezüglich ihrer Kohorten-, Alters- und Periodeneffekte gewährleistet.

Unter der Fragestellung, ob und in welchem Umfang dazu eine eigene Datenerhebung notwendig wird, wurden folgende Datensätze überprüft :

- IAB-Beschäftigtenstichprobe
- IAB-Qualifikation und Berufsverlauf 1979, 1985, 1991/92
- IAB-Studie über erwerbstätige/nicht erwerbstätige Frauen 1986
- Sozioökonomisches Panel
- Lebensverlaufsstudie des MPI
- 'Fertility and Family Survey' des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung.

Die Überprüfung hinsichtlich ihrer Nutzbarmachung machte je nach Studie differierende Schwierigkeiten deutlich:

1. Die repräsentative Auswahl der Untersuchungseinheiten erlaubt keine Rückschlüsse auf der Basis der Berufe, da die Besetzungen in den einzelnen Berufen zu gering ist. Aggregierungen über ISCO oder Bundesamtscode sind häufig

fig möglich, widersprechen aber unseren Annahmen der Berufsstrukturierungen.

2. Tätigkeiten unterhalb der Rentenversicherungspflicht werden nicht erhoben.
3. Auswahlkriterium ist häufig, daß die zu befragenden Personen im Erwerbsprozeß stehen, d.h. arbeitslose, ausschließlich familial tätige und geringfügig beschäftigte Personen sind nicht aufgenommen.
4. Die Befragungszeitpunkte liegen entweder zu lange zurück oder ermöglichen nur für die letzten Jahre ausreichende Informationen.
5. Die Berufe werden zu grob vercodet.

Somit wird eine eigene Erhebung unerlässlich.

3.5.2.2 Stichprobenumfang und -ziehung

Um für das Forschungsvorhaben adäquate Informationen zu erhalten, wird der Zugang über die Handwerks-, Ärzte- bzw. Industrie- und Handelskammern gewählt, da die dort nach Berufen und Abschlußjahrgängen geordnet vorliegenden Daten eine effiziente Erfassung der interessierenden Frauen ermöglichen. Einbezogen werden Frauen:

- die ihre Berufsausbildung in den Jahren 1960, 1970 und 1980 abgeschlossen haben,
- deren Ausbildungsberuf (in allen drei Kohorten) im Rahmen der 15 am stärksten besetzten Frauenberufe liegen,
- deren Ausbildungslänge mindestens 3 Jahre beträgt.

Die Grundgesamtheit bilden alle Frauen, die den oben genannten Kriterien entsprechen. Um eine quantitativ ausreichende Besetzung in den einzelnen Berufen zu gewährleisten, müssen - bei einem erwarteten Rücklauf von 30 % - pro Kohorte ca. 2700 Personen (insgesamt ca. 8000 Frauen) befragt werden.

Die Auswahl der Frauen geschieht anhand eines mehrstufigen Prozesses nach dem Verfahren einer Flächenstichprobe. Auf der ersten Auswahlstufe werden aus allen Ärzte-, Handwerks- und Industrie- und Handelskammerbezirken zur Eingrenzung des Erhebungsaufwandes nur solche in die Auswahl einbezogen, die dieselben Einzugsgebiete umfassen. Dieses ist, nach entsprechender Prüfung, bei 18

Kammerbezirken der Fall. Hieraus werden nach den Kriterien Urbanität und Regionalität sechs gleichverteilt ausgewählt. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß die Zahl der einzubeziehenden Einwohnermeldeämter reduziert wird.

Diese ausgewählten sechs Kammerbezirke bilden die Erhebungseinheiten auf der zweiten Stufe des Auswahlprozesses. Hier werden die Adressen der Berufsabsolventinnen der infragekommenden Berufe zufällig aus den Jahresabschlußdaten gezogen. Die Ausbildungsberufe in den drei Kohorten sollen dabei gleichmäßig besetzt sein.

Aus den bei den Kammern archivierten Prüfungsunterlagen werden die Adressen der Frauen dann mit Hilfe der Einwohnermeldeämter aktualisiert und von dort an eine Versandfirma weitergeleitet, die aus datenschutzrechtlichen Gründen den Fragebogen den entsprechenden Frauen zustellt.

3.5.2.3 Auswertung

Bei der Auswertung der erhobenen Längsschnittdaten ist zu beachten, daß sich in weiblichen Lebensverläufen Erwerbs- und Familienarbeiten in vielfacher Weise miteinander verschränken können. Unterschiedliche Konfigurationen zeigen sich nicht nur zwischen den Verläufen, sondern auch in bezug auf die Phasengestaltung in einzelnen Biographien. Auf der quantitativen Ebene zeigen sich diese als Diskontinuitäten der Erwerbsverläufe, bzw. als 'unordentliche Muster' (Hagestad/Neugarten 1985).

Das in der ersten Projektphase entwickelte Verfahren der **Lebenszeitbudgetanalyse** wird für den hier angestrebten Kohortenvergleich übernommen. Unter der Perspektive der gesamten potentiellen Erwerbsarbeitszeit werden hiernach je unterschiedliche Arbeitsmarktbeteiligungsformen (wie Zeiten der Erwerbstätigkeit im erlernten Beruf, in ausbildungsfremden Tätigkeiten, Zeiten der Nichterwerbstätigkeit, Dauern der Weiterbildung etc.) differenziert, im Lebenslauf kumuliert und in ihren zeitlichen Relationen ins Verhältnis gesetzt, um berufstypische Budgets ermitteln zu können (vgl. Krüger/Born/Kelle 1989).

In einem zweiten Schritt wird ein Verfahren eingesetzt, das auf quantitativer, längsschnitorientierter Basis Erwerbs- bzw. Lebensverläufe aufgrund ihrer vorliegenden Konfiguration ordnet. Die Verläufe werden dabei als Ganzes betrachtet

und hinsichtlich der Lagen, Dauern und Anordnungen von auf Subjektbasis ermittelter Konfigurationen miteinander verglichen. Eine Definition von Kovariaten ist bei diesem Verfahren zunächst nicht nötig. Diese aus der Genforschung übernommene **Optimal-Matching-Technik** eignet sich für den Vergleich von Lebensverläufen besonders gut, da sie auch dann Verläufe zu Gruppen zusammenführen kann, wenn diese Muster bilden, die strukturell identisch aber gegeneinander verschoben sind (vgl. Abbott/Hrycak 1990; Kruskal 1983). Die Gruppenbildung über die interne Ermittlung der Ähnlichkeit von Verläufen kann dann in einem abschließenden Schritt hinsichtlich der Bedeutung unabhängiger Variablen für das Zustandekommen der Gruppen geprüft werden. Mit dieser Technik steht damit ein eher exploratives Auswertungsinstrument zur Verfügung, das die den Verläufen inhärenten Eigentümlichkeiten und 'Unordentlichkeiten' den Raum läßt, den sie benötigen, um innerhalb eines Prozesses der Konstruktion von Ordnung dieses System mitzugestalten. Dieses Verfahren, das gestattet, auf induktivem Wege zu Typologien zu gelangen, wurde bereits in der vorangegangenen Projektphase zur Prüfung von Ähnlichkeiten/Differenzen von Erwerbsverläufen zwischen den Generationen und Geschlechtern eingesetzt (vgl. Erzberger 1996).

Da diese Technik den Problemstellungen der Lebenslaufforschung noch nicht immer hinreichend angemessen und die Bearbeitung langer Sequenzen innerhalb großer Datensätze mit einem unvermeidbaren Rechenaufwand verbunden ist, wird an einer entsprechenden Modifikation zusammen mit der Abteilung Z-Methoden gearbeitet.

In einem dritten Auswertungsschritt soll die **Ereignisdatenanalyse** zur Anwendung kommen. Sie fokussiert die Abfolge von lebenszyklischen Ereignissen und die dazwischen liegenden Zeitintervalle. Es wird dabei der Einfluß von Kovariaten (z.B. Ausbildungsberuf, Heirat, Bildung usw.) auf die Entwicklung von Übergangsraten ermittelt; Wahrscheinlichkeiten von Zustandswechseln (z.B. von der Vollerwerbstätigkeit zur Arbeitslosigkeit) für die Personen der interessierenden Kohorten werden angebbar. Die entsprechende Aufbereitung und Analyse der Daten geschieht in Zusammenarbeit mit Z-Meth. bzw. dem Teilprojekt B6.

Die Analyse gliedert sich damit in drei aufeinanderfolgende Schritte: Zunächst werden mittels Lebenszeitbudgetanalyse berufsspezifische Verteilungsmuster auf aggregiertem Niveau angestrebt, dann erfolgt eine Darstellung der individuellen

Verläufe mit dem Zweck, diese auf Typologien zurückzuführen und über die Kohorten miteinander zu vergleichen, am Schluß schließlich steht der Einfluß von Ereignissen auf den Erwerbs- bzw. Lebensverlauf im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ein letzter Auswertungsschritt besteht in dem Vergleich der mit unterschiedlichen Verfahren ermittelten Ergebnisse, der für Methodenrelativierungen genutzt werden kann (vgl. Erzberger 1995).

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

01.01.97-31.03.97

Nach Einarbeitung des Teams: Vorbereitung der quantitativen Befragung durch die Sammlung/Sichtung/Auswertung vorhandener Kammerdaten und die Kontaktaufnahme zu den Daten- und Informationsträgern. Auswahl der in die Stichprobe aufzunehmenden Kammerbezirke und Kontaktaufnahme zu den relevanten Kammern. Beginn der Instrumentenentwicklung zur standardisierten Befragung.

1.04.97-30.09.97

In den Kammern Stichprobenziehung nach ausgewählten Ausbildungsberufen und -abschlußjährgängen. Aufarbeitung der Adressen zur Weiterbearbeitung durch die Einwohnermeldeämter. Organisation der Zugangsschritte (Kontaktierung der Einwohnermeldeämter und der Versandfirma). Erste Nachziehungen wenn Adressen nicht aktualisiert werden können. Fortführung und Fertigstellung des Erhebungsinstrumentes. Parallel dazu Aufarbeitung des Forschungsstandes zur berufsstrukturorientierten Lebenslaufforschung.

01.10.97-31.12.97

Schriftliche Befragung von 8000 Frauen der nach Geburtskohorte und Erstberuf geschichteten Stichprobe zur Struktur ihrer Erwerbs- und Familienbiographie. Stichprobenpflege (Erinnerungsschreiben, Nachziehen von Adressen bei größeren Ausfällen).

01.01.98-31.05.98

Schriftliche Befragung der nachgezogenen Fälle. Aufbereitung und Eingabe der Daten in für Längsschnittanalysen geeigneter Form. Aufbereitung der Daten der 1989 erhobenen Kohorte. Editierarbeiten im Datensatz (Klassifikation der Beschreibungen von beruflichen Tätigkeiten, Plausibilitätskontrollen und Klärung von Inkonsistenzen).

01.06.98-31.12.98

Kohorten- und lebenslaufanalytische Auswertung der Befragung in drei Schritten:

- Lebenzeitbudgetanalyse zur Gewinnung des Überblicks über die erhobenen Daten. Erste Kohortenvergleiche.
- Optimal-Matching-Technik zur Analyse der Sequenzmuster. Entwicklung von kohortenberufsspezifischen Typologien.
- Ereignisdatenanalyse zur Bestimmung der Bedeutung von Ereignissen im Lebensverlauf innerhalb und zwischen den Kohorten.

01.01.99-31.06.99

Vergleich der Ergebnisse der unterschiedlichen Verfahren untereinander. Soweit möglich, vergleichende Analyse und kritische Prüfung berufsexterner Lebenslaufdaten anhand repräsentativer Datensätze. Inbezugsetzung der Ergebnisse zu anderen Projekten des Sfb.

01.07.99-31.12.99

Aufbereitung des Materials für Veröffentlichungen. Erstellung des Endberichtes.

3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Die B1-Projekte zielen auf die Reformulierung von Erklärungsansätzen zur Statuspassengestaltung im Lebenslauf und ihrer Verknüpfung mit Theorien zum Wandel des Geschlechterverhältnisses. Sie rücken explizit das weibliche Geschlecht in den Mittelpunkt und fokussieren die Verschränkung von Statuspassagen untereinander, um zur Theoretisierung des Verhältnisses der Institutionenstrukturiertheit von Einzelpassagen und der gesellschaftlichen Gestaltung des Gesamts des Lebenslaufs beizutragen. Sie haben hierzu unterschiedliche Ebenen untersucht: die des gender gap in der Modernisierung der Lebensführungen, die des innerfamiliären Transfers und - mit dem vorgeschlagenen Projekt - die der Marktstrukturiertheit des weiblichen Lebenslaufs.

Die Ergebnisse des vorgeschlagenen Projektes bieten eine empirische Hintergrundfolie zur Erklärungsanreicherung für die jeweils untersuchten weiblichen Populationen der Teilprojekte A1, A3, A4 und C4. Mit diesen Projekten ist ein gemeinsamer Workshop für 1998 zu Berufsverläufen vorgesehen. Besonders die Kooperation mit A1 optimiert auf der Grundlage der dort verfolgten Qualifizierungs- und Familiengründungswege von jungen Frauen eine vergleichende Kohortenbetrachtung, da dort ebenfalls auf Einzelberufsebene gearbeitet wird. Me-

thodisch setzt das Fortsetzungsprojekt die Zusammenarbeit mit Z-Methoden fort in der Entwicklung und Erprobung eines quantitativen Auswertungsverfahrens von Längsschnittdaten zur Analyse von Lebensverläufen (optimal pattern matching).

Die weiteren Forschungsperspektiven bestehen in der Nutzung der Ergebnisse als Basis für einen internationalen Vergleich mit anglo-amerikanischen Ländern, die über eine eigene Lebenslaufforschungstradition verfügen. Kooperationsbeziehungen sind bereits aufgebaut zu den USA, Kanada und Großbritannien. Auch dort zeigen sich geschlechtsspezifische Differenzen in der Lebenslaufgestaltung, gelten jedoch vorrangig als Ausdruck normativer Orientierungen. Ein Vergleich könnte die Rolle der Bildungs- und Berufspolitik als Teil der Geschlechterpolitik im Lebenslauf in der BRD klarer herausarbeiten und den geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Umgang mit Brüchen und Erwerbsrisiken in verschiedenen Ländern als von den besonderen Bedingungen der Anschlußverflechtungen zwischen einzelne Passagen gestaltenden Institutionen sichtbar machen.

Reisekosten (527)

Reisekosten zur Durchführung der projektierten Untersuchung fallen vornehmlich im ersten Projektjahr an zur Erhebung der Kammerdaten (1997).

Aufgrund der nach noch zu spezifizierenden Kriterien auszuwählenden Kammern (zur Reduktion der Kosten werden Industrie-/Handels- und Handwerkskammern in identischen Bezirken ausgewählt), die zwar sämtlich in den alten Bundesländern liegen, deren Ort und damit Entfernung zum Forschungssitz aber nicht genau anzugeben ist, müssen hier Pauschalwerte angegeben werden. Zusätzlich zu Bremen werden in 5 Kammerbezirken (jeweils in der Industrie-/Handels- und Handwerkskammer) die erforderlichen Daten gezogen und zur Weiterverarbeitung durch die Einwohnermeldeämter aufbereitet. Dieses erfordert den jeweiligen 5tägigen Aufenthalt von 4 Personen (Industrie-/Handelskammer, Handwerks- und Ärztekammer) an den entsprechenden Orten. An Kosten hierfür fallen an pro Aufenthaltsort:

4 Personen, Ü/F	DM 2200,-
4 Personen Tagegeld	DM 800,-
4 Personen Fahrtkosten	DM 1200,-
= ca. DM 4200,- x 5 Reisen = DM 21.000,- .	

Weiterhin ist davon auszugehen, daß zu Beginn der Erhebung zur Unterstützung der Untersuchung durch einen persönlichen Besuch vor Ort sowohl die ausgewählten Kammern als auch einige Einwohnermeldeämter gewonnen werden müssen. Für diese Reise wird pauschal **DM 3000,-** berechnet (1 Person: 5 Tage mit Übernachtung).

Weiterhin werden in jedem Förderungsjahr entsprechend den Erfahrungen aus den vorhergehenden Projektphasen zwei zweitägige Vortragsreisen für 2 Projektmitarbeiter projektiert. Die Kosten - 2 Personen à 2 Tage - belaufen sich auf ca. DM 1000,- pro Jahr und Person (Ü/F DM 120,- + Tagegeld DM 80,- + Fahrtkosten DM 300,- = DM 500,-). Insgesamt jährlich: **DM 2000,-**.

Bücher und Zeitschriften (512)

Für die Anschaffung projektrelevanter, schwer zugänglicher Literatur wird ein haushaltsjähriger Bedarf von **DM 600,-** berechnet.

Vervielfältigungskosten (531b)

Die hier ausgewiesenen Kosten fallen vor allem für die Durchführung und Auswertung der empirischen Erhebungen an (Herstellung der standardisierten Fragebögen, Begleit- und Erinnerungsschreiben etc. sowie für die Erstellung von Sfb-Arbeitspapieren (50 Seiten, 200er Auflage, einmal jährlich) an. Entsprechend der unterschiedlich anfallenden Kosten wird mit einem Bedarf von **DM 5000,-** in 1997, **DM 2000,-** in 1998 und **DM 2000,-** für 1999 gerechnet.

Druckkosten (531c)

Für zwei Monographien, deren Drucklegung/Veröffentlichung in den Jahren 1997 und 1999 erfolgen werden, ergeben sich jeweils Druckkosten in Höhe von je **DM 3000,-**.

Sonstiges (547)

- a) Aktualisierung der Adressen durch Einwohnermeldeämter
- b) Versand der Fragebogen.

ad a) Die Anlage der Untersuchung (Befragung bestimmter Berufsausbildungskohorten von 1960, 1970, 1980) macht die Aktualisierung der 'alten' Adressen der Auszubildenden durch unterschiedliche, vornehmlich über die Länder der alten BRD verteilte aber derzeit nicht benennbare Einwohnermeldeämter erforderlich. Laut Auskunft des EMA Bremen erfolgt (anders als noch in der 1. Projektphase) diese Leistung seit 1.1.1994 in Bremen nicht mehr auf dem Wege der Amtshilfe, sondern ist gebühren- und auslagepflichtig. In Bremen beträgt die pro Person zu entrichtende Gebühr DM 8,- (sofern sie im Melderegister steht) bzw. DM 32,- (wenn das Archiv bemüht werden muß). Da diese Regelungen länderspezifisch variieren (Bremen wurde in diesem Zusammenhang als das 'rigideste' und teuerste bezeichnet), ihre Inanspruchnahme aber nicht vorab festgelegt werden kann - d.h. entsprechende Preise nicht eingeholt werden können -, wird für die Aktualisierung der 8000 Adressen eine Gebühr in Höhe von **DM 80.000,-** berechnet (als pauschaler Durchschnittswert zwischen DM 32,- im schlechtesten und DM 5,- im günstigsten Fall). Die Kosten fallen in 1997 an.

ad b) Aus datenschutzrechtlichen Gründen (entsprechende Handhabung im 1. Projekt) dürfen wir mit den Befragten erst durch den (auf Wunsch anonym ausgefüllten) beantworteten Fragebogen in Verbindung kommen. Aus diesem Grund wird

deren Versand von einer Kouvertierfirma übernommen, der die aktualisierten Adressen direkt von den Einwohnermeldeämtern zugehen. Die Kosten für die Versandaktion (dreimalige Durchführung: 1. Fragebogen, 2. Nachfaß-, 3. Erinnerungsaktion), die im Haushaltsjahr 1997 anfallen, belaufen sich - inklusive Lieferung und Beschriftung aller Umschläge, Etikettierungen, Versand, Portogebühren - auf insgesamt **DM 65.000,-**.

3.8 Zitierte Literatur

(zur Literatur von ProjektmitarbeiterInnen vgl. Kap. 3.4)

- Abbott, Andrew; Hrycak, Alexandra (1990): Measuring Resemblance in Sequence Data: An Optimal Matching Analysis of Musicians' Careers. In: *American Journal of Sociology*, Vol. 96, No.1, 144-185
- Axhausen, Silke (1992): Auswirkungen der Vereinbarkeitsproblematik eines Zusammenlebens mit Kindern und kontinuierliche Berufstätigkeit für Frauen. In: Krüger, Helga (Hrsg.): *Frauen und Bildung. Wege der Aneignung und Verwertung von Qualifikationen in weiblichen Erwerbsbiographien*. Bielefeld, 35-86
- Beck, Ulrich; Brater, Michael (1978): *Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit. Eine gesellschaftlich-historische Theorie der Berufe*. Frankfurt/New York
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1976): *Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen*. Frankfurt (Neuauf. Campus 1981)
- Beckmann, Petra; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.) (1994): *Arbeitsmarkt für Frauen 2000 - Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen*. Sonderdruck aus: BeitrAB 179. Nürnberg
- Bertram, Hans; Dannenbeck, Clemens (1990): Pluralisierung von Lebenslagen und Individualisierung von Lebensführungen. Zur Theorie und Empirie regionaler Disparitäten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Berger, Peter A.; Hradil, Stefan (Hg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7*. Göttingen, 207- 229
- Blossfeld, Hans-Peter (1989): *Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß - Eine Längsschnittstudie über die Veränderung der Bildungs- und Berufschancen im Lebenslauf*. Frankfurt/New York
- Blossfeld, Hans-Peter; Drobnic, Sonja; Rohwer, Götz (1995): *Employment Patterns: A Crossroad Between Class and Gender. A Longterm Longitudinal Study of Spouses' Careers in West Germany*. Arbeitspapier des Sfb 186. Universität Bremen

- Brinker-Gabler, Gisela (Hrsg.) (1979): *Frauenarbeit und Beruf. Die Frau in der Gesellschaft. Frühe Texte.* Frankfurt am Main
- Brinkmann, Christian; Engelbrech, Gerhard; Hofbauer, Hans (1988): *Berufsverläufe von Frauen. Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Bd. 70, Neuaufl.,* Nürnberg
- Buchmann, Marlis; Sacchi, Stefan (1995): *Zur Differenzierung von Berufsverläufen. Ein mehrdimensionaler Kohortenvergleich.* In: Berger, Peter, A.; Sopp, Peter (Hrsg.): *Sozialstruktur und Lebenslauf.* Opladen, 49-64
- Eckart, Christel (1990): *Der Preis der Zeit.* Frankfurt/New York
- Engelbrech, Gerhard (1991): *Frauenspezifische Restriktionen des Arbeitsmarktes - Situationsbericht und Erklärungsansätze zu Phasen des Berufsverlaufs anhand von IAB-Ergebnissen.* In: Mayer, Karl Ulrich, Allmendinger, Jutta; Huinink, Johannes (Hrsg.): *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie.* Frankfurt/New York, 91-118
- Gensior, Sabine; Lappe, Lothar (1983): *Arbeitsmarkt und Frauenerwerbsarbeit. SAMF-Arbeitspapier 1983-2.* Paderborn
- Giddens, Anthony (1988): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung.* Frankfurt/New York
- Gildemeister, R.; Wetterer, Angelika (1992): *Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung.* In: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Traditionen-Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie.* Freiburg, 201-254
- Gottschall, Karin (1989): *Frauen auf dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt: Integrationsprozesse mit Widersprüchen und Grenzen.* In: Müller, Ursula; Schmidt-Waldherr, Hiltraud (Hrsg.): *FrauenSozialKunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein.* Bielefeld, 11-41
- Hagestad, Gunhild O.; Neugarten, Bernice L. (1985): *Age and the Life Course.* In: Binstock, Robert H.; Shanas, Ethel (eds.): *Handbook of Aging and the Social Sciences.* New York, 35-61
- Handl, Johann (1988): *Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen. Empirische Untersuchungen zu Prozessen sozialer Mobilität.* Frankfurt/ New York
- Hofbauer, Hans (1979): *Zum Erwerbsverhalten verheirateter Frauen.* In: MittAB 2, 217-240
- Horstmann, Sabine (1995): *Kindererziehung und Alterssicherung. Dissertation.* Universität Bremen
- Knapp, Gudrun-Axeli (1988): *Die vergessene Differenz.* In: *Feministische Studien,* 12-31

- Kruskal, Joseph B. (1983): An Overview of Sequence Comparison. In: Sankoff, David; Kruskal, Joseph B.: Time Warps, String Edits, and Macromolecules: Practice of Sequence Comparison. Reading Mass., 1-44
- Kurz, Karin (1995): Erwerbsverhalten von Frauen in der intensiven Familienphase. Vergleich von Müttern in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dissertation. Universität Mannheim
- Landenberger, Margarete (1991): Die Beschäftigungsverantwortung der Rentenversicherung. (Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) Berlin
- Lauterbach, Wolfgang (1994): Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt. Frankfurt/New York
- Lauterbach, Wolfgang; Huinink, Johannes; Becker, Rolf (1994): Erwerbsbeteiligung und Berufschancen von Frauen. Theoretische Ansätze, methodische Verfahren und empirische Ergebnisse aus der Lebensverlaufsperspektive. In: Beckmann, Petra; Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): a.a.O., 175-208
- Lüsebrink, Karin (1993): Büro via Fabrik. Entstehung und Allokationsprinzipien weiblicher Büroarbeit. Berlin
- Mayer, Christine (1992): "... und daß die staatsbürgerliche Erziehung des Mädchens mit der Erziehung zum Weibe zusammenfällt." In: Zeitschrift für Pädagogik, 38. Jg., Nr. 5, 433-454
- Mayer, Karl Ulrich (1979): Berufliche Tätigkeit, berufliche Stellung und beruflicher Status. In: Pappi, Franz Urban (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten: Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundmerkmalen in allg. Bevölkerungsumfragen. Monographien Sozialwissenschaftliche Methoden Band 2. Königstein, 79-123
- Mayer, Karl Ulrich (1991): Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages. Frankfurt, 667-687
- Mayer, Karl Ulrich; Müller, Walter (1994): Individualisierung und Standardisierung im Strukturwandel der Moderne. Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat. In: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt, 265-295
- Müller, Walter (1983): Frauenerwerbstätigkeit im Lebenslauf. In: Müller, Walter; Willms, Angelika; Handl, Johann: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980. Frankfurt/New York, 55-106
- Nienhaus, Ursula (1982): Berufsstand weiblich. Die ersten weiblichen Angestellten. Berlin
- Notz, Gisela (1989): Frauen im sozialen Ehrenamt. Freiburg

- Ostner, Ilona (1983): Berufsform und berufliche Sozialisation von Frauen. In: Bolte, Karl Martin; Treutner, Erhard (Hrsg.): Subjektorientierte Arbeits- und Berufssoziologie. Frankfurt/New York, 110-140
- Ott, Notburga (1993): Zur Rationalität innerfamiliärer Entscheidungen. In: Born, Claudia; Krüger, Helga (Hrsg.): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführungen. Weinheim, 25-51
- Schlüter, Anne (1987): Neue Hüte - alte Hüte? Gewerbliche Berufsausbildung zu Beginn des 20. Jahrhunderts - Zur Geschichte ihrer Institutionalisierung. Düsseldorf
- Schupp, Jürgen (1991): Teilzeitarbeit als Möglichkeit der beruflichen (Re)Integration. In: Mayer, Karl Ulrich u.a. (Hrsg.): Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie. Frankfurt/New York, 207-232
- Stoß, Friedemann; Saterdag, Hermann (1979): Systematik der Berufe und der beruflichen Tätigkeiten. In: Pappi, Franz Urban (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten: Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundmerkmalen in allg. Bevölkerungsumfragen. Monographien Sozialwissenschaftliche Methoden Band 2. Königstein, 41-57
- Teubner, U. (1989): Neue Berufe für Frauen. Modelle zur Überwindung der Geschlechterhierarchie im Erwerbsbereich. Frankfurt/New York
- Tölke, Angelika (1989): Lebensverläufe von Frauen. Familiäre Ereignisse, Ausbildungs- und Erwerbsverhalten. DJI-Forschungsbericht. Weinheim/München
- Wegener, Bernd (1985): Gibt es Sozialprestige? In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 14, Heft 3, 209-235

Teilprojekt B6

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt B6

3.11 Thema:

Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich

3.12 Fachgebiet und Arbeitsausrichtung:

Lebenslaufforschung, Sozialstrukturanalyse, Soziologie des Arbeitsmarktes, Bevölkerungssoziologie

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
 Institut für empirische und angewandte Soziologie (EMPAS)
 Fachbereich 8
 Universität Bremen
 Postfach 330 440
 28334 Bremen
 Tel.: 0421/218-7403 /-7402
 e-mail: hpb@sfb186.uni-bremen.de

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

Erster Vortsetzungsantrag; das Teilprojekt wird seit dem 01.01.1994 gefördert.

Haushalts-jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungsausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	-	-	-	-
1994	173.200	10.000	-	183.200
1995	175.600	16.000	-	191.600
1996	183.600	10.000	-	193.600
Zwischen-summe	532.400	36.000	-	568.400
1997	194.400	53.800	—	248.200
1998	194.400	41.600	—	236.000
1999	194.400	39.000	—	233.400

Inhaltsverzeichnis

- 3.2 Zusammenfassung

- 3.3. Stand der Forschung
 - 3.3.1 Allgemeine Verortung des Projekts
 - 3.3.2 Ehescheidung und Auflösung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften
 - 3.3.3 Erwerb von Wohneigentum als Statuspassage
 - 3.3.4 Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext

- 3.4 Eigene Vorarbeiten

- 3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1 Ziele
 - 3.5.1.1 Ehescheidung und Auflösung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften
 - 3.5.1.2 Erwerb von Wohneigentum als Statuspassage
 - 3.5.1.3 Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext
 - 3.5.2 Daten und Methoden
 - 3.5.2.1 Datengrundlagen des internationalen Vergleichs
 - 3.5.2.2 Analysemethoden
 - 3.5.3 Arbeits- und Zeitplan

- 3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

- 3.7 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt B6
 - 3.7.1 Begründung des Personalbedarfs
 - 3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsausgaben

- 3.8 Literatur

3.2 Zusammenfassung

Das Teilprojekt B6 ist ein international vergleichendes Forschungsvorhaben, in dem die Beziehungen zwischen dem Wandel von Haushaltsstrukturen (oder privaten Lebensformen) und den Statuspassagen der einzelnen Haushaltsmitglieder im Lebenslauf untersucht werden. Dabei stehen die verschiedenen Dimensionen der Lebensläufe von Individuen (soziale Herkunft, Bildungsverlauf, Erwerbsbeteiligung, Berufskarriere, Einkommensverlauf, Übergang in den Ruhestand etc.) als Bedingungen und Konsequenzen von Haushaltsveränderungen im Mittelpunkt des Interesses. Zu den Statusübergängen auf der Ebene der Haushalte zählen (1) das Verlassen des elterlichen Haushalts, (2) die Gründung von Single-Haushalten, (3) das Zusammenziehen von Partnern in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften, (4) der Übergang in eine Ehe, (5) die Veränderung im Rahmen des Familienzyklus, die Bildung von Mehr-Generationen-Haushalten, (6) die Beendigung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften und Ehen durch Trennung, Scheidung oder Tod und (7) die Wiederverheiratung sowie späte nicht-eheliche Lebensgemeinschaften. Das Projekt hat sich bisher in seinen Untersuchungen vor allem auf die Übergänge (3) bis (5) konzentriert.

Aufbauend auf den bisher gewonnenen Erkenntnissen, sollen in der kommenden Forschungsphase die folgenden drei Fragen untersucht werden: (1) Inwieweit lassen sich in modernen Gesellschaften die *Erhöhung der Scheidungsraten und die steigenden Trennungsziffern bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften* durch den Strukturwandel der individuellen Lebensläufe der (Ehe-)Partner erklären? (2) Unter welchen Bedingungen wird in modernen Gesellschaften im Lebenslauf *Wohn-eigentum* erworben und wie wirkt sich dieses auf die Haushaltsstruktur (über Kinderzahl und Ehescheidung) sowie die individuellen Lebensläufe der Haushaltsmitglieder (Erwerbsbeteiligung und Berufskarriere) aus? (3) In welcher Weise wird in modernen Gesellschaften im Haushaltskontext *der Ausstieg aus dem Erwerbserbssystem* zwischen den Ehepartnern zeitlich synchronisiert und koordiniert?

Konzeptionell geht das Projekt von der These aus, daß Familien beziehungsweise Haushalte und nicht Individuen die grundlegenden Einheiten des Systems sozialer Ungleichheit sind. *Methodisch* verfolgt das Projekt eine quantitative Längsschnittperspektive. Auf der Grundlage bereits im Teilprojekt vorliegender Panel- und Lebensverlaufsdatensätze in den verschiedenen Ländern, werden Sekundäranalysen mit Hilfe moderner Längsschnittmethoden durchgeführt. Bezüglich des *internationalen Vergleichs* praktiziert das Projekt eine bisher sehr erfolgreiche Doppelstrategie. Dabei werden im Projekt zunächst für wenige ausgewählte Länder aussagekräftige Pilotanalysen erstellt, die dann auf der Grundlage bereits etablierter

Kooperationsbeziehungen mit Wissenschaftlern in weiteren Ländern strukturgleich in kurzer Zeit repliziert werden.

3.3 Stand der Forschung

Das Teilprojekt ist im Rahmen des Sonderforschungsbereichs auf weitere zwei Antragsphasen angelegt. Im Folgenden soll das Vorhaben kurz allgemein in der aktuellen Forschungslandschaft verortet werden. Danach werden für die drei konkreten Arbeitsschwerpunkte der kommenden Antragsphase Detailverweise auf den Forschungskontext gegeben.

3.3.1 Allgemeine Verortung des Projekts

Allgemein betrachtet liegt das Projekt im Schnittpunkt von Mobilitäts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsforschung. Sieht man einmal von verschiedenen Kohortenstudien, (vgl. Müller 1978; Müller/Willms/Handl 1983; Willms-Herget 1985; Handl 1988; Lauterbach 1994; Schnabel 1994; Stephan 1995; Schwarze/Buttler/Wagner 1994) und der neueren Lebensverlaufsforchung (z.B. Mayer/Tuma 1990; Mayer 1990; Dressel et al. 1990; Heinz 1991a, 1991b, 1992; Leisering et al. 1993; Born/Krüger 1993; Mayer/Allmendinger/Huinink 1991) ab, dann dominiert in diesen Forschungsgebieten noch immer eine starke *Zeitpunktbezogenheit bei der Erhebung von Daten* (Surveys, Mikrozensus- und Volkszählungserhebungen), eine *Querschnittsorientierung bei der Darstellung von Ergebnissen* und eine *komparativ-statische Strategie bei der Analyse von Veränderungen*. Solche Studien haben zwar ihre Berechtigung, weil sie relativ rasch und meist auch kostengünstig Informationen bereitstellen können, sie sind aber stets mit der Gefahr von Fehlinterpretationen verbunden (Coleman 1981). Diese ist um so größer, je rascher sich sozialer Wandel vollzieht (Dex 1991; Rosenthal 1991). Das Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie der Bereich der privaten Lebensformen gehören aber gerade zu denjenigen Gebieten, auf denen sich der soziale Wandel in den letzten Jahrzehnten besonders rasant vollzogen hat.

Das Projekt will in Anknüpfung an die neuere Lebenslauf- und Biographieforschung dazu beitragen, die traditionelle Trennung zwischen den oben angesprochenen Bindestrich-Soziologien zu überwinden und die heute noch vorherrschende komparativ-statische Untersuchungsperspektive durch einen *Längsschnitt- und Kohortenansatz* zu ersetzen. Im Unterschied zur bisher etablierten Lebenslaufforschung setzt das Projekt jedoch nicht am Verlauf einzelner, isolierter Individuen

an, sondern versucht die *Statuspassagen der Individuen vor allem in Verbindung mit Familienzusammenhängen und Haushaltsgemeinschaften* zu verstehen.

In den meisten modernen Gesellschaften haben sich die *Familien- und Haushaltsstrukturen* in den letzten Jahrzehnten deutlich gewandelt (Caldwell et al. 1988). Private Lebensformen haben sich insbesondere pluralisiert (z. B. international vergleichend: Van de Kaa 1987; Caldwell et al. 1988; für Deutschland z. B. Nave-Herz 1984, 1989, 1991; Kaufmann 1988, 1990; Bertram 1991, 1992; Burkart/Kohli 1992; Strohmeier 1993; Blossfeld 1995a). Der Trend hin zu früherer Heirat, der in den ersten beiden Dritteln dieses Jahrhunderts noch bestimmend war, hat sich umgekehrt, und das Alter bei der ersten Heirat steigt seitdem in den meisten (westlichen) modernen Ländern kontinuierlich an (Caldwell et al. 1988; Blossfeld 1995a). Moderne Gesellschaften sind mit einer sinkenden Geburtenrate konfrontiert und verzeichnen seit einigen Jahren eine kontinuierliche Zunahme des Lebensalters der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes (Caldwell et al. 1988; Burkart 1994). Vor allem die Anzahl der Kinder in den Familien sinkt (Diekmann/Weick 1993; Huinink 1993). Die Quoten kinderloser Frauen sind dabei in der Regel erstaunlich stabil geblieben (Höpfinger 1991). In Europa haben sich über die Kohorten hinweg allerdings in Deutschland und in den Niederlanden die Anteile der kinderlosen Frauen merklich erhöht (Höpfinger 1991; Manting 1994). Die meisten modernen Gesellschaften sind auf dem Wege zur Zwei-Kinder-Familie oder sogar bereits zur Ein-Kind-Familie (Huinink 1989; Prioux 1990). Vormalig eher seltene Familienformen und Haushaltstypen, wie etwa alleinerziehende Mütter oder Väter und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, haben sich in den letzten Jahren zunehmend verbreitet (Burkart/Kohli 1992; Manting 1994; Liefbroer 1991; Burkart 1994; Blossfeld 1995a). Dazu haben nicht zuletzt die steigenden Scheidungsziffern bei Ehen und die zunehmenden Trennungsraten bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften beigetragen.

Diese Veränderungen privater Lebensformen in modernen Gesellschaften haben sich nicht unabhängig von *Wandlungsprozessen im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt* vollzogen. Besonders bedeutsam sind dabei die strukturellen Veränderungen für die Frauen gewesen. So haben sich die Anteile der Frauen mit einem beruflichen Ausbildungsabschluß und mit höheren Bildungsabschlüssen in allen modernen Ländern erhöht (Shavit/Blossfeld 1993). Trotz der Angleichung im Bildungsniveau zwischen Männern und Frauen bestehen allerdings geschlechtsspezi-

fische Unterschiede in der Art der Ausbildung weitgehend fort (Blossfeld 1987). Darüber hinaus hat sich die Berufsstruktur von den Produktionsberufen hin zu Verwaltungs- und Dienstleistungsberufen verschoben, die insbesondere von Frauen besetzt werden (Müller/Willms/Handl 1983; Becker 1991; Kappelhoff/Schulz 1991). Eine große Rolle hat hierbei die Expansion des Wohlfahrtsstaates gespielt, der als Arbeitgeber immer wichtiger geworden ist (Müller 1983; Esping-Andersen 1990). Obwohl sich für viele Frauen über die Kohorten hinweg die beruflichen Chancen verbessert haben, hat sich die geschlechtsspezifische Segregation der Frauen- und Männerarbeit nicht vermindert – ja sie hat sich vielmehr in den letzten Jahren noch erhöht (Blossfeld 1989; Hakim 1993). Insbesondere die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen ist in der Nachkriegszeit stark angestiegen (Willms-Herget 1985; Handl 1988; Blossfeld/Drobníč/Rohwer 1996; Stephan 1995; Lauterbach 1994). Die steigende geschlechtsspezifische Segregation und die wachsende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen sind sehr eng mit einer Ausdehnung der Teilzeitarbeit verbunden (Hakim 1993; Schupp 1991; Blossfeld/Hakim im Erscheinen). Diese wird vor allem von Frauen geleistet (Drobníč/Wittig 1995; Blossfeld/Drobníč/Rohwer 1996) und ist durch eine hohe Instabilität, geringe oder fehlende soziale Absicherung und eine vergleichsweise niedrige Entlohnung gekennzeichnet (Hakim 1993; Schupp 1991).

Die Parallelität der familiären und sozioökonomischen Trends ist heute für die meisten modernen Gesellschaften gut dokumentiert. *Es gibt aber nur wenige empirische Arbeiten, die sich mit einer systematischen Analyse der Zusammenhänge zwischen diesen Entwicklungen auf der individuellen und der Haushaltsebene befassen.* Sieht man einmal von einzelnen neueren Studien aus der Lebenslauf- (Lauterbach 1994; Bernasco 1994; Schnabel 1994; Stephan 1995) und Biographieforschung ab (Krüger/Born 1991; Born 1993a, Born 1993b; Krüger 1993; Erzberger 1993), dann stammt das Wissen über die Beziehungen zwischen dem familiären Wandel und den Veränderungen des Bildungssystems sowie des Arbeitsmarktes aus Auswertungen von Zensus- oder Umfragedaten, die sich jeweils nur auf einzelne Zeitpunkte beziehen. Komparativ-statische Analysen von Makrostrukturen können aber nur sehr unvollständig die zugrundeliegenden *kausalen Mechanismen* (Blossfeld 1996) offenlegen. Für das Verständnis der Beziehungen zwischen den familiären und sozioökonomischen Trends ist es notwendig, daß man sie *dynamisch betrachtet und die Vermittlung der Makroprozesse auf der Ebene individueller Statuspassagen und Haushaltsveränderungen nachvollzieht.*

Das Projekt versucht dies durch eine Sekundäranalyse vorhandener Panel- und Lebensverlaufsdatensätze in verschiedenen Ländern zu leisten.

Im Rahmen dieses allgemeinen Projektansatzes werden sich die Arbeiten *in dieser Antragsphase* auf die Beantwortung der folgenden *drei Fragen* konzentrieren: (1) Inwieweit lassen sich in verschiedenen modernen Gesellschaften die *Erhöhung der Scheidungsraten und die steigenden Trennungsraten bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften* durch den Strukturwandel der individuellen Lebensverläufe der (Ehe-)Partner erklären? (2) Unter welchen Bedingungen wird in modernen Gesellschaften im Lebenslauf *Wohneigentum (als Statuspassage)* erworben und wie wirkt sich dieses auf die Haushaltsstruktur (über Kinderzahl und Ehescheidung) sowie die individuellen Lebensläufe der Haushaltsmitglieder (Erwerbsbeteiligung und Berufskarriere) aus? (3) In welcher Weise wird in modernen Gesellschaften *im Haushaltskontext der Ausstieg aus dem Erwerbssystem zwischen den Ehepartnern zeitlich synchronisiert und koordiniert*?

3.3.2 Ehescheidung und Auflösung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften

In der Nachkriegszeit bis in die späten 80er Jahre hinein hat sich die Zahl der Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland deutlich erhöht (Hill/Kopp 1990, Esser 1993) und der Anteil der Geschiedenen an der Bevölkerung ist von 1,3% im Jahre 1950 auf 4,3% im Jahre 1991 in Westdeutschland gestiegen (Bauerreiss/Bayer 1995). Auch in anderen Industrieländern ist ein Trend zu mehr Ehescheidungen zu beobachten (für die USA Price/McKenry (1988); für verschiedene europäische Länder siehe Höhn/Schulz (1987), Haskey (1991), Council of Europe (1994)). Seit der Mitte der 80er Jahre scheint sich aber eine Trendumkehr zu vollziehen. In vielen Ländern flachen die Steigerungsraten deutlich ab und das Scheidungsverhalten scheint sich auf hohem Niveau zu stabilisieren (Hill/Kopp 1994; Blossfeld/DeRose/Hoem/Rohwer 1995). Das durchschnittlich erreichte Lebensalter liegt heute weitaus höher als zu Beginn dieses Jahrhunderts, wodurch sich für Ehepaare neue Strukturen bilden, wenn die Kinder das Haus verlassen (Bertram 1995a). Darin kann ein Erklärungspotential für erhöhte Scheidungstendenzen liegen. Trotz der großen sozialpolitischen Bedeutung der Scheidungsentwicklung, liegen in der deutschen Familienforschung heute nur relativ wenige gesicherte empirische Befunde über die Gründe der sich verändernden Instabilität von Ehen und Partnerschaften vor. Soweit es Forschungsergebnisse gibt, basieren diese vor allem auf Querschnitten und die Bezugsgrößen für die Scheidungsziffern stellen

dann problematische Größen dar (z.B. die Einwohnerzahl). Da sich nicht nur die Scheidungszahlen, sondern auch diese Bezugsgrößen über die Zeit ändern, lassen sich die Entwicklungen der meisten Scheidungsziffern über längere Zeiträume hinweg nur schwer interpretieren. Scheidungsraten sollten mit Längsschnittdaten und ereignisanalytischer Methoden durchgeführt werden und sich auf Heiratskohorten beziehen (Hill/Kopp 1990, Bertram 1995b).

Die bisher vorliegenden empirischen Befunde der soziologisch-demographischen Forschung über das Scheidungsverhalten lassen sich wie folgt zusammenfassen: (1) Ehescheidungen werden stark durch ökonomische Wirtschaftszyklen beeinflusst. Im Wirtschaftsaufschwung (in der Wirtschaftskrise) steigt (sinkt) nicht nur die Anzahl der Eheschließungen (Blossfeld/Huinink 1989, Huinink, et al 1995), sondern auch die Anzahl der Scheidungen und Trennungen (Price/McKenry 1988; Hartmann 1989; Bertram 1995b). (2) Die Scheidungsrate variiert deutlich mit dem regionalen Kontext. Sie ist in Städten höher als in ländlichen Gegenden (Braun 1989, Bertram 1995c). (3) Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß nach Kriegen die Scheidungsziffern dramatisch angestiegen sind. In der Bundesrepublik lagen sie im Jahre 1950 z.B. noch bei 16,9 Scheidungen (je 10.000 Einwohner) im Vergleich zu 8,8 im Jahre 1960 (vgl. auch Price/McKenry 1988). (4) Die Arbeit von Becker, Michael und Landes (1977) zeigte, daß der Effekt des Heiratsalters der Männer auf die Scheidung einen U-förmigen Verlauf hat, d.h. zuerst bei niedrigem Heiratsalter hoch ist, dann mit zunehmendem Heiratsalter zunächst sinkt, um dann mit höherem Heiratsalter wieder anzusteigen. (5) Es hat sich gezeigt, daß die Geschiedenen eine durchschnittlich höhere Bildung als die Verheirateten haben (Hill/Kopp 1990) und daß sie häufiger Mitglieder der evangelischen Religionsgemeinschaft sind (Hill/Kopp 1990, Klein 1995), bzw. aus der Kirche ausgetreten waren. (6) Gemeinsame leibliche Kinder reduzieren und Stiefkinder sowie uneheleiche Kinder erhöhen das Scheidungsrisiko (Klein 1995; Esser u.a. 1994). Hartmann (1989) interpretierte Variablen wie Bevölkerungsdichte, Religionszugehörigkeit u.a. im Sinne der ökonomischen Theorie. Nave-Herz (1988, 1990) verbindet die Frage der ehelichen Instabilität mit der Überlegung zum Wandel der Wertestruktur. Der Anstieg der Scheidungsraten wird als ein Anzeichen für einen auch die Familien erfassenden Prozeß des gesellschaftlichen Wandels angesehen.

Das Teilprojekt B6 möchte aus einer Längsschnittperspektive den Zusammenhang zwischen dem Familienzyklus und den Erwerbsverläufen der Ehepartner und dem

Scheidungsverhalten genauer untersuchen. Der Ländervergleich soll dabei Hinweise auf den Einfluß von Institutionen und kulturellen Differenzen zwischen den verschiedenen Ländern geben. Ein Schwerpunkt wird dabei auch das Trennungsverhalten in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften sein, über das noch wenig bekannt ist (Manting 1994).

3.3.3. Erwerb von Wohneigentum als Statuspassage

In der soziologischen Literatur werden die Bedingungen und Konsequenzen des Erwerbs von Wohneigentum meist nur am Rande behandelt. Dies ist erstaunlich, weil es sich dabei nicht nur um eine bedeutsame "Statuspassage" im Lebenslauf vieler Familien handelt, sondern weil damit eine der zentralen Dimensionen sozialer Ungleichheit von Haushalten angesprochen wird. Die Unterschiede der Wohnbedingungen und die verschiedenen Möglichkeiten des Erwerbs und des Besitzes von Wohneigentum zeigen sich im täglichen Leben recht deutlich (vgl. Rothenbacher 1989). Der Erwerb von Wohneigentum gilt in Deutschland als erstrebenswertes "Lebensziel". Etwa zwei Drittel der Westdeutschen wünschen sich ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung (Geißler 1992). Aufgrund des Altersaufbaus der Bevölkerung und einer fast 50jährigen Friedenszeit, in der Kapital und Wohneigentum in den Haushalten akkumuliert werden konnte, tritt der intergenerationale Transfer von Wohneigentum, sei es als Erbe oder Schenkung, auch zunehmend in das öffentliche Bewußtsein. Das Wohneigentum dürfte dabei einen starken Einfluß auf die Arbeitsmarktorientierung der Ehepartner und die Familienstruktur haben. Diese Zusammenhänge sollen im Projekt aus einer Längsschnittperspektive umfassender untersucht werden.

Im Vergleich der Industriestaaten ist der Anteil der Haus- und Grundbesitzer in Deutschland relativ niedrig (Eilers/Jeromin 1992): (West-)Deutschland 46.7%, Großbritannien 66%, Japan 61%, Vereinigte Staaten 64%, Spanien 76%, Frankreich 54%, Italien 64%. Es wird deswegen im vorliegenden Projekt zu analysieren sein, worin die institutionellen Gründe für diese Unterschiede in den Anteilen liegen. Neben den Rahmenbedingungen der einzelnen Länder, wie Politik und Rechtssystem, sollen dabei die Unterschiede in den Lebensläufen der Individuen herausgearbeitet werden.

3.3.4. Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext

Der Übergang in den Ruhestand ist typischerweise als isolierte Erfahrung behandelt worden, die sich durch Merkmale der Individuen, Arbeitsmarktbedingungen und institutioneller Strukturen, wie sie die Renten- und Sozialversicherungssysteme darstellen, erklären läßt. Die Forschung war zum einen auf diesem Gebiet durch ihren Fokus auf wachsende Arbeitslosigkeit und die Einführung von Vorruhestandsregelungen geprägt, die eine Reduzierung des Arbeitsangebots und auf diese Weise eine bessere Balance zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage zum Ziel hatten (Schmähl 1988; Holzmann 1988). Zum anderen lag der Schwerpunkt auf der Altersvorsorge und dem Alterssicherungssystem (Schmähl 1977, 1993) sowie den spezifischen Regelungen im Rentenversicherungssystem, z.B. bezüglich des gleitenden Übergangs in den Ruhestand, der den Individuen eine gewisse Flexibilität beim *Timing* ermöglicht (Schmähl/George/Oswald 1995). In diesem theoretischen Rahmen liegt die Betonung entweder auf "pull-" oder "push-" Faktoren, die den älteren Erwerbstätigen stimulieren, den Arbeitsmarkt endgültig zu verlassen (Guillemard/Rein 1993). Dabei waren Frauen meistens nicht in den Analysen berücksichtigt worden (siehe aber Allmendinger 1990). Berufsausgliederungsprozesse wurden in Deutschland fast ausschließlich im männlichen Lebenszusammenhang für wichtig erachtet und analysiert. Das Vorurteil, wonach Frauen mit der Berufsaufgabe aus Altersgründen in ihre "eigentliche" Rolle als Hausfrau und Ehefrau zurückkehren, hat sich auch in der Forschungspraxis niedergeschlagen (Niederfranke 1992). So konzentrierten sich die meisten Forschungsarbeiten zum Ausscheiden aus dem Erwerbsleben auf Männer (Ausnahmen: Allmendinger 1990; Allmendinger, Brückner/Bruckner 1992, Niederfranke 1991, 1992), es fehlt meist eine längerfristige Lebenslaufperspektive und sie basierten normalerweise auf einer isolierten individualistischen Sichtweise (siehe z.B. Gordon/Blinder 1980).

In der ökonomischen Literatur ist der Übergang in den Ruhestand überwiegend als Funktion der Maximierung des Lebens Einkommens im Lebenszyklus verstanden worden. Dinkel (1988) behauptet, daß man bei deutschen Versicherten als Ziel-funktion von einer Lebensstandardsicherung anstelle der Lebens Einkommensmaximierung sprechen sollte. Im ökonomischen Rahmen ist Ruhestand auch häufig innerhalb des Haushalts- oder Familienkontextes untersucht worden. Aber Versuche, zwischen gemeinsamen und individuellen Nutzenfunktionsmodellen zu unterscheiden und diese zu testen, sind selten. Die Abhängigkeiten, die aus einem gemein-

samen Nutzenfunktionsmodell entstehen, sind deswegen empirisch wenig untermauert (McElroy 1981). Lundberg (1988) stellte fest, daß die Schätzung des Familien-Arbeitsangebotsmodells aufgrund von Prozessen der Homogamie schwierig ist. Die persönlichen Merkmale, welche die Heirat und Ehestabilität beeinflussen, sind wahrscheinlich dieselben, die auch das Arbeitsangebot determinieren. Deshalb ist es in einer Querschnittsstudie auch schwierig, die Wechselwirkungen zwischen dem Arbeitsangebot innerhalb der Familie und dem Partnerselektionsprozeß zu trennen (Lundberg 1988: 224). Nur die Anwendung von Längsschnittdaten macht eine angemessenere dynamische Modellspezifikation möglich, die den Effekt des zurückliegenden Erwerbsverlaufs eines Individuums auf das gegenwärtige Verhalten, einschließlich der Ruhestandsentscheidungen, berücksichtigt. Soweit bisher Lebenslaufdaten in der Forschung verwendet wurden, wurde die Hypothese bestätigt, daß der Ruhestandszeitpunkt im Haushaltskontext bestimmt wird (Clark/Johnson/McDermed 1980; Hurd 1990).

Bei den heute vorliegenden Längsschnittstudien über das Ruhestandsverhalten im soziologischen Rahmen wurde weniger auf das Einkommen und das Vermögen geachtet, sondern die Aufmerksamkeit auf die Familien- und Berufsgeschichte, den Heiratsstatus, die Kinder, das Alter und die Gesundheit gerichtet (Szinovacz/Ekerdt/Vinick 1992; Henretta/O'Rand/Chan 1993; O'Rand/Henretta 1982; Henretta/O'Rand 1983; Allmendinger 1990; Allmendinger/Brückner/Brückner 1992; Pischner/Wagner 1992, Wagner 1996). Allmendinger (1990) diskutiert die Unterschiede zwischen dem deutschen und amerikanischen Ansatz zur Untersuchung des Ruhestandsverhaltens und zeigt, daß in der westdeutschen empirischen Sozialforschung meist davon ausgegangen wird, daß der Zeitpunkt des Austritts aus dem Erwerbsleben sich aus gesetzlichen Altersgrenzen und betriebsspezifischen Mutationen dieser Altersgrenzen ergibt. In der amerikanischen Soziologie werden Lebensläufe seltener als Ergebnis institutioneller Vorgaben gesehen. Dagegen wird eher nach den individuellen Gründen gefragt (Ausnahme: siehe Henretta 1992).

In Deutschland sind Studien des Ruhestandsverhaltens im Haushaltskontext, die sich auf die Lebenslaufperspektive von Individuen konzentrieren, selten. Diese wenigen Untersuchungen haben aber die Wechselwirkungen im Ruhestandsmuster zwischen den Ehepartnern auch für Deutschland gezeigt. Wagner (1996) findet zwar, daß der Rentenzugang von Ehemännern für den Rentenzugang von Frauen insgesamt in den älteren Kohorten keine große Rolle gespielt hat, aber wenn man

sich auf langjährig erwerbstätige Ehefrauen beschränkt, zeigt sich eine durchaus isolierbare und relevante Bedeutung eines gemeinsamen Rentenzuganges von Ehegatten. Da diese Gruppe der langjährig erwerbstätigen Ehefrauen zunimmt, wächst auch die empirische Relevanz des zwischen den Partnern abgestimmten Rentenzugangsverhaltens. Pischner und Wagner (1992) sowie Allmendinger (1990) kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Für Männer hatte das Alter der Ehefrau einen starken Effekt. Ein Mann mit einer wesentlich jüngeren Frau verblieb länger im Arbeitsmarkt als andere Männer. Für Frauen war das Zusammenspiel zwischen Karriere und Haushaltskontext noch wichtiger als für Männer. Höherer Tätigkeitsstatus, Aufwärtsmobilität und Beschäftigung im öffentlichen Dienst verzögerten den Austrittszeitpunkt für Ehefrauen; auch wurde der Austritt durch ein hohes Einkommen des Ehemannes und durch dessen Erwerbstätigkeit hinausgeschoben. Basierend auf dem Konzept der Statuskompatibilität hat Allmendinger (1990) auch gezeigt, daß der familiäre Kontext die Austrittszeitpunkte von Ehepaaren beeinflußt.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Die geplanten Arbeiten der nächsten Phase können auf einer Reihe empirischer Ergebnisse sowie theoretischer und statistisch-methodischer Konzepte aufbauen, die bisher im Projekt zur Verknüpfung von Haushaltsveränderungen und individuellen Lebensverläufen ihrer Mitglieder entwickelt wurden.

Zu nennen sind hier zunächst drei größere international vergleichende Bücher: (1) Eine empirische Studie über die Veränderung der herkunftsbezogenen Bildungschancen von Männern und Frauen aus verschiedenen sozialen Schichten im Zuge der Bildungsexpansion (Shavit/Blossfeld 1993).¹ (2) Eine empirische Untersuchung über die Effekte der verbesserten Bildungs- und Berufschancen von Frauen auf die Familienbildung (nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, erste Heirat und Geburt des ersten Kindes) (Blossfeld 1995a).² (3) Empirischen Analysen über die Veränderung der Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen im Lebenslauf im Zusammenhang mit ihrem Familienzyklus (Blossfeld/Hakim 1996).³

¹ Einbezogen wurden folgende Länder: West-Deutschland, USA, die Niederlande, Schweden, England und Wales, Italien, Schweiz, Taiwan, Japan, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Israel.

² In dieser Untersuchung wurden die folgenden Länder berücksichtigt: West-Deutschland, Schweden, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, USA, Italien, Spanien und Ungarn.

³ In dieser Analyse wurden die folgenden Länder berücksichtigt: West-Deutschland, Italien, Griechenland, Frankreich, die Niederlande, Großbritannien, Dänemark, USA und Schweden.

Diese systematischen international vergleichenden Studien wurden ergänzt durch eine Vielzahl kleinerer empirischer Spezialanalysen von verschiedenen Ländern: (1) Eine Untersuchung der Veränderung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland und den Niederlanden (Blossfeld/Manting/Rohwer 1994). (2) Zwei vergleichende Analysen über die Differenzen in der Teilzeitarbeit von Frauen in Westdeutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika (Drobnic/Blossfeld/Rohwer/Wittig 1996; Drobnic/Wittig 1995). (3) Eine Studie über das Heiratsverhalten von Paaren, die in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften leben, in Abhängigkeit von Schwangerschaft bzw. der Geburt eines ersten Kindes in Ost- und Westdeutschland (Blossfeld/Klijzing/Pohl/Rohwer 1996). (4) Eine Untersuchung über die Auswirkungen steigender Arbeitslosigkeit auf die Lebensläufe in Slowenien (Drobnic/Rus 1995). (5) Eine Analyse der Folgen der Struktur des beruflichen Bildungssystems auf die beruflichen Mobilitätsprozesse in Dänemark (Esping-Andersen/Rohwer/Sørensen 1994). (6) Eine Untersuchung der Wirkung struktureller Veränderungen auf individuelle Mobilitätsprozesse in den 80er und frühen 90er Jahren in den USA, Niederlande, Schweden und Westdeutschland (DiPrete, de Graaf, Luijckx und Blossfeld 1996). (7) Eine Studie über den Zusammenhang von Familienentscheidungen und Erwerbstätigkeit bei Frauen in Dänemark (Rohwer/Leth-Sørensen 1996). (8) Forschungsergebnisse bezüglich der wechselseitigen Beeinflussung der Ehegatten hinsichtlich des Erwerbsverlaufs (Blossfeld/Drobnic/Rohwer 1996) und (9) bezüglich von Homogamieprozessen in Westdeutschland und den Niederlanden (Blossfeld/Timm/Ultee 1996).

In theoretischer Hinsicht hat sich das Projekt zunächst darum bemüht, die Integration von Konzepten aus der empirischen Sozialstrukturanalyse, der Lebenslaufforschung (Rohwer 1995) und der neueren "Rational Choice Theorie" in der Soziologie zu verbessern (Blossfeld, im Erscheinen). Darüber hinaus wurden in einem theoretischen Aufsatz spezifische Thesen über die Auswirkungen unterschiedlicher Systeme der Berufsausbildung auf die Mobilitätsprozesse von Arbeitskräften in verschiedenen modernen Industriestaaten entwickelt (Blossfeld 1994, 1995b).

In methodischer Hinsicht hat das Projekt zunächst in einem umfassenden Lehrbuch (Blossfeld/Rohwer 1995; Blossfeld/Rohwer 1996b) die Neuerungen und Weiterentwicklungen der Methoden der Ereignisanalyse, die sich in den letzten 10 Jahren ergeben haben, zusammengestellt. Der Schwerpunkt der Darstellung lag dabei auf der Herausarbeitung der Beziehung zwischen inhaltlich-kausalem Den-

ken und der methodisch-technischen Längsschnittmethodologie. Eine besondere Stärke des Buches stellt dabei die Darstellung eines neuen Zugangs zur Analyse interdependenter dynamischer Systeme zur Haushaltsanalyse dar. Desweiteren hat sich das Projekt bemüht, die Speicherung von Lebensverlaufsdaten in Datenbanken zu optimieren (Rohwer/Pischner 1994; Rohwer 1995) und die Computerprogramme zur Analyse von Längsschnittdaten weiterzuentwickeln (Rohwer 1994).

Bücher

- Blossfeld, Hans-Peter (Hrsg.) (1995a): *The new role of women. Family formation in modern societies*, Westview Press, Boulder, CO.
- Blossfeld, Hans-Peter und Götz Rohwer (1995): *Techniques of event history modeling. New approaches to causal analysis*, Erlbaum, Hillsdale, N.J.
- Blossfeld, Hans-Peter und Catherine Hakim (Hrsg.) (1996, im Erscheinen): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States of America*, Oxford University Press.
- Rohwer, Götz (1994): *TDA Working Papers* (Documentation TDA, a Computer Program for Event History Analysis), Bremen.
- Rohwer, Götz (1994): *Kontingente Lebensverläufe. Soziologische und statistische Aspekte ihrer Beschreibung und Erklärung*, Habilitationsschrift, Universität Bremen.

Aufsätze

- Blossfeld, Hans-Peter (1994): "Different systems of vocational training and transition from school to career: The German dual system in cross-national comparison" in CEDEFOP (Hrsg.): *The determinants of transitions in youth*, Berlin, 26-36.
- Blossfeld, Hans-Peter (1996): "A learning curve in Europe". In: *Mitbestimmung*, 8-11.
- Blossfeld, Hans-Peter (1996a, im Erscheinen): "Macrosociology, rational choice theory and time. A theoretical perspective on the empirical analysis of social processes" *European Sociological Review*, Vol.12, No.2.
- Blossfeld, Hans-Peter (1996b, im Erscheinen): "Women's part-time employment and the family cycle: A cross-national comparison" in: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States*, Oxford University Press.
- Blossfeld, Hans-Peter, Alessandra De Rose, Jan Hoem und Götz Rohwer (1995): "Education, modernization, and the risk of marriage disruption in Sweden, West Germany, and Italy" in: Karen O. Mason und An-Magritt Jensen (Hrsg.): *Gender and Family Change in Industrialized Countries*, Oxford University Press, Oxford, 200-222. Auch in: Stockholm Research Reports in Demography 76.
- Blossfeld, Hans-Peter, Sonja Drobnic und Götz Rohwer (1995): "Employment Patterns: A Cross-road Between Class and Gender. A Long-term Longitudinal Study of Spouses' Careers in West Germany". *Sfb 186 Arbeitspapier Nr. 33*, Bremen.
- Blossfeld, Hans-Peter, Erik Klijzing, Katharina Pohl und Götz Rohwer (1996): "Die Modellierung interdependenter Prozesse in der demographischen Forschung: Konzepte, Methoden und Anwendung auf nichteheliche Lebensgemeinschaften" *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 21. Jg., 29-56

- Blossfeld, Hans-Peter, Dorien Manting und Götz Rohwer (1994): "Patterns of change in family formation in the FRG and the NL: Some consequences for solidarity between generations", PDOP-Paper No. 18, Amsterdam, in: Henk Becker und Piet L.J. Hermkens (Hrsg.): *Demographic, economic and social change, and its consequences*, Thesis Publishers, Amsterdam, 175-196.
- Blossfeld, Hans-Peter, Valerie K. Oppenheimer und Achim Wackerow (1995): "United States of America: New developments in family formation and women's improvement in educational attainment", in: Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): *The new role of women. Family formation in modern societies*, Westview Press, Boulder, Co, 150- 173.
- Blossfeld, Hans-Peter und Peter Robert (1995): "Hungary: changes in the process of family formation" in: Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): *The new role of women. Family formation in modern societies*, Westview Press, Boulder, CO (1995), 211-226.
- Blossfeld, Hans-Peter und Götz Rohwer (1995): "West Germany: changes in the process of family formation" in: Hans-Peter Blossfeld (Hrsg.): *The new role of women. Family formation in modern societies and the new role of women*, Westview Press, Boulder, CO, 56-76.
- Blossfeld, Hans-Peter und Götz Rohwer (1996a, im Erscheinen): "Part-time work in West-Germany", in: Hans-Peter Blossfeld and Catherine Hakim (Hgs.): *Between equalization and marginalization. Part-time working women in Europe and the United States*, Oxford University Press, Oxford.
- Blossfeld, H.-P. und G. Rohwer (1996b): "Causal inference, time, and observation plans in the social sciences". *Sfb186, Arbeitspapier Nr. 36*. Bremen
- DiPrete, Thomas A., Paul M. de Graaf, Ruud Luijkx und Hans-Peter Blossfeld (1996): "Structural Change and Career Mobility in the Netherlands, Germany, and the United States." Paper prepared for the ASA meeting, August, 16-20, 1996, New York.
- Drobnič, Sonja (1995): "Nestandardne oblike zaposlovanja v Srednji in Vzhodni Evropi" [Nonstandard Forms of Employment in Central and Eastern Europe] *Teorija in praksa*, Jg. 32, 9-10, 796-811.
- Drobnič, Sonja (1996, im Erscheinen): "Part-Time Work in Central and East European Countries." in: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America*. Oxford University Press, Oxford.
- Drobnič, Sonja, Hans-Peter Blossfeld, Götz Rohwer und Immo Wittig (1996): "Women's Part-Time Work: Reconciliation Between Family and Employment?" *Sfb 186 Arbeitspapier Nr. 32*, Bremen.
- Drobnič, Sonja und Veljko Rus (1995): "Unemployment in Transition Economies: The Case of Slovenia." in: Jackson, M., Koltay, J., and Biesbrouck, W. (Hrsg.): *Unemployment and Evolving Labor Markets in Central and Eastern Europe*. LICOS Studies on the Transitions in Central and Eastern Europe, Volume 4, Aldershot: Avebury, 93-122.
- Drobnič, Sonja und Immo Wittig (1995): "Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit im Familienzyklus US-amerikanischer Frauen – Eine Längsschnitanalyse." *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 25, Heft 5, 374-389.
- Drobnič, Sonja und Immo Wittig (1996, im Erscheinen): "Part-time Work in the United States of America." In: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hrsg.): *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America*. Oxford University Press.
- Leth-Sørensen, Søren und Götz Rohwer (1996, im Erscheinen): "Women's Employment and Part-Time Work in Denmark" In: Hans-Peter Blossfeld und Catherine Hakim (Hgs.): *Between*

Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States of America. Oxford University Press.

Rohwer, Götz, Gøsta Esping-Andersen und S. Leth-Sørensen (1994): "Institutions and Occupational Class Mobility: Scaling the Skill Barrier in the Danish Labor Market" *European Sociological Review*, 10, 119-134.

Rohwer, G. und R. Pischner (1994): *RZOO. Ein Retrievalprogramm für das Sozio-ökonomische Panel*, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Rohwer, Götz (1995): "Using TDA with the Family and Working Lives Survey", Studie für das Employment Office, London.

Schömann, Klaus, Hans-Peter Blossfeld und Michael T. Hannan (1995): "The Segmentation of Transitions from School to work in Postwar Germany: A Dynamic Perspective" *Comparative Social Research*, 15: 103-127.

Shavit, Yossi und Hans-Peter Blossfeld (1996): "Equalizing Educational Opportunity: Do Gender and Class Compete?" In: Robert Erikson und Jan O. Jonsson (Hg): *Can Education be Equalized? The Swedish Case in Comparative Perspective*. Westview Press, Boulder, Oxford, 233-254.

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

3.5.1 Ziele

Die allgemeine Zielsetzung dieses Teilprojekts besteht darin, den Zusammenhang zwischen dem Wandel von Haushalten (oder privaten Lebensformen) und der Veränderung der Lebensläufe der individuellen Haushaltsmitglieder zu analysieren. Bei der Untersuchung dieser Interdependenz verfolgt das Projekt eine zweifache Perspektive:

Zum einen wird der Frage nachgegangen, wie die *Dynamik von Haushalten*, d.h. die Bildung, Fortführung und Auflösung von verschiedenen Haushaltstypen (nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, Ehen, Ein-Eltern-Haushalte, etc.) durch *Veränderungen zentraler Lebensereignisse bei den einzelnen Haushaltsmitgliedern* (z. B. Bildungsbeteiligung, Berufskarriere, Hauserwerb, Einkommensposition etc.) beeinflusst wird. Um beispielsweise die Rolle der Bildungsexpansion für die Dynamik von Haushalten verstehen zu können, muß man die Aufmerksamkeit auf die Bildungsgeschichten der individuellen Haushaltsmitglieder richten. Vor dem Hintergrund der raschen Veränderungen in den verschiedenen Lebensbereichen ist es besonders wichtig, den *zeitbezogenen Zusammenhang* zwischen der *Haushaltsdynamik* und den *Lebensverläufen der individuellen Mitglieder* zu berücksichtigen.

Zum anderen wird die Frage gestellt, wie die *Lebensbedingungen und Lebensverläufe der Haushaltsmitglieder* durch die *Veränderung der Haushaltszusammensetzung* beeinflusst werden. Das Projekt geht dabei von der These aus, daß Fami-

lien und Haushalte und nicht Individuen die Basiseinheiten des sozialen Ungleichheitssystems sind. D.h., daß große Teile der Population (Kinder, Hausfrauen, Studenten etc.) in das System der sozialen Ungleichheit auf der Grundlage ihrer Familien- und Haushaltsmitgliedschaft einbezogen werden. Familien und Haushalte transformieren *ungleiche Arbeitsmarktchancen* in *de facto Ungleichheiten*. Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt wirken vor allem vermittelt über die Größe und Zusammensetzung der Haushalte, die Einkommenspositionen der jeweils anderen Haushaltsmitglieder, das Vermögen der Haushalte, das Wohneigentum, sowie der auf Haushalte gerichteten staatlichen Sozialpolitik auf die soziale und ökonomische Ungleichheit der Individuen ein. Ein adäquates Verständnis der Interdependenzen von individuellen Lebensverläufen, Haushaltsstrukturveränderungen und des Einflusses des Verhaltens der jeweils anderen Haushaltsmitglieder ist deswegen bedeutsam für die Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Eine Beantwortung dieser zwei allgemeinen Fragen soll im Projekt dadurch erfolgen, daß sie auf eine Reihe handhabbarer Teilthemen reduziert werden (siehe die ausführliche Darstellung im letzten Projektantrag), die dann in einem stufenweisen Untersuchungsprozeß empirisch analysiert werden können. Hauptziel des Projekts ist es dann, die Ergebnisse dieser Teilmodelle in ein integriertes Modell zusammenzufügen und damit ein Gesamtbild des Zusammenhangs der Dynamik privater Lebensformen und individueller Lebensverläufe zu erhalten.

In theoretischer Hinsicht wird insbesondere versucht, die Beziehungen zwischen den *makrostrukturellen Veränderungen* (Bildungsexpansion, Veränderung der Berufsstruktur, Wandel des Wohlfahrtsstaates), der *zeitlichen Organisation des Lebenslaufs* (Altersgradierung, Zeitbezogenheit von Bildungs- und Berufskarrieren) und der *Bildung, Fortführung und Auflösung von Haushalts- und Familienverbänden* zu verstehen. Mit Durkheim wird dabei die Dynamik von Haushalten als eine *soziale Tatsache* betrachtet, die eine *makrosoziologische Erklärung* erfordert und durch eine *mikrosoziologische Handlungsperspektive* ergänzt werden muß (Blossfeld 1996).

In dieser Antragsphase sollen insbesondere die Trennungsprozesse bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen, der Hauserwerb als Statuspassage und die koordinierte Verrentung im Haushaltskontext untersucht werden.

3.5.1.1 Ehescheidung und Auflösung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften

Im Rahmen der klassischen *funktionalistischen Familiensoziologie* sind Ehescheidungen zum einen Ausdruck individuellen 'Unglücks' und zum anderen eine durchaus institutionell sinnvolle soziale Einrichtung. Sie ermöglichen es, bei ehelichen Spannungen einen legitimen Ausweg zu finden (Goode 1967). Es wird anerkannt, daß in modernen Gesellschaften die Institution der Ehe einen fragilen Charakter besitzt, weil sie sich auf 'Liebe' gründet und somit anfälliger für emotionale Spannungen ist (König 1974). Die Vertreter dieser Richtung betrachten deswegen auch den Anstieg der Scheidungsziffern als nicht besonders dramatisch. Wiederverheiratung stellt hier eine durchaus "strukturell funktionale Lösung" dar (König 1976; Goode 1966).

In neueren Beiträgen kann man Ähnlichkeiten in der Bewertung der Ehescheidung mit der eben angesprochenen traditionellen Betrachtungsweise feststellen. Es handelt sich hier aber um sehr stark *individualistisch geprägte Ansätze*, in denen Ehescheidungen als Konsequenz von Beziehungskonflikten in der Folge zunehmender Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse aufgefaßt werden (vgl.: Berger/Berger 1984; Beck 1986; Beck-Gernsheim 1986; Nave-Herz 1989).

Nach der *Austauschtheorie* ist die Ehe als Tauschbeziehung anzusehen, die als wechselseitig belohnend empfunden wird und im Interesse der Beteiligten ist. Der Nutzen der Ehe wird hierbei als subjektiv höher eingestuft als für andere mögliche alternative Beziehungen. Die Ressourcen sind vor allem emotionaler Natur, wie etwa Liebe, Verständnis etc. (vgl.: Safilios-Rothschild 1976). In der Austauschtheorie der Ehescheidung wird von zwei zentralen Konzepten ausgegangen: der Ehequalität und der Ehestabilität. Die Austauschtheorie behauptet, daß die Entscheidung eines Individuums für eine Scheidung um so wahrscheinlicher wird, je geringer die Ehequalität ist, je günstiger die naheehelichen Alternativen sind und je niedriger die Barrieren einer Scheidung sind (z.B. soziale und materielle Kosten) (vgl.: Lewis/Spanier 1979; Jäckel 1980; Nye 1982). Die Ehequalität ist zum einen von vorehelichen Einflüssen abhängig, wie etwa den materiellen Ressourcen, der Eindeutigkeit der zu erwarteten Arbeitsteilung in der Ehe und der Unterstützung anderer Bezugsgruppen, die die Paarbildung beeinflußt haben. Die zweite Gruppe von Faktoren bezieht sich auf die Ausgestaltung des Ehelebens selbst. Sie umfassen Merkmale wie Zufriedenheit mit der sozioökonomischen Position, der

Erwerbstätigkeit von Mann und Frau, der Haushaltszusammensetzung und der Eingebundenheit in das soziale Umfeld.

Ähnlich wie die Austauschtheorie geht die *Familienökonomie* (Becker 1981) bei der Erklärung ehelicher Instabilität davon aus, daß es sich bei der Ehescheidung um eine Handlungsalternative handelt, die dann gewählt wird, wenn der Nutzen, der nach einer Scheidung zu erwarten ist, den Nutzen in einer Ehe übertrifft. Es müssen dabei aber nicht unbedingt beide Partner durch die Scheidung bessergestellt werden.

Das Ziel der Untersuchungen des Projekts ist es insbesondere, in einem *internationalen Vergleich* die Berufs- Erwerbs- und Einkommensverläufe von (Ehe-)Partnern zu beschreiben und im Hinblick darauf zu analysieren, in welcher Weise sich durch deren Veränderung über die Kohorten hinweg die gestiegenen Scheidungs- und Trennungsrisiken erklären lassen. Eine Reihe von Überlegungen über die Dynamik von Prozessen, die sich im Projekt empirisch überprüfen lassen, können auf der Basis der theoretischen Ansätze abgeleitet werden. Dabei sollen vor allem folgende Hypothesen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen:

(1)Die *Bildungsexpansion* und die *wachsende Arbeitslosigkeit zu Beginn der Berufskarriere* in modernen Gesellschaften führen zu einer *abnehmenden Planbarkeit des späteren Lebenslaufs* und einer Verlängerung der *strukturell unsicheren Phase des Übergangs vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen*. Deswegen bieten sich in dieser Lebensphase zunehmend nichteheliche Lebensgemeinschaften an, in denen die jungen Erwachsenen zwar die Vorteile heterosexueller Lebensgemeinschaften erlangen können, ohne dabei eine langfristige Bindung eingehen zu müssen. Die *Trennungsrate bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften* wird deswegen hoch sein und sollte im Lebenslauf mit zunehmender Etablierung der Partner auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf *sinken*.

(2)Die *Erhöhung des Bildungsniveaus der Frauen im Kohortenvergleich* und die sich dadurch ergebende *Abnahme der Bildungsdifferenzen zwischen Ehemännern und Ehefrauen* werden, vermittelt über die familiäre Arbeitsteilung, die Scheidungsrate erhöhen.

(3)Allerdings wird sich durch das mit der Bildungsexpansion ebenfalls verbundene *steigende Heiratsalter* über die Kohorten hinweg auch ein stabilisierender

Effekt ergeben, weil die Männer und Frauen bei der Heirat nicht nur "reifer" sind, sondern auch mehr Zeit hatten für die Suche nach einem "geeigneten" Ehepartner.

(4)Die *Erhöhung der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen* wird über die Kohorten dazu führen, daß sich die Scheidungsraten erhöhen, weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie abnimmt und nacheheliche Alternativen attraktiver werden. Dies wird vor allem in denjenigen Familien der Fall sein, in denen die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen nicht durch eine wachsende Beteiligung des Ehemanns im Haushalt und bei der Kindererziehung kompensiert wird.

(5)Da teilzeiterwerbstätige Frauen eine bessere Chance haben, nach einer Ehe eine Erwerbstätigkeit zu erhalten, sollte ihre Scheidungsrate über der der Hausfrauen liegen. Andererseits müssen Teilzeiterwerbstätige sich in der Regel erst nach einer Vollzeiterwerbstätigkeit umsehen, so daß die Scheidungsrate bei diesen Frauen unter derjenigen der vollzeiterwerbstätigen Frauen liegen sollte.

(6)Die Wirkungen der eben beschriebenen Modernisierungsprozesse auf die Scheidungsraten sind also nicht einheitlich, sondern sehr widersprüchlich. Die "liberalisierenden" Effekte der steigenden Bildung der Frau, ihrer erhöhten Erwerbs-, Berufs- und Einkommenschancen sollten im *internationalen Vergleich* um so höher sein, je traditioneller das Familiensystem geprägt ist. Wir erwarten deswegen große Unterschiede zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland.

Zusammengefaßt sprechen die gerade formulierten Hypothesen gegen die Vermutung linearer oder monotoner Steigerungen des Scheidungs- und Trennungsverhaltens im Modernisierungsprozeß. Es sind vielmehr komplizierte zeitabhängige, zyklische und sich wieder stabilisierende Prozesse im historischen Abstimmungsprozeß der gesellschaftlichen Teilsysteme moderner Industriestaaten zu erwarten. Die Stabilität des Familiensystems in modernen Gesellschaften wird deswegen durch diese Wandlungsprozesse nicht einfach außer Kraft gesetzt oder unterlaufen.

3.5.1.2 Erwerb von Wohneigentum als Statuspassage

In Deutschland sind die Anteile der Wohneigentümer innerhalb der verschiedenen sozialen Schichten sehr ähnlich. Es sind also nicht nur Privilegierte, die in Deutschland in ihrer eigenen Wohnung leben, sondern auch unter Arbeitern und einfachen Angestellten findet sich ein hoher Anteil von Wohneigentümern (Geißler 1992): Arbeiter 49%, Angestellte 48%, Beamte 57%, Rentner und Nicht-

erwerbstätige 41%. Eine Ausnahme bilden allerdings die Selbständigen (74%) und darunter, als spezielle Gruppe mit besonders hohem Eigentumsanteil, die Landwirte (92%). Die Sonderposition der Selbständigen ist dadurch zu erklären, daß ihr Eigentum häufig direkt mit ihrer Erwerbstätigkeit verbunden ist.

Das Ziel dieses Arbeitsschwerpunktes ist es, die Bedingungen und Konsequenzen des Wohneigentumserwerbs als Statuspassage innerhalb des Lebenslaufes zu analysieren. Wohnungseigentum als Erwerb eines Hauses oder einer Wohnung wird als langfristiges Projekt verstanden, welches allgemein über viele Jahre hinweg den Lebensweg begleitet. Im Zuge der Modernisierung und dem gestiegenen Lebensstandard ergeben sich für viele Menschen Möglichkeiten zum Erwerb von Wohneigentum. Zwei wesentliche Ressourcen zum Erwerb von Wohneigentum sind von Bedeutung: (1) eine motivationale Komponente, die sich aus der Priorität des Lebensziels "Wohneigentumserwerb" ergibt und (2) wirtschaftlich-strukturelle Komponenten, wie etwa Vermögen und Erwerbseinkommen.

Folgende Hypothesen stehen im Mittelpunkt der Überlegungen. Zunächst mit Beziehung zu den Bedingungen des Wohnerwerbs:

(1) Glatzer (1978) erklärt die oben genannten relativ geringeren Unterschiede zwischen den Schichten mit der Tatsache, daß die Häufigkeit von Wohneigentum in einer bestimmten "Schicht" vor allem davon abhängt, mit welcher Tendenz Wohneigentümerhaushalte ihre sozialrechtliche Stellung wechseln. Insbesondere der Rückgang der Selbständigen durch den Wechsel in Arbeiter- und Angestelltenpositionen dürfte zu einer gleichmäßigeren Verteilung des Wohneigentums beitragen.

(2) Die Ähnlichkeit der Anteile von Wohneigentümern innerhalb der Schichten ist auch auf unterschiedliche Erwerbsprozesse zurückzuführen. Wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen können durch Einschränkungen in anderen Lebensbereichen, durch Eigenarbeit und mit Hilfe von Freunden ihr Lebensziel "Eigentum" verwirklichen. Die Unterschiede zwischen den Schichten sollten sich deswegen vor allem in der Qualität des Wohneigentums und der Länge des Erwerbsprozesses zeigen.

(3) Dem Wohneigentumserwerb liegen wichtige wirtschaftlich-materielle Komponenten zugrunde. Aus der zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen ergibt sich, daß ihr Einkommen ein wichtigerer Beitrag zum Wohneigentumserwerb ist. Durch den in Deutschland homogam ausgerichteten Heiratsmarkt sind Partnerschaften zu

erwarten, in denen beide Partner ähnliche Beiträge zum Familieneinkommen leisten bzw. leisten könnten. Aus diesen Überlegungen heraus ist zu erwarten, daß über die Kohorten hinweg der Effekt der Erwerbsbeteiligung auf den Erwerb von Wohneigentum angestiegen ist.

(4) Seit einigen Jahren ergeben sich aber auch zunehmend Probleme beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem quer durch alle Berufsgruppen hindurch. Diese bedeuten für die jüngeren Kohorten, daß sie das Ziel Wohneigentum im Lebenslauf zunehmend aufschieben müssen.

(5) Der Erwerb von Wohneigentum ist normalerweise eng mit einer Partnerschaft verbunden. Das gestiegene Heiratsalter ergibt in diesem Zusammenhang und mit den vorher genannten Problemen beim Übergang vom Ausbildungs- in das Berufssystem eine Verlagerung des Beginns von Erwerbs- und Kapitalakkumulationsprozessen nach hinten im Lebenslauf über die Kohorten hinweg.

(6) Wohneigentum wird häufig vererbt (vgl. Petrowsky 1993). Im Zuge des Projektes soll deswegen auch die Frage untersucht werden, inwieweit sich die soziale Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten durch solche Vererbungsprozesse über die Kohorten verstärkt hat.

Mit Blick auf die Konsequenzen der Statuspassage Wohneigentum gehen wir von den folgenden zwei Hypothesen aus:

(1) Der Erwerb von Wohneigentum hat Auswirkungen auf den Lebenslauf, vor allem, wenn das Eigentum mit der Aufnahme eines Kredites verbunden ist. Als Folge ergibt sich die (weitere) Berufstätigkeit der Frau und der Verzicht auf Kinder oder ein weiteres Kind. Die Fertilitätsrate sollte daher mit dem Erwerb von Wohneigentum sinken. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen sollte dabei zuerst auf dem Niveau vor dem Erwerb des Wohneigentums stabil bleiben oder sogar steigen und erst nach einigen Jahren, wenn der Kredit das Haushaltseinkommen weniger belastet, abnehmen.

(2) Der gemeinsame Wohneigentumserwerb in einer Partnerschaft ist nur möglich, wenn beide Partner an diesem Projekt gleichermaßen beteiligt sind. Die Auflösung einer Partnerschaft würde das Ende dieses Projektes für beide Seiten bedeuten. Daher sollte mit dem Wohneigentum die Scheidungsrate sinken.

Bei der Analyse dieser Fragen ist eine ländervergleichende Perspektive vorgesehen. Es sollen hier aber zunächst nur drei Länder untersucht werden: Deutschland,

Großbritannien und die Niederlande. International vergleichend liegen nur wenige Studien vor (vgl.: Martens 1990; Clark, Deurloo und Dieleman 1995; Ball, Harloe und Martens 1988). Es zeigt sich bei diesen Querschnittsanalysen insbesondere, daß die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen jedes Landes einen starken Einfluß auf den Wohneigentumserwerb ausüben.

In **Großbritannien** wurde z.B. in der Regierung von M. Thatcher ein besonderes Programm unter dem Motto: "The Right to Buy" begonnen, wodurch es den unteren Schichten erleichtert werden sollte Eigentum zu erwerben. Anders als in Deutschland sind britische Bürger mit Wohneigentum auch durchaus nicht unmobil, da hier der Erwerb von Eigentum nur als Übergang zum nächsten Eigentum angesehen wird. Großbritannien stellt eine besonders gegensätzliche Position zu Deutschland dar und wird daher als eines der Länder in den internationalen Vergleich des Projekts aufgenommen. Aufgrund des besonderen öffentlichen Interesses dieser Frage in Großbritannien gibt es dort auch weit mehr Forschungsarbeiten als in Deutschland (vgl. Forrest, Murie und Williams 1990; Saunders 1990; Ball, Harloe und Martens 1988).

In den **Niederlanden** ist die Vererbung von Eigentum im Vergleich mit Deutschland von geringerer Bedeutung, da sie dort mit hohen Steuern belegt ist: nahezu 50% des Wertes der Wohnung müssen an den Staat abgegeben werden. Daher wird geerbtes Eigentum häufig verkauft, der Erlös unter den Erben aufgeteilt und neues Eigentum erworben. In den Niederlanden ist der Erwerb von Eigentum auch mit sehr geringem Eigenkapital möglich. Die Niederlande stehen deswegen bei den Chancen des Erwerbs von Wohneigentum im Lebenslauf in einer mittleren Position zwischen Deutschland und Großbritannien (vgl. Mulder 1993).

Im Zuge des langfristigen internationalen Vergleichs sind politische Entwicklungen in den einzelnen Ländern einzubeziehen und länderspezifische Besonderheiten herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt der Analysen steht aber weiterhin der Lebenslauf mit seinen Statuspassagen und die langfristige Entwicklung über die Generationen hinweg.

3.5.1.3 Koordinierte Verrentung im Haushaltskontext

In unserem Antrag bildet die Lebenslauftheorie die wesentliche theoretische Basis für die Ruhestandsforschung im Haushaltskontext. Der Lebenslaufansatz unterstreicht den Einfluß früherer Lebenserfahrungen und Ereignisse in verschiedenen

Lebenssphären – speziell die Berufs- und Familiengeschichte – auf das Verhalten von Individuen (Hagestad 1991; O'Rand/Henretta/Krecker 1992). Eines der wichtigsten Postulate der Lebenslauftheorie ist der Zusammenhang zwischen frühen und späten Übergängen im Lebenslauf. Es ist zu vermuten, daß frühe familiäre Ereignisse und geschlechtsspezifische Rollen innerhalb der Ehe einen Einfluß auf spätere Übergänge – einschließlich des Zeitpunktes der Verrentung – haben. Die Verrentung ist in diesem Sinne als ein Übergang im Lebenslauf sequentiell mit früheren Ereignissen und der Erwerbstätigkeitsdynamik verbunden.

Die Lebenslauftheorie betont auch die wechselseitige Abhängigkeit der Lebensgeschichte der Familienmitglieder. Wenn man untersucht, wie ältere Paare ihre Verrentung koordinieren, sollten auch die Charakteristika von Partnern und deren Erwerbsmuster berücksichtigt werden. Ausgehend von diesen Überlegungen sollten nicht nur die späten Familienmuster, sondern auch die lebenslange Arbeitsaufteilung und Erwerbsmuster innerhalb der Ehe untersucht werden. In unseren bisherigen Analysen haben wir gezeigt wie sich die Erwerbsmuster innerhalb von Ehen, abhängig von Familienereignissen, den Berufschancen von Frauen und den ökonomischen Ressourcen von Ehemännern, entwickeln. In der kommenden Forschungsphase soll untersucht werden, in welcher Weise diese Muster einen Einfluß auf den Übergang in die Rente haben. Die folgenden Hypothesen hinsichtlich der Effekte von frühen Eherollen (der Spezialisierung von Männern auf Erwerbsarbeit und von Frauen auf Hausarbeit oder der gemeinsamen Investition in die Berufskarriere im Familienzyklus) auf die Koordinierung des Übergangs in die Rente sollen empirisch bewertet werden:

(1) Wenn beide Partner innerhalb der Ehe in ihre Berufskarriere investiert haben, erwarten wir eher eine Synchronisierung des "Timings" beim Übergang zur Rente, was auf eine koordinierte Verrentung schließen läßt. Dieses Muster wird hauptsächlich dann erwartet, wenn die Frau ähnliche Berufsressourcen aufweist wie ihr Ehemann und auch während der Kinderphase überwiegend im Arbeitsmarkt integriert war.

(2) Bei Ehepaaren mit "traditioneller" Arbeitsteilung, charakterisiert durch die überwiegende Spezialisierung des Mannes auf Erwerbsarbeit und der Frau auf Hausarbeit, werden Frauen eher dazu neigen, früher in Rente zu gehen als ihre Ehemänner. Unsere Analysen zeigen, je höher der berufliche Status des Ehemannes, desto stärker ist der Druck auf die Ehefrau, den Arbeitsmarkt zu verlassen und

diesem fernzubleiben. Dies ist besonders ausgeprägt in den Fällen, in denen der Ehemann einen erheblich höheren Berufsstatus hat als seine Frau. Es soll im Projekt empirisch überprüft werden, ob sich dieses Muster auch bei der Verrentung zeigt.

Daß Frauen in traditionell ausgerichteten Ehen früher als ihre Männer aus dem Erwerbssystem austreten, kann zum einen aus der ökonomischen Theorie abgeleitet werden. Niedrige Investition in Erwerbsarbeit bedeutet für Frauen eine geringere Rente, die auch durch eine etwas hinausgeschobene Verrentung nicht wesentlich kompensiert werden kann. Zum anderen kann dieses Muster auch mit dem Parsonsschen "Status Competition" Modell erklärt werden. Da ein niedriger beruflicher Status der Ehefrau nach der Verrentung des Ehemannes den Familienstatus zu verringern droht, liegt es im Familieninteresse, daß die Ehefrau ihre Arbeit rechtzeitig aufgibt.

(3) Wenn Frauen ihre Arbeit nach der Pensionierung des Ehemannes fortsetzen, geschieht dieses insbesondere in Haushalten, in denen Frauen eine hohe Erwerbstätigkeit im Lebenslauf aufweisen und Ehemänner einen relativ niedrigen beruflichen Status innehaben. In solchen Haushalten war der Beitrag der Frauen zum Familieneinkommen im Familienzyklus bedeutsam, und die Wahrscheinlichkeit ist hoch, daß ihre Entscheidung über den Austritt aus dem Erwerbsleben weniger vom Ehepartner abhängt. Insbesondere wird eine Frau in solch einem Haushalt länger arbeiten, wenn der Ehemann viel älter ist als sie oder früher als üblich in den Ruhestand geht, z.B. aus Gesundheitsgründen oder wegen Frühpensionierung nach Arbeitslosigkeit.

(4) Die Rolle der Teilzeitarbeit ist nicht eindeutig. Einerseits segregiert Teilzeitarbeit Frauen in ein spezifisches Segment des Arbeitsmarktes, und man unterstellt Teilzeitarbeitenden ein geringeres "Commitment" (Hakim 1993) als Vollzeitarbeitenden. Deshalb würde man erwarten, daß sich teilzeitarbeitende Frauen mittleren Alters ähnlich verhalten würden wie Frauen, die in traditionellen Haushalten frühzeitig in den Ruhestand gehen. Andererseits kehren nach der Familienunterbrechung besonders höhergebildete Frauen mit besseren Karrieremöglichkeiten und höheren Einkommenschancen oft in das Teilzeitsegment des Arbeitsmarktes zurück. Für solche Frauen nehmen wir einen unabhängigeren und späteren Übergang in den Ruhestand an. Weil die Effekte der Teilzeitarbeit der beiden Hypothesen in

unterschiedliche Richtungen wirken, könnte sich im Endeffekt eine Tendenz zur synchronisierten Verrentung ergeben.

(5) Es wird erwartet, daß sich Kohortenunterschiede bei der Verrentung von Ehepartnern zeigen. Mit steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen mittleren Alters werden die Erwerbsverlaufsmuster von Ehepartnern weniger segregiert. Über die Heiratskohorten betrachtet, erwarten wir, daß die Verrentung eines Ehepartners stärker für das Erwerbsverhalten des anderen Ehepartners empfänglich wird.

Im hier beantragten Projekt wird der Übergang in den Ruhestand als ein Ereignis am Ende der Erwerbskarriere angesehen, das in eine neue Phase im Lebensverlauf führt. Im Zentrum werden zwei Punkte stehen: (a) die spezifische Frage nach den dynamischen Wechselwirkungen der Partnerkarrieren beim Übergang in die Verrentung (Synchronisierungsthese) und (b) der internationale Vergleich. Die Unterschiede in den sozialrechtlichen Systemen zu verschiedenen Zeiten oder in verschiedenen Ländern werden als Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen. Wichtig ist dem Projekt dabei, daß mit diesen Untersuchungen die Analysen der Erwerbs- und Berufskarrieren von Ehepartnern ergänzt werden und damit ihren Abschluß finden können.

3.5.2 Daten und Methoden

3.5.2.1 Datengrundlagen des internationalen Vergleichs

Die Datengrundlagen dieses Teilprojekts bestehen für **Deutschland** aus drei Datensätzen: (1) die Lebensverlaufsstudie des Max-Planck Instituts für Bildungsforschung in Berlin (Mayer 1992), (2) die Daten des Sozio-ökonomischen Panels, und (3) Daten des deutschen Family and Fertility Surveys (FFS) aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft (Pohl 1995).

Ein wichtiges Ziel des Teilprojekts besteht darin, internationale Vergleiche durchzuführen. Solche Vergleiche bilden eine besonders wichtige Grundlage – nicht nur, um Einsichten in nationale Besonderheiten zu gewinnen, sondern vor allem, um Aussagen über Prozesse sozialen und institutionellen Wandels treffen zu können, insofern diese von einer jeweils unterschiedlichen Verfassung gesellschaftlicher und institutioneller Rahmenbedingungen abhängig sind.

Das Projekt geht im Anschluß an Melvin Kohn (1989) davon aus, daß nationalstaatliche Besonderheiten einen jeweils spezifischen Kontext bilden, in dem soziale Prozesse unterschiedlich ablaufen. Ein wesentliches Ziel der internationalen

Vergleiche liegt insofern darin, herauszufinden, inwiefern Verlaufsmuster und Bedingungszusammenhänge allgemein, d.h. nicht nur für einzelne Länder, festgestellt werden können. Gleichmaßen geht es um die Frage, inwieweit unterschiedliche länderspezifische Institutionen sich modifizierend auf die Haushaltsdynamik auswirken. So existiert ein Nord-Süd-Gefälle in der Pluralisierung privater Lebensformen in Europa (Van de Kaa 1987, Lesthaeghe 1991). Die skandinavischen Länder wie Dänemark oder Schweden nehmen dabei eine Vorreiterfunktion ein, die Länder Mitteleuropas folgen dieser Entwicklung, und die südeuropäischen Länder hinken hinterher (Muñoz-Pérez 1989; Prioux 1990; Blossfeld 1995a). Neben der Bundesrepublik und dem Sonderfall der Vereinigten Staaten von Amerika wird deswegen auf alle Fälle ein skandinavisches Land (hier Dänemark) in den internationalen Vergleich einbezogen werden. Für **Dänemark** werden zwei Datensätze verwendet: (1) ein vom Dänischen Statistischen Amt verfügbar gemachter Längsschnittdatensatz (IDA), der in Zusammenarbeit mit Søren Leth-Sørensen bearbeitet wird; (2) ein spezieller Längsschnittdatensatz, der es erlaubt, die wechselseitige Beeinflussung von Partnern in Ehen zu untersuchen. Dieser Datensatz wird in Zusammenarbeit mit dem Centre for Labour Market and Social Research (Aarhus), mit dem enge Kooperationsbeziehungen bestehen, bearbeitet.

Die Sonderstellung der Vereinigten Staaten von Amerika unter den hochentwickelten Ländern ergibt sich dabei vor allem aufgrund ihres liberalen Wirtschafts- und Sozialstaatssystems. Für die USA werden drei Datensätze verwendet: (1) die National Surveys of Families and Households (1988 und 1994), die retrospektive Angaben über die Karrieren der (Ehe-)Partner enthalten. Diese Datensätze wurden bereits in der bisherigen Projektarbeit verwendet; wichtig ist jedoch, daß seit kurzem die zweite Erhebung von 1994 verfügbar ist, wodurch gerade unter Längsschnittgesichtspunkten eine wesentlich bessere Datengrundlage geschaffen wird. (2) Daneben wird die Panel Study of Income Dynamics (PSID) verwendet, die wegen des ähnlichen Erhebungsdesigns besonders gut für Vergleiche mit dem Sozio-ökonomischen Panel genutzt werden kann.

Weitere Datensätze, die für international vergleichende Untersuchungen des Projekts zur Verfügung stehen, sind:

- **Großbritannien.** Datengrundlage bildet erstens der 1995 vom Employment Office (London) fertiggestellte Family and Working Lives Survey. Zur Zeit werden diese Daten in Zusammenarbeit mit dem vorliegenden Projekt für Längs-

schnittanalysen aufbereitet. Der zweite Datensatz für Großbritannien stellt das British Household Panel Survey dar, das vor allem für das Thema Erwerb von Wohneigentum herangezogen werden soll.

- **Die Niederlande.** Es besteht eine Kooperation mit Prof. Wout Ultee, Catholic University of Nijmegen, auf der Grundlage des Dutch Family Surveys (1993).
- **Polen.** Hier besteht eine Kooperation mit Ewa Fraczak und Irena Kowalska (Warsaw School of Economics) zur Untersuchung von Partnerkarrieren, gestützt auf den Polnischen Family and Fertility Survey (PFFS 1991).
- **Slowenien.** Die Kooperation besteht mit Institute for Social Sciences, University of Ljubljana. Die Datenbasis ist ein Längsschnittdatensatz "Quality of Life in Slovenia 1974-1994".
- **Italien.** Hier arbeitet das Teilprojekt mit Antonio Cobalti und Antonio Schizzerotto (Universität Trento) zusammen, die für Italien eine repräsentative Studie durchführen.
- **Spanien.** Die Daten für Spanien stammen aus dem Encuesta Sociodemográfica und sind dem Projekt durch eine Zusammenarbeit mit Prof. Julio Carabaña in Madrid zugänglich.
- **Frankreich.** Das Teilprojekt arbeitet mit Henri Leridon und Laurent Toulemon (beide Institut National d'Études Démographiques) und Félicité des Nétumières (Centre de recherche en économie et statistique) in Paris zusammen.

3.5.2.2 Analysemethoden

Die empirischen Untersuchungen des Projekts sind stets Analyse von Längsschnittdaten. Es werden deshalb, neben einfachen Logit- und Probitmodellen für Paneldaten, in erster Linie statistische Methoden der Ereignisanalyse verwendet. Zu deren Weiterentwicklung hat das Projekt bisher bereits beigetragen.

- (1) Es wurde ein Programmpaket (TDA) entwickelt, mit dem sich ereignisanalytische Modelle sehr flexibel und unter Berücksichtigung konkurrierender Risiken und zeitabhängiger Kovariablen schätzen lassen (Rohwer 1994).
- (2) Die im vorangegangenen Projektantrag genannten methodischen und programmtechnischen Aufgaben wurden weitgehend realisiert. Das TDA-Programm wurde so erweitert, daß auch komplexe Längsschnittdatensätze komprimiert ge-

speichert und statistisch analysiert werden können. Schließlich wurden die Möglichkeiten zur flexiblen Modellbildung erweitert.

(3) Es wurden insbesondere die herkömmlichen Methoden der Ereignisanalyse so weiterentwickelt, daß mit ihrer Hilfe auch parallele und interdependente Prozesse von Haushaltsdynamiken untersucht und analysiert werden können (Blossfeld und Rohwer 1995).

Eine wesentliche Aufgabe ist allerdings immer noch ungelöst: Die Frage, wie auf sinnvolle Weise Übergangsratenmodelle geschätzt werden können, wenn die relevanten Ereigniszeitpunkte nur ungenau bekannt sind. Die Entwicklung von methodischen Lösungsmöglichkeiten für den sinnvollen Umgang mit intervallzensierten Daten ist für die kommende Projektphase vorgesehen.

3.5.3 Arbeits- und Zeitplan

1997	1998	1999
----- Analysen der Ehescheidung und Auflösung nicht-ehelicher Lebensgemein. -----		
----- Analysen der koordinierten Verrentung im Haushaltskontext -----		
----- Analysen des Erwerbs von Wohneigentum als Statuspassage -----		
----- Datenpflege, Archivierung und Dokumentation -----		
----- Anwendung und Weiterentwicklung der Längsschnittmethoden ----- zur Analyse der Haushaltsdynamik		
----- Weiterentwicklung von Instrumenten zur international ----- vergleichenden Analyse		
----- Aufbereitung der Datensätze aus den zu untersuchenden Ländern -----		
----- Kooperation zur Durchführung vergleichbarer Analysen in weiteren Ländern -----		
----- Literaturstudien zur Ehescheidung, -----	----- Arbeit am Forschungsbericht, -----	
Verrentung und Hauserwerb im Lebenslauf	Zwischenberichte	

3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Das Teilprojekt steht in einem vielfachen Bezug zu den anderen Teilprojekten des Sonderforschungsbereichs: (1) durch seine Grundorientierung an den Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf der Individuen; (2) durch seine Beiträge zu projektübergreifenden inhaltlichen Problemstellungen; (3) durch seine methodischen Probleme in der Analyse von Verläufen; (4) durch den Fokus auf den inter-

nationalen Vergleich; und (5) durch seine Nutzung von gemeinsamen Datengrundlagen (z. B. dem Sozio-ökonomischen Panel).

Die Frage nach den Determinanten der Ehescheidung und der Auflösung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften bildet eine gemeinsame Problemstellung mit den Teilprojekten, die sich mit Statuspassagen im familiären Verlauf beschäftigen. Der Unterschied und die Ergänzung besteht im Fokus auf verschiedene Phasen in der familiären Lebensführung. Die Teilprojekte A1 und A3 haben die Übergänge im Jugend- und frühen Erwachsenenalter im Mittelpunkt, z.B. Partnerwahlprozesse und Familiengründung, während sich B6 auf die Auflösung von Ehen und Paargemeinschaften konzentriert.

Erwerb von Wohneigentum ist eine wichtige, aber bisher fast völlig übersehene und ignorierte Statuspassage im Lebensverlauf, die in Wechselwirkung mit dem Berufsverlauf und mit Familienprozessen steht. Das Teilprojekt B6 wird von den Analysen der Berufsverläufe der Teilprojekte A4, B1, A1 und A3 profitieren und seinerseits Erkenntnisse über die Determinanten von Hauserwerb und die Konsequenzen von Wohneigentum im Lebenslauf an andere Teilprojekte liefern können.

Das dritte Thema des Teilprojektes, die koordinierte Verrentung im Haushaltskontext, hat eine enge thematische Verbindung mit dem Teilprojekt C5. Beide Teilprojekte analysieren den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand und ergänzen und vervollständigen sich mit verschiedenen Schwerpunkten. Das Teilprojekt C5 konzentriert sich auf die institutionell beeinflusste Verhaltensweise beim Übergang in den Ruhestand, mit dem Fokus auf der betrieblichen Personalpolitik. Diese Analyse von institutionellen Rahmenbedingungen und des Einflusses der Unternehmen auf den Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand wird im Teilprojekt B6 durch die Analyse von Erwerbstätigkeitsdynamik von Ehepartnern und deren wechselseitige Einflüsse auf das "Timing" beim Übergang zur Rente ergänzt.

Unter methodischen Gesichtspunkten besteht insbesondere mit den Teilprojekten D3, A4 und Z (Bereich EDV und Methoden) das gemeinsame Interesse darin, quantitative Methoden der Längsschnittanalyse (Ereignisanalyse, Panelanalyse etc.) weiterzuentwickeln und die vielen Probleme bei der Anwendung dieser Verfahren zu meistern. Ähnliches gilt für den Austausch von Erfahrungen mit dem Sozio-ökonomischen Panel. Zusätzlich besteht in dieser Antragsphase ein Berüh-

rungspunkt mit den Teilprojekten D3 und A3, in denen der methodologische Aspekt des internationalen Vergleichs ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

Ergänzungsausstattung

Bücher (512), Verbrauchsmaterial (522) und Vervielfältigungen (531b)

Bei den Kosten für Verbrauchsmaterial (auch PC-bezogenes Verbrauchsmaterial), den Mitteln für Bücher und den Vervielfältigungskosten handelt es sich um Erfahrungswerte aus bisherigen Forschungsvorhaben. Berücksichtigt sind Mittel für die Mitglieder der Ergänzungsausstattung.

Druckkosten 531a)

1997 soll ein Buch zum Thema Homogamie erscheinen, 1998 soll im Anschluß an den Workshop ein Buch zum Thema Soziale Ungleichheit, Haushaltsstruktur und Scheidung erscheinen und 1999 folgt dann ein Buch zum Thema Wohnerverb und Haushaltskonstellation.

Sonstiges (547)

In den sonstigen Kosten sind Mittel für den Datenkauf, Kauf von Magnetbändern etc. sowie Kosten für Sonderauswertungen durch ausländische Forschungsinstitute enthalten (3.000 DM jährlich). Im Jahre 1998 ist ein Workshop mit dem Thema Ehescheidung geplant (6.000 DM). Im Jahre 1999 soll ein internationaler Workshop stattfinden, in dem der Erwerb von Wohneigentum diskutiert werden soll (6.000 DM).

Kleingeräte (515)

Das Projekt benötigt für die Verarbeitung der zahlreichen Massendaten eine leistungsfähige Workstation mit einem großen Hauptspeicher (min. 64 MByte), einer großen Festplatte (min. 2 GByte), einem Streamer und diverser Software (DM 12000). Darüber hinaus ist es notwendig für eine effiziente internationale Kooperation dem Projekt einen Laptop zur Verfügung zu stellen, mit dem die Daten zu verschiedenen Instituten transportiert und dort auch ausgewertet werden können (DM 6000).

Reisekosten (527)

Das Teilprojekt ist wegen seiner starken internationalen Orientierung auf eine größere Zahl von kürzeren Reisen zum Erwerb von aufbereiteten Datensätzen, zur

Kooperation mit ausländischen Wissenschaftlern, zur Absprache von gemeinsamen Analysen sowie zur Durchführung von gemeinsamen Auswertungen an kooperierenden ausländischen Forschungsinstitutionen angewiesen. In den Jahren 1997 bis 1999 sind dabei, wie der detaillierten Tabelle zu entnehmen ist, Reisen zu folgenden Personen/Institutionen notwendig: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden (Dr. Katharina Pohl); Institut für Familienforschung in München (Angelika Töike); Centre for Labour Market and Social Research in Århus (DK) (Prof. Søren Leth-Sørensen); Catholic University of Nijmegen (NL) (Prof. Wout Ultee); Population Activities Unit (UN) in Genf (CH) (Dr. Eric Klijsing); University of Warsaw (PL) (Prof. Ewa Fraczak); U

niversity of Ljubljana (SLO) (Prof. Ivan Svetlik); University of Trento (I) (zu Prof. Antonio Cobalti); University of Rome (I) (Dr. Alessandra de Rose); FAFO in Oslo (Axel West Pedersen); University of Stockholm (S) (Prof. Marianne Sundström); Universidad Compludense de Madrid (E) (Prof. Julio Carabaña); Institut National D'Etudes Demographiques in Paris (F) (Prof. Henri Leridon und Prof. Laurent Toulemon); University of Essex und London (GB), (BHPS).

	1997	1998	1999
2x Bahn Wiesbaden	600	600	
2x 5 Tage Aufenthalt	1.200	1.200	
2x Bahn Århus	1.000	1.000	1.000
2x 8 Tage Aufenthalt	2.400	2.400	2.400
2x Bahn Nijmegen	700	700	700
2x 10 Tage Aufenthalt	3.000	3.000	3.000
2x Flug Oslo	1.800	1.800	1.800
2x 5 Tage Aufenthalt	1.600	1.600	1.600
2x Bahn Warschau	800	800	800
2x 5 Tage Aufenthalt	1.500	1.500	1.500
2x Bahn Ljubljana	1.100	1.100	1.100
2x 5 Tage Aufenthalt	1.500	1.500	1.500
2x Bahn Trento		1.500	
2x 6 Tage Aufenthalt		1.800	
2x Flug Rom	1.400		1.400
2x 7 Tage Aufenthalt	2.100		2.100
2x Flug London/Essex	1.400	1.400	1.400
2x 4 Tage Aufenthalt	1.200	1.200	1.200
insgesamt	23.300	23.100	21.500

3. 8 Literatur

- Allmendinger, J. (1990): "Der Übergang in den Ruhestand von Ehepaaren. Auswirkungen individueller und familiärer Lebensverläufe," in K. U. Mayer (Hrsg.) *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 31, 272-303.
- Allmendinger, J., E. Brückner und H. Brückner (1992): "Gendered Retirement: The Limitations of Individual Level Analyses," in W. R. Heinz (Hrsg.) *Institutions and Gatekeeping in the Life Course*. Status Passages and the Life Course Vol. III. Weinheim: Deutscher Studien Verlag. Auch in deutscher Fassung in: *Soziale Welt*, Jg. 43, 1992, Heft 1, S. 90-116.
- Ball, M., M. Harloe und M. Martens (1988): *Housing and Social Change in Europe and the USA*. London and New York: Routledge.
- Bauerreiss, R., Bayer, H. (1995): "Alleinstehende und Alleinlebende." in Bertram, H. (Hrsg.) *Das Individuum und seine Familie*. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. DJI: Familien-Survey 4. Opladen: Leske+Budrich
- Beck-Gernsheim, E. (1986): "Von der Liebe zur Beziehung". *Soziale Welt*, Sonderband 4: Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. S. 209ff.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Becker, G. S. (1976): *The economic approach to human behavior*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Becker, G. S., Landes, E., Michael, R., (1977): "An Economic Analysis of Marital Instability". *Journal of Political Economy* 85: S. 1141ff.
- Becker, G. S. (1981): *A treatise on the family*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Becker, R. (1991): Staatsexpansion und Karrierechancen, Berlin (Dissertationschrift).
- Berger, B., Berger, P. L., (1984): *In Verteidigung der bürgerlichen Familie*. Frankfurt: Fischer Verlag.
- Bernasco, W. (1994): *Coupled Careers. The Effects of Spouse's Resources on Success at Work*. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Bertram, H. (Hrsg.) (1991): *Die Familie in Westdeutschland*. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen: Leske+Budrich
- Bertram, H. (Hrsg.) (1992): *Die Familie in den neuen Bundesländern*. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation. Opladen: Leske+Budrich
- Bertram, H. (1995a): "Individuen in einer individualisierten Gesellschaft." in Bertram, H. (Hrsg.) *Das Individuum und seine Familie*. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. DJI: Familien-Survey 4. Opladen: Leske+Budrich
- Bertram, H. (1995b): "Die Sicherheit privater Beziehungen." in Bertram, H. (Hrsg.) *Das Individuum und seine Familie*. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. DJI: Familien-Survey 4. Opladen: Leske+Budrich
- Bertram, H. (1995c): "Regionale Vielfalt und Lebensform." in Bertram, H. (Hrsg.) *Das Individuum und seine Familie*. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter. DJI: Familien-Survey 4. Opladen: Leske+Budrich
- Blossfeld, H.-P. (1987): *Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß*. Eine Längsschnittstudie über die Veränderung der Bildungs- und Berufschancen im Lebenslauf. Frankfurt / New York: Campus.
- Blossfeld, H.-P., E. Klijzing, K. Pohl und G. Rohwer (1995), "Modeling parallel processes in demography: An application example of the causal approach to interdependent systems", Bremen (mimeo).
- Blossfeld, H.-P. und G. Rohwer (1996c): Family Cycle and Growth in Women's Part-time Work in West-Germany. In: H.-P. Blossfeld and C. Hakim (Hrsg.) *Between Equalization and Mar-*

- ginalization. *Part-time Working Women in Europe and the United States*. Oxford University Press (im Erscheinen).
- Blossfeld, H.-P., A. Timm und W. Ultee (1996): Homogamie in Germany and the Netherlands, Bremen (mimeo).
- Born, C. (1993a): "Abhängigkeiten zwischen ehepartnerlichen Erwerbsverläufen in der BRD – Dilemma und Dissonanzen zwischen Struktur und Norm", in: Born, C. und H. Krüger (Hrsg.): *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Born, C. (1993b): "Das Einkommen im ehepartnerlichen Aushandlungsprozeß: Argumentationsfigur zwischen Innovation und Restauration", in: Born, C. und H. Krüger (Hrsg.): *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Born, C. und H. Krüger (Hrsg.) (1993): *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe*. Status Passages and the Life Course Vol.5, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Braun, W., (1986): "Ehescheidungen 1985". *Wirtschaft und Statistik* 12: S. 968ff.
- Bundesamt für Statistik (1993): *Statistisches Jahrbuch*. Wiesbaden.
- Burkart, G. (1994): *Die Entscheidung zur Elternschaft*. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Burkart, G. und M. Kohli (1992): *Liebe, Ehe, Elternschaft: Die Zukunft der Familie*, München und Zürich.
- Caldwell, J. C., P. Caldwell, M.D. Bracher und G. Santow (1988): The contemporary marriage and fertility revolution in the West. Working Paper No. 3 of the Australian Family Project. Research School of Social Sciences. The Australian National University, Canberra, ACF 2601.
- Clark, R. L., T. Johnson, and A. Archibald McDermed (1980): "Allocation of Time and Resources by Married Couples Approaching Retirement." *Social Security Bulletin*. Vol. 43, No.4: 3-16.
- Clark, W.A.V., M.C. Deurloo, F.M. Dieleemann (1995): Entry into Home Ownership in Germany: Comparison with the United States. Universität Utrecht (Unveröffentlichte Schrift).
- Coleman, J. S. (1981): *Longitudinal data analysis*, New York.
- Council of Europe (1994): *Recent Demographic Developments in Europe*. Council of Europe Press, Strasbourg.
- Dex, S. (Hrsg.) (1991): Life and work history analyses: qualitative and quantitative developments, *Sociological Review Monograph*, 37. Jg., London und New York.
- Diekmann, A. und S. Weick (Hrsg.) (1993): *Der Familienzyklus als sozialer Prozeß*. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse. Berlin: Duncker & Humblot.
- Dinkel, R. H. (1988): "Ökonomische Einflußfaktoren für die individuelle Entscheidung des Übertritts in den Ruhestand." in W. Schmähl (Hrsg.) (1988): *Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Zur Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Dressel, W., W.R. Heinz, G. Peters, K. Schober (Hrsg.) (1990): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, *BeitrAB* 133, Nürnberg.
- Drobníč, S. und I. Wittig (1996): "Women's Part-time Work and the Family Life Cycle in the United States of America." In: H.-P. Blossfeld and C. Hakim (Hrsg.). *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States*. Oxford University Press (im Erscheinen).
- Eilers, F. und U. Jeromin (1992): "Der Immobilienmarkt: Entwicklungen und Strukturen", in: *der Städtetag*, Jahrgang 45, S.814-817.

- Erzberger, Ch. (1993): Erwerbsarbeit im Eheleben. Männlicher und weiblicher Erwerbsverlauf zwischen Dependenz und Unabhängigkeit, Arbeitspapier des Sfb 186, Universität Bremen.
- Esping-Andersen, G. (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge.
- Esser, H. (1993): Social modernisation and the Increase in the Divorce Rate. in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Vol. 149, Nr. 1
- Esser, H. u.a. (1994): *Zwischenbericht des Forschungsprojektes ‚Determinanten der Ehescheidung‘ 1993-1994*. Universität Mannheim
- Forrest, R., A. Murie und P. Williams (1990): *Home Ownership*, London: Unwin Hyman.
- Geißler, R. (1992): *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Opladen, Westdeutscher Verlag GmbH.
- Glatzer, W. (1978): "Ziele, Standards und soziale Indikatoren für die Wohnungsversorgung," in: Wolfgang Zapf (Hrsg.): *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Goode, W. J. (1966): *Die Struktur der Familie*. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Goode, W. J. (1967): *Soziologie der Familie*. München: Juventa.
- Gordon, R. H. und A. S. Blinder (1980): "Market Wages, Reservation Wages, and Retirement Decisions." *Journal of Public Economics* 14: 277-308.
- Hagestad, G. O. (1991): "Dilemmas in Life Course Research: An International Perspective," in W. R. Heinz (Hrsg.) *Theoretical Advances in Life Course Research*. Status Passages and the Life Course Vol.1, Weinheim: Deutscher Studien Verlag. Pp.: 23-57.
- Hakim, C. (1993): "The myth of rising female employment", in: *Work, Employment & Society*, 7, S. 97-120.
- Handl, J. (1988): *Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen*, Frankfurt a. Main und New York.
- Hartmann, P., (1989): *Warum dauern Ehen nicht ewig? Eine Untersuchung zum Scheidungsrisiko und seinen Ursachen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Haskey, J.C. (1991): "Formation and dissolution of unions in the different countries of Europe." Paper presented to the European Population Conference, Oct., Paris.
- Heinz, W. R. (Hrsg.) (1991a): *Theoretical advances in the life course research*. Status passages and the life course, Bd. 1, Weinheim.
- Heinz, W. R. (Hrsg.) (1991b): *The life course and social change: Comparative perspectives*. Status passages and the life course, Bd. 2, Weinheim.
- Heinz, W.R. (Hrsg.) (1992): *Institutions and gatekeeping in the life course*. Status passages and the life course, Bd. 3, Weinheim.
- Henretta, J. C. and A. M. O'Rand (1983): "Joint Retirement in the Dual Worker Family." *Social Forces*. Vol.62: 504-520.
- Henretta, J. C. (1992): "Uniformity and Diversity: Life Course Institutionalization and Late-Life Work Exit." *The Sociological Quarterly*. Vol.33, No.2: 265-279.
- Henretta, J. C., A. M. O'Rand and C. G. Chan (1993): "Joint Role Investments and Synchronization of Retirement: A Sequential Approach to Couples' Retirement Timing." *Social Forces*. Vol.71, No.4: 981-1000.
- Hill, P. B., Kopp, J., (1990): "Theorien der ehelichen Instabilität". *Zeitschrift für Familienforschung* 2, 3.
- Hill, P. B., Kopp, J., (1994): "Frauenerwerbstätigkeit und Ehescheidung". in: Petra Beckmann, Gerhard Engelbrech: *Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen*. Nürnberg: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB179)
- Höhn, C., Schulz, R., (1987): "Bericht zur demographischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland". *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 13: S. 137ff.

- Holzmann, R. (1988): "On the Relationships between Retirement and Labor Market Policy." *Structural Problems of Social Security Today and Tomorrow*. EISS Yearbook 1987. European Institute of Social Security, Leuven.
- Höpfinger, F. (1991): "Neue Kinderlosigkeit – Demographische Trends und gesellschaftliche Spekulation", in: Butler, G., H.-J. Hoffmann-Nowotny und G. Schmitt-Rink (Hrsg.): *Acta Demographica*, S. 81-100.
- Huinink, J. (1989): "Das zweite Kind: Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie?", *Zeitschrift für Soziologie*, 18.Jg., S. 192-207.
- Huinink, J. (1993): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Freie Universität Berlin, Habilitationsschrift.
- Huinink, J., K.U. Mayer, M. Diewald, H. Solga, A. Sørensen und H. Trappe (1995): Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin: Akademie Verlag
- Hurd, Michael D. (1990): "The Joint Retirement Decision of Husbands and Wives" In: D.A. Wise (Hg): *Issues in the Economics of Aging*, Chicago: University of Chicago Press.
- Jäckel, U., (1980): *Partnerwahl und Eheerfolg*. Stuttgart: Enke.
- Kappelhoff, P. und S. Schulz (1991): Determinanten der Berufsverläufe von Frauen, Abschlußbericht vom DFG-Projekt "Ka 777/1-1", Institut für Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 2. Bde.
- Kaufmann, F.-X. (1988): "Familie und Modernität", in: Lüscher, K., F. Schultheis und M. Wehrspaun (Hrsg.): *Die "Postmoderne" Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik im Übergang*, Konstanz, S. 391-415.
- Kaufmann, F.-X. (1990): Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. *Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes*, Nr. 10, München.
- Keeley, M. C., (1979): "An Analysis of Age Pattern of First Marriage". *International Economic Review* 20: S. 527ff.
- Klein, T. (1995): "Scheidungs betroffenheit im Lebensverlauf von Kindern". in Nauck, B. und Bertram, H. (Hrsg.): *Kinder in Deutschland*. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich, Opladen: Leske&Budrich
- Kohn, M.L. (1989): "Cross-National Research as an Analytic Strategy". in: Kohn, M.L. (Hrsg.): *Cross-National Research in Sociology*. Newbury Park, CA: SAGE Publications, Inc.
- König, R., (1974): *Die Familie der Gegenwart. Ein interkultureller Vergleich*. München: Beck.
- König, R., (1976): "Soziologie der Familie". In: R. König, L. Rosenmayr: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd.7. Stuttgart: Enke.
- Krüger, H. und C. Born (1991): Unterbrochene Erwerbskarriere und Berufsspezifität: Zum Arbeitsmarkt- und Familienpuzzle im weiblichen Lebensverlauf, in: Mayer, K. U., J. Allmendinger und J. Huinink (Hrsg.): *Vom Regen in die Traufe*, Frankfurt a. Main und New York, S. 142-161.
- Krüger, H. (1993): "Die Analyse Ehepartnerlicher Erwerbsverläufe – Ansatzpunkte für modernisierungstheoretische Überlegungen", in: Born, C. und H. Krüger (Hrsg.): *Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe*, Weinheim.
- Kuniansky, A., (1983): "Soviet Fertility, Labor-Force Participation, and Marital Instability". *Journal of Comparative Economics* 7: S. 114ff.
- Lauterbach, W. (1994): *Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Leisering, L., B. Geissler, U. Mergner und U. Rabe-Kleberg (1993): *Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf – Familie – Soziale Hilfen – Krankheit*. Status Passages and the Life Course Vol.4, Weinheim: Deutscher Studien Verlag. Pp.: 23-57.
- Lesthaeghe, R. (1991): The second demographic transition in Western countries: an interpretation, *IPD Working Paper 1991-2*, Vrije Universiteit Brussels, Brüssel.

- Lewis, R. A., Spanier, G. B., (1979): "Theorizing about the quality and stability of marriage". In: W. Burr, R. Hill, F. Nye, I. Reiss: *Contemporary theories about the family*. Vol. 1. S. 268ff. New York/London.
- Liefbroer, A. C. (1991): "The choice between a married or unmarried first union by young adults. A competing risks analysis", in: *European Journal of Population*, 7. Jg., S. 273-298.
- Lundberg, S. (1988): "Labor Supply of Husbands and Wives: A Simultaneous Equations Approach." *The Review of Economics and Statistics* Vol. LXX: 224-235.
- Manting, D. (1994): *Dynamics in Marriage and Cohabitation*. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Martens, M. (1990): *Ways of Owning. A study of homeownership in Europe and the USA*. Dissertation, University of Essex.
- Mayer, K. U. (Hrsg.) (1990): *Lebensverläufe und sozialer Wandel*, 31. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen.
- Mayer, K. U. und N. B. Tuma (Hrsg.) (1990): *Event history analysis in life course research*, Madison, WI.
- Mayer, K. U., J. Allmendinger und J. Huinink (Hrsg.) (1991): *Vom Regen in die Traufe*, Frankfurt a. Main und New York.
- Mayer, K. U. (1992): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe, Vortrag auf dem 38. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Trier, 28.9.-1.10.1992 (Manuskript).
- McElroy, M. B. (1981): "Appendix: Empirical Results from Estimates of Joint Labor Supply Functions of Husbands and Wives." in R. G. Ehrenberg (Hrsg.) *Research in Labor Economics* 4. Greenwich, Conn.: JAI Press, 53-64.
- Mulder, C. H. (1993): *Migration Dynamics: A Life Course Approach*. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Müller, W. (1978): Klassenlage und Lebenslauf, Mannheim 1978 (Habilitationsschrift).
- Müller, W. (1983): "Wandel der Berufsstruktur 1950-1980" – Wege und Grenzen der Tertiarisierung, in: Matthes, J. (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft?, Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt a. M. und New York
- Müller, W., A. Willms, und J. Handl (1983): *Strukturwandel der Frauenerwerbstätigkeit 1880-1980*, Frankfurt a. Main und New York.
- Muñoz-Pérez, F. (1989): "The decline of fertility in Southern Europe", in: *Population* (English Selection), 1. Jg., S. 261-290.
- Nave-Herz, R. (1984): "Familiale Veränderungen in der Bundesrepublik seit 1950", *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 4. Jg., S. 45-63.
- Nave-Herz, R. (1988): Kontinuität und Wandel in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland. in: R. Nave-Herz (Hrsg.): *Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Enke.
- Nave-Herz, R. (1989): "Zeitgeschichtlicher Bedeutungswandel von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland". In: Nave-Herz, R. und M. Makefka (Hrsg.): *Handbuch der Familien- und Jugendforschung*, Bd. 1, S. 211-223.
- Nave-Herz, R. (1990): *Scheidungsursachen im Wandel*. Eine Zeitgeschichtliche Analyse des Anstiegs der Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld: Kleine Verlag.
- Nave-Herz, R. (1991): "Historical developments in family events and employment of women", in: Heinz, W. R. (Hrsg.): *Theoretical advances in the life course research*. Status passages and the life course, Bd. 1, Weinheim.
- Niederfranke, A. (1991): "Lebensentwürfe von Frauen beim Übergang in den Ruhestand", in: C. Gather, U. Gerhard, K. Prinz und M. Veil (Hrsg.) *Frauen – Alterssicherung. Lebensläufe von Frauen und ihre Benachteiligung im Alter*. Berlin: Edition Sigma.

- Niederfranke, A. (1992): *Ältere Frauen in der Auseinandersetzung mit Berufsaufgabe und Partnerverlust*. Schriftenreihe des Bundesministers für Frauen und Jugend, Band 4. Stuttgart, Berlin, Köln: Verlag W. Kohlhammer.
- Nye, F. I., (1982): *Family relationships. Rewards and costs*. Beverly Hills: Sage.
- O'Rand, A. M. and J. C. Henretta (1982): "Delayed Career Entry, Industrial Pension Structure, and Early Retirement in a Cohort of Unmarried Women." *American Sociological Review*, Vol.47 (June): 365-373.
- O'Rand, A. M., J. C. Henretta und M. L. Kreckler (1992): "Family Pathways to Retirement." in M. Szinovacz, D. J. Ekerdt, B. H. Vinick (Hrsg.) *Families and Retirement*. Newbury Park, Ca.: Sage Publications.
- Petrowsky, W. (1993): *Arbeiterhaushalte und Hauseigentum*. Universität Bremen (unveröffentlichte Dissertation).
- Pischner, R. und G. Wagner (1992): "Zwei Aspekte der Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand". in: Reinhard Hujer, Hilmar Schneider und Wolfgang Zapf (Hrsg.) *Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Pohl, K. (1995): *Design und Struktur des Deutschen FFS*. Materialien zum Bevölkerungswissen. Heft 82A. Wiesbaden: BIB.
- Price, S. J., McKenry, P. C., (1988): *Divorce*. Beverly Hills/London.
- Prioux, F. (1990): "Fertility and family size in Western Europe", in: *Population* (English Section), 2. Jg., S. 141-162.
- Rohwer, G und S. Leth-Sørensen, 1996: "Aspects of the Female Life Cycle and Labor Market Participation in Denmark" In: Blossfeld, H.-P. und C. Hakim (Hrsg.) *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States*. Oxford University Press (im Erscheinen).
- Rosenthal, L. (1991): "Unemployment incidence following redundancy: the value of longitudinal approaches", in: Dex, S. (Hrsg.): *Life and work history analyses: qualitative and quantitative developments*, Sociological Review Monograph 37, London und New York.
- Rothenbacher, F. (1989): *Soziale Ungleichheit im Modernisierungsprozeß des 19. und 20. Jahrhunderts*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Safilios-Rothschild, C., (1976): "A macro- and micro-examination of family power and love". *Journal of Marriage and the Family* 37. S. 355ff.
- Saunders, P. (1990): *A Nation of Home Owners*, London: Unwin Hyman.
- Schmährl, W. (1977): *Alterssicherung und Einkommensverteilung*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Schmährl, W. (Hrsg.) (1988): *Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Zur Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Schmährl, W. (Hrsg.) (1993): *Mindestsicherung im Alter. Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien*. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Schmährl, W., R. George, Ch. Oswald (1995): in L. Delsen, G. Reday-Mulvey (Hrsg.) *Gradual Retirement in the OECD Countries. Macro and Micro Issues and Policies*. Aldershot: Dartmouth Publishing Company. S. 69-93.
- Schnabel, R. (1994): *Das intertemporale Arbeitsangebot verheirateter Frauen. Eine empirische Analyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schupp, J. (1991): "Teilzeitarbeit als Möglichkeit der beruflichen (Re-)Integration", in K.U. Mayer, J. Allmendinger und J. Huinink (Hrsg.) *Vom Regen in die Traufe*, Frankfurt am Main und New York: Campus, S. 207-233.
- Schwarze, J., F. Buttler, G. Wagner (Hrsg.) (1994): *Labour Market Dynamics in Present Day Germany*. Frankfurt/New York, Boulder, Co.: Campus Verlag/Westview Press.

- Stephan, G. (1995): *Zur Dynamik des Arbeitsangebotes von Frauen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Strohmeier, K. P. (1993): "Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17/93, S. 11-17.
- Szinovacz, M., D. J. Ekerdt und B. H. Vinick (1992): "Families and Retirement: Conceptual and Methodological Issues," in M. Szinovacz, D. J. Ekerdt und B. H. Vinick (Hrsg.) *Families and Retirement*. Newbury Park, Ca.: Sage Publications.
- Van de Kaa, D. (1987): "Europe's Second Demographic Transition, in: *Population Bulletin*, 42. Jg.
- Willms-Herget, A. (1985): *Frauenarbeit – Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt*, Frankfurt a. Main und New York.

Projektbereich C

3.0 Projektbereich C

Statuspassagen innerhalb der Erwerbstätigkeit

3.01 Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs

Die Projekte des C-Bereichs befassen sich mit Statuspassagen und Risikolagen innerhalb und an den Rändern der Erwerbsarbeit. Im C-Bereich werden seit der 1. Phase des Sfb konfligierende, eher faktisch wirkende als geplante Lebenslaufpolitiken unterschiedlicher Institutionen untersucht, deren Einflüsse sich in Lebensverläufen niederschlagen. Die drei Projekte des C-Bereichs verbindet dabei nicht nur ein handlungstheoretisches Vorverständnis, sondern zugleich das Interesse an der Wirkung betrieblicher und staatlicher Sozialpolitik, wie sie in Strategien von Organisationen und im Lebensverlauf erkennbar wird. Sozial- und Gesundheitspolitik wird (wie im Projektbereich D) in ihrer konstitutiven, nicht nur regulativen Funktion für "Lebenslaufregimes" untersucht. Im Verlauf der gemeinsamen Arbeit im Sfb haben die drei Projekte Methoden, Fragestellungen und Teilergebnisse voneinander übernommen und jeweils projektspezifisch weiterentwickelt.

Das gemeinsame Konzept verfolgen die drei Projekte an unterschiedlichen Gruppen und Statuspassagen. Die Kombination von Altersteilzeitarbeit mit Transfereinkommen, z.B. als Teilrentenmodell, mit dem sich das Projekt C5 beschäftigt, setzt das Erreichen von Altersgrenzen voraus. Demgegenüber beschäftigt sich das Teilprojekt C4 mit jenem deutlich früheren Lebensverlaufstadium, in dem das gesetzliche Rentenalter noch keineswegs erreicht ist, aber die aktuell ausgeübte Tätigkeit sich schon als gesundheitlich begrenzt erweist und Frühberentung aus gesundheitlichen Gründen droht. Auf diese Begrenzungen der Erwerbsfähigkeit beziehen sich betriebliche, medizinische und sozialpolitische Strategien in doppelter Weise: Sie versuchen, diese Krisen der Erwerbsmöglichkeit zu bewältigen, und sie tragen zugleich zu ihrer Reproduktion bei.

Im Zentrum des Projekts C1 steht die Frage nach Ansätzen zu einer "Lebenslaufpolitik" in Organisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung und nach der Kongruenz zwischen neuen gesundheitspolitischen Steuerungskonzepten der Kassen und individuellen Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmustern chronischer Erkrankung. Die in den Förderphasen mit jeweils unterschiedlichem inhaltlichen Fokus analysierte Innen-Perspektive in Organisationen der GKV und die Dimension institutioneller Veränderung vor dem Hintergrund des gesellschaftli-

chen Strukturwandels erhält dabei eine neue analytische Füllung. In der 1. Phase (Rehabilitation) stand die Regulation von Statuspassagen und gesundheitlichen Risikolagen im Mittelpunkt (Kassen als "gate-keeper"), in der 2. Phase das Selbstverständnis zwischen den Polen einer bürokratischen Institution der Sozialversicherung und Dienstleistungsorganisation mit Wettbewerbszwängen (sowie deren Implikationen für Veränderungen von Beratungs- und Informationsleistungen). In der folgenden Phase nun wird mit den Leithypothesen einer "Lebenslaufpolitik" in Kassen auch das Verhältnis zur Medizin und zum Gesundheitssystem aufgeworfen. In theoretischer Perspektive ist damit die Frage nach dem (internen) Innovationsvermögen bzw. Beharrungswillen und den (externen) Modernisierungsbarrieren sozialstaatlicher Institutionen aufgeworfen - dies in thematischer Nähe auch zur Diskussion um die Privatisierung des öffentlichen Dienstes mit den Zielsetzungen von Kosteneinsparungen wie größerer "Bürgernähe" gleichermaßen.

Im Teilprojekt C4 werden Statuspassagen im Erwerbsverlauf als Gegenstand individueller Handlungsstrategien und geplanter wie ungeplanter Lebenslaufpolitiken betrieblicher und staatlicher sozialpolitischer Akteure interpretiert. Gesundheitliche Beeinträchtigungen erhöhen - so ein bisheriges Ergebnis - das Risiko krisenhafter Statuspassagen im Erwerbsleben (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) nur für bestimmte Beschäftigtengruppen. Für individuelle Handlungsstrategien erwies sich in Fallstudien die entscheidende Bedeutung historisch einmal eingespielter Lösungsmuster betrieblicher Personal- und damit Lebenslaufpolitik unter Nutzung sozialpolitischer Anreizstrukturen.

In der 3. Phase wurde die Methode der Längsschnittanalyse mit aufeinander bezogenen Akteuren desselben "Falls" - also mit RehabilitandInnen, ArbeitsberaterInnen, Haus-, Reha- und BetriebsärztInnen - entwickelt. Die Studie blieb aber auf eine kleine, wenn auch randomisierte Fallzahl beschränkt. Daher sollen tagesgenaue Verlaufsdaten einer Gesetzlichen Krankenversicherung hinzugezogen werden, um berufsgruppenspezifisch Verläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen und in die Erwerbsunfähigkeit untersuchen zu können. Ergänzend zu den GKV-Daten sollen frauenspezifische Auswertungen am Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) weitergeführt werden. Erwerbsverläufe von Personen, die zeitweise nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (überwiegend Frauen), sind in Sozialversicherungsdaten nur unzureichend repräsentiert.

Die Untersuchung organisatorischer Steuerung individueller Verläufe bei relativer Gesundheit soll mit einem Vergleich impliziter Lebenslaufpolitiken medizinischer Institutionen erweitert werden; der internationale Vergleich ist notwendig, um überhaupt eine Varianz institutioneller Regelungen der Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme, die ja national vereinheitlicht sind, analysefähig zu erhöhen.

Das Projekt C5 befaßt sich schwerpunktmäßig mit den Wirkungen von sozialpolitischen Regelungen und institutionellem Handeln auf den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. In der ökonomischen Theorie des Arbeitsangebotes wird von rational handelnden Individuen ausgegangen, die ihren Nutzen aus Konsum- und Freizeitmöglichkeiten im Lebensverlauf unter Nebenbedingungen maximieren. Beim Übergang in den Ruhestand kommt dem Transfersystem eine Schlüssel-funktion zu. Die Erwerbstätigkeit vor allem in der Spätphase des Arbeitslebens wird jedoch auch stark von der Arbeitsnachfrage der Unternehmen determiniert.

Während nun in der ersten Förderphase die Reaktionen älterer Arbeitnehmer auf veränderte sozialrechtliche Rahmenbedingungen im Vordergrund standen, soll in der zweiten Phase verstärkt der Einfluß betrieblicher Personalpolitik auf individuelle Lebensverläufe untersucht werden. Durch die Verknüpfung von ökonomischen und soziologischen Theorien wie z.B. der Humankapitaltheorie, der Organisationstheorie und dem Segmentationsansatz sollen Erklärungen für die Entwicklung der Nachfrage nach älteren Arbeitnehmern und für ihre immer frühere Ausgliederung aus dem Erwerbsleben gefunden werden.

Mit dem Projektbereich C verbindet das Projekt vor allem die Untersuchung der Wirkungen von sozialpolitischen Regelungen und institutionellem Handeln auf individuelle Lebensverläufe. Ein gemeinsames Forschungsinteresse besteht mit dem Projekt C4, das sich ebenfalls mit Prozessen beschäftigt, die zum Ausscheiden von Arbeitnehmern aus dem Erwerbsleben führen. Während bei C4 ein frühzeitiges Ausscheiden aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung wegen beschränkter Tätigkeitsdauer im Vordergrund steht, befaßt sich das Projekt C5 mit der (schrittweisen) altersbedingten Aufgabe der Erwerbstätigkeit, die neben anderen Faktoren ebenfalls vom Gesundheitszustand der älteren Arbeitnehmer abhängen kann.

Projektbereich C

**3.02 Bisherige und beantragte Förderung des Projektbereichs C
(Ergänzungsausstattung)**

Haushaltsjahr	Beträge DM 1.000
bis 1993	1.688.350,-
1994	425.900,-
1995	458.300,-
1996	436.700,-
Zwischensumme	3.009.250-
1997	538.510,-
1998	565.140,-
1999	552.850,-

Teilprojekt C1

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C1

3.11 Thema:

Institutionelle Steuerung und individuelle Verarbeitung gesundheitlicher Risikolagen - Ansätze zu einer Lebenslaufpolitik der Krankenkassen? (Institutionelle Regulierung im Wandel - Teil III)

3.12 Fachgebiet:

Medizinsoziologie, Organisationssoziologie, Sozialpolitik

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Rainer Müller, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik und Sfb 186, 28334 Bremen, Tel. 0421-218-4377/4394

Co-Leiter: Dr. Gerd Marstedt, Sfb 186, Universität Bremen, 28334 Bremen, Tel. 0421-218-4155

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojekts

Das Teilprojekt wird gefördert seit 1.1.1989

Haushalts-jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungsausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	497.800	28.000	-	525.800
1994	112.400	13.800	-	126.200
1995	113.600	23.900	-	137.500
1996	118.800	800	-	119.600
Zwischen-summe	842.600	66.500	-	909.100
1997	118.800	59.470	-	178.270
1998	118.800	21.060	-	139.860
1999	118.800	6.400	-	125.200

Inhaltsverzeichnis

- 3.1. Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C1
- 3.2. Zusammenfassung
- 3.3. Stand der Forschung
 - 3.3.3. Lebenslaufpolitik und gesundheitspolitisches Selbstverständnis der GKV
 - 3.3.1. Krankheitsrisiken, Medizin und Bewältigung: Gesellschaftlicher Strukturwandel und individuelle Deutungs- und Verarbeitungsmuster
- 3.4. Eigene Vorarbeiten
- 3.5. Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan
 - 3.5.1. Forschungsziele
 - 3.5.2. Methoden
 - 3.5.2.1 Untersuchungsdesign
 - 3.5.2.2. Methodisches Instrumentarium
 - 3.5.2.3. Arbeits- und Zeitplan
- 3.6. Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms
- 3.7. Begründung des Personalbedarfs und der beantragten Verwaltungsausgaben
- 3.8. Literatur

3.2. Zusammenfassung

Nach der Analyse von Rehabilitationskonzepten und -maßnahmen sowie (in der letzten Forschungsphase) neuen Angeboten für Versicherte im Bereich Information, Beratung und Gesundheitsförderung steht in der abschließenden Forschungsphase die Frage nach Ansätzen zu einer "Lebenslaufpolitik" in Organisationen der GKV im Zentrum des Erkenntnisinteresses. In jüngster Zeit gehäuft zu beobachtende Konzepte, Modellprojekte und Erprobungsregelungen von Kassen fokussieren dabei Behandlungsformen, für die eine zunehmende Nachfrage bei Versicherten erkannt wird, die aber im System medizinischer Versorgung noch unzureichend repräsentiert sind ("alternative" und "sprechende" Medizin, Berücksichtigung ökologischer und arbeitsbedingter Krankheitsursachen). Insbesondere Risikogruppen und -konstellationen bei chronischen Erkrankungen finden zuletzt vermehrt Aufmerksamkeit. Avisiert werden von den Kassen auch gesundheitsökonomische, zeitlich aber erst sehr langfristig, in späteren Lebenslaufphasen der Versicherten zu erwartende Effekte. Im Verein mit weiteren Beobachtungen (gesundheitspolitische Akzentsetzungen auch außerhalb des Sektors ambulanter Behandlung, Intensivierung der Präsenz in Alltagsmilieus von Versicherten (Schulen, Sportvereine, Betriebe) legen daher die Frage nach Reichweite und Gehalt lebenslauf-steuernder policy-Muster in Organisationen der GKV nahe.

Es ist nun zugleich feststellbar, daß für jene - am Rande oder außerhalb der "Schulmedizin" angesiedelten - Behandlungsformen nur sehr wenig wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Dies gilt sowohl für Fragen medizinisch-therapeutischer Effizienz, als auch für Erfahrungen und Ansprüche Versicherter und chronisch Erkrankter in diesem Bereich. Die Analyse subjektiver Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster von Erkrankungs- und Chronifizierungsrisiken, aber auch von Erwartungen an unterschiedliche Formen medizinischer Kuration sollen Aufschluss darüber geben, inwieweit den lebensweltlichen Bedürfnissen von Patienten tatsächlich dadurch Rechnung getragen wird, indem eine Umlenkung von Patientenströmen in andere Therapie-Bereiche ("sprechende", "alternative", "ganzheitliche" Medizin) gefördert wird. Auf der Ebene des individuellen Management gesundheitlicher Risikolagen bzw. allgemeiner der Konstruktion und Erprobung neuer Konzepte der "Lebensführung" (KUDERA 1995) wird die Frage nach der Reichweite biografischer Deutungsmuster und Zukunftsentwürfe für die Konsistenz bzw. Flexibilität von Mustern des Krankheitsverhaltens und der Inanspruchnahme ärztlicher-therapeutischer Hilfe gestellt.

Empirisch vorgesehen sind a) Expertengespräche in Bundes- und Landesverbänden sowie Hauptverwaltungen sehr großer Kassen, die die aktuell vorfindliche Bandbreite gesundheitspolitischer Maßnahmen (sowie: lebenslaufbezogener Konzepte) von Kassen und Kassenarten auf qualitativer Ebene angemessen abbilden sollen, b) eine standardisierte schriftliche Befragung von Versicherten (avisierte Stichprobe N=2000) über konkrete Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen ärztlicher Behandlung und mit "alternativen" Heilverfahren, sowie grundlegende Sichtweisen zu Risiken und Einflußmöglichkeiten in Bezug auf

chronische Erkrankungen, c) problemzentrierte Interviews mit (chronisch erkrankten) Teilnehmern an einem Modellversuch von Kassen zur "alternativen und ganzheitlichen" Medizin.

3.3. Stand der Forschung

3.3.1. Lebenslaufpolitik und gesundheitspolitisches Selbstverständnis in Organisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung

Ein Schwerpunkt in diesem Kontext ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesundheitspolitischen Innovationen und Reformmodellen von Krankenkassen. Empirische Hinweise auf eine zunehmende Bedeutung solcher auf das System medizinischer Versorgung und seine gegenwärtigen Strukturen abzielenden Veränderungsinteressen und konkreten Projekte von Kassen finden sich zuletzt vermehrt in der gesundheitswissenschaftlichen Literatur und in Verbands-Publikationen (AOK 1994, BKK 1994, SCHWARTZ/BUSSE 1994, GLAESKE U.A. 1994), z.T. auch aus der bisherigen Projektarbeit. Die wissenschaftliche Kontroverse rankt sich dabei weniger um die grundsätzliche Frage, *ob* überhaupt von Seiten der GKV in jüngster Zeit vermehrt solche Konzepte und Modellversuche in Gang gesetzt werden als eher um die Bewertung ihrer Reichweite und Motive.

Gesundheitspolitische Reformvorstöße und Innovationskonzepte von Kassen wären danach - so die eine Interpretation, vgl etwa: STEGMÜLLER 1993, KÜHN 1995, ROSENBROCK 1994 - entweder ökonomisch motiviert und begründet, oder aber eindeutig nachgeordnet gegenüber selbstreferentiellen, auf Organisationserhaltung bezogenen Handlungszielen (Marktstellung, Versichertenstruktur, Mitgliederbestand). Strukturinnovative Konzepte für das Gesundheitssystem würden also von Kassen nur insoweit entwickelt und umgesetzt, als damit auch zugleich Wettbewerbsinteressen verfolgt werden können bzw. als damit keine Risiken für die Organisation (Image-Beeinträchtigungen durch öffentlichkeitswirksame Konflikte mit Ärzteschaft, Pharma-Industrie oder Arbeitgebern) heraufbeschworen werden. Hingewiesen wird vielfach (KÜHN 1994, KÜHN/ROSENBROCK 1994, ROSENBROCK 1994) auch auf die durch das Gesundheitsstrukturgesetz (und insbesondere die damit inganggesetzten verschärften Wettbewerbsbedingungen) vermittelten Ordnungsparameter für die Kassen, die gesundheitspolitische

Akzentsetzungen zugunsten der tatsächlichen Problemkonstellationen und Problemgruppen (chronisch Erkrankte, Behinderte, ältere multimorbide Versicherte) aus ökonomischen Erwägungen heraus in den Hintergrund rücken lassen.

Auf der anderen Seite finden sich indes auch - neben Programmatiken von Bundes- und Spitzenverbänden der Krankenkassen - Beobachtungen und interpretative Verdichtungen, die ernstzunehmende Ansätze zu einem Wandel gesundheitspolitischer Strategien und Konzepte der GKV erkennen lassen. KNEIPS 1994 prägt in diesem Kontext den Begriff des "Gesundheitsmanagement" und erkennt einen "erheblicher Wandel im Selbstverständnis von Krankenkassen". Als Desiderate zukünftiger Akzentsetzungen werden unter anderm Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der ambulanten Versorgungsform (bis hin zu HMO-Modellen) genannt, sowie eigenständig konzipierte medizinische Versorgungsmodelle (z.B. zur "alternativ-ganzheitlichen" Behandlung. "Kassen wollen im Einzelfall und für bestimmte Krankheitsbilder Gesundheitsmanagement mit Prozeßsteuerung und Qualitätssicherung der gesundheitlichen Betreuung betreiben" (KNEIPS 1994, S. 41)

Für eine deutliche Ausweitung der Erprobung solcher Strukturveränderungen in Rahmen von Modellprojekten votieren auch GLAESKE u.a. (1994) Dabei findet das Modell des "Primärarztes" besondere Beachtung. Generell wird die Entwicklung dahingehend eingeschätzt, daß nicht Kuration sondern Prävention zukünftig noch sehr viel stärkere Beachtung in der medizinischen Versorgung finden wird. In einer Bilanz gesundheitsökonomischer ebenso wie verbandlicher Stellungnahmen zu Strukturveränderungen im Gesundheitssystem erkennen SCHWARTZ u.a. (1994) über alle Kassenarten massive Interessen und Vorstöße zu eigenständigen Reform-Ansätzen der Kassen hinausgehend über leistungsvertragliche Aspekte bis hinein in den Bereich der medizinischen Versorgung. Die Erprobung von Health-Maintenance-Organisationen, engere institutionelle Verzahnungen zwischen Renten- und Krankenversicherung, Aufwertung des Primärarztes zu einem "gate-keeper" sind einige zentrale der dabei hervorgehobenen Ansätze.

In der Erklärung der Hintergründe für diese noch kontrovers interpretierten Konzepte von Kassen wird - neben den bereits angesprochenen auf

Organisationserhalt und Mitgliederbestand zielenden Wettbewerbsinteressen im Gefolge des GSG - zumeist auf zwei zentrale Rahmenbedingungen verwiesen: die zuletzt vermehrte Kritik an den medizinischen Versorgungsstrukturen und -praktiken sowie die gewandelten Ansprüche und Wertorientierungen von Bürgern und deren Rezeption in Institutionen des "Dritten Sektors". Voraussetzung für den Vorstoß der Kassen und für die Konzeption jener Modellversuche und Erprobungsregelungen, die auch Gegenstand des beantragten Vorhabens sein sollen, sind die in letzten Jahre vermehrt laut gewordenen Positionen zu Strukturdefiziten und sie stabilisierenden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen. (zusammenfassend: ROSENBROCK U.A. 1994, HUBER 1993, DEPPE U.A. 1995, BECK-GERNSHEIM 1995). In diesem Kontext wird recht häufig auch auf Positionen und Stellungnahmen im Sachverständigenrat der Konzierten Aktion im Gesundheitswesen verwiesen (SACHVERSTÄNDIGENRAT 1989), der falsche Gewichtungen bei der Leistungserbringung (Prävention/Kuration, somatische/psychosomatische Orientierung) und eine fragliche Qualität der Leistungserbringung konstatiert hat. Im einzelnen werden in der Literatur zumeist kritisiert: die Arzneitherapie (KRAUSE-GIRTH 1992, HUBER 1993), ein vermehrter Einsatz diagnostischer Verfahren in der Logik der Risikofaktoren-Medizin (ABHOLZ 1995, SCHULTE-SASSE 1993). In der Literatur exemplarisch dafür genannt und kritisiert wird beispielsweise die Knochendichtemessung (LANGE u.a. 1994), das Mammographie-Screening (ABHOLZ 1994) oder der sogenannte "Gesundheits-check-up" (KÜHN/ROSENBROCK 1994).

Ein zweiter Erklärungsstrang für konzeptionelle gesundheitspolitische Vorstöße und praktische Maßnahmen GKV nimmt Bezug auf veränderte Risiko- und Problemlagen im Gefolge des gesellschaftlichen Strukturwandels einerseits (SCHAEFERS 1994, BDA 1994, DEUTSCHER BUNDESTAG 1994, FRANKE/BUTTLER 1991), sowie auf gewandelte - insbesondere gesundheitsrelevante und ökologische - Ansprüche und Wertorientierungen der Individuen andererseits (AURAND U.A. 1994, HOLST U.A. 1994, MARSTEDT U.A. 1993, KEUPP/STREICH 1995). Fazit ist hierbei zumeist, daß gesellschaftlich verallgemeinerte Postulate von "Bürgernähe", "Entbürokratisierung" und "Dienstleistungsqualität" auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung zunehmend als essentielle Voraussetzungen des organisa-

torischen Fortbestands gelten, auch wenn über konkrete Formen ihrer Umsetzung noch kein Konsens besteht.

3.3.2. Krankheitsrisiken, Medizin und Bewältigung: Gesellschaftlicher Strukturwandel und individuelle Deutungs- und Verarbeitungsmuster

Zwischen eher soziologischen und eher psychologischen Theorie- und Forschungsansätzen bestanden in der Analyse individuellen "Gesundheitsverhaltens" und damit korrespondierender Wahrnehmungs- und Deutungsmuster lange Zeit sehr tiefe Gräben. In der Psychologie war insbesondere in den 60er und 70er Jahren das in den USA konzipierte "Health-Belief-Model" theoretisch und empirisch maßgeblich (vgl. BECKER 1974, SCHMÄDEL 1975), das ein zweckrationales Handlungsmodell unterstellte. Auch Mißerfolge in der praktischen gesundheitspolitischen Umsetzung dieses kognitivistischen Konzepts im Kontext z.B. von Anti-Raucher-Kampagnen oder Maßnahmen zur Erhöhung der Teilnahme an medizinischen Vorsorgeuntersuchungen (vgl. die umfangreiche Literatur hierzu in: BUNDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITLICHE AUFKLÄRUNG 1992) führten lange Zeit lediglich zu einer Extensivierung der Variablen-Basis (etwa: VOIGT 1978). Das als "sozial-behaviorales" oder "bio-psycho-soziales" Modell von Gesundheit/ Krankheit apostrophierte theoretische Konzept ist nach wie vor charakterisierbar als kognitivistische und partialisierende Verkürzung individueller Handlungsstrukturen und Motive, das "Gesundheit" in Termini medizinischer Logik hypostasiert.

Auf der anderen Seite standen medizinsoziologische und sozialpsychologische, teilweise auch psychoanalytisch fundierte Ansätze (HORN u.a. 1983, HORN u.a. 1984, HERZLICH 1973, GIEGEL u.a. 1988, GERHARD 1986), in denen Handlungsstrukturen und Deutungsmuster im Kontext der Erfahrung von Gesundheit und Krankheit sehr viel stärker in Termini individueller Sinnstrukturen und Identitätskonzepte, sowie auch in kontextueller Abhängigkeit von beruflichen und familialen settings gedeutet wurden. Die Untersuchung von HERZLICH (1973) typisiert subjektives Krankheitserleben und -verhalten in der Dimension sozialer Integration und Teilhabe. Nach den Befunden von GIEGEL u.a. (1988) sind Gesundheit und Krankheit keine autonomen und absoluten Handlungsmotive des

Individuums, (sondern abgeleitet aus der "berufsbiographischen Entwicklung und Orientierung". Interpretativ noch einen Schritt weiter geht die Untersuchung von HORN u.a. (1983, 1984). Nicht nur der Umgang mit Gesundheitsrisiken und -beschwerden hat dort ein übergeordnetes Motiv, auch Krankheit ist (in Anlehnung an MITSCHERLICH) "unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen generell als psychosoziale Konfliktlösungsstrategie" interpretierbar (HORN u.a. 1983 S.4).

Erst in jüngster Zeit wird im Rahmen theoretischer Entwicklungen, aber auch auf empirischer Ebene eine Annäherung zwischen diesen Konzepten und methodischen Positionen deutlich. Insbesondere der Ansatz "subjektiver Krankheitstheorien" (vgl. FLICK 1991, GROEBEN/SCHEELE 1982, VERRES 1986, BISCHOFF/ZENZ 1989, FALTERMAIER 1991) und jener der "sozialen Repräsentation" von Gesundheit und Krankheit (vgl. MOSCOVICI 1984, HERZLICH 1991, JODELET 1991) ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Während das Theorem der sozialen Repräsentation in sehr starkem Maße das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in den Vordergrund stellt, bzw. konkreter das Verhältnis von individuellen und gesellschaftlichen Wissensbeständen, fokussieren subjektive Krankheitstheorien eher das komplexe Geflecht individueller Deutungsmuster über Ursachen, Zusammenhänge, Erscheinungsformen und Bewältigungsmöglichkeiten gesundheitlicher Beschwerden und Symptome. Dabei können sehr unterschiedliche Gewichtigungen auftreten, so daß beispielsweise die von BLAXTER (1990) generell unterschiedenen inhaltlichen Dimensionen von "Gesundheit", nämlich: Fitness, Behinderungsfreiheit, Nicht-Krankheit und Wohlbefinden - mit je spezifischer Akzentuierung in subjektiven Krankheitstheorien vorherrschen oder auch fehlen können.

Hinsichtlich empirischer Befunde über soziale und biografische Konstitutionsprozesse differierender Deutungsmuster und Handlungsorientierungen in Bezug auf Gesundheit und Krankheit ist die Forschung von verallgemeinerbaren Interpretationen und Erklärungen noch recht weit entfernt. Eine Vielzahl von Studien verweist auf die Bildungs- und Schichtenspezifität gesundheitsbezogener Interpretationen: von FERBER (1972, 1982) hat in mehreren Untersuchungen das unterschiedliche (eher "endogene" oder "exogene") Krankheitsverständnis von Mittelschichten und Arbeitern aufgezeigt, BUCHMANN u.a. (1985) finden bei

unteren Schichten, daß Gesundheit eher einen "Gebrauchswert" (d.h. funktionalen Charakter hat zur Realisierung anderer Ziele und Motive), in Mittel- und Oberschichten eher einen "Symbolwert" innehat. Solche "individuellen und schichtenspezifischen Deutungen von Gesundheit, in denen Gesundheit keineswegs Priorität haben muß" (LABISCH 1984, S.24), werden in einer Reihe empirischer Untersuchungen nur als "defizitäres" Gesundheitsverhalten (der unteren Sozialschichten) charakterisiert. "Gesundheitsverhalten" wird jedoch systematisch mißverstanden (vgl. VERRES 1992, FALTERMAIER 1992), wenn es einem Motiv sui generis untergeordnet wird und darunter auch Handlungen subsumiert werden, die subjektiv ganz andere Ziele verfolgen als die Pflege oder Wiederherstellung von Gesundheit.

In neueren Studien (MARSTEDT u.a. 1993, MARSTEDT 1995, KIRSCHNER u.a. 1994) ist deutlich geworden, daß wesentliche Dimensionen des von der Risikofaktorenmedizin fokussierten Gesundheitsverhaltens (Ernährung, Sport, Bewegung, Rauchen, Alkoholkonsum) mit zunehmendem Lebensalter und mit der persönlichen Betroffenheit von Krankheitssymptomen und -beschwerden revidiert und modifiziert werden. Es scheint, als ob in dem Maße, da die Erfahrung von Gesundheit als "fraglos vorausgesetzte Gegebenheit" (GERHARDT 1993) brüchig wird, erst individuelle Motive und Zielsetzungen reflektiert und in Richtung einer körperliche Ressourcen schonenden Alltagspraxis gelenkt werden. Ein weiteres in diesem Kontext hervorzuhebendes Ergebnis ist die Geschlechtsspezifität des gesundheitlichen Risikoverhaltens. Sowohl in der repräsentativen Studie von BLAXTER (1990) als auch bei MARSTEDT u.a. (1993) zeigt sich, daß eine Kumulation von Risikofaktoren im Bereich des individuellen Alltagsverhaltens bei Frauen sehr viel geringer ausgeprägt ist als bei Männern. Erklärt wird dies aus kulturell geprägten, spezifischen familialen Arbeitsteilungen, bei denen Frauen zumeist (vgl. BRUCKS u.a. 1987) in der Familie die Experten und Sachwalter in Gesundheitsfragen sind.

Die Frage nach Deutungsmustern für gesundheitliche Risiken und chronische Erkrankungen sowie Krankheitsverläufe berührt nicht nur das Forschungsfeld der Medizinsoziologie und Studien zur Bewältigung von Krankheit (GERHARDT 1986). Aktualisiert wird diese Fragestellung im Kontext des ökologischen

Anspruchswandels und der in der "Risikogesellschaft" nahezu unentrinnbaren Präsenz von Bedrohungen auch im privaten Alltag. Viele auch repräsentative Befragungen (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 1994, MARSTEDT U.A. 1993) dokumentieren zunehmend eine Verunsicherung in weiten Bevölkerungskreisen, ohne daß freilich Implikationen und Ausmaß der artikulierten Befürchtungen abschätzbar sind. Besonders gravierende Formen der Risikowahrnehmung und -verarbeitung zeigen sich nach Untersuchungen von AURAND/HAZARD (1993) zunehmend in Praxen niedergelassener Ärzte in Form psychosomatischer und psychovegetativer Störungen.

Mit zunehmender Nähe zu eigenen Alltagssituationen und realen Lebensräumen (Arbeit, Wohnung, Wohnviertel) wird das gesundheitliche Risikopotential tendenziell niedriger bewertet. Inwieweit dies Abwehrmechanismen und damit sehr stark angstbesetzte Emotionen dokumentiert oder ob dies im wesentlichen einen kognitiven Reflex darstellt auf die zunehmende Thematisierung der Problematik und Enthüllung von Umwelt-"Skandalen" in den Medien (vgl. MACKENTHUN 1994, FRANZ-BALSEN 1993) ist ebenfalls eine noch weitgehend offene Frage.

Hinsichtlich des Untersuchungsaspekts Erwartungen von Patienten an "alternative" Medizin liegen u.W. bislang keine fundierten wissenschaftlichen Untersuchungen vor. Zu rekurrieren ist hier allenfalls auf Studien, die Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung im Hinblick auf Ärzte oder das Medizinsystem thematisieren (Zufriedenheitsstudien: zusammenfassend AUST 1994) oder auch spezifische Fragestellungen im Zusammenhang der Arzt-Patient-Kommunikation (vgl.: BRUCKS U.A. 1986, EHLICH U.A. 1990, ABHOLZ 1993) in den Vordergrund stellen. Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang u.U. aber auch konzeptuelle Ansätze zum "Placebo"-Phänomen in der Medizin (vgl. VON UEXKÜLL 1993, BLANZ 1993). MARSTEDT U.A. (1993) haben in einer Fragebogen-Erhebung ganz überwiegend positive Bewertungen "alternativer" Medizin und zwar ganz unterschiedlicher Richtungen herausgefunden, Bewertungen die bei Befragten ohne eigene Erfahrung eher skeptisch ausfallen. Besonders Angehörige mittlerer Bildungsschichten und in mittleren Lebensabschnittsphasen (30-50

Jahre), sowie Befragte mit tendenziell "gesundheitsbewußtem" Alltagsverhalten zeigen ein überdurchschnittlich hohes Interesse.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Zur Bearbeitung der Fragestellungen in der nächsten Förderphase kann in recht umfassender Weise auf empirische Ergebnisse und theoretische Konzepte der vorangehenden Projektarbeit im Sonderforschungsbereich zurückgegriffen werden, da ein wesentlicher Untersuchungskomplex weiterhin Dimensionen institutionellen Handelns im Kontext gesundheitlicher Risikolagen in der GKV in den Mittelpunkt stellt. Abweichend und ergänzend zu den in vorherigen Projektphasen thematisierten Erkenntnisinteressen (Rehabilitation in der GKV, Gesundheitsförderung und neue Modelle der Versichertenberatung und -information, vgl. dazu: MARSTEDT/MERGNER/MÜLLER 1992, dieselben 1993a und 1993b, MARSTEDT/ MERGNER 1993, dieselben 1994, 1995) tritt in der kommenden Phase die Frage nach gesundheitspolitischen Konzepten und Zielsetzungen von Organisationen der GKV (insbesondere zu Strukturveränderungen im Medizinsystem) in den Vordergrund und die Frage nach Elementen einer "Lebenslaufpolitik". Damit wird zum Ende der nächsten Förderphase neben sehr unterschiedlichen Maßnahmebereichen und Gestaltungsfeldern auch ein sehr weites Spektrum hierarchisch unterschiedlicher Akteurs-Ebenen (von ausführenden Sachbearbeitern/Kundenberatern etc. über Abteilungsleiter und Geschäftsführer bis hin zu Planern und Vorständen in Bundes-/Landesverbänden und Zentralen großer Kassenarten) vorliegen.

Der zweite zentrale Untersuchungskomplex für die nächste Phase, die Frage nach individuellen Erfahrungen, Deutungs- und Verarbeitungsmustern chronischer Erkrankung sowie subjektive Ansprüche und Erwartungen an unterschiedliche Instanzen im Medizinsystem berührt gleichfalls Fragestellungen und Erkenntnisinteressen, für die die Antragsteller auf eine Reihe von Vorarbeiten rekurrieren können. So wurden Auswirkungen des gesellschaftlichen Strukturwandels auf gesundheitsbezogene Ansprüche und Erfahrungen in der Bevölkerung auch unter Berücksichtigung individueller und sozialer Differenzierungsprozesse im Rahmen von Literaturanalysen und Aufarbeitungen des einschlägigen Forschungsstandes näher beschrieben (vgl. dazu etwa. MARSTEDT

1994a, derselbe 1994b, MARSTEDT/MERGNER 1995, dieselben 1996). Ferner kann auf empirische Befunde und interpretative Resumes zurückgegriffen werden, die aus einer von den Antragstellern durchgeführten Bevölkerungsbefragung in Bremen/Niedersachsen zur Thematik gesundheits- und krankheitsbezogene Erfahrungen und Ansprüche vorliegen. (vgl. dazu: MARSTEDT 1993, 1994, 1995, 1996, MÜLLER/MARSTEDT/LAST 1995, MARSTEDT/LAST/WAHL/MÜLLER 1993) Dabei wurde - sehr kursorisch - auch bereits die Thematik individueller Erfahrungen mit "alternativer" Medizin und Ansprüche an den "Hausarzt" berührt.

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsplan

3.5.1. Forschungsziele

Zentraler Untersuchungsgegenstand des beantragten Forschungsvorhabens sind in theoretischer wie empirischer Perspektive

(a) neue Steuerungskonzepte in der Krankenversicherung bei gesundheitlichen Risikogruppen und -konstellationen zur Vermeidung negativer Krankheitskarrieren. Dies umfaßt zwei zentrale, inhaltlich stark ineinander verschränkte Untersuchungshypothesen: Zum einen ist zu untersuchen, inwieweit in Organisationen der GKV (und insbesondere in Planungsabteilungen von Bundes- und Landesverbänden) ein verändertes gesundheitspolitisches Selbst- und Funktionsverständnis Raum greift, das nicht nur gesundheitsökonomisch (Beitragssatzstabilität) begründet ist und auch nicht allein auf Organisationserhalt (Wahrung/Ausweitung des Mitgliederbestands) abzielt, sondern verbesserten Bedarfsbezug und Effizienzsicherung medizinischer Versorgung im Auge hat und dabei gewandelte gesundheitsbezogene Ansprüche der Bevölkerung berücksichtigt. Für das beantragte Forschungsvorhaben empirisch von besonderem Interesse sind dabei Modellversuche, Erprobungsregelungen, Informations- und Beratungsmodelle etc. von Kassen, die in der Bevölkerung zunehmend nachgefragte Heilverfahren außerhalb der "Schulmedizin" fokussieren ("alternative" Medizin, "sprechende" Medizin, Berücksichtigung ökologischer und arbeitsbedingter Krankheitsursachen). Zum zweiten ist zu fragen, ob in solchen neuen Konzepten von Krankenkassen Ansätze zu einer "Lebenslaufpolitik" erkennbar sind, die mit gesundheits-bzw. krankheitsbezogenem Fokus zeitlich langfristige biografische Verläufe im Auge hat, Chronifizierungen akuter Gesundheitsbeschwerden

entgegentreten will und dabei auch Möglichkeiten erprobt, spezifische Risikogruppen zu identifizieren und (mit direkter oder indirekter Kontaktierung, mit informationellen oder inzentiven Mitteln) deren Routinen und Handlungsorientierungen im Bereich des Krankheitsverhaltens und der spezifischen Form der Inanspruchnahme ärztlich-medizinischer Hilfe zu verändern.

(b) Diese Analyse institutionellen Handelns wird ergänzt durch eine Untersuchung der darin involvierten subjektiven Handlungsorientierungen und Deutungsmuster von Versicherten bzw. chronisch erkrankten Patienten. Untersucht werden sollen individuelle Ansprüche, Erwartungen und Erfahrungen hinsichtlich der von Kassen in neueren Steuerungskonzepten favorisierten medizinischen und therapeutischen Heilverfahren. Zu thematisieren sind aber auch individuelle Konzepte von Krankheitsrisiken und (chronischen) Krankheitsverläufen sowie schwergewichtig auch therapeutische Erwartungen vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Erfahrungswandels in Bezug auf individuelle Einfluß- und Veränderungsmöglichkeiten im Kontext "Gesundheit-Krankheit". Empirisch vorgesehen ist zum einen eine standardisierte schriftliche Befragung von Versicherten, in der persönliche Erfahrungen und Ansprüche in Bezug auf die recht weite Palette nicht-schulmedizinischer Heilmethoden und Arzneimittel untersucht werden soll. Zum andern ist geplant, chronisch erkrankte Versicherte, die an spezifischen Modellversuchen von Krankenkassen im Bereich "alternativer" Medizin teilgenommen (bzw. als Kontrollgruppe: dies abgelehnt haben) im Rahmen qualitativer Interviews nach subjektiven Konzepten von Krankheitsrisiken, Krankheitsverläufen, Einflußmöglichkeiten von Medizin und Therapie, sowie individuellen Einfluß- und Veränderungsmöglichkeiten im Bereich "Gesundheit-Krankheit" zu befragen.

3.5.1.1. Zentrale Fragestellungen

a) Grundlegende Veränderungen im gesundheitspolitischen Selbstverständnis von Kassen und Ansätze zu einer "Lebenslaufpolitik"

Das Forschungsvorhaben geht von der Beobachtung aus, daß seit einiger Zeit (wenn auch eher ex- denn implizit und eher in Bezug auf die Effekte denn auf die

strategischen und verbalisierten Zielsetzungen) in einer Reihe von Organisationen der GKV eine - tradierten policy-Mustern fremde - "Lebenslaufpolitik" Raum greift, die zugleich auf einem veränderten gesundheitspolitischen Selbstverständnis basiert. Dabei wird die traditionelle Vorherrschaft von Medizin und Ärzteschaft (durchaus im Rahmen geltender Normen und Rechtsvorschriften) auch inhaltlich infragegestellt durch eine gesundheitsökonomisch legitimierte, in ihren praktischen Effekten jedoch oftmals gesundheitspolitische Einflußnahme der Kassen. Als empirische Beispiele für dieses veränderte Selbstverständnis der Kassen lassen sich etwa benennen:

- Arzneimittel: Kontrolle des Verschreibungsverhaltens und Arzneimittelberatung für Ärzte und Kliniken; Arzneimittel-Positivliste ohne Bindungscharakter (AOK Berlin mit IKK); Forschungsstudien zur Verschreibung von Psychopharmaka bei Kindern; Konzepte zur Arzneimitteldistribution
- stationäre Versorgung: Modellversuche zur Pflege, zu HdA im Krankenhaus; Forschungsprojekte zur Qualitätssicherung und -kontrolle bei einer Vielzahl spezifischer Erkrankungen oder Therapieformen
- Rehabilitation: Neukonzeption von "Senioren-Kuren" und "Fitness-Vorsorge-Kuren"; kassen-eigene Mütter-Kind-Kliniken; Kurmodelle mit sozialer Risiko-Indikation (Verrentung);
- Gesundheitsförderung: "Gesundheitszentren"; betriebliche Gesundheitsförderung als Organisationsentwicklung; Projekte zur wissenschaftlichen Evaluation von Gesundheitsförderung; Intensivierung der Kooperation mit Vereinen und Verbänden, verstärkte Präsenz (Dozenten, Materialien) in Schulen und Berufsschulen.

Recht gut beschrieben und wissenschaftlich analysiert ist das Handlungsfeld der "Gesundheitsförderungs-Maßnahmen" nach § 20 Sozialgesetzbuch V. Hier findet sich durchgängig in allen Kassen eine informationsorientierte, beratende, neue Verhaltensroutinen schulende und bisweilen auch mit Sanktionen (Verweigerung von Rehabilitations-Maßnahmen) agierende Einflußnahme auf spezifische Muster des individuellen Alltagsverhaltens, die in der Logik der medizinischen Risikofaktoren-Theorie gesundheitsabträglich sind.

Diese Praxis war bis vor kurzem vorwiegend als kassenspezifische Ergänzung zu Angeboten anderer Organisationen (Vereine, Kirchen, gemeinnützige Verbände, Volkshochschulen) im Bereich Freizeitgestaltung und Erwachsenenbildung

("Laufftreffs", Sport und Gymnastik in vielen Varianten, Ernährungs- und Kochkurse etc.) konzipiert. Maßnahmen trugen auch ganz deutlich den "Herkunftsstempel" der Krankenkasse: durch Informationsbroschüren und Räumlichkeiten. In letzter Zeit wird nun zunehmend versucht, die soziale Distanz dieser Angebote zu den tatsächlichen Alltagsmilieus der Versicherten zu überwinden und so auch den Bezug zur *Krankenkasse* weniger evident erscheinen zu lassen. Eine intensive Kooperation mit Sportverbänden, Präsenz in Schulen und Berufsschulen, Ausweitung von Gesundheitsförderungsmaßnahmen auf betrieblicher Ebene sind einige Indikatoren, die dieses Bemühen dokumentieren, in subjektiv bedeutsame Erfahrungsräume und wesentliche Alltagssituationen der Versicherten vorzudringen.

Im Unterschied zu diesen Maßnahmen und Konzepten zur Gesundheitsförderung, sind demgegenüber Modellversuche und Erprobungsregelungen der Kassen, bei denen die Spezifik des individuellen Krankheitsverhaltens im Vordergrund steht, noch sehr wenig bekannt und wissenschaftlich u.W. noch weitgehend unerforscht. Solche neueren Ansätze von Organisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung zielen auf individuelle Muster des Krankheitsverhaltens und der Inanspruchnahme medizinischer Therapieformen ab. Im einzelnen zu nennen und empirisch von Interesse sind dabei die folgenden Maßnahmen und Konzepte.

- Das sogenannte "Hausarzt-Abo", bei dem Versicherte sich vertraglich für einen bestimmten Zeitraum verpflichten, bei Arztkontakten zunächst einen Allgemeinarzt ihrer Wahl anstelle eines Facharztes aufzusuchen. Als Anreiz für Versicherte zur strikten Befolgung dieses Verhaltensmusters im Falle von Krankheit oder Beschwerden werden Beitragsrabatte gewährt.
- Die Erprobungsregelung "ganzheitliche und alternative Medizin": In relativ weit fortgeschrittenem Stadium befindet sich diese Maßnahme bei den BKKn Essen. Versicherte mit unterschiedlichen chronischen Erkrankungen, bei denen die vertragsärztliche Versorgung keine Beschwerdenbesserung erreichen konnte und die eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Krankheitsepisoden, Krankschreibungen, Arztwechseln aufwiesen, nehmen dort an einem Modellversuch teil. Im Zentrum stehen dabei neben einer "ganzheitlichen" ärztlichen Betreuung in erster Linie die Durchführung "alternativer" Heilverfahren (u.a.: Homöopathie, Akupunktur, Elektroakupunktur, Sauerstofftherapie).

- Die Erprobungsregelung "alternative Medizin": Hier wird im Rahmen einer sehr breit gestreuten Informationspolitik durch Broschüren, Faltblätter, Briefe an Versicherte und durch eine nachhaltige regionale Presseberichterstattung versucht, Versicherten-Interessen an Heilverfahren außerhalb der Schulmedizin (u.a.: Eigenblut- und Sauerstofftherapie, Homöopathie) durch Kassenzuschüsse zu diesen Behandlungen weiter zu erhöhen.
- Die Erprobungsregelung "ökologische Untersuchung": Eine Regelung zur zumeist vollständigen Kostenübernahme für Gesundheitsuntersuchungen im häuslichen Umfeld bei längerandauernden Gesundheitsbeschwerden (insbesondere allergische Formenkreise) und Verdacht auf Intoxikationen im häuslichen Umfeld (durch Schadstoffe in Baumaterialien, Farben, Lacken, Möbeln usw.). In Kassen wird auch bereits nachgedacht über Möglichkeiten eines diagnose-orientierten screenings von umweltbedingten Krankheitsbeschwerden und eine selektive Definition von Risikogruppen und ihre Kontaktierung.
- Screening von Rehabilitationsbedarf und Rehabilitationsberatung bei einer Vielzahl von Kassen unterschiedlicher Kassenarten. Auf diesen Steuerungsmechanismus haben wir bereits im Rahmen unserer ersten Projektphase hingewiesen.

Allen hier dargestellten neuen Steuerungskonzepten und Regulationsformen von Kassen gemeinsam erscheinen zwei Aspekte, die es rechtfertigen, zumindest die Hypothese einer (wenngleich quantitativ noch keimhaften) Lebenslaufpolitik der Krankenkassen aufzustellen, innerhalb derer eine (unterschiedlich direktive) Form der Einflußnahme auf gesundheits- und krankheitsbezogene Handlungsroutrinen und Bewältigungsmuster von Versicherten im Mittelpunkt steht. Gemeinsames Charakteristikum der dargestellten Maßnahmen ist (1) eine Definition, teilweise auch eine bis auf die Ebene einzelner Versicherter operationalisierte Identifikation von Risikogruppen auf der Basis von GKV-Routinedaten und/oder spezifischen Informationssammlungen etwa zu Arbeitsunfähigkeits-Häufungen, zur Häufigkeit stationärer Behandlung, Zahl der Arztkontakte, Frequenz von Arztwechsels usw. sowie (2) der Versuch einer direkten oder indirekten Einflußnahme auf bislang in medizinischer Hinsicht wenig effiziente Muster der Krankheitsverarbeitung und der Inanspruchnahme medizinischer Hilfe. Tendenziell hingelenkt wird zu Therapie-Bereichen außerhalb der "Schulmedizin" oder der "high-tech"-Medizin ("ganzheitliche", "alternative", "sprechende" Medizin), für die ein zunehmender

Bedarf in der Bevölkerung erkannt wird. Detaillierte Informationsmaterialien, persönliche Beratung und zum Teil ökonomische Anreize zur individuellen Erprobung neuer Therapie- und Verhaltensmuster sind dabei Mechanismen, mit denen die neuen Steuerungsinstrumente praktisch umgesetzt werden.

Trotz der auch gegenwärtigen ökonomischen Kalküls macht das übergeordnete Definitionskriterium, bei dem das Risiko einer Chronifizierung von Krankheit und damit verbundene weitere Risiken (beruflicher und familialer Status) im Mittelpunkt stehen, dieses veränderte policy-Muster von Kassen auch in lebenslauftheoretischer Perspektive zu einem relevanten Untersuchungsgegenstand. Eine offene Frage hierbei ist, inwieweit biografische Dimensionen, langfristige Krankheitsverläufe und Chronifizierungsrisiken, Strategien der Vermeidung gesundheitsbedingter Negativkarrieren, Interventions- und Informationskonzepte im Alltagsmilieu der Versicherten nicht nur implizit und indirekt Gegenstand neuer Kassenstrategien sind, sondern ob diese lebenslaufpolitische Akzentsetzung - wenn auch in anderer Terminologie - zu einem zentralen und strategisch avisierten Ausgangspunkt von Kassenaktivitäten wird.

b) Subjektive Konzepte von Gesundheitsrisiken und Krankheitsverläufen, Erwartungen an Medizin

Die oben skizzierten neuen Steuerungskonzepte von Krankenkassen zielen tendenziell auf eine Umlenkung von Patienten- und Versichertenströmen hin zu neuen, im Gesundheitssystem bislang wenig etablierten oder zumindest - nach Kassen- wie Versichertenmeinung - unzureichend repräsentierten Instanzen medizinischer und therapeutischer Hilfe (Hausarzt als Repräsentant "sprechender" Medizin, "alternative" und "ganzheitliche" Medizin, Berücksichtigung ökologischer und arbeitsweltbedingter Krankheitsursachen). Sie stellen dabei zugleich medizinisch-therapeutische Maßnahmen in den Mittelpunkt, die nach Auffassung von Kassenrepräsentanten (und unter Rekurs auf empirische Befunde) in der Bevölkerung zunehmend an Attraktivität gewinnen und nachgefragt werden. Auch unsere Versichertenbefragung aus der letzten Bewilligungsphase hat hierzu sehr eindeutige Ergebnisse zutage gebracht (vgl. Arbeits- und Ergebnisbericht).

Das Bemühen der Kassen um eine Behebung dieser von Versicherten und Patienten artikulierten Defizite ist einerseits auf Image- und Positionsgewinne orientiert, andererseits von gesundheitsökonomischen Kalküls getragen, die insbesondere darauf abzielen, bei chronisch erkrankten Versicherten medizinische Behandlungskosten zu senken. Dahinter verbirgt sich die Annahme, daß Krankheitsepisoden, Arztkontakte und Behandlungskosten über einen längeren Zeitraum hinweg gesenkt werden können, wenn Versicherte zu Beginn einer sich anbahnenden Chronifizierung von Beschwerden adäquatere Formen medizinisch-pharmazeutischer Behandlung ("alternative", "ganzheitliche" Medizin) oder auch neue Formen therapeutischer, insbesondere sozial-kommunikativer und persönlicher Zuwendung ("sprechende Medizin") erfahren.

Es ist nun jedoch festzustellen, daß über die tatsächlichen Ansprüche, Hoffnungen und Erwartungen von Patienten bzw. Versicherten im Hinblick auf die von Kassen in neuen Erprobungsregelungen und Modellprojekten favorisierten Therapieformen ebenso wenig bekannt ist wie über bereits vorhandene konkrete Erfahrungen. Offene Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind insbesondere:

- Haben Versicherte bzw. Patienten ein laientheoretisches Konzept chronischer Krankheitsverläufe und ist die Hinwendung zu nicht-schulmedizinischen Heilmethoden zu erklären als Suche nach einer Endpunktbehandlung mit unkonventionellen, bislang nicht erprobten Mitteln nach persönlich erlebter Erfolglosigkeit schulmedizinischer Eingriffe? Gibt es Unterschiede in Laien-Theorien chronischer Erkrankung in Abhängigkeit von persönlicher Betroffenheit und vom Zeitpunkt der Erfahrung?
- Inwieweit und unter welchen Voraussetzungen werden über einen längeren Zeitraum fortbestehende Gesundheitsbeschwerden subjektiv überhaupt als "chronisch" wahrgenommen bzw. als Risiko-Indikatoren für eine irreversible und günstigenfalls eindämmbare, aber nur selten endgültig heilbare Erkrankung? Welche Rolle spielen hierbei eher kognitive Faktoren (medizinisches Wissen) in Relation zu Lebenslaufkonzepten und arbeitsbiografischen Entwürfen sowie Mitteilungen und Erfahrungen relevanter Personen aus dem persönlichen sozialen Umfeld?
- Unter welchen Voraussetzungen gelingt es Krankenkassen über Information und persönliche Beratung (sowie in bestimmten Fällen auch finanzielle

Anreize) tatsächlich, eine Änderung tradiierter Formen des Krankheitsverhaltens, der Inanspruchnahme medizinischer Hilfe und der Erwartungen an Medizin herbeizuführen oder werden mit den oben skizzierten neueren Steuerungskonzepten nur jene Versicherten- und Patientengruppen erreicht, die ohnehin und vordem schon eine starke Affinität zu diesen Behandlungsformen hatten, diese eventuell sogar schon selbstfinanziert erfolgreich erprobt haben?

- Impliziert eine Positivbewertung "alternativer" Heilmethoden und Arzneimittel zugleich eine distanziert-kritische Distanz gegenüber der Schulmedizin oder wird damit eine nur komplementär ergänzende, nicht aber substitutive Hilfeleistung angestrebt? Welchen Stellenwert hat in diesem Kontext die sog. "Therapeuten-Variable", d.h. spielt für die zunehmende Populärität dieser Methodik die bei Homöopathen, Ärzten mit Affinität zu Naturheilverfahren, Heilpraktikern u.U. intensivere Arzt-Patient-Kommunikation und der in geringerem Maße medizinisch-naturwissenschaftlich geprägte Sprachcode eine Rolle?
- Inwieweit spielen bei der Hinwendung zu "alternativer" Medizin und deren Positivbewertung der allgemeine Bedeutungsgewinn ökologischer Maßstäbe und Wertorientierungen eine Rolle? Inwieweit die wachsende Resonanz "alternativer" Heilverfahren und Therapieformen mitbedingt durch Technikängste, wachsende Körpersensibilität, Angst vor Medikamenten-Nebenwirkungen? Oder ist darin ein wachsendes Potential von Selbstmedikation und Laienmedizin, von De-Professionalisierung und Entcharismatisierung der "Heilkunst" (Medikamente aus dem Drogerie-Regal) zu sehen?

3.5.1.2. Untersuchungsfelder und konkrete Projektfragestellungen

Untersuchungsfeld 1: Lebenslaufpolitik und gesundheitspolitisches Selbstverständnis in neuen Steuerungskonzepten der Krankenkassen, Fallstudien und Experten-Interviews

In diesem Feld geht es um die beiden zentralen Untersuchungshypothesen des Forschungsvorhabens in institutioneller Perspektive. Es erscheint sinnvoll, hierfür ein weiterreichendes empirisches Erhebungsraster zu verwenden, in dem neben Sichtweisen, Deutungsmustern und artikulierten kassenpolitischen Zielsetzungen von Entscheidungsträgern insbesondere konkrete Vorhaben, Maßnahmen und Modellprojekte thematisiert werden. Erst anhand dieser *Praxis* ist auch ein

Rückschluß möglich auf tatsächliche Ziele und konzeptuelle Ankerpunkte des Kassenshandelns.

Im Rahmen der skizzierten Thematik soll auf empirischer Ebene eine in der bisherigen Projektarbeit empirisch eher vernachlässigte Gruppe von Akteuren verstärkt einbezogen werden: Entscheidungsträger, gesundheitspolitische Programmierer und Konzeptentwickler in Bundes-, Landes- bzw. Spitzenverbänden, in den Zentralen großer überregionaler Kassen (insbesondere VdAK-Kassen), sowie Vorstandsmitglieder und Referenten sehr großer Einzelkassen (insbesondere im Bereich der BKK). Auch wenn gesundheitspolitisch innovative Zielsetzungen und zum Teil sehr kontroverse Positionen zu ärztlichen Standesvertretungen oder "medizinisch-industriellem Komplex" innerhalb der GKV sich mehrten, so ist gleichwohl im Auge zu behalten, daß diese Thematik zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch eine Domäne zentraler Entscheidungsträger in Bundes- und Landesverbänden und in den Führungsetagen sehr großer Einzelkassen ist. Als thematische Felder für die hier durchzuführenden Experten-Interviews sind insbesondere hervorzuheben:

- (a) Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster von GKV-Entscheidungsträgern bezüglich der heutigen gesellschaftlichen und gesundheitspolitischen Rolle der Ärzteschaft und ihrer Standesvertretungen sowie bezüglich aktueller Probleme und zukünftiger Entwicklungstrends der medizinischen Versorgung in unserer Gesellschaft. Zu untersuchen ist hier, inwieweit sich Organisationen der GKV jene Kritik zu eigen machen, die in den letzten Jahren vermehrt gegenüber dem System medizinischer Versorgung artikuliert wurde (ROSENBROCK U.A. 1994, HUBER 1993, DEPPE U.A. 1995, BECK-GERNSHEIM 1995) und die als wesentliche Basis für Reformkonzepte im Gesundheitswesen und Medizinsystem fungiert.
- (b) Einen zweiten Themenkomplex für die empirischen Erhebungen bilden die konkreten Aushandlungsprozesse (und ihnen zugrundeliegende Strategien) im Umgang mit "Leistungs- und Produktanbietern" im Medizinsystem sowie eigenständig konzipierte Modellprojekte und Erprobungsregelungen der Kassen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die vorstehend angesprochenen Sichtweisen, Zielsetzungen und Begründungsmuster sich auch im konkreten Handeln der Kasse niederschlagen oder aber zumindest zu umsetzungsorientierten Strategien und Konzepten entwickelt werden.

- (c) Ein weiterer Themenkomplex ist hier zunächst mit der allgemeinen Frage nach Konzepten zur Entwicklung einer eigenständigen gesundheitspolitischen Rolle der GKV bzw. von Krankenkassen bei der Reform des Medizinsystems im Allgemeinen und bei der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Besonderen benannt. Es geht dabei um Veränderungen des Selbstverständnisses der GKV (bzw. einzelner ihrer Organisationen und Entscheidungsträger), um die Klärung der Frage, in welchem Maße die GKV sich nicht nur als ökonomisch-administrative, sondern auch als norm- und strukturbildende Institution im Gesundheitswesen versteht (vgl. REBSCHER 1994, KÜHN 1995) und darüber hinaus um die Frage nach Elementen und Kriterien einer "Lebenslaufpolitik".

Untersuchungsfeld 2: Erfahrungen und Erwartungen von Versicherten im Hinblick auf die von den Kassen fokussierten Beratungs- und Behandlungsmethoden, subjektive Krankheitskonzepte, standardisierte schriftliche Befragung.

Gegenstand dieses Untersuchungsfeldes sind persönliche Erfahrungen von Versicherten sowie Ansprüche und Erwartungen in Bezug auf jene Felder medizinisch-therapeutischer Hilfe, die in neueren Steuerungskonzepten der Gesetzlichen Krankenversicherung in besonderem Maße in den Vordergrund gestellt werden, d.h. insbesondere und schwerpunktmäßig Behandlungsformen außerhalb der Schulmedizin, ergänzend dazu aber auch "vormedizinische" Aspekte von Information, Beratung und Betreuung.

Konkrete Erkenntnisinteressen sind hier unter anderm: Inwieweit tritt auf der Basis von Patientenerfahrungen im Kontext "alternativer" Medizin ein Effekt von Beschwerdelinderung ein, der aber sehr begrenzter und ephemerer Natur ist? Inwieweit ist - wiederum nach persönlicher Erfahrung von Versicherten und Patienten - der Haus- bzw. Allgemein-Arzt tatsächlich als Institution für mehr "sprechende" Medizin gefragt, d.h. der Kommunikation über persönliche Probleme und Konflikte, oder liegen hier sehr viel pragmatischere Kriterien der Arztwahl vor (räumliche Nähe, Vertrautheit und geringere soziale Distanz, größerer Vertrauensvorschuß in Fragen der Krankmeldung etc.)? In welchem Ausmaß ist die zunehmende Popularität von "alternativer" Medizin begründet in der Therapeuten-Variable, d.h. der spezifischen Form der Arzt-Patienten-Kommunikation und sehr viel weniger der angewendeten Heilmethodik? Welche Kenntnisse

und Interpretationsmuster bestehen im Hinblick auf Symptome und Verlaufsmuster einer chronischen Erkrankung? Welche Differenzen zeigen sich hinsichtlich dieser Wahrnehmungsmuster und persönlichen Erfahrung bei Gesunden und chronisch Erkrankten, zu Beginn einer chronischen Erkrankung und nach Jahren der Gewöhnung? Welchen Dimensionen sind in Laientheorien der Krankheitsverursachung maßgeblich und welchen Stellenwert nehmen hier insbesondere ökologische, psycho-soziale und arbeitsweltbedingte Faktoren ein?

Es ist daran gedacht, hier über Einwohnermeldeämter eine repräsentative Bevölkerungs-Stichprobe zu ziehen, die lediglich eine Einschränkung in Bezug auf das Kriterium Lebensalter enthält und Befragte unter 16 Jahren und über 75 (oder 80) Jahren ausschließt. Wesentlich erscheint eine systematische Differenzierung nach Wohnortgröße (Großstadt, Klein-/Mittelstadt, ländlicher Bereich) und nach Regionen bzw. Bundesländern. Ein Einbezug der "neuen" Bundesländer ist vorgesehen.

Um zu einer hinreichend großen Stichprobe zu gelangen, ist es bei Zugrundelegung einer Rücklaufquote von etwa 40 Prozent (wie in der Versichertenbefragung der letzten Phase erreicht) und einem angestrebten Datensatz von zumindest 2000 Teilnehmern erforderlich, 5000 Fragebogen-Erstversendungen vorzunehmen. Geplant sind zwei Erinnerungsschreiben.

Untersuchungsfeld 3: Gesundheitsbezogene Risiko-Konzepte, Behandlungserfahrungen und biografische Entwürfe chronisch erkrankter Versicherter, die an einem Modellversuch "ganzheitliche und alternative" Medizin teilnehmen (qualitative Interviews)

Geplant ist, etwa 20 problemzentrierte Interviews mit chronisch erkrankten Teilnehmern an einem solchen Modellversuch durchzuführen sowie dieselbe Zahl bei einer gleich großen (im Hinblick auf wesentliche Variablen wie Art der Erkrankung, Alter, Geschlecht, Beruf parallelisierte) Kontrollgruppe von chronisch Erkrankten, die eine Teilnahme abgelehnt haben. Folgende Fragestellungen sind im Rahmen dieser Interviews insbesondere (neben Krankheitsbiografie, der Darstellung und Interpretation der aktuellen Therapie sowie einer arbeits- und familienbiografischen Selbstdeutung) zu thematisieren:

- chronische Erkrankung und biografische Entwürfe: Deutung von Ursachen, antizipierter Krankheitsverlauf und vermutete Konsequenzen für Arbeit, Familie, Selbstkonzept, Selbstverschuldungs-Annahmen (Risikoverhalten), generalisierte Deutungsmuster im Hinblick auf Krankheitsentstehung
- Krankheitsbewältigung: wahrgenommenen Veränderungen des Alltags, der Fremdwahrnehmung, Auswirkungen auf Freizeit- und Alltagsgewohnheiten sowie soziale Aktivitäten, gesundheitliches Risikoverhalten
- Verhältnis zum Medizinsystem und Gesundheitswesen, frühere Versuche medizinischer Kuration, Deutungsmuster der ärztlichen Profession und der "Schulmedizin", Wahrnehmung und Bewertung "alternativer" Therapieformen und des/der Therapeuten, Deutungsmuster für therapeutischen Erfolg (individuelle, ärztlich-professionelle, medikamentöse, kommunikative Aspekte)
- medizinisches und gesundheitsbezogenes Wissen sowie Informationsinteressen, körperliche und ökologische Sensibilisierungsprozesse im Kontext der Erkrankung und der Erfahrung unterschiedlicher Behandlungsformen
- Wahrnehmung der Krankenkasse als Informations-, Beratungs- und Steuerungsinstanz, Bewertung der Kassenkontakte unter dem Blickwinkel von gesundheitsbezogener Pädagogisierung und Bevormundung

Um relevante Veränderungen von Deutungsmustern, Formen der Krankheitsbewältigung, Umakzentuierungen beruflicher und sozialer Perspektiven nicht allein und ausschließlich retrospektiv erheben zu müssen (mit vielfältigen Interpretations-Problemen), ist daran gedacht, nach einem Zeitraum von etwa 1 Jahr nach der Erstbefragung ein zweites Interview bei denselben Teilnehmern zu realisieren. Optimal wäre eine Erstbefragung kurz vor Teilnahme am Modellversuch und eine Zweitbefragung nach dem oben genannten Zeitraum.

3.5.2. Methoden

Instrumente für die beantragte nächste Förderungsphase sind somit

1.) Inhaltsanalysen von Dokumenten: gesundheits- und unternehmenspolitische Diskussionsbeiträge in sozial- und gesundheitspolitischen sowie Verbandszeitschriften, Gutachten und Enquete-Berichte (insbesondere der "Enquêtekommision zur Strukturreform in der GKV") und Stellungnahmen unterschiedlicher Interessengruppierungen dazu, programmatische GKV-Beiträge zu den oben genannten Themenbereichen, Forschungsberichte von GKV-Projekten,

Auswertung von medizinischen und medizinsoziologischen Publikationen etc. mit Hinweisen auf gesundheitspolitische Modernisierungskonzepte in Organisationen der GKV.

2.) ca. 15 jeweils eintägige Expertengespräche mit Vertretern der Bundes- und Spitzenverbände der Krankenversicherungen sowie Zentralen großer Einzelkassen (bei Betriebskrankenkassen und Angestelltenersatzkassen): Thematisierung der oben (3.5.1.2. Untersuchungsfeld 1) ausführlich dargelegten Fragestellungen. Hinzu kommen auf ca 1-2tägige Intensiverhebungen in jener Kasse, bei der auch Versicherte an einem Modellversuch zur "alternativen" Medizin teilnehmen.

3.) Qualitative problemzentrierte Interviews: ca. 20 chronisch erkrankte Teilnehmern an einem Modellversuch zur "alternativen" Medizin, ca. 20 von der Kasse kontaktierte Versicherte, die eine Teilnahme abgelehnt haben. Diese Kontrollgruppe soll im Hinblick auf wesentliche Variablen wie Art der Erkrankung, Alter, Geschlecht, Beruf parallelisiert werden. 2 Interviewzeitpunkte: wenn möglich, kurz vor Beginn des Modellversuchs und nach etwa 1 Jahr, insgesamt also 80 Interviews. Inwieweit es sinnvoll ist, bei dieser Stichprobe entweder nur einen Formenkreis chronischer Erkrankung zu berücksichtigen oder aber dieses Spektrum weiter zu streuen, ist noch nicht abschließend entschieden. Hier wären zuvor jedoch auch die Kriterien der Krankenkasse zur Selektion der Krankheitsart und der Versicherten genauer abzuklären. Aus Datenschutzgründen so erfolgen soll in einem Anschreiben der Kasse das Einverständnis der Versicherten zu einem Interview mit der Projektgruppe eingeholt werden. Hinsichtlich der Auswertung der problemzentrierten Interviews, aber auch der Experten-Interviews ist geplant, in enger Kooperation mit dem Bereich Methoden/EDV des Sfb 186 EDV-gestützte Kodierungs- und Retrieval-Verfahren einzusetzen.

4.) Standardisierte schriftliche Befragung von 5000 Versicherten (Rücklauf-Kalkulation 40 Prozent, Auswertungsstichprobe damit: 2000 Versicherte), repräsentative Bevölkerungsstichprobe im Alter 16-75 Jahre, Gewinnung der Daten über Einwohnermeldeämter von ca. 10-12 deutschen Städten/Gemeinden, Quotierung der Versendungsstichprobe nach repräsentativen Kriterien der Wohnortgröße in Deutschland, regionale Streuung (unterschiedliche Bundesländer

unter Einbezug von nord- und süddeutschen sowie auch ostdeutschen Bundesländern), Versendung von zwei Erinnerungsschreiben.

3.5.3. Arbeits- und Zeitplan

1997	1. Quartal:	Sammlung und Aufarbeitung relevanter wissenschaftlicher und von GKV-Verbänden publizierter Literatur, einschlägiger rechtlichen Regelungen und Gesetzesinitiativen, Dokumente und Statistiken Erarbeitung eines Interviewleitfadens zur Präzisierung und Eingrenzung der Thematik auf Verbandsebene Beginn der Expertengespräche auf Verbandsebene
	2.Quartal	Erarbeitung eines Interviewleitfadens für problemzentrierte Interviews mit Teilnehmern an einem Kassen-Modell-Versuch zur "alternativen" Medizin Fortsetzung der Literatur- und Dokumentenanalyse Fortsetzung der Expertengespräche auf Verbandsebene Kontaktierung in Frage kommender Kassen, Akquisitions- und Expertengespräche
	3.Quartal	Durchführung der ca. 40 problemzentrierten Interviews (Zeitpunkt t1) Intensiverhebungen bei der Modellversuch-Kasse Erarbeitung eines Leitfadens für eine standardisierte postalische Befragung von 5000 Versicherten Organisatorische Vorarbeiten zur Fragebogen-Versendung
	4.Quartal	Fortsetzung: Erarbeitung des Leitfadens für die standardisierte postalische Befragung Versendung von Fragebögen und Erinnerungsschreiben Transskription der problemzentrierten Interviews (t1)
1998	1.Quartal	Beginn: Auswertung der problemzentrierten Interviews (t1) Transskription und Auswertung der Experten-Interviews auf Verbands-Ebene Vercodung der Fragebögen
	2.Quartal	Fortsetzg: Auswertung der problemzentrierten Interviews (t1) Transskription der problemzentrierten Interviews (t2)
	3.Quartal	Durchführung der ca. 40 problemzentrierten Interviews (Zeitpunkt t2) Auswertung der Fragebögen
	4.Quartal	Auswertung der problemzentrierten Interviews (t2)
1998	1.Quartal	Auswertung der problemzentrierten Interviews unter dem Aspekt: Veränderungen zwischen t1 und t2 Beginn der Erarbeitung des Ergebnisberichts (empirische Befunde und theoretische Schlußfolgerungen)
	2.Quartal	Fortsetzung: Erarbeitung des Ergebnisberichts (empirische Befunde und theoretische Schlußfolgerungen)

- | | |
|-----------|---|
| 3.Quartal | Beginn: zusammenfassende Interpretation der Untersuchungsergebnisse aus den einzelnen Projektphasen |
| | Einordnung in den Gesamtzusammenhang des Sfb |
| 4.Quartal | Fortsetzung und Schluß |

3.6. Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Als Spezifikum des Teilprojekts innerhalb des Sonderforschungsbereichs ist hervorzuheben, daß über alle Förderphasen hinweg mit jeweils unterschiedlichem inhaltlichen Fokus die Innen-Perspektive der Institution (Gesetzliche Krankenversicherung) empirisch differenziert beleuchtet wird. Dies umfaßt unterschiedliche Ebenen: (1) Normalitätserwartungen und Interpretationsmuster der Akteure, sowie daraus abgeleitete Handlungsrouitinen und Strategien (2) Dimensionen institutionellen Wandels, konzeptuelle und aktionale Innovationen und Modernisierungsstrategien (z.B. in Reaktion auf gesetzliche Normen oder veränderte Problemlagen), (3) Differenzierungen des Selbstverständnisses und unterschiedlicher Politikmuster.

In theoretischer Perspektive wurde hier zusammen mit dem Teilprojekt D1 die Frage nach dem Innovations-Vermögen und dem Beharrungswillen sozialstaatlicher Institutionen bearbeitet - dies in thematischer Nähe auch zur Diskussion um die Privatisierung des öffentlichen Dienstes mit den Zielsetzungen von Kosteneinsparungen wie größerer "Bürgernähe" gleichermaßen. Die Fragestellung, inwieweit sich die vordem gültige Anbieterdominanz (Ärzte, "medizinisch-industrieller Komplex") perspektivisch zu einer "Administratoren-Dominanz" (der GKV) verändert, hat erhebliche Bedeutung für potentielle Veränderungen der gewachsenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Institutionen und damit auch die Frage der Reformbarrieren innerhalb sozialstaatlicher Mechanismen vorausschauender Risikobewältigung und kompensatorischer (monetärer) Risikoentschädigung.

BECK (1986) hatte einen Funktionsverlust des politischen Systems, einen "Verlust an staatlicher Gestaltungs- und Durchsetzungsmacht" (S.304) erkannt aufgrund der Ausgrenzung insbesondere des technisch-ökonomischen Systems (einschl. der Medizin) aus den Kontroll- und Gestaltungs-Hemisphären des politisch-administrativen Systems. Die im Teilprojekt C1 analysierten gesetzgeberischen

Einflußnahmen auf der einen Seite und ihre Transformation in Interventionsstrategien der GKV auf der anderen Seite werfen nun die Frage auf, inwieweit nicht bereits innerhalb des politisch-administrativen Systems Modernisierungsbarrieren etabliert sind, die nur noch sehr gefilterte, substantiell "ausgedünnte" Innovationsimpulse hervorbringen. Es könnte sein, daß hier ähnliche Strukturelemente und Mechanismen wie im Projekt D1 zutage treten, die eine weitgehend ungebrochene historische Kontinuität und ein Beharren der Unfallversicherungsträger auf tradierten Prozeduren und Interventionsfeldern deutlich machen, und dies trotz eines radikalen Wandels hinsichtlich des Risikospektrums in Arbeitswelt und Freizeit und der veränderten Gegebenheiten zur institutionellen Bearbeitung der Problematik.

Das Projekt hat Verhältnis zwischen Individuum und Institution in in der letzten Projektphase auch im Kontext einer standardisierten Versichertenbefragung näher erhellt. In diesem Kontext deutet sich eine Erosion traditioneller Deutungsmuster an, die sichtbar wird in recht ambivalenten und teilweise widersprüchlichen Normen und Bewertungsschemata. Die in der nächsten Projektphase thematisierten Fragestellungen versprechen, hierüber weiteren Aufschluß zu geben. Dabei wird insbesondere die Frage nach der individuellen Wahrnehmung und Verarbeitung gesundheitlicher Risikolagen im Mittelpunkt stehen. Während in anderen Lebensbereichen (z.B. Schule, Arbeit) und in den Untersuchungsfeldern anderer Teilprojekte (z.B. A1, B1) die Notwendigkeit eines aktiven individuellen Management von Risiken zur erfolgreichen Bewältigung von Statuspassagen zumindest kognitiv durch relativ eindeutige Erfahrungen und Informationen evident scheint, ist die Erfahrungsdimension "Gesundheit-Krankheit" durch erheblich uneindeutige und zum Teil widersprüchliche gesellschaftliche Kennzeichnungen und Definitionen geprägt: Appelle zu gesundheitsbewußtem Verhalten als Hinweise auf individuelle Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten, Informationen über ubiquitäre und unentrinnbare ökologische Krankheitsrisiken im beruflichen und privaten Alltag, teilweise persönliche Erfahrung des Versagens medizinischer Kuration, uneinheitliche Hinweise über die Effizienz einer neuen Form von ("alternativen") Heilmethoden etc.

Überlegungen zur Fortsetzung der Projektarbeit

Das Teilprojekt hat in den ersten beiden Förderphasen sehr stark die institutionelle Perspektive hervorgehoben und bindet individuelle Deutungs- und Verarbeitungsmuster partiell erst in der laufenden, umfassender in der kommenden Phase ein. Für eine fünfte Förderphase erschiene es sinnvoll und erfolgversprechend, diese individuelle Perspektive zu vertiefen. Dies könnte geschehen (methodisch) im Rahmen einer Panel-Konstruktion, die für die vorgesehene standardisierte Befragung und/oder die problemzentrierten Interviews mit chronisch erkrankten Teilnehmern vorzubereiten wäre, (inhaltlich) in einer Vertiefung der Fragestellungen in Bezug auf Erwartungen und Ansprüche an spezifische Institutionen und Regulationsmechanismen im Gesundheitswesen und Krankenversicherungssystem.

3.7.2 Aufgliederung und Begründung der Sächlichen Verwaltungsausgaben (nach Haushaltsjahren)

	1997	1998	1999
Für Sächliche Verwaltungsausgaben - stehen als <u>Grundausstattung</u> voraussichtlich zur Verfügung	4.000	4.000	4.000
- werden als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragt (es entspricht den Summen "Sächliche Verwaltungsausgaben" in Übersicht 3.7)	59.470	21.060	6.400

Grundausstattung

Die Universität Bremen stellt dem Teilprojekt C1 eine hinreichende Ausstattung zur Verfügung. Dazu gehören Räume, einen Teil der benötigten Verbrauchsmittel, Bücher und Zeitschriften, sowie EDV-Netzwerkressourcen.

Ergänzungsausstattung

Verbrauchsmaterial (522)

Der Aufwand für Verbrauchsmaterial umfasst Disketten, Audiokassetten und Bürosachmittel.

(1997) 1.200 DM

(1998) 2.100 DM

(1999) 1.000 DM

Reisemittel (527)

Die beantragten Reisemittel berechnen sich wie folgt für die Jahre des Beantragungszeitraums - unter Ansatz der Kosten für

- DB-Rückfahrkarten (250 km durchschnittliche einfache Entfernung incl. Zuschlägen): ca. 140 DM
- Tagesgeld: 40 DM
- Übernachtung (durchschnittliche reale Hotelkosten): ca 100 DM

Für 1997:

12 Gespräche mit wissenschaftlichen Experten :

DB-Fahrkarten: 12 x 2 Personen x 140 DM:	3.360 DM
Hotelkosten: -	- DM
Tagegelder: 12 x 2 Pers. x 40 DM	<u>960 DM</u>
	4.320 DM

15 Kurzrecherchen bei Kassenbundesverbänden etc, je 2 Mitarbeiter
(=1,5 Tagesreisen):

DB-Fahrkarten: 15 x 2 Pers. x 140 DM:	4.200 DM
Hotellkosten: 15 x 2 Pers. x 100 DM	3.000 DM
Tagegelder: 15 x 1,5 TG x 2 Pers. x 40 DM	<u>1.800 DM</u>
	9.000 DM

Reisekosten 1997: 13.320 DM

Für 1998:

1 x 2 Tage Intensivfallstudien in Kassen mit Modellversuch, je 2 Mitarbeiter:

DB-Fahrkarten: 1 x 2 Pers. x 140 DM	280 DM
Hotelkosten: 1 Übern. x 2 Pers. x 100 DM	200 DM
Tagegelder: 1 x 2 Pers. x 40 DM	<u>80 DM</u>
	560 DM

Reisekosten 1998: 560 DM

Für 1999:

Reisen zum Zwecke des Ergebnisfeedbacks an Kassen bzw. der Diskussion erster Ergebnisse in wissenschaftlicher Öffentlichkeit. 10 eintägige Reisen je 2 Mitarbeiter:

DB-Fahrkarten: 10 x 2 Pers. x 140 DM	2.800 DM
Hotelkosten: -	
Tagegelder: 10 x 2 Pers. x 40 DM	<u>800 DM</u>
	3600 DM

Reisekosten 1999: 3.600 DM

Bücher und Zeitschriften (512):

Dem Projekt steht eine universitäre Grundausrüstung zur Verfügung, die jedoch angesichts der hohen Preise für Fachliteratur nicht ausreichend sein wird.

(jährlich) 600 DM

Druckkosten (531a):

Anfang 1997 ist die Veröffentlichung des Berichts über die derzeitige Phase des Projekts in Buchform geplant. Hierfür werden beantragt:

5000 DM

Vervielfältigungskosten (531 b)

Die Kosten für Vervielfältigungen entstehen durch Kopien von Literatur, Projektpapieren und Interviewtranskripten.

(jährlich) 1.200 DM

Sonstiges (547):

Kosten der postalischen Befragung (1997):

Adressenermittlung bei 10 Einwohnermeldeämtern

(ca. 1DM pro Adresse)

5.000 DM

Druckkosten von 5000 Fragebögen, Anschreiben und Rückumschlag, sowie Kuvertierung

4.500 DM

Portokosten (Infopost) der schriftlichen Erhebung, incl. Erinnerungsschreiben sowie Rückumschläge

Anschreiben (5000 x 0,79 DM) =

3.950 DM

2 Erinnerungsschreiben (2 x 5000 x 0,79 DM) =

7.900 DM

max. ca. 40 % Rücksendungen (2000 x 3,10 DM) =

6.200 DM

Portokosten

18.050 DM

Werkauftrag (1998) für Datenerfassung,

Datenmaske und Grundauszählung

6.000 DM

Kosten der qualitativen Befragung:

Die Pauschale pro Interview von 140 DM ergibt sich aus dem Honorar für das Interview, Reisekosten und Tagegeld.

1. Phase (1997) der 40 problemzentrierten Interviews

- 20 x 2 Interviews pro Tag = (20 x 2) x 50 DM

2.000 DM

- DB-Fahrkarten: 20 x 1 Person x 140 DM

2.800 DM

- Tagegelder: 20 x 1 Person x 40 DM

800 DM

5.600 DM

2. Phase (1998) der 40 problemzentrierten Interviews

- 20 x 2 Interviews pro Tag = (20 x 2) x 50 DM

2.000 DM

- DB-Fahrkarten: 20 x 1 Person x 140 DM	2.800 DM
- Tagegelder: 20 x 1 Person x 40 DM	<u>800 DM</u>
	5600 DM

Transkriptionskosten

Etwa die Hälfte der 80 anfallenden Transkriptionskosten können von den Schreibkräften des Sfb übernommen werden. Für die restlichen 50 % müssen Schreibaufträge vergeben werden. Bei einem durchschnittlichen Umfang von ca. 50 Seiten x 20 Interviews pro Jahr x 5 DM pro Seite fallen an:

1997 = 5.000 DM
1998 = 5.000 DM

3.8 Literatur

- Abholz, H.-H. (1993): Arzt-Konsument-Verhältnis (19): Der gesunde Patient, in: Das Argument, Arzt-Konsumenten-Verhältnisse, Berlin, S. 46-55
- Abholz, H.-H. (1995): Qualitätssicherung im ambulanten Bereich - Zerstörung oder Rettung eines ganzheitlichen Arbeitsansatzes? in: Deppe u.a. (Hrsg.), S. 36-54
- Abholz, H.-H. (1994): Rationalitäten in der Medizin - Falldarstellung am Beispiel des Mammographie-Screenings, in: Das Argument, Rationalitäten der Medizin, Berlin, S. 79-95
- AOK-Bundesverband(1994): AOK-Thesen zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens, Die Ortskrankenkasse 76,
- Aurand, K., Hazard, B., Tretter, F. (1993): Umweltbelastungen und Ängste, Opladen
- Aust, B. (1994): Zufriede Patienten? Eine kritische Diskussion von Zufriedenheitsstudien in der gesundheitlichen Versorgung, WZB-Paper P94-201, Wissenschaftszentrum Berlin
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt/Main
- Beck-Gernsheim, E. (1995) Hrsg.: Welche Gesundheit wollen wir? Frankfurt/Main
- Becker, M.H. (1974) (Ed.): The Health Belief Model and Personal Health Behavior. Thorofare/New Jersey
- Berger, P.A., Sopp, P. (Hrsg.) (1995): Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen
- Bischof, C., Zenz, H. (Hrsg.) (1989): Patientenkonzepte von Körper und Krankheit, Bern, Stuttgart
- BKK (Bundesverband der Betriebskrankenkassen) (1994): Solidarische Gesundheitspolitik im Wettbewerb gestalten, Die Betriebskrankenkasse 82
- Blanz, M.. (1993): Das Placebo-Phänomen aus sozialpsychologischer Perspektive: Zur Rolle von Erwartungen, in: Das Argument, Arzt-Konsumenten-Verhältnisse, Berlin, S. 77-99
- Blaxter, M. (1990): Health and Lifestyles, London, New York
- Brucks, U., von Salisch, E., Wahl, W.B. (1987): Soziale Lage und ärztliche Sprechstunde, Rissen
- Buchmann, M., Karrer, D., Meier, R. (1985): Der Umgang mit Gesundheit und Krankheit im Alltag. Bern, Stuttgart
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.) (1994): Sozialstaat vor dem Umbau, Köln

- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (1992): Dokumentation der abgeschlossenen Studien und Untersuchungen. Köln. März
- Deppe, H.U., Friedrich, H., Müller, R. (Hrsg.) (1995): Qualität und Qualifikation im Gesundheitswesen, Frankfurt/Main
- Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (1994): Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel, Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik, Zur Sache, 4/94, Bonn
- Ehlich, K., Koerfer, A., Redder, A., Weingarten, R. (Hrsg.) (1990): Medizinische und therapeutische Kommunikation, Opladen
- Faltermair, T. (1991): Subjektive Theorien von Gesundheit, in: Flick, U. (Hrsg.), S. 45-58
- Flick, U. (Hrsg.) (1991) Alltagswissen über Gesundheit und Krankheit - Subjektive Theorien und soziale Repräsentationen, Heidelberg
- Franke, H., Buttler, F. (1991): Arbeitswelt 2000, Strukturwandel in Wirtschaft und Beruf, Frankfurt/Main
- Franz-Balsen, A. (1993): Prävention aus journalistischer Sicht - Notwendigkeit oder Tabu, in: Aurand, K. u.a. (Hrsg.) S. 389-395
- Gerhardt, U. (1993): Gesundheit - Ein Alltagsphänomen, Konsequenzen für Theorie und Methodologie von Public Health, WZB-Paper P93-206, Wissenschaftszentrum Berlin
- Gerhardt, U. (1992): Frühberentung und Handlungsrationalität. Zur Statusdynamik der Rehabilitation der Arbeiter nach koronarer Bypassoperation. In: Soziale Welt. 43. Jg., H. 4/1992. S. 422-448
- Gerhardt, U. (1986): Patientenkarrieren, Frankfurt/Main
- Giegel H.J., Frank, G., Billerbeck, U. (1988): Industriearbeit und Selbstbehauptung. Opladen
- Glaeske, G., Pfeiffer, D., Walzik, E. (1994): Kein Wettbewerb um jeden Preis, sondern eine solidarische Wettbewerbsordnung, in: Das Argument, Gesundheitskult und Krankheitswirklichkeit, Berlin, S. 171-188
- Groeben, N., Scheele, B. (1982): Einige Sprachregelungsvorschläge für die Erforschung subjektiver Theorien, in: Dann, H.-D. u.a. (Hrsg.) Analyse und Modifikation subjektiver Theorien von Lehrern, Konstanz, S. 13-39
- Haisch, J., Zeitler, H.P. (Hrsg.) (1991): Gesundheitspsychologie - Zur Sozialpsychologie der Prävention und Krankheitsbewältigung. Heidelberg
- Herzlich, C. (1973): Health and Illness. London/New York
- Herzlich, C. (1991): Soziale Repräsentationen von Gesundheit und Krankheit und ihre Dynamik im sozialen Feld, in: Flick, U. (Hrsg.): Alltagswissen über Gesundheit und Krankheit - Subjektive Theorien und soziale Repräsentationen. Heidelberg. S. 293-304
- Herzlich, C. (1991): Soziale Repräsentationen von Gesundheit und Krankheit und ihre Dynamik im sozialen Feld, in: Flick, U. (Hrsg.): Alltagswissen über Gesundheit und Krankheit - Subjektive Theorien und soziale Repräsentationen. Heidelberg. S. 293-304
- Horn K., Beier, C., Wolf, M. (1983): Krankheit, Konflikt und soziale Kontrolle. Opladen 1983

- Horn, K., Beier, C., Kraft-Stumm, D. (1984): Gesundheitsverhalten und Krankheitsgewinn. Zur Logik von Widerständen gegen gesundheitliche Aufklärung. Opladen
- Huber, E. (1993): Das Pharma-Netz der deutschen Ärzteschaft, in: Das Argument, Die Regulierung der Gesundheit, Berlin, S. 80-93
- Jodelet, D. (1991): Soziale Repräsentationen psychischer Krankheit in einem ländlichen Milieu in Frankreich, in: Flick, U. (Hrsg.), S. 269-292
- Keupp, H., Streich, W. (1995): Lebensqualität und Gesundheit, in: Das Argument, Weltgesundheit, Berlin, S. 184-203
- Kirschner, W., Radoschewski, M., Heydt, K., Kirschner, R., Kunert, M. (1994): Untersuchung zur Umsetzung des § 20 SGB V durch die Krankenkassen, Forschungsbericht für das BMG, Manuskript, Berlin
- Knieps, F. (1994): Kostenbremse oder Strukturreform? - Eine Zwischenbilanz des Gesundheitsstrukturgesetzes vor weiteren Entwicklungsschritten in der Gesetzlichen Krankenversicherung, in: Das Argument, Rationalitäten der Medizin, Berlin, S. 29-44
- Krause-Girth, C. (1992): Die alltägliche Verführung - Zum Einfluß von pharma-Industrie und Patient auf ärztliches Handeln, in: Das Argument, Wer oder was ist "Public Health"?, Berlin, S. 169-186
- Kudera, W. (1995): Lebenslauf, Biographie und Lebensführung, in: Berger/Sopp, S. 85-106
- Kühn, H., Rosenbrock, R. (1994): Präventionspolitik und Gesundheitswissenschaften, Eine Problemskizze, in: Rosenbrock, R. u.a. (Hrsg.), S. 29-53
- Kühn, H. (1994): Wettbewerb im Gesundheitswesen - Zur Rationalität der Reformdebatte, in: Das Argument, Rationalitäten der Medizin, Berlin, S. 7-28
- Kühn, H. (1995): Zwanzig Jahre "Kostenexplosion" - Anmerkungen zur Makroökonomie einer Gesundheitsreform, in: Das Argument, Frauen Gesundheit, Berlin, S. 145-161
- Labisch, A. (1984): Die Wiederaneignung der Gesundheit, in: Argument-Sonderband 113, Zur sozialen Funktion des Gesundheitsbegriffs, Berlin, S. 13-32
- Lange, S., Richter, K., Köbberling, J. (1994): Knochendichtemessung zur Früherkennung einer Osteoporose - Entscheidungshilfe oder Selbstzweck, in: Das Argument, Rationalitäten der Medizin, Berlin, S. 56-78
- Lenhardt, U. (1994): Betriebliche Strategien zur Reduktion von Rückenschmerzen - Aspekte des Interventionswissens und der Interventionspraxis, WZB-Paper P94-206, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin
- Mackenthun, G. (1994): Medien, Medizin und Hysterie - Ein Beitrag zur Medienverdrossenheit, in: Das Argument, Gesundheitskult und Krankheitswirklichkeit, Berlin, S. 54-74
- Marstedt, G., Last, R., Wahl, W.B., Müller, R. (1993): Gesundheit und Lebensqualität, Ergebnisbericht zu einer Untersuchung des Zentrums für Sozialpolitik über Arbeit und Freizeit, Gesundheit und Krankheit im Land Bremen im Auftrag der Angestelltenkammer Bremen, Hrsg.: Angestelltenkammer Bremen, Bremen
- Marstedt, G., Mergner, U., Müller, G. (1993a): Normative Annahmen institutioneller Akteure bei der Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen am Beispiel der medizinischen Rehabilitation. DFG-Arbeits- und Ergebnisbericht, Bremen

- Marstedt, G., Mergner, U., Müller, R. (1993b): Medizinische Rehabilitation innerhalb der GKV: Gesundheitspolitische Zielsetzungen, funktionelles und organisatorisches Selbstverständnis in Krankenkassen. In: Zeitschrift für Sozialreform. H. 4, S. 219-244
- Marstedt, G., Mergner, U., Müller, R. (1992): Normative Annahmen institutioneller Akteure bei der Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen am Beispiel der medizinischen Rehabilitation. Unveröff. Projektzwischenbericht. Bremen
- Marstedt, G., Mergner, U. (1993): Chronische Krankheit und Rehabilitation: Zur institutionellen Regulierung von Statuspassagen. In: Leisering, L., Geissler, B., Mergner, U., Rabe-Kleberg, U.(Hg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Status Passages and the Life Course. Vol. IV. Weinheim
- Marstedt, G., Mergner, U. (1995): Gesundheit als produktives Potential, Edition Sigma, Berlin
- Marstedt, G., Mergner, U. (1996): Gesundheit als Produktivitätspotential: Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung im gesellschaftlichen und betrieblichen Strukturwandel, in: WSI-Mitteilungen, 2/1996
- Marstedt, G., Mergner, U. (1995): Risiko-Management und soziale Bedarfsdeckung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): Entstehung eines neuen "institutionellen Paternalismus"?, in: Sfb-Report, Nr. 3, Bremen
- Marstedt, G. (1993): Chronische Krankheiten und Frühverrentungen werden zunehmen, Ergebnisse einer Umfrage der Angestelltenkammer Bremen, in: Frankfurter Rundschau, 6.8.1993, Seite 10, "Dokumentation"
- Marstedt, G. (1994): Gesundheitsverhalten als Risikomeidung - Postulat und Alltagsrealität. Empirische Befunde zu arbeits- und gesundheitsbezogenen Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern der Bevölkerung, in: Das Argument, Jahrbuch für kritische Medizin, Nr. 23, Berlin
- Marstedt, G. (1996): Plädoyer für eine soziale Gesundheitsberichterstattung, in: impulse, newsletter zur Gesundheitsförderung Nr. 10, Soziale Lage und Gesundheit, I/1996
- Marstedt, G. (1994): Rationalisierung und Gesundheit. WZB-Paper P94-204, Berlin
- Marstedt, G. (1994): Streß und Rationalisierung. Arbeitsbelastungen und Gesundheit, in: WZB-Mitteilungen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Nr.65, September 1994, S. 13-17
- Marstedt, G. (1995): Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberichterstattung. in: Landes-Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. (19): Armuts- und Sozialberichterstattung - Was hat Gesundheit damit zu tun? Tagungsberichte zur Gesundheitsförderung Band 3, Saarbrücken
- Mergner, U., Marstedt, G. (1994): Wo bleibt die Reha-Förderung? in: Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen Niedersachsen-Nord (Hrsg.): Neue Wege in der Rehabilitation, Manusk. der Tagungs-Ref.vom 22.9.1994 in Oldenburg
- Moscovici, S. (1984): The phenomenon of social representations, in: Farr, R.M., Moscovici, S. (Hrsg.) Social representations, Cambridge, S. 3-69
- Müller, R., Marstedt, G., Last, R. (1995): Soziale Gesundheitsberichterstattung und regionale Gesundheitspolitik. Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung der "Öffentlichen Gesundheit". Ergebnisse einer Umfrage. in: Deppe, H.U., Friedrich,

- H., Müller, R. (Hrsg.): Qualität und Qualifikation im Gesundheitswesen. Reihe Medizin und Gesellschaft. Frankfurt/Main
- Oppen, M. (1991): Vom Verwaltungsapparat zum Dienstleistungsunternehmen? Klientenorientierte Gestaltungsvarianten sozialpolitischer Administrationen. Berlin
- Oppen, M. (1991): Vom Verwaltungsapparat zum Dienstleistungsunternehmen? Klientenorientierte Gestaltungsvarianten sozialpolitischer Administrationen. Berlin
- Rosenbrock, R., Kühn, H., Köhler, B.M. (Hrsg.) (1994): Präventionspolitik - gesellschaftliche Strategien der Gesundheitssicherung, Berlin
- Rosenbrock, R. (1994): Die Gesetzliche Krankenversicherung am Scheideweg - Modernisierung oder Entsorgung solidarischer Gesundheitspolitik, in: Das Argument, Gesundheitskult und Krankheitswirklichkeit, Berlin, S. 189-205
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (1989): Qualität, Wirtschaftlichkeit und Perspektiven der Gesundheitsversorgung, Jahresgutachten 1989, Baden-Baden
- Satzer, R., Sturmfels, A. (1994): Gesundheitszirkel und betriebliche Gesundheitsgruppen, Industriegewerkschaft Metall, Vorstand, Frankfurt/Main
- Schäfers, B. (1990): Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland, Stuttgart
- Schmädel, D. (1975): der Arztbesuch als Teilaspekt des Krankheitsverhaltens, in: Ritter-Röhr, D.: Der Arzt, sein Patient und die Gesellschaft, Frankfurt/Main
- Schulte-Sasse, H. (1993): Die Zukunft des Gesundheitswesens und die deutsche Ärzteschaft, in: Das Argument, Gesundheitsmärkte, Berlin, S. 173-181
- Schwartz, F.W., Busse, R. (1994): Fünf Mythen zur Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen, in: Das Argument, Gesundheitskult und Krankheitswirklichkeit, Berlin, S. 149-170
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1994): Datenreport 1994, Bonn
- Stegmüller, K. (1993): "Wählen und Teilen" - Skizzen zu den Konstellationen zwischen Versicherten, Krankenkassen und Leistungsanbietern in der Organisationsreform des GSG, in: Das Argument, Arzt-Konsumenten-Verhältnisse, Berlin, S. 177-191
- Verres, R. (1991): Gesundheitsforschung und Verantwortung. In: Flick, U. (Hg.): Alltagswissen über Gesundheit und Krankheit - Subjektive Theorien und soziale Repräsentationen. Heidelberg. S. 305-317
- Voigt, D. (1978): Gesundheitsverhalten. Stuttgart
- von Ferber, L. (1982): Arbeit und Krankheit aus lebensgeschichtlicher Perspektive. In: Medizin Mensch Gesellschaft, 7
- von Uexküll, T. (1993): Das Placebo-Phänomen, in: Das Argument, Arzt-Konsumenten-Verhältnisse, Berlin, S. 56-76

Teilprojekt C4

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C4

3.11 Thema:

Abstiegskarrieren und Auffangpositionen IV: Erwerbsverläufe und "relative Gesundheit"

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Soziologie des Lebenslaufs, Gesundheitswissenschaften, Rehabilitationswissenschaften, Organisationssoziologie

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Johann Behrens

Universität Bremen, Sfb 186 und Zentrum für Sozialpolitik
und FH Fulda, Fachbereich Gesundheit

28334 Bremen

Tel.: 0421/218-4160

Fax: 0421/218-4153

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

(Ergänzungsausstattung; Beträge in DM 1.000)

(X) Fortsetzungsantrag; das Teilprojekt wird gefördert seit 1.7.1988

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächl. Verwal- tungsausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	751.500	57.600	-	809.100
1994	163.800	19.000	-	182.800
1995	166.200	17.300	-	183.500
1996	174.000	9.300	-	183.300
Zwischen- summe	1.255.500	103.200	-	1.358.700
1997	165.600	24.340	--	189.940
1998	165.600	23.080	--	188.680
1999	165.600	21.730	--	187.330

Inhaltsverzeichnis

3.2	Zusammenfassung
3.3	Stand der Forschung
3.31	Soziale Ungleichheit und Krankheitsfolgen
3.32	Frauengesundheit und Erwerbsverlauf
3.33	Erwerbsverläufe vor der Frühberentung
3.34	Institutionelle Rahmung und organisatorische Steuerung des Rehabilitationsprozesses
3.4	Eigene Vorarbeiten
3.41	Vorarbeiten der Projektmitglieder
3.42	Veröffentlichungsliste
3.43	Andere Vorarbeiten
3.5	Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
3.51	Ziele und Fragestellungen
3.511	Untersuchung individueller Erwerbsverläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen und vor der Frühberentung
3.512	Geschlechtsspezifische Untersuchung individueller Erwerbsverläufe nach Krankheit
3.513	Internationaler Vergleich der Funktionen, Strategien und Handlungsmöglichkeiten von <i>"gatekeepers"</i> bei der Steuerung von Erwerbsverläufen vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen
3.52	Datengrundlagen und Methoden
3.521	Untersuchung individueller Verläufe
3.522	Untersuchung organisatorischer Steuerungen
3.53	Arbeitsprogramm und Zeitplan
3.6	Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms
3.61	Stellenwert und Kooperation im Sonderforschungsbereich
3.62	Überlegungen zur Fortführung der Arbeit
3.7	Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt C4
3.71	Begründung des Personalbedarfs
3.72	Aufgliederung und Begründung der Sächlichen Verwaltungsausgaben
3.8	Literatur

3.2 Zusammenfassung

Im Mittelpunkt des Projekts stehen seit Beginn Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufen, die im Spannungsfeld von individuellen Handlungsstrategien und Ressourcen, betrieblichen und institutionellen Politiken sowie sozialstrukturellen Kontextfaktoren analysiert und interpretiert werden. Das Thema der Antragsphase lautet "Erwerbsverläufe und 'relative Gesundheit'". Mit dem **Konzept der relativen Gesundheit** wird zum Ausdruck gebracht, daß Gesundheit weniger eine körperliche Eigenschaft ist als vielmehr die Übereinstimmung zwischen Anforderungen und Handlungspotentialen. Gefragt wird nach dem Zusammenwirken von Krankheit bzw. Behinderung und sozialen Rahmenbedingungen auf die Teilhabefähigkeit am Erwerbsleben.

Wie bereits in der laufenden Projektphase sollen **individuelle Erwerbsverläufe und organisatorische Steuerungen** getrennt voneinander untersucht werden. In der Antragsphase wird die Perspektive auf individuelle Verläufe dabei durch **neue Daten** (Routinedaten der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse (GEK-Daten)) und eine neue Schwerpunktsetzung (**Rekonstruktion und Vergleich von Verlaufsssequenzen**), die Untersuchung organisatorischer Steuerungen um die Dimension eines **internationalen Vergleichs** ergänzt. Im einzelnen soll das Projekt mit drei Teiluntersuchungen zum Abschluß gebracht werden:

- 1) Anknüpfend an die verlaufsbezogene Auswertung des RehabilitandInnen-Panels in der laufenden Phase und erste Analysen zum Frühberentungsrisiko sollen in der Antragsphase **Erwerbsverläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen und vor der Frühberentung** rekonstruiert und verglichen werden. Für diese Untersuchung steht mit den GEK-Daten eine Datenbasis mit erweitertem Beobachtungszeitraum neu zur Verfügung, die berufs(gruppen)spezifische Analysen besser als die bisherigen erlaubt.
- 2) Mit der **geschlechtsspezifischen Untersuchung individueller Erwerbsverläufe nach Krankheit** soll eine Fragestellung der laufenden Phase inhaltlich und methodisch weiterentwickelt werden. Für diese Teiluntersuchung hat sich die Ergänzung der Datenbasis um das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), in dem auch Phasen ohne Sozialversicherungspflicht abgebildet und Angaben zum familiären Hintergrund sowie subjektive Einschätzungen von Krankheit bzw. Behinderung enthalten sind, als sinnvoll erwiesen.
- 3) Die Untersuchung organisatorischer Steuerungen in der Antragsphase erweitert das RehabilitandInnen-Panel um die Dimension eines **internationalen Vergleichs**. Auf der Grundlage des bereits entwickelten Instruments sog. "*paper patients*" sollen in einer postalischen Befragung ärztlicher "*gatekeepers*" deren Funktionen, Strategien und Handlungsmöglichkeiten bei der Steuerung von Erwerbsverläufen vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen ermittelt werden. Verglichen werden also länderspezifische "*common practice models*". Die - durch Parallelprojekte gewährleistete - internationale Perspektive ist notwendig, um überhaupt eine Varianz institutioneller Regelungen der Sozialversicherungs- und Gesundheitssysteme zu erhalten.

3.3 Stand der Forschung

3.31 Soziale Ungleichheit und Krankheitsfolgen

Empirische und theoretische Arbeiten zu Krankheit und sozialer Ungleichheit befassen sich überwiegend mit der Ungleichverteilung von Krankheit und Tod (z.B. Townsend/Davidson (Ed.) 1982; Mielck (Hrsg.) 1994). Die soziale **Ungleichheit vor Krankheitsfolgen** - in finanzieller, beruflicher und familiärer Hinsicht (siehe Gerhardt 1986) - wird demgegenüber nur selten thematisiert. Die wenigen empirischen Arbeiten, die **erwerbsverlaufsbezogene Krankheitsfolgen** zum Gegenstand haben, konzentrieren sich vor allem auf folgende Bereiche:

- (1) Untersuchungen zum Zusammenhang von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsmobilität bzw. Beschäftigungsrisiken (z.B. Volkholz/Schwarz 1984; Andreß 1996). Zum Arbeitslosigkeitsrisiko hat auch die Projektgruppe zahlreiche Publikationen vorgelegt (Arrow/Behrens 1990; Behrens u.a. 1992a, 1992b; Arrow 1994, 1996; Behrens/Dreyer-Tümmel 1996).
- (2) Sozialmedizinische Studien zu den Folgen beruflich bedingter Erkrankungen, die neben gesundheitlichen auch finanzielle und berufliche Konsequenzen berücksichtigen (z.B. Heinze 1972; Kölmel/Buhr-Riehm 1990).
- (3) Medizinsoziologische Untersuchungen zur Wiedereingliederung ins Erwerbsleben nach Operationen bzw. nach einer Akutphase chronischer Erkrankungen (z.B. Badura u.a. 1987b; Gerhardt u.a. 1993). In diesen Themenbereich fallen auch Teilergebnisse des in der laufenden Projektphase erhobenen RehabilitandInnen-Panels (siehe Behrens u.a. 1995; Schulz u.a. 1995a).
- (4) Analysen zum Frühberentungsrisiko (siehe dazu 3.33).

Diese Studien bleiben allerdings überwiegend auf die Untersuchung einzelner Übergänge, einen Meßzeitpunkt und/oder eng definierte Populationen beschränkt. Verlaufssequenzen während und nach Krankheit - und damit **längerfristige Krankheitsfolgen** - wurden dagegen kaum untersucht. Eine Ausnahme bildet hier Uta Gerhardts Studie zur beruflichen Wiedereingliederung nach koronarer Bypassoperation, in deren Rahmen Verlaufstypen rekonstruiert wurden (z.B. 1992). Ebenso fanden Interpretationen der Untersuchungsergebnisse im Kontext einer dynamisierten Theorie sozialer Ungleichheit (siehe z.B. Berger/Hradil (Hrsg.) 1990; Berger/Sopp (Hrsg.) 1995) i.d.R. nicht statt. Projektergebnisse zum Übergang in Arbeitslosigkeit haben aber gezeigt, daß Krankheit bzw. Arbeitsunfähigkeit nicht für alle Beschäftigten gleichermaßen das Arbeitslosigkeitsrisiko erhöht, sondern im Zusammenspiel von Krankheit und Erwerbsverlauf offenbar bestehende Un-

gleichheitsstrukturen reproduziert werden (siehe Behrens u.a. 1992a, 1993; Behrens/Dreyer-Tümmel 1996; Arrow 1994, 1996).

In der Antragsphase soll die Krankheitsfolgenforschung des Projekts weiter in den **Kontext einer dynamisierten Soziologie sozialer Ungleichheit** eingebettet und damit an einem Gegenstand, der bisher nicht im Zentrum dieser Diskussion stand, ein Beitrag zur Debatte um die Verzeitlichung sozialer Ungleichheit geleistet werden. Konzeptionell wird auf das Konzept "**relativer Gesundheit**" Bezug genommen, das zum Ausdruck bringt, daß die Teilhabefähigkeit am Erwerbsleben nicht allein durch das individuelle körperliche Handlungspotential, sondern auch durch die - ungleich verteilten - sozialen Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit mit bestimmt wird (siehe 3.51 sowie Behrens u.a. 1993, S.209ff; Behrens 1994a, S.112f.). Methodisch entspricht diesem Ansatz die **Verknüpfung von Verlaufsuntersuchung und gruppenspezifischer Analyse** (siehe 3.521). Da die Ergebnisse der Projekte A1, B1 und C4 übereinstimmend vermuten lassen, daß sich neben "*gender*" (siehe dazu 3.32) angebbare Berufe als Ressourcen im Lebensverlauf erweisen, mit denen bestimmte Verlaufsmuster verknüpft sind, sollen in der Antragsphase berufs- und geschlechtsspezifische Verlaufssequenzen während und nach Krankheit rekonstruiert und verglichen werden (siehe 3.511, 3.512).

3.32 Frauengesundheit und Erwerbsverlauf

In der Vergangenheit haben Analysen Unterschiede in Hinblick auf einen höheren Krankenstand erwerbstätiger Frauen im Vergleich zu Männern gezeigt (z.B. Grunow-Lutter 1984). Die SOEP-Analysen der laufenden Phase zu begrenzten Tätigkeitsdauern (Koppelin 1995; Koppelin u.a. 1995) zeigen in Übereinstimmung mit anderen Forschungsergebnissen (Bürkardt/Oppen 1984; Zoike 1991), daß erwerbstätige Frauen keine höheren oder längeren Arbeitsunfähigkeitsraten haben als erwerbstätige Männer.

Positive (Multiple-Rollen-Hypothese: z.B. Verbrugge 1983) als auch negative Effekte (Doppelbelastungshypothese: z.B. Holahan/Gilbert 1979) der Erwerbsarbeit auf die Gesundheit von Frauen werden - im Kontext einer Krankheitsursachenforschung - postuliert. Neben Faktoren, die das Wohlbefinden/die Gesundheit von erwerbstätigen Frauen mit beeinflussen, wie z.B. Familienstand, Sozialstatus (Maschewsky-Schneider u.a. 1991), Berufsgruppe und Branche (Bartholomeyczik (Hrsg.) 1988; Ellwanger u.a. 1988), wird jüngst auch die Übereinstimmung zwischen Rollenidealen und Rollenwirklichkeit (*'role-fit'*) von Frauen im Zusammen-

hang zwischen Gesundheit und Erwerbsstatus als moderierende Variable diskutiert (Sieverding 1995, S.9). Dies schließt unmittelbar an das Streß-Coping-Konzept von Lazarus (Lazarus 1981; Lazarus/Folkman 1984) an, das die Bedeutung des **subjektiven Wohlbefindens** für die Entstehung gesundheitlicher Störungen in Zusammenhang mit der Verarbeitung objektiver situativer Rahmenbedingungen betont.

Unterschiede bezogen auf die Teilhabe am Erwerbsleben (vgl. Krüger 1995; Resch/Rummel 1993) als auch unterschiedliche Lebenslaufmuster und Rahmenbedingungen von Frauen und Männern (siehe Krüger 1995; Berger/Hradil (Hrsg.) 1990; Tölke 1989) erschweren den direkten Vergleich ihrer gesundheitlichen Situation. Die sozialwissenschaftliche Frauenforschung greift "**gender**" als historisch geformte Strukturkategorie auf, in der sich die soziale Dimension der Geschlechterdifferenz bzw. die Ungleichheit "in allen gesellschaftlichen Bereichen" widerspiegelt (Gerhard 1993, S.19). Bezugnehmend auf diesen Ansatz, wird die Relativität von Gesundheit im Erwerbsverlauf besonders deutlich (vgl. Russo (Ed.) 1987; Koppelin/Maschewsky-Schneider 1994).

Geschlechtsunterschiedliche Krankheitsfolgen im Erwerbsverlauf wurden bisher kaum untersucht (DFG (Hrsg.) 1994, S.234ff.; Ellwanger u.a. 1988; Zoike 1991). In der Antragsphase sollen sie analysiert und im Kontext relativer Gesundheit die **Ungleichverteilung der Rahmenbedingungen** zwischen den Geschlechtern thematisiert werden.

3.33 Erwerbsverläufe vor der Frühberentung

Empirische Beiträge zum Frühberentungsgeschehen befassen sich mit der Erklärung des zunehmenden Trends zur Frühberentung einschließlich des sinkenden Frühberentungsalters und mit der Ermittlung von Ursachen bzw. Determinanten der Frühberentung. Die lange Liste der diskutierten und in zahlreichen Studien untersuchten Einflußfaktoren reicht von gesundheitsbezogenen Variablen (z.B. Schuntermann 1987; Biefang u.a. 1990) über arbeitsweltbezogene Faktoren (z.B. Pallenberg 1992; Voges 1994) und persönliche Lebensumstände (z.B. Institut für empirische Soziologie 1984) bis hin zu (sozial-)politischen, betrieblichen und individuellen Strategien und Rationalitätskalkülen (z.B. Gerhardt 1992; Voges 1994; Behrend (Hrsg.) 1994). Auch die Projektgruppe hat zu dieser Thematik einige

Beiträge geleistet (Behrens/Voges 1990; Behrens/Dreyer-Tümmel 1994; Behrens 1994a).

Bei diesen Studien ist allerdings eine **Querschnittorientierung vorherrschend**. Die Veränderung sozialer Positionen im Zeitverlauf bleibt i.d.R. unberücksichtigt. In den Untersuchungen der Projektgruppe (Behrens/Voges 1990; Behrens/Dreyer-Tümmel 1994) hat sich jedoch angedeutet, daß die letzten Jahre vor der Frühberentung vielfach nicht nur durch häufige und lange Arbeitsunfähigkeit, sondern z.B. auch durch Arbeitslosigkeiten oder den Wechsel in sog. "Endberufe" gekennzeichnet sind (siehe auch Volkholz/Schwarz 1984; Institut für empirische Soziologie 1984; Voges 1994). Beschränken sich Auswertungen ohne die Berücksichtigung von Verweildauern auf den letzten Status vor der Berentung, können Fehlinterpretationen die Folge sein. Durch die **Vernachlässigung von Verläufen vor der Frühberentung** geraten darüber hinaus das Wechselspiel zwischen Krankheits- und Erwerbsverlauf, Risikokumulationen, Ausgliederungsprozesse und Abstiegskarrieren - kurz: die Dynamik der Statuspassage - aus dem Blick.

Studien, die Verläufe vor der Frühberentung in Ansätzen berücksichtigen, wurden über die Projektgruppe hinaus in jüngster Zeit von Wolfgang Voges (1994) sowie Claudia Pallenberg und Werner Müller-Fahrnow (1994; Pallenberg 1992) vorgelegt. Voges mußte seine Analysen mit Daten der AOK "Küstenstadt" aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums allerdings auf die 24-monatige Spätphase vor der Berentung beschränken. Ferner gehen Verlaufsaspekte nur über die Aufsummierung von Häufigkeiten und Dauern in seine Auswertungen ein. Pallenberg und Müller-Fahrnow werten Daten aus Aktenmaterial der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) aus, mit denen für einen 10-Jahres-Zeitraum vor der Berentung "erstmalig Variablen zur Berufs- und Beschäftigungsanamnese sowie zur Entgeltentwicklung ... erhoben" wurden (1994, S.78). Im Gegensatz zu Krankenkassendaten (GKV-Daten) sind in den BfA-Daten allerdings keine Krankheitsverläufe abgebildet. Mit den im Rahmen von Teiluntersuchung 1 in der Antragsphase geplanten Analysen - der Rekonstruktion von **Verlaufssequenzen** vor der Frühberentung unter Einbezug von **Erwerbs- und Krankheitsverläufen** (siehe 3.511) - kann somit eine Forschungslücke geschlossen werden.

3.34 Institutionelle Rahmung und organisatorische Steuerung des Rehabilitationsprozesses

In epidemiologischen Studien über die Rückkehr in den Beruf finden sich bei PatientInnenbefragungen immer wieder massive Hinweise auf ÄrztInnen als *"gatekeeper"* oder PassagenhelferInnen (zum Konzept der *"gatekeeper"* vgl. Behrens/-Rabe-Kleberg 1992): Die Oldenburger Longitudinalstudie fand 25% der Erstinfarktpatienten, die angaben, sie hätten sich durch die ärztliche Beratung zur Berentung umstimmen lassen (siehe Badura 1988). Ähnlich starke Einflüsse der Beratung zeigen nach PatientInnenbefragungen die Studien von Almeida u.a. (1983) und Loose u.a. (1982). In unserer eigenen Untersuchung der laufenden Phase, die sich auf den Verlauf der beruflichen Wiedereingliederung von RehabilitandInnen einer Station in einer Reha-Klinik bezog, haben wir deshalb auch ÄrztInnen in ihrer Funktion als *"gatekeeper"* untersucht (siehe Behrens u.a. 1995). Es zeigte sich, daß den betreuenden ÄrztInnen bei 20% der PatientInnen ein Tätigkeitswechsel angeraten schien, aber nicht angeraten wurde, da er ihnen sozialpolitisch zu wenig unterstützt oder auf dem Arbeitsmarkt chancenlos zu sein schien. Es gab also starke Hinweise auf eine Art prästabilisierter Harmonie zwischen sozialpolitisch Möglichem und ärztlich Empfehlenswertem, allerdings durch die Anpassung des Bedarfs an die Leistungen.

ÄrztInnen treffen ihre Entscheidungen vor der Folie der Rezeptionen von **Wirkungen und Wechselwirkungen** der weiteren in den Rehabilitationsprozeß involvierten **individuellen und institutionellen AkteurInnen**. Derartige nationalstaatlich vereinheitlichte Institutionen werden aber erst im internationalen Vergleich untersuchbar: Die geplante **international vergleichende** Analyse erhebt Funktionen, Strategien und Handlungsweisen ärztlicher *"gatekeepers"*, indem Reha-Verläufe in Form von *"paper patients"* gesetzt und daran die institutionellen Strategien rekonstruiert werden. Hierzu ist die Rekonstruktion alltäglicher Entscheidungen (Elster 1992), nicht eine einfache Darstellung gesetzlicher Regelungen und Einrichtungen erkenntnisfördernd (vgl. z.B. Prins u.a. 1992).

Außerdem erlaubt diese Untersuchungsstrategie, ein anderes zentrales Konzept des Sfb weiter zu klären: Die Konstitution der von der Sozialpolitik selbsterzeugten *"Risiken zweiter Ordnung"* (vgl. Leisering 1992; detaillierter: Leisering/Voges 1992) ist in der Rehabilitationsforschung als Risiko mangelnder Abstimmung

zwischen den sozialpolitischen Trägern Krankenversicherung, Rentenversicherung, Kliniken thematisiert worden (vgl. Jahn 1992; Badura u.a. 1987a), wodurch die sozialpolitische Rahmung von Risiken des Erwerbslebens selbst wieder zum Risiko wird (vgl. Behrens 1994a).

3.4 Eigene Vorarbeiten

3.41 Vorarbeiten der Projektmitglieder

Prof. Dr. Johann Behrens, Leiter des Projekts seit 1988, hat soziologische und sozialökonomische Studien zur betrieblichen und sozialstaatlichen Rahmung und Steuerung krankheitsbedingter Krisen des Erwerbsverlaufs veröffentlicht (Behrens 1990; 1992; 1993d; 1994a; 1994b; Behrens/Rabe-Kleberg 1992, (erscheint) 1996; Behrens/Voges (Hrsg.) 1996; Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, 1995). Die Organisation des geplanten internationalen Vergleichs als Methode der Untersuchung sonst nicht vergleichbarer Institutionen konnte er als *Executive Board Member* des wissenschaftlichen Committees "*Evaluation Research*" der ICOH weitgehend vorbereiten (vgl. Plomp u.a. (erscheint) 1996; Behrens u.a. (erscheint) 1996).

Dipl.-Soz. Anne Dreyer-Tümmel, mit einer Unterbrechung seit 1.4.1992 im Projekt, hat sich mit der Ermittlung von Indikatoren der Rehabilitationsbedürftigkeit aus GKV-Daten beschäftigt (Behrens/Dreyer-Tümmel 1994, 1995; Dreyer-Tümmel/Behrens 1994) und in diesem Zusammenhang Analysen zu erwerbsverlaufs- und krankheitsbezogenen Merkmalen von FrührentnerInnen sowie zur rehabilitativen Versorgung vor der Frühberentung durchgeführt. Im Projekt C4 liegen ihre Arbeitsschwerpunkte darüber hinaus in der Aufbereitung von GKV-Daten (Manuskripte: Dreyer-Tümmel u.a. 1996; Schulz u.a. 1995b) und in der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Arbeitsunfähigkeit und Statuspassagen im Erwerbsverlauf (Behrens u.a. 1992b; Behrens/Dreyer-Tümmel 1996).

Dipl.-SozWiss. Frauke Koppelin, seit 1.1.1995 im Projekt, verfolgt neben den Arbeitsschwerpunkten innerhalb des Sfb weitere Forschungsaktivitäten wie z.B. Ehepartnerpflege im Alter (Koppelin u.a. 1993; Koppelin/Rohde 1994; Fischer u.a. 1995) und Frauengesundheitsforschung in den Gesundheitswissenschaften/Public Health (Koppelin/Maschewsky-Schneider 1994; Helfferich/Koppelin 1995). Im Projekt C4 hat sie auf der Grundlage des SOEP geschlechtsspezifische Verlaufs-

analysen zu begrenzten Tätigkeitsdauern als Folgen gesundheitlicher Beeinträchtigungen (Kongreßbeiträge: Koppelin 1995, 1996) durchgeführt.

Dipl.-SozWiss. Detlef Schulz, seit 1.4.1992 im Projekt, hat die Ungleichverteilung sozialer Unterstützung bei Krisen im Erwerbsverlauf (Manuskript: Schulz 1996), berufsspezifisch begrenzte Tätigkeitsdauern und die institutionelle Steuerung von Erwerbsverläufen nach Rehabilitationsmaßnahmen untersucht (Schulz u.a. 1995a; Behrens u.a. 1995). Neben seinen Projektaktivitäten hat er eine belastungsbezogene Berufsklassifikation erstellt (Schulz u.a. 1994) und arbeitet mit in einem Projekt zur Identifizierung von beruflichen Belastungen in den kommunalen Krankenhäusern Bremens mittels Krankenkassendatenanalysen.

3.42 Veröffentlichungsliste (soweit nicht unter 3.41 genannt)

weitere begutachtete Publikationen

Arrow 1994, (erscheint) 1996; Behrens 1993a, 1993c, (erscheint) 1996a; Behrens/Voges 1990; Behrens u.a. 1992a, 1993; Behrens/Westerholm (Ed.) (erscheint) 1996; Behrens u.a. (Hrsg.) (erscheint) 1996; Heinz/Behrens 1991

weitere Kongreßbeiträge und "graue Literatur"

Arrow/Behrens 1990; Behrens 1993b, 1995a, 1995b, 1995c, 1995d, 1995e, 1996b

3.43 Andere Vorarbeiten

Der Zugang zu einer den Zeitraum von 1989 bis 1995 abbildenden 10%-Stichprobe aus den Versicherten- und Leistungsdaten der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse (GEK) konnte gesichert werden. Mit der Datenaufbereitung soll noch in der laufenden Projektphase begonnen werden.

Über die ICOH konnte eine Kooperation mit Dr. Nico Plomp (Niederlande), Dr. Ewa Menckel (Schweden) und Prof. Jean F. Gaillard (Frankreich) vereinbart werden. Die für den internationalen Vergleich notwendigen Parallelprojekte sind in den genannten Staaten bereits in die Wege geleitet worden. Für die Entwicklung idealtypischer Fallbeispiele - sog. "*paper patients*" - wurden bereits Vorarbeiten geleistet.

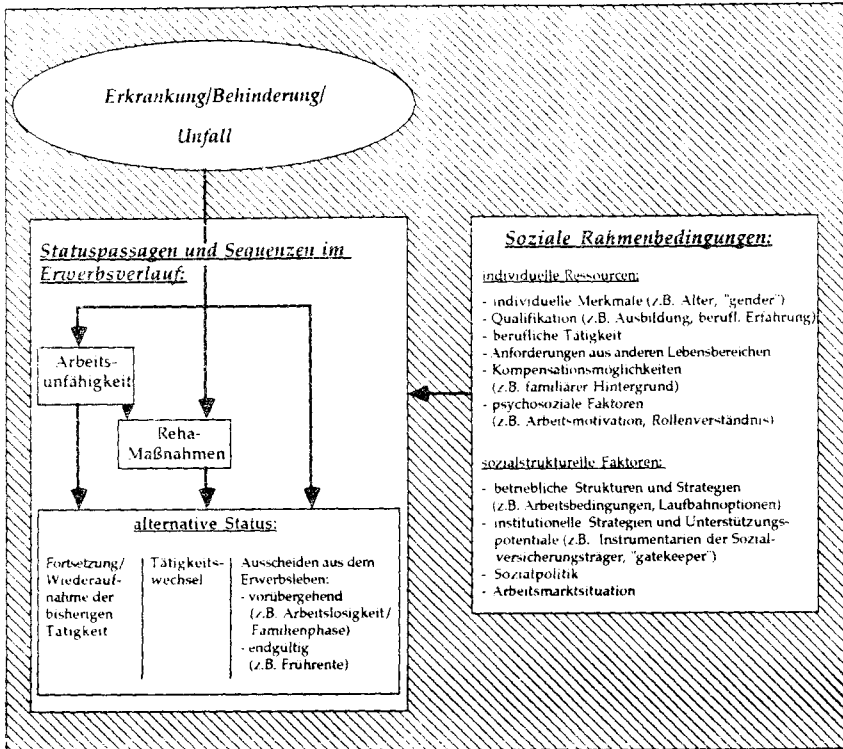
3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

3.51 Ziele und Fragestellungen

Die allgemeine Zielsetzung des Projekts besteht darin, **Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufen** durch die Einbeziehung von betrieblichen, institutionellen und sozialstrukturellen Kontextfaktoren sowie individuellen Ressourcen in ihrer Bedingtheit zu analysieren. Dieses Ziel wird aus zwei Blickrichtungen verfolgt: Mit der Untersuchung institutioneller Rahmungen und organisatorischer Steuerungen werden sozialpolitische und betriebliche Strategien in ihrem (Zusammen-)Wirken auf individuelle Verläufe bei Krankheit und begrenzter Tätigkeitsdauer erfaßt. Bei der Analyse individueller Verläufe werden dagegen die "Resultate" des Zusammenwirkens von institutionellen, betrieblichen und individuellen Akteuren betrachtet.

Das Thema der Antragsphase lautet "Erwerbsverläufe und 'relative Gesundheit'". Damit wird das Konzept der **begrenzten Tätigkeitsdauer** in einen weiteren Rahmen gestellt: Neben Arbeitsplätzen, die von der Mehrzahl der InhaberInnen aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nur für eine begrenzte Dauer eingenommen werden können, geraten mit dem Konzept der "**relativen Gesundheit**" auch andere Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit (einschließlich ihrer Veränderbarkeit) sowie Erwerbsverläufe und verlaufsbezogene Krankheitsfolgen stärker in den Blick. Es bringt zum Ausdruck, daß es sich bei Gesundheit und Krankheit weniger um körperliche Eigenschaften von Individuen als vielmehr um die Übereinstimmung bzw. Nicht-Übereinstimmung zwischen Anforderungen und körperlichen Handlungspotentialen handelt. **Krankheitsfolgen** im Erwerbsverlauf (siehe dazu Abb.1, linke Seite) werden dementsprechend in vielen Fällen nicht allein durch "*diseases*" und "*impairments*" (siehe WHO 1980), sondern auch durch die je konkreten **sozialen Rahmenbedingungen** mit bestimmt. Zu diesen Rahmenbedingungen, die im Zusammenwirken mit dem individuellen körperlichen Handlungspotential unmittelbar oder vermittelt über das - verstärkend oder kompensierend wirkende - subjektive Wohlbefinden für Art und Umfang der Teilhabefähigkeit von Individuen am Erwerbsleben mit entscheidend sind, gehören (sozial-)strukturelle Kontextfaktoren sowie individuelle Ressourcen einschließlich psychosozialer Faktoren (siehe Abb.1, rechte Seite).

Abbildung 1: Erwerbsverläufe und "relative Gesundheit"



Das Konzept der "relativen Gesundheit" ist besonders geeignet, um die Analyse der Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufen mit der aktuellen soziologischen Debatte um die **Verzeitlichung sozialer Ungleichheit** (z.B. Berger/Sopp (Hrsg.) 1995; Behrens u.a. 1993) zu verbinden. Einerseits sind **Erkrankungen** nämlich als **Ereignisse** zu betrachten, die - wenn ihre sozialpolitische Überbrückung nicht gelingt - in ihren Folgen für den Erwerbsverlauf ungleichheitsrelevant sein können. Andererseits folgen sowohl die Verteilung von Krankheit (siehe z.B. Townsend/Davidson (Ed.) 1982; Mielck (Hrsg.) 1994) als auch die Verteilung sozialer Rahmenbedingungen, die die Folgen körperlicher Beeinträchtigungen für die Teilhabefähigkeit am Erwerbsleben mit bestimmen, "klassischen" Dimensionen und Determinanten sozialer Ungleichheit

(wie z.B. Einkommen, berufliche Stellung, Nation). Wir erwarten daher in Übereinstimmung mit unseren bereits vorliegenden, auf das Arbeitslosigkeitsrisiko bezogenen Ergebnissen (siehe dazu 3.31), daß krisenhafte Krankheitsfolgen vornehmlich bestimmte Benachteiligtengruppen treffen und somit bestehende - vertikale wie horizontale - **Ungleichheitsstrukturen vor Krankheitsfolgen reproduziert** werden. Da diese Krankheitsfolgen ihrerseits wiederum ungleichheitsrelevante Ereignisse sein können, erwarten wir darüber hinaus, daß **Risiken** im individuellen Erwerbsverlauf **kumulieren** und krankheitsbezogene Disparitäten häufig in einer **Labilisierungsspirale** verschärft werden.

Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufen sind adäquat demnach nur aus einer **Längsschnittperspektive** zu analysieren. In der Antragsphase wird sich das Projekt dabei auf solche Statuspassagen und Sequenzen in den Erwerbsverläufen von ArbeitnehmerInnen konzentrieren, an denen die Relativität von Gesundheit besonders augenscheinlich wird. Als potentielle Determinanten sozialer Ungleichheit sollen vornehmlich Geschlecht und Beruf berücksichtigt werden. Die drei Teiluntersuchungen, mit denen das Forschungsprogramm des Projekts zum Abschluß gebracht werden soll, sind:

- 1) Untersuchung individueller Erwerbsverläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen und vor der Frühberentung
- 2) Geschlechtsspezifische Untersuchung individueller Erwerbsverläufe nach Krankheit
- 3) Internationaler Vergleich der Funktionen, Strategien und Handlungsmöglichkeiten von "gatekeepers" bei der Steuerung von Erwerbsverläufen vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen.

Abschließend sollen darüber hinaus wesentliche Ergebnisse aus allen Projektphasen in einer Monographie zusammengefaßt werden.

3.511 Untersuchung individueller Erwerbsverläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen und vor der Frühberentung

Bisher war die Analyse individueller Verläufe vornehmlich auf Statuspassagen in die Arbeitslosigkeit und die Begrenztheit von Tätigkeitsdauern gerichtet. In der abschließenden Projektphase sollen mit **Erwerbsverläufen vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen** und **Erwerbsverläufen vor der Frühberentung** nunmehr Verlaufssequenzen untersucht werden, die - für größere

Fallzahlen - bisher nicht im Zentrum der Analysen standen, an denen die Relativität von Gesundheit aber besonders augenscheinlich wird: Im Anschluß an Rehabilitationsmaßnahmen stellt sich die Frage, ob die bisherige Tätigkeit mit ihrem Anforderungs- und Belastungsprofil wieder aufgenommen oder ob ein Wechsel auf einen gesundheitsgerecht(er)en Arbeitsplatz realisiert werden kann (siehe Abb.1, linke Seite). Dafür sind neben Art und Schwere der körperlichen Beeinträchtigung die sozialen Rahmenbedingungen (siehe Abb.1, rechte Seite) mit entscheidend. Ist eine berufliche Wiedereingliederung auf einen gesundheitsgerechten Arbeitsplatz nicht möglich, ist die weitere (dauerhafte) Teilhabe am Erwerbsleben gefährdet, Statuspassagen in die Frührente, denen in vielen Fällen offenbar eine Abstiegs-karriere vorangeht, sind eine häufige Folge.

Zu untersuchen sind insbesondere folgende Fragestellungen:

- a) Wie sehen Arbeitsunfähigkeits- und Erwerbsverläufe von ArbeitnehmerInnen vor und im Anschluß an medizinische Reha-Maßnahmen aus?
- b) Unter welchen gesundheitlichen und sozialen Rahmenbedingungen gelingt die berufliche Wiedereingliederung im Anschluß an eine Reha-Maßnahme?
- c) Unter welchen Bedingungen folgt auf eine medizinische Reha-Maßnahme eine Frühberentung mit oder ohne vorhergehende Abstiegskarriere?
- d) Wie verlaufen Ausgliederungsprozesse gesundheitlich beeinträchtigter ArbeitnehmerInnen und damit Statuspassagen in die Frühberentung?
- e) Welche Schlüsse lassen sich aus den beobachtbaren Verläufen für die Erklärung des Frühberentungsgeschehens ziehen?
- f) Unter welchen Bedingungen haben FrührentnerInnen in den letzten Jahren vor der Berentung (nicht) an einer Reha-Maßnahme teilgenommen?

Bei den geplanten Analysen kann auf eine Reihe eigener Vorarbeiten zurückgegriffen werden: So hat sich im Rahmen des RehabilitandInnen-Panels in der laufenden Projektphase angedeutet, daß die Realisierbarkeit von Tätigkeitswechseln im Anschluß an medizinische Rehabilitationsmaßnahmen mit individuellen Ressourcen und betrieblichen Strukturen und Strategien zusammenhängt. In Untersuchungen auf der Grundlage von Daten der AOK "Küstenstadt" und der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP-Studie) hat sich gezeigt, daß die Spätphase von Erwerbskarrieren vor (gesundheitlich bedingten) Frühberentungen häufig durch Arbeitslosigkeitsepisoden und Labilisierungsprozesse gekennzeichnet

net ist. Darüber hinaus wurden Hinweise auf eine rehabilitative Unterversorgung im 2-jährigen Zeitraum vor der Frühberentung gefunden.

Allerdings blieben die bisherigen Auswertungen zu Verlaufssequenzen nach Reha-Maßnahmen auf eine kleine Fallzahl und einen Beobachtungszeitraum von 2 Jahren beschränkt. In die Analysen zur Frühberentung konnten nur Ereignisse aus der letzten Phase des Erwerbslebens (Datensatz AOK "Küstenstadt") oder die letzten Berufe (DHP-Studie) einbezogen werden. Darüber hinaus waren berufs-(gruppen)bezogene Auswertungen aufgrund zu geringer Zellenbesetzungen nur mit erheblich eingeschränkter Aussagekraft möglich. Die sich in den Vorarbeiten andeutenden Befunde sollen daher in der abschließenden Projektphase auf der Grundlage der neu verfügbaren GEK-Daten (siehe dazu 3.521) überprüft und erweitert werden. Methodisch soll der Schwerpunkt anders als in den bisherigen Phasen auf die **Rekonstruktion** und **Deskription** sowie den **Vergleich von Verlaufssequenzen** gelegt werden (siehe dazu 3.521).

Mit den geplanten Untersuchungen kann am Beispiel von Krankheitsfolgen ein Beitrag zur soziologischen Debatte um die Verzeitlichung sozialer Ungleichheit und die Reproduktion bestehender Ungleichheitsstrukturen im Lebensverlauf geleistet werden (siehe 3.51). Ihre sozialpolitische Relevanz besteht in ihrem Beitrag zur Erklärung des Frühberentungsgeschehens und zur prozeßbezogenen und gruppenspezifischen Ermittlung krisenverschärfender sowie abstiegsvermeidender sozialer Rahmenbedingungen.

3.512 Geschlechtsspezifische Untersuchung individueller Erwerbsverläufe nach Krankheit

In der laufenden Phase waren geschlechtsspezifische Analysen auf die Betrachtung gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauern im Erwerbsverlauf gerichtet: Potentielle geschlechtsunterschiedliche Krankheitsfolgen im Erwerbsverlauf wurden thematisiert. Hierfür wurden die Daten des SOEP nach Differenzen der gesundheitlichen Situation zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern untersucht. Es konnte gezeigt werden, daß für die gesundheitliche Situation keine Unterschiede vorhanden sind (siehe auch 3.32). Daran anschließende Untersuchungen zeigten im Geschlechtervergleich dann aber **unterschiedliche Krankheitsfolgen im Erwerbsverlauf**: Bei Erwerbspersonen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen

haben Frauen häufiger eine Statuspassage in Nicht-Erwerbstätigkeit als Männer. Es deutete sich an, daß neben der Geschlechts-, Alters- und Berufsgruppenzugehörigkeit weitere geschlechtsunterschiedliche moderierende Faktoren (z.B. Anforderungs- und Kompensationsmuster der Frauen durch Haushalt und Familie) auf den Erwerbsverlauf nach Krankheit einwirken.

Diese Ergebnisse bestätigen die Schwerpunktsetzung der laufenden Phase, **Geschlecht als Strukturkategorie** mehr in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken und Rahmenbedingungen und Ressourcen als geschlechtsabhängige Variablen in den Analysen zu berücksichtigen. Das Ziel der Antragsphase ist es nunmehr, den Forschungsansatz der laufenden Phase **methodisch und inhaltlich weiterzuentwickeln**. Die nach Geschlechtern getrennten Auswertungen des SOEP sollen zum Abschluß gebracht werden: Die Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen von Frauen und Männern und der Kontinuität bzw. Diskontinuität weiblicher und männlicher Erwerbsverläufe nach Krankheit sollen dabei wesentlich stärker als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Diese abschließenden Untersuchungen sollen dazu beitragen, die empirische **Vielfalt individueller Erwerbsverlaufsmuster und Verlaufssequenzen nach Krankheit** unter Einbeziehung der sozialstrukturellen Rahmenbedingungen und individuellen Ressourcen abzubilden. In der Antragsphase bildet jedoch die **Rekonstruktion und Deskription weiblicher Verläufe** einen neuen eigenen Schwerpunkt. Diese geplanten Verlaufsbetrachtungen sollen besonders **Disparitäten innerhalb weiblicher Erwerbsverläufe** am Beispiel **berufsgruppenspezifischer** Verlaufsanalysen thematisieren.

Für die Analyse der Krankheitsfolgen im weiblichen Erwerbsverlauf im Kontext der "Relativität von Gesundheit" sollen nicht nur Krankheit bzw. Behinderung im engeren medizinischen Sinne thematisiert werden (vgl. 3.51). Vielmehr werden jene sozialen Rahmenbedingungen und Handlungspotentiale in den Vordergrund gerückt, die im Wechselspiel mit dem subjektiven **Wohlbefinden und Rollenverständnis** Art und Umfang der Teilhabefähigkeit von Frauen am Erwerbsleben mit beeinflussen (vgl. 3.32). Theoretisch und methodisch wird Bezug auf die Frauengesundheitsforschung und auf die theoretisch-empirischen Beiträge der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung (z.B. Krüger 1995; Gerhard 1993) genommen. In

enger Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt B1 sollen geschlechtsspezifische Erwerbsverlaufsüberlegungen konzeptionell weiterentwickelt werden.

Aus diesen Überlegungen leiten sich folgende Forschungsfragen ab :

- a) Treten krisenhafte Erwerbsverläufe bei Frauen vergleichsweise häufiger auf als bei Männern? Ist die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben bei Krankheit bzw. Behinderung im Vergleich zu Männern als Folge geschlechtsspezifisch ungleich verteilter sozialer Rahmenbedingungen stärker gefährdet?
- b) Lassen sich "typische" Erwerbsverläufe von Frauen nach Krankheit beschreiben? Zeigen Verläufe von Frauen nach Krankheit im Spiegel von vertikalen und horizontalen Disparitäten andere Muster als Verläufe von Männern?
- c) Lassen sich spezifische Berufsgruppen identifizieren, an denen soziale Ungleichheiten innerhalb weiblicher Erwerbsverläufe nach Krankheit besonders deutlich werden?
- d) Hat das subjektive Wohlbefinden im Zusammenspiel mit Krankheit erwerbstätiger Frauen einen Einfluß auf den weiteren Erwerbsverlauf?
- e) Welche geschlechtsspezifisch determinierten sozialstaatlichen Interventionen und Steuerungsprozesse zeigen sich am Beispiel individueller Erwerbsverläufe? Welche Maßnahmen/Alternativen institutioneller Steuerungen und wohlfahrtsstaatlicher Interventionen stehen für Frauen zur Verfügung?

Die Teiluntersuchung bezieht sich auf die Daten des **SOEP** und die neu verfügbaren **GEK-Daten** (siehe im einzelnen 3.521).

3.513 Internationaler Vergleich der Funktionen, Strategien und Handlungsmöglichkeiten von "gatekeepers" bei der Steuerung von Erwerbsverläufen vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen

Unter dem Titel "*local justice*" hat Jon Elster (1992) für die soziologische Theorie die Untersuchung alltäglicher Verteilungsentscheidungen bei knappen Gütern vorgeschlagen, da universelle Verteilungsnormen durch lokale Entscheidungen 'konkretisiert' werden müssen. Diese Konkretisierung kann bis zum Widerspruch zwischen lokaler und allgemeiner Gerechtigkeit führen. Die Untersuchung von "*local justice*" ist für diese Teiluntersuchung des Projekts, aber auch für das Sfb-Konzept der Lebenslaufpolitik von unmittelbarer Relevanz.

Das RehabilitandInnen-Panel der laufenden Projektphase hat solche Entscheidungsprozesse im Bereich der Rehabilitation untersucht. Als Ergebnis zeigte sich, daß ÄrztInnen der untersuchten Klinik sowie TeilnehmerInnen des größten deutschen rehamedizinischen Fachkongresses die Rationalisierungsentscheidung in die Bedarfsfeststellung zu verlegen und dadurch unsichtbar zu machen pflegten. Weil die Diagnose des Bedarfs an die verfügbaren Leistungen angepaßt wurde, konnte eine Differenz zwischen Bedarf und Leistung nicht mehr sichtbar werden.

Da die laufenden Untersuchungen auf Deutschland beschränkt sind, weisen sie theoretisch unbefriedigend den Mangel auf, daß die Institutionen des medizinischen Versorgungssystems, der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialversicherung nicht variieren und daher auch nicht untersucht werden können. ÄrztInnen treffen ihre Entscheidungen aber oft vor der Folie sehr unterschiedlicher Rezeptionen von Wirkungen und Wechselwirkungen der anderen in den Rehabilitationsprozeß involvierten Institutionen. Diese werden, da nationalstaatlich vereinheitlicht, erst im **internationalen Vergleich** untersuchbar: Am Beispiel der Wirbelsäulengeschädigten sollen deshalb organisatorische Steuerungen bei **Verläufen vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen** als einer jener Sequenzen im Erwerbsleben analysiert werden, an denen die Relativität von Gesundheit besonders augenscheinlich wird. Das Ziel dieser Strategie ist also zunächst die Ermittlung eines Szenarios ärztlicher Entscheidungssituationen, eines "*common practice model*", dessen internationaler Vergleich (Niederlande, Schweden, Frankreich) dann Hinweise auf die Auswirkungen unterschiedlicher sozialrechtlicher Regelungen im Rehabilitationsprozeß liefern kann. Nach dem Ergebnis der laufenden Phase, daß ÄrztInnen ihre Bedarfsdiagnosen institutionellen Leistungen anpassen, müßten die ärztlichen Bedarfsstellungen bei denselben PatientInnen zwischen den Staaten unterschiedlich ausfallen.

3.52 **Datengrundlagen und Methoden**

3.521 **Untersuchung individueller Verläufe**

In den bisherigen Projektphasen konzentrierte sich die Untersuchung individueller Verläufe auf die Analyse einzelner Übergänge und ihrer Bestimmungsfaktoren. Diesem Ansatz entsprechend kamen hauptsächlich multivariate ereignisanalytische Auswertungsmethoden zum Einsatz. Ereignisse wie Arbeitsunfähigkeiten und Arbeitslosigkeiten gingen als auf die "Vorgeschichte" der untersuchten Statuspassage bezogene Kovariaten in die Schätzmodelle ein. Demgegenüber soll in der Antragsphase die **Rekonstruktion** und **Deskription** sowie der **Vergleich gruppenspezifischer Verlaufssequenzen** im Mittelpunkt stehen. Dieses Vorgehen hat gegenüber der Analyse einzelner Übergänge den Vorteil, daß die empirische Vielfalt tatsächlicher Verläufe (siehe auch Berger/Sopp 1992) abgebildet wird, Zusammenhänge zwischen Gruppenzugehörigkeiten und Verlaufsmustern sowie zwischen Ereignissen im Erwerbsverlauf sichtbar werden und damit Risikokumulationen und Karrieren aufgezeigt und Prozeßstrukturen erkannt werden können.

Während allerdings für die Untersuchung von Übergängen mit den Verfahren der Ereignisanalyse ein ganzes Bündel geeigneter Auswertungsmethoden zur Verfügung stand, steht die Entwicklung deskriptiver, Verlaufssequenzen gruppierender Verfahren, die Abfolgen von Episoden berücksichtigen und der Komplexität von Verläufen auch für große Fallzahlen und viele Variablen gerecht werden, erst am Anfang. So sind Klassifikationsverfahren wie die Korrespondenz- oder die Clusteranalyse unter Bezug auf Längsschnittdaten bisher allenfalls im Ansatz entwickelt. Allerdings hat der Bereich Methoden und EDV des Sfb in der laufenden Projektphase das **Verfahren des "optimal pattern matching"** im Hinblick auf den Vergleich von Verlaufssequenzen weiterentwickelt sowie Verfahren zur **Visualisierung von Verläufen** vorgeschlagen (siehe den Antrag von Methoden und EDV). In Kooperation mit diesem Bereich sollen diese Verfahren in der Antragsphase an den Daten und Fragestellungen des Projekts erprobt werden.

Anknüpfend an die bisherigen Ergebnisse des Projekts sollen die Untersuchungen **geschlechts- und berufs(gruppen)spezifisch** erfolgen, d.h. Erwerbsverläufe und Verlaufssequenzen sollen für Männer und Frauen und für InhaberInnen ausgewählter Berufe (bzw. Berufsgruppen) rekonstruiert, beschrieben und verglichen werden. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, daß es sich bei Beruf und

"gender" um sozialstrukturelle Kategorien handelt, entlang derer Anforderungen, Belastungen und Gelegenheitsstrukturen (siehe dazu auch den Antrag des Projekts A1) - und damit Risiken und Chancen - (ungleich) verteilt werden. Im Kontext relativer Gesundheit ist dementsprechend davon auszugehen, daß viele soziale Rahmenbedingungen, die im Zusammenwirken mit körperlichen Beeinträchtigungen die Teilhabefähigkeit von Individuen am Erwerbsleben - und damit Krankheitsfolgen - bestimmen, geschlechts- und berufsspezifisch variieren.

Datengrundlagen für die Untersuchung individueller Verläufe bilden in der Antragsphase eine 10%-Stichprobe aus den **Versicherten- und Leistungsdaten der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse**, die dem Projekt neu zur Verfügung gestellt wurde, und das **SOEP**. In GKV-Daten werden sowohl krankheitsbezogene Angaben (Arbeitsunfähigkeiten und ihre Diagnosen sowie Rehabilitationsmaßnahmen) als auch Ereignisse des Erwerbsverlaufs wie z.B. Arbeitslosigkeiten oder Früh- und Altersberentungen fortlaufend und taggenau dokumentiert (siehe Dreyer-Tümmel u.a. 1996). Bereits am Datensatz der AOK "Küstenstadt" hat sich ihre Eignung für die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Erwerbsverläufen erwiesen. Doch erst auf der Grundlage der GEK-Daten wird es in der Antragsphase möglich sein, **Verlaufssequenzen über mehrjährige Zeiträume hinweg berufsspezifisch abzubilden**. Neben einem erweiterten Beobachtungszeitraum (1989-1995) weisen eine Reihe von - für das Projekt interessanten - Berufen bzw. Berufsgruppen aufgrund der Versichertenstruktur der GEK nämlich ausreichende Fallzahlen auf, z.B. Zahntechniker waren 1992 sogar zu 52,2 % bei der GEK versichert (vgl. GEK 1992/3, S. 14). Für die Untersuchung weiblicher Verläufe eignen sich GKV-Daten allerdings nur bedingt (siehe Dreyer-Tümmel u.a. 1996). Aus diesem Grund sollen die Analysen mit GKV-Daten durch geschlechtsspezifische Auswertungen des SOEP, in die auch nicht erwerbsbezogene Kontextvariablen wie der familiäre Hintergrund, Angaben zu Arbeitsplatzbedingungen sowie Zufriedenheits- und subjektive Gesundheitsindikatoren einbezogen werden können, inhaltlich ergänzt und erweitert werden.

3.522 Untersuchung organisatorischer Steuerungen

In der Teiluntersuchung, deren Aufnahme in das BIOMED2-Programm der EU beantragt ist, sollen international vergleichend am Beispiel von Wirbelsäulengeschädigten die Auswirkungen institutioneller Rahmungen und organisatorischer Steuerungen auf **Verläufe vor und nach medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen** geklärt werden. Die Beschränkung der Fallbeispiele auf Wirbelsäulengeschädigte bietet sich an, da dieses Krankheitsbild in all den an der Untersuchung beteiligten Ländern sehr häufig vorkommt (vgl. Hildenbrand 1987; Pfaff u.a. 1986) und damit für den internationalen Vergleich besonders geeignet ist.

In einem ersten Schritt soll durch ExpertInneninterviews mit je 5 Haus-, Betriebs- und Reha-ÄrztInnen geklärt werden, wieweit sie als *"gatekeeper"* im Rehabilitationsverlauf die sozialpolitischen Rahmenbedingungen wahrnehmen und in ihre Entscheidungen einfließen lassen. Des weiteren werden sonstige im Verlauf vor und nach Rehabilitation relevante AkteurInnen ermittelt und die Auswirkungen von deren Intentionen und Handeln auf die ärztliche Entscheidungsfindung erhoben. Ziel ist damit die Identifizierung der länderspezifisch relevanten Akteursgruppen und die Identifikation des Repertoires ärztlicher Entscheidungsmöglichkeiten bei gesundheitlich begrenzten Tätigkeitsdauern. Zudem werden mit den ÄrztInnen die *"paper patients"*, die z.Zt. gerade erstellt werden, im Sinne eines Pretests evaluiert: *"Paper patients"* sind in schriftlicher Form fixierte Fallbeispiele, die idealtypisch sind hinsichtlich relevanter klinischer Krankheitsbilder und sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen. Da die ärztliche Entscheidung von einer Vielzahl von Faktoren gerahmt wird, aber nicht alle vorstellbaren Kombinationen dieser Elemente wie z.B. Krankheitskarriere und Arbeitsbelastungen Relevanz für ihre Entscheidungen besitzen, wird vermittels eines *"fractional factorial design"* (Addelman 1963) die Zahl der Fälle auf eine sinnvolle Auswahl von 30 beschränkt (vgl. Malhotra 1982).

Im zweiten Schritt werden mit einer Fragebogenerhebung repräsentative Samples der in Schritt 1 ermittelten besonders rehabilitationsrelevanten ärztlichen ExpertInnengruppen mit den *"paper patients"* konfrontiert und um Angabe ihrer Präferenzen bei der Wahl der vorgegebenen Interventionsmöglichkeiten gebeten. Auf dieser Grundlage lassen sich dann *"common practice models"* ärztlicher Entscheidungsmuster und Interventionsmöglichkeiten bestimmen. Die Ergebnisse der lau-

fenden Projektphase deuteten an, daß in Deutschland vor allem Haus- und Reha-ÄrztInnen die wichtigsten Rollen bei Anregung und medizinischer Nachbetreuung von Rehabilitationsmaßnahmen spielen.

Im dritten Schritt der Untersuchung kann der internationale Vergleich der *"common practice models"* dann schließlich Hinweise geben auf die Wirkungen unterschiedlicher Sozialversicherungs- und Sozialrechtssysteme und nationalspezifischer Politiken gegenüber begrenzter Tätigkeitsdauer und relativer Gesundheit.

3.53 Arbeitsprogramm und Zeitplan (Eckdaten)

Aufgaben	Quartale 1997 - 1999											
	1997			1998						1999		
Aufbereitung der GEK-Daten	X											
Erprobung von Methoden für die Untersuchung individueller Verläufe	X	X										
Untersuchung individueller Verläufe vor und nach med. Reha-Maßnahmen	X	X	X	X								
Untersuchung individueller Verläufe vor der Frühberentung					X	X	X		X			
Konzeptionelle Weiterentwicklung der geschlechtsspez. Verlaufsbetrachtung	X	X										
Rekonstruktion und Deskription weiblicher Verläufe (SOEP)		X	X	X	X							
Rekonstruktion und Deskription weiblicher Verläufe (GEK-Daten)					X	X	X		X			
Durchführung und Auswertung der Experteninterviews im internat. Vergleich	X	X	X	X								
Durchführung und Auswertung der postalischen Befragung					X	X	X	X	X	X	X	X
Internat. Vergleich zu den Ergebnissen der postalischen Befragung										X	X	
Publikationen		X	X	X	X	X	X		X	X	X	X
projektübergreifende Monographie							X		X	X	X	X
Ergebnisbericht										X	X	

3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

3.61 Stellenwert und Kooperation im Sonderforschungsbereich

a) Beiträge zur Theorieentwicklung im Sfb

Mit den Untersuchungen der Antragsphase soll zur Klärung besonders zweier Konzepte des Sfb-Titels beigetragen werden, nämlich zu dem der Risikolage und dem der institutionellen Steuerung. Im Projekt C4 werden Prozesse sozialer Ungleichheit in einem auf Gleichheit der Versorgungschancen hin angelegten Bereich analysiert. Statuspassagen im Erwerbsverlauf werden als Gegenstand individueller Handlungsstrategien und geplanter wie ungeplanter Lebenslaufpolitiken bzw. -regimes sozialpolitischer Akteure interpretiert.

Zunächst im Projekt C4, dann gemeinsam mit dem Projekt C1, wurde das Konzept der institutionellen Normalisierung, Überbrückung und Verschärfung von Krisen der Erwerbsfähigkeit durch sozial- und gesundheitspolitische Institutionen und mit ihnen interagierenden Betrieben entwickelt. Gesundheitliche Krisen der Erwerbsfähigkeit können zu einem gravierenden Risiko für die Erhaltung der sozialen Existenz, also für die Teilhabe und die altersgerechte Entfaltung der Persönlichkeit werden. Ausdifferenzierte Institutionen und ihre Organisationen haben das Programm, solche Krisen der Erwerbsfähigkeit zu überbrücken, also zu verhindern, daß sie zur Statuspassage in einen jeweils minderen Status werden, oder solche Statuspassagen abzufedern. Tatsächlich - und hierin besteht der Beitrag des Projekts C4 und der Projekte C1, C5 und D1 - ist rekonstruierbar:

- Teilweise verschärfen Institutionen, was sie zu bewältigen vorgeben, durch die jeweilige eigenlogisch betriebene Fallbearbeitung in ihren Organisationen.
- Es gibt einen Primat von Institutionen gegenüber individuellen Handlungsstrategien insofern: Institutionen reproduzieren sich im sozialen Wandel u.a. deshalb stabil, weil sie Individuen veranlassen können, sehr aktiv oder zumindest taktisch ihre eigene Lage und Handlungsstrategien in "terms" der Einrichtung darzulegen, von der sie etwas wollen. Diese individuelle Anpassung an objektive Normalitätsunterstellungen der Institutionen bedarf keiner Zustimmung zu den Klassifikationen, fördert diese aber.
- Risikolagen sind nicht als äußere Bedrohung hinreichend zu konzeptualisieren, sondern als institutionell abgegrenzte und damit bearbeitete oder vernachlässigte und im Fall des Projekts C4 durch die Interaktion zwischen Betrieben und sozialpolitischen Einrichtungen mit erzeugt.

b) Verbindungen zu und Kooperationen mit anderen Projekten

Neben den unter a) bereits angeführten sind folgende Verbindungen zu und Kooperationen mit anderen Projekten des Sfb besonders hervorzuheben:

In den Projekten C4, A1 und B1 schälte sich das gemeinsame Ergebnis heraus, daß nicht Berufstätigkeit überhaupt, sondern angebbare Berufe sich als Ressourcen im Lebenslauf erweisen, weil mit ihnen bestimmte Verlaufsmuster und Laufbahnen verknüpft sind. Der besondere Beitrag des Projekts C4 besteht darin, daß neben Gelegenheitsstrukturen auch die mit Berufen verbundenen Anforderungen und Belastungen ausdrücklich berücksichtigt werden. In enger Kooperation mit dem Projekt B1 sollen darüber hinaus in der Antragsphase geschlechtsspezifische Erwerbsverlaufsbetrachtungen konzeptionell weiterentwickelt werden.

In Kooperation mit dem Bereich Methoden und EDV sollen die im Antrag dieser Abteilung diskutierten Verfahren zur Visualisierung und zum Vergleich von Verlaufssequenzen am Datenmaterial des Projekts C4 erprobt werden.

Die Projekte C4 und C5, das für die Antragsphase ebenfalls die Abbildung von Erwerbsverläufen vor der Berentung plant (siehe den Antrag des Projekts C5), haben einen Untersuchungsgegenstand gemeinsam. Unterschiede zwischen den darauf bezogenen Teiluntersuchungen der beiden Projekte bestehen hinsichtlich des inhaltlichen Schwerpunkts (Erwerbs- und Krankheitsverläufe vs. Erwerbs- und Einkommensverläufe), der Datengrundlage (GKV-Daten vs. IAB-Beschäftigtenstichprobe und SOEP) und des methodischen Schwerpunkts (Ereignisanalyse vs. Verlaufsrekonstruktion und Gruppenvergleich).

3.62 Überlegungen zur Fortführung der Arbeit

In der Antragsphase sollen die Arbeiten des Projekts mit einer Monographie abgeschlossen werden. Eine Fortsetzung der Verlaufsauswertungen ist im Rahmen des Sfb nicht geplant, sie sollen in einer bremisch-hessischen Forschungsgruppe mit anderen Themen fortgesetzt werden. Für die 5. Phase des Sfb böte sich als ganz neue Fragestellung der Vergleich von deutschen und amerikanischen Lebenslaufmustern an. Sie ist unabhängig zu beantragen.

3.72 Aufgliederung und Begründung der Sächlichen Verwaltungsausgaben (nach Haushaltsjahren)

	1997	1998	1999
Für Sächliche Verwaltungsausgaben			
- stehen als <u>Grundausrüstung</u> voraussichtlich zur Verfügung	4.000,-	4.000,-	4.000,-
- werden als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragt (es entspricht den Summen "Sächliche Verwaltungsausgaben" in Übersicht 3.7)	24.340,-	23.080,-	21.730,-

Mittel aus der Grundausrüstung

Die Universität stellt dem Teilprojekt C4 wie in der letzten Förderungsphase eine hinreichende Ausstattung an Räumen, einen Teil der benötigten Verbrauchsmittel, einen jährlichen Fonds für Bücher und Zeitschriften sowie einen Risk-Rechner und Software zur Verfügung.

Mittel der Ergänzungsausstattung

Verbrauchsmaterial (522): Der Aufwand für Verbrauchsmittel wird zum Teil aus der universitären Grundausrüstung gedeckt, lediglich darüber hinausgehende Beträge gehen in die Ergänzungsausstattung ein (2.000,- DM pro Jahr).

Reisekosten Projekt (527): Im Zusammenhang mit der Aufbereitung der GEK-Daten sowie zur Klärung sich im Laufe des Forschungsprozesses ergebender Datenfragen sind wiederholte Reisen nach Schwäbisch Gmünd erforderlich. Für die Durchführung der ExpertInneninterviews und zu Absprachen mit den am internationalen Vergleich beteiligten WissenschaftlerInnen werden 15 Reisen innerhalb der Bundesrepublik sowie 1997 2, 1998 3 und 1999 4 Reisen nach Frankreich, Schweden oder in die Niederlande beantragt. Zur methodischen Beratung im Zusammenhang mit den Verlaufsuntersuchungen (z.B. ZUMA) und zur Beratung in Datenfragen (DIW) sind 1997 und 1999 je 4, 1998 8 Reisen erforderlich. Im Zusammenhang mit der Diskussion von Projektergebnissen fallen 1997 4, 1998 12

und 1999 15 Reisen (z.B. zu Jahrestagungen der Sektion Medizinsoziologie der DGS, Soziologentagen, Rehabilitationswissenschaftlichen Kolloquien des VDR) an. Daraus ergeben sich folgende Gesamtsummen für Reisekosten:

	1997	1998	1999
7 x Bahn Schwäbisch Gmünd	1.600	800	400
25 Tage Aufenthalt	1.560	780	460
15 x Bahn Experteninterviews	6.000	--	--
20 Tage Aufenthalt	1.300	--	--
9 x Flug Ausland	2.000	3.000	4.000
36 Tage Aufenthalt	1.200	1.800	2.400
16 x Bahn Beratungsgespräche	1.200	2.400	1.200
24 Tage Aufenthalt	440	880	440
31 x Bahn Diskussion Projektergebnisse	1.200	3.600	4.500
46 Tage Aufenthalt	440	1.320	1.580
gesamt	16.940	14.580	14.980

Bücher und Zeitschriften (512): Dem Projekt steht eine universitäre Grundausrüstung zur Verfügung. Wir beantragen eine Aufstockung dieser Mittel um (1997) 700,- DM; (1998) 700,- DM; (1999) 450,- DM.

Druckkosten (531a): Für die Bücher "Frauengesundheit und social support" und "Erwerbsverläufe von Pflegenden" werden jeweils DM 4.000,- beantragt: (1997) 4.000,- DM; (1999) 4.000,- DM. (Begründung s. unter Zentrale Geschäftsstelle 3.6.2).

Vervielfältigungskosten (531b): Vervielfältigungskosten fallen insbesondere bei der Auswertung der Interviews, für den Druck des Fragebogens sowie für 6 Sfb-Arbeitspapiere an. Wir beantragen für den Antragszeitraum folgende Summen: (1997) 200,- DM; (1998) 800,- DM; (1999) 600,- DM.

Sonstiges (547): Für die Auswertung der Verlaufsdaten besteht in der Antragsphase ein dringender Bedarf an zusätzlicher und aktualisierter Software sowie für die Weiterführung der Lizenzen. Im Zusammenhang mit der Aufbereitung der GEK-Daten werden für eine/n MitarbeiterIn der GEK Werkaufträge beantragt. Zur Transkription eines Teils der ExpertInneninterviews, zu deren Erledigung das

Sekretariat ausreichend besetzt sein muß (vgl. Antrag Z), halten wir ergänzend die Vergabe von Schreibaufträgen für erforderlich. In 1999 fallen darüber hinaus im Zusammenhang mit geplanten Buchpublikationen vermehrt Manuskriptarbeiten an. Daraus ergeben sich unter 'sonstiges' folgende Summen:

	1997	1998	1999
Software	2.000	1.000	1.000
Werkaufträge	2.000	1.000	--
Schreibaufträge	500	3.000	--
Manuskriptarbeiten	--	--	2.700
gesamt	4.500	5.000	3.700

3.8 Literatur

- Addelman, S. (1963): Symmetrical and Assymmetrical Fractional Factorial Plans. In: Journal of the American Statistical Association, 58.Jg., 45-71
- Almeida, D. u.a. (1983): Return to Work after Coronary Artery Bypass Surgery. In: Circulation 68 (Suppl. II), 205-213
- Andreß, Hans-Jürgen (1996): Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit. In: Behrens, J./Voges, W. (Hrsg.): Kritische Übergänge. Frankfurt/New York, 227-273
- Arrow, Jairo Oka (1994): The Influence of Health on Unemployment in Germany. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, H.1/2, 133-138
- Arrow, Jairo Oka (1996): Estimating the Influence of Health as a Risk Factor on Unemployment. Erscheint in: Social Science and Medicine
- Arrow, Jairo Oka; Behrens, Johann (1990): Bridges und Traps: Passages after Health Crises in Employment. Beitrag zur Jahrestagung der British Sociological Association vom 2.-5.4.1990 in Guilford
- Badura, Bernhard u.a. (1987a): Leben mit dem Herzinfarkt. Berlin/Heidelberg.
- Badura, Bernhard u.a. (1987b): Leben mit dem Herzinfarkt: 4½ Jahre nach dem Erstinfarkt. Oldenburg/Berlin
- Badura, Bernhard (1988): Herzinfarkt-rehabilitation in der Bundesrepublik. In: Deutsche Rentenversicherung, 192-202
- Bartholomeyczik, Sabine (Hrsg.) (1988): Beruf, Familie und Gesundheit bei Frauen. Berlin
- Behrend, Christoph (Hrsg.) (1994): Frühinvalidität - ein "Ventil" des Arbeitsmarkts? Berlin
- Behrens, Johann (1990): Gnade, bürgerliche Autonomie, Krankheit. In: Zeitschrift für Sozialreform, 36.Jg., 803-827
- Behrens, Johann (1992): Health System. In: Glatzer, W. u.a. (Ed.): Recent Social Trends in West Germany 1969-1990. Montreal u.a., 257-261
- Behrens, Johann (1993a): Betriebliche Sozialpolitik und soziale Ungleichheit. In: Geißler, R. (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen, 149-162

- Behrens, Johann (1993b): Strategien der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung bei begrenzter Tätigkeitsdauer. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Betrieblicher Gesundheitsschutz auf dem Prüfstand. Bonn
- Behrens, Johann (1993c): Individuen und Betriebe: Krankheitsfolgen in der "Verzeitlichung sozialer Ungleichheit". In: Meulemann, H./Elting-Camus, A. (Hrsg.): 26. Deutscher Soziologentag 1992. Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Tagungsband II. Opladen, 222-223
- Behrens, Johann (1993d): Laufbahngestaltung für Service-Ingenieure im Außendienst von Computerfirmen. In: Bullinger, H.J. u.a. (Hrsg.): Alter und Erwerbsarbeit der Zukunft. Berlin u.a., 227-232
- Behrens, Johann (1994a): Der Prozeß der Invalidisierung - das demographische Ende eines historischen Bündnisses. In: Behrend, Chr. (Hrsg.): Frühinvalidität - ein "Ventil" des Arbeitsmarkts? Berlin, 105-135
- Behrens, Johann (1994b): Anvertraute Unversehrtheit. Habilitationsschrift. Universität Bochum
- Behrens, Johann (1995a): Die Freiheit der Wahl und die Sicherung der Qualität. Beitrag zur Tagung "Gesundheitssystementwicklung in den USA und Deutschland" am ZeS an der Universität Bremen vom 11.-12.5.1995
- Behrens, Johann (1995b): Towards the Sociology and Economics of a Participative Management of the Quality of Work. Beitrag zum Workshop "Understanding the Work Environment" des Institutet för arbetslivsforskning vom 21.-24.5.1995 in Stockholm
- Behrens, Johann (1995c): The Example of Germany. Beitrag zur Tagung "Cross-National Study of Vocational Rehabilitation" des Department of Sociology and Political Science der Universität Trondheim vom 24.-26.8.1995
- Behrens, Johann (1995d): Lebenslaufpolitik: Staatliche, Sozialversicherungs- und betriebliche Strategien gegenüber gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauer. Beitrag zum 4. Symposiums des Sfb 186 an der Universität Bremen vom 21.-22.9.1995
- Behrens, Johann (1995e): Klassentheorie am Ende (?) der Klassengesellschaft (?). Beitrag zur Tagung "Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft?" der Sektion "Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse" der DGS vom 6.-7.10.1995 in Hannover
- Behrens, Johann (1996a): Vorausschauende Personalpolitik: Laufbahngestaltung als neue Aufgabe des Arbeitsschutzes. In: Frerichs, F. (Hrsg.): Ältere Arbeitnehmer im demographischen Wandel. Münster, 123-140
- Behrens, Johann (1996b): Rückkehr zur Arbeit. Beitrag zum 6. Rehabilitationswissenschaftlichen Kolloquium des VDR vom 4.-6.3.1996 in Bad Säckingen
- Behrens, Johann; Voges, Wolfgang (1990): Labilisierende Berufsverläufe und der vorzeitige Übergang in den Ruhestand. In: Dressel, W. u.a. (Hrsg.): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. BeitrAB 133. Nürnberg, 201-219
- Behrens, Johann; Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Gatekeeping in the Life-Course. In: Heinz, W.R. (Ed.): Institutions and Gatekeeping in the Life Course. Weinheim, 237-260
- Behrens, Johann; Arrow, Jairo Oka; Dorenburg, Ulrich; Dreyer-Tümmel, Anne (1992a): Gesundheitsberichterstattung und Beschäftigtenmobilität. In: Laaser,

- U./Schwartz, F.W. (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung und Public health in Deutschland. Berlin u.a., 379-392
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne; Pfaff, Sabine (1992b): Arbeitsunfähigkeit und Beschäftigungsrisiko. In: Brennecke, R. (Hrsg.): Sozialmedizinische Ansätze der Evaluation im Gesundheitswesen. Bd.1. Berlin u.a., 377-389
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne; Müller, Rainer (1993): Überbrückung oder Statuspassage: Krankheitsfolgen als ein sozialpolitischer Indikator. In: Leisering, L. u.a. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Weinheim, 201-220
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne (1994): Indikatoren der Rehabilitationsbedürftigkeit aus Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung. Frankfurt
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne (1995): Ermittlung von Indikatoren der Rehabilitationsbedürftigkeit aus Routinedaten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Daten). In: Deutsche Rentenversicherung, 413-443
- Behrens, Johann; Dorenburg, Ulrich; Schulz, Detlef; Gräf, Thomas (1995): Rehabilitandenverläufe und deren Akteursnetze bei rehaärztlich anzuratendem Tätigkeitswechsel. In: VDR (Hrsg.): Zusammenarbeit von Forschung und Praxis. DRV-Schriften, Bd.5, 130
- Behrens, Johann; Dreyer-Tümmel, Anne (1996): Abstiegskarrieren und Auffangpositionen. In: Behrens, J./Voges, W. (Hrsg.): Kritische Übergänge. Frankfurt/New York, 188-226
- Behrens, Johann; Rabe-Kleberg, Ursula (1996): Wer wacht an Statuspassagen? In: Hoerning, E. (Hrsg.): Biographische Sozialisation (im Erscheinen)
- Behrens, Johann; Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Frankfurt/New York
- Behrens, Johann; Westerholm, Peter (Ed.): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf (im Erscheinen)
- Behrens, Johann u.a. (1996): The New Occupational Health and Evaluation Research as its Pathbreaker. In: Behrens, J./Westerholm, P. (Ed.): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf (im Erscheinen)
- Behrens, Johann u.a. (Hrsg.) (1996): Gesundheitssystementwicklung in den USA und Deutschland. Baden-Baden (im Erscheinen)
- Berger, Peter A.; Hradil, Stefan (Hrsg.) (1990): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Sonderband 7 der Sozialen Welt. Göttingen
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter (1992): Bewegtere Zeiten? Zur Differenzierung von Erwerbsverlaufsmustern in Westdeutschland. In: ZfS, 166-185
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter (Hrsg.) (1995): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen
- Biefang, Sibylle u.a. (1990): Prädiktoren der Frühberentung und gezielte Zuweisung zur medizinischen Rehabilitation. In: Sozial- und Präventivmedizin 35, 129-137
- Bürkardt, Dagmar; Oppen, Maria (1984): Sind Frauen häufiger krank? WZB: IIVG/pre84-216. Berlin
- DFG (Hrsg.) (1994): Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin

- Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann (1994): Angaben in Arbeitsunfähigkeitsmeldungen an die gesetzliche Krankenversicherung als Indikatoren potentiellen Rehabilitationsbedarfs. In: VDR (Hrsg.): Befundung, Diagnostik, Intervention. DRV-Schriften, Bd.3, 156-158
- Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann; Schulz, Detlef (1996): Erwerbsverlaufs-forschung mit Krankenkassendaten. Manuskript. Universität Bremen
- Ellwanger, Karin u.a. (1988): Frauen im Erwerbsleben. In: Öffentliches Gesundheitswesen 50, 1-77
- Elster, Jon (1992): Local Justice. Cambridge
- Fischer, Gisela u.a. (1995): Die Situation über 60 Jahre alter Frauen mit einem pflegebedürftigen Ehemann. Stuttgart u.a.
- GEK (1992/3): Gesundheitsbericht Nr.3. Schwäbisch Gmünd
- Gerhard, Ute (1993): Differenz und Vielfalt - Diskurse der Frauenforschung. In: Zeitschrift für Frauenforschung 11, H.1+2, 10-22
- Gerhardt, Uta (1986): Patientenkarrieren. Frankfurt
- Gerhardt, Uta (1992): Frühberentung und Handlungsrationalität. In: Soziale Welt, 43.Jg., 422-448
- Gerhardt, Uta u.a. (1993): Aortokoronarer Venenbypass und Rückkehr zur Arbeit. Abschlußbericht an die DFG
- Grunow-Lutter, V. (1984): Krankheiten und Beschwerden in den Haushalten der Bundesrepublik (Teile 1 und 2). In: Medizin, Mensch, Gesellschaft, H.4+9
- Heinz, Walter R.; Behrens, Johann (1991): Statuspassagen und soziale Risiken im Lebensverlauf. In: BIOS 4, 121-139
- Heinze, H. (1972): Zum Schicksal beruflich Geschädigter unter besonderer Berücksichtigung Ekzemerkranker. Dissertation. Universität Düsseldorf
- Helfferich, Cornelia; Koppelin, Frauke (1995): Frauengesundheitsforschung - gestern und heute. In: Forum Public Health 7, 4-6
- Hildenbrand, V. (1987): A Review of Epidemiological Research on Risk Factors of Low Back Pain. In: Buckle, P. (Ed.): Musculoskeletal Disorders at Work. London, 9-16
- Holahan, C.; Gilbert, L. (1979): Conflict Between Major Life Roles: Women and Men in Dual Career Couples. In: Human Relations 32, 451-467
- Institut für empirische Soziologie Nürnberg (1984): Frühinvalidisierung. Stuttgart
- Jahn, E. (1992): Therapie und Rehabilitation bei chronischen Krankheiten. In: Müller, R./Schuntermann, M.F. (Hrsg.): Sozialpolitik als Gestaltungsauftrag. Köln, 192-206
- Kölmel, K.F.; Buhr-Riehm, B. (1990): Zum Schicksal von Patienten mit beruflich bedingten Hautkrankheiten. In: Dermatosen 38, 121-125
- Koppelin, Frauke (1995): Geschlechtsspezifische Analysen zur begrenzten Tätigkeitsdauer als Folge gesundheitlicher Beeinträchtigung mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels. Beitrag zur Jahrestagung der Sektion Medizinsoziologie der DGS am 8.12.1995 in Heidelberg
- Koppelin, Frauke (1996): Gender-specific Aspects of the Effect of Health on Individual's Employment Status. Beitrag zum Kongreß "Women, Work, and Health" vom 17.-20.4.1996 in Barcelona

- Koppelin, Frauke u.a. (1993): The impact of structural characteristics of social support systems on caregiver burden in elderly female spouses. In: Tijdschrift voor Sociale Gezondheidszorg, 71. Jg., Nr. 4, 45
- Koppelin, Frauke; Maschewsky-Schneider, Ulrike (1994): Frauen und Gesundheit - eine Forschungsgruppe des Norddeutschen Forschungsverbundes Public Health. In: Helfferich, C./von Troschke, J. (Hrsg.): Der Beitrag der Frauengesundheitsforschung zu den Gesundheitswissenschaften/Public Health in Deutschland. Freiburg, 34-42
- Koppelin, Frauke; Rohde, Johann Jürgen (1994): Die Rolle formeller und informeller Netzwerke bei der Bewältigung der Pflegebelastung älterer Ehefrauen. In: Kasten, E. u.a. (Hrsg.): Medizinische und Biologische Psychologie. O.O., 76
- Koppelin, Frauke; Schulz, Detlef; Behrens, Johann (1995) Geschlechtsspezifische Aspekte gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauer. In: Das Gesundheitswesen (Sonderdruck), 57. Jg., H.8/9, 609
- Krüger, Helga (1995): Prozessuale Ungleichheit. In: Berger, P.A./Sopp, P. (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 133-154
- Lazarus, R.S. (1981): Streß und Streßbewältigung. In: Filipp, S.-H. (Hrsg.): Kritische Lebensereignisse. München, 198-232
- Lazarus, R.S.; Folkman, S. (1984): Stress, Appraisal and Coping. New York
- Leisering, Lutz (1992): Sozialstaat und demographischer Wandel. Frankfurt/New York
- Leisering, Lutz; Voges, Wolfgang (1992): Erzeugt der Wohlfahrtsstaat seine eigene Klientel? In: Leibfried, St./Voges, W. (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft 32 der KZfSS, 446-472
- Loose, D.A. u.a. (1982): Rehabilitationserfolg nach gefäßchirurgischen Eingriffen. Reinbek
- Malhotra, Naresh K. (1982): Structural Reliability and Stability of Non-Metric Conjoint Analysis. In: Journal of Marketing Research, 19. Jg., 199-207
- Maschewsky-Schneider, Ulrike u.a. (1991): Lebensbedingungen, Gesundheitskonzepte und Gesundheitshandeln von Frauen. In: Stahr, G. u.a. (Hrsg.): Frauengesundheitsbildung. Weinheim/München
- Mielck, Andreas (Hrsg.) (1994): Krankheit und soziale Ungleichheit. Opladen
- Pallenberg, Claudia (1992): Berufs- und geschlechtstypische Verläufe vor Frühberentung. Dissertation. Universität Berlin
- Pallenberg, Claudia; Müller-Fahnow, W. (1994): Berufs- und geschlechtstypische Verläufe im 10-Jahres-Zeitraum vor Frühberentung. In: Behrend, Chr. (Hrsg.): Frühinvalidität - ein "Ventil" des Arbeitsmarkts? Berlin, 77-94
- Pfaff, A. u.a. (1986): Vergleich von Niveau und Entwicklung der Arbeitsunfähigkeit in der BRD und in ausgewählten Ländern. Bonn
- Plomp, Nico u.a. (1996): Strategies to Prevent Low-Back Disabilities in Occupational Health Practice. In: Behrens, J./Westerholm, P. (Ed.): Occupational Health Policy, Practice and Evaluation. Kopenhagen/Genf, 46-57 (im Erscheinen)
- Prins, R. u.a. (1992): Work Incapacity in a Crossnational Perspective. 's-Gravenhage

- Resch, Marianne; Rummel, Martina (1993): Entwicklungsförderliche Arbeitsbedingungen und weiblicher Lebenszusammenhang. In: Mohr, G. (Hrsg.): Ausgezählt. Weinheim, 49-65
- Russo, N.F. (Ed.) (1987): Developing a National Agenda to Address Women's Mental Health Needs. Washington D.C.
- Schulz, Detlef (1996): "Social support" bei Krisen im Erwerbsverlauf. Manuskript. Universität Bremen
- Schulz, Detlef u.a. (1994): Belastungs- und tätigkeitsspezifische Berufsklassifikation auf der Basis von GKV-Daten. Frankfurt
- Schulz, Detlef; Behrens, Johann; Dorenborg, Ulrich (1995a): Zur Rezeption institutioneller Betreuung durch Rehabilitanden - Folgen für den Rehabilitationsverlauf. In: VDR (Hrsg.): Zusammenarbeit von Forschung und Praxis. DRV-Schriften, Bd.5, 129-130
- Schulz, Detlef; Dreyer-Tümmel, Anne; Behrens, Johann (1995b): Die Angaben zur beruflichen Tätigkeit in den Daten der gesetzlichen Krankenversicherung. Manuskript. Universität Bremen
- Schuntermann, Michael F. (1987): Der Einfluß ausgewählter Krankheiten/Behinderungen auf die Berentlichkeit wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. In: Deutsche Rentenversicherung, 462-496
- Sieverding, Monika (1995): Die Gesundheit von Müttern. In: Zeitschrift für Medizinische Psychologie 4, 6-16
- Tölke, Angelika (1989): Lebensverläufe von Frauen. München
- Townsend, Peter; Davidson, Nick (Ed.) (1982): Inequalities in Health. The Black Report. Harmondsworth
- Verbrugge, Louis M. (1983): Multiple Roles and Physical Health of Women and Men. In: Journal of Health and Social Behavior 24, 16-30
- Voges, Wolfgang (1994): Mißbrauch des Rentensystems? Frankfurt/New York
- Volkholz, Volker; Schwarz, Fred (1984): Längsschnittanalyse von Mobilität und Krankenstand. Bremerhaven
- WHO (1980): International Classification of Impairments, Disabilities, and Handicaps. Genf
- Zoike, Erika (1991): Woran erkranken Frauen? In: Öffentliches Gesundheitswesen 53, 221-227

Teilprojekt C5

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C5

3.11 Thema:

Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase: Reaktionen auf die Einführung neuer sozialrechtlicher Regelungen (II): Frühverrentung versus Altersteilzeitarbeit

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Wirtschaftswissenschaften, Sozialpolitik

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Winfried Schmähl
 Zentrum für Sozialpolitik / Universität Bremen
 Barkhof, Parkallee 39
 28209 Bremen
 Telefon: 0421/218-4055
 Telefax: 0421/218-7540

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

Fortsetzungsantrag; das Teilprojekt wird gefördert seit: 01.01.1994.

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	-	-	-	-
1994	102.800	14.100	-	116.900
1995	124.000	13.300	-	137.300
1996	129.600	3.900	-	133.500
Zwischen- summe	346.000	31.300	-	387.700
1997	154.500	15.800	-	170.300
1998	229.200	7.400	-	236.600
1999	229.200	11.120	-	240.320

Inhaltsverzeichnis

- 3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C5
- 3.2 Zusammenfassung
- 3.3 Stand der Forschung
 - 3.3.1 Die Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand aus individueller Perspektive
 - 3.3.2 Der schrittweise Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand und Erwerbstätigkeit im Ruhestand
 - 3.3.3 Ältere Arbeitnehmer im Betrieb
- 3.4 Eigene Vorarbeiten
- 3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1 Forschungsziele
 - 3.5.2 Methoden
 - 3.5.3 Zeitplan
- 3.6 Stellung des Forschungsprogramms innerhalb des Sfb und längerfristige Forschungsperspektive
- 3.7 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt
 - 3.7.1 Begründung des Personalbedarfs
 - 3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsausgaben (nach Haushaltsjahren)
- 3.8 Literatur

3.2 Zusammenfassung

Das Projekt verfolgt das Ziel, Bedingungen für den Wandel institutionell beeinflusster Verhaltensweisen im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu ermitteln. In der ersten Förderphase standen die Reaktionen älterer Arbeitnehmer auf veränderte institutionelle Rahmenbedingungen im Vordergrund. Konkret ging es in dieser Phase des Projekts um die Einführung des Teilrentenmodells im Rahmen des Rentenreformgesetzes 1992. Diese Regelung ermöglicht den Bezug einer Teilrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei gleichzeitiger Erzielung von Arbeitseinkommen. Eine Teilrente wird als Alternative zum Bezug einer vollen Altersrente angeboten und zielt damit auch auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Die Analyse der in der ersten Phase erhobenen Daten aus der Befragung von Antragstellern von Voll- und Teilrenten zeigte deutlich, daß der Erfolg von Maßnahmen zur Verlängerung der Lebenserwerbsphase nicht nur von der Bereitschaft der älteren Arbeitnehmer zur Weiterführung einer Teilzeit- oder Vollzeiterwerbstätigkeit abhängt, sondern auch von der Akzeptanz und Unterstützung durch die privaten und öffentlichen Arbeitgeber. Der Umgang der Arbeitgeber mit der "Ressource Arbeitskraft" bestimmt damit aber nicht nur die Möglichkeiten des sozialpolitischen Gesetzgebers, durch institutionelle Regelungen Reaktionen zu bewirken, sondern beeinflusst auch deutlich die Planung und Gestaltung individueller Lebensverläufe.

In der ökonomischen Theorie des Arbeitsangebotes wird von rational handelnden Individuen ausgegangen, die ihren Nutzen aus Konsum- und Freizeitmöglichkeiten im Lebensverlauf unter Nebenbedingungen maximieren. Beim Übergang in den Ruhestand kommt dem Transfersystem eine Schlüsselfunktion zu. Die Erwerbstätigkeit vor allem in der Spätphase des Arbeitslebens wird jedoch auch stark von der Arbeitsnachfrage der Unternehmen determiniert. Vor allem bei abnehmender Nachfrage nach Arbeitskräften, die sich häufig in altersselektiven Externalisierungsstrategien äußert, können ältere Arbeitnehmer ihr geplantes Arbeitsangebot nicht mehr realisieren. In der zweiten Forschungsphase soll daher ergänzend der Einfluß betrieblicher Personalpolitik auf individuelle Lebensverläufe untersucht werden.

Durch die Verknüpfung von ökonomischen und soziologischen Theorien sollen Erklärungen für die Entwicklung der Nachfrage nach älteren Arbeitnehmern und für ihre immer frühere Ausgliederung aus dem Erwerbsleben gefunden werden. Dazu kommen in erster Linie die Humankapitaltheorie und der Segmentationsansatz in Frage. Mit Hilfe von Daten des Sozio-ökonomischen Panels und der IAB-Beschäftigten-Stichprobe sollen Berufsverläufe älterer Arbeitnehmer bis zum

Ruhestand abgebildet und Theorien auf ihren Erklärungsgehalt hinsichtlich der Ausgliederung älterer Arbeitnehmer überprüft werden.

Im Zentrum der Analyse stehen jedoch intensive Fallstudien in Unternehmen. Es wird davon ausgegangen, daß bei verschiedenen betrieblichen Problemlagen unterschiedliche personalwirtschaftliche Instrumente angewendet werden könnten. Ziel ist es, die Faktoren zu erschließen, die die Altersselektivität der betrieblichen Externalisierungsstrategien begründen und in Verbindung mit sozialversicherungsrechtlichen Regelungen Anreize zur Frühverrentung setzen.

Über die Analyse der Personalstrategien der Unternehmen gegenüber älteren Arbeitnehmern hinaus sollen die zukünftigen Möglichkeiten der Umgestaltung der Übergangsphase zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand aufgezeigt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Kombination von Altersteilzeitarbeit mit Transfereinkommen, z. B. als Teilrentenmodell, zu. Teilrentenmodelle versprechen nicht nur eine Flexibilisierung und Individualisierung des Übergangs in den Ruhestand, sondern können je nach konkreter Ausgestaltung zur Entschärfung des Konflikts zwischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sicherung der Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen.

3.3 Stand der Forschung

3.3.1 Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand aus individueller Perspektive

Die Analyse von individuellen Ruhestandsentscheidungen erfolgt in der ökonomischen sowie in der soziologischen Theorie häufig durch intertemporale Erklärungsansätze wie der Lebensverlaufsanalyse. Eine Längsschnittbetrachtung ist bei der Untersuchung des Übergangs in den Ruhestand insofern angemessen, als die Gestaltung dieser Statuspassage von der individuellen Erwerbsbiographie und von früheren biographisch bedeutsamen Ereignissen, wie z. B. der Eheschließung und Gründung einer Familie, abhängt (vgl. Schmähl 1981).

Die Entscheidung über den Übergang in den Ruhestand wird in der ökonomischen Theorie als eine Arbeitsangebotsentscheidung im Lebenszyklus aufgefaßt. Der optimale Ruhestandszeitpunkt resultiert demnach aus der nutzenmaximalen Verteilung von Konsum und Freizeit, gesteuert u. a. durch Erwerbstätigkeit und Sparen im Lebensverlauf (vgl. Franz 1994, 66 ff.). In den Modellen zu Ruhestandsentscheidungen sind neben persönlichen Präferenzen und geplanten Einkommens-

strömen auch sozialversicherungsrechtliche Regelungen, insbesondere der gesetzlichen Rentensysteme, einzubeziehen.

In frühen ökonometrischen Arbeiten über das Erwerbsverhalten wird die Entscheidung Älterer über den Eintritt in den Ruhestand als statisches Arbeitsangebotsmodell mit Reservation-wage-Ansatz dargestellt (z. B. Gordon/Blinder 1980, Burtless/Moffitt 1985). Diese Studien können jedoch, bis auf wenige Ausnahmen, kaum Einflüsse institutioneller Rahmenbedingungen auf die Ruhestandsentscheidung prognostizieren, was aufgrund des intertemporalen Charakters des Entscheidungsprozesses wenig überrascht. Hurd (1990, 605) bedauert in seinem Überblick über den Forschungsstand zum Ruhestand in den Vereinigten Staaten, daß ökonometrische Modelle den starken Rückgang der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer seit Anfang der 60er Jahre nur unzureichend erklären können. Eine Ursache sieht er darin, daß nicht der Versuch unternommen wurde, komplexe Budgetrestriktionen zu modellieren, die gleichermaßen sozialversicherungsrechtliche Regelungen, betriebliche Altersversorgung und Erwerbseinkommen einbeziehen.

Als geeignetere Alternative zur Modellierung des optimalen Ruhestandszeitpunktes kommen daher Verweildaueranalysen mit der Dauer des Erwerbslebens als stetiger abhängiger Variablen in Betracht (vgl. Diamond/Hausman 1984, Hausman/Wise 1985, sowie Blau 1994 für die USA, sowie Börsch-Supan/Schmidt 1993, Schmidt 1995 für Deutschland). In dynamischen Programmierungsmodellen (z. B. Berkovec/Stern 1991, Rust, 1989, 1990) wurde dagegen versucht, intertemporale Wahlentscheidungen über diskrete Alternativen abzubilden und die dem Entscheidungsprozeß zugrundeliegenden Parameter zu schätzen. In dem von Stock und Wise (1990) entwickelten Optionswertmodell wird der erwartete Nutzen einer sofortigen mit dem maximal erwartbaren Wert einer späteren Verrentung verglichen und gemäß einer Stopregel solange gearbeitet, bis beide Werte gleich sind. Börsch-Supan (1992) und Pohlmeier (1993) haben solche Modelle mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels geschätzt. Auch Siddiqui (1995) schätzt mit einem diskreten dynamischen Auswahlmodell Anreize, die das deutsche Rentensystem zur (Früh-)Verrentung setzt. Ebenso wie bei Börsch-Supan und Pohlmeier zeigt sich hier, daß gesundheitlich beeinträchtigte Personen sowie jüngere Alterskohorten eine höhere Ruhestandspräferenz aufweisen.

Viebrok (1995) gibt einen Überblick über die theoretische Fundierung verschiedener Arbeitsangebotsmodelle im Lebensverlauf und über die nach dem Rentenreformgesetz 1992 für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, die sich im Übergang in den Ruhestand befinden, wirksamen Regelungen des Steuer- und Transfersystems. Er entwickelt auf dieser Grundlage ein Modell der dynamischen Programmierung bei gegebenen Möglichkeiten zur Nutzung flexibler Arbeitszeiten in Kombination mit einer Teilrente, mit dem sich Arbeitsanreize für Arbeitnehmer in der Übergangsphase von 55 bis 64 Jahren analysieren lassen. Fabel (1994a,b) geht in seinem theoretischen Optimierungsmodell dagegen nicht vom aktuellen deutschen Rentenversicherungssystem mit Umlageverfahren aus, sondern von einem (fiktiven) System mit Kapitaldeckung und entwickelt einen wohlfahrtsmaximierenden Beitragssatz zur Rentenversicherung sowie optimale Ruhestandszeitpunkte.

Neben finanziellen Anreizen, die im Mittelpunkt der ökonomischen Studien zum Übergang in den Ruhestand stehen, gibt es weitere Determinanten des Ruhestandszeitpunktes. Die wichtigsten davon sind:

- gesundheitliche Beeinträchtigungen, die vor allem in Verbindung mit Belastungen am Arbeitsplatz den Wunsch nach Aufgabe der Berufstätigkeit erhöhen können (vgl. Friedmann/Weimer 1982: 191 ff., Kohli 1993: 191, Emnid 1993: 40 ff., Behrens 1994);
- die Qualifikationsstruktur älterer Arbeitnehmer, die den Anforderungen einer sich stetig ändernden Arbeitswelt, vor allem beim Einsatz neuer Technologien, nicht mehr optimal entspricht und der daraus erwachsenden Leistungsdruck für ältere Arbeitnehmer (vgl. Hentze 1994);
- der aus der ungünstigen Arbeitsmarktlage resultierende Druck gerade auf ältere Arbeitnehmer, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten jüngerer Kollegen aufzugeben (vgl. z. B. Kohli 1993).

Den ökonomischen Nutzenmaximierungsmodellen verwandt sind "Rational-choice-Erklärungen" sozialer Prozesse, deren Modelle i. d. R. auf einem dreistufigen Entscheidungsfindungsprozeß (Kognition, Evaluation und Selektion) beruhen, der zu einer Maximierung des subjektiven Erwartungsnutzens führt (vgl. Lindenberg 1989, Esser 1990). Die Gültigkeit von ökonomischen sowie von Rational-choice-Ansätzen wird durch die Thesen der "Bounded-rationality-An-

sätze" eingegrenzt. Diese zielen einmal auf die Annahme vollständig informierter und mit hoher Informationsverarbeitungskapazität ausgestatteter Individuen ab. Nach Simon (1993) findet keine Nutzenmaximierung unter vollkommener Information statt, die von Simon als das "göttliche Modell" bezeichnet wird, sondern es wird im allgemeinen aus den verfügbaren Handlungsalternativen diejenige ausgewählt, die einem bestimmten Anspruchsniveau ("aspiration level") genügt. Im Falle der Ruhestandsentscheidung könnte das Anspruchsniveau als Sicherung des Lebensstandards oder als Versorgungsgrad bezeichnet werden. Wahlhandlungen werden nach Tversky/Kahneman (1990) zudem durch Framing-Prozesse eingeschränkt, d. h. bereits das Zielfeld wird reduziert, indem aufgrund hoher Informationskosten nur eine begrenzte Anzahl von Handlungsoptionen aus der unmittelbaren Umgebung selektiv wahrgenommen wird. Die Einwände der Bounded rationality müssen nicht dem Rational-choice-Ansatz widersprechen (vgl. Esser 1990), da Habits und Frames als Spezialfälle der Rational choice betrachtet werden können, die vor allem auf eine Verringerung von Informationskosten abzielen.

Soziologische Analysen des Lebensverlaufs betonen meist die geringen Steuerungsmöglichkeiten der individuellen Akteure. Nach Kohli (1985 und 1993) unterliegen Individuen einem System institutioneller Altersgrenzen, das zu einer "Chronologisierung des Lebenslaufs" führt. Dabei kommt den Altersgrenzen der gesetzlichen Rentenversicherung besondere Bedeutung zu, da sie, zusammen mit dem Alter des Berufseintritts die "Dreiteilung" des (vor allem des männlichen) Lebenslaufs begründen. Friedmann/Weimer (1982) betrachten die sozialpolitischen Regelungen weniger als direkte Steuerung, sondern sie konstatieren, daß gesellschaftliche Stereotypen "durch Zuschreibungs- und Labeling-Prozesse [...] zur Verhaltensnorm für die älteren Arbeitnehmer" (ebenda, 34) werden. Allmendinger (1994) befaßt sich auf Basis der Daten der "deutsche[n] Lebenslaufstudie", die auf einer retrospektiven Erhebung von Lebenslaufdaten beruht, mit der Strukturierung des Lebensverlaufs durch sozialversicherungsrechtliche Regelungen und Rollenerwartungen bei Ehepaaren. Den Bestimmungen der gesetzlichen Rentenversicherung weist sie dabei eine "Bilanzierung des Lebensverlaufs" zu. Der These der "Institutionalisierung des Lebenslaufs" wird jedoch zunehmend widersprochen (Mayer 1995) und statt der klassischen Dreiteilung des Lebenslaufes eine Individualisierung von Lebensverläufen sowie gewandelte Rollenverständnisse von Männern und Frauen postuliert (Guillemard 1991).

3.3.2 Der schrittweise Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand und Erwerbstätigkeit im Ruhestand

Einen aktuellen Überblick über die institutionellen und betrieblichen Regelungen zum schrittweisen Übergang in den Ruhestand in verschiedenen OECD-Ländern findet man bei Delsen/Reday-Mulvey (1996). Während in Schweden die Arbeitsmarktbeteiligung und speziell Teilzeitbeschäftigung Älterer relativ hoch ist (vgl. Wadensjö 1991, 1996), ist in den mitteleuropäischen Staaten die Erwerbsbeteiligung dieser Altersgruppe sehr gering. Dies ist nach Wadensjö weniger durch Arbeitsmarktprobleme begründet als durch staatliche Regelungen, die einen frühen und vollständigen Übergang in den Ruhestand fördern. In den USA und Japan ist eine (Teilzeit-)Beschäftigung Älterer üblich, um die oft kleine staatliche Rente aufzubessern, oder im Fall Japans, die Zeit zwischen der eigentlichen Berufstätigkeit bis zur Rente zu überbrücken. Diese "Rentnerjobs" sind in der Regel mit einem Arbeitsplatzwechsel und einem beruflichen Statusverlust verbunden.

Bisherige Untersuchungen zum gleitenden Übergang in den Ruhestand in Deutschland blieben überwiegend auf argumentativer Ebene (vgl. Stitzel 1985, Schüle 1987) oder versuchten, das Potential für Modelle des schrittweisen Übergangs in den Ruhestand zu ermitteln (vgl. DIW 1988). Empirische Untersuchungen über Personen, die schrittweise aus dem Erwerbsleben ausscheiden, lagen bei Antragstellung vor allem für den Wirkungsbereich des Vorruhestandsgesetzes vor. Deters/Staehle/Stirn (1989) stellen dazu fest, daß schrittweise Übergänge in den Ruhestand im Rahmen des Vorruhestandsgesetzes nur vereinzelt vorkamen und daß die Arbeitnehmer i. d. R. völlig aus dem Betrieb ausgeschieden sind. So nahmen in der chemischen Industrie lediglich 2 % aller Vorruheständler die Möglichkeit der Altersteilzeitarbeit wahr (Kohli et al. 1989, 66).

Bäcker/Naegele (1992, 1993) kritisieren, daß das Teilrentenmodell der gesetzlichen Rentenversicherung als spätes Gleitmodell zum falschen Zeitpunkt eingeführt wurde, und daß statt dessen eine Teilrente vor der gesetzlichen Altersgrenze den Trend zum Vorruhestand abbremsen, gleichzeitig eine Kultur der Altersteilzeit etablieren und damit den Weg für ein späteres Hinausschieben des Ruhestandszeitpunktes ebnen könnte. Auch ist ohne einen Rechtsanspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz die Durchsetzung dieser Regelungen in Unternehmen schwierig, da

diese aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten (vgl. dazu auch DIW 1988) eine vollständige Ausgliederung der Älteren vorzögen.

Im Mittelpunkt einer schriftlichen Befragung von Teilrentnern sowie privaten und öffentlichen Arbeitgebern durch Winkel et al. (1994) stehen vor allem der berufliche Status der Teilrentner, die Informationsbeschaffung und die Aushandlungsprozesse zwischen älteren Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern. Kaum berücksichtigt wurde die Situation von Teilrentnern an ihrem Arbeitsplatz. Die Einkommenssituation von Teilrentnern wurde nur hinsichtlich ihrer Beurteilung durch die Teilrentner erfaßt und weitere Einkommensquellen, wie z. B. aus privater Altersvorsorge, wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Völlig unbeachtet blieb in der Studie vor allem auch der für Ruhestandsentscheidungen bedeutsame Haushaltskontext der Teilrentner.

Weiteren Aufschluß über die Erwerbstätigkeit in höherem Lebensalter und Optionen für zukünftige Alterserwerbstätigkeit geben Untersuchungen, die sich mit Personen befassen, die neben dem Bezug einer Altersrente weiterhin einer Nebenerwerbstätigkeit nachgehen. Nach einer Studie von Helberger/Schwarze (1986) beträgt die Nebenerwerbstätigkeitsquote von Rentnern nur ca. 4 %. Als mögliche Gründe für die geringe Erwerbsneigung von Rentnern geben sie einmal eine auskömmliche Rente und zum anderen auch fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten an. Kohli et al. (1993) untersuchten unterschiedliche Möglichkeiten beruflicher und nichtberuflicher Tätigkeiten von pensionierten Männern, die einmal zeigen, daß Rentnerarbeit weniger aus ökonomischen Zwängen heraus notwendig ist, sondern vielmehr eine sinnvolle Beschäftigung und soziale Kontakte bietet (Freter 1993). Dies steht im Gegensatz zur Studie von Emnid (1993), in der Geldmangel als wichtigster Grund für Erwerbsarbeit im Rentenalter genannt wird. Für Selbständige diagnostiziert Tregel (1993) eine abnehmende Bedeutung der Rentnerarbeit, vor allem im Bereich des Handwerks und des Lebensmitteleinzelhandels. Laut Wachtler et al. (1995a, b) wird die "Arbeit im Ruhestand" fast immer im Rahmen eines - für Arbeitgeber kostengünstigeren - geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses und nur sehr selten mit einer versicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung in Verbindung mit einer Teilrente durchgeführt.

3.3.3 Ältere Arbeitnehmer im Betrieb

Ökonomische Modelle des Arbeitsangebotes setzen im allgemeinen voraus, daß Arbeitnehmer, die ihre Arbeitskraft anbieten, auf dem Arbeitsmarkt eine entsprechende Nachfrage finden. Untersuchungen über die Situation älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt bestätigen jedoch, daß insbesondere Ältere mit Problemen bei der Suche nach einer Beschäftigung konfrontiert werden. Zwar ist das Risiko, arbeitslos zu werden, aufgrund des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer eher gering, doch wenn Ältere einmal ihren Arbeitsplatz verloren haben, sind ihre Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz ungünstig (vgl. Kühlewind 1986, Hoffmann 1993).

Gemäß der neoklassischen Theorie der Arbeitsmärkte entsteht Arbeitslosigkeit insbesondere, wenn Lohnsätze gezahlt werden, die über den markträumenden Lohnsätzen liegen. Die Erklärungen für die Tatsache, daß Unternehmen häufig höhere Löhne als Marktlöhne zahlen und daß Arbeitslosigkeit keinen Unterbietungswettbewerb verursacht, liefern die Effizienzlohntheorie und die Insider-Outsider-Theorie. Nach der Effizienzlohntheorie (Leibenstein 1957) besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und der Höhe des Lohnes. Arbeitnehmer, die nicht die geforderte Arbeitsleistung erbringen, können ihren hochbezahlten Arbeitsplatz verlieren und einen erheblichen Einkommensverlust erleiden, indem sie eine neue Beschäftigung zum niedrigeren Marktlohnsatz aufnehmen müssen. Damit zielen Effizienzlöhne auch auf eine längere Betriebstreue der Mitarbeiter und die Verringerung der Fluktuationskosten für die Unternehmen.

Steigende Alterslohnprofile sind ebenfalls im Rahmen der Effizienzlohntheorie erklärbar (vgl. Franz 1994). Demnach können zwar die Gegenwartswerte aller Lohnzahlungen den Marktlohnsätzen entsprechen, doch müssen neu eingestellte Arbeitnehmer niedrigere Löhne akzeptieren, während langjährige Mitarbeiter höhere Löhne erhalten. Eine über dem Marktlohn liegende Entlohnung bietet einen Anreiz zur Entlassung von Mitarbeitern spätestens dann, wenn die Kompensation für niedrige Einstiegsgehälter erfolgt ist, also insbesondere bei älteren Mitarbeitern. Die Insider-Outsider-Theorie erklärt die Persistenz von Arbeitslosigkeit damit, daß Beschäftigte eines Betriebes (Insider) Löhne über dem Marktlohnsatz durchsetzen können und "Outsider" trotz des Unterbietens dieser Löhne am Eintritt in den Betrieb hindern können (vgl. Lindbeck/Snower 1986, 1988; Franz 1993).

Gerade in Phasen hoher Arbeitslosigkeit wird Personalabbau in Unternehmen verstärkt über die Ausgliederung älterer Beschäftigter betrieben. Betriebliche Akteure nutzen das bestehende rechtliche Instrumentarium, da ein Großteil der finanziellen Lasten der Externalisierung von der Versichertengemeinschaft der Arbeitslosen- und Rentenversicherung getragen wird (vgl. Gatter/Hartmann 1995). Nicht nur weil ältere Arbeitnehmer durch staatliche Transfers und betriebliche Zusatzleistungen wie Abfindungen oft finanziell ausreichend ausgestattet sind, verläuft diese Ausgliederung meist mit Einverständnis der Arbeitnehmer und deren Interessenvertreter, sondern auch, weil Ältere aus der Erwerbstätigkeit in eine von der Gesellschaft anerkannte Lebensphase, den Ruhestand, entlassen werden, während jüngere Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit mit einer unsicheren Zukunft konfrontiert werden (vgl. Kohli 1993).

Auch Rosenow/Naschold (1994) konstatieren bei älteren Arbeitnehmern die Erwartung eines frühen Ruhestands, jedoch ist im Zusammenspiel staatlicher, betrieblicher und individueller Akteure entscheidender, daß die Entscheidungsspielräume älterer Arbeitnehmer häufig durch Personalstrategien ihres Arbeitgebers oder durch die Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmer begrenzt werden. Staat und Unternehmen können dabei sowohl eine Internalisierung älterer Arbeitskräfte über eine Regulierung der Arbeitsnachfrage wie auch eine Externalisierung über eine Regulierung des Arbeitsangebotes der Älteren verfolgen (vgl. Rosenow/Naschold 1994, 33).

Hutchens (1994) nennt mögliche Kostenargumente, die Unternehmer veranlassen können, ältere Arbeitnehmer auszugliedern. So weisen Ältere bei Senioritätsentlohnung eine vergleichsweise geringere Produktivität auf als jüngere Mitarbeiter. Oft haben sie kohortenspezifische Ausbildungsnachteile, da z. B. ihre Qualifikation veraltet ist, was jedoch nach Schmäh (1989a, 463) durch lebenslanges Lernen verhindert werden könnte. Jedoch sind viele Arbeitgeber der Ansicht, daß sich Humankapitalinvestitionen bei Älteren weniger lohnen, da die Restnutzungszeit geringer ist. Zudem wird häufig die fehlende Weiterbildungsmotivation älterer Mitarbeiter bemängelt, die jedoch auch durch inadäquate Ausbildungsmethoden begründet sein kann (vgl. Hentze 1994).

Nach Rosenow (1992) stellt die "Frühverrentung als altersselektive Externalisierungsstrategie" ein Instrument für verschiedene betriebliche Problemlagen dar,

wobei jedoch der Druck zum Personalabbau in Unternehmen mit Rationalisierungsprozessen und Absatzproblemen dominiert. Daß jedoch auch Firmen und Branchen, die nicht unter personalwirtschaftlichem Anpassungsdruck stehen, Frühverrentung nutzen und damit den Präferenzen ihrer Mitarbeiter entgegenkommen, wurde in einer Studie über die Versicherungswirtschaft belegt (vgl. Gatter/Hartmann 1995, Schmähl/Gatter 1994).

Jacobs/Kohli/Rein (1991) untersuchen für Deutschland, die Niederlande, Großbritannien und die USA inwieweit Frühverrentung durch die Organisation von Arbeit und damit einhergehend der Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflußt wird. Ein Ergebnis ist, daß sich die Altersstrukturen mit Ausnahme des Landwirtschaftssektors für unterschiedliche Branchen kaum unterscheiden. Sowohl krisengeschüttelte wie auch expandierende Wirtschaftssektoren nutzen Frühverrentung, wenn auch mit unterschiedlichen Zielen. Unterschiede bezüglich der Beschäftigung Älterer finden sich eher auf Unternehmensebene, so sind z. B. teure Vorruhestandsprogramme eher für größere Firmen in prosperierenden Branchen finanzierbar.

Marek/Neumann (1993) unterscheiden auf Basis von Betriebsfallstudien drei typische Reaktionsmuster der Betriebe zur Bewältigung personalwirtschaftlicher Aufgaben: Qualifizierungsmaßnahmen, Umsetzungen und vorzeitige Verrentung. Die bevorzugte Strategie der Unternehmen gegenüber älteren Mitarbeitern ist dabei die vorzeitige Pensionierung. Von Qualifizierungsmaßnahmen bleiben ältere Arbeitnehmer nahezu ausgeschlossen und Umsetzungsmaßnahmen erfolgen i. d. R. aufgrund von Leistungsverringerungen am alten Arbeitsplatz, wobei die Umsetzung auf einen Arbeitsplatz, auf dem Ältere ihre besonderen Kenntnisse einbringen können, üblicherweise nicht in Betracht gezogen wird. Auch die geplante Anhebung der Altersgrenzen der gesetzlichen Rentenversicherung ab dem Jahr 2001 wurde von den untersuchten Unternehmen noch nicht in einer längerfristige Personalplanung berücksichtigt. Die Betriebsfallstudien verdeutlichen ferner, daß der schrittweise Übergang in den Ruhestand "keinen betriebsstrategischen Stellenwert" besitzt, sondern nur als von außen herangetragene Forderung wahrgenommen wird.

3.4 Eigene Vorarbeiten

In der laufenden Projektphase ist durch eine Vergleichsbefragung von Antragstellern von Voll- und Teilrenten eine Datenbasis zur Analyse der Statuspassage vom Erwerbsleben in den Ruhestand geschaffen worden. Die wichtigsten Ergebnisse der ersten Analysen sind:

- Für Männer wurde die Arbeitslosigkeit vor dem Ruhestand zur Normalität. Die bedeutendste Rentenart männlicher Rentenantragsteller war die Rente wegen Arbeitslosigkeit.
- Die Befragten beantragten im Regelfall die zuerst verfügbare Altersrente und strebten damit einen möglichst frühzeitigen Übergang in den Ruhestand an.
- Als wichtigste Begründung für die Aufgabe der Erwerbstätigkeit wurden "gesundheitliche Beschwerden" genannt. Weitere wichtige Gründe waren die Aufforderung des Arbeitgebers, die Erwerbstätigkeit zu beenden und das Motiv "den Arbeitsplatz für Jüngere freizumachen".
- Die Teilrente wurde nur in geringem Umfang genutzt. Als Ursache für die Bevorzugung der völligen Aufgabe des Arbeitsplatzes erwiesen sich v. a. der Mangel an Teilzeitarbeitsplätzen und der Wunsch, die Vollrente möglichst früh zu beanspruchen.

Der Projektleiter befaßte sich in einer Vielzahl von Arbeiten mit Fragen zur Alterssicherung. Der Übergang in den Ruhestand und die Möglichkeiten seiner Neugestaltung wurden z. B. in Schmähl (1988, 1989a,b,c,d, 1990, 1992, 1993) und Jacobs/Schmähl (1988) behandelt. Dabei wurde insbesondere auf die Auswirkungen der demographischen Alterung, einhergehend mit der sinkenden Arbeitsmarktbeteiligung Älterer, auf die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung eingegangen (1989c). In verschiedenen Arbeiten wurde zur Entschärfung dieser Entwicklung vor allem die Möglichkeit einer Verlängerung der Lebenserwerbsphase dargestellt (1989d, 1992). Die angesprochenen Reformansätze, ebenso wie die Forderung nach einem flexibleren, schrittweisen Übergang, haben zum Teil in der Rentenreform 1992 Eingang gefunden (1993).

Einen Überblick über staatliche Initiativen und betriebliche Arrangements zum schrittweisen Übergang in den Ruhestand in Deutschland geben Schmähl /George/Oswald (1996). Die Ergebnisse von Fallstudien in der deutschen Versicherungswirtschaft zeigen, daß auch in diesem expandierenden

Wirtschaftszweig die Potentiale für einen schrittweisen und zeitlich hinausgeschobenen Übergang in den Ruhestand kaum genutzt werden und stattdessen auch dort Maßnahmen zur frühen Ausgliederung älterer Arbeitnehmer betrieben werden (Schmähl/Gatter 1994).

Viebrok (1993) stellt verschiedene betriebliche Regelungen zur Altersteilzeit vor und zeigt Möglichkeiten und Grenzen einer betrieblichen Umsetzung der Teilrentenregelung. Viebrok (1996) enthält ein mikroökonomisches Arbeitsangebotsmodell, das die Anreizwirkungen des deutschen Sozialversicherungsrechts auf den Übergang in den Ruhestand untersucht. Ein laufendes Teilprojekt innerhalb des Verbundprojektes "Problem der begrenzten Tätigkeitsdauer und neue Arbeitszeitmodelle für ältere Arbeitnehmer - finanzielle Folgen betrieblicher Modelle" (gefördert durch den BMBF) unter der Leitung von Schmähl und unter Mitarbeit von Viebrok konzentriert sich auf die betrieblichen Bedingungen und gerontologischen Aspekte sowie finanziellen Folgen unterschiedlicher betrieblicher Arbeitszeitmodelle für die Arbeitnehmer.

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

3.5.1 Forschungsziele

3.5.1.1 Überblick

Bei der Gestaltung des Ausscheidens älterer Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben und dem Übergang in den Ruhestand sind im wesentlichen drei Akteure beteiligt:

- *Ältere Arbeitnehmer* treffen Entscheidungen zu ihrem Übergang in den Ruhestand unter Berücksichtigung sozialversicherungsrechtlicher Bestimmungen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.
- *Private Unternehmen* und öffentliche Arbeitgeber bestimmen Arbeitsmarktrestriktionen für Ruhestandsentscheidungen.
- Der *Staat* setzt durch die sozialpolitische Gesetzgebung institutionelle Rahmenbedingungen für Übergänge in den Ruhestand.

Während in der ersten Projektphase Anreize für ältere Arbeitnehmer zu Änderungen ihres Übergangs in den Ruhestand aufgrund geänderter institutioneller Rahmenbedingungen untersucht wurden, soll im folgenden der Einfluß der Unternehmen auf den Übergang älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand den Schwerpunkt der Analyse bilden. Dabei soll die Frage beantwortet werden, in welcher Weise die

Unternehmen durch ihre Nachfrage nach Arbeitskräften unter Berücksichtigung institutioneller Rahmenbedingungen die Lebensverläufe älterer Arbeitnehmer determinieren.

Aus ökonomischer Sicht ist dabei unter anderem die Beeinflussung des Lebens Einkommens der Arbeitnehmer durch Unternehmen relevant: Mikroökonomische Theorieansätze zur Ruhestandsentscheidung setzen meist eine langfristige Planung des individuellen Arbeitsangebots voraus, um eine optimale Höhe und Verteilung des Lebens Einkommens zu erreichen. Aufgrund von Arbeitsmarktrestriktionen kann jedoch das geplante Arbeitsangebot häufig in der Endphase der Erwerbstätigkeit nicht in vollem Umfang verwirklicht werden.

Das Ziel der Untersuchung besteht auch darin, Erklärungen für die betriebliche Personalpolitik gegenüber älteren Arbeitnehmern zu finden, die derzeit vor allem durch eine Zunahme frühzeitiger Externalisierung gekennzeichnet ist. In einem interdisziplinär angelegten Forschungsansatz sollen dazu drei Fragenkomplexe untersucht werden: Zum ersten soll der Beitrag der ökonomischen Theorie zur Erklärung der Nachfrage der Unternehmen nach älteren Arbeitskräften überprüft werden. Zweitens soll die derzeitige Praxis der Personalpolitik der Unternehmen gegenüber älteren Mitarbeitern aufgezeigt werden, wobei soziologische Konzepte über das soziale Handlungssystem Betrieb herangezogen werden müssen. Drittens soll die Analyse der Regulierungsmechanismen der vorzeitigen Verrentung eine Einschätzung der zukünftigen Möglichkeiten hinsichtlich einer Ausdehnung der Erwerbstätigkeit Älterer durch Teilzeitarbeit in Verbindung mit einer Teilrente ermöglichen.

3.5.1.2 Überprüfung des Beitrags der ökonomischen Theorie zur Erklärung der Nachfrage der Unternehmen nach älteren Arbeitskräften

Das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben stellt eine Arbeitsangebotsentscheidung im Lebenszyklus dar, die besonderen institutionellen Regelungen unterworfen ist. Neben staatlichen und insbesondere sozialrechtlichen Regelungen, sind Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt Restriktionen unterworfen, wenn die von ihnen angebotene Arbeitskraft keine Nachfrage findet. Betrachtet man das Arbeitsangebot im Lebensverlauf und geht man von einer mit zunehmendem Alter steigenden Freizeitpräferenz aus, so ergibt sich ein steigender Verlauf für den Anspruchslohn

(reservation wage) der Erwerbspersonen. Mit dem Erreichen der Altersgrenzen für die gesetzliche Rentenversicherung steigt dieser Anspruchslohn sogar sprunghaft an, da alternativ Renteneinkommen verfügbar ist. Gleiches gilt für Vermögen oder Leistungen aus einer Lebensversicherung. Aus der Effizienzlohntheorie und der Humankapitaltheorie wird i.d.R. ein mit dem Alter degressiv steigender Lohnverlauf bei Erwerbsarbeit abgeleitet. Nach der Reservation-wage-Theorie wird bis zu dem Zeitpunkt Arbeit angeboten, an dem der Anspruchslohn dem gezahlten Lohn entspricht. Dies ist für den Arbeitnehmer der optimale Zeitpunkt, um in Rente zu gehen.

In der ökonomischen Arbeitsnachfragetheorie setzt das Unternehmen die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gewinnmaximierend ein. Für ein solches Unternehmen ist es dann optimal, Arbeitskräfte einzustellen oder weiterzubeschäftigen, wenn deren Wertgrenzprodukt den gezahlten Lohnsatz übertrifft. Gemäß dieser Kosten-Ertrags-Rechnung wird von Unternehmen ein anderer, in der Regel früherer Verrentungszeitpunkt angestrebt als von Arbeitnehmern. Hat der Arbeitnehmer in jungen Jahren entsprechend der Effizienzlohntheorie eine niedrigere Entlohnung hinnehmen müssen, als es seinem Wertgrenzprodukt entsprach, so wird dies am Ende des Tätigkeitszeitraumes im Unternehmen durch höhere Lohnzahlungen ausgeglichen. Wegen hoher Transaktionskosten und der Gefahr von Reputationsverlusten auf dem Markt für qualifizierte Arbeitskräfte entläßt das Unternehmen den Arbeitnehmer jedoch nicht genau zu dem Zeitpunkt, zu dem Wertgrenzprodukt und Lohn einander entsprechen, sondern dann, wenn das geringere Einkommen in jüngeren Jahren durch ein höheres Einkommen am Ende der Karriere kompensiert wurde.

Die Segmentationstheorie kann mit der Aufteilung des Arbeitsmarktes in unstrukturierte, berufsfachliche und betriebsinterne Arbeitsmärkte (vgl. Lutz 1987) das hohe Verbleibsrisiko Älterer in der Arbeitslosigkeit erklären. Die frühe Ausgliederung gut ausgebildeter und eingearbeiteter Arbeitnehmer auch aus den Betrieben mit betriebsinternen Arbeitsmärkten scheint jedoch auf den ersten Blick im Widerspruch zu dieser Theorie zu stehen. Für das Funktionieren betrieblicher Mobilitätsketten ist es jedoch notwendig, daß freie Arbeitsplätze in höheren Hierarchieebenen für "Aufsteiger" zur Verfügung stehen.

Da für ältere Arbeitnehmer jedoch verstärkte Kündigungsschutzbestimmungen gelten, können Unternehmen diese häufig nur mit deren Einwilligung externalisieren. Diese Zustimmung wird unter anderem durch Kompensationszahlungen der Firmen und günstig gestaltete Transferregelungen erreicht. Zugleich minimieren z. B. die Altersrente für Arbeitslose oder Vorruhestandszahlungen die mit dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben verbundenen Risiken für Arbeitnehmer und erhöhen dadurch die Bereitschaft der älteren Beschäftigten, ihrer Ausgliederung aus dem Betrieb zuzustimmen.

3.5.1.3 Untersuchung der betrieblichen Determinanten der Frühverrentung

Dieser Fragenkomplex befaßt sich mit den Prozessen innerhalb von Unternehmen, die zur Externalisierung älterer Mitarbeiter führen. Dazu stellt sich zunächst die grundlegende Frage, mit welchen ökonomischen Problemen Unternehmen konfrontiert werden. Als zu lösende Problemlagen können dabei vor allem unterschieden werden:

- der Rückgang der Nachfrage auf den Absatzmärkten durch konjunkturelle Schwankungen oder branchenspezifische Strukturkrisen,
- Kosten- und Effizienzprobleme und daraus resultierender Rationalisierungsdruck,
- Produkt- und Prozeßinnovationen,
- unmittelbare personalwirtschaftliche Probleme, wie z. B. eine ungünstige Altersstruktur der Belegschaft.

Gemeinsam ist diesen ökonomisch bedingten Problemlagen, daß Unternehmen in vielen Fällen mit externalisierenden personalwirtschaftlichen Maßnahmen reagieren. Untersucht werden soll daher, inwieweit unterschiedliche Problemsituationen auch zu differenzierten personalwirtschaftlichen Verarbeitungsmustern führen können, oder ob der Abbau von Personal vor allem durch Frühverrentung bereits ein allgemein geübtes Handlungsmuster geworden ist, das ohne die Evaluierung alternativer Problemlösungsstrategien zur Anwendung kommt und ob dadurch die Suche nach unternehmensinternen Alternativstrategien behindert wird. Denkbar wäre z. B. die Lösung von Kosten- und Effizienzproblemen durch eine effektivere Organisation des Produktionsablaufs oder durch Modelle der Arbeitszeitflexibilisierung, mit der Folge, daß dadurch die Notwendigkeit des Personalabbaus verrin-

gert oder vermieden werden könnte. In diesem Kontext interessiert die Frage, ob auch betriebliche Akteure Entscheidungen unter dem Einfluß von Gewohnheiten (habits) und aufgrund von "Framingprozessen" treffen, d. h. ob einmal gewonnene und genutzte Lösungsmuster auch zukünftige Orientierungen von Unternehmen determinieren.

In den untersuchten Unternehmen sollen daher die spezifischen Faktoren erschlossen werden, die als verantwortlich für personalpolitischen Handlungsbedarf betrachtet werden, also z. B. die Position auf den Absatzmärkten, die Dynamik des Marktsegmentes, in welchem das jeweilige Unternehmen seine ökonomischen Aktivitäten entfaltet, und die sich daraus ergebende Notwendigkeit zu Produkt- und Prozeßinnovationen, aber auch die Struktur der Belegschaften hinsichtlich der Kriterien Alter, Betriebszugehörigkeitsdauer, Qualifikation und beruflicher Stellung. Dabei soll herausgearbeitet werden, welche Determinanten personalpolitischer Entscheidungen zur Herausbildung der Altersselektivität von Externalisierungsstrategien führen. Diese werden vor allem durch tatsächliche oder angenommene erhöhte betriebliche Risikolagen älterer Arbeitnehmer hinsichtlich ihres Leistungsvermögens, ihrer Qualifikation und ihres Gesundheitszustandes begründet.

Als wichtigster Einwand gegen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer wird stets ihre im Vergleich zu Jüngeren niedrigere Produktivität angeführt. Aus einer geringeren Leistungsfähigkeit und aufgrund der Senioritätsentlohnung resultieren für die Unternehmen höhere Personalkosten. Auch wenn die These der relativen Leistungsdefizite in der wissenschaftlichen Diskussion kaum auf breite Zustimmung stößt, muß auf die Beurteilung des Leistungsvermögens Älterer durch die Betriebe eingegangen werden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmer hängen nicht ausschließlich von ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit ab, sondern auch davon, wie Arbeitgeber diese einschätzen.

Eine tatsächliche Minderung des Leistungsvermögens Älterer kann jedoch auch betriebs- oder arbeitsplatzbedingt sein. Vor allem industrielle Produktionsabläufe gehen mit hohen Verschleißrisiken einher, die bei langer Belastungsdauer Gesundheitsschäden und damit eine tatsächliche Leistungsminderung hervorrufen können. Zu untersuchen ist daher, in welcher Weise die Organisation der Produktion bzw. der Leistungserstellung die Verrentung älterer Mitarbeiter (z. B. auch

über Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten) beeinflusst und ob Veränderungen der Prozesse der Leistungserstellung in Betrieben, wie sie sich z. B. durch den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft oder die allmähliche Ablösung der industriellen Massenfertigung durch stärker qualifikationsorientierte Gruppenarbeit abzeichnen, die die Produktivität im Alter stabilisieren können.

Als zusätzlicher Hinderungsgrund für die (Weiter-) Beschäftigung gilt die Qualifikationsstruktur des älteren Teils der Belegschaft, denn das formale Qualifikationsniveau der Älteren ist durchschnittlich geringer als das der Jüngeren. Zudem wird der Ausbildungsstand der Älteren häufig als nicht mehr zeitgemäß erachtet, da die berufliche Ausbildung älterer Kohorten häufiger auf manuelle und handwerkliche Fertigkeiten abstellte, wobei auch dem mit steigendem Alter tendenziell wachsenden Erfahrungswissen ein größerer Stellenwert zukam. Im Umgang mit neuen Technologien rücken handwerkliche Geschicklichkeit und ähnlich geartete Qualifikationen immer weiter in den Hintergrund, gefragt ist eher ein aktueller Wissensstand und die Fähigkeit, sich schnell an geänderte Anforderungen anzupassen. Im Rahmen dieser Untersuchung soll ermittelt werden, ob die Strukturen der untersuchten Unternehmen hinsichtlich der Qualifikation der Belegschaft einen Handlungsdruck in Richtung einer Umstrukturierung verursachen. Dabei geht es auch um die Berücksichtigung internalisierender Problemlösungsstrategien, wie z. B. der Qualifizierung von älteren Mitarbeitern.

Eine weitere These zur Frühverrentung besagt, daß durch die gesetzliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung Anreize zu einer frühen Ausgliederung Älterer gesetzt werden. Erst die Verfügbarkeit von alternativem Einkommen bei Aufgabe des Arbeitsplatzes ermöglicht die Ausgliederungspolitik der Unternehmen und liefert damit die Basis für die breite Zustimmung zu altersselektiven Externalisierungsstrategien durch die Belegschaft und ihren institutionellen Vertretungen in den Betrieben. Die große Akzeptanz auf gesellschaftlicher und politischer Ebene ergibt sich vor allem durch die Möglichkeit, die Frühverrentung als Instrument gegen Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zwar kann durch die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer möglicherweise nicht das Niveau der Arbeitslosigkeit verringert werden, jedoch ergeben sich positive strukturelle Effekte, wenn jüngere Arbeitslose die freiwerdenden Arbeitsplätze einnehmen können und dadurch in die Lage versetzt werden, Humankapital aufzubauen oder zu erhalten.

Ein wichtiger Fragenkomplex der Untersuchung befaßt sich mit dem Ablauf der Frühverrentungsprozesse in Unternehmen, wodurch das Unternehmen als soziales Handlungssystem in den Vordergrund rückt. Die Untersuchung der Entscheidungsprozesse in Unternehmen ist vor allem dadurch von Bedeutung, daß Kündigungsschutzbestimmungen die einseitige Kündigung von älteren Arbeitnehmern durch die Unternehmen erschweren und daher die Beendigung der Arbeitsverhältnisse meist nur mit formaler Zustimmung der älteren Mitarbeiter möglich ist. Untersucht werden soll daher, inwieweit die These der hohen sozialen Akzeptanz der Frühverrentung in den untersuchten Unternehmen zutrifft. Zu fragen ist, auf welche Art die Zustimmung zur Ausgliederung bei den älteren Arbeitnehmern und in der weiteren Belegschaft hergestellt wird und welche unterschiedlichen Steuerungsmechanismen mit dem Ziel der Frühverrentung sich in den Unternehmen herausgebildet haben. Aus ökonomischer Sicht interessiert vor allem, welche finanziellen Anreize Unternehmen setzen, um ältere Arbeitnehmer zum Übergang in den Ruhestand zu bewegen. Im einzelnen können dies Abfindungen, Vorruhestandsleistungen, Aufstockungen des Arbeitslosengeldes im Falle der sog. 59er Regelung und Zuschüsse zu den Arbeitnehmerbeiträgen der Sozialversicherungen sein.

Im Rahmen der Untersuchung der Frühverrentungsprozesse soll auch die Frage beantwortet werden, ob unternehmensinterne Lösungsversuche erwogen werden und welche Bedeutung ihnen zukommt. Im Hinblick auf den Übergang in den Ruhestand liegt der Schwerpunkt bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten in der Endphase der Erwerbstätigkeit, also auch der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer. Untersucht werden soll weiter, ob alternative Problemlösungsstrategien durch die eingeschränkte Wahrnehmung von Alternativen ("framing") oder durch Habitualisierung betrieblicher Entscheidungen ausgeblendet werden.

3.5.1.4 Weiterführung der Untersuchungen zum Erwerbsverhalten in der individuellen Perspektive

Die Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer im Rahmen schrittweiser Übergänge in den Ruhestand wird seit den 80er Jahren verstärkt diskutiert. Die schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit soll nach der damals üblichen gerontologischen Argumentation vor allem eine allmähliche Anpassung an den neuen Status des Rentners und eine Reduzierung berufsbedingter Belastungen ermöglichen. Durch die Einführung

der Teilrente im Rahmen der Rentenreform 1992 wurde ein Modell des gleitenden Übergangs in den Ruhestand geschaffen, das die Vorzüge einer schrittweisen Reduzierung der Arbeitszeit mit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu kombinieren versucht. Die aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage gegenwärtig häufig praktizierte Frühverrentung verhindert jedoch eine breite Inanspruchnahme der Teilrente und belastet die Finanzen der Rentenversicherung und auch der Arbeitslosenversicherung mit hohen Kosten. Als Reaktion darauf wird die sozialpolitische Konstruktion des Übergangs in den Ruhestand mit dem Ziel, die hohe Zahl der Frühverrentungen durch verstärkte Altersteilzeit einzudämmen, grundlegend reformiert. Dabei soll die Teilrente durch ein zeitlich vorgelagertes betriebliches Altersteilzeitmodell ergänzt werden.

Im Forschungsprogramm der ersten Phase ging es in erster Linie darum, die beiden Personenkreise miteinander zu vergleichen, die eine Vollrente oder eine Teilrente beantragt haben. Als Erweiterung zum ursprünglich geplanten Programm soll der individuelle Aspekt auch in der zweiten Projektphase weiter bearbeitet werden. Dies ist zum einen dadurch begründet, daß aus der schriftlichen Erhebung in der ersten Projektphase Daten zur Verfügung stehen, die wegen der erhebungstechnischen Verzögerungen bei den Rentenversicherungsträgern noch nicht vollständig ausgewertet werden konnten. Zum zweiten gewinnt das Teilrentenmodell erheblich an Bedeutung, da es auf weitere Personenkreise ausgedehnt werden soll. So ist die Anwendung auf Berufsunfähigkeitsrentner geplant. Bereits im Zuge der Rentenreform 1992 wurde mit dem Abbau von Anreizen zur Frühverrentung durch die geplante Einführung von versicherungsmathematischen Abschlägen bei vorgezogenem Rentenbeginn und die schrittweise Heraufsetzung der Altersgrenzen auf 65 Jahre begonnen. Dadurch wird vor allem die Möglichkeit des Rentenbezugs ab dem Alter von 60 Jahren für Frauen und Arbeitslose entfallen. Doch aufgrund des starken Anstiegs des Rentenzugangs wegen Arbeitslosigkeit in den Jahren 1994 und 1995 wird die Einführung der geplanten Reformmaßnahmen in den Jahren 2001 bis 2012 vielfach als zu spät erachtet. Daher wird vom Bundesarbeitsminister die Anhebung der Altersgrenzen und die Einschränkung des Altersruhegeldes wegen Arbeitslosigkeit angestrebt. Eine Veränderung der Statuspassage vom Erwerbsleben in den Ruhestand wird als unverzichtbar angesehen, wobei die Altersteilzeitarbeit eine Schlüsselstellung einnehmen soll. In der Diskussion ist damit die Anwendung innerhalb eines sogenannten frühen Gleitmodells, das bereits in

einem Alter ab 55 Jahren beginnen soll und zum Teil Elemente beinhaltet, die erst nach dem Jahre 2000 in Kraft treten sollten (z. B. Rentenabschlüsse). Es ergibt sich die Gelegenheit, individualbezogene Forschungsergebnisse des Sfb früher als geplant in die Implementierungsprozesse einzubringen.

Eine konkrete Frage der ersten Projektphase war, inwieweit sich das Verhalten in der Statuspassage aus der Erwerbstätigkeit in die Nacherwerbsphase durch ökonomische Lebenszyklus-Ansätze erklären läßt, wonach die Erwerbsbiographie in erster Linie durch intertemporale Allokationsentscheidungen über Arbeitsangebot und Freizeit sowie Sparen und Konsum strukturiert wird. Dazu war zu erheben, welchen Budgetrestriktionen Haushalte bei ihren Entscheidungen ausgesetzt sind. Aus dieser Befragung liegen befriedigende Daten über das Einkommensniveau vor dem Ruhestand vor, die Einkommenssituation nach dem Übergang in den Ruhestand konnte jedoch kaum ermittelt werden, u. a. da den Befragten zum Zeitpunkt ihrer Antragstellung die zu erwartende Rentenhöhe häufig nicht bekannt war. Damit ist eine Untersuchung der Einkommenshöhe vor Rentenbeginn als Determinante der Ruhestandsentscheidung möglich, nicht aber der geplante Vergleich der Einkommensniveaus vor und während des Ruhestands.

Darüber hinaus enthält der Datensatz weitere entscheidungsrelevante Faktoren wie z. B. der bisherigen Arbeitszufriedenheit, den Arbeitsbedingungen und Freizeitmöglichkeiten, dem beruflichen Status und den Familienverhältnissen. Die Erhebung bezog sich auch auf den Gesundheitszustand des Arbeitnehmers. Teilziel ist es, im Vergleich der beiden Gruppen die Rolle dieser Faktoren für die Ruhestandsentscheidung zu klären. Zusätzlich liegen Informationen darüber vor, welche Alternativen bekannt waren und wie Informationsprozesse abgelaufen sind. So lassen sich auch Fragen beantworten, die auf Informationsnachfrage und -verarbeitung im Vorfeld der Entscheidung über Voll- oder Teilrentenbezug bei den Rentenantragstellern abzielen. Eine Weiterführung der Arbeiten zur individuellen Perspektive ist vor allem deshalb notwendig, weil die Teilrentner-Stichprobe aufgrund der geringen Inanspruchnahme der Teilrente und wegen organisatorischer Probleme bei den Rentenversicherungsträgern nicht im geplanten Umfang verwirklicht werden konnte. Eine Ausweitung der Befragung auf die Rentenzugänge des Zeitraums von April 1994 bis Mai 1995, die in der Unter-

suchung noch nicht erfaßt wurden, wird die Datenbasis um mindestens 400 Fälle erhöhen. Die Versendung der Fragebögen erfolgt derzeit.

3.5.1.5 Analyse der Möglichkeiten der Altersteilzeitarbeit als Alternative zur Frühverrentung

Ein wichtiges Ziel des Projektes ist die Erforschung des Potentials der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer in Unternehmen, auch im Hinblick auf die Ausweitung des Teilrentner-Modells auf weitere Personenkreise (Berufsunfähigkeitsrente). Dabei sollen die betrieblichen Grenzen aufgezeigt werden, denen ältere Arbeitnehmer bei der Gestaltung ihrer Lebensverläufe unterliegen, und die betrieblichen Rahmenbedingungen ermittelt werden, die bei einer Neugestaltung des Übergangs in den Ruhestand durch sozialrechtliche Maßnahmen berücksichtigt werden müssen.

Bei der Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen müssen die betriebswirtschaftlichen Vor- und Nachteile abgewogen werden. Untersucht werden soll, wie die Unternehmen die Vor- und Nachteile der Teilzeitbeschäftigung älterer Mitarbeiter einschätzen. Bei den Nachteilen handelt es sich um Kosten- und Organisationsaspekte der Teilzeitarbeit und bei den Vorteilen geht es um die These, daß sich die Arbeitsproduktivität durch Teilzeitarbeit erhöht, aber auch darum, ob Unternehmen Teilzeitbeschäftigung quasi als Gratifikation für langjährig beschäftigte ältere Mitarbeiter anbieten. Die Frage nach den Potentialen der Altersteilzeit soll beantwortet werden, indem Typen unternehmerischer Personalpolitik gebildet und im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Einrichtung von Teilzeitarbeitsarbeitsplätzen untersucht werden. Kriterien für die Typenbildung sind die Charakteristika betrieblicher Personalpolitik wie z. B. Rekrutierungsstrategien, Personalfuktuation, berufliche Weiterqualifizierung der Mitarbeiter sowie betriebliche Mobilitätsketten. Dabei soll auch erforscht werden, ob die betriebliche Personalpolitik von der Wettbewerbsposition, dem Wirtschaftszweig und branchentypischen Berufsbildern beeinflusst wird.

Weiter soll untersucht werden, welche Ausgestaltungen von Teilrentenmodellen von Unternehmen als akzeptabel betrachtet werden. Als zentrale Gestaltungsvariablen eines Teilrentenmodells kommen die Kompensation von ausgefallenem Arbeitsentgelt, der Ausgleich von Sozialversicherungsbeiträgen, der Umfang der

Arbeitszeitreduzierung und die Altersgrenzen in Frage. Dabei soll auch in Erfahrung gebracht werden, wie das gegenwärtige Teilrentenmodell der gesetzlichen Rentenversicherung von Unternehmen beurteilt wird. Dies stellt eine systematische Ergänzung zu den in der ersten Projektphase auf Arbeitnehmer ausgerichteten Untersuchungen dar.

Die Analyse des Potentials von Altersteilzeitarbeit soll jedoch nicht primär eine Untersuchung von Entscheidungsprozessen in Unternehmen darstellen, sondern soll aufzeigen, welche Gestaltungsmöglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand für ältere Arbeitnehmer gegeben sind, d. h., wie sich die Entscheidungsspielräume für ältere Arbeitnehmer und die Gestaltungsspielräume der Sozialpolitik unter der Restriktion unternehmerischer Personalpolitik erweitern lassen und welche Veränderungen individueller Lebenslaufplanungen sich daraus ergeben können.

3.5.2 Methoden

Die Überprüfung der ökonomischen Theorieansätze, vor allem im Hinblick auf Alters-Einkommens-Profile von Arbeitnehmern und die optimalen (häufig unterschiedlichen) Ruhestandszeitpunkte aus Sicht von Unternehmen und Arbeitnehmern, sollen anhand der Daten des Sozio-ökonomischen Panels und der Beschäftigtenstichprobe des IAB erfolgen. Vor allem die IAB-Beschäftigtenstichprobe ermöglicht es, auf eine große Stichprobe von Prozeßdaten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter zuzugreifen, um mit Mitteln der Ereignisanalyse Schlüsse über den Verlauf der letzten Jahre der Erwerbstätigkeit und den Statusübergang in die Rente zu ziehen. Ergänzend dazu können die Daten der Rentenantragsteller aus der ersten Forschungsphase zur weitergehenden Analyse des individuellen Erwerbsverhaltens herangezogen werden. Bei der Untersuchung von Teilzeitarbeit im höheren Alter ist das Sozio-ökonomische Panel eine adäquate Datenquelle, da dort auch nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen angegeben und neben der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit auch Arbeitszeitwünsche abgefragt werden.

Der besondere Schwerpunkt des Projektes liegt auf intensiven Fallstudien in Unternehmen, die sich mit der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der Altersteilzeitarbeit befassen. Dazu werden zunächst Daten zur wirtschaftlichen Lage und Personalstruktur der untersuchten Unternehmen erhoben.

Weiter sollen leitfadengestützte Expertenbefragungen der Unternehmensführungen (Geschäftsführung, Personalleitung) und Arbeitnehmervertretungen (Betriebs-, Personalräte) durchgeführt werden.

Die Auswahl der zu untersuchenden Unternehmen soll aufgrund folgender Überlegungen erfolgen: Untersucht werden sollen Unternehmen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor. Die Fallstudien sollen größere, mittlere und kleinere Unternehmen einschliessen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Großbetriebe und auch mittelgroße Betriebe i.d.R. über ein weit entwickeltes und teilweise differenziertes personalpolitisches Konzept verfügen, während in Kleinbetrieben eher personalwirtschaftliche Einzellösungen vorzufinden sind, die den persönlichen Merkmalen der Arbeitnehmer und der individuellen Situation am Arbeitsplatz Rechnung tragen. Wegen des Fehlens von starren Organisationsstrukturen zeichnen sich kleinere und auch mittlere Unternehmen zumindest theoretisch durch eine höhere personalwirtschaftliche Flexibilität aus, die größere Potentiale für die Verwirklichung von Altersteilzeitarbeit vermuten läßt. Auch unterscheiden sich Einstellungs- und Entlassungsverhalten von Groß- und Kleinunternehmen deutlich. Schließlich zeigt die Altersstruktur des Erwerbstätigenpotentials, daß die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu großen Teilen in kleineren und mittleren Unternehmen erfolgt.

Die Fallstudien sollen in 20 Unternehmen durchgeführt werden, wobei die genaue Festlegung der Struktur der Stichprobe nach der ersten Kontaktaufnahme mit Unternehmen erfolgen soll. Es ist eine Auswahl von Unternehmen anhand folgender Übersicht geplant:

	Dienstleistungsgewerbe	Produzierendes Gewerbe
Großunternehmen	Banken (2) Versicherungen (2)	Chemieunternehmen (2) Computerindustrie (2) Automobilbau (2)
Mittlere und kleine Unternehmen	Cateringunternehmen (2) Pflegedienste (2) Consultingunternehmen (2)	Umwelttechnik (2) Maschinenbau (2)

3.5.3 Zeitplan

1997 Januar bis Juni

- Sammlung und Aufarbeitung der Forschungsliteratur
- Vorbereitung der Kontaktaufnahme mit Unternehmen
- Auswahl von Unternehmen
- Kontaktaufnahme mit Unternehmen
- Beginn der Auswertung des SOEP

Juli bis Dezember

- Erarbeitung von Leitfäden für Fallstudien
- Beginn der Interviews in den Unternehmen
- Fortführung der Auswertung des SOEP
- Weitere Auswertung der Daten aus der ersten Projektphase
- Beginn der Auswertung der Beschäftigtenstatistik

1998 Januar bis Juni

- Fortführung der Interviews in den Unternehmen
- Transkription der Interviews
- Fortführung der Auswertung der Beschäftigtenstatistik

Juli bis Dezember

- Transkription der Interviews
- Beginn der Auswertung der Interviews

1999 Januar bis Juni

- Fortführung der Auswertung und Interpretation der Interviews
- Durchführung eines Workshops

Juli bis Dezember

- Verfassen des Ergebnisberichts
- Publikation der Ergebnisse

3.6 Stellung des Forschungsprogramms innerhalb des Sfb und längerfristige Forschungsperspektive

Der spezielle Beitrag des Projekts C5 zum Sfb besteht in der Untersuchung der Statuspassage vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Dazu wurden in der ersten Förderphase die Einwirkungen institutioneller Regelungen auf individuelle Lebensläufe erforscht. In der zweiten Projektphase stehen hingegen die Grenzen individueller Lebensplanung, die durch die Personalpolitik von Unternehmen gezogen werden, im Vordergrund. Die Lebenslaufplanung von Arbeitnehmern in

der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit scheitert häufig an der Praxis betrieblicher Personalpolitik, die eine zunehmend frühere Ausgliederung älterer Mitarbeiter forciert. Damit erhält die Personalpolitik der Unternehmen immer mehr den Charakter von Lebenslaufpolitik, auch wenn die Beeinflussung von Lebensverläufen in der Zielfunktion unternehmerischer Personalpolitik üblicherweise nicht enthalten ist.

Mit dem Projektbereich C verbindet das Projekt vor allem die Untersuchung der Wirkungen von sozialpolitischen Regelungen und institutionellem Handeln auf individuelle Lebensverläufe (C1). Ein gemeinsames Forschungsinteresse besteht mit dem Projekt C4, das sich ebenfalls mit Prozessen beschäftigt, die zum Ausscheiden von Arbeitnehmern aus dem Erwerbsleben führen. Während bei C4 ein frühzeitiges Ausscheiden aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung wegen beschränkter Tätigkeitsdauer im Vordergrund steht, befaßt sich das Projekt C5 mit der (schrittweisen) altersbedingten Aufgabe der Erwerbstätigkeit, die neben anderen Faktoren ebenfalls vom Gesundheitszustand der älteren Arbeitnehmer abhängen kann.

Insbesondere in der ersten Förderphase, in der das schrittweise Ausscheiden aus dem Erwerbsleben durch eine Teilrente untersucht wurde, ergaben sich Zusammenhänge mit dem Projektbereich B, da der Übergang in den Ruhestand in starkem Maße vom Familien- und Haushaltskontext abhängig ist. Dies zeigte sich durch die immer noch starke Familienorientierung insbesondere von Frauen in der Endphase der Erwerbstätigkeit, aber auch in den unterschiedlichen Übergangsmustern von Männern und Frauen. Mit Projekt B6 ist ein gemeinsamer Workshop über individuelle Ruhestandsentscheidungen für 1998 geplant, der mit seiner international vergleichenden Konzeption schon die Basis für die Arbeiten einer abschließenden dritten Projektphase schafft.

Weiter bestehen inhaltliche Zusammenhänge mit dem Teilprojekt A4, welches unter anderem die Gültigkeit von Arbeitsmarkttheorien anhand empirischer Untersuchungen überprüft. Projekt A4 untersucht dabei berufliche Verläufe beim Einstieg ins Erwerbsleben, während C5 sich mit den Übergängen vom Erwerbsleben in den Ruhestand befaßt. Beide Projekte werden in der kommenden Forschungsphase Fallstudien in Unternehmen ausgewählter Branchen und Betriebsgrößenklassen durchführen und haben diesbezüglich eine Kooperation vereinbart.

Arbeitsmarktpolitische Begründungen für die Notwendigkeit der Frühverrentung zielen meist auf die Vermeidung von Arbeitslosigkeit jüngerer Arbeitnehmer durch die Ausgliederung der Älteren ab. Durch die Zusammenarbeit beider Projekte soll vor allem überprüft werden, ob ein empirischer Zusammenhang zwischen der Verrentung älterer Mitarbeiter und der Ausbildung und Einstellung jüngerer Mitarbeiter besteht. Ein gemeinsamer Workshop mit A4 über betriebliche Altersstrukturen ist für 1999 geplant.

Ferner ergeben sich methodische Zusammenhänge mit anderen Arbeiten im Sfb, da die Analyse von quantitativem Material, die eher der Vorgehensweise wirtschaftswissenschaftlicher Forschung entspricht, durch qualitative Methoden erweitert werden soll, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung verbreitet sind. Die Notwendigkeit qualitativer Methoden ergibt sich u. a. aus dem Mangel an ausreichendem quantitativem Material über Unternehmen, zum anderen auch aus der besseren Eignung von Fallstudien zur Erforschung von betrieblichen Strategien im Umgang mit älteren Arbeitnehmern.

In einer dritten Forschungsphase des Projekts soll ein internationaler Vergleich der Möglichkeiten der Gestaltung des Übergangs in den Ruhestand erfolgen. Nachdem im Rahmen des Projekts zunächst individuelle Determinanten des Ruhestands und die Beschränkungen der Lebenslaufgestaltung in der Spätphase der Erwerbslebens durch betriebliches Handeln untersucht wurden, sollen abschließend institutionelle Einflüsse auf die Ruhestandsentscheidung und die Situation im Ruhestand im Mittelpunkt der Analyse stehen. Die internationale Perspektive eröffnet dabei die Möglichkeit, Auswirkungen unterschiedlicher sozialrechtlicher Arrangements auf individuelle Gestaltungsmöglichkeiten der Übergangsphase in den Ruhestand zu ermitteln.

3.72 **Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsausgaben (nach Haushaltsjahren)**

	1997	1998	1999
Für Sächliche Verwaltungsausgaben			
- stehen als <u>Grundausstattung</u> voraussichtlich zur Verfügung	4.000	4.000	4.000
- werden als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragt	15.800	7.400	11.120

Grundausstattung

Die Grundausstattung für die wissenschaftlichen Arbeitsplätze einschließlich der Personalcomputer werden von der Universität Bremen übernommen. Dazu zählen Räume, Telefon- und Portokosten für allgemeine Verwaltungskorrespondenz, Nutzungsmöglichkeiten der ZeS-Bibliothek und der EDV-Netzwerkressourcen.

Ergänzungsausstattung

a) Verbrauchskosten

Es entstehen Kosten für Disketten, ein Audio-Aufnahmegerät und Audio-Kassetten zur Aufnahme der Interviews sowie sonstiges Büromaterial. Die geplante Höhe beträgt 2.000 DM im Jahre 1997 und 1.200 DM in den beiden folgenden Jahren.

b) Reisekosten

Reisekosten werden benötigt für 20 Betriebsfallstudien, die von 2 Personen durchgeführt und für die jeweils 2 Tage Aufenthalt sowie ein mittlerer Preis für Bahnfahrkarten von 200 DM zugrundegelegt werden.

Weitere Reisekosten fallen an, um die Forschungsergebnisse bei den kooperierenden Rentenversicherungsträgern der ersten Projektphase vorzustellen. Dazu sind 2 zweitägige Reisen nach Berlin und Frankfurt für das Jahr 1999 geplant.

3.02 Bisherige und beantragte Förderung des Projektbereichs B (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Beträge DM 1.000
bis 1993	1.952.900,-
1994	504.900,-
1995	443.800,-
1996	360.000,-
Zwischensumme	3.261.600,-
1997	605.800,-
1998	417.100,-
1999	417.500,-

Gesamtkosten für Reisemittel:

	à DM	1997		1998		1999	
		Anzahl	Kosten (DM)	Anzahl	Kosten (DM)	Anzahl	Kosten (DM)
Übernachtungen	100	30	3.000	10	1.000	4	400
Reisetage	40	60	2.400	20	800	8	320
Bahnfahrkarten	200	30	6.000	10	2.000	4	800
Summe			11.400		3.800		1.520

c) Bücher

Für die Beschaffung von Fachliteratur werden jährlich 1.200 DM geplant.

d) Vervielfältigungskosten

Die geplanten Vervielfältigungskosten für Kopien und Arbeitspapiere betragen jährlich 1.200 DM.

e) Druckkosten Für den Druck einer Projektmonographie ist 1999 ein Druckkostenaufwand von 6.000 DM geplant.

3.8 Literatur

- Allmendinger, Jutta (1994): Lebensverlauf und Sozialpolitik. Die Ungleichheit von Mann und Frau und ihr öffentlicher Ertrag. Frankfurt
- Bäcker, Gerhard; Naegele, Gerhard (1992): Heiß geliebt aber dennoch verschmäht? Der gleitende Ruhestand in Theorie und Praxis - Ergebnisse eines Forschungsprojekts. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 38, 504-519
- Bäcker, Gerhard; Naegele, Gerhard (1993): Geht die Entberuflichung des Alters zu Ende? - Perspektiven einer Neuorganisation der Alterserwerbsarbeit. In: Naegele, Gerhard; Tews, Hans-Peter (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft - Folgen für die Politik. Opladen
- Behrens, Johann (1994): Der Prozess der Invalidisierung - Das Demographische Ende eines historischen Bündnisses. In: Behrend, Christoph (Hrsg.): Frühinvalidität - ein Ventil des Arbeitsmarktes. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten in der sozialpolitischen Diskussion. Berlin
- Berkovec, James; Stern, Steven (1991): Job Exit Behavior of Older Men. In: Econometrica, Jg. 59, 189-210
- Blau, David M. (1994): Labor Force Dynamics of Older Men. In: Econometrica, Vol. 62, 117-156
- Börsch-Supan, Axel (1992): Population Aging, Social Security Design, and Early Retirement. In: Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE), Vol. 148, 533-557
- Börsch-Supan, Axel; Schmidt, Peter (1993): Early Retirement in East and West Germany. Vortrag auf der "Conference of Users of the German Socio-Economic Panel: Using Panel Data to Answer Policy Questions", Berlin
- Burtless, Gary; Moffitt, Robert A. (1985): The Joint Choice of Retirement Age and Postretirement Hours of Work. In: Journal of Labor Economics, Vol. 3, 209-236
- Delsen, Lei; Reday-Mulvey, Geneviève (Hrsg.) (1996): Gradual Retirement in the OECD Countries: Macro and Micro Issues and Policies. Aldershot
- Deters, Jürgen; Staehle, Wolfgang H.; Stirn, Ulrich (1989): Die Praxis des gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Geht eine sozialpolitische Idee in Rente? Berlin
- Diamond, P. A.; Hausman, J. A. (1984): Individual Retirement and Savings Behavior. In: Journal of Public Economics, Vol. 23, 81-114
- DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1988): Verteilungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung eines Teilrentensystems. Gutachten im Auftrag des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen. Berlin
- Emnid (1993): Nachberufliche Tätigkeiten älterer Menschen. Forschungsbericht Nr. 229, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn
- Esser, Hartmut (1990): "Habits", "Frames" and "Rational Choice". Die Reichweite der Theorien der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens). In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, 231-247
- Fabel, Oliver (1994a): The Economics of Pensions and Variable Retirement Schemes. Chichester u. a.

- Fabel, Oliver (1994b): Social security, optimal retirement and savings. In: European Journal of Political Economy, Vol.10, 783-802
- Franz, Wolfgang (1993): Unvollkommene Arbeitsmärkte in makroökonomischen Modellen: Eine Übersicht. In: Gahlen, Bernard, Hesse, H. Ramser, H. J.: Makroökonomik unvollkommener Märkte. Tübingen, 93-136
- Franz, Wolfgang (1994): Arbeitsmarktökonomik. Berlin/New York
- Freter, Hans-Jürgen (1993): Vergesellschaftung durch Teilzeitarbeit. In: Kohli, Martin et al. (1993): Engagement im Ruhestand - Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby. Opladen
- Friedmann, Petra; Weimer, Stephanie (1982): Arbeitnehmer zwischen Erwerbstätigkeit und Ruhestand: Zu den Auswirkungen der flexiblen Altersgrenze auf die Arbeits- und Lebensbedingungen älterer Arbeitnehmer. Frankfurt/New York
- Gatter, Jutta; Hartmann, Brigitte (1995): Betriebliche Verrentungspraktiken zwischen arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Interessen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 28. Jg., Heft 3, 412-424
- Gordon, Roger A.; Blinder, Alan S. (1980): Market Wages, Reservation Wages and Retirement Decisions. In: Journal of Public Economics, Vol. 14, 277-308
- Grammig, Joachim (1995): Nachfrage-Restriktionen des individuellen Arbeitsangebotes: eine mikroökonomische Untersuchung für Deutschland. Frankfurt; New York
- Guillemard, Anne-Marie (1991): Die Destandardisierung des Lebenslaufs in den europäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Zeitschrift für Sozialreform, 620-639
- Hausman, J. A.; Wise D. A. (1985): Social Security, Health Status and Retirement. In: Wise, David, A. (Hrsg.): Pensions, Labor and Individual Choice. Chicago
- Helberger, Christoph; Schwarze, Johannes (1986): Umfang und Struktur der Nebenerwerbstätigkeit in der BRD. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 19, 271-286
- Hentze, Henner (1994): Motivation älterer Mitarbeiter. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Personalführung, 150-157
- Hoffmann, Edeltraut (1993): Zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in Westdeutschland - Qualitative und quantitative Aspekte. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 26, 313-335
- Hurd, Michael D. (1990): Research on the Elderly: Economic Status, Retirement, and Consumption and Saving. In: Journal of Economic Literature, Vol. 28, 565-637
- Hutchens, Robert (1994): The United States: Employer Policies for Discouraging Work by Older People. In: Naschold, Frieder; Vroom, Bert de (Hrsg.): Regulating Employment and Welfare. Company and National Policies of Labour Force Partizipation at the End of Worklife in Industrial Countries. Berlin; New York, 395-432
- Jacobs, Klaus; Schmähl, Winfried (1988): Der Übergang in den Ruhestand. Entwicklungen, öffentlichen Diskussion und Möglichkeiten seiner Umgestaltung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 21, 194-205
- Jacobs, Klaus; Kohli, Martin; Rein, Martin (1991): Testing the industry-mix hypothesiseis of early exit. In: Kohli, Martin; Rein, Martin; Guillemard, Anne-

- Marie; van Gunsteren, Herman (Hrsg.): Time for retirement: Comparative studies of early exit from the labor force. Cambridge
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 37, 1-29
- Kohli, Martin (1993): Altersgrenzen als Manövriermasse? Das Verhältnis von Erwerbsleben und Ruhestand in einer alternden Gesellschaft. In: Strümpel, Burkhard; Dierkes, Meinhold (Hrsg.): Innovation und Beharrung in der Arbeitspolitik. Stuttgart, 177-208
- Kohli, Martin et al. (1989): Je früher - desto besser? Die Verkürzung des Erwerbslebens am Beispiel des Vorruhestands in der chemischen Industrie, Berlin
- Kohli, Martin et al. (1993): Engagement im Ruhestand - Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby. Opladen
- Kühlewind, Gerhard (1986): Beschäftigung und Ausgliederung älterer Arbeitnehmer. Empirische Befunde zu Erwerbsbeteiligung, Rentenübergang, Vorruhestandsregelung und Arbeitslosigkeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 19, 209-232
- Leibenstein, H. (1957): Economic Backwardness and Economic Growth - Studies in the Theory of Economic Development. New York
- Lindbeck, A.; Snower, D. (1986): Wage Setting, Unemployment and Insider-Outsider Relations. In: American Economic Review, Vol. 31, 157-167
- Lindbeck, A.; Snower, D. (1988): The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment. Cambridge
- Lindenberg, Siegwart (1989): Choice and Culture. The Behavioral Basis of Cultural Impact on Transactions. In: Haferkamp, Hans (Hrsg.): Social Structure and Culture. Berlin, New York, 175-200
- Lutz, Burkart (1987): Arbeitsmarktstruktur und betriebliche Arbeitskräftestrategie - Eine theoretisch-historische Skizze zur Entstehung betriebszentrierter Arbeitsmarktsegmentation. Frankfurt, New York
- Marek, Stephan; Neumann, Karl-Heinz (1993): Der gleitende Übergang in den Ruhestand. Ergebnisse von Betriebsfallstudien. In: Bäcker, Gerhard; Naegelé, Gerhard: Alternde Gesellschaft und Erwerbstätigkeit. Modelle zum Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Köln
- Mayer, Karl Ulrich (1995): Gesellschaftlicher Wandel, Kohortenungleichheit und Lebensverläufe. In: Berger, Peter A.; Sopp, Peter: Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen, 27-47
- Pohlmeier, Winfried (1993): Einkommen, Unsicherheit und Ruhestandsentscheidung - Eine Optionswertanalyse der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer. Habilitationsschrift, Universität Mannheim
- Rosenow, Jochen (1992): Personalanpassung durch Verrentung. Zur Regulierungslogik der altersselektiven Externalisierungsstrategie in bundesdeutschen Unternehmen. In: Arbeit, Jg. 1, 144-165
- Rosenow, Jochen; Naschold, Frieder (1994): Die Regulierung von Altersgrenzen. Strategien von Unternehmen und die Politik des Staates. Berlin
- Rust, John (1989): A Dynamic Programming Model of Retirement Behavior. In: Wise, David, A. (Hrsg.): The Economics of Aging. Chicago

- Rust, John (1990): Behavior of Male Workers at the End of the Life Cycle: An Empirical Analysis of States and Controls. In: Wise, David, A. (Hrsg.): Issues in the Economics of Aging. Chicago
- Schmähl, Winfried (1981): Lebenseinkommens- und Längsschnittanalysen, in: Herder -Dornreich, Phillip (Hrsg.): Dynamische Theorie der Sozialpolitik. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin, 225-330
- Schmähl, Winfried (Hrsg.) (1988): Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? Tübingen
- Schmähl, Winfried (1989a): Erwerbstätigkeit und Alterssicherung - zugleich Anmerkungen zur Diskussion über die weitere Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung. In: Deutsche Rentenversicherung, 461-469
- Schmähl, Winfried (Hrsg.) (1989b): Redefining the Process of Retirement - An International Perspective. Berlin u. a.
- Schmähl, Winfried (1989c): Labour Force Participation and Social Pension Systems. In: Johnson, Paul; Conrad, Christoph; Thomas, David (Hrsg.): Workers versus Pensioners: Intergenerational Justice in an Ageing World. Manchester, 137-161
- Schmähl, Winfried (1989d): Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt und Alterssicherung - Kritisches und Positives zur Diskussion über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. In: Butter, Friedrich; Kühlewind, Gerhard (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 130, Nürnberg, 71-87
- Schmähl, Winfried (1990): Neugestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase. In: Sozialer Fortschritt, 222-227
- Schmähl, Winfried (1992): Changing the Retirement Age in Germany. In: The Geneva Papers on Risk and Insurance, Jg. 17, 81-104
- Schmähl, Winfried (1993): The '1992 Reform' of Public Pensions in Germany: Main Elements and some Effects. In: Journal of European Social Policy, Jg. 3, 39-51
- Schmähl, Winfried; Gatter, Jutta (1994): Options for Extending the Working Period and Flexibilising the Transition to Retirement in the German Insurance Industry - the Current Situation and Assessment for the Future. In: The Geneva Papers on Risk and Insurance, Jg. 19, 433-471
- Schmähl, Winfried; George, Rainer; Oswald, Christiane (1996): Gradual Retirement in Germany. In: Delsen, Lei; Reday-Mulvey, Geneviève (Hrsg.): Gradual Retirement in the OECD Countries. Macro and Micro Issues and Policies. Aldershot, 69-93
- Schmidt, Peter (1995): Die Wahl des Rentenalters - Theoretische und empirische Analyse des Rentenzugangsverhaltens in West- und Ostdeutschland. Frankfurt/M.
- Schüle, Ulrich (1987): Der gleitende Übergang in den Ruhestand als Instrument der Sozial- und Beschäftigungspolitik. Frankfurt u. a.
- Siddiqui, Sikandar (1995): Labour Supply Disincentive Effects of Old Age Public Pensions: A Case Study for West Germany combining Panel Data and Aggregate Information, Discussion Paper der Universität Konstanz
- Simon, Herbert A. (1993): Homo rationalis: Die Vernunft im menschlichen Leben. Frankfurt/Main, New York

- Stitzel, Michael (1985): Der gleitende Übergang in den Ruhestand - eine Pensionierungsform der Zukunft? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 18, 116-123
- Stock, James H.; Wise, David A. (1990): Pensions, the Option Value of Work and Retirement, *Econometrica*, Jg. 58, 1151-1180.
- Tregel, Stephan (1993): Vergesellschaftung durch selbständige Arbeit. In: Kohli et al. (1993): Engagement im Ruhestand - Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby. Opladen, 109 ff.
- Tversky, Amos; Kahneman, Daniel (1990): Rational Choice and the Framing of Decisions. In: Cook, Karen S.; Levi, Margaret (Hrsg.): *The Limits of Rationality*. Chicago, 60-89
- Viebrok, Holger (1993): Kriterien zur betrieblichen Ausgestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand. In: Angestelltenkammer; Mittelstädt, Armin (Hrsg.): *Betriebliche Sozialpolitik. Relikt vergangener Zeiten oder Gestaltungsebene mit Zukunft?* Hamburg, 80-106
- Viebrok, Holger (1996): *Das Arbeitsangebot im Übergang von der Beschäftigung in den Ruhestand. Eine Analyse der Arbeitsanreize durch sozialrechtliche Regelungen in der Spätphase des Erwerbslebens*. Dissertation, Universität Bremen
- Wachtler, Günther; Wagner, Petra Sabine (1995a): Betriebliche Strategien zur Nutzung verrenteter Arbeitskräfte. In: *Soziale Welt*, Jg. 46, 421-439
- Wachtler, Günther; Wagner, Petra Sabine; Hungerland, Beatrice (1995b): *Arbeit im Ruhestand - Betriebliche Strategien und persönliche Motive zur Erwerbsarbeit im Alter*. Abschlußbericht des DFG-Forschungsprojekts "Rentnerarbeit". Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal
- Wadensjö, Eskil (1991): Partial Retirement in Sweden. In: Kohli, Martin; Rein, Martin; Guillemard, Anne-Marie, von Gunsteren, Hermann (Hrsg.): *Time For Retirement: Comparative studies of early exit from the labor force*. Cambridge, 284-323
- Wadensjö, Eskil (1996): Gradual retirement in Sweden. In: Delsen, Lei; Reday-Mulvey, Geneviève (Hrsg.): *Gradual Retirement in the OECD Countries*, 25-44
- Wagner, Gert (1991): Gemeinsamer Rentenzugang - Ein neues Phänomen in Lebensverläufen? In: Behrens, Johann; Voges, Wolfgang (Hrsg.): *Statuspassagen und Lebensverläufe*. Opladen
- Winkel, Rolf; Engels, Dietrich; Friedrich, Werner; Machalowski, Gerhard (1994): *Betriebliche Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung*. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsbericht Nr. 247, Bonn

Projektbereich D

3.0 Projektbereich D

Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung

3.01 Zusammenfassende Darstellung des Projektbereichs

Die Forschungsvorhaben wenden sich sozialpolitischen Institutionen - den mit Erwerbsunfähigkeit befaßten Versicherungen und der Sozialhilfe - zu, ihren Experten - vor allem Ärzten und Sachbearbeitern -, die Statuspassagen gestalten und verwalten, und jenen Akteuren - Arbeitnehmern und Sozialhilfempfängern -, um deren Risiken im Lebensverlauf es geht. Sozialstaatliche Normierungen und Normalisierungsangebote implizieren, daß auch neue Lebenslauftrisiken in "institutioneller Optik" gedeutet, bearbeitet und zugleich die institutionellen Optiken verändert werden. In den Teilprojekten wird untersucht, wie sich Rahmungen für Statuspassagen entwickeln und wie sie unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und angesichts neuer individueller Ansprüche genutzt und gedeutet werden.

Im Teilprojekt D1, dessen dritte - und letzte - Fortsetzungsphase ansteht, wurde in der abgelaufenen Phase für den Zeitraum 1889 bis 1929 das Zusammenwirken der Invaliditäts- und Krankenversicherung mit der Unfallversicherung behandelt. Dabei ging es um unterschiedliche Formen der Konzipierung und Institutionalisierung von "Risikobiographien" im industriellen Erwerbsleben. Als Quellen stehen vornehmlich die ärztliche und juristische Beurteilung von Unfall- und Invaliditätsrenten im sozialhistorischen Kontext im Vordergrund. Kernfrage ist: Wie wirksam war die sozialstaatliche Risikobiographie, mit der industrielle Pathogenität zwischen Problemartikulation, sozialpolitischen Erwartungen und Leistungsdefinitionen ausgehandelt wurde? In der abschließenden Phase sollen die Strukturveränderungen institutioneller Risikobiographie in der NS- und der Nachkriegszeit historisch vergleichend untersucht werden: Wie agierten die betroffenen Arbeitnehmer und ärztlichen Experten - neben Versicherungsträgern und Behörden - in der Statuspassage in die vorzeitige Erwerbsunfähigkeit? Dabei konkretisieren die Beteiligten das Verhältnis von Gesundheit und Krankheit als partiell-rationale Erwartungs- und Ordnungsvorstellungen in der modernen Gesellschaft. Diese Verfahren, so die Hypothese, stabilisierten zwar die Sozialversicherung unter wechselnden gesellschaftspolitischen Bedingungen in der deutschen Geschichte (1933-1957), sie verloren allerdings nach dem 2. Weltkrieg

mit zunehmender Verrechtlichung an sozialpolitischer Anpassungs- und Lernfähigkeit.

Im Teilprojekt D3 geht es in der 4. Projektphase um Armutskarrieren zwischen staatlicher Lebenslaufpolitik und sozioökonomischem Strukturwandel. Gefragt wird nach den Veränderungen der Verlaufsdynamik sozialer Risikolagen im Spannungsfeld staatlicher Institutionen und Politiken der Lebenslaufregulierung einerseits und Prozessen ökonomischen, sozialen, kulturellen und ethnischen Wandels andererseits. Dabei wird die dynamische, lebenslaufbezogene Sicht von Armut durch neue Daten und Vergleichsperspektiven erweitert:

1. Internationaler Vergleich von Sozialhilfedynamiken in vier Wohlfahrtsstaaten; 2. Bewältigungshandeln von Sozialhilfeeinempfängern im aktuellen Strukturwandel (1995-97) in einer 2. Welle des qualitativen Panels; 3. Historischer Vergleich zweier Antragskohorten, die den gesellschaftlichen Wandel von den 80er zu den 90er Jahren spiegeln; 4. Ost-West Vergleich im fortgeschrittenen Vereinigungsprozeß (Kooperation mit dem parallelen Teilprojekt YE2 in Halle/Saale). Außer beim 3. Ziel liegen neue bzw. erweiterte Daten zugrunde. Der internationale Vergleich bringt eine Varianz von Lebenslaufpolitiken in die Untersuchung ein - so auch der regionale Vergleich Ost-West, da in den neuen Bundesländern weiterhin sozialpolitische Sondermaßnahmen mit erhöhter Regelungsdichte greifen. Der historische Vergleich, vor allem der Kohortenvergleich, aber auch das qualitative Panel, bildet sozialen Wandel wie auch Veränderungen von Lebenslaufpolitik im jeweiligen Zeitraum ab.

Die Forschungsansätze in diesem Projektbereich reichen von qualitativer Institutionenanalyse und statistischen Auswertungen mit besonderem historischen Akzent über qualitative Handlungs- und Deutungsanalysen bis zu darauf bezogenen quantitativen Verlaufsanalysen von Mikrodaten.

Im Bereich D wird damit besonders auf die konstitutive und nicht nur regulierende Bedeutung sozialstaatlicher Institutionen für Lebenslaufregimes - also auf Lebenslaufpolitik - abgestellt. Da in diesen Teilprojekten das Verhältnis von institutioneller, sozialpolitischer Steuerung und individuellen Handlungsstrategien durch Beobachtung der Mikropolitik institutioneller Risikobearbeitung vertieft wird, tragen diese Vorhaben dazu bei, konstitutive Bedeutung, Ausmaß und Grenzen einer

sozialpolitischen Verfassung und Verwaltung von Lebensverläufen zu verdeutlichen.

Das sozialpolitische Lebenslaufregime prägt sich erst im 20. Jahrhundert voll aus, vor allem um die Jahrhundertwende (Reichsversicherungsordnung 1911) und nach 1945 (Sozialversicherungsreform 1957; Sozialhilfereform 1962). Das schlägt sich wiederum weit später ("cultural lag") in veränderten Wahrnehmungsmustern in Öffentlichkeit und Wissenschaft nieder, und zwar als neue Alters-, Armuts- und Gesundheitsbilder.

Mittlerweile ist von einem gleichermaßen wirtschaftlich, familial und (sozial-)politisch konstituierten Lebenslaufregime auszugehen. Dieses interaktive Dreieck gibt einen Rahmen für die auch vergleichende Beantwortung der Frage ab "Welche Zukunft hat die 'Institution Lebenslauf'?" Sind übereinstimmend festgestellte Destandardisierungen des Lebenslaufs zugleich als Deinstitutionalisierung, etwa als Ent(sozial-)staatlichung, zu denken? Sowohl in der Alterssicherung wie in der Sozialhilfe sprechen die Indizien eher dagegen. Flexibilisierung und Individualisierung von Lebensverläufen werden, insbesondere im deutschen Gesellschafts- und Staatsmodell, selber nur - pfadabhängig - durch Institutionalisierung verwirklicht, stabilisiert und garantiert - was auch das Beispiel der Teilrente (vgl. Teilprojekt C6) verdeutlicht. Der historische wie aktuelle deutsche lebenslaufpolitische Weg, wie er sich sozialstaatlich vorgezeichnet findet, ist Kernthema des Projektbereichs D.

Projektbereich D

**3.02 Bisherige und beantragte Förderung des Projektbereichs D
(Ergänzungsausstattung)**

Haushaltsjahr	Beträge DM 1.000
bis 1993	2.193.200
1994	491.000
1995	429.900
1996	416.500
Zwischensumme	3.530.600
1997	533.900
1998	495.200
1999	469.100

Teilprojekt D1

3.1. Allgemeine Angaben zu Teilprojekt D1

3.11 Thema:

Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren im gesellschaftlichen Wandel (1933-1957)

3.12 Fachgebiet:

Sozialgeschichte, Sozialpolitik, Gesundheitswissenschaften

3.13 Leitung:

PD Dr. Dietrich Milles
 Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik
 28334 Bremen
 Tel. 0421/218-3274

3.14 Bisherige und beantragte Förderung

Das Teilprojekt wird gefördert seit 01.07.1991.

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	264.000	22.000	-	286.000
1994	112.400	8.900	-	121.300
1995	113.600	8.700	-	122.300
1996	118.800	1.000	-	119.800
Zwischen- summe	608.800	40.600	-	649.400
1997	110.400	18.700		129.100
1998	110.400	15.300		125.800
1999	110.400	9.300		119.700

Inhaltsverzeichnis

- 3.2. Zusammenfassung
- 3.3. Stand der Forschung
- 3.4. Eigene Vorarbeiten (Ergebnisse der letzten Phase)
- 3.5. Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1. Ziele
 - 3.5.2. Methoden
 - 3.5.3. Arbeits- und Zeitplan
 - 3.5.4. Forschungsperspektive
- 3.6. Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms
- 3.7. Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt D1
- 3.71 Begründung des Personalbedarfs
- 3.72 Aufgliederung und Begründung der Sächlichen Verwaltungsausgaben
- 3.8. Literatur

3.2 Zusammenfassung

Das Teilprojekt erforscht die historische Stabilität des deutschen Sozialversicherungssystems. Im Mittelpunkt stehen die in Sozialversicherungsverfahren ermöglichten Anpassungs- und Lernprozesse institutioneller Steuerung. In ihnen wurden, von der Unfallversicherung ausgehend, individuelle Bedarfe und soziale Leistungen vermittelt. Die Merkmale industriegesellschaftlicher Arbeitspflicht und Pathogenität wurden zwischen antragstellenden Arbeitnehmern und begutachtenden Ärzten als 'Risikobiographie' fallspezifisch ausgehandelt und in den Entscheidungen bis hin zum Reichsversicherungsamt beispielhaft fortgeschrieben.

Die Anpassung institutioneller Steuerung war, wie in der zweiten Projektphase am Beispiel der Erwerbsunfähigkeit geklärt werden konnte, "von unten" als Zusammenwirken von Problemartikulationen und sozialpolitischen Erwartungen sowie als ärztlich-gutachterliche Definitionen von Leistungsminderungen und darauf bezogenen verrechtlichten Ansprüche organisiert. Wenn die historische Stabilität der Sozialversicherung in Deutschland daher in dem unmittelbaren und mehrschichtigen Problembezug der Verfahren verortet wird, kann weiter gefragt werden, wie sich diese Bedeutung der Verfahren in den historischen Veränderungen und gesellschaftspolitischen Abhängigkeiten der Institution entwickelte.

In den besonderen Phasen des Nationalsozialismus und der Nachkriegsentwicklung soll daher historisch vergleichend untersucht werden, wie die betroffenen Arbeitnehmer und die ärztlichen Experten (neben Versicherungsträgern und Behörden) in der Statuspassage in die vorzeitige Erwerbsunfähigkeit agierten. Angenommen wird, daß sie das Verhältnis von Gesundheit und Krankheit als partiell-rationale Erwartungs- und Ordnungsvorstellungen in der modernen Gesellschaft konkretisierten. Dementsprechend mußten Sozialversicherungsverfahren multiple Funktionen und Identifikationen zugelassen und eine sozialpolitische Sinngebung unabhängig von der Organisationsform reproduziert haben. Überprüft werden soll die Hypothese, daß die Verfahren zwar derart die Sozialversicherungsinstitution unter wechselnden gesellschaftspolitischen Bedingungen in der deutschen Geschichte (1933-1957) stabilisierten, allerdings zugleich nach dem 2. Weltkrieg mit zunehmender Verrechtlichung an sozialpolitischer Anpassungs- und Lernfähigkeit verloren.

Der in beiden Projektphasen bisher bereits im Hinblick auf die vorliegende Planung gehobene Quellenbestand (Rekursakten des Reichsversicherungsamtes, Versicherungsstatistik) ermöglicht es zusammen mit erschlossenen Quellen zur

Nachkriegsentwicklung, die Analysen gesellschaftspolitischer Kontexte, institutioneller Politiken und einzelner Fälle der Statuspassage in die Erwerbsunfähigkeit zu verbinden.

3.3. Stand der Forschung

1. Modernisierung der Gesellschaft und Stabilität des Sozialversicherungssystems

Ausbau und Stabilität des Sozialversicherungssystems sind wesentliche Merkmale in dem Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung in Deutschland (G. A. Ritter 1986, S. 4; ders. 1987, S. 137). Das neue System öffentlich-rechtlicher Daseinsvorsorge wurde als bedeutsamer Beitrag Deutschlands zur modernen gesellschaftlichen Entwicklung begriffen (E. Fraenkel, zit. F. Tennstedt 1993, S. 362). In der Diskussion über die Typologisierung des Wohlfahrtsstaates wird denn auch darauf verwiesen, daß die deutsche Organisation sozialer Sicherung gerade wegen ihrer offenen und mehrdeutigen Ausgestaltung erfolgreich war. Gleichzeitig erschwert diese Offenheit eine historisch vergleichende Einordnung (J. Kohl 1993, S. 73f).

Die Modernisierung der Gesellschaft ist Historikern ebenso wenig selbstverständlich wie die Stabilität der Sozialversicherung. Lothar Gall hat auf eine "Modernitätsflucht der Modernisten" (L. Gall 1995, S. 16) hingewiesen, wenn Entstehung und Struktur der modernen Gesellschaft erklärt werden. Die Kritik gilt Erwartungen und Ordnungsvorstellungen, mit denen "nicht nur eine übergreifende, sondern gleichsam zentral und zielgerichtet gesteuerte Rationalität" (ebd.) im Prozeß der Modernisierung gesucht wird. Da keine zentralen Steuerungen oder Strukturierungen wirken, ist Modernisierung selbst "nicht sinnhaltig". Die soziale Marktgesellschaft formierte sich nur noch nach "partiell-rationalen" Kriterien. Dieser Befund korrespondiert mit anderen Einsichten in epistemische Konflikte, wonach beispielsweise die Fragmentierung juristischer Diskurse "einer gesamtgesellschaftlichen Kognitionszentrale jegliche Zuständigkeit" entzieht (G. Teubner 1990, S. 144), oder dem modernen Bewußtsein ein fester Ankerplatz fehlt (H. v. d. Loo, W. v. Reijen 1992, S. 255; P. Wagner 1995).

Das auf Erwerbsarbeit aufbauende Sozialversicherungssystem wird immer noch hauptsächlich historisch-genetisch betrachtet (z.B. F. Tennstedt 1995): Bei aller

detailgenauen Rekonstruktion bleibt dabei doch die Frage, ob die Entwicklung des Sozialversicherungssystems allein mit der Beschlußfassung eine prägende Eigen-
dynamik auf der "Bahn der sozialen Reform" (Bismarck), d.h. einer Massenloyali-
tät durch Umverteilung (M. Stolleis 1992, S. 459; G. A. Ritter 1987, S. 144), er-
hielt. Und auch die Betonung eines (überbewerteten) "sozialdefensiven Charakters
der Sozialpolitik" oder eines (unterbewerteten) "paternalistischen Herrschaftsmo-
dells" (M. G. Schmidt 1988, S. 27) der Sozialversicherungskonzeption erklärt
nicht, warum das System effektiv war, auch wenn politische Zielvorgaben, wie die
Schwächung sozialdemokratischer Einflüsse, nicht erreicht wurden.

Die Effektivität, die in der öffentlich-rechtlichen und versicherungsförmigen Bear-
beitung sozialer Risiken erreicht wurde, ist am Beispiel der historisch riskantesten
und am schwierigsten zu kalkulierenden Aufgabenstellung, nämlich der Invalidi-
täts- und Altersproblematik, ausführlich untersucht worden. Die Sozialversiche-
rung wird in ihrem politischen wie rechtlichen Stellenwert und als "Signatur der
Jetztzeit" "im Kern nicht berührt von den offensichtlichen Mängeln der Begrenzt-
heit der materiellen Ausstattung und dem Nichteintreffen oder der Verzögerung
von erwarteten Wirkungen" (Ch. Conrad 1994, S. 243), dargestellt. Diese Stabilität
ist aber nicht nur positiv, weil auch andere Bewegungen und Aufgaben (wie
Selbsthilfe oder Arbeiterschutz) unterdrückt werden. Zentral scheint demnach das
Verhältnis von Regelungs- und Leistungsprofil, das als der "strukturelle, politisch
gewollte und wirkungsgeschichtlich entscheidende Bereich der Sozialpolitik"
(S.244) zu verstehen ist. Das Verhältnis ist jedoch zunächst in allgemeinen Linien
wohlfahrtsstaatlicher Regime und Sozialausgaben entwickelt worden; un-
beantwortet blieb die Frage, wie beide Bereiche zusammen konstruiert und repro-
duziert werden. Wie die Forschungsergebnisse des Teilprojektes zeigen, geschah
dies in den Sozialversicherungsverfahren.

2. Politische Systeme und Epochen

Der starke Ausbau des Wohlfahrtsstaates nach dem 2. Weltkrieg ist anhand ver-
schiedener Modellannahmen untersucht worden. Wichtig erscheint hierbei, daß
Arbeitsmarkt-, Familien- und soziale Sicherungssysteme unterschiedlich
theoretisch verknüpft wurden. Insgesamt wird eine Stärke der kontinentalen Mo-
delle angenommen, von denen das deutsche als repräsentativ angesehen wird (P.

Kosonen 1990/91, p. 85). Stark gewichtet werden im deutschen Wohlfahrtsstaat "status-preserving elements" und Arbeitsbezüge.

In der Diskussion über die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungstypen wurde herausgestellt (J. Kohl 1993, S. 73), daß der deutsche Wohlfahrtsstaat unterschiedliche Komponenten vereint (Fürsorge aber geringe private Sozialpolitik, verrechtlichte Ansprüche aber keine politische Gegenstruktur zum Arbeitsmarkt). Genauer zu untersuchen bleibt, welche Bedeutung der bürgerliche Status und der Arbeitsvertrag in den Sozialversicherungsverfahren jeweils historisch konkret hatten und ob diese Bedeutung für die Akteure übereinstimmte.

Die Beziehungen zwischen Arbeit und Sozialversicherung werden entsprechend in verschiedenen kulturellen und sozialpolitischen Interpretationen unterschiedlich stark akzentuiert. So werden noch keine eindeutigen Anzeichen für eine Kohärenz in Europa ausgemacht. Das Problem scheint dabei weniger in der Gesetzgebung, mehr im politischen Willen zu liegen. Andererseits wirken aber sozialökonomische Zusammenhänge, die eine Tendenz in Richtung auf den "Schumpeterian workfare state" befördern. Während auf der einen Seite die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen in Europa herausgestrichen werden (S. Leibfried), wird andererseits an einer Konvergenz der nationalen Sozialpolitiken in Europa mit eher moderaten, realistischen Annahmen (A. de Swaan 1994/95, p. 9; P. Kosonen 1990/91, p. 103) festgehalten.

Deutlich ist die Abkehr von alten Entwicklungsannahmen, die in groben Erklärungsmuster ausformuliert wurden:

- eine auf industrielle Modernisierungsdynamik (oft auch unterteilt in ein funktionalistisch-modernisierungstheoretisches sowie ein institutionell-administratives Muster) abhebende Entwicklungsannahme
- und eine auf sozialpolitische Auseinandersetzung (oft auch unterteilt in ein konflikttheoretisch mit dem sozialpolitischen Druck 'von unten', namentlich der Arbeiterbewegungen argumentierende, oder auf Herrschaftsstrategien 'von oben', vor allem der kapitalistischen Interessenorganisationen setzendes Muster) abhebende Entwicklungsannahme.

Viele Schwachstellen, aber auch unbestreitbare Stärken dieser Erklärungsmuster wurden herausgearbeitet (J. Melling 1992, p. 455f). Schließlich zeigt sich, daß eine Modernisierungsannahme in mittlerer Reichweite den größten integrierenden Wert zeitigt, während die anderen Annahmen zu kurz greifen und auf lineare Gesetzmäßigkeiten rekurren müssen, wenn sie auch richtig auf die Bedeutung der Institutionen und auf die sozialpolitischen Prozesse hinweisen (in der Kritik einer reinen Herrschaftsstrategie vgl. P. Baldwin 1990, p. 295f). Geboten erscheint also eine historische Rekonstruktion, die von partieller institutionell-administrativer Modernität ausgeht und die wichtigen Akteure ohne gesellschaftspolitisch-prägende Programmatik einbezieht.

Während lange Zeit die "Kolonialisierung der Lebenswelt" (Habermas) allein eine ausreichende Erklärung der institutionellen Dynamik aufzubieten schien, ist heute nach dem "Einbringen von Lebenswelt-Elementen in die Sphäre bürokratischer Organisationen" (H. v. d. Loo, W. v. Reijen 1992, S. 143) zu fragen. Wurde die Sozialversicherung als eine moderne Organisation aufgebaut, dann ist sie gekennzeichnet durch ihre Fähigkeit, die eigene begrenzte Effektivität und Effizienz zu erkennen. Im Unterschied zu gängigen theoretischen Annahmen wird die Hypothese verfolgt, daß diese Fähigkeit nicht dem "System" und auch nicht den "modernen Bürokraten" zuzusprechen ist, sondern der sozialen Beziehung zwischen Betroffenen und Experten, die in den Sozialversicherungsverfahren einer verbindlichen Entscheidung zugrundegelegt wurde.

3. Sozialpolitische Akteure

Die Sozialversicherungsverfahren legen einen politisch-institutionalistischen Ansatz nahe, der neben institutionellen Entwicklungen auch sozialökonomische Einbettungen, kollektive Interessen und politische Machtverhältnisse berücksichtigt (M. G. Schmidt 1988, S. 17). In historisch vergleichender Perspektive können die sozialpolitischen Bestimmungen der körperliche Leistungsfähigkeit, die Belastungszumutungen und die Bedarfsanerkennungen herausgeschält und auf dem Hintergrund sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen, politischer Programmatik oder ideologischer Rechtfertigungen eingeordnet werden. Diese historisch konkrete Analyse hat in den Sozialversicherungsverfahren erkennbare Akteure.

Das Forschungsinteresse ist stärker auf bestimmte Akteure in den Verfahren bezogen, auf deren soziale Bindungen und Beziehungen. Der Focus auf Politiker und Bürokraten als "key agents" (ebd., p. 456) ist zu eng. Hier sind auch politische Diskurse und die Verbindungen zwischen Systemen und Lebenswelten zu berücksichtigen. Noch immer wird diesbezüglich vor allem auf "middle-class loyalties" (G. Esping-Andersen 1990/91, p. 119) verwiesen. Aber in diesen Forschungstraditionen wird die unterschwellige Annahme verfolgt, daß eine Art gesetzmäßige Entwicklung in Richtung auf "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" am Werke ist, bzw. als konzentrische Kraft (Mittelschicht als wesentlicher Träger und Legitimationsbasis des Wohlfahrtsstaates) wirkt.

Die Bedeutung der Akteure wurde bislang im Sog der konflikttheoretisch 'von oben' argumentierenden Annahme lediglich am Beispiel der Industriellen in Deutschland und England ausführlich untersucht (J. Hay 1978; J. Melling 1992). Das Forschungsinteresse gilt nun der Klasseugebundenheit der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in Geschichte und Zukunft, die differenzierter im 'sozialem Raum' zu untersuchen ist. Hierbei wird auch die öffentlich-rechtliche Form der Versicherung mit dem Argument Bismarcks verteidigt, wonach niemand an den Leiden anderer verdienen soll. Demnach wurde im deutschen Sozialversicherungssystem eine "Art politisches Konsensmodell mit dem Ziel, dem (Betriebs)Frieden zu dienen", entwickelt, das auch die Arztrolle weiterhin gesellschaftlich einbindet (H. Barta 1995, S.37f).

Besonders in der juristischen Diskussion des regulativen Rechts ist jedoch auf die "Wiedergewinnung des Politischen" aus der Reflexionsfähigkeit der Individuen gesetzt worden (K. Eder 1990, S. 158f). Verteilungsgleichheit, Gerechtigkeit und politische Teilhabe werden auf eine "prozeduralistische Ethik" aufgebaut, die mehr meint als Verfahren im traditionellen Sinn: Mobilisierung und Interventionschancen zugunsten der Akteure, nicht lediglich ein Abarbeiten. Untersucht wurden institutionalisierte Möglichkeiten der Partizipation, die wiederum, wollen sie nicht auf autoritäre Lösungen zurückgreifen, auf eine Prozeduralisierung des Rechts hinauslaufen, womit eine "nichtautoritäre Form der Konstruktion und Institutionalisierung eines Systems politischer Repräsentation" (ebd., S. 162) gemeint ist.

In dem sozialen Kräftefeld konnten betroffene Arbeitnehmer und begutachtende Ärzte multiple Identitäten entwickeln. Ihr Beitrag in den Verfahren kann als Organisationslernen durch Steigerung 'prozeduraler' Kompetenzen untersucht werden. Dies, so wird angenommen, versetzte die Sozialversicherungsträger in die Lage "Orientierungsproblemen ... mit Ambiguitätstoleranz anstelle von Rationalisierungsprogrammen" zu begegnen (H. Wiesenenthal 1995, S. 151). Die Chancen zur Artikulation von Betroffenheit können als Öffnung zu unkonventionellem Organisationslernen begriffen werden. Die Sozialversicherungsverfahren hatten disparate Handlungsfelder für zentrale Akteure (betroffene Arbeitnehmer und Ärzte) mit je unterschiedlicher Problemwahrnehmung und -artikulation geschaffen und zugleich mit den Verfahren wieder aufeinander bezogen. Angenommen wird, daß die Sozialversicherung als Institution so auch relativ immun gegen das "Risiko des Konventionalismus" (H. Wiesenenthal) blieb, auch wenn die Annahme eines tiefgreifenden Organisationslernens insbesondere im Zuge verstärkter Verrechtlichung (Bundessozialgericht) genauer überprüft werden muß.

Die Frage, wie solche interdisziplinären Ansätze zur Untersuchung der Sozialversicherungsverfahren genutzt werden können, legt einen Vergleich unterschiedlicher staatlicher Kontexte nahe. Alltagsforschungen zur DDR (L. Niethammer 1991) können aufgegriffen und erweitert, bzw. konzentriert werden: "Alltag" wird hierbei nicht als Chiffre für beliebige Sinngebung durch gegebene Strukturen verstanden, sondern als fallanalytischer und typologischer Zugang zu einem spezifischen Raum gesellschaftlicher Beziehungen. Damit wird auch die Frage aufgeworfen, welche historischen Gesetzmäßigkeiten am Werke sein sollen, wenn keine durchgängige Spannung zwischen einer Tendenz zum institutionellen Paternalismus und zur Widerspenstigkeit der Betroffenen vorausgesetzt wird. Hier geht die Antwort dahin, Disziplinierung als Bewegungsrichtung und nicht als Gesetzmäßigkeit anzunehmen, was für eine Einschätzung der historischen Anpassungsfähigkeit und sozialpolitischen Wirksamkeit wichtig ist. De Swaan unterstreicht den nationalen Charakter des Wohlfahrtsstaates und hebt verschiedene Tendenzen zum "domestic state welfare" und zu "international development aid" hervor. Wenn man die enormen globalen Veränderungen in der marktorientierten Welt und die starken Vertrauensverluste in alle wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen ("promise for a somewhat more humane world") bei Intellektuellen und Akteuren

("lost faith in the possibility of social reform") bedenkt, dann mehren sich die fragenden Blicke in Vergangenheit und Zukunft des modernen Wohlfahrtsstaates. De Swaan sieht die großen Hoffnungen verfliegen, aber "a more modest and realistic prospect still amply justifies the investigations of long-term potential of social policy on a transnational, even world scale" (de Swaan 1994/ 95, p. 20).

4. Sozialpathologie und Sozialdisziplinierung

Der Analyse einzelner Sozialversicherungsfälle kommt zugute, daß "es eine Art erkenntnispraktischen Vorranges des Pathologischen gibt" (F.-X. Kaufmann 1970, S. 176). Die Beurteilung versicherungsrechtlich artikulierter Arbeitsunfähigkeit gewichtet allerdings die Bedeutung der Einzelfälle und die Prägekraft der Institutionen in nicht unproblematischem Ausmaß. In der Analyse der durch die Sozialversicherung produzierten historischen Quellen sind beide Problemdimensionen zu berücksichtigen.

Die historische Stabilität des Sozialversicherungssystems legt auf den ersten Blick eine ideologieverdächtige strukturelle Erklärung nahe, wie sie in einfachen Sozialdisziplinierungs- oder Revolutionstheorien gleicherweise angeboten wird. Diese theoretischen Zugänge sind aber kritisch zu hinterfragen, weil sie die Prägekraft der Institutionen und die Problemartikulation betroffener Arbeitnehmer über- und unterbewerten. Vor allem die alltägliche Reproduktion der 'Versicherungsgesellschaft' in den Sozialversicherungsverfahren wird nicht erfaßt. Darüberhinaus fördern diese Zugänge eine methodische Problematik: nämlich "den Strukturen .. die Logik von Subjekten" zu unterstellen (R. Sieder 1994, S. 446) und umgekehrt. Dieser Bezugspunkt wendet sich gegen Sozialdisziplinierungstheorien, die in einer "Totalisierung und Globalverwendung des Konzepts der sozialen Kontrolle" (F. Sack 1993, S. 29) immer weiter ausgedehnt, ja inflationär gebraucht worden sind.

Die historische Stabilität des Sozialversicherungssystems kann auch nicht als "säkularer Trend" dargestellt werden. Angenommen wird in Zivilisationstheorien wesentlich ein gerichteter Entwicklungsgang, dessen Setzung nicht mehr hinterfragt werden kann und gleichzeitig auch den Widerstand eindimensional einbindet, zu verstehen höchstens aus der "Hoffnung auf eine Rettung aus der Unüberschaubarkeit der historischen Welten" (R. Sieder 1994, S. 467), selbst wenn gleichzeitig

die Abhängigkeit von der gerichteten Entwicklung total wird. Zur Analyse des Regulierungsmechanismus der Sozialversicherung reicht die Annahme einer ausgeprägten Eigendynamik nicht aus, stattdessen müssen relevante Problemorientierungen und Politisierungsmöglichkeiten angenommen werden.

Ein zentraler Regelungsmechanismus des Sozialversicherungssystems basiert auf der Annahme alltäglich vorhandener Gesundheit (Leistungsfähigkeit) und eines Bedarfes, der im individuellen Fall als Abweichung diagnostiziert werden kann. Die Risikobiographie umfaßt also selbstverständlich disziplinierende Aspekte. Ein wirkungsvoller Anpassungs- und Lernprozeß muß daher in der Entproblematisierung alltäglicher Gesundheit auszumachen sein. Andererseits ist die einzelfallorientierte Bewältigung des Lebensrisikos nicht unbedingt Garant der Entproblematisierung, sondern im Gegenteil auch eine Quelle beständiger Infragestellung und Auflehnung. Denn der betroffene Arbeitnehmer hat Orientierungspunkte außerhalb des Planungsrahmens der Sozialversicherungsinstitution.

Das Individuum kann zum Bezugspunkt für die Analyse gesellschaftlicher Phänomene werden, wenn aus seinen sozialen Lebensbedingungen ein Maßstab für die Normalität gesellschaftlicher Verhältnisse gewonnen werden kann. Dabei sind zwei verschiedene Denkfiguren möglich: "Was der Mensch für ein gelingendes Leben von seiten der Gesellschaft benötigt, sollte sich entweder im Rückgang auf seine natürliche Ausgangslage oder im Vorgriff auf sein Wissen in einer erwartbaren Zukunft zeigen" (A. Honneth 1994, S. 54). Honneth sieht die Prozeduralisierung der Ethik als eine Voraussetzung, um die beiden Fixpunkte der Sozialphilosophie zu klären: wie ist die natürliche Ausstattung des Menschen unabhängig von kulturabhängigen Sichtweisen mit der Vorstellung zukünftiger gesellschaftlicher Bedingungen der individuellen Selbstverwirklichung, weder beliebig noch deterministisch zu verbinden? Hier soll die zentrale Frage angeschlossen werden, ob die Solidargemeinschaft der Sozialversicherten und die Sozialversicherungsverfahren solche Voraussetzungen entwickelte.

In dieser Hinsicht ist ein Scheitern solcher sozialwissenschaftlicher Ansätze zu konstatieren, "die die Funktionserfordernisse von Gesellschaften nur durch externe Beobachtungen festlegen wollten". Weil in sozialen Zusammenhängen das, was als Ziel oder auch als Normalität gilt, stets kulturell definiert ist, "lassen sich auch

Funktionen oder ihre entsprechenden Störungen allein unter hermeneutischem Bezug auf das interne Selbstverständnis von Gesellschaften bestimmen". Axel Honneth sieht insofern eine defensive Möglichkeit, Normalität von sozialpathologisch feststellbaren Störungen her zu begreifen. Als Normalität will er die gesellschaftlichen Bedingungen nehmen und als solche konkretisieren, "die ihren Mitgliedern eine unverzerrte Form der Selbstverwirklichung erlauben." (A. Honneth 1994, S. 51f) Dies korrespondiert mit einem Verständnis, in dem Gesundheit auch im Sinne von Alfred Schütz als alltägliches Phänomen die Qualität des Fraglos-Gegebenenseins annimmt (U.Gerhardt 1993, S. 16f). Gesundheit wird nur bei zumindest unveränderten und unproblematischen Verhältnissen angenommen, Krankheit wird in der auffälligen Abweichung festgestellt. Die individuelle Auseinandersetzung mit dem Gegebenen und der deutlichen Abweichung eröffnet demnach auch jene Handlungschancen, die in Sozialversicherungsverfahren durch die Problem- und Bedarfsartikulation wahrgenommen werden konnte.

5. Ärzte und Betroffene

Ärzte und Betroffene werden als "Akteure" des Sozialversicherungssystems begriffen, weil sie sich strukturelle krankheitsbedingte Risikolagen aneignen, reproduzieren und Veränderungen verhandeln. Forschungen zur sozialen Wirklichkeit ihrer Beziehungen innerhalb des Sozialversicherungssystems sind weiterhin spärlich. Gerade in diesem Bereich ist es methodisch wichtig, nicht die Gegebenheiten (als Strukturen des Sozialen, Ökonomischen oder Politischen) von den Handlungen und Deutungen der Akteure zu lösen (R. Sieder 1994, S. 448). Gerade am Beispiel der Sozialversicherung kann das Zusammengehen und die Herausprägung von "Ensembles von Akteuren mit ähnlichen Stellungen" (Bourdieu) konkret untersucht werden. In einem solchen Zugriff auf 'Kultur' und 'Gesellschaft' (U. Daniel 1993) werden gesellschaftliche Formierungsprozesse als "Raum von Beziehungen" (Bourdieu) begriffen, ohne eine strukturierende Gesetzmäßigkeit (Disziplinierung) anzunehmen. Dieser Raum von Beziehungen läßt sich in den Sozialversicherungsverfahren auf ein doppeltes Verhältnis von Ärzten und Betroffenen konzentrieren, weil hierin die mit Erfahrung verbundenen Tätigkeiten der Akteure und die äußeren Umstände, in denen sie handeln, gleicherweise (aus dem unmittelbaren Lebenszusammenhang und in ihren strukturierten Rollen) zum Forschungsgegenstand gehören.

Neuerdings wächst das soziologische Interesse an Organisationen als kollektiven Akteuren, in denen soziale Beziehungen stabilisiert, Handlungsmuster geprägt und Kompetenzen verortet werden. Die historische Stabilität der Sozialversicherungseinrichtungen verweist auf Anpassungs- und Lernfähigkeiten, die sich in organisatorischen Kommunikationen nachweisen lassen müssen. Unterstellt werden muß ein Typ von Organisationslernen, der als "unkonventionelles Organisationslernen" beschrieben wird, also zurückgreift auf Potentiale der lernenden Organisation, "nämlich die Adäquanz des Regelsystems und die Anschlußfähigkeit der core beliefs" (H. Wiesenthal 1995, S. 145). In historischer Dimension ist zu fragen, ob die Sozialversicherungsinstitution so organisiert werden konnte, daß Willens- und Bedarfsbekundungen der Mitglieder rezipiert und abweichende Bedarfe zur Anpassung der Sozialversicherung an gewandelte Umweltbedingungen genutzt wurden. Diese Fragestellung richtet sich insbesondere an die multikulturellen Kommunikations- und Aushandlungsprozesse zwischen betroffenen Arbeitnehmern und ärztlichen Experten.

Die großen Einrichtungen des Sozialversicherungssystems sind bislang weitgehend von der "kulturtheoretischen Wende" der Sozialgeschichte unbehelligt geblieben, lediglich die Arzt-Patient-Beziehung wurde in ersten Ansätzen untersucht. Unter dem Einfluß der Zivilisationstheorien wurde bislang in kritischer Aufarbeitung ärztlicher Professionalisierung eine ständig expandierende Allzuständigkeit des medizinischen Experten behauptet. Die 'Medikalisierung' war aber viel verwickelter, vollzog sich "in Form vielfältiger kultureller Aushandlungsprozesse" (J. Lachmund, G. Stollberg 1995, 220). Hier wirkten ärztliche Problemlösungsangebote und Bedürfnisartikulationen der Betroffenen aufeinander. Dargestellt ist die historische Entwicklung, in der "die Grundlagen des ärztlichen Handelns ... nicht mehr den individuellen Attributen des Arztes zugerechnet" wurden (ebd. S. 214). Daß damit auch eine durch Patienten geschaffene oder wesentlich beeinflusste Voraussetzung für die Gutachterrolle des Arztes angesprochen ist, wurde bislang nicht berücksichtigt.

Zwar wird mit der Durchsetzung neuer medizinischer Praktiken zum Ende des 19. Jahrhunderts weniger Raum angenommen, in dem Patienten medizinische Sichtweisen an die eigene Lebenspraxis anpassen. Und der Umstand, daß der Arzt sich von den Lebensgewohnheiten des Patienten entfernte; ermöglichte sicherlich die -

auch von Patienten akzeptierte - Begutachtungssituation. Aber auch diese "Verlagerung der Definitionsmacht aus der Sphäre des Patienten und anderer Laien in die Sphäre des Arztes" (S. 217), womit "das Wissen über die Krankheit hier das Privileg des Arztes" bleibt, war kein eingleisiger Prozeß. Die Relevanz der Medizin nahm zu und dennoch blieb die 'Kultur der Krankheit' nicht allein durch Entwicklung der Medizin bestimmt: wichtig waren der milieuspezifische Habitus und die sozioökonomische Ressourcen der Betroffenen.

Zu fragen ist daher nach Art und Reichweite der Orientierung an ärztlichen Diagnosen, und umgekehrt nach der Durchlässigkeit der Grenzen zwischen Experten- und Laienkompetenz, sowie nach der sozialen Distanz zum Arzt, die wiederum auch die Rolle des Arztes freisetzte. Dabei wird einerseits eine tendenzielle Standardisierung ärztlichen Wissens und Handelns betont. Andererseits werden viele Wissensbestandteile des Gesundheitsdiskurses in das alltägliche Verständnis übernommen und in der zunehmenden Rezeption medizinischen Wissens durch Laien selbstverständlich. Hierdurch kann wiederum rückwirkend eine Transformation medizinischen Wissens durch die Alltagskultur der Laien konstatiert werden (ebd., S. 224). Nicht berücksichtigt werden in diesen Forschungen bislang die Wechselwirkungen, die den sozialen Status des 'Patienten' nicht voraussetzen, sondern bereits vorher wirken, also einen lebensweltlichem Ausgangspunkt haben, und von Kontexten der Sozialversicherungsinstitutionen ausgehen, also sekundäre Risiken in den Mittelpunkt stellen.

3.4 Eigene Vorarbeiten (Ergebnisse der letzten Phase)

Die verschiedenen Dimensionen des Teilprojektes wurden arbeitsteilig verfolgt. Anhand der aufgenommenen, erstmals mit modernen Verfahren ausgewerteten Daten der deutschen Sozialversicherung wurden die institutionellen Entwicklungslinien eingebettet in den gesamtwirtschaftlichen Kontext (Inflation, Löhne, Preise, Rentenhöhe) dargestellt. Die Mechanismen institutioneller Steuerung wurden vor allem im Zusammenspiel von zentralen und regionalen Behörden (Bereisung der Landesversicherungsanstalten durch Kommissionen des Reichsversicherungsamtes) historisch konkret verfolgt. Schließlich wurden die Rekursfälle in Invalidenversicherungsverfahren spezifisch im Hinblick auf Typen von Abläufen und Ergebnissen analysiert.

Im bislang untersuchten Zeitraum von 1889 bis 1929 konnten in der vorangegangenen Projektphase am Beispiel der Berufskrankheiten institutionelle Anpassungsprozesse festgestellt werden, die als Ausdifferenzierung der Sozialversicherungsinstitution auf Veränderungen in der gesellschaftlichen Pathogenität eingingen und zugleich die Bindung der Lebenslaufmuster an die moderne 'Leistungs- und Versicherungsgesellschaft' stärkten.

In den historisch vergleichenden Analysen stand dann die Sattelzeit der 'Arbeiterversicherung' um die Wende zum 20. Jahrhundert im Mittelpunkt. Die Sozialversicherungsverfahren in Deutschland wurden von der Unfallversicherung aus beispielhaft für andere Bereiche der sozialen Sicherheit strukturiert, wobei die *Risikobiographie* als Bilanzierung vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit durch die Sozialversicherung ausgeprägt wurde. Gesellschaftspolitisch war die Risikobiographie eingebettet in die Annahmen, daß mit den Instrumenten des Unfall-Paradigmas auch in der Invaliditätsversicherung jeweils offenkundige soziale Härten zu bearbeiten wären, und daß für den normalen wirtschaftlich-technischen Entwicklungsgang kein besonderes Steuerungs-Instrumentarium nötig wäre.

Diese Annahmen gingen in sozialpolitisch motivierte Vorstellungen über die anzustrebende Absicherung der Arbeiterschaft (Höhe der Renten) ein, die durch Modellrechnungen und "fiktive Bilanzen" erstmals in einem wirksamen Planungsrahmen konkretisiert wurden (Balance zwischen Beitragsleistungen und Rentenleistungen auf der Basis linearer Bevölkerungsentwicklung usw.). Bestimmte Planungsvorgaben wurden stabil gesetzt (z.B. Altersaufbau der Versicherten), andere flexibel gehandhabt (z.B. Heilverfahren). Die ersten verwertbaren Erfahrungen mit diesen Planungsvorgaben seit Mitte der 1890er Jahre bestätigten die Basisannahmen und zeigten, auch weil die Kosten unter den Erwartungen blieben, flexible Handlungsspielräume für die Landesversicherungsanstalten und das Reichsversicherungsamt. In den weiteren Reformen der Sozialversicherung wurde jeweils dieser Zusammenhang zwischen stabilen Planungshorizonten und flexiblen Steuerungselementen unterhalb der gesetzlichen Ebene beibehalten. Dies wiederum nutzte einer, auch regional und politisch unterschiedlichen, Berücksichtigung von Problemlagen und biographisch begründeten Bedarfen.

Die Risikobiographie, so kann man überspitzt sagen, war als sozialpolitische Öffnung hin zur Schadensprävention angelegt, wurde aber auch zur zusätzlichen Risikologie der von industrieller Pathogenität betroffenen Arbeitnehmer. Diese allerdings enthielt institutionelle Steuerungsmechanismen, die als 'Statuspassagenmanagement' beschrieben werden können.

Medizinische Gutachten unterstellten eine Normalität der Versichertenbiographie (Erwerbsfähigkeit des gesunden Arbeitnehmers) und erwartete Abweichungen (alters- und konstitutionsbedingte Leistungsminderungen). In Sozialversicherungsverfahren wurden demnach die Rekurse auf Bedürfnis und Erfahrung seitens der antragstellenden Arbeitnehmer, auf das als gesichert geltende Wissen der gutachtenden Ärzte und auf die Leistungsentscheidungen der Versicherungsträger vermittelt.

Die implizierte finale Orientierung der Arbeiterversicherung (Schutz der Erwerbsfähigkeit und Kompensation der Erwerbsunfähigkeit) insgesamt wurde zum Ende des 19. Jahrhunderts auf eine kausale Orientierung festgelegt: körperliche und/oder geistige Schädigung (Erkrankung) muß als Ursache von Erwerbsunfähigkeit nachweisbar sein. Auf diese kausale Orientierung bezogen sich die Erwartungen der Versicherten ebenso wie die medizinisch-juristischen Entscheidungsbegründungen.

Die Arbeiten der letzten Projektphase zeigten, wie die kausale Orientierung zu einem flexiblen Konstruktionselement biographischer Risiken wurde. Die Konstruktion ging vom betroffenen Arbeitnehmer aus, der nur durch Artikulation und Begründung eines qualitativen Bedarfs in den Status des gesetzlich unterstützten Erwerbsunfähigen übergehen konnte. Das Statuspassagenmanagement bestand in einem Verfahren, an dem vor allem betroffene Arbeitnehmer nebst Vertretern und Ärzte als objektivierende Experten beteiligt waren. Für dieses Management wurden in verschiedenen historischen Vorgängen wirksame Rahmenbedingungen entwickelt, was vor allem am Beispiel der 'Bereisung' der dem RVA Landesversicherungsanstalten durch Vertreter des Reichsversicherungsamtes nach der Jahrhundertwende untersucht werden konnte. Bezogen auf die ärztlichen Experten konnte eine Standardisierung der Argumentationen und Beurteilungskriterien nachgewiesen werden. Wichtiges problembezogenes Moment blieb die Antragstel-

lung durch die Arbeitnehmer: Betroffenheit und Beharrlichkeit der Antragsteller wurden vorausgesetzt, doch Querulanz und Rentenneurose markierten eine Grenze, die gezogen wurde, damit Arbeitsverpflichtung und Problematisierung dem Zweck der Sozialversicherung untergeordnet blieben. Innerhalb dieser Grenzen entfaltete der Aushandlungsprozeß in den Verfahren ein hohes Maß an Selbststeuerung und Wirksamkeit, was die Anpassungsfähigkeit des deutschen Sozialversicherungssystems auszeichnete.

Vor allem die versicherungsrechtliche Würdigung der Neurosen, konnte als wirksames Instrument des Passagemanagements rekonstruiert werden. Eine scharfe Trennung zwischen drei Problemdimensionen, die in den Sozialversicherungsverfahren unterschiedlich gehandhabt wurden, wurde entwickelt:

- "primäre Risiken": allgemein auftretende und gesellschaftlich zu verantwortende Gesundheitsgefährdungen und -schädigungen, die im Verlaufe eines Arbeiterleben vorkommen);
- "Standardrisiken" (primär-sekundäre Risiken): durch Sozialversicherung definierte und Sozialversicherungsleistungen begründende Gefährdungen und Schädigungen, die für den betroffenen Arbeitnehmer geformt (sekundär), für den Sozialversicherungsträger aber allgemeiner Ausgangspunkt (primär) sind;
- "sekundäre Risiken": durch den institutionellen Umgang mit den Standardrisiken des Erwerbslebens entstehende zusätzliche (sekundäre) Gefährdungen und Schädigungen (wie Neurosen, aber auch bezogen auf Volksgesundheit), die einerseits Teil einer neuen, durch das Sozialversicherungssystem geschaffenen Wirklichkeit darstellten, andererseits zusätzliche Einschätzung der Effektivität der sozialen Sicherung ermöglichten.

Die Rolle der Ärzte als Gate-Keeper an der Statuspassage in die Erwerbsunfähigkeit wurde umso entscheidender, je mehr die existentielle soziale Bedürftigkeit auf Gesundheit (körperliche und geistige Produktivität) zurückgeführt und als versicherungsrelevante Krankheit identifiziert wurde.

In den Sozialversicherungsverfahren konnte ein zusätzlicher Anpassungs- und Bewertungs-Mechanismus installiert werden, insofern die sekundären Risiken auf

Probleme sozialpolitischer Effektivität aufmerksam machten. Wenn die Diskrepanz zwischen Erwartung und Leistung nicht mehr von einer einfachen Verfahrenslegitimation gedeckt wird, wenn die Legitimation durch Verfahren selbst in Spannung gerät, dann ist dies ein Signal für Anpassungsprobleme und organisatorische Lernprozesse. Die besondere Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungsverfahren bestand nun darin, daß sie in einem bestimmten Rahmen die Normalitätsannahmen und die Verfahrensregeln in ihrer sozialpolitischen Wirksamkeit beurteilen und gegebenenfalls die Verfahren selbst modifizieren konnten.

3.5. Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

In der ersten Förderungsphase zielte das Teilprojekt auf die Berufskrankheitenverfahren. An diesem Beispiel wurde untersucht, wie neue Risikolagen in die institutionelle Steuerung durch das Sozialversicherungssystem eingepaßt wurden. Die institutionell vorgegebene Bilanzierung außergewöhnlicher Gesundheitsbelastungen im Arbeitsleben wurde in der zweiten Förderungsphase als "Risikobiographie" in der Invaliditätsversicherung beispielhaft für die Lebenslaufmuster in der deutschen Sozialversicherung analysiert. In den Sozialversicherungsverfahren zeigte sich ein mehrschichtiges Disziplinierungs- und zugleich Politisierungspotential, das vor allem im Wechselspiel von Betroffenen und Ärzten zur Stabilität und Effektivität des Sozialversicherungssystems beitrug.

Bezogen auf die Verfahren liegt der dritten Forschungsphase eine modifizierte "Kontinuitäts-These" zugrunde. Demnach verläuft die Entwicklung der sozialen Sicherung "weitgehend kontinuierlich und unabhängig vom Typ des politischen Regimes" (M. G. Schmidt 1988, S. 32), wobei allerdings weniger die Ausdehnung der Zuständigkeit und der Leistungen als vielmehr die Anpassungsfähigkeit der Organisation gemeint ist. Es wird davon ausgegangen, daß die allgemeine gesellschaftspolitische Verankerung der Sozialversicherungsverfahren auf der einen Seite die Rolle des Arztes und medizinischen Gutachters, bzw. auf der anderen Seite des betroffenen Menschen und Leistungsbezugsberechtigten ausdifferenzierte und dies ein staatliches Durchgreifen auf die sozialpolitischen Zwecke des deutschen Sozialversicherungssystems verhinderte. Dies gilt für die politischen Umwälzungen während des Nationalsozialismus wie für den Aufbau

zweier deutscher Nachkriegsstaaten - trotz deutlich anderer, von einem Volksganzen und Betriebsgemeinschaften ausgehenden Legitimationen individuellen, ärztlichen und institutionellen Handelns während des Nationalsozialismus sowie der konkurrierenden Begründungen der Sozialversicherungsverfahren in DDR (FDGB als Arbeitnehmervertretung und Versicherungsträger) und BRD (unterschiedliche Organisation der Landesversicherungsanstalten). Die entscheidende Veränderung wird in der Entpolitisierung angenommen, wie sie in der Bundesrepublik durch die wachsende Bedeutung des separaten sozialrechtlichen Instanzenzuges (bis hin zum Bundessozialgericht) organisiert wurde. Die Untersuchung ermöglicht gleichzeitig eine abschließende Beurteilung der bisherigen Projektergebnisse.

Die Gewichte der vergleichenden Untersuchungen 'werden von dem historischen Querschnitt (Vergleich von Unfall- und Invaliditätsversicherung) wieder auf den Längsschnitt verlagert. So soll die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung unter unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bedingungen im 20. Jahrhundert ins Auge gefaßt werden. Dabei stehen zwei Phasen im Mittelpunkt: I. die Zeit des Nationalsozialismus, die im Vergleich zum deutschem Kaiserreich und zur Weimarer Republik untersucht werden, II. die Nachkriegszeit bis Anfang der 1960er Jahre, die im Vergleich von DDR und BRD untersucht werden soll.

I. Zunächst werden die bisherigen Ergebnisse genutzt, um die *Phase des Nationalsozialismus* zu untersuchen. Diese Phase ist durch einen politisch-ideologisch begründeten Druck auf Wissensbestände, Definitionen und Entscheidungen über Erwerbsunfähigkeit geprägt, vor allem bezogen auf eine Einschätzung körperlicher Leistungsfähigkeit und auf eine selektive Inanspruchnahme sozialer Leistungen. Daher ist gerade hier die Frage nach den institutionellen Anpassungsprozessen und deren Modernität (H. Mommsen 1995) zu stellen. Eine Konzentration auf die Analyse der Berufskrankheitenverfahren im historischen Kontext des Nationalsozialismus wird dieser politischen Dimension gerecht und ermöglicht zugleich die weitere intensive Bearbeitung einzelner Fälle. Die Analyse der vorliegenden Berufskrankheiten-Verfahren (1933 - 1945) verwendet die in den vorherigen Projektphasen entwickelte Typologie. Im historischen Kontext erscheint insbesondere eine genauere Analyse der Verbindungen zwischen Reichsarbeitsministerium, Reichsversicherungsamt und

Hauptamt für Volksgesundheit und DAF nötig, damit die tatsächlichen Sozialversicherungsverfahren im Gegenlicht der sozialpolitischen Konzeptionen beurteilt werden können. Dieses Vorgehen hat sich in der vergangenen Förderungsphase in Bezug auf die 'Bereisung' der Landesversicherungsanstalten durch das Reichsversicherungsamt nach der Jahrhundertwende als ergiebig erwiesen.

II. Die Phase der Nachkriegsentwicklung im geteilten Deutschland ist durch unterschiedliche und konkurrierende sozialpolitische Strategien gekennzeichnet, die sich vor allem auf unterschiedliche kollektive Akteure berufen. Hierbei ist zunächst die Rolle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (H. Weber 1993, S. 144f) zu hinterfragen. Im Mittelpunkt stehen jedoch die Gewerkschaften im historischen Vergleich, weil die Gewerkschaften in der DDR als Solidarorgan schlechthin auch die Rolle der Solidargemeinschaft der Versicherten übernahmen. Für die Bundesrepublik steht der separierte rechtliche Instanzenzug und die wachsende Bedeutung des Bundessozialgerichtes für die Konkretisierung sozialpolitischer Steuerung im Mittelpunkt. Die Analyse der ausgewählten Sozialversicherungs-Verfahren in der DDR ermöglicht den Vergleich mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes. Für diese Phase können noch medizinische Gutachter befragt werden, die an der Standardisierung von Krankheitsdefinitionen und Untersuchungsmethoden in Sozialversicherungsverfahren beteiligt waren.

Die Analyse der vorhandenen Sozialversicherungsstatistiken in DDR und BRD soll bis zum Ende der sozialpolitischen Reformdiskussion zum Ende der 1950er Jahre fortgeführt werden. Anhand der durch die Sozialversicherung produzierten Daten kann die Dimension sozialstaatlicher Planung und Rahmung unter den wechselnden gesellschaftspolitischen Bedingungen rekonstruiert werden. Die Eigendynamik des Sozialversicherungssystems, so die Hypothese, stellt sich demnach als Resultat einer sicheren Bedarfskalkulation dar, die in den Sozialversicherungsverfahren als Vorgabe mitwirkte und in der sozialpolitischen Effektivität überprüft wurde.

3.5.1. Ziele

Ausgehend davon, daß "es eine Art erkenntnispraktischen Vorranges des Pathologischen gibt" (F.-X. Kaufmann 1970, S. 176), sollen weiterhin solche Fälle unter-

sucht werden, in denen es um die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit geht. Von allen krankheitsbedingten Statuspassagen in die Erwerbsunfähigkeit haben die anerkannten Berufskrankheiten einen wegweisenden Charakter. Sie vereinen allgemeine Merkmale der Invaliditätsversicherung mit besonderen Kausalitätsmerkmalen der Unfallversicherung. Darüber hinaus wird beispielhaft die Bedeutung des Berufes in der Ausdifferenzierung des Sozialversicherungssystems berücksichtigt.

Allgemeines Ziel der geplanten Forschungen ist es, die sozialen Beziehungen zwischen betroffenen Arbeitnehmern und begutachtenden Ärzten in *unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Kontexten* zu untersuchen. Hierbei werden historisch-vergleichend die Anpassungs- und Lernprozesse institutioneller Steuerung vor allem in den beruflich fundierten Bedarfsartikulationen und physiologisch begründeten Leistungszumutungen konkret verfolgt, wie sie zwischen betroffenen Arbeitnehmern und ärztlichen Experten ausgehandelt werden.

Der historische Vergleich bezieht die bisherigen Forschungsergebnisse des Teilprojektes auf die aktuellen Diskussionen über Zielkonflikte an den Grenzen des Sozialstaates. Gefragt wird nach der historischen Balance zwischen rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Prinzipien. Die Anpassung institutioneller Steuerung angesichts qualitativ neuer Sozialpathogenität und wirksamer Sozialintegration um die Jahrhundertwende wird konfrontiert mit den ideologischen und finanziellen Belastungen der Sozialversicherung seit den 1930er Jahren. Die Mißbrauchsvermutung, die seit den ersten Planungen die Geschichte der Sozialversicherung begleitet, kann in der unterschiedlich organisierten Leistungsverpflichtung des Arbeitnehmers in der deutschen Nachkriegsgeschichte hinterfragt werden. Die Sozialstaatlichkeit stellte im Aufbau der westdeutschen Gesellschaft (A. Schildt, A. Sywottek 1993) die Distanz zum Nationalsozialismus und die Anbindung an die Weimarer Republik her. Zugleich, so die Hypothese, stellte die besondere Betonung rechtlicher Regulierungen auch eine Entpolitisierung der Sozialversicherungsverfahren dar. Im Aufbau der DDR wurde demgegenüber in den 1950er Jahren zunächst sogar die Notwendigkeit einer besonderen Sozialpolitik verneint (H. Weber 1993, S. 145), was eine vergleichbare Entpolitisierung bedeutete. Eine differenzierte Betrachtung von Kontinuitäten und Brüchen in diesem wichtigen Aspekt der Nachkriegsgeschichte ist auch ein Beitrag zur neuerlichen Diskussion über kollektive Verantwortlichkeit (D. Goldhagen).

Der historische Vergleich wird auf wichtige Sozialbeziehungen und Akteure konzentriert. Angenommen wird, daß die Sozialversicherungsverfahren seit der Jahrhundertwende ein "Kräftefeld" darstellen, in dem die Akteure ihre Interessen, Bedürfnisse und Sichtweisen auf soziale Problemlagen und auf die institutionelle Steuerung zugleich beziehen. Die bisherigen Forschungsergebnissen verweisen darauf, daß die Handlungschancen innerhalb des Kräftefeldes nicht von gesellschaftspolitischen Strukturvorgaben dominiert wurden. Die Bedeutung der gesundheitspolitischen Maßnahmeprogramme des Nationalsozialismus, der DDR oder BRD wird also anhand der Einflüsse zu untersuchen sein, die deren Programme auf die Rolle des Arbeitnehmers oder die des bestellten Gutachters nahmen. Zugleich eröffnete die (später genauer entwickelte) Doppelung der sozialen Beziehung zwischen Arzt und Patient sowie zwischen Antragsteller und Gutachter den Akteuren jeweils eine begründete Möglichkeit, die Problematisierungs- oder Disziplinierungsdimension der Verfahren zu aktivieren.

In der Ausdifferenzierung des Sozialversicherungssystems fand jedenfalls bis zum Ende der 1950er Jahre eine Anpassung der Sozialversicherungsverfahren an veränderte Risikolagen statt, die beispielhaft in Bedeutung der gewerblichen *Berufskrankheiten* für die Unfallversicherung verfolgt werden kann. Die integrativen Kräfte der modernen Versicherungsgesellschaft (F. Ewald) sind mit einer prozeduralen Ethik verbunden, die zumutbare gesundheitliche Belastungen und erwartbare soziale Sicherungen fallbezogen aushandelt und verallgemeinert. Gefragt werden soll abschließend, ob diese prozedurale Ethik auch in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Kontexten zwischen institutioneller Verharrung (Selbstregulation mit tendenzieller Disziplinierung) und problemorientierter Überbürdung (Interessenausgleich mit tendenzieller Politisierung) vermitteln konnte.

Gewerbliche Berufskrankheiten werden als Merkmal industrieller Pathogenität untersucht. Sie markieren die Problemorientierung (im Sinne primärer und sekundärer Risiken) in der sozialen Beziehung zwischen Ärzten und Betroffenen sowie zwischen Gutachtern und Arbeitnehmern. An ihrem besonderen Beispiel können auch andere Leitfragen der sozialen Sicherung und der ärztlichen Begutachtung, vor allem der Vergleich zu zentralen Mißbrauchsvermutungen, zunächst der trau-

matischen Neurosen überhaupt und den Kriegsbeschädigten insbesondere, vergleichend untersucht werden. Zu fragen ist jeweils:

- Wie wird die Qualität eines Leidens begründet?
- Wie wird die körperlich-geistige Funktionseinbuße beurteilt?
- Wie wird im konkreten Fall einem sozialen Bedarf Rechnung getragen?
- Wird auf eine gesellschaftliche Leistungsverpflichtung abgehoben?

Diese Fragen werden auf beide Akteursgruppen in unterschiedlichem gesellschaftlichen Kontext bezogen. Untersucht wird der Einfluß des gesellschaftspolitischen Kontextes auf veränderte Problemartikulationen seitens Betroffener und auf die Bedeutung der juristischen oder sozialpolitischen Unterstützung. Untersucht wird zum anderen die Herausbildung und Evaluation medizinischen Standardwissen im gesellschaftspolitischen Kontext. Hypothese ist, daß der gesellschaftspolitische Kontext zunächst nur die Beziehung zwischen Arbeitnehmer und Gutachter, nicht diejenige zwischen Betroffenen und Arzt betrifft. Mit den historisch brisanten Entwicklungen in Deutschland während Nationalsozialismus, Krieg und Teilung wurde der gesellschaftspolitische Kontext durch rechtliche Sicherheit zugleich entproblematisiert aber auch entpolitisiert.

Daraus erwachsen zunächst mehrschichtige, dann rechtlich reduzierte Handlungschancen in der Konstruktion der Risikobiographie, die jeweils in dem gesamten Ablauf des Verfahrens analysiert werden sollen:

Vorgeschichte: Wann und wie werden gesundheitliche Belastungen vorgebracht und welche Rolle spielt der behandelnde Arzt?

Erkrankungsprozeß: Wann und wie werden Qualitäten der gesundheitlichen Probleme vorgebracht und in Bezug zu sozialpolitischen Bedarfen gesetzt?

Antragstellung: Mit wem, unter welchen Voraussetzungen, Orientierungen und Perspektive werden Anträge auf Erwerbsunfähigkeit gestellt?

Begutachtung: Welche Kommunikationsvorgänge finden zwischen Arzt und Betroffenen sowie zwischen antragstellendem Arbeitnehmer und medizinischem Gutachter statt?

Entscheidungen: Wie betreiben, blockieren oder verlassen die Akteure (Ärzte, Betroffene) die Sozialversicherungsverfahren in den einzelnen Stufen?

Insgesamt steht in der abschließenden Projektphase eine zusammenfassende Einschätzung dessen an, was eine "multiple" Funktion und Identität der Risikobiographie (doppelte Bilanzierung) genannt werden kann: Ärzte können patienten- oder institutionenbezogen urteilen; betroffene Arbeitnehmer können auf unmittelbare Bedürfnisse oder auf durch Erwerbsarbeit erworbene Sicherungsansprüche rekurrieren.

Das Design zur Analyse der einzelnen Fälle (Anträge, Gutachten, Entscheidungen) kann daher mit folgendem Schaubild zusammengefaßt werden.

Schaubild: "Multiple Funktion und Identität" der Risikobiographie (Erwerbsunfähigkeit) in Sozialversicherungsverfahren

1. *Feststellung gesundheitlicher Mängel (Entlassung aus der Arbeitspflicht)*

Akteure	Bilanz	Perspektive
Betroffener	Leiden	Statusunsicherheit
	Anstrengungen	
Arzt	Defekt	Leistungsverlust
	Funktionseinbuße	

2. *Prüfung der Erwerbsfähigkeit (Beurteilung des Arbeitswillens)*

Konstruktion	Status	Passage
Arbeitnehmer	Bedarf	Anwartschaft
	Arbeitsbelastung	
Gutachter	Neurose	Anspruch
	Verwertbarkeit	

Von den betroffenen Arbeitnehmern aus müssen daher die Angaben über individuellen Leiden überprüft werden: wie wird der Übergang von Anstrengungen im Arbeitsleben und relativer Statusunsicherheit angesichts drohender Erwerbsunfähigkeit begründet? Vom gutachtenden Arzt aus müssen die verbindlichen Krankheitsdefinitionen überprüft werden: welcher Defekt begründet einen Übergang von

körperlich-geistiger Funktionseinbuße zu gesellschaftlich auszugleichendem Leistungsverlust.

Zu untersuchen sind darüberhinaus auch Handlungsmöglichkeiten, die sich ergaben, weil Sozialpolitik in wichtigen Bestandteilen als symbolische Politik entfaltet wurde. Durchgängig hatte der betroffene Arbeitnehmer auch die Handlungsoption, auf die eigene treibende Rolle in den Verfahren zu verzichten und die Krankenrolle auszudehnen. Das kann sogar als Schutzmaßnahme geschehen, wenn tatsächliche Krankheitsfolgen des Verfahrens und eine zusätzliche Überforderung drohen. Ebenso hatte der Arzt, der mit der konkreten Risikobiographie konfrontiert wird, die Handlungsoption, sich in der Konsequenz als Anwalt des leidenden Menschen oder als gesellschaftlich bestellter Normalitätswächter über zumutbare Belastungen und anzuerkennende Bedarfe zu verstehen.

Zusätzlich wird in dieser analytischen Zielsetzung untersucht, wie sich diese Handlungsoption auf eine "Vorverlagerung" der Sozialversicherungsverfahren auswirkte: In der Analyse der Invalidisierungs-Verfahren konnte festgestellt werden, daß eine wichtige Entproblematisierung durch die Art und Weise erfolgt, wie betroffene Arbeitnehmer durch ihren praktischen Arzt, durch die antragsaufnehmende untere Verwaltungsbehörde und durch gewerkschaftliche o.ä. Rechtsberatung mit dem sozialpolitischen Zweck der Verfahren vorausschauend konfrontiert wurden. Untersucht werden soll, ob sich diese Vorverlagerung als tendenzielle Internalisierung entwickelte, ob es sich um eine effektive rechtliche Regulierung oder ob es sich lediglich um symbolische Politik handelte.

3.5.2. Methoden

Im methodischen Zuschnitt des Teilprojektes liegt die Gefahr besonders nahe, die "Differenz zwischen den wissenschaftlichen Ordnungssystemen der Beobachtung und der sozialen Eigenart des Beobachteten" (R. Sieder 1994, S. 447) zu verwischen. Die Verwechslung der Logik der Strukturen mit der Logik von Subjekten (bzw. die Ausstattung von Strukturen mit subjekthaften Eigenschaften) hat Reinhard Sieder als "Strukturrealismus" (S. 447) kritisiert, was vor allem eine "hinreichend empirische Einsicht in den je und je gegebenen Spielraum der Handelnden zur Gestaltung der Verhältnisse" (ebd.) blockiert.

Als zentrales methodisches Problem wurde in Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieu die Unterscheidung zwischen aussagekräftigen Erklärungen sozialer Praxis und Annahmen über historischen Wandel herausgearbeitet: Während soziale Praxis auf "Erzeugungsprinzipien der Regelmäßigkeiten" und "dauerhaft eingeprägte Dispositionen" abheben muß, die auch eine Tendenz prämiieren, "die objektiven Bedingungen, deren Produkt sie ... sind, zu reproduzieren" (Bourdieu), müssen Annahmen über historischen Wandel solche Praxisformen in ihrer Stabilität oder in ihrer Veränderung selbst erklären. Daher werden im vorliegenden Teilprojekt Kräftefelder zwischen Akteuren angenommen, die sich in Austausch und Auseinandersetzung mit anderen begründen, verändern und verfestigen (A. Lütke 1991, S. 12f). Die Sozialversicherungsverfahren stellen demnach sozusagen den Innenraum eines solchen Kräftefeldes dar.

Zur Untersuchung der Dialektik von Handlungsbedingungen und Handlungen soll der historische Kontext mit Methoden der historischen Sozialforschung weiter systemvergleichend analysiert werden. Das Verhältnis zwischen den Versicherungszweigen wie die Entwicklung der Beschwerdesachen ist in den Statistiken des Reichsversicherungsamtes dokumentiert. Diese amtlich über lange Zeiträume mit gleicher Methode erhobenen Angaben sind bislang nur in einfachen Zeitreihen präsentiert und sozialhistorisch ignoriert worden. Darüberhinaus bieten diese statistischen Angaben eine Einordnung der qualitativ auszuwertenden Quellen. Fortgesetzt werden soll der mit der Unfallversicherung begonnene Längsschnitt-Vergleich, der in einer folgenden Projektphase zeitlich bis zum Beginn der 1960er Jahre ausgedehnt werden soll.

Die Methoden der historischen Sozialforschung (D. Ruloff 1985) konnten in der bisherigen Arbeit fruchtbar gemacht werden, weil die historischen Vorgänge mit Ansätzen aus unterschiedlichen Einzeldisziplinen analysiert wurden. Unter Nutzung theoretischer Ansätze des Sfb sollen historische Regelmäßigkeiten in beschränkter Reichweite (partiell-rationale Ordnungen) aufgedeckt und hypothesengeleitet geprüft werden.

Insgesamt wird in dem Teilprojekt mit einer Kombination von historisch-hermeneutischen Methoden der Textanalyse und quantitativen sozialwissenschaftlichen Verfahren gearbeitet. Die Textanalyse bezieht sich auf prozeßproduzierte Doku-

mente (Akten der Sozialversicherungsverfahren) und auf die Auswertung der narrativen Interviews, die quantitativen Verfahren auf die Auswertung der Sozialversicherungsdaten.

Die Dokumentenanalyse der SV-Unterlagen wird mit systematisch-rekonstruktiven hermeneutischen Verfahren angegangen. Die Perspektive der Akteure kann so rekonstruiert werden, weil die vielschichtigen und kontextgebundenen Äußerungen der heutigen Beobachtung zugänglich sind: eine Handlung wird protokolliert, deren sozialhistorischer Kontext heute verstanden werden kann, nicht prinzipiell fremd und unzugänglich ist. Die Dokumente selbst sind zugänglich und speziell für die DDR-Archive aufbereitet (C. Adam 1992).

Vor allem aber zielt die Methode auf den kommunizierenden Menschen - über ihn kann die sozialgeschichtliche Untersuchung auf die Analyse von "Fällen" aufbauen. Im historischen Vergleich sollen die typisierten Fälle aus den bisherigen Forschungen (Kaiserreich und Weimarer Republik) mit den Fällen in anderem gesellschaftspolitischen Kontext konfrontiert werden (Nationalsozialismus, DDR und BRD).

Vorgesehen sind Fachinterviews mit ärztlichen Gutachtern (für die DDR mit H. Kreibich, K. Scheuch, E. Thiele, E. Münzberger u.a.) und juristischen Experten.

Ein Fundus an vergleichbaren Daten ist gegeben und bereits zu einem großen Teil in den beiden vorherigen Forschungsphasen gehoben worden. Die klare empirische Basis in Form veröffentlichter ärztlicher Gutachten und der amtlichen Sozialversicherungs-Statistik für den institutionellen Kontext ist auch für die weitere Forschungsarbeit eine sichere Grundlage.

Für die Nachkriegsentwicklung in der BRD ist eine anonymisierte Auswertung der Berufskrankheiten-Verfahren zusammen mit dem Landesgewerbeamt in Bremen vereinbart worden. Eine entsprechende Kooperation ist mit dem Sächsischen Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Chemnitz und dem Deutschen Hygiene-Museum in Dresden vorbereitet. In Chemnitz sind ca. arbeitsmedizinisch relevante 200.000 Krankenakten gesichert worden, die zusammen mit Medizinhistorikern des Hygiene-Museums, die über gute Kenntnisse der Verhältnisse in der ehemaligen DDR verfügen, ausgewertet werden können.

3.5.3. Arbeits- und Zeitplan

- 1997 1. Quartal
Sichtung Sekundärliteratur, Zusammenstellung archivalischer Quellen
2. Quartal
Befragung Landesgewerbearzt Bremen, Entwicklung Interviewleitfaden; Zusammenstellung zu befragender Personen
3. und 4. Quartal
Archivreise Dresden, Befragung in Dresden; Archivreise Berlin, Archivreise Koblenz
- 1998 1. Quartal
Befragung in Bremen; Auswertung Befragungen, Typologiebildung, Nachbefragung
2. bis 4. Quartal
Auswertung Archivreisen, Formulierung erster Zwischenergebnisse
- 1999 1. Quartal
Hypothesengenerierung, Expertengespräche (Landesgewerbearzte, Gutachter, Rechtssekretäre)
2. Quartal
Workshop
3. und 4. Quartal
Überprüfung und Formulierung Arbeitsergebnisse

3.5.4. Forschungsperspektive

Mit der beantragten Förderung schließt das Teilprojekt die historisch-vergleichenden Untersuchungen der deutschen Sozialversicherungsverfahren zwischen 1886 und 1957 ab.

3.6. Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Das Teilprojekt zielte bislang vor allem auf die *institutionellen Steuerungen* von *Risikolagen* und bezieht nun stärker die *subjektiven Handlungschancen* betroffener Arbeitnehmer ein. Damit ist das Spannungsverhältnis im besonders begründeten Übergang in die Erwerbsunfähigkeit erfaßt, das im Mittelpunkt des Programm des Sonderforschungsbereiches steht.

In der bisherigen Arbeit des Projektes konnten Artikulationen und Begründungen der Rentenbewerbung ausgemacht werden, die zusammen mit medizinwissenschaftlichen Bedarfsprüfungen dazu führten, daß die Statuspassage in die Erwerbsunfähigkeit zu einer prozeduralen Auseinandersetzung über arbeitsbedingte Risikolagen und sozialpolitische Bedürfnisse werden konnte. Die Frage, welche Anpassungs- und Lernfähigkeit Institutionen der sozialen Sicherung an artikuliert Bedürfnisse, bzw. welche Prägekraft die Institutionen auf gesellschaftlich relevante Risikolage (soziale Risiken) haben, verbindet das vorliegende Teilprojekt vor allem mit den Forschungen, die ebenfalls Institutionen der sozialen Sicherung im Blick haben. Die Erweiterung des Forschungsinteresses auf gesellschaftspolitische Einbindungen und den Zusammenhang zwischen subjektiven Handlungschancen und sozialpolitischer Teilhabe verbindet das Teilprojekt nunmehr auch stärker mit solchen Forschungen im Rahmen des Sfb, die von den handelnden Subjekten ausgehen.

Das Sozialversicherungsprinzip konnte von den Anfängen her im Zusammenhang der Armenpolitik und vor allem im Aufbau der BRD im Zusammenhang mit der Sozialhilfe entfaltet werden. Der Rentenreform von 1957 lag eine optimistische Prognose der kollektiven Sicherung gegen Altersarmut zugrunde, deren Implikationen unmittelbar mit dem Teilprojekt D3 zu diskutieren sind (s. L. Leisering 1996, S.862f). Mit dem Teilprojekt D3 sollen weiterhin vor allem die Verzeitlichung als institutionelles Steuerungsinstrument und die Hierarchisierung der

Risikolagen im System sozialer Sicherung untersucht werden. Sind bestimmte Leistungen der Unfallversicherung, die einerseits der Ablösung unternehmerischer Haftpflicht geschuldet sind, andererseits nur möglich mit der Verlagerung der meisten arbeitsbedingten Erkrankungen in die Krankenversicherung, die wiederum in der Sozialhilfe eine untere Sockelung erhalten hat? Hierbei wird weiter zu prüfen sein, wie sich in der historischen Genese staatlicher Sozialpolitik zwei Paradigmen institutioneller Intervention und Steuerung zu einander verhielten: kompensatorische Sicherung und präventive Intervention, beschreibbar als Armuts- und Unfallparadigma. Diese Frage schließt historisch die Auseinandersetzung über den Stellenwert der "Erwerbsfähigkeit" und der "Risikobiographie" für den Funktionsmechanismus des Systems sozialer Sicherung ein.

Mit dem Teilprojekt C1 verbindet die Frage nach wachsender Bedeutung oder relativer Reichweite eines systemischen oder neuartigen institutionellen Paternalismus. Hierbei spielt die Frage eine zentrale Rolle, ob in der Artikulation gesundheitlicher Beeinträchtigungen im Zusammenhang des Sozialversicherungssystems ein Risikoverständnis installiert wird, das die Ausprägung sekundärer Risiken in die Antragstellung, ja in die Normalitätsannahmen der betroffenen Arbeitnehmer vorverlegt. Gemeinsam diskutiert werden soll der historische und aktuelle Prozeß der inner-institutionellen Rekonstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit, sowie das Innovationsvermögen bzw. der Beharrungswillen sozialstaatlicher Institutionen

Grundausrüstung:

Das im Zentrum für Sozialpolitik aufgebaute Literaturdokumentationssystem ist durch die Vernetzung für einzelne Literaturrecherchen und beständige Literaturverwaltung zu benutzen. Ebenso kann ein Laptop (Compaq) für Archivarbeit aus Grundausrüstung benutzt werden.

Ergänzungsausrüstung:

entfällt

Verbrauchsmaterial (522)

Benötigt werden v.a. zu Beginn der Forschungen verschiedene Materialien für Archivarbeit und Datenaufnahme sowie weitere Ergänzungen der Bürosachmittel.

1997: 1.000 DM

1998: 1.500 DM

1999: 1.500 DM

Reisekosten (527)

Notwendig sind Reisen zu dem Bundesarchiv Koblenz und dessen Bestände in Berlin, zum Staatsarchiv Dresden (Institut für Arbeitsmedizin)

2 Fahrten nach Berlin 1997	350,- DM
3 Tage á 140,- DM für 2 Mitarbeiter	800,- DM
2 Fahrten nach Dresden 1997	350,- DM
3 Tage á 130,- DM für 2 Mitarbeiter	800,- DM
2 Fahrten nach Koblenz 1997	600,- DM
5 Tage á 130,- DM für 2 Mitarbeiter	1.300,- DM

Darüberhinaus sind Reisen nötig, die den historisch und international vergleichenden Ansatz verwirklichen helfen.

Arbeitstreffen in Dresden 1998

6 Fahrten nach Dresden	1.200,- DM
6 X 2 Tage á 140,- DM	1.600,- DM

Arbeitstagung in Bremen 1999

3 Fahrten auswärtiger Kollegen (Flug)	2.800,- DM
3 Fahrten inländischer Kollegen	600,- DM
3 Tage á 130,- für 6 Kollegen	2.400,- DM

Bücher und Zeitschriften (512)

Das Teilprojekt ist auf die Auswertung aktueller und zeitgenössischer Literatur angewiesen, die für die Projektdauer zur Verfügung stehen muß. Für die Anschaffung dieser z.T. nur antiquarisch erhältlichen Bücher und Zeitschriften sind zu Beginn DM 1.000,- und in den beiden folgenden Jahren je DM 500,- zu veranschlagen.

1997: 1.000 DM

1998: 1.500 DM

1999: 500 DM

Druckkosten (531a)

1997: 5.000

1998: 3.000

Vorbereitet werden zwei größere Monographien, in denen zum einen die quantitativen Ergebnisse, zum anderen die gesellschaftsvergleichenden qualitativen Ergebnisse zusammengestellt werden. Die Darstellung der quantitativen Ergebnisse ist wegen der vielen Schaubilder und graphischen Darstellungen zwar schwieriger in der Vorbereitung aber nicht so kostenintensiv, wie die umfangreichere qualitative Darstellung.

Vervielfältigungen (531b)

Die archivalische Arbeit und die Auswertung zeitgenössischer Literatur erfordert viele Kopien (vor allem die Unterlagen der Berufskrankheitenverfahren müssen mehrfach vorliegen); auch sollen im Zusammenhang der Arbeitstagung vorhandene Zwischenergebnisse zur Diskussion gestellt werden. Hierzu gehören auch Verfilmungen und Reproduktionen archivalischer Dokumente. So werden für 1997 insgesamt 2.500,- DM und für die beiden folgenden Jahre je 1.500,- DM veranschlagt.

1997: 2.500 DM

1998: 1.500 DM

1999: 1.500 DM

Sonstiges (547)

Für die Analyse der Sozialversicherungsverfahren, zunächst der medizinischen Gutachten, sind spezielle medizinische (orthopädische und/oder toxikologische) Fachkenntnisse erforderlich, die im Rahmen des Teilprojektes nicht vorhanden

sind. Darüberhinaus sollen die juristischen Entscheidungen in BRD und DDR vergleichend analysiert werden, wofür besonderer juristischer Sachverstand benötigt wird. Beide zusätzlichen fachlichen Aufgaben sollen mit kleineren Werkverträgen für das Teilprojekt erledigt werden. Hierfür ist für 1997 und 1998 jeweils ein Werkvertrag über 5.000,- DM nötig.

3.8. Literatur

- Adam, C. (1992): Gedruckte Quellen zur Geschichte der Sozialversicherung in der DDR und in der SBZ 1945-1990. Berlin
- Arneson, R. J. (1994): Gleichheit und gleiche Chancen zur Erlangung von Wohlergehen. In: Honneth, A. (Hrsg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophien. Frankfurt/M., 330-350
- Barta, H. (1995): Medizinhaftung. Innsbruck
- Botz, G. (Hrsg.) (1988): 'Quantität und Qualität'. Zur Praxis der Methoden der Historischen Sozialwissenschaft. Frankfurt/M.
- Conrad, Ch. (1994): Vom Greis zum Rentner. Der Strukturwandel des Alters in Deutschland zwischen 1830 und 1930. Göttingen
- Daniel, U. (1993): 'Kultur' und 'Gesellschaft'. Überlegungen zum Gegenstandsreich der Sozialgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 19, 69-99
- Eder, K. (1990): Prozedurales Recht und Prozeduralisierung des Rechts. In: Grimm, D. (Hrsg.): Wachsende Staatsaufgaben - sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts. Baden-Baden, 155-185
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Political Economies of the Welfare State. In: International Journal of Sociology 1, 92-123
- Flick, U. (Hrsg.) (1991): Qualitative Sozialforschung. München
- Gall, L. (1995): Vom Stand zur Klasse? Zu Entstehung und Struktur der modernen Gesellschaft. In: Historische Zeitschrift 1, 1-21
- Gerhardt, U. (1993): Lebensweisen und Gesundheitsorientierungen: Methodologische Probleme. In: R. Gawatz; P. Novak (Hrsg.): Soziale Konstruktionen von Gesundheit. Wissenschaftliche und alltagspraktische Gesundheitskonzepte. Ulm, 73-95
- Hanagan, M. (1994): New Perspectives on Class Formation. In: Social Science History 1, 77-94
- Hay, J. R. (1978): Employers Attitudes to Social Policy and the Concept of Social Control, 1900-1920. In: P. Thane (ed.): The Origins of British Social Policy. London

- Honneth, A. (1994): Pathologien des Sozialen. Tradition und Aktualität der Sozialphilosophie. In: ders. (Hrsg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophien. Frankfurt/M., 9-69
- Kaufmann, F. X. (1996): Zur Einführung. In: ders. (Hrsg.): Sozialpolitik im französisch-deutschen Vergleich. Wiesbaden (Zeitschrift für Sozialreform 11/12), 706-721
- Kohl, J. (1993): Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. In: Zeitschrift für Sozialreform 2, 67-82
- Kosonen, P. (1990/91): European Welfare State Models: Converging Trends. In: International Journal of Sociology, 81-110
- Lachmund, J.; Stollberg, G. (1995): Patientenwelten. Krankheit und Medizin vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Spiegel von Autobiographien. Opladen
- Leisering, L. (1996): Grenzen des Sozialversicherungsstaats? Sozialer Wandel als Herausforderung staatlicher Einkommenssicherung. In: F. X. Kaufmann (Hrsg.): Sozialpolitik im französisch-deutschen Vergleich. Wiesbaden (ZfS 11/12), 860-880
- Loo, H. van der; Reijen, W. van (1992): Modernisierung. Projekt und Paradox. München
- Lüdtke, A. (Hrsg.) (1991): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien. Göttingen
- Luhmann, N. (1992): Die Wissenschaft von der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Melling, J. (1992): Welfare capitalism and the origins of welfare states: British industry, workplace welfare and social reform, c. 1870-1914. In: Social History 17, 453-478
- Miller, M. (1987): Culture and Collective Argumentation 1, 127-154
- Milles, D. (1995): Risikobiographie und historischer Wandel des Sozialversicherungssystems. In: Sfb-report 4, 6-11
- Milles, D. (1994): Abnahme der Krankheiten durch Zunahme der Zivilisation? Modernisierung, Verelendung, Sozialbiologie in der Geschichte. Bremen (ZeS-Arbeitspapier 10/94)
- Mommsen, H. (1995): Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung. In: Geschichte und Gesellschaft 21, 391-402
- Mommsen, W. J. (1987): Geschichte als Historische Sozialwissenschaft. In: P. Rossi (Hrsg.): Theorie der modernen Geschichtsschreibung.- Frankfurt/M., 107-146

- Niethammer, L. (Hrsg.) (1991): Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin
- Offe, C. (1984): Korporatismus als System nichtstaatlicher Makrosteuerung?- In: Geschichte und Gesellschaft 10, 234-256
- Ritter, G. A. (1986): Entstehung und Entwicklung des Sozialstaates in vergleichender Perspektive. In: Historische Zeitschrift 243, 1-90
- Ritter, G. A. (1987): Soziale Sicherheit in Deutschland und Großbritannien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1914. Ein Vergleich. In: Geschichte und Gesellschaft 13, 137-156
- Schildt, A.; Sywottek, A. (Hrsg.) (1993): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn
- Sieder, R. (1994): Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft? In: Geschichte und Gesellschaft 20, 445-468
- Sack, F. (1993): Strafrechtliche Kontrolle und Sozialdisziplinierung. In: D. Frehsee, G. Löschper, K. F. Schumann (Hrsg.): Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung. Opladen, 16-45
- Schmidt, M. G. (1988): Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen
- Stolleis, M. (1992): Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800-1914 (Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, 2. Bd.). München
- Swaan, A. de (1995): Prospects for Transnational Social Policy in Europe: East-West Relations. In: International Journal of Society 4, 8-22
- Tennstedt, F. (1995): "Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen, und es ist nicht weise, die Sorgen der Zukunft freiwillig auf die Gegenwart zu übernehmen." (Bismarck) Die Anfänge des Sozialstaates im Deutschen Reich von 1871. In: Zeitschrift für Sozialreform 41, 671-706
- Wagner, P. (1995): Soziologie der Moderne. Frankfurt/M.
- Weber, H. (1993): Die DDR 1945-1990. 2. Aufl., München
- Wiesenthal, H. (1995): Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen: Literaturreport und Ergänzungsvorschlag. In: Zeitschrift für Soziologie 2, 137-155
- Winkler, G. (Hrsg.) (1989): Geschichte der Sozialpolitik der DDR. 1945-1985. Berlin

Teilprojekt D3

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt D3

3.11 Thema:

Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesellschaftlichem Strukturwandel (Sozialhilfekarrieren IV)

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Soziologie, Sozialpolitik, Lebenslauf- und Biographieforschung

3.13 Leitung:

a) Prof. Dr. Stephan Leibfried, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Parkallee 39, 28209 Bremen und FB 11, Human- und Gesundheitswissenschaften, Postfach 330440, 28334 Bremen, Tel.: 0421-218-4372 (Fax -4052), [REDACTED]

b) PD Dr. Wolfgang Voges, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, Parkallee 39, 28209 Bremen, Tel. 0421-218-4367, Fax -4052

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes

Das Teilprojekt wird gefördert seit 01.07.1988.

Haus- haltsjahr	Personalko- sten	sächliche Ver- waltungsaus- gaben	Investitionen	Gesamt
	100	101	102	103
bis 1993	1.111.500	100.000	---	1.211.500
1994	285.600	37.300	---	322.900
1995	289.200	18.400	---	307.600
1996	283.200	13.500	---	296.700
Zwi- schen- summe	1.969.500	169.200	---	2.138.700
1997	339.600	65.200	---	404.800
1998	339.600	29.800	---	369.400
1999	339.600	9.800	---	349.400

Inhaltsverzeichnis

- 3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt D3
- 3.2 Zusammenfassung
- 3.3 Stand der Forschung
- 3.4 Eigene Vorarbeiten
- 3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1 Forschungsziele
 - Ziel 1: Internationaler Vergleich (4-Länder-Studie)
 - Ziel 2: Bewältigungshandeln von Sozialhilfeempfängern (2. Welle des qualitativen Panels)
 - Ziel 3: Erklärung sozialen Wandels (Vergleich der Antragskohorten 1983 und 1989)
 - Ziel 4: Ost-West-Vergleich: Sozialhilfekarrieren im fortgeschrittenen Vereinigungsprozeß (Kooperation mit Teilprojekt YE2)
 - 3.5.2 Methoden
 - 3.5.3 Zeitplan
- 3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs
- 3.7 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt D3
 - 3.7.1 Begründung des Personalbedarfs einschließlich Teilprojektleiter
 - 3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsausgaben
- 3.8 Literatur

3.2 Zusammenfassung

Thema der 4. Projektphase sind Armutskarrieren zwischen staatlicher Lebenslaufpolitik und sozioökonomischem Strukturwandel. Wir fragen nach Veränderungen der Verlaufsdyamik sozialer Risikolagen im Spannungsfeld staatlicher Institutionen und Politiken der Lebenslaufregulierung einerseits und Prozessen ökonomischen, sozialen, kulturellen und ethnischen Wandels andererseits.

Dabei wird die dynamische, lebenslaufbezogene Sicht von Armut, die durch das Teilprojekt in Deutschland eingeführt wurde, durch neue Daten und Vergleichsperspektiven erweitert: 1. Internationaler Vergleich von Sozialhilfedynamiken in vier Wohlfahrtsstaaten (entsprechend drei Wohlfahrtsregimen). 2. Bewältigungshandeln (Coping) von Sozialhilfeempfängern im aktuellen Strukturwandel (1995-1997; 2. Welle des qualitativen Panels). 3. Historischer Vergleich zweier Antragskohorten (1983 beobachtet bis 1989, 1989 beobachtet bis 1994), die den gesellschaftlichen Wandel von den 80er zu den 90er Jahren abbilden. 4. Ost-West-Vergleich im fortgeschrittenen Vereinigungsprozeß (Kooperation mit Teilprojekt YE2 in Halle/Saale. Außer bei Ziel 3 liegen bei allen Zielen neue bzw. erweiterte Daten zugrunde).

Der internationale Vergleich bringt eine Varianz von Lebenslaufpolitiken in die Untersuchung ein - so auch der regionale Vergleich Ost-West, da in den neuen Bundesländern weiterhin sozialpolitische Sondermaßnahmen mit erhöhter Regeldichte greifen. Der historische Vergleich, vor allem der Kohortenvergleich, aber auch das qualitative Panel, bildet sozialen Wandel wie auch Veränderungen von Lebenslaufpolitik im jeweiligen Zeitraum ab.

Daraus ergeben sich Beiträge zur Diskussion des wirtschaftlichen und sozialen Wandels der 80er und 90er Jahre: zur Frage sozialer Ausgrenzung; zu den Folgen der Europäisierung und dann der "Globalisierung" der Ökonomie für Spielräume nationaler sozialpolitischer Gestaltung; und zu den Folgen gesellschaftlicher Umbrüche in Ostdeutschland, Osteuropa und weltweit (manifest in dem hohen Anteil von Zuwanderern in der Sozialhilfeklientel).

Methodisch kann weitgehend an die laufende Phase angeknüpft werden.

3.3 Stand der Forschung

Internationaler Vergleich von Sozialhilfedynamik (zu Forschungsziel 1)

Die international vergleichende Forschung zum Wohlfahrtsstaat beginnt auch in der Soziologie das Thema Armut einzubeziehen, im Zusammenhang etwa mit

"underclass" (Silver 1993; Kronauer 1993) oder Familiendynamik (Pedersen 1994; Burkhauser u.a. 1991); zur Politikwissenschaft vgl. etwa Seeleib-Kaiser (1993).

Dabei sind in der empirischen Soziologie vor allem Arbeiten mit Querschnittsdaten hervorzuheben, wie sie im Bereich der Luxemburg Income Study (LIS) verfaßt wurden (Palmer u.a. 1988; Bradshaw 1993; verschiedene Beiträge in McFate u.a. 1995). Insoweit werden allgemeine Einkommenserhebungen des Staates oder wissenschaftliche Survey-Daten verwendet, nicht aber Verwaltungsprozeßdaten. Diese neueren Arbeiten leisten zum ersten Mal eine einheitliche Betrachtung, da die statistischen und institutionellen Begrifflichkeiten vorab abgeglichen und die Daten entsprechend einheitlichen Konventionen angeglichen wurden.

Vergleichende dynamische Betrachtungen von Armut sind dagegen bislang eher innerhalb einzelner Länder, vor allem in den USA, bekannt - seien es Vergleiche mehrerer Zeiträume (vgl. Forschungsstand zu Forschungsziel 3) oder unterschiedlicher Regionen. International vergleichende Studien von Armutsdynamik gibt es nicht, allerdings sind einige in Vorbereitung: so die Arbeiten Gaston Schabers (Luxemburg: PACO-Projekt) über Armut von Rentnern in Luxemburg, Deutschland und den USA; von Richard V. Burkhauser u.a. über Armutsdynamik in Deutschland und den USA (Burkhauser u.a. 1997; Krause 1997 für Altersgruppen). Vergleichende dynamische Armutsforschung auf der Grundlage von Sozialhilfedaten - also mit Verwaltungsprozeßdaten - hat sich erst in den letzten zwei Jahren formiert (vgl. eigene Vorarbeiten sowie das von der Rockefeller Foundation getragene Projekt [Duncan u.a. 1995], das Standards setzt).

Die Arbeiten in der Antragsphase gelten also einem neuen Feld, insbesondere durch den Bezug auf eine Typologie von Wohlfahrtsstaatsregimen, durch die Verwendung prozeßproduzierter Verwaltungsdaten und durch die Berücksichtigung des Faktors Familie.

Coping (zu Forschungsziel 2: qualitatives Panel)

Der Coping-Begriff erwuchs aus der älteren Streßforschung im Kontext von Laboruntersuchungen. Ein sozialpsychologisch-soziologisch orientierter Zugang wurde durch Lazarus und Folkman (1984, 1987) wesentlich formuliert, die einen relationalen Coping-Begriff entwickelten. Dieser zielte auf die Interaktion von Person und Umwelt, von Belastung und Reaktion. Faltermaier (1989) knüpfte daran

weiterführend an, wobei er besonders auf langfristig wirkende Belastungen und den sozialen Kontext der subjektiven Wahrnehmung von Belastungen abhob.

Die Arbeitslosenforschung der 70er Jahre war einem engen Streß-Reaktions-Modell verhaftet, was Bonß u.a. (1984) zur Kritik des "Belastungsdiskurses" führte. In der Folge verbreitete sich die von Bonß u.a. eingeforderte "differentielle Arbeitslosenforschung", die auf unterschiedliche Verarbeitung von Arbeitslosigkeit verweist (beispielhaft etwa Engbersen u.a. 1993), ohne jedoch einen theoretisch abgeleiteten Coping-Begriff zu verwenden. In der Armutsforschung spielt der Coping-Begriff ebenfalls keine Rolle, höchstens als Alltagssprachlicher, nicht näher explizierter Begriff (z.B. Lompe u.a. 1987; Tobias/Boettner 1992). Eine Ausnahme bildet die methodisch begrenzte Arbeit von Salentin (1994) sowie die aus der laufenden Projektphase hervorgegangene Veröffentlichung von Ludwig (1996). Allerdings ist der (dünne) Strang qualitativer Untersuchungen aus den USA sowie England, die Sozialhilfe 'von unten', also von der Klientenseite untersuchen, für Coping-Analysen fruchtbar, auch wenn der Begriff selbst nicht systematisch entwickelt wird (z.B. Walker 1993; Rank 1994).

Es hat sich in der Coping-Forschung als Konsens herausgeschält: daß Prozeßanalysen (Längsschnitte) erforderlich sind, daß die Wirkung langanhaltender Belastungen von kurzfristigen Einwirkungen zu unterscheiden ist und daß zwischen emotionalem und problembezogenem Coping zu unterscheiden ist (bzw. zwischen psychologischem und sozialem Coping; s. Gerhardt [1979] kritische Fortentwicklung mechanistischer life-event-Konzepte; hier wird Coping als soziales Handeln verstanden). Diese Desiderata werden jedoch nur in wenigen Studien umgesetzt, besonders qualitative Analysen scheinen rar. Die Forschung in der Antragsphase knüpft an diese Aktiva und Passiva der Literatur an (s. Forschungsziel 2).

Sozialhilfe im sozialen Wandel (zu Forschungsziel 3: Vergleich zweier Antragskohorten)

In Deutschland gibt es außerhalb des Projekts mangels geeigneter Daten keine Vergleiche des Wandels von Sozialhilfedynamik im historischen Zeitverlauf. Eine Ausnahme bilden die Untersuchung von Andreß (1994) für Bielefeld, der zufolge Kurzzeitbezug in den 80er Jahren zugenommen hat, und die Studie von Hagen und Hock (1996). Kronauer u.a. (1993) vertreten im Bereich Arbeitslosigkeit vor dem Hintergrund einer empirischen Studie die These, daß sich seit den 80er Jahren

erstmals im Nachkriegsdeutschland eine Schicht ausgegrenzter Dauerarbeitsloser herausbildet. Im politischen Diskurs sind entsprechende Vorstellungen auch in bezug auf Sozialhilfebezug schon seit längerem virulent. Besonders im europäischen Kontext wird Armut zunehmend unter dem Stichwort "soziale Ausgrenzung"/"exclusion" thematisiert (Room 1995).

In der amerikanischen Armutsforschung sind Langzeitarmut und "Abhängigkeit" von staatlicher Sozialhilfe ("dependence") auch in den 90er Jahren ein wichtiges Thema, insbesondere die Veränderung von Langzeitarmut und "Abhängigkeit" im historischen Wandel.

So berichten Hoynes und MaCurdy (1994), daß die Dauer der Sozialhilfe zwischen Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre in den USA abgenommen hat, aber in den 80er Jahren wieder angestiegen ist. Nach ihren Ergebnissen ist dies stärker auf die Höhe der Leistungen als auf veränderte Arbeitsmarktbedingungen zurückzuführen. Huff Stevens (1994) untersucht die Entwicklung der Ausstiegswahrscheinlichkeit aus dem Sozialhilfebezug (exit rate) über die Zeit sowie die Bedingungen von Mehrfachbezug. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Ausstiegswahrscheinlichkeit in den USA zwischen 1970 und 1987 abgenommen, während das Risiko von Mehrfachbezug zugenommen hat, vor allem für Haushalte mit weißem weiblichen Haushaltsvorstand. Gottschalk und Moffitt (1994) schlagen zwei Maße für Abhängigkeit vor: die Gesamtdauer des Bezugs innerhalb eines bestimmten Zeitraums und den Grad der Abhängigkeit (Anteil der Sozialhilfe am Gesamteinkommen). Bezogen auf beide Kriterien hat Abhängigkeit über die Zeit für die Gesamtbevölkerung nicht, wie häufig angenommen wird, zugenommen, sondern lediglich in der Untergruppe der jüngeren Frauen. Rodgers und Rodgers (1993) problematisieren die Zeitperiode, über die Armut gemessen wird, und entwickeln ein Meßkonzept für Langzeitarmut, das auch die Umverteilung von Einkommen über mehrere Jahre (interyear income transfer) hinweg berücksichtigt, etwa durch Übertragung von Ersparnissen. Sie kommen dadurch zu höheren Anteilen von Langzeitarmut als in anderen Studien, die Einkommensarmut auf jährlicher Basis berechnen. Armut sei zwischen Ende der 70er und Mitte der 80er Jahre in den USA nicht nur angestiegen, sondern auch "chronischer" geworden.

3.4 Eigene Vorarbeiten (ausführlich s. Arbeits- und Ergebnisbericht)

Es liegen umfangreiche Vorarbeiten zu Armut, Sozialpolitik und Lebenslauforschung vor: drei Monographien (Buhr 1995, Leibfried/Leisering u.a. 1995, Ludwig 1996), zahlreiche Aufsätze sowie drei im Entstehen begriffene Sammelbände (Leisering/Walker 1996b, Voges/Duncan 1997, Voges 1996). Buhr (1995), die erste deutsche Monographie zur dynamischen Armutsforschung, stellt gegenüber herkömmlichen Vorstellungen über die Verfestigung von Armut und Ausgrenzung die Verzeitlichung von Armut dar. In der ersten Monographie zur qualitativen dynamischen Armutsforschung wird der Karrierebegriff für die deutsche Armutsforschung fruchtbar gemacht und werden Armutskarrieren handlungstheoretisch analysiert und als kontingent nachgewiesen (Ludwig 1996). Dabei wird auch soziales Coping unter Armutsbedingungen systematisch analysiert.

Leibfried, Leisering u.a. (1995) geben eine Synthese dieser Ergebnisse und stellen sie in einen lebenslauftheoretischen, historischen, sozialpolitischen und international vergleichenden Rahmen. Verschiedene Aufsätze von Leibfried, Leisering und Buhr thematisieren politische Armutsbilder und sozialpolitische Konzepte (komparativ Leibfried/Wiseman 1995). Buhr und Weber (1996) bringen einen ersten historischen Vergleich von Sozialhilfedynamik in den 80er und den 90er Jahren.

Vorarbeiten zum Schwerpunkt der Antragsphase (Forschungsziel 1, internationaler Vergleich)

Schon in den beiden zurückliegenden Phasen wurden systematische vergleichende Analysen durchgeführt und funktionierende Kooperationsbeziehungen zu englischen, italienischen, schwedischen und amerikanischen Forschern aufgebaut (Duncan/Voges 1996, Gustafsson/Voges 1996, Duncan u.a. 1994 [mit W. Voges und P. Buhr], Leisering/Walker 1996b, Voges/Duncan 1996); qualitativ bzw. institutionell exploriert wurde auch Japan: Leibfried 1994; Leibfried/Seeleib-Kaiser 1995. In diesem Zusammenhang wurden auch die internationale Tagung "Use of PSID for Comparative Social Research" mit dem Zentralarchiv der Universität Köln in Köln organisiert (13.-17. Juni 1994; Ergebnisse in dem in Arbeit befindlichen Band Voges/Duncan [Hrsg.] 1997) sowie die Tagung "Social und Welfare Dynamics" in Bremen (5.-7. Oktober 1995; Publikation Leisering/Walker [Hrsg.]

1996b). So konnten die datenmäßigen, methodischen und theoretischen Grundlagen für einen internationalen Vergleich vorgeklärt werden.

Der in der Antragsphase in den Vordergrund rückende Zusammenhang von Wohlfahrtsstaatsregimen und staatlicher Lebenslaufpolitik wurde in Leibfried, Leisering u.a. (1995, Kap. 1) konzeptuell modelliert. Zudem wurden in der laufenden Projektphase erste Schritte unternommen, die Rolle der Familie in bezug auf Sozialstaat und Sozialhilfe national und komparativ (Deutschland, USA, Schweden) zu berücksichtigen (Duncan/Voges 1996, Voges/Ostner 1995, Gustafsson/Voges 1996).

Literatur (Auswahl; vollständige Liste s. Arbeits- und Ergebnisbericht):

Buhr, Petra (1991): Plädoyer für eine dynamische Armutsforschung - das Modell der USA, Zeitschrift für Sozialreform 37, S. 415-433; Buhr, Petra (1995): Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug, Opladen: Westdeutscher Verlag; Buhr, Petra und Andreas Weber (1996): The Impact of Social Change on Social Assistance. Two Cohorts of German Welfare Recipients Compared. Sfb-Arbeitspapier Nr. 31; Buhr, Petra, Lutz Leisering, Monika Ludwig und Michael Zwick (1991): Armut und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten, in: Bernhard Blanke und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen: Westdeutscher Verlag (Leviathan Sonderheft 11), S. 502-546; Duncan, Greg J. u.a. (1995): Poverty and Social Assistance Dynamics in the United States, Canada and Europe, in: Katherine McFate, Roger Lawson und William Julius Wilson (Hrsg.), Poverty, Inequality and the Future of Social Policy: Western States in the New World Order, New York: Russell Sage, S. 67-108; Duncan, Greg J., Wolfgang Voges, Richard Hauser u.a. (1994): Armuts- und Sozialhilfedynamiken in Europa und Nordamerika, Zeitschrift für Sozialreform 40, S. 281-313; Gustafsson, Björn und Wolfgang Voges (1996): Pulling out of the Income Safety Net in Germany and Sweden, in: Lutz Leisering und Robert Walker (Hrsg.); Leibfried, Stephan und Lutz Leisering (1995): Sozialhilfe als Politikum: Mythen, Befunde, Reformen, in: Werner Fricke (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit und Technik 1995, Zukunft des Sozialstaats, Bonn, S. 79-95; Leibfried, Stephan und Wolfgang Voges (Hrsg.) (1992): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Sonderheft 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag; Leibfried, Stephan, Lutz Leisering, Petra Buhr, Monika Ludwig, Eva Mädje, Thomas Olk, Wolfgang Voges und Michael Zwick (1995): Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt am Main: Suhrkamp; Leibfried, Stephan und Michael Wiseman (1995): Sozialhilfe-reform in den USA: ein Überblick - zu Nutz und Frommen der Deutschen,

Zeitschrift für Sozialreform 41, S. 389-441; Leibfried, Stephan, (1994): "Sozialstaat" oder "Wohlfahrtsgesellschaft"? Thesen zu einem japanisch-deutschen Sozialpolitikvergleich, Soziale Welt, 45, S. 389-410; Leibfried, Stephan und Martin Seeleib-Kaiser (1995): Japanische Sozialpolitik, Zeitschrift für Sozialreform (Schwerpunktheft), 41, S. 129-239; Leisering, Lutz, (1995a): Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft? Zur gesellschaftlichen Verortung der "neuen Armut" in der Bundesrepublik Deutschland, in: Karl-Jürgen Bieback und Helga Milz (Hrsg.), Neue Armut, Frankfurt/New York: Campus, S. 58-92; Leisering, Lutz (1995b): Armutspolitik und Lebenslauf. Zur politisch-administrativen Relevanz der lebenslauftheoretischen Armutsforschung, in: Walter Hanesch (Hrsg.), Sozial-politische Strategien gegen Armut, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 65-111; Leisering, Lutz (1993): Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, Soziale Welt 44, S. 486-511; Leisering, Lutz und Eva Mädje (1996): Armut in Deutschland - Umbruch und Kontinuität, in: Lars Clausen (Hrsg.), Gesellschaften im Umbruch, Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Frankfurt/New York: Campus, S. 903-915, Leisering, Lutz und Wolfgang Voges (1992): Erzeugt der Wohlfahrtsstaat seine eigene Klientel? Eine theoretische und empirische Analyse von Armutsprozessen, in: Stephan Leibfried und Wolfgang Voges (Hrsg.), S. 446-472; Leisering, Lutz und Robert Walker (1996a): Social Assistance Dynamics - Anglo-German Similarities and Disparities (Ms, zur Veröffentlichung im Journal of European Social Policy); Leisering, Lutz und Robert Walker (Hrsg.) (1996b): The Dynamics of Modern Society. Policy, Poverty and Welfare. London: Macmillan (im Erscheinen); Ludwig, Monika, Lutz Leisering und Petra Buhr (1995): Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT, B32/95, S. 24-34; Ludwig, Monika (1995): Lebenslauf und Biographie als Gegenstand der Armutspolitik, in: Erika M. Hoerning und Michael Corsten (Hrsg.), Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 179-192; Ludwig, Monika (1996): Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat. Opladen: Westdeutscher Verlag; Ludwig, Monika (1992): Sozialhilfekarrieren: Ein Teufelskreis der Armut?, Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 72, S. 359-365; Ostner, Ilona und Wolfgang Voges (1995): Verschwindet der Ernährer-Ehemann?, in: Karl-Jürgen Bieback und Helga Milz (Hrsg.), Neue Armut, Frankfurt/New York: Campus, S. 93-106; Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1996), Kommunale Sozialberichterstattung. Fragestellungen, Quellen, Konzepte, Opladen: Leske + Budrich (im Erscheinen); Voges, Wolfgang und Michael Zwick (1991): Die Bremer Stichprobe von Sozialhilfefällen: Chancen und Möglichkeiten für die empirische Sozialforschung, Zeitschrift für Soziologie 20, S. 77-81; Voges, Wolfgang und Götz Rohwer, (1992): Receiving Social Assistance

in Germany: Risk and Duration, *Journal of European Social Policy* 2, S. 175-191; Voges, Wolfgang und Greg Duncan (Hrsg.) (1997): *Dynamic Approaches to Comparative Social Research*. Aldershot: Avebury; Voges, Wolfgang und Andreas Weber (1996): Armut und Sozialhilfebezug von Ausländern und Zuwanderern, in: Wolfgang Voges (Hrsg.); Voges, Wolfgang und Greg Duncan (1996): *Do Generous Social Assistance Programs Lead to Dependence? A Comparative Study of Lone-Parent Families in Germany and the United States*, *Review of Income and Wealth* (im Erscheinen); Voges, Wolfgang, Petra Buhr und Michael Zwick (1996): Einmal drin - immer drin? - Sozialhilfebezug von Familien. Haushaltskonstellationen und "Welfarization", in: Johann Behrens und Wolfgang Voges (Hrsg.), *Fließende Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung*, Frankfurt/New York: Campus, S. 285-322; Voges, Wolfgang und Ilona Ostner (1995): Wie arm sind alleinerziehende Frauen?, in: Karl-Jürgen Bieback und Helga Milz (Hrsg.): *Neue Armut*, Frankfurt/New York: Campus, S. 122-147; Weber, Andreas (1995): Armut in der heutigen Wohlstandsgesellschaft, *Religionsunterricht an höheren Schulen* (rhs) 38, S. 153-159, Weber, Andreas (1996): Zeitlichkeit von Armut - Sozialhilfeverläufe und sozialpolitische Implikationen - Das Bremer Beispiel, *Rissener Rundbrief* 2/3, S. 579-590; Weber, Andreas (1996): Dauer und Struktur der Sozialhilfe im Bremer Osten, *Statistische Monatsberichte*, Statistisches Landesamt Bremen (im Erscheinen).

3.5 Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm und Zeitplan

Die Themen Armut und Sozialpolitik haben im Zusammenhang mit der älteren Diskussion über Europäisierung und der neueren gesellschaftspolitischen und -theoretischen Diskussion zur Globalisierung wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen an Bedeutung gewonnen (Rieger/Leibfried 1993 und Leibfried/ Rieger 1995). Gerade in einer globalisierten Gesellschaft spielen politisch-institutionelle Faktoren - entgegen einer herrschenden Ansicht - eine anhaltende und gar zunehmende Rolle. Drei Aspekte des Zusammenhangs von Armutspolitik und Globalisierung werden durch die Projektarbeit berührt: internationale Wanderungen; soziale Ausgrenzungsprozesse; und der "Rückbau" des Sozialstaats etwa in Form der "Standortgesetzgebung" in der BRD (Haushaltsstrukturgesetze 1993, "Sparpaket" 1996). Die Forschung in der Antragsphase zielt auf diese Aspekte: auf die Rolle internationaler Wanderungen für die deutsche Sozialhilfe (Forschungsziel 3); auf Verarmungs- und Ausgrenzungsprozesse im gesellschaftlichen und sozialpolitischen Wandel der 90er Jahre (Forschungsziel 2); und auf unterschiedliche 'Antworten' nationaler Wohlfahrtsstaatsregime auf die sozialen Folgen

globalen Wandels, hier festgemacht an den nationalen Politiken sozialer Mindestsicherung und ihren Wirkungen (Forschungsziel 1). Die Armut in den neuen Bundesländern steht im Zusammenhang des Umbruchs gesamteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen und sozialpolitischer Ordnungen (Forschungsziel 4).

Gegenstand der Antragsphase sind daher Armutskarrieren zwischen staatlicher Lebenslaufpolitik und sozioökonomischem Strukturwandel. Individuelle Risikoverläufe - 'Problemkarrieren' und Falldynamiken - werden systematisch auf politisch-administrative und sozialstrukturelle Makrofaktoren bezogen. Der Verzeitlichung individueller Risikolagen soll in drei Dimensionen nachgegangen werden: intergesellschaftlich (internationaler Vergleich), historisch (mit zwei Teiluntersuchungen: qualitatives Panel und Kohorten-Vergleich) und regional (Ost-West-Vergleich). Die vier Teiluntersuchungen bzw. Forschungsziele sind:

- 1: internationaler Vergleich von vier Wohlfahrtsstaaten;
- 2: Bewältigungshandeln von Sozialhilfeempfängern in den späten 90er Jahren (qualitatives Panel);
- 3: historischer Vergleich zweier Antragskohorten (80er gegenüber 90er Jahre);
- 4: Vergleich Bremen - Halle/Saale (Kooperation mit Teilprojekt YE2).

3.5.1 Forschungsziele

Ziel 1: Internationaler Vergleich

In dieser Antragsphase wird der internationale Vergleich (4-Länder-Studie) erstmals zu einem Forschungsschwerpunkt. Es sollen individuelle Armutskarrieren im Zusammenhang mit unterschiedlichen sozialpolitischen Lebenslaufregimes und vor dem Hintergrund länderspezifischer und länderübergreifender Prozesse sozialen Wandels untersucht werden. Wie beeinflussen nationale Wohlfahrtsregime und Mindestsicherungen die individuelle Sozialhilfedynamik (Häufigkeit und Dauer von Bezugsepisoden)? Inwieweit bringen sie sie sogar hervor? Wirken sich verschiedene Wohlfahrtskonzepte unterschiedlich aus? Werden formell gleiche Sozialhilfenormen vor Ort unterschiedlich angewandt?

Gøsta Esping-Andersen (1990) hat auf der Grundlage einer Vielzahl von Indikatoren drei Typen wohlfahrtsstaatlicher Politik entworfen, die einen

möglichen Rahmen für vergleichende Studien abgeben. Dabei werden drei Typen von Wohlfahrtsstaatsregimes unterschieden: das "liberale", das "konservative" und das "sozialdemokratische". Die drei Typen wirken in je unterschiedlicher Weise "dekommodifizierend", d.h. nehmen in unterschiedlichem Maße qua Sozialstaat Arbeitskraft und Kapital aus dem Markt heraus. Jedem Typ entsprechen bestimmte Strategien sozialer Mindestsicherung. Daher müßten sich in den zu untersuchenden Ländern, die unterschiedliche Regime verkörpern, unterschiedliche Muster des Sozialhilfebezugs ergeben. So könnte man beim liberalen Typ wenige und vergleichsweise kurze Sozialhilfeeepisoden vermuten. Beim konservativen Typ wäre demgegenüber von häufigeren und längeren Sozialhilfeeepisoden auszugehen. Schließlich könnte man beim sozialdemokratischen Typ die häufigste Inanspruchnahme von Sozialhilfe und die längsten Bezugsdauern annehmen. Die Ergebnisse der laufenden Projektphase deuten jedoch darauf hin, daß sozialstaatliche Generosität bei der Mindestsicherung nicht automatisch zu längeren Bezugsdauern führt.

Wenn kein linearer Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsmodell und Mustern der Sozialhilfedynamik besteht, könnte das u.a. mit der Funktion der Familie zusammenhängen. Das System sozialer Sicherung ist in den westlichen Gesellschaften nicht nur an Erwerbsarbeit, sondern auch an familialen Ordnungen, derzeit insbesondere an der Leitvorstellung "kernfamiliärer Haushalt eines Ehepaars mit leiblichen Kindern" orientiert. Ob und inwieweit diese "familienpolitische Standardeinheit" jedoch zu stützen bzw. als "öffentliche" Angelegenheit anzusehen ist, darin unterscheiden sich die Wohlfahrtsstaaten. Während einige Wohlfahrtsstaaten general-präventiv "die" Familie stützen, um sicherzustellen, daß sie ihre Mitglieder angemessen versorgen kann, so daß sie nicht auf den Sozialstaat angewiesen ist, haben andere Staaten eher ein "kuratives" Verständnis und wollen nur die Armut besonderer Familienformen bekämpfen. Zu berücksichtigen sind ferner Unterschiede der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern, was aus institutionellen und Datengründen allerdings nur für die USA und Deutschland möglich ist.

Es sollen drei Länder verglichen werden (neben West- und Ostdeutschland): Für den Typus "liberaler Wohlfahrtsstaat" (ohne Familienpolitik) stehen die USA (Kooperand: Greg Duncan, Evanston, IL). Hierzu stehen aufbereitete Daten des PSID (Panel Study of Income Dynamics) zur Verfügung. Für den konservativen

Wohlfahrtsstaat mit "konstitutioneller" Familienorientierung steht Italien (Kooperanden: Enzo Mingione, Mailand; Chiara Saraceno, Turin). Hier kann auf aufbereitete prozeßproduzierte Daten der Sozialverwaltungen von Mailand und Turin zurückgegriffen werden. Für den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat mit vergleichsweise generöser Familienpolitik steht Schweden (Kooperand: Björn Gustafsson, Göteborg). Hier stehen aufbereitete Daten der Sozialverwaltungen der Städte Göteborg und Helsingborg zur Verfügung. Diese Datenbestände lassen sich gut mit den Projektdaten (Bremen) und den Daten des Tandemprojekts YE2 (Halle) verknüpfen. Sie können nach vorgegebenen Definitionen, etwa entsprechend der Luxemburg Income Study (LIS), angeglichen werden. Ein gemeinsamer Beobachtungszeitraum von 48 Monaten ist erreichbar. Die Ergebnisse des Vergleichs sollen gegen Ende der 4. Phase in einem internationalen Workshop in Bremen vorgestellt werden.

Der umrissene außergewöhnliche Aufwand eines solchen komparativen Unternehmens veranlaßt uns, eine Aufstockung der derzeitigen Stellenausstattung des Teilprojekts um eine *halbe Stelle* zu beantragen.

Ziel 2:

Bewältigungshandeln von Sozialhilfeempfängern: Gewinner und Verlierer im Strukturwandel der 90er Jahre (2. Welle des qualitativen Panels)

In der laufenden Phase wurden Echtzeitinterviews mit Neuantragstellern des Jahres 1995 durchgeführt (1. Welle des qualitativen Panels). In der Antragsphase soll die 95er Antragskohorte im Abstand von 1 ½ bis 2 Jahren in einer 2. Welle befragt werden. Aufgrund der hohen Motivation der Interviewpartner und intensiver Panelpflege, die in der Antragsphase fortgesetzt wird, können wir mit einer geringen Panel-Mortalität rechnen. Wir gehen davon aus, 45 Zweitinterviews realisieren zu können (Ausgangsbasis: 72 auswertbare Interviews, davon 52 echte Neuzugänge 1995).

In den ersten Projektanalysen zum Thema Coping (Ludwig 1996) wurde zwar eine Verlaufsperspektive eingenommen, diese war aber durch einen Abstand zum Eintritt in die Sozialhilfe von 7 - 8 Jahren methodisch begrenzt (retrospektive Interviews mit Neuantragstellern der Jahre 1983 und 1984). Handlungsverläufe wurden zwangsläufig aus der Warte des Erhebungszeitpunkts rekonstruiert. Durch

das qualitative Panel können Bewältigungsverläufe jetzt prozeßbegleitend beobachtet werden.

In unseren früheren qualitativen Analysen stand der Begriff der (Armuts- bzw. Sozialhilfe-) "Karriere" im Mittelpunkt, wobei der Coping-Begriff bereits berührt wurde (Ludwig 1996). Aufgabe in der Antragsphase ist nunmehr, dies weiterführend,

- den Coping-Begriff in Anknüpfung an die vorliegende Literatur systematisch zu entwickeln und dadurch einen Beitrag zur allgemeinen Coping-Forschung zu leisten, insbesondere im Hinblick auf einen dynamischen Coping-Begriff, Coping bei längerfristigen Belastungen und die Unterscheidung von psychologischem und sozialem Coping (vgl. Abschnitt 3.3 "Stand der Forschung")
- den Coping-Begriff für die Armutsforschung fruchtbar zu machen, in der er bislang nicht systematisch rezipiert wurde, einschließlich der Konzeptualisierung und Analyse von Armut als mehrdimensionale Belastung,
- Bezugsdimensionen von Coping im Armutsbereich zu unterscheiden (Problemtypen),
- in jeder Dimension sowie im übergreifenden Zusammenhang Strategien der Armutsbewältigung zu unterscheiden und zu typisieren,
- zu untersuchen, was erfolgreiche und weniger erfolgreiche Coping-Strategien unterscheidet,
- den Zusammenhang von Coping-Strategien und sozialem und sozialstrukturellem Kontext zu erhellen, um das Potential eines soziologischen Coping-Begriffs zu entfalten, der Sozialstruktur und Lebenslagen vermitteln soll.

Dabei kann zugleich die Analyse subjektiver Zeitorientierungen und biographischer Bilanzierungen fortgeführt und aufgrund des Panel-Designs überprüft werden, die ebenfalls im Rahmen unserer früheren retrospektiven Analysen erarbeitet worden ist (Buhr 1995).

Ziel 3:

*Erklärung des Wandels sozialer Risiken von den 80er zu den 90er Jahren
(Vergleich der Antragskohorten 1983 und 1989)*

Grundlage des Vergleichs sind die Antragskohorten 1983 und 1989, die über einen Zeitraum von jeweils 6 bzw. 5 3/4 Jahren beobachtet wurden (1983-89, 1989-94). Anhand dieser beiden Kohorten soll die Veränderung von Armutskarrieren im sozialen Wandel nachgezeichnet werden. Aufgrund des mehrjährigen Beobachtungsfensters stehen diese Kohorten für die 80er bzw. die 90er Jahre.

In der laufenden Forschungsphase wurden vergleichbare Datensätze für beide Kohorten erzeugt, deskriptive Auswertungen vorgenommen sowie Erklärungshypothesen aufgestellt. Es ergaben sich unerwartete Ergebnisse, insbesondere was die Rolle von Zuwanderung als Faktor der Sozialhilfeentwicklung und die Veränderung der Dauer des Hilfebezugs von den 80er zu den 90er Jahren betrifft (vgl. Ergebnisbericht). In dieser Antragsphase konzentrieren wir uns darauf die Kohortenunterschiede aus politisch-gesellschaftlichen Faktoren zu erklären. Hierbei tritt der Faktor 'Zeit' auf zwei Ebenen auf: als individuelle Zeit auf der Ebene individueller Risiko- und Lebensverläufe und auf der gesellschaftlichen Ebene des Wandels von Sozialstruktur und politisch-institutionellen Arrangements.

Schon aufgrund der deskriptiven vergleichenden Analysen deuteten sich Probleme der Erklärung des Wandels von der 83er zur 89er Kohorte an: Zum einen wurde erkennbar, daß es wesentlich um die Erklärung eines geringen bzw. nicht vorhandenen Wandels geht. Nicht-Wandel ist nicht weniger erklärungsbedürftig als Wandel. Zum andern zeigte sich, daß sowohl konventionelle Erklärungsmodelle als auch neuere, durch die bisherigen Projektergebnisse nahegelegte Erklärungen nicht geeignet sind, den empirisch gefundenen Wandel der Sozialhilfeklientel zufriedenstellend zu erklären: Stimmige Erklärungen liefern weder Theoreme sozialer Polarisierung, Ausgrenzung und dauerhafter Abspaltung eines unteren Bevölkerungsteils, bei denen Arbeitslosigkeit als Hauptfaktor von Armut erscheint, noch die Theorie der Individualisierung von Lebensformen (U. Beck), durch die insbesondere die Sozialhilfebedürftigkeit Alleinerziehender plausibel gemacht werden kann, aber auch die Zunahme vorübergehender und diskontinuierlicher Armut und Arbeitslosigkeit.

Im Mittelpunkt der Antragsphase steht daher die Erklärung der Veränderung wie Nicht-Veränderung von Sozialhilfebezug von den 80er auf die 90er Jahre, vor allem in bezug auf Umfang und Zusammensetzung der Sozialhilfeklientel und in bezug auf Dauer und Verlaufsstruktur des Hilfebezugs. Hierbei handelt es sich um Mehrebenenanalysen, die teilweise über herkömmlich in Deutschland vorherrschende sozialstrukturelle Erklärungsansätze hinausweisen. Als neue Faktoren sind u.a. in Betracht zu ziehen: internationale Faktoren, die sich etwa aus dem Zusammenbruch benachbarter Gesellschaften ergeben und in traditionellen Sozialstrukturanalysen, die sich auf Nationalgesellschaften beziehen, nicht hinreichend Berücksichtigung finden (Zuwanderung von Asylsuchenden und Aussiedlern); 'akzidentelle', 'historische' Faktoren, die in der Soziologie nicht selten unterbelichtet werden, etwa das Datum 1989, das in Form der Übersiedlung die Sozialhilfe vorübergehend massiv beeinflusste; und politische Faktoren wie politische Entscheidungen über Zuwanderung, deren Auswirkung auf Klientel und Ausgabevolumen der Sozialhilfe allerdings in der offiziellen Bundesstatistik nicht abgebildet, sondern erst durch die Analysen des Projekts D3 erkennbar wurde (bislang wurden primär Leistungskürzungen als politische Faktoren behandelt). In diesem Punkt kann an die früheren Analysen wohlfahrtsstaatlich erzeugter Armut (Leisering/Voges 1992) angeknüpft und über sie hinausgegangen werden. Schließlich ist zu prüfen, inwieweit Verschiebungen der soziodemographischen Struktur der Bevölkerung Einfluß auf die Sozialhilfeklientel und die Dauer des Hilfebezugs haben. Auch diese strukturellen Effekte sind in der Forschung unzureichend beleuchtet.

Ziel 4:

Ost-West-Vergleich: Sozialhilfekarrieren im fortgeschrittenen Vereinigungsprozeß (Kooperation mit Teilprojekt YE2, Halle/Saale)

Armutskarrieren in den neuen und den alten Bundesländern sollen anhand von Daten zu Bremer und Hallenser Sozialhilfeempfängern verglichen werden. West und Ost unterscheiden sich sozialstrukturell, aber auch in Hinblick auf staatliche Lebenslaufpolitiken. Sind die Unterschiede in bezug auf Arbeitsmarktstrukturen, demographische Konstellationen und Familienformen deutlich sichtbar und anscheinend nicht ohne weiteres abschmelzend, so unterscheiden sich die sozialstaatlichen Lebenslaufregime auch sehr deutlich. Ostdeutschland war und ist

noch Schauplatz einer in bisher unbekanntem Maße 'verstaatlichten' Arbeitsmarkt- und Lebenslaufpolitik, was sich laut Sozialbudget 1993, in einer - ebenfalls bisher historisch nicht bekannten - Sozialleistungsquote von bis zu 73 % des östlichen Bruttosozialprodukts niedergeschlagen hat.

Aufbauend auf den ersten Schritt des Ost-West-Vergleichs in der laufenden Phase wird in der Antragsphase auch in Halle eine weitere Welle des qualitativen Panels durchgeführt, so daß innerhalb der regionalen Ost-West-Dimension zusätzlich die zeitliche Dimension historischen Wandels Berücksichtigung finden kann. Veränderungen der Einigungs- und Strukturentwicklungspolitik in den neuen Bundesländern sind in bezug auf ihren Einfluß auf die Veränderung der Verlaufsdynamik von Risikolagen ebenso zu untersuchen wie sozioökonomische und kulturelle Veränderungen.

Die bisherige Kooperation mit dem Teilprojekt YE2 in Halle diene vor allem der Erstellung vergleichbarer quantitativer wie qualitativer Datenbasen in beiden Projekten und der Beratung des Ostprojekts. In diesem Rahmen wurden das methodische und technische Instrumentarium des Bremer 'Mutter-Projekts' für Halle fruchtbar gemacht und gemeinsame Analysen erstellt (Leibfried/Leisering u.a. 1995, Kapitel 7; Leisering/Mädje 1996).

Der Ost-West-Vergleich in der kommenden Phase intensiviert den bisherigen Vergleich auf der Basis einer erweiterten Datengrundlage. Anhand der 2. Welle des qualitativen Panels können Deutungsmuster, Handlungsorientierungen und Bewältigungsstrategien im Umgang mit Sozialhilfe vertieft analysiert und verglichen werden. Dabei geht es um Fragestellungen wie: Wirkt die Sozialhilfe in Ost und West in unterschiedlichem Maße stigmatisierend und welche Folgen hat dies für die subjektive Zeitorientierung der Betroffenen? Wird Sozialhilfebezug im Westen stärker als im Osten als Instrument biographischer Langzeitplanung und Gestaltung benutzt? Im quantitativen Bereich gibt es, wie bisher, naturgemäß keine direkt vergleichbaren Kohorten. Bisher sind die 89er-Kohorte West und die 91er-Kohorte Ost gegenübergestellt worden. Auch die neueren, in Halle zu erhebenden Zugangskohorten 1992, 1993 und 1994 können mit der 89er Westkohorte verglichen werden, was jedoch nur von begrenztem Nutzen sein kann. Insofern wird der Ost-West-Vergleich primär qualitativ orientiert sein. Im quantitativen Bereich liegt die Bedeutung der Ost-West-Kooperation vor allem darin, die im Westprojekt entwickelten und erprobten Techniken und Methoden auf den Osten zu übertragen.

3.5.2 Methoden

Die Methoden der Untersuchung können weitestgehend auf dem Instrumentarium aufbauen, das in den vorangegangenen Projektphasen entwickelt und erprobt worden ist. Entsprechend kommen folgende Methoden zum Einsatz:

- quantitative verlaufsbezogene Aktenanalyse: Verlaufsanalysen, Übergangs-ratenmodelle, log-lineare Modelle, multivariate Analysen, Multi-Episoden-Analysen, Mehrebenenanalysen;
- Kohortenanalyse: quantitativer Vergleich unterschiedlicher Zugangskohorten zur Sozialhilfe, Analyse sozialstrukturellen Wandels;
- qualitative Analysen von Sozialhilfekarrieren: qualitatives Panel in Echtzeit, narrativ-problemzentrierte Interviews (in der 2. Panel-Welle u.U. auch strukturierte Vorgehensweisen), idealtypisierende biographische Handlungsanalyse, Coping-Analyse, u.U. EDV-gestützte Auswertung ;
- komparative Analyse (internationaler Vergleich).

3.5.3 Zeitplan

Ziele	1997		1998		1999
1. Internationaler Vergleich	Datenabgleich mit den internationalen Kooperationspartnern	Erstellung eines gemeinsamen Codebuches Datenaufbereitung	Datenaufbereitung	Auswertung (in Bremen und im Ausland) Workshop	
2. Qualitatives Panel	Erhebung (2. Welle)	Transkription Auswertung	Gesamtauswertung des qualitativen Panels		Konferenz
3. Vergleich von Antragskohorten	Theoretische Vorarbeiten		Datenanalyse		Monographie
4. Ost-West-Vergleich	Workshop mit Projekt YE2	Workshop mit Projekt YE2	Workshop mit Projekt YE2	vergleichende Auswertungen	Workshop mit Projekt YE2

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs

Das Teilprojekt ist in besonderem Maße in den Sfb eingebunden: Erstens bildet es ein Tandem mit dem Projekt YE2, in dem die quantitativen und qualitativen Verlaufsanalysen von Sozialhilfebezug, die im Projekt D3 entwickelt wurden, auf die neuen Bundesländer übertragen werden. Zweitens hat das Projekt durch den Begriff "Lebenslaufpolitik" zum lebenslauftheoretischen Dach des Sfb beigetragen (s.u. Abschnitt a). Drittens bestehen enge Kooperationsbeziehungen zum Bereich Z, vor allem zu Gerald Prein, dessen empirisch-methodisches Habilitationsvorhaben sich wesentlich auf Daten des Projekts stützt.

Inhaltliche Beziehung gibt es darüber hinaus insbesondere mit den Teilprojekten A1, B1 und vor allem A3. In beiden Projekten des A-Bereichs geht es u.a. um Bewältigungsstrategien junger Menschen in der frühen Lebensphase, also zwischen Schulabschluß, Ausbildung und erstem Beruf. Im Projekt D3 wird ebenfalls Bewältigungshandeln untersucht, wobei die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz für soziale Risikolagen neben diskontinuierlichen Übergängen zwischen Bildung und Beruf ein breites Risikospektrum abbildet, das prinzipiell alle in den anderen Teilprojekten behandelten Risikolagen abdeckt. Indem sich D3 im Unterschied zur vorherrschenden Literatur nicht auf die Bewältigung des Sozialhilfebezugs als solchem beschränkt, sondern diesen systematisch in die Gesamtheit biographischer Risiko- und Problemlagen einbettet (Ludwig 1996), werden auch die Befunde von A1 und A3 umfassender biographietheoretisch verortet. Wie A3 und B1 fragten wir zudem, unter welchen Bedingungen ein Teilaspekt des sozialen Status (hier: Sozialhilfeempfänger zu sein) zu einem die ganze Existenz prägenden "master status" werden kann. Dabei stellt sich gemäß unseren bisherigen Ergebnissen eine solche Statusverfestigung als eher unwahrscheinlich dar.

Die Untersuchungen von B1 in bezug auf Frauen werden insoweit ergänzt, als wir zeigen konnten, daß selbst Frauen am Rande der Gesellschaft (alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen) Institutionen des Staates (hier: die Sozialhilfe) zu einer teilweise selbstgesteuerten Erweiterung ihrer Selbstdefinition nutzen, etwa um ihre Abhängigkeit von einem Mann zu reduzieren. Direkte Beziehung gibt es schließlich mit Teilprojekt A3 bzgl. der Frage der Verfestigung bzw. Nicht-Verfestigung von Karrieren am Rande der Gesellschaft (Delinquenz bei A3, Sozialhilfebezug bei D3). Hierzu wurde in der laufenden Phase ein gemeinsamer

Workshop zum Thema Ausgrenzung und "underclass" mit einem externen Gast (Dr. Martin Kronauer, SOFI, Göttingen) organisiert. Eine Fortsetzung dieses Austausches ist geplant.

Im Jahre 1999 soll angeregt von D3 eine projektübergreifende Konferenz "Lebenslauf, Gesellschaftspolitik und soziale Ausgrenzung" stattfinden, die einen qualitativen, sozialpolitischen und gesellschaftstheoretischen Schwerpunkt haben soll (siehe dazu den Antrag bei Z).

a) Beitrag zur Thematik "Lebenslaufpolitik"

Mehr als andere Teilprojekte stellt das Projekt "Sozialhilfekarrieren" schon von seiner Fragestellung her auf die Schnittstelle zwischen individuellen Handlungsstrategien und institutioneller Steuerung ab. In der laufenden Forschungsphase wurde diese Programmatik theoretisch verdichtet und verallgemeinert zum Konzept "Lebenslaufpolitik" (Leibfried/Leisering u.a. 1995, Kap. 1, "Lebenslauf als Politik"), das wesentlich in das theoretische Dach des Sfb für die Antragsphase eingeflossen ist.

Die politische Formierung von Lebensläufen ist in der Literatur teilweise gegenüber dem Einfluß von Berufsstruktur, Arbeitsmarkt und Familie unterschätzt worden, war lange nicht systematische Variable im Forschungsdesign. Die Gründe hierfür liegen auch in der Sache selbst: Staatliche Lebenslaufpolitik ist oft implizit, wirkt "leise", ist dabei nicht weniger folgenreich; ihre Konturen werden erst erkennbar aus einer Rekonstruktion des Zusammenspiels unterschiedlicher staatlich-institutioneller Zugriffe auf individuelle Lebensverläufe. Zudem erweisen sich die staatlichen Systeme, die auf die Risiken moderner diskontinuierlicher Lebensverläufe abstellen, wie Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, erst auf Grundlage der Projektarbeiten als Gestalter und nicht nur als Verwalter oder Reparatoren gefährdeter Lebensläufe (Leibfried/Leisering u.a. 1995, Kap. 1 und 11; siehe auch Teilprojekt C1).

b) Beiträge zu einer möglichen 5. Phase des Sfb

Für eine eventuelle 5. Forschungsphase könnte der Schwerpunkt der Antragsphase - der internationale Vergleich von Wohlfahrtsstrategien und ihres Einflusses auf Einkommens- und Lebenslaufdynamik im untersten Einkommensbereich - fortgeführt, vertieft und/oder verbreitert werden (Einbezug von Großbritannien,

Frankreich, Niederlande; differenziertere Betrachtung der Seite der Institutionen oder der Klienten). Denkbar ist auch eine Vertiefung des Aspekts "soziale Entgrenzung von Armut" durch Konzentration auf den "prekären Wohlstand" (Hübinger 1996), also die zunehmend verunsicherte, etwa von Überschuldung betroffene Schicht zwischen Armut und Wohlstand. Vertieft werden könnten auch die Themen Lebenslaufpolitik und soziale Ausgrenzung. Konzipierbar wäre auch eine erweiterte Langzeitstudie (3. Welle des qualitativen Panels) bzw. eine erstmalige wissenschaftliche Auswertung des zur Zeit der 5. Phase erstmals in Bremen mit hinreichend großem Beobachtungsfenster flächendeckend in der Praxis eingeführten Datenverarbeitungsprogramms für die Sozialhilfe (PROSOZ) als Abschluß unserer empirischen Sozialhilfeforschung mit Verwaltungsprozeßdaten.

c) Verbindung von Daten und Theorie

Da Datenerhebung im Armuts- und Sozialhilfereich schwieriger und aufwendiger ist als im Mittelschichtbereich oder im Bevölkerungsquerschnitt, weisen die Daten zwangsläufig Lücken auf, die die Überprüfbarkeit theoretischer Annahmen einschränken. So fehlen wesentliche Standardvariablen der Sozialstrukturanalyse in den Sozialhilfeakten, etwa Bildung und Beruf. Ferner fehlen in den Akten naturgemäß Informationen über den weiteren Lebensweg von Menschen nach (dauerhafter oder zwischenzeitlicher) Überwindung der Hilfebedürftigkeit (erfaßt ist allerdings die Ursache der Überwindung). Darüber erfahren wir nur aus den qualitativen Interviews. Schließlich verbietet der immense Erhebungsaufwand, weitere Antragskohorten zu erheben, was für die Analyse der Veränderungen von Risikolagen im historischen Zeitverlauf wünschenswert wäre.

d) Zustand der Datensätze

Alle Datensätze liegen in einer Form vor, daß sie von anderen Forschern verwendet werden können. Die Akten Daten sind bereits von anderen benutzt worden (W. Taubmann, R. Hauser, W. Ludwig-Mayerhofer). Die Daten der 1989er Antragskohorte sind besonders leichtzugänglich. Auch sind Teildatensätze erstellt worden, die mit ausländischen Datensätzen kompatibel sind (Duncan/Voges 1996, Gustafsson/Voges 1996). Dies wird in der Antragsphase fortgesetzt.

Grundausrüstung

Die Universität Bremen stellt wie in der 3. Förderungsphase eine ausreichende Anzahl von Räumen sowie Verbrauchsmittel zur Verfügung, ferner in beschränktem Umfang eine PC-Ausrüstung und allgemeine Software. Für Bücher und Zeitschriften stehen ebenfalls begrenzte Mittel zur Verfügung.

Ergänzungsausrüstung

Verbrauchsmaterial (522)

Zusätzliche Kosten für Verbrauchsmaterial fallen insbesondere an im Rahmen der qualitativen Erhebung für Tonbandkassetten und ein zusätzliches Aufnahmegerät sowie für PC-bezogene Materialien (Disketten, Druckerpapier, Druckerpatronen).

1997: 4.700,- DM **1998:** 3.500,- DM **1999:** 3.900,- DM

Reisekosten (527)

a) Dienstgänge für die qualitative Erhebung

1997 werden 45 Interviews im Rahmen des qualitativen Panels durchgeführt, von denen die meisten im Stadtgebiet von Bremen durchgeführt werden. Es ist damit zu rechnen, daß etwa 10% der Interviewpartner mittlerweile in anderen Städten leben. Für die Dienstgänge im Stadtgebiet fallen etwa DM 200,- für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel an. Für Reisen in andere Städte werden pro Tag und Person DM 200,- beantragt.

1997: 1.200,- DM

b) Forschungsaufenthalt von PD Dr. Wolfgang Voges am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin

Im Jahr 1998 soll sich Herr Voges für eine Woche am DIW in Berlin aufhalten, um vergleichende Auswertungen mit dem Sozio-ökonomischen Panel durchzuführen.

Fahrtkosten: 200,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 800,- DM

1998: 1.000,- DM

c) Forschungsaufenthalt von PD Dr. Lutz Leisering am Wissenschaftszentrum Berlin

Im Jahr 1997 soll sich Herr Leisering für eine Woche am WZB aufhalten, um mit der Arbeitsgruppe Sozialstrukturanalyse und Sozialberichterstattung (Prof. Zapf, Dr. Habich) zu kooperieren.

Fahrtkosten: 200,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 800,- DM

1997: 1.000,- DM

d) Vortragsreisen Inland

Wie in den vergangenen Jahren sind Vorträge auf den Jahrestagungen der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie auf dem Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie geplant.

Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik:

2 Personen à 2 Tage: Fahrtkosten: 500,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 500,- DM

1997 (Tagungsort steht noch nicht fest): 1.000,- DM

1998 (Tagungsort steht noch nicht fest): 1.000,- DM

1999 (Tagungsort steht noch nicht fest): 1.000,- DM

Deutscher Soziologietag:

2 Personen à 4 Tage: Fahrtkosten: 500,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 1.100,- DM

1998 (Tagungsort steht noch nicht fest): 1.600,- DM

e) Forschungsk Kooperation Ausland

Da der internationale Vergleich ein Schwerpunkt dieser Phase ist, fallen mehrere Reisen zu den Kooperationspartnern in Göteborg (Björn Gustafsson) und Mailand (Enzo Mingione, Yuri Kazepow) an, um eine gemeinsame Datenbasis herzustellen und sich in bezug auf Auswertung und gemeinsame Veröffentlichungen auszutauschen. Ferner soll die Kooperation mit Robert Walker (Loughbourough/England) fortgesetzt werden, in deren Rahmen bereits eine vergleichende Studie erstellt wurde (Leisering/Walker 1996b), auch wenn die britischen Daten nicht in dem Maße wie die amerikanischen, italienischen und schwedischen Daten

kompatibel gemacht werden können, um Großbritannien formell gleichrangig in den Vergleich aufzunehmen.

- Zwei Reisen nach Göteborg:

1997: 1 Person à 5 Tage: Fahrtkosten/Flug: 900,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 1200,- DM

1998: 2 Personen à 5 Tage: Fahrtkosten/Flug: 1.800,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 2400,- DM

- Zwei Reisen nach Mailand:

1997: 1 Person à 5 Tage: Fahrtkosten/Flug: 700,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 1200,- DM

1998: 2 Personen à 5 Tage: Fahrtkosten/Flug: 1.400,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 2400,- DM

- Zwei Reisen nach Loughborough:

1997: 2 Person à 5 Tage: Fahrtkosten/Flug: 1.000,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 2400,- DM

1999: 1 Person à 5 Tage: Fahrtkosten/Flug: 500,- DM; Unterkunft/Tagegelder: 1200,- DM

Auslandsreisen insgesamt:

1997: DM 7.400	1998: DM 8.000	1999:	DM
<i>Kooperation mit Teilprojekt YE 2</i>			
(gesondertes Budget, nicht in Kostenrechnung von Teilprojekt D3 enthalten)			
1997 und 1998 sind je 4 Arbeitstreffen mit dem Kooperationsprojekt YE2 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg geplant, die abwechselnd in Halle und Bremen stattfinden sollen. Damit fallen pro Jahr zwei Reisen Bremen-Halle an. An einem kürzeren Treffen werden zwei Projektmitarbeiter (Klärung von Detailfragen der Erhebung und Auswertung), an einem längeren vier Projektmitarbeiter und die Projektleiter (Grundsatzdiskussion der Ergebnisse, Planung gemeinsamer Veröffentlichungen usw.) teilnehmen.			
2 Personen à 3 Tage: Fahrtkosten: 300,- DM; Unterkunft/Tagegeld: 800,- DM			
6 Personen à 4 Tage: Fahrtkosten: 900,- DM; Unterkunft/Tagegeld: 3.100,- DM			
1997: 5.100,- DM	1998: 5.100,- DM		

Bücher (512)

Wie bisher wird eine Aufstockung des Etats aus der Grundausrüstung für die Beschaffung von insbesondere auch ausländischer Fachliteratur beantragt.

1997: 1.200,- DM **1998:** 1.200,- DM **1999:** 1.200,- DM

Druckkosten (531a)

Druckkosten ergeben sich für eine Monographie und drei Sammelbände:

1997: Lutz Leisering: Soziale Ausgrenzung und politische Kultur. Vom Umgang mit Armut in Deutschland (Druckkostenzuschuß: 4.500);

Lutz Leisering (Hrsg.): Vom Ende der "anderen" - Hilfebedürftigkeit in der Risikogesellschaft (Druckkostenzuschuß: 3.500);

Wolfgang Voges/Greg Duncan (Hrsg.): Dynamic approaches to comparative social research (Druckkostenzuschuß: 5.000);

1998 Jens Dangschat/Wolfgang Voges (Hrsg.): Sozialräumliche Strukturen des Sozialhilfebezugs (Druckkostenzuschuß: 3.000);

1997: 13.000,- DM **1998:** 3.000,- DM

Vervielfältigungskosten (531b)

Vervielfältigungskosten fallen an im Rahmen der qualitativen Erhebung (Vervielfältigung von Anschreiben, Kurzfragebögen, Leitfaden, Transkripten), bei der Erstellung von Sfb-Arbeitspapieren sowie bei anderen Arbeiten.

1997: 3.000,- DM **1998:** 2.500,- DM **1999:** 2.000,- DM

Sonstiges (547)

a) Kolloquien

Im Rahmen des internationalen Vergleichs soll 1998 ein Workshop mit internationalen Fachvertretern veranstaltet werden: "Armut und Ausgrenzung in Längsschnittanalysen" (quantitativer Schwerpunkt).

1998: 8.000,- DM

b) Werkverträge

1997 sollen zwei Werkaufträge im Bereich qualitativer Methoden und Analysen vergeben werden. Ein Werkvertrag bezieht sich auf eine methodentheoretische Analyse qualitativer Ansätze in der Armuts- und Coping-Forschung (7.000,- DM), ein weiterer auf Erstellung exemplarischer Auswertungen qualitativer Interviews (10 Interviews, Auswertung je 30 Seiten), die der Anleitung der weiteren Analysen im Projekt dienen (18.000,- DM).

Die Aufträge sollen an die Ende 1996 ausscheidende Mitarbeiterin Dr. Monika Ludwig vergeben werden. Frau Ludwig hat von Beginn an die qualitative Seite des Projekts geprägt (Ludwig 1996) und in diesem Rahmen den Coping-Begriff in die deutsche Armutsforschung eingeführt, der im Mittelpunkt der qualitativen Arbeiten in der Antragsphase steht (Forschungsziel 2).

1997: 25.000,- DM

c) Interviews

Da es sich bei Sozialhilfe um einen sensiblen Bereich handelt und Sozialhilfempfänger eine besonders benachteiligte Gruppe sind, soll wie bisher eine Aufwandsentschädigung von DM 50,- für die Teilnahme an den oft langen Interviews gezahlt werden. Bei 45 Interviews fallen damit an:

1997: 2.250,- DM

d) Panelpflege

Um die Motivation der Interviewpartner zu erhalten, sind regelmäßige Anschreiben notwendig. Hierfür werden DM 200,- veranschlagt.

1997: 200,- DM

e) Transkriptionskosten

Die 45 Interviews der 2. Panelwelle müssen vollständig transkribiert werden. Etwa ein Drittel der Interviews kann von den Schreibkräften des Sfb übernommen werden. Für die restlichen 30 Interviews ist ein Schreibauftrag zu vergeben. Bei DM 5 pro Seite und ca. 35 Seiten pro Interview fallen damit an:

1997: 5.250,- DM

Insgesamt: **1997:** DM 32.700 **1998:** DM 8.000

3.8 Literatur

- Andreß, Hans-Jürgen (1994): Steigende Sozialhilfezahlen. Wer bleibt, wer geht und wie sollte die Sozialverwaltung darauf reagieren? In: Michael Zwick (Hrsg.), 1994: Einmal arm, immer arm? Frankfurt a.M.: Campus, S. 75-105
- Bonß, Wolfgang, Heiner Keupp und Elmar Koenen (1984): Das Ende des Belastungsdiskurses? Zur subjektiven und gesellschaftlichen Bedeutung von Arbeitslosigkeit, in: Wolfgang Bonß und Rolf G. Heinze (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 143-188
- Bradshaw, Jonathan, John Ditch, Hilary Holmes und Peter Whiteford (1993): A Comparative Study of Child Support in Fifteen Countries, Journal of European Social Policy, 3, S. 255-271

- Burkhauser, Richard V., Barbara Buttrica und Mary Daly (1997): The GSOEP-PSID equivalent data set, in: Wolfgang Voges und Greg Duncan (Hrsg.), *Dynamic Approaches to Comparative Social Research. Recent Developments and Applications*, Aldershot: Avebury (erscheint 1997)
- Burkhauser, Richard V., Greg J. Duncan, Richard Hauser und Roland Berntsen (1991): Women or Frau, Women do Worse: A Comparison of Men and Women in the United States and Germany Following Marital Dissolution, *Demography*, 28, S. 353-361; Engbersen, Godfried, Kees Schuyt, Jaap Timmer und Frans van Waarden (1993): *Cultures of Unemployment. A Comparative Look at Long-Term Unemployment and Urban Poverty*, Boulder/Co.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press
- Faltermaier, Toni (1989): *Qualitative Methoden in der Belastungs- und Gesundheitsforschung. Verschiedene Arbeiten*, Augsburg: Universität (Augsburger Berichte zur Entwicklungspsychologie und Pädagogischen Psychologie, Nr. 36)
- Gerhardt, Uta (1979): *Coping and Social Action: Theoretical Reconstruction of the Life-Event Approach*, *Sociology of Health und Illness*, 1, S. 195-225
- Gottschalk, Peter und Robert A. Moffitt (1994): *Welfare Dependence: Concepts, Measures, and Trends*, *American Economic Review, Papers & Proceedings*, 84, S. 38-42
- Hagen, Christine und Beate Hock (1996): *Dynamik von Armut in einer hessischen Kleinstadt, Frankfurt a.M.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge*
- Hoynes, Hilary und Thomas MaCurdy (1994): *Has the decline in benefits shortened welfare spells?* *American Economic Review, Papers & Proceedings*, 84, S. 43-48
- Hübinger, Werner (1996): *Einkommen und Lebenslagen zwischen Armut und Wohlstand. Sozialstrukturanalyse einer Problempopulation*, Dissertation, Frankfurt a.M., erscheint 1996 unter dem Titel "Prekärer Wohlstand" (in Druckvorbereitung)
- Huff Stevens, Ann (1994): *The Dynamics of Poverty Spells: Updating Bane and Ellwood*, *American Economic Review, Papers & Proceedings*, 84, S. 34-37
- Krause, Peter (1997): *Age Groups and Poverty Dynamics (PSID and SOEP)*, in: Wolfgang Voges und Greg J. Duncan (Hrsg.), *Dynamic Approaches to Comparative Social Research. Recent Developments and Applications*, Aldershot: Avebury (erscheint 1997)
- Kronauer, Martin, Berthold Vogel und Frank Gerlach (1993): *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt a.M./New York: Campus

- Kronauer, Martin (1993): Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen "Underclass"? in: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.), Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer Standortdebatte, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 197-214
- Lazarus, Richard S. und Susan Folkman (1984): Stress, Appraisal, and Coping, New York
- Lazarus, Richard S. und Susan Folkman (1987): Transactional Theory and Research on Emotions and Coping, European Journal of Personality, 1, S. 141-169
- Leibfried, Stephan und Paul Pierson (Hrsg.) (1995): European Social Policy: Between Fragmentation and Integration, Washington, DC: The Brookings Institution (erscheint als "Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration" [Arbeitstitel] 1997 Frankfurt a.M., Suhrkamp)
- Lompe, Klaus u.a. (1987): Die Realität der Neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg: Transfer
- McFate, Katherine, Roger Lawson und William Julius Wilson (Hrsg.) (1995): Poverty, Inequality and the Future of Social Policy: Western States in the New World Order, New York: Russell Sage
- Palmer, John L., Timothy Smeeding und Barbara Boyle Torrey (Hrsg.) (1988): The Vulnerable, Washington, D.C.: The Urban Institute Press
- Pedersen, Susan (1994): Family, Dependence, and the Origins of the Welfare State. Britain and France, 1914-1945, Cambridge: Cambridge University Press
- Rank, Mark Robert (1994), Living on the edge. The realities of welfare in America. New York: Columbia University Press
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1995): The Welfare State and Globalization. Conflicts over Germany's Competitiveness ("Standort Deutschland"): Exiting from the Global Economy? Occasional Paper, University of Berkeley, CA
- Rieger, Elmar und Stephan Leibfried (1995): Globalization and the Western Welfare State, An Annotated Bibliography, Bremen ZeS-Arbeitspapier 1/95
- Rodgers, Joan R. und John L. Rodgers (1993): Chronic Poverty in the United States, Journal of Human Resources, 28, S. 24-54
- Room, Graham (Hrsg.) (1995): Beyond the Threshold. The measurement and analysis of social exclusion, Bristol: The Policy Press
- Salentin, Kurt (1994): Niedrigeinkommen: psychische Belastung und Bewältigung, Bielefeld (Ms.)
- Seeleib-Kaiser, Martin (1993): Amerikanische Sozialpolitik. Politische Diskussion und Entscheidungen der Reagan-Ära, Opladen: Leske + Budrich

- Silver, Hilary (1993): National Conceptions of the New Urban Poverty: Social Structural Change in Britain, France and the United States, *International Journal of Urban and Regional Research*, 17, S. 336-354
- Tobias, Gertrud und Johann Boettner (Hrsg.) (1992): Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt, Essen: Klartext
- Walker, Carol (1993): *Managing Poverty. The limits of social assistance*, London & New York: Routledge

Teilprojekt YE2

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt YE2

3.11 Thema:

„Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern“

3.12 Fachgebiet und Arbeitsrichtung:

Soziologie, Biographieforschung, Sozialpolitik

3.13 Leitung:

Prof. Dr. Thomas Olk

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

FB Erziehungswissenschaft, Institut für Pädagogik

06099 Halle/Saale

Telefon: 0345/55-23 800/801 Telefax: 0345/55-27062

e-mail:olk@pädagogik.uni-halle.de

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes YE2

1. Fortsetzungsantrag; das Teilprojekt wird gefördert seit 01.01.1994

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	-	-	-	-
1994	198.400	33.000	-	234.400
1995	203.300	23.400	-	226.700
1996	207.400	9.100	-	216.500
Zwischen- summe	609. 100	65.500		677.600
1997	199.400	33.900	-	233.300
1998	199.400	14.700	-	214.100

Inhaltsverzeichnis

- 3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt YE2
- 3.2 Zusammenfassung
- 3.3 Stand der Forschung
- 3.4 Eigene Vorarbeiten
 Vorarbeiten der ProjektmitarbeiterInnen
 Vorarbeiten aus der ersten Projektphase
- 3.5 Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan
 - 3.5.1 Forschungsziele
 - 3.5.2 Methoden
 - 3.5.3 Arbeits- und Zeitplan
- 3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms
- 3.7 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt YE2
 - 3.7.1 Begründung des Personalbedarfs
 - 3.7.2 Aufgliederung und Begründung der Sächlichen
 Verwaltungsaufgaben
- 3.8 Publikationen
 - 3.8.1 Publikationen der ProjektmitarbeiterInnen
 - 3.8.2 Publikationen anderer AutorInnen

3.2. Zusammenfassung

Im Teilprojekt werden Prozesse sozialer Transformation in den neuen Bundesländern unter dem Aspekt damit einhergehender sozialer Ungleichheit und Armut untersucht. Erstens wird untersucht, wie sich im fortschreitenden Einigungsprozeß eine Bevölkerungsgruppe formiert und differenziert, die staatlicher Unterstützung durch Sozialhilfe bedarf. Zweitens wird analysiert, ob und wie sich individuelle Orientierungen und Handlungsstrategien bei der Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug über Zeit – mit zunehmender Dauer – verändern. In Verbindung mit dem Teilprojekt D3 ist drittens ein Ost-West-Vergleich vorgesehen.

Dem Forschungsprojekt liegt die These zugrunde, daß sozialer Wandel in den neuen Bundesländern nicht lediglich als "nachholende Modernisierung" verstanden werden kann, da mit dem Wechsel der strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen wesentliche individuelle Deutungen, Orientierungen und Handlungsstrategien nicht gleichsinnig gewechselt haben. Wie sich im fortschreitenden Einigungsprozeß eine Sozialhilfeklientel formiert, wird anhand dreier 5%-Stichproben der Sozialamtsakten in der Stadt Halle (Saale), die sich jeweils auf die Zugangskohorten aus den Jahren 1992, 1993 und 1994 beziehen, weiterverfolgt. Methodologisch wird hiermit an die Zugangskohorten 1990 und 1991 angeknüpft, die im Rahmen der ersten Förderphase des Forschungsvorhabens Gegenstand der Analyse und eng auf einen Vergleich mit dem Teilprojekt D3 zugeschnitten waren.

Wie sich die Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug über Zeit verändert wird mit Hilfe problemzentrierter narrativer Interviews rekonstruiert und verstehend nachvollzogen. Insbesondere geht es erstens darum zu klären, ob sich mit zunehmender Dauer des Bezugs Veränderungen in den individuellen Orientierungen und Handlungsstrategien ergeben. Zweitens wird untersucht, ob ein bereits zurückliegender Sozialhilfebezug Auswirkungen auf den weiteren Biographieverlauf genommen hat.

In institutionentheoretischer Hinsicht zielt die Analyse auf die Klärung der Frage, ob sich mit fortschreitender Dauer des Einigungsprozesses "Passungen" zwischen den von West- nach Ostdeutschland übertragenen Formen der Armutsbekämpfung und den individuellen Orientierungen und Handlungsstrategien ostdeutscher SozialhilfeempfängerInnen ergeben oder ob wesentliche "Brüche" bestehen bleiben. Insbesondere gilt es zu klären, inwieweit individuelle Erwartungen an eine staatliche Lebenslaufpolitik, die für berufliche Kontinuität bürgt, aus DDR-Zeiten fortbestehen bleiben und die Wahrnehmung des Bezugs von Sozialhilfe und des Kontaktes zum Sozialamt prägen. Die qualitative Untersuchung ist die zweite Welle eines Panels, das in der ersten Projektphase erhoben und ausgewertet wurde.

Alle InterviewpartnerInnen der ersten Welle werden in der zweiten Welle erneut befragt.

Die Abstimmung der Methodik in Durchführung und Auswertung der Interviews wie auch bei der Sozialamtsaktenanalyse der Teilprojekte D3 und YE2 führt auf einen Vergleich der Ergebnisse in Ost und West hin.

3.3 Stand der Forschung

Der wissenschaftliche Diskurs über die sozialstrukturellen Entwicklungen in den neuen Bundesländern hat eine bemerkenswerte Veränderung erfahren. Von Beginn an haben verschiedene AutorInnen darauf verwiesen, daß die sozialstrukturellen Entwicklungen in den neuen Bundesländern erhebliche Unterschiede zu denen in den alten Bundesländern aufweisen und mittelfristig nicht mit Angleichung zu rechnen sei (Joas/Kohli 1993, Kreckel 1993, Ettrich 1993, Hradil 1992, Koch 1992, Woderich 1992, Müller 1991, Beck 1990). Tragend war jedoch die Erwartung, daß in den neuen Bundesländern ein Prozeß "nachholender Modernisierung" zu beobachten sei und sich die Sozialstruktur nach westdeutschem Muster verändern werde. In zweierlei Hinsicht scheint diese Annahme heute relativierungsbedürftig. Zum einen wächst die Aufmerksamkeit dafür, daß mit dem Wechsel der strukturellen Rahmenbedingungen wesentliche individuelle Deutungen, Orientierungen und Handlungsstrategien nicht notwendig gleichsinnig wechseln. In engem Zusammenhang damit steht zum zweiten der methodische Hinweis, in die Analyse der Transformation sowohl die Ankunfts- wie auch die Herkunftsgesellschaft einzubeziehen (Lutz 1995). So schärft die Forschung über Institutionenbildungsprozesse die Aufmerksamkeit für das Vermächtnis alter Institutionen ("legacies"), welches die Etablierung neuer Institutionen erheblich zu hemmen in der Lage ist (Olk 1995). Die Menschen im Osten haben in ihrem Leben Erfahrungen mit einer (sozial)politischen Ordnung gesammelt, die andere Leitbilder vorgab und andersartige Strukturen aufwies. Mangelnde Kompatibilität zur neuen Ordnung war zu erwarten und bleibt, so scheint es, – zumindest vorerst – erhalten. Dies trägt zu der Sorge bei, daß der Prozeß der staatlichen Vereinigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Zukunft besonders seitens individueller Deutungen und Orientierungen gefährdet werden könnte (Lutz 1995): weil der neuen Gesellschaftsordnung Zustimmung versagt bleibt (Gensicke 1995); weil durch die "Inkorporation" der DDR in die Bundesrepublik

Deutschland endogene Entwicklungspotentiale nicht ausgeschöpft werden (Zapf 1994).

Unseres Erachtens lassen sich diese Argumente dahingehend verbinden, daß in den neuen Bundesländern individuelle Orientierungen und Handlungsstrategien fortleben, die sich in der DDR ausgebildet haben und die nicht umstandslos zu den neuen bundesrepublikanischen Rahmenbedingungen "passen". Diese Annahme erlaubt die Integration sonst heterogener Befunde in eine zusammenhängende Interpretation (Mädje/Olk/Leisering 1995).

Vorliegende pessimistische Prognosen und Diagnosen, wonach sich die neuen Bundesländer zu einer Armutsregion im vereinten Deutschland entwickeln werden, dürften überzogen sein. Einkommensarmut im Osten kann zudem nicht als Risiko interpretiert werden, das allein auf die staatliche Vereinigung zurückgeführt werden kann. Vielmehr scheint die DDR bereits mit einem hohen Armuts-potential – höher als im Westen – in den Prozeß der deutsch-deutschen Vereini-gung hineingegangen zu sein (Mädje/Olk/Leisering 1995, vgl. Manz 1992). War 1990, vor der Sozialunion, nach Daten des Sozio-ökonomischen Panels im Osten gut jede vierte Person (26.7%) an westdeutschen Standards gemessen arm, so sank der Anteil seitdem kontinuierlich, so daß 1994 nur noch etwa jede siebte Person (13.8%) betroffen war, womit der Anteil der armen Menschen im Osten nicht mehr deutlich höher lag als im Westen der Republik (11.1%). Legen wir der

Analyse eine ostdeutsche Armutsgrenze zugrunde, d.h. behandeln wir die Menschen als arm, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens ost-deutscher Haushalte haben, dann hat seit 1990 die Armut in den neuen Bundesländern zugenommen (von 3.5% in 1990 auf 7.9% in 1994). Dies liegt jedoch vermutlich nicht daran, daß das Einkommen der neuzugegangenen Haus-halte gesunken ist, sondern daß die Einkommen im Osten insgesamt gestiegen sind und damit die ostdeutsche Armutsgrenze ebenfalls höher ausfällt. Die Haushalte, die nicht an Einkommenssteigerungen teilhaben, fallen damit automatisch unter die neue, höhere Armutsgrenze (Krause 1994, Mädje/Olk/Leisering 1995). Seit der staatlichen Vereinigung mit der alten Bundesrepublik ist die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im Osten sprunghaft gestiegen. Das Ausmaß des Sozialhilfebezugs in den neuen Ländern liegt deutlich über den Empfängerzahlen der früheren DDR-Fürsorge, jedoch bis 1993 markant unter dem Stand in den alten Bundesländern (Ost: 3.6%, West: 5.1%).

Subjektiv hat sich das Anspruchsniveau in bezug auf Einkommen in den Jahren 1990 bis 1993 erst allmählich angenähert, am schnellsten und stärksten bei den unteren Einkommen. Mittlerweile stellt sich Einkommenszufriedenheit – wie im Westen – nur bei höheren Einkommen ein (Krause 1994:16f.) Allerdings führen schon niedrigere Einkommen als im Westen zu höherer Einkommenszufriedenheit. Krause weist darauf hin, daß die individuelle Einkommenszufriedenheit jenseits der Vergleiche mit West- oder Oststandards wesentlich von konkreten Lebensumständen abhängt: von Mietsteigerungen, von biographischen Ereignissen wie Arbeitslosigkeit und von der Erfahrung, daß materielle Verbesserungen etwa im Wohnbereich sehr viel länger auf sich warten lassen als der bereits im ersten Jahr der Vereinigung einsetzende Einkommensanstieg. Insoweit bestätigt sich die These von Wolfgang Zapf (1994:129), daß die Transformation im Osten wesentlich eine Umstellungskrise ist, daß also nicht nur absolute Wohlfahrtsverluste (oder -gewinne) für bestimmte Gruppen, sondern die erzwungene Veränderung von Lebensverläufen die Erfahrung der Betroffenen prägt.

In diese Richtung weisen auch erste Ergebnisse des Teilprojekts YE2, die darauf hindeuten, daß die Befragten aus den neuen Bundesländern mit Hilfe der Sozialhilfe selten Lebensgestaltungswünsche realisieren – wie es für die alten Bundesländer festgestellt werden kann. Solche Orientierungen finden sich lediglich bei einigen Alleinerziehenden, die für eine begrenzte biographische Phase ihre Berufsarbeit unterbrechen (vgl. Drauschke u.a. 1993, Großmann/Huth 1993). Vereinzelt wird die Zeit in der Sozialhilfe zu einer Reorientierung oder Stabilisierung genutzt. Insgesamt scheint der Stellenwert, den ein erwerbszentrierter Lebensverlauf und den Berufsarbeit als vorrangige Form der Existenzsicherung einnehmen, in den neuen Bundesländern weitgehend ungebrochen (ausf. Ergebnisbericht; vgl. Hanesch u.a. 1994, Olk/Rentzsch 1994).

Die meisten vom Teilprojekt YE2 mündlich Befragten interpretieren die Sozialhilfe als eine nachrangige Leistung, der Berufsarbeit vorzuziehen hat. Der Bezug von Sozialhilfe erweist sich – wie im Westen – für diejenigen als unproblematischer, die ihn von vornherein als (kurzfristige) Überbrückung interpretieren; im Übergang in eine Ausbildung oder erneute Berufsarbeit. Auch die meisten anderen Befragten finden es angemessen, unterstützt zu werden: weil sie in ihrer Sicht ihre derzeitige berufliche Situation nicht selber zu verantworten haben. Sie interpretieren sie als Konsequenz des Übergangs in eine marktwirtschaftliche Ordnung

und externalisieren die Ursache für den Empfang von Unterstützung. Diese Auffassung wird ihren Erzählungen zufolge von ihrem sozialen Umfeld geteilt. Daher scheint die Sozialhilfe in den neuen Bundesländern für einige einen weniger diskriminierenden Beigeschmack zu haben als aufgrund des Wechsels von "sozialistischer Daseinsvorsorge" in der DDR zur Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen zu erwarten gewesen wäre (ausf. Ergebnisbericht).

Die forschungsleitende Frage der ersten Phase des Teilprojektes YE2 nach dem möglichen Wandel der BürgerInnen der neuen Bundesländer von "VersorgungsstaatsbürgerInnen" der DDR zu "SozialstaatsbürgerInnen" der Bundesrepublik Deutschland, stellt sich im Lichte der bisherigen Untersuchungsergebnisse neu. Dem ersten Antrag lag die Vermutung zugrunde, daß der Übergang in ein rechtlich kompliziertes, institutionell verzweigtes und auf ein hohes Maß von Eigeninitiative und Vorsorgedenken der BürgerInnen aufbauendes System der sozialen Sicherung zu erheblichen Anpassungsproblemen führen werde, insbesondere, wenn die bis dahin nicht bekannte und stigmatisierende Sozialhilfe in Anspruch genommen werden müsse.

Diese Vermutungen haben sich bestätigt, sie werden als "Orientierungsprobleme" benannt und erkennbar. Sie werden aber ebenfalls als bewältigbar thematisiert und gelten nicht als vorrangige Probleme. Im Vordergrund steht, wie gesagt, der Erhalt oder die Wiedererlangung einer existenzsichernden Erwerbsarbeit. Diese individuelle Orientierung auf Erwerb scheint in hohem Maße ausgeformt als Erwartung auf eine sozialstaatliche erwerbszentrierte Lebenslaufpolitik, d.h. wir finden nicht lediglich eine hohe Orientierung auf Erwerbsarbeit (Arbeitsgesellschaft, Integration über Erwerbsarbeit), sondern die Erwartung, daß der Staat dafür sorgt, daß ein produziertes Angebot an Arbeitskräften (via Bildung und Ausbildung) ökonomisch auch abgeschöpft wird (vgl. Leibfried u.a. 1995, Mutz 1995).

Diese Erwartung ist davon unbenommen, daß es Phasen im Leben gibt, in denen eine Erwerbsarbeit nicht gewünscht ist, z.B. während der Lebenszeit mit Kleinstkindern, die sich bei einem Teil der Befragten findet.

Die erkenntnisleitende Annahme, daß der sozialstrukturelle Wandel in den neuen Bundesländern nur vor dem Hintergrund früherer individueller Erfahrungen und struktureller Bedingungen verstanden werden kann, hat sich bestätigt. Der soziale

Wandel in den neuen Bundesländern kann damit nicht lediglich als "nachholende Modernisierung" beschrieben werden, weil mit dem Wechsel der strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen wesentliche individuelle Deutungen und Orientierungen nicht gleichsinnig gewechselt haben, vielmehr Kontinuitäten fortwirken.

Andere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit, die sich in Ostdeutschland nach dem Systemwechsel erlangen läßt, stetig abnimmt bzw. auf einem niedrigen Niveau verbleibt, obwohl sich die Wohlfahrtspositionen in den neuen Bundesländern verbessern und auch die Zufriedenheit mit den Einkommen zunimmt (Gensicke 1995). Die Unzufriedenheit mit der sozialen Sicherheit scheint zudem die Zustimmung zur neuen Gesellschaftsordnung zu gefährden. Offen bleibt, worüber sich soziale Sicherheit für die EinwohnerInnen der neuen Bundesländer vermittelt.

Aus den Daten der ersten Forschungsphase lassen sich Hinweise entnehmen, die diese Widersprüchlichkeit plausibel werden lassen. Danach stellt sich das Gefühl sozialer Sicherheit weniger über die Höhe der Einkünfte her und auch nur begrenzt über den Schutz vor existenziellen Risiken durch (Mindest-)Einkommensgarantien. Sozialstaatliche Einkommensgarantien und Lebensstandardsicherungen, wie sie dem bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodell zugrundeliegen, lassen bei ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern nur bedingt ein Gefühl sozialer Sicherheit entstehen. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse, verstanden als Angleichung der Versorgungsstandards in den alten und neuen Bundesländern, scheint kein ausreichendes Mittel zu sein, um soziale Sicherheit in den neuen Bundesländern zu verwirklichen und die Zufriedenheit zu erhöhen. Woran scheitert die "innere Einheit" in Fragen der sozialen Sicherheit?

Unsere Hypothese lautet: Das bundesrepublikanische System sozialer Sicherungsgarantien in Ostdeutschland legitimatorisch unter Druck, weil es einen erwerbszentrierten Lebenslauf sozialstaatlich – im Unterschied zur DDR – nicht garantiert. Diese staatliche Garantie bleibt in den neuen Bundesländern subjektiv aber Inbegriff sozialer Sicherheit. Schwitzer (1995) verortet einen Mangel bundesrepublikanischer Sozialpolitik darin, daß sie dem Markt den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bei Arbeitskräften überlasse, der Markt diesen Ausgleich aber nicht herstellen könne. In diesem Licht betrachtet, läßt sich die Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der sozialen Sicherheit, die sich in der Bundesrepublik

Deutschland erlangen läßt, nicht lediglich als "Anspruchskrise" interpretieren. Zwar läßt sich festhalten, daß die alte Bundesrepublik in den neuen Bundesländern zum Maßstab der Beurteilung von Wohlfahrtspositionen wird. Die Zufriedenheit mit den Versorgungsstandards wird infolgedessen durchaus davon beeinträchtigt, daß der Osten bei einem Vergleich mit dem Westen schlechter abschneidet. Insgesamt ist die Zufriedenheit mit den Wohlfahrtspositionen aber steigend während - wie bereits erwähnt - die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit abnimmt bzw. vergleichsweise gering ausfällt. Somit dokumentiert die weiterhin bestehende Unzufriedenheit nicht lediglich Formen von subjektiver Deprivation; vielmehr verweist die Unzufriedenheit mit der sozialen Sicherheit auf grundlegendere Vorbehalte gegenüber dem bundesrepublikanischen System sozialer Sicherheit.

Die Daten der ersten Forschungsphase des Teilprojekts YE2 weisen auch für SozialhilfeempfängerInnen in diese Richtung. Die Zufriedenheit mit dem Niveau der materiellen Versorgung ist verschieden, insgesamt wird der materielle Spielraum aber als eng wahrgenommen und sehen sich die Befragten in ihren Teilhabemöglichkeiten beschränkt. Das Gefühl sozialer Sicherheit scheint aber nicht mit dem Umfang materieller Partizipation zu korrelieren. Zugespitzt formuliert betrachten es die Befragten nicht als ihr vorrangiges Problem, daß sie (zeitweise) wenig Einkommen zur Verfügung haben und ihr Einkommen hinter dem anderer Gruppen zurückbleibt. Vielmehr besteht ihr zentrales Problem - wie ausgeführt - darin, daß sie vom bundesrepublikanischen Sozialstaat die Herstellung eines arbeitsbezogenen Lebenslaufs erwarten, den dieser aus strukturellen Gründen nicht zu garantieren in der Lage ist.

In der zweiten Forschungsphase wird untersucht, wie sich die Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug über Zeit verändert und ob sich eine bereits abgeschlossene Lebensphase mit Sozialhilfebezug auf den weiteren Biographieverlauf auswirkt. Insbesondere geht es darum zu klären, ob sich mit zunehmender Dauer des Bezugs Veränderungen in den individuellen Orientierungen und Bewältigungsstrategien ergeben. In institutionentheoretischer Hinsicht zielt die Analyse auf die Klärung der Frage, ob sich mit fortschreitender Dauer des Einigungsprozesses eher "Passungen" ergeben zwischen der Art der institutionellen Bearbeitung von Armut, wie sie im bundesrepublikanischen Sozialstaat verankert ist, einerseits, und den Orientierungen und Handlungsstrategien der KlientInnen des

Sozialamtes in den neuen Bundesländern andererseits, oder ob auch mittelfristig (substantielle) Brüche bestehen bleiben.

3.4 Eigene Vorarbeiten

Vorarbeiten der ProjektmitarbeiterInnen

Prof. Dr. Thomas Olk ist Erstantragsteller und leitet das Projekt seit 1994. Er arbeitet seit vielen Jahren auf den Gebieten Sozialpolitik, soziale Probleme und Armut. In diesem Zusammenhang hat er bereits vor Beginn dieses Projektes Arbeiten zur Entstehung und Verfestigung sozialer Ungleichheit durch Segmentationstendenzen auf Arbeitsmärkten (Olk u.a. 1977, 1978, 1981, 1983), zur Entstehung von Problem- bzw. Randgruppen (Olk/Leppin 1977, Olk u.a. 1982) sowie zu den Zusammenhängen von Marginalisierungsprozessen auf Arbeitsmärkten und Verarmungsrisiken vorgelegt (Olk u.a. 1981 und 1983). In den letzten Jahren sind insbesondere umfangreichere Arbeiten zum "Veralten" struktureller sozialstaatlicher Arrangements und den Perspektiven einer Neuorientierung vorgelegt worden (Olk u.a. 1986 sowie 1988). In diesem Kontext hat er im Auftrag der Sektion für Sozialpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Frühjahr 1994 eine Tagung zum Thema "Grenzen des Sozialversicherungsstaates" durchgeführt, auf der die eigentümlichen Stärken und Schwächen des bundesdeutschen Sozialstaatsmodells für die unterschiedlichen Bereiche sozialstaatlicher Sicherung analysiert und diskutiert worden sind (Riedmüller/Olk 1994). Seit 1995 ist er Sprecher der Sektion Sozialpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und hat in dieser Eigenschaft die Jahrestagung 1996 in Kooperation mit Rolf G. Heinze zum Thema "Effektivität und Effizienz in der Sozialpolitik" am 3. und 4. Mai 1996 in Bochum organisiert. Im Sommer 1996 hat er die Arbeiten an einem Sammelband zum Thema "Wohlfahrtspluralismus" abgeschlossen, den er gemeinsam mit Adalbert Evers herausgibt und der im Herbst des Jahres beim Westdeutschen Verlag (Opladen) erscheinen wird. Aus dem unmittelbaren Zusammenhang des Projektes sind erste Publikationen hervorgegangen, in denen sowohl die Perspektiven als auch erste Ergebnisse einer Übertragung des dynamischen Ansatzes der Armutsforschung auf Ostdeutschland analysiert werden.

Dr. Doris Rentzsch arbeitete bis 1991 am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR. Sie befaßte sich vor 1990 überwiegend mit theoretisch-methodischen Aspekten der soziologischen und sozialpolitischen Forschung (Rentzsch 1982). Seit der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR arbeitete sie an empirischen Projekten, die soziale Probleme des Gesellschaftsumbruchs thematisierten. Sie qualifizierte sich in dieser Zeit in der Anwendung sowohl qualitativer als auch quantitativer Untersuchungsmethoden. Ergebnisse von empirischen Studien zur Entwicklung von Armut und Sozialhilfe in Ostberlin (1991 zus. m. H. Großmann, S.Huth, S.Völkel) und in den neuen Bundesländern (1993 und 1994 zus. m. W. Hanesch u. U. Schubert) liegen als Publikationen vor. Mitarbeiterin des Teilprojektes YE2 ist sie seit Beginn der ersten Förderphase.

N.N. - ausgewiesen in der Anwendung von Methoden der qualitativen Sozialforschung und durch intensive Beschäftigung mit der Lebenslaufforschung.

Publikationen:

- Olk, Thomas (zus. m. H. Leppin) (1977): Jugend in der Massenarbeitslosigkeit - Aktivposten oder Restkategorie des Arbeitsmarktes. In: Projektgruppe Arbeitsmarktpolitik/ C. Offe (Hrsg.): Opfer des Arbeitsmarktes - zur Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit. Neuwied/Darmstadt, 227-265;
- Olk, Thomas (zus. m. R. Heinze u. K.Hinrichs u. W. Hohn) (1978): Arbeitsmarktpolitik in Schweden. Zum Verhältnis von aktiver Politik und strukturierter Arbeitslosigkeit. In: Soziale Welt 29/4, 457-478;
- Olk, Thomas (zus. m. R. Heinze u. K.Hinrichs u. W. Hohn) (1981): Armut und Arbeitsmarkt. Zum Zusammenhang von Klassenlagen und Verarmungsrisiken im Sozialstaat. In: KZfSS 3, 219-243;
- Olk, Thomas (zus. m. R. Heinze u. K.Hinrichs) (1982): Produktion und Regulierung defizitärer Soziallagen. Zur Situation von Behinderten und Leistungsgeminderten im Sozialstaat. In: Heinz, R.; Runde P. (Hrsg.): Lebensbedingungen Behinderter im Sozialstaat. Opladen, 79-112;
- Olk, Thomas (zus. m. R. Heinze u. K.Hinrichs u. W. Hohn) (1983): Armut - nur ein Restproblem des Sozialstaates? In: KZfSS 12/2, 157-168;
- Olk, Thomas (zus. m. R. Heinze u. K.Hinrichs) (1986): The Institutional Crisis of the German Welfare State. In: Oyen, E. (Hrsg.): Comparing Welfare States and Their Futures. London/New York, 64-79;
- Olk, Thomas (zus. m. R. Heinze u. J. Hilbert) (1988): Der neue Sozialstaat. Analyse und Reformperspektiven. Freiburg/Breisgau;

- Rentzsch, Doris (1982): Methodologische Grundlagen zur Analyse sozialer Lebensbedingungen im Sozialismus. Dissertationsschrift. Berlin;
- Rentzsch, Doris (zus. m. H. Großmann, S.Huth, S.Völkel) (1991): Armut und Sozialhilfe im Einigungsprozeß. Pilotstudie und Beitrag auf dem Soziologentag 1991 in Leipzig. Berlin (Manuskript);
- Rentzsch, Doris (zus. m. S. Völkel) (1991): Auswertung der empirischen Erhebung im Sozialamt Friedrichshain. Berlin (Manuskript);
- Rentzsch, Doris (zus. m. W. Hanesch u. U. Schubert) (1993): Bewältigungsmuster von Unterversorgungslagen bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen in den neuen Bundesländern. In: Hanesch, W. (Hrsg.) a.a. O., 151-169;
- Rentzsch, Doris (zus. m. U. Schubert) (1994): Versorgungslagen, Deutungs- und Bewältigungsmuster bei ausgewählten Armutsgruppen in den neuen Bundesländern: Ergebnisse einer qualitativen Erhebung. In: Hanesch, W. u.a., a.a.O., 274-394;

Vorarbeiten aus der ersten Projektphase

Die geplanten Arbeiten der zweiten Projektphase können sowohl auf den theoretisch-konzeptionellen als auch auf den empirischen Vorarbeiten der ersten Förderphase aufbauen. Diese Vorarbeiten betreffen sowohl die Entwicklung und Überprüfung erster Hypothesen zur Aufschichtung und Zusammensetzung der ostdeutschen Sozialhilfeklientel als auch zur subjektiven Verarbeitung der Sozialhilfebetroffenheit in Ostdeutschland. Im einzelnen handelt es sich um folgende theoretisch-konzeptionelle wie empirische Vorarbeiten (ausf. siehe Ergebnisbericht).

Zum quantitativen Teil der Untersuchung (Aktenanalyse):

1. Eine Ausgangsdatenbasis für die Analyse von fünf Kohorten ostdeutscher Sozialhilfeempfänger wurde erstellt. Auf ihrer Grundlage konnten repräsentative Stichproben für die Jahrgänge 1990 bis 1994 bestimmt und damit systematische Voraussetzungen für fünf retrospektive Längsschnittuntersuchungen geschaffen werden.

2. Es wurde eine erste Längsschnittdatenbasis zur Analyse ostdeutscher Sozialhilfeverläufe erstellt (Kohorten 1990 und 1991). Infolge methodischer Abstimmungen zwischen den Teilprojekten D3 und YE2 können mit diesen Daten sowohl zeitdynamische Analysen eines (fast) fünfjährigen ostdeutschen Sozialhilfeverlaufs als auch ein Vergleich zu westdeutschen Sozialhilfekarrieren vorgenommen werden.

3. Die Auswertung der Längsschnittdaten ermöglichte ersten Aufschluß und erste Informationen über die demographische, sozialstrukturelle und zeitdynamische (incl. der Ursachendynamik) Kohortenstruktur zweier ostdeutscher Sozialhilfejahrgänge (1990, 1991).

Die Ergebnisse weisen einerseits darauf hin, daß in den Armutskohorten einige soziale Gruppen deutlich überrepräsentiert sind (Alleinstehende, Alleinerziehende, Familien mit Kindern, Ledige und Geschiedene) und auch darauf, daß zwischen den zwei ostdeutschen Sozialhilfejahrgängen Strukturunterschiede bestehen, die Anhaltspunkte für eine spezifische Aufschichtung der Armutsbevölkerung in den neuen Bundesländern geben (deutlich häufigeres Auftreten von Langzeitarmut in der Kohorte 1990). Andererseits führt ein Vergleich der ost- (1991) und westdeutschen (1989) Kohorten sowohl zu einigen Übereinstimmungen als auch zu Unterschieden, die als ostdeutsche Besonderheiten weiter untersucht werden sollen. Eine wichtige gemeinsame Aussage besteht darin, daß in einem (fast) fünfjährigen Beobachtungszeitraum festzustellen ist, daß die (Netto-) Zeit in der Sozialhilfe für die Mehrheit der Antragsteller (Ost - 60,5%, West - 59,5%) nicht langandauernd (kürzer als ein Jahr) ist; Langzeitbezug (länger als drei Jahre) tritt bei 10,4% der Ostkohorte und bei 14,6% der Westkohorte auf, d.h. Langzeitarmut kommt sowohl in der Ost- als auch der Westkohorte relativ selten vor (und in der ostdeutschen Kohorte von 1991 bemerkenswerterweise sogar noch etwas seltener als im Westen).

Zur qualitativen Befragung:

In der ersten Projektphase wurde eine Stichprobe für die qualitativen Interviews gezogen und 76 problemzentrierte narrative Interviews durchgeführt. Es handelt sich hierbei zugleich um die erste Welle einer Panelbefragung, die in der zweiten Forschungsphase fortgesetzt werden soll. Erste Auswertungen der qualitativen Befragung deuten darauf hin, daß in Ostdeutschland verhältnismäßig weniger Befragte in der Sozialhilfe Lebensgestaltungswünsche realisieren und der Stellenwert der Berufsarbeit als vorrangiger Form der Existenzsicherung in Ostdeutschland weiterhin ungebrochen ist. Die Auswertung unter dem Gesichtspunkt der drei zentralen Forschungsfragen (1. Welchen Bezug nimmt Sozialhilfe in der individuellen Biographie Ostdeutscher ein? 2. Welche Formen des Umgangs mit der bis-lang unbekannten Institution Sozialamt lassen sich nachweisen? 3. Wie sehen die grundsätzlichen Erwartungen an die sozialstaatliche Hilfe und Lebenslaufbegleitung aus?) erbrachte vier Typen von normativen Orientierungsmustern; diese vorläufige Typologie der befragten Sozial-

hilfeempfängerInnen soll in der zweiten Forschungsphase weiterentwickelt, überprüft und gegebenenfalls modifiziert werden.

Publikationen:

- Mädje, Eva; Olk, Thomas (zus. m. L. Leisering) (1995): Lebensläufe zwischen Umbruch und Kontinuität: Armut im vereinten Deutschland. In: Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz u.a.. Zeit der Armut. Frankfurt am Main. 238-267;
- Mädje, Eva (zus. m. L. Leisering) (1995): Armut im vereinigten Deutschland - Umbruch und Kontinuität. In: Gesellschaften im Umbruch, Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt/New York, 903-915;
- Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1994): Zur Transformation von Armut in den neuen Bundesländern. In: Riedmüller, Barbara; Thomas Olk (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14. Opladen, 248-274;
- Olk, Thomas (zus. m. B. Riedmüller) (Hrsg.) (1994): Grenzen des Sozialversicherungsstaates oder grenzenloser Sozialversicherungsstaat? Eine Einführung. In: Riedmüller, Barbara; Olk, Thomas (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14. Opladen, 9-33;
- Olk, Thomas (1995): Zur Transformation intermediärer Organisationen. In: Endbericht über die erste Förderphase des DFG-Forschungsvorhabens. Halle;
- Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1996): Kommunale Armuts politik in Ostdeutschland – Armutslagen und Strategien ihrer Bekämpfung in ausgewählten Kommunen im Land Sachsen-Anhalt. In: Häußermann, Hartmut; Neef, Rainer (Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen, 219-247;
- Olk, Thomas (zus. m. A. Evers) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen (in Druck);

3.5 Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan

Die zweite Phase knüpft methodisch und theoretisch an die erste Phase an. Die Datenbasis und die theoretische Fragestellung werden in mehrfacher Hinsicht erweitert. Im Mittelpunkt stehen weiterhin Längsschnittanalysen von Armut und Sozialhilfe.

Entsprechend unserer Annahme hat sich in der ersten Projektphase bestätigt (ausf. siehe Ergebnisbericht), daß die Sozialhilfzugangskohorten 1990 und 1991 eine charakteristische Differenzierung aufweisen und bestimmte soziale Gruppen überproportional in ihnen vertreten sind. Es sind auch einige Kohortenunterschiede zwischen 1990 und 1991 festzustellen, die für die spezifische Fragestellung der Aufschichtung der Armutspopulation in den neuen Bundesländern erste

Anhaltspunkte geben. So haben z.B. die Berechnungen zur Verweildauer ergeben, daß in der Kohorte 1990 mehr als doppelt so viele Langzeitbezieher (länger als 3 Jahre) anzutreffen waren, als in der Kohorte 1991 (1990- 21,6% der Antragsteller, 1991 - 10,4%). Es ist anzunehmen, daß hier eine Spezifik der Zugangskohorte 1990 vorliegt und spätere Zugangskohorten (1992, 1993, 1994) hinsichtlich des Anteils der Langzeitbezieher wieder stärker der Kohorte 1991 ähneln werden. Eine Erklärung für den Befund für 1990 könnte sein, daß die Sozialhilfeantragsteller des Zugangs 1990 sich zu einem relevanten Teil aus der "offiziellen" und "inoffiziellen" Armuts Klientel der DDR rekrutierten. Neben dem Zugang eines Großteils der Sozialfürsorge Klientel der DDR fand 1990 - und damit mit Einführung der Sozialhilfe - vermutlich auch ein spezifischer Zugang anderer, stark armutsgefährdeter Gruppen/Personen statt, die ein relativ hohes Risiko für Langzeitbezug auszeichnete (zur weiteren Klärung kann die detaillierte Auswertung der Längsschnittdaten beitragen, die im Teilprojekt geplant ist).

Im Hinblick auf die Aufschichtung der Armutsbevölkerung durch die nachfolgenden Kohorten lautet unsere Hypothese, daß weitere zeittypische Einwirkungen auf die Kohortenstrukturen Einfluß genommen haben. Die im Zuge des Systemumbruchs aufgetretene Aktualisierung von Einkommens- und Versorgungsproblemen durch anwachsende und andauernde Arbeitslosigkeit hat - so unsere Vermutung - einige Bevölkerungsgruppen stärker oder zeitiger betroffen als andere. Als Beispiel ist hier aus den Zugangskohorten 1990 und 1991 der relativ hohe Anteil alleinerziehender Frauen und Familien mit Kindern zu nennen, die als AntragstellerInnen von Sozialhilfe gleichzeitig für einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern in der Sozialhilfe gesorgt haben. Zu untersuchen ist, mit welchem Gewicht diese sozialen Gruppen in nachfolgenden Zugangskohorten vertreten sind bzw. auch, welche andere Gruppen die folgenden Jahrgänge - anstelle der Alleinerziehenden u.a. - als überproportional häufig auf Sozialhilfe angewiesen ausweisen und welche Spezifik die nachfolgenden Zugangskohorten besitzen. In Frage steht dabei gleichzeitig, ob und welche Ursachenkonstellationen sich für den Beginn oder die Beendigung einer Sozialhilfeabhängigkeit ändern und inwieweit sich Zeitstruktur und Kontinuität/Diskontinuität des Verlaufs modifizieren.

Die Analyse der Formierung und Differenzierung einer Armutsbevölkerung in den neuen Bundesländern - die in der ersten Forschungsphase mit Bezug auf die Zugangskohorten 1990 und 1991 begonnen wurde - wird in der zweiten Phase

durch Auswertung der Zugangskohorten 1992, 1993 und 1994 erweitert und fortgesetzt.

Anhand der zweiten Welle des qualitativen Panels wird analysiert, wie sich die BürgerInnen der DDR von "VersorgungsstaatsbürgerInnen" zu "SozialstaatsbürgerInnen" wandeln (können). Analysiert wird weiterhin die Bewältigung (Coping) von Armut und Sozialhilfebezug. In Erweiterung der ersten Forschungsphase wird in der zweiten Forschungsphase erstens die Frage in den Mittelpunkt gerückt, ob sich mit zunehmender Dauer des Sozialhilfebezugs individuelle Orientierungen und Bewältigungsstrategien verändern. Zweitens wird analysiert, inwieweit die Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug gebunden bleibt an prioritäre Erwartungen an eine sozialstaatliche Lebenslaufpolitik, die aus Zeiten der DDR fortleben.

3.5.1 Forschungsziele

*Ziel 1: Formierung und Aufschichtung einer Armutsbevölkerung -
quantitative Analyse neuer Zugangskohorten*

Mittels einer repräsentativen Aktenanalyse für die SozialhilfeempfängerInnen des Sozialamtes Halle war in der ersten Projektphase zu begründen, welche Bevölkerungsgruppen in Ostdeutschland relativ häufig, kurz- mittel- oder langfristig von Sozialhilfe leben und durch welche Ursachen Sozialhilfeverläufe ausgelöst und beendet werden können.

Da bislang keine Informationen zur Aktenlage vorhanden waren, gehörte es zu den Aufgaben in der ersten Forschungsphase, die Aktenbestände im Sozialamt Halle zu sichten und die Grundgesamtheit zu ermitteln. Vom 1.7.1990 bis zum 31.12.1994 wurden in Halle/Saale für 21 018 AntragstellerInnen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt und Akten angelegt. Damit lag die Anzahl der Akten gut doppelt so hoch wie erwartet.

Bei der Auswahl und Konstruktion der Stichprobe stand der Vergleich mit den Daten im Teilprojekt D3 im Mittelpunkt. Um eine Vergleichbarkeit mit der Bremer Sozialamtsaktenanalyse zu ermöglichen, mußte die Aktenanalyse in Halle von möglichst gleichen Forschungsbedingungen wie in D3 ausgehen. Aus diesem

Grund wurde in der ersten Phase in YE2 eine 10%- Zufallsstichprobe der Akten des Jahrganges 1991 gezogen und ausgewertet.

Die Zugangskohorte 1991 ist für einen Projektvergleich zwischen YE2 und D3 am besten geeignet, da gesetzliche Grundlagen der Sozialhilfe in Ost und West zu diesem Zeitpunkt erstmals weitgehend angeglichen waren. Mit dieser Zugangskohorte und dem Stichmonat der Erhebung 9/1995 wurde in der ersten Projektphase ein maximal mögliches retrospektives Beobachtungsfenster von 58 Monaten geöffnet. Anhand dieses Analysezeitraums wird ein Vergleich zwischen der Zugangskohorte 1991 in Halle und der Zugangskohorte 1989 in Bremen möglich, der sich maximal auf ein gleichlanges Beobachtungsfenster von unter fünf Jahren bezieht. Durch die Entscheidung für eine 10%- Stichprobe war die Analyse von 652 Akten erforderlich.

Neben der Zugangskohorte 1991 wurde eine 10%- Stichprobe der Zugangskohorte 1990 erhoben und ausgewertet (168 Akten). Mit dieser Entscheidung wurde -- neben dem Vergleich mit den Bremer Daten -- der (unmittelbare) Wechsel der sozialpolitischen Regimes von der DDR in die Bundesrepublik Deutschland in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt.

In der zweiten Förderphase soll das Problem der Aufschichtung verschiedener Zugangskohorten im Mittelpunkt der Analyse stehen. Zu diesem Zweck werden für die Zugangskohorten 1992, 1993 und 1994 Stichproben gezogen, wobei aus Kapazitätsgründen 5%-Stichproben gewählt werden (insgesamt etwas weniger als 700 Akten). Die für die Bundesrepublik (bzw. die neuen Bundesländer) einmalige Möglichkeit, eine grundlegende sozialpolitische Institution und ihre KlientInnen von Beginn an zu verfolgen ("ever-begun-sample"), wird für die zweite Forschungsphase genutzt. Für diese Auswertung kann auf die Grundgesamtheit zurückgegriffen werden, die in der ersten Forschungsphase ermittelt wurde.

Grundlage für die Auswertung bleiben der Erhebungsbogen und der Dateneingabebogen, die in der ersten Forschungsphase in enger Abstimmung mit dem Teilprojekt D3 entwickelt wurden.

Ziel 2: Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug im fortschreitenden Einigungsprozeß: qualitatives Panel

In der ersten Phase wurde analysiert, welche Rolle dem Bezug von Sozialhilfe im individuellen Lebensverlauf zukommt und wie er verarbeitet und bewältigt wird. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob und wie die EmpfängerInnen diese institutionelle Hilfe als biographische Ressource nutzen (können). Hinsichtlich der Frage,

wie sich die EinwohnerInnen der neuen Bundesländer von "VersorgungsstaatsbürgerInnen" der DDR zu "SozialstaatsbürgerInnen" der Bundesrepublik Deutschland, wurden die Daten dahingehend ausgewertet, wie sie diese Form der Grundsicherung bewerten und wie sie sich in die damit einhergehenden institutionellen Regelungen einfinden.

In der zweiten Forschungsphase wird erneut die institutionentheoretische Frage aufgenommen, wie sich die Individuen von "VersorgungsstaatsbürgerInnen" der DDR zu "SozialstaatsbürgerInnen" der Bundesrepublik Deutschland transformieren.

Die ausgeprägte Orientierung der Menschen in den neuen Bundesländern auf Erwerbsarbeit ist vielfach belegt und gilt nahezu als unbestritten. Zum jetzigen Zeitpunkt scheint es angesichts des Standes der Forschung überzogen, von einer Ausdifferenzierung der Erwerbsorientierungen nach westdeutschem Muster zu sprechen, auch wenn Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen festgestellt werden können. Diese Befunde stimmen grundsätzlich mit den vorliegenden Forschungsergebnissen aus der ersten Phase überein. Die meisten Befragten eint der Wunsch, daß sich der Bezug von Sozialhilfe zeitlich begrenzen läßt und lediglich übergangsweise erforderlich sein wird. Zugleich hegen die meisten Befragten die Erwartung, daß der Bezug von Sozialhilfe durch eine Phase der Ausbildung oder Erwerbsarbeit abgelöst wird – auch die Befragten, deren Vorstellungen es zur Zeit der Befragung entsprach, nicht erwerbstätig zu sein. In dieser Hinsicht zeigen sich Parallelen zu den Untersuchungsergebnissen des Teilprojekts D3.

Unter sozialpolitischen Gesichtspunkten von besonderem Belang ist darüber hinaus, daß die Daten darauf hinweisen, daß der Sozialstaat den Befragten als Adressat für Unterstützung und Hilfe gilt und dieses Anliegen zudem einen besonderen Inhalt hat. So erwarten sie nicht lediglich Einkommensgarantien und Unterstützung in Not und Mängellagen – eine Erwartung, die der bundesrepublikanische Sozialstaat erfüllen kann, auch wenn die Höhe der Hilfe bescheiden ausfallen mag. Ihre Erwartungen zielen vielmehr in Richtung staatlicher Lebenslaufgarantien, konkret in Richtung staatlicher Maßnahmen, die einen erwerbszentrierten Lebenslauf garantieren helfen. Diese Erwartung kann der bundesrepublikanische Sozialstaat allerdings grundsätzlich nicht befriedigen, denn ein "Recht auf Arbeit" scheint wenig kompatibel mit einer marktwirtschaftlich verfaßten, liberalen Ordnung zu sein.

Im Teilprojekt wird untersucht, inwieweit sich die Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug über Zeit – mit zunehmender Dauer – verändert. Es wird untersucht, inwieweit Diskrepanzen zwischen dieser Form institutioneller Grundsicherungspolitik und den individuellen Orientierungen und Handlungsstrategien von SozialhilfeempfängerInnen in den neuen Bundesländern bestehen bleiben, sich verstärken oder abnehmen. Besonderes Augenmerk gilt der Frage, inwieweit Erwartungen an staatliche (erwerbszentrierte) Lebenslaufpolitik aus Zeiten der DDR fortleben, die die Bewältigung des Sozialhilfebezugs maßgeblich beeinflussen und den Kontakt zum Sozialamt prägen.

Ziel 3: Ost-West-Vergleich

Der Ost-West-Vergleich konnte in der ersten Phase aufzeigen, daß die Sozialhilfeklientel in den neuen Bundesländern - neben einigen sehr ähnlichen Befunden zur Sozialhilfedauer - in wesentlichen Merkmalen zu den alten Bundesländern Unterschiede aufweist, die vermuten lassen, daß mit einer schnellen Angleichung prinzipiell nicht zu rechnen ist.

Einsichtig sind vor allem sozialstrukturelle Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern (Demographie), die sich auf Formen und Ausmaß sozialer Ungleichheit auswirken (ausf. Ergebnisbericht). Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß die finanzielle Angleichung im Sozialhilfereich am weitesten fortgeschritten ist, d.h. Einkommensarmut in den neuen Bundesländern im Zuge der "Angleichung" der Lebensverhältnisse dem westdeutschen Niveau bereits (fast) angepaßt wurde.

Jenseits von Umfang und Zusammensetzung der Armutsbevölkerung zeichnen sich in einer vergleichenden Perspektive aber Unterschiede zwischen Ost und West in der individuellen Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug ab. Für die Befragten im Osten bleibt Berufsarbeit die vorrangige Form der Existenzsicherung und sie verwirklichen seltener Lebensgestaltungswünsche mit Hilfe der Sozialhilfe als KlientInnen im Westen. Dennoch fühlen sie sich seltener als KlientInnen im Westen durch den Bezug von Sozialhilfe stigmatisiert – sie externalisieren die Ursachen für den Bezug von Sozialhilfe und wissen sich mit dieser Einschätzung mit ihrem sozialen Umfeld in Übereinstimmung.

Bei der Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug fallen insbesondere aber die Erwartungen an den bundesrepublikanischen Sozialstaat auf, die sich in den

Interviews in Ostdeutschland andeuten und diesem die Aufgabe zuweisen, für eine kontinuierliche erwerbszentrierte berufliche Biographie zu bürgen (ausf. siehe Ergebnisbericht). Diese Erwartungen knüpfen augenscheinlich an Orientierungen an, die aus DDR-Zeiten fortleben und an das dortige sozialpolitische Lebenslaufregime anknüpfen.

In beschränktem Umfang bot die Regulierung der Transformation diesen Erwartungen einen sozialpolitischen Rahmen. Streng genommen sind die institutionellen Rahmenbedingungen in den alten und neuen Bundesländern nicht von Anfang an in dem Maße angeglichen worden, wie es der Begriff der "Inkorporation" nahelegen würde. So war die bundesrepublikanische Sozialpolitik beispielsweise zu Beginn der Vereinigung erkennbar bemüht, für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern berufliche Kontinuität zu sichern. Es wurde in einem Umfang in aktive Arbeitsmarktpolitik investiert, die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist. Auch die Sockelung sozialer Sicherungssysteme – durch Sozialzuschläge – wäre in dieser Form in der alten Bundesrepublik nicht durchsetzbar gewesen und sollte explizit den Bezug von Sozialhilfe vermeiden helfen. Risikolagen wurden entscheidend modifiziert – und: Der bundesrepublikanische Sozialstaat bürgte bisher noch in erheblichem Umfang für biographische Kontinuität im Beruf (vgl. Mädje/Olk/Leisering 1995).

In der zweiten Phase des Forschungsprojekts werden diese Befunde aufgegriffen: Es stellt sich die Frage, ob sozialstrukturell, hinsichtlich subjektiver Orientierungen und Handlungsstrategien sowie hinsichtlich der sozialpolitischen Regulierung von Lebensläufen – und der darauf gerichteten Erwartungen – bedeutende Unterschiede zwischen Ost und West bestehen bleiben.

3.5.2 Methoden

Quantitative Erhebung (Aktenanalyse)

Die Aufschichtung der Zugangskohorten zur Sozialhilfe in Halle/Saale, d.h. die Art und Weise der Aufeinanderfolge und Überlagerung der nach Jahresabschnitten zugegangenen und über eine Längsschnitterfassung analysierbare Sozialhilfeklientel, wird mit Erweiterung der Datenbasis um drei Jahre - 1992, 1993 und 1994 - für sämtliche fünf Zugangskohorten nach Einführung der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern rekonstruiert.

In der ersten Forschungsphase wurde die Grundgesamtheit aller Aktenfälle ermittelt, die in den Jahren 1990-1994 einen Antrag auf Sozialhilfe stellten und bewilligt bekamen. Der mit dieser Aufgabe verbundene hohe Erhebungsaufwand war erforderlich, weil zu Forschungsbeginn im Sozialamt Halle keine verlässlichen Angaben über den Aktenumfang und seine Proportionierung nach den Arten der Sozialhilfe - laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und/oder Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) - existierten. Darüberhinaus war davon auszugehen, daß bei einem Teil der KlientInnen im Falle eines neuen Antrages nach Beendigung einer Sozialhilfeeisode bzw. bei Beantragung einer weiteren Art von Sozialhilfe im Sozialamt eine weitere/neue Akte angelegt worden war, anstatt die alte Akte fortzuführen. Da auf diese Weise für einen Antragsteller mehrere Akten (mit verschiedenen Aktenzeichen) vorliegen konnten, war ein "aufgeblähter" Aktenbestand zu registrieren und entsprechend zu reduzieren.

Die Totalerhebung aller vorhandenen Akten erfolgte anhand einer begrenzten Zahl unverwechselbarer Merkmale. Alle zu einer Person gehörenden Akten wurden mit Hilfe der EDV theoretisch zu einer Akte zusammengeführt. In der letztlich ermittelten Grundgesamtheit entspricht die Anzahl der Akten der Anzahl aller Antragsteller (Empfänger) von Sozialhilfe im Zeitraum vom 7/1990 bis 12/1994. Die Grundgesamtheit konnte auf diesem Wege in Zugangskohorten geschieden werden. In der ersten Forschungsphase wurde eine Stichprobe von 10% der Zugangskohorten 1990 und 1991 und damit insgesamt 820 Aktenfälle ausgewertet (1990 - 168, 1991 - 652 Fälle). In der zweiten Forschungsphase werden für die Zugangskohorten 1992, 1993 und 1994 aus Kapazitätsgründen Stichproben von 5% erhoben und ausgewertet. Diese Stichproben werden insgesamt etwas weniger als 700 Aktenfälle umfassen (1992 - 276, 1993 - 187, 1994 - 179 Fälle).

Auf der vorhandenen Basis können mit der geplanten Erhebung repräsentative Aussagen über alle Sozialhilfeszugänge in Halle getroffen werden, die seit Einführung der Sozialhilfe und bis einschließlich 1994 einen Antrag auf Sozialhilfeunterstützung stellten.

Wie in der ersten Phase des Projekts soll nun für nachfolgende Kohorten festgestellt werden, welche Personengruppen von Sozialhilfe leben bzw. im Untersuchungszeitraum gelebt haben und von welcher Dauer die Sozialhilfeunterstützung für sie war. Es sollen Anhaltspunkte über die Hauptursachen der

Hilfegewährung, also die Gründe für den Weg in die Sozialhilfe, die Ursachen für das Ende des Bezuges, die sozialstrukturellen Besonderheiten der Sozialhilfeklientel sowie weitere Erkenntnisse zu zeitdynamischen Aspekten des Bezuges gewonnen werden.

Die Erhebung erfolgt mit Hilfe des Erhebungsbogens, der in der ersten Phase in enger Kooperation mit dem Teilprojekt D3 entwickelt wurde und einen maximalen Vergleich der Daten der beiden Teilprojekte ermöglicht. Zudem ermöglicht dieses Vorgehen einen maximalen Vergleich innerhalb der verschiedenen Zugangskohorten in YE2. Allerdings kann sich ein Gesamtvergleich von Dauer und Kontinuität des Sozialhilfebezugs zwischen den fünf Hallenser Zugangskohorten letztlich nur auf einen relativ eingeschränkten Analysezeitraum beziehen: Der gemeinsamen Analyse ist lediglich solch ein gemeinsames Beobachtungsfenster zugänglich, das für alle Kohorten gleichermaßen gelten kann (aus diesem Grunde ist geplant, den Erhebungszeitpunkt für die Zugangskohorte 1994 möglichst spät, d.h. erst Anfang 1998 zu legen).

Die Auswertung basiert zunächst auf Methoden der uni- und bivariaten Statistik, die mit Hilfe von SPSS angewendet werden. Im weiteren Verlauf der Auswertung sollen die Längsschnittinformationen der ereignisorientierten Datenstrukturen voll genutzt und die allgemein anerkannten Methoden und Verfahren der Ereignisanalyse (Blossfeld/Rohwer 1995, Rohwer/Voges/Buhr 1992) angewendet werden. Vorgesehen sind hierzu sowohl Beratung und Kooperation mit D3 als auch dem Bereich Methoden, Statistik und EDV.

Qualitative Befragung (problemzentrierte, narrative Interviews)

In der zweiten Forschungsphase soll das Panel fortgesetzt werden, dessen erste Welle in der ersten Forschungsphase erhoben und ausgewertet wurde. Durch die Panelpflege sollen gute Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß ein weiteres Verfolgen des Lebensverlaufes von SozialhilfeempfängerInnen möglich wird. Alle vom Teilprojekt interviewten Personen haben ihre Bereitschaft erklärt, an einer Wiederholungsbefragung teilzunehmen, so daß der Zugang zu den Befragten sichergestellt ist.

Die Erhebung und Auswertung der Daten lehnt sich an Verfahren der ersten Phase an, die in enger Kooperation mit dem Teilprojekt D3 entwickelt wurden. Dabei ist

beabsichtigt, den Begriff "Bewältigungshandeln" bzw. "coping" in intensiver Zusammenarbeit mit dem Bremer Kooperationsprojekt weiter zu entwickeln und für die Armutsforschung theoretisch und empirisch nutzbar zu machen (vgl. Fortsetzungsantrag Teilprojekt D3, Forschungsziel 2). Auf diese Weise wird auf einen weiteren Vergleich der Daten von YE2 und D3 hingeführt. Verfahren des narrativ-problemzentrierten Interviews (vgl. hierzu Merton/Kendall 1979, Witzel 1985, Lamnek 1989) dienen als allgemeine methodische Orientierung.

Die zweite Welle des Panels, d.h. die erneute Befragung derselben Personen zueinem späteren Zeitpunkt kann prozeßbegleitend verfolgen, ob und inwieweit sich die individuelle Bewältigung von Armut und Sozialhilfebezug über Zeit verändert. Sie scheint besonders geeignet, zu verfolgen, inwieweit sich individuelle Orientierungen und Handlungsstrategien mit Fortschreiten der Vereinigung an die institutionellen Rahmenbedingungen, hier sozialstaatliche Grundsicherungspolitik, "anpassen" oder ob Handlungsstrategien fortbestehen, die sich in der DDR ausgebildet haben und die Einfluß auf die Bewältigung des Sozialhilfebezugs nehmen.

3.5.3 Arbeits- und Zeitplan

	1997	1997	1997	1997	1998	1998	1998	1998
Ziel 1 Quantitative Analyse	Erhebung (n=276) Aufbereitung der Daten	Auswertung der Daten Publikationen	Auswertung der Daten Publikationen	Erhebung (n=187) Aufbereitung der Daten	Erhebung (n=179) Aufbereitung der Daten	Auswertung der Daten Publikationen	Auswertung der Daten Publikationen	Auswertung der Daten Publikationen
Ziel 2 Qualitative Analyse	Vorbereitung (Feldzugang, Leitfaden)	Erhebung (n=76)	Fallanalysen	Fallanalysen Fallvergleich	Fallvergleich Publikationen	Fallvergleich Publikationen	Fallvergleich Publikationen	Fallvergleich Publikationen
Ziel 3 Ost-West-Vergleich	Workshop Vorbereitung	Workshop	Workshop	Workshop Vergleich Publikationen	Workshop Vergleich Publikationen	Workshop Vergleich Publikationen	Workshop Vergleich Publikationen	Workshop Evaluation

3.6 Stellung innerhalb des Sfb-Forschungsprogramms

Das Forschungsdesign des Teilprojekts bleibt weiterhin auf eine enge Kooperation mit dem Teilprojekt D3 zugeschnitten. Die methodisch-analytische Kooperation führt auf einen Vergleich der jeweiligen Ergebnisse hin. Um das Vorgehen methodisch und theoretisch aufeinander abzustimmen, werden vierteljährlich gemeinsame Workshops durchgeführt.

Mit dem Bereich Methoden, Statistik und EDV des Sfb soll eine Kooperation auf dem Gebiet der Anwendung ereignisanalytischer Methoden, Modelle und Verfahren erfolgen, um zu einer profunden Auswertung der erhobenen umfangreichen Daten zu gelangen .

Das Teilprojekt leistet vor allen Dingen Beiträge zu der Frage, welche Effekte institutioneller Wandel auf Risikolagen im Lebensverlauf, hier Armut, nimmt. Desweiteren leistet es Beiträge zu der Frage, welche Konsequenzen verschiedene Formen sozialstaatlicher Steuerung auf Lebenslagen und Lebensverläufe nehmen, insbesondere, welchen Einfluß das jeweilige (sozialstaatliche) Lebenslaufregime auf individuelle Orientierungen und Handlungsstrategien nimmt.

3.72 Aufgliederung und Begründung der Sächlichen Verwaltungsausgaben

	1997	1998	1999
Für Sächliche Verwaltungsausgaben - stehen als <u>Grundausstattung</u> voraussichtlich zur Verfügung	DM 2.000	DM 2.000	-
- werden als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragt (es entspricht den Summen "Sächliche Verwaltungsausgaben" in Übersicht 3.7)	DM 33.900	DM 14.700	-

Grundausstattung

Die Universität Halle stellt eine ausreichende Anzahl von Räumen und Verbrauchsmitteln zur Verfügung.

Ergänzungsausstattung

Bücher (512)

An der Universität Halle steht dem Projekt weder die einschlägige Fachliteratur zur Verfügung noch kann die Universität dem Projekt Mittel für die Anschaffung für Bücher bereitstellen.

1997: DM 2000,-- 1998: DM 2000,--

Verbrauchsmittel (522)

Die Mittel werden für Büro- und Schreibmaterial verwendet sowie für die Verbrauchskosten, die im Zusammenhang mit der Erhebung entstehen. Zusätzliche Kosten fallen insbesondere im Rahmen der qualitativen Erhebung für Tonbandkassetten und für PC-Zubehör (Druckpatronen, Disketten u.ä.) an. Da diese Positionen 1998 in geringerem Umfang benötigt werden, senkt sich der Etat in diesem Haushaltsjahr.

1997: DM 5000,-- 1998: DM 2500,--

Reisekosten (527)

Pro Jahr sollen vier Workshops mit dem Kooperationsprojekt D3 zur methodischen und inhaltlichen Abstimmung der beiden parallel durchgeführten Befragungen stattfinden. Jeder zweite Workshop findet in Bremen statt. Zu Beginn der

Forschung (1997) wird ein großer Workshop in Bremen stattfinden, an dem zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen aus Halle sowie der Projektleiter teilnehmen. Weiter wird 1997 ein kleiner und werden 1998 zwei kleine Workshops in Bremen stattfinden, an denen zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen teilnehmen. Außerdem ist die Teilnahme an zwei projektübergreifenden Workshops geplant (drei Personen à 2 Tage).

Die Kosten für einen zweitägigen Workshop betragen pro Person DM 400,-- (dav. DM 200,-- Fahrt, DM 200,-- Unterkunft/Tagegeld), für einen dreitägigen Workshop entsprechend DM 500,-.

1997: DM 3500,-- 1998: DM 2800,--

1997 werden 76 Interviews im Rahmen des qualitativen Panels durchgeführt, davon die meisten im Stadtgebiet von Halle. Es ist damit zu rechnen, daß etwa 10% der InterviewpartnerInnen zwischenzeitlich verzogen sind. Für die Dienstgänge in Halle werden DM 300,-- benötigt. Für die Fahrten in andere Städte werden pro Interview DM 200,-- (insgesamt DM 1600,--) beantragt.

1997: DM 1900,--

Das Projekt wird auf zwei Kongressen der DGS vortragen (2 Personen à 4 Tage) sowie auf einer Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der DGS (2 Personen à 2 Tage). Die Kosten für einen viertägigen Kongreß betragen pro Person DM 600,-

1997: DM 2000,-- 1998: DM 1200,--

Druck (531a)

Für 1998 ist die Veröffentlichung von Projektergebnissen in Buchform geplant. Für dessen Druck wird ein Zuschuß beantragt.

1998: DM 5000,--

Vervielfältigungskosten (531b)

Die hier ausgewiesenen Kosten fallen hauptsächlich im Rahmen der qualitativen Erhebung und Auswertung an. Transkriptionen und einzelne Analyseschritte werden, schriftlich niedergelegt, allen MitarbeiterInnen zugänglich gemacht. Darüber hinaus fallen Vervielfältigungskosten für die Erhebungsbögen und Dateneingabebögen im Rahmen der Aktenanalyse an. Zudem werden kontinuierlich Arbeitspapiere des Projekts erstellt.

1997: DM 1500,-- 1998: DM 1200,--

Sonstiges (547)

Werkverträge

Die bisherigen Erfahrungen im Teilprojekt haben gezeigt, daß es angesichts der gewählten Methode für die Auswertung nicht sinnvoll ist, auf eine Transkription der Materialien zu verzichten. Das Sekretariat ist zeitlich damit überfordert, alle im Projekt anfallenden Transkriptionsarbeiten zu übernehmen, zumal Transkriptionen nur in einem begrenzten Zeitraum und dann umfänglich anfallen.

1997: DM 10.000,-- (ca. 3000 Seiten)

Für die Erhebung und PC-Eingabe (insgesamt ca. 1500 Datensätze) der Daten im Rahmen der Sozialamtsaktenanalyse sind bisherigen Erfahrungen gemäß zusätzlich Werkverträge (zum Tarif studentischer Hilfskräfte) einzuplanen.

1997: DM 4 200, --

Aufwandsentschädigung für Interviews

Die Durchführung des Projekts hängt davon ab, ob es gelingt, Personen für Interviews zu gewinnen. Da es sich beim Bezug von Sozialhilfe um einen besonders sensiblen Bereich handelt, SozialhilfeempfängerInnen eine besonders benachteiligte Gruppe darstellen und die Interviews oft sehr lange dauern, ist eine Aufwandsentschädigung angebracht. Wie bisherige Erfahrungen zeigen, sind DM 50,-- pro Interview angemessen.

1997: DM 3800,--

3.8.1 Publikationen der ProjektmitarbeiterInnen

Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1994): Zur Transformation von Armut in den neuen Bundesländern. In: Riedmüller, Barbara; Thomas Olk (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14. Opladen, 248-274

Riedmüller, Barbara; Olk, Thomas (Hrsg.) (1994): Grenzen des Sozialversicherungsstaates oder grenzenloser Sozialversicherungsstaat? Eine Einführung. In: Riedmüller, Barbara; Thomas Olk (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14. Opladen, 9-33

Olk, Thomas (1995): Zur Transformation intermediärer Organisationen. In: Endbericht über die erste Förderphase des DFG-Forschungsvorhabens. Halle

Mädje, Eva; Olk, Thomas; Leisering, Lutz (1995): Lebensläufe zwischen Umbruch und Kontinuität: Armut im vereinten Deutschland. In: Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz u.a.. Zeit der Armut. Frankfurt am Main. 238-267

- Leisering, Lutz; Mädje, Eva (1995): Armut im vereinigten Deutschland - Um-ruch und Kontinuität. In: Gesellschaften im Umbruch, Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt/New York, 903-915
- Olk, Thomas; Rentzsch, Doris (1996): Kommunale Armuts politik in Ostdeutsch-land – Armuts lagen und Strategien ihrer Bekämpfung in ausgewählten Kommunen im Land Sachsen-Anhalt. In: Häußermann, Hartmut; Neef, Rainer (Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen, 219-247
- Olk, Thomas; Evers, Adalbert (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen (in Druck)

3.8.2 Publikationen anderer AutorInnen

- Beck, Ullrich (1990): Ein Deutschland der Ungleichzeitigkeiten. In: die tageszei- tung, 24.12.1990, Ausgabe Ostdeutschland
- Berger, Peter A.; Sopp, Peter (Hrsg.) (1995): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen
- Drauschke, Petra; Mädje, Eva; Neusüß, Claudia; Stolzenburg, Margit (1993): Alleinerziehende in Brandenburg. unv. Bericht. Berlin
- Ettrich, Frank (1993): "Modernisierung ohne Entwicklung" – Transformation als "Überlagerung"? In: BISS public Heft 11
- Gensicke, Thomas (1995): Die Stimmung ist besser als die Lage – Stimmungs- und Wertewandel in den neuen Bundesländern. In: Glatzer, Wolfgang; Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Getrennt vereint - Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Frankfurt/M./New York
- Großmann, Heidrun; Huth, Sabine (1993): Wandel sozialer Ungleichheit: subjektive Erfahrungen ostdeutscher Alleinerziehender in der Sozialhilfe- situation. In: Hanesch, Walter. (Hrsg.), a.a.O. 137-150
- Hanesch, Walter (Hrsg.) (1993): Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Graue Reihe/60 der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf
- Hanesch, Walter u.a. (1994): Armut in Deutschland. Hamburg
- Hradil, Stefan (1992): Die "objektive" und "subjektive" Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-30
- Joas, Hans; Kohli, Martin (1993): Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen. In: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/M.
- Kreckel, Reinhard. (1993): Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Geißler, Rainer (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen.

- Koch, Thomas (1992): Chancen und Risiken von Modellen einer "getrennten" Entwicklung der beiden Gesellschaften in Deutschland. Königsweg oder Sackgasse für das Gewinnen der inneren Einheit? In: BISS public Heft 9
- Krause, Peter (1994). Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapier Nr. 88. Berlin
- Lamnek, Siegfried (1989): Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken. München
- Lutz, Burkart (1995): Systemtransformation und "Lebensarrangements" – Chancendifferenzierung in Ostdeutschland. Festvortrag auf dem Symposium "Lebenslaufpolitik – Institutionen und Statusmanagement des Sonderforschungsbereichs 186 der Universität Bremen. Bremen
- Manz, Günter (1991): Armut in der "DDR"-Bevölkerung, Lebensstandard und Konsumtionsniveau nach der Wende. Augsburg
- Merton, R.K; Kendall P.L. (1979): Das fokussierte Interview. In: Hopf, Christel; Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart
- Mutz, Gerd (1995): Erwerbsbiographische Diskontinuitäten in West- und Ostdeutschland. Eine Systematisierung ungleichheitsrelevanter Deutungsmuster. In: Berger, Peter A.; Sopp, Peter (Hrsg.): a.a.O., 205-233
- Müller, Klaus (1991): Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften. In: Leviathan Heft 2
- Rohwer, Götz; Voges, Wolfgang; Buhr, Petra (1992): Verlaufsanalysen in der Sozialhilfeforschung. Eine Einführung in das Programm shd. Arbeitspapier 14 des Sfb. Bremen
- Schwitzer, Klaus-Peter (1995): Ungleichheit und Angleichung von Lebensverhältnissen im vereinten Deutschland am Beispiel älterer Menschen. In: Glatzer, Wolfgang; Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.): Getrennt vereint - Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Frankfurt/M./New York
- Witzel, A. (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt/M./New York
- Woderich, Rudolf (1992): Wider das Gleichheitsgebot, Perspektivenwechsel im Systemvergleich? In: BISS public Heft 9
- Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994. Berlin.

Teilprojekt Z

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt Z

3.11 Teilprojekt Z:

Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV

3.13 Leiter der zentralen Geschäftsstelle:

Der Sprecher des Sfb in Zusammenarbeit mit Werner Dressel
(Geschäftsführer)

Sonderforschungsbereich 186

FVG-West, Wiener Straße

Universität Bremen

28334 Bremen

Tel. 0421/218-4144 und 218-4150

Leiter des Bereichs Methoden und EDV:

Prof. Dr. Karl F. Schumann

3.14 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes:

Die zentrale Geschäftsstelle wird gefördert seit 1. 7. 1988, der Methodenbereich wird seit dem 1.7.1991 gefördert

Haushalts- jahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 1993	1.290.500	309.950	-	1.600.450
1994	378.800	94.500	-	473.300
1995	386.000	121.500	-	507.400
1996	404.400	86.600	-	491.000
Zwischen- summe	2.459.700	612.450	-	3.072.150
1997	417.000	51.900	-	468.900
1998	417.000	104.500	-	521.500
1999	417.000	114.900	-	531.900

Inhaltsverzeichnis

- 3.2 Zusammenfassung
- 3.3 Das Konzept "forschungsbegleitender Methodenentwicklung"
- 3.4 Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung
 - 3.4.1 Das methodologische Programm des Sfb: Integration von strukturanalytischer und akteursorientierter Perspektive
 - 3.4.2 Stand der Arbeiten
- 3.5 Ziele, Arbeitsprogramm und Zeitplan
 - 3.5.1 Ziele der Methodenentwicklung
 - 3.5.1.1 Deskription von Verlaufstypen und Ereignissequenzen anhand qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten
 - 3.5.1.2 Modellierung handlungsintentionaler und strukturkausaler Zusammenhänge mit qualitativen und quantitativen Längsschnittdaten
 - 3.5.1.3 Bilanz der qualitativen Methodenentwicklung am Sfb 186
 - 3.5.2 Archivierung der Sfb-Daten
 - 3.5.3.1 Entwicklung eines Datenbankkonzeptes
 - 3.5.3.2 Umsetzung wissenschaftlicher Auswertungsanforderungen
 - 3.5.3.3 Belange des Datenschutzes
 - 3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplanung
- 3.6 Zentrale Geschäftsstelle: Projektübergreifende Konferenzen
- 3.7 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt Z
 - 3.7.1 Begründung des Personalbedarfs
 - 3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsaufgaben
- 3.8 Literatur

3.2 Zusammenfassung

Das Teilprojekt Z gliedert sich in zwei Bereiche: Die zentrale Geschäftsstelle und den Bereich Methoden und EDV.

Die **zentrale Geschäftsstelle** leistet die im Sonderforschungsbereich anfallenden wissenschaftlichen und verwaltungstechnischen Koordinationsaufgaben:

1. Geschäftsführung
 - Zuarbeit für den Sprecher und die Gremien des Sfb
 - Mitarbeit im Vorstand des Sfb
 - Koordination der Zusammenarbeit des Sfb mit den beteiligten Fachbereichen, fachbereichsbereichsübergreifenden Instituten (EMPAS/ZeS), der Universitätsleitung, der DFG und dem Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport
 - Koordination der Planung, Durchführung und Nachbereitung von internationalen Symposien
 - Koordinierung und Betreuung der Sfb-Publikationen
 - Überwachung der Finanz- und Personalverwaltung des Sfb
 - PR-Arbeit des Sfb und Koordinierung der Anbindungen des Sfb an die scientific community, insbesondere im Ausland
2. Verwaltungsleitung
 - Koordinierung der Nutzung der Forschungsmittel aus Grund- und Ergänzungsausstattung, Durchführung der Mittelbewirtschaftung: Koordinierung der Mittelanforderungen und -zuweisungen; Rechnungsführung
 - Personalbewirtschaftung in Zusammenarbeit mit dem Sprecher, dem Geschäftsführer und der Universitätsverwaltung
 - Buchbeschaffung und Koordinierung der Bibliothek des Sfb in Abstimmung mit der Staats- und Universitätsbibliothek
 - Koordinierung des Schreibbereichs
 - Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung von Symposien und Workshops

Der **zentrale Bereich Methoden und EDV**, der seine Arbeit in der zweiten Förderungsphase aufgenommen hat, führt in den folgenden Gebieten problemorientiert und forschungsbegleitend Methodenberatung und Methodenentwicklung durch:

1. Entwicklung von Konzepten qualitativer und quantitativer Stichprobenziehung
2. Aufbau komplexer Datenstrukturen, hierbei insbesondere die Entwicklung EDV-gestützter Indizierungssysteme für unstrukturierte Textdaten

3. Methoden der exploratorischen Analyse standardisierter Längsschnittdaten
4. Strategien methodisch kontrollierter Auswertung von qualitativen Daten
5. Verfahren der Typenbildung und Klassifikation auf der Basis qualitativer und standardisierter Daten
6. Verfahren der Modellbildung mit standardisierten Längsschnittdaten

Darüber hinaus koordiniert der Methodenbereich die Arbeit am übergreifenden methodologischen Konzept des Sfb und entwickelt hierzu eigene theoretische Arbeiten auf den folgenden Gebieten:

1. wissenschafts- und handlungstheoretische Fundierung der Integration qualitativer und quantitativer Methoden
2. methodologische Grundlagen von Methoden empirisch begründeter Typen- und Theoriebildung in der qualitativen und quantitativen Forschung

3.3 Das Konzept "forschungsbegleitender Methodenentwicklung"

In der vierten Förderungsphase werden in vielen Teilprojekten des Sfb umfassende Analysen der qualitativen und quantitativen Längsschnittdaten über alle bisherigen Wellen durchgeführt werden. Die Beratungstätigkeit des Methodenbereichs hinsichtlich Datenerhebung und -auswertung bildet hierbei wie bislang den Ausgangspunkt der "forschungsbegleitenden Methodenentwicklung", welche an den konkreten Problemen der Forschungspraxis ansetzt. Der Bereich Methoden kooperiert also eng mit den empirisch arbeitenden Teilprojekten bei der Identifikation methodischer Problemfelder und bei der Entwicklung methodischer Konzepte zur Lösung dieser Probleme. Um diese Lösungen auch für die scientific community nutzbar zu machen, werden auf der Basis lokaler methodischer Konzepte verallgemeinerungsfähige Ansätze und Verfahren erarbeitet.

Auf der Basis zahlreicher einzelner Kooperationsvorhaben wurden bislang Konzepte und Verfahren auf mehreren Gebieten qualitativer und quantitativer Methoden entwickelt, vorgelegt und im Sonderforschungsbereich erprobt. In der vierten Forschungsphase wird die Entwicklung verschiedener lokaler methodischer Konzepte weitergeführt und systematisiert werden, um zu allgemein einsetzbaren Verfahren zu gelangen. Dies betrifft vor allem Methoden zur Deskription von Verlaufstypen und Sequenzmustern anhand qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten, Verfahren zur theoriegeleiteten Kodierung und Analyse von Ereignissequenzen in biographischen Mikropanels, Strategien zur Überprüfung der

Validität von narrativen Textdaten und Methoden zur dynamischen Modellierung kausaler Prozesse mit standardisierten Längsschnittdaten. Aufbauend auf den bereits in den letzten Phasen entwickelten Konzepten zur empirisch begründeten Theoriebildung wird der Methodenbereich den bisherigen Ertrag zu qualitativen Verfahren bündeln, systematisieren und in aufgearbeiteter Form vorlegen.

Schließlich muß in der kommenden Phase mit der Archivierung und Dokumentation verschiedener qualitativen und quantitativen Längsschnittdatensätze begonnen werden.

3.4 Stand der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung

3.4.1 Das methodologische Programm des Sfb: Integration von struktur-analytischer und akteursorientierter Perspektive

Das Forschungsprogramm des Sfb setzte sich von Anfang an die Analyse der Wechselwirkung zwischen sozialen Strukturen und den individuellen Handlungsorientierungen und Deutungsmustern der Akteure zum Ziel. Hiermit gewann die Überwindung der Dichotomie zwischen einer vorwiegend sozialstrukturanalytisch orientierten Lebensverlaufsforschung einerseits und einer qualitativ orientierten Biographieforschung andererseits eine besondere Bedeutung. Mit einer doppelten Perspektive auf Strukturen *und* Akteure sollen dabei jeweils spezifische Probleme qualitativer Biographieforschung und quantitativer Lebenslaufsforschung bearbeitet werden.

Dies betrifft einerseits die mangelhafte Berücksichtigung von Strukturen in vielen biographietheoretisch fundierten qualitativen Untersuchungen, welche bei der Fallauswahl und Datenerhebung Strukturkategorien kaum berücksichtigen und bei der Datenauswertung vor allem den Einzelfall im Blick haben. Im Rahmen des Sfb-Forschungsprogramms wird demgegenüber eine strukturtheoretisch informierte Erhebung und Analyse qualitativer Daten angezielt, welche die subjektiven Verarbeitungsmuster und Biographisierungen der Akteure systematisch auf die sozialstrukturell geprägten Gelegenheitsstrukturen bezieht.

Andererseits ist es oft schwierig in sozialstrukturanalytisch orientierten quantitativen Lebenslaufstudien die subjektiven Verarbeitungsmuster und Biographisierungen der Akteure angemessen zu berücksichtigen. In Gegenstandsbereichen, über

die nur wenig substantielle empirische Informationen vorliegen, greifen Forscher bei der Konstruktion von Skalen und der Formulierung von Hypothesen oft gewissermaßen ins Leere (Kelle/Lüdemann 1995; 1996). Brückenannahmen über Erwartungen und Präferenzen von Akteuren werden dann oft erst ex post eingeführt, um die entdeckten Zusammenhänge zwischen Strukturkategorien und solchen Variablen zu erklären, die Handlungsresultate beschreiben. Dieses Vorgehen wird besonders problematisch, wenn bei der Konstruktion von Brückenannahmen nicht auf empirisch bewährte theoretische Konzepte zurückgegriffen werden kann. Hier liegt die Versuchung nahe, gesicherte empirische Erkenntnis durch eine Gewohnheitsheuristik des Alltagswissens zu ersetzen. Im Rahmen des Sfb-Forschungsprogramms wird demgegenüber angestrebt, Brückentheorien über Akteursorientierungen nicht ad hoc, sondern empirisch begründet auf der Grundlage systematischer qualitativer Studien zu entwickeln.

Eine Reihe von Teilprojekten des Sfb verbindet deshalb bei der Untersuchung von Lebensläufen quantitativ ausgerichtete Strukturanalyse mit der qualitativen Untersuchung subjektiver Verarbeitungsmuster der Akteure. Hierbei werden in Longitudinaldesigns quantitative Makropanels und qualitative Mikropanels mit parallelen bzw. zeitlich versetzten Erhebungen durchgeführt. Die qualitativen Untersuchungen dienen dabei nicht primär als pilot-studies, sondern bilden einen systematisch aufgebauten eigenen Untersuchungsstrang. Qualitative und quantitative Datenerhebung und -auswertung ergänzen sich dabei in mehrfacher Weise: aus dem qualitativen Material entwickelte Hypothesen können in der darauffolgenden quantitativen Panelwelle weiter erhärtet werden. Ebenso kann das qualitative Material dazu dienen, Hypothesen über spezifische Akteursorientierungen weiterzuverfolgen, welche auf der Basis von Korrelationen zwischen Strukturvariablen im quantitativen Datensatz entwickelt wurden.

3.4.2 Stand der Arbeiten

Eine solche Arbeitsteilung zwischen qualitativer und quantitativer Forschung bringt eine Reihe von methodischen und methodologischen Problemen mit sich, die in der Literatur bislang nur wenig behandelt wurden. In den zwei zurückliegenden Forschungsphasen wurden solche Probleme in einer Reihe von Kooperati-

onsvorhaben zwischen Methodenbereich und Teilprojekten bearbeitet, wobei sich die folgenden übergreifenden Arbeitsfelder herausbildeten:

1. Methodologische und wissenschaftstheoretische Konzepte zur Integration qualitativer und quantitativer Methoden wurden auf ihre Brauchbarkeit für das Sfb-Forschungsprogramm untersucht (vgl. Prein/Kluge/Kelle 1993; Erzberger 1995) und Konzepte zu einer handlungstheoretischen Fundierung einer solchen Methodenintegration entwickelt (Kelle 1994a; Kelle/Lüdemann 1995; 1996). Diese Fragen wurden insbesondere auf einer 1994 durchgeführten Tagung zur Theoriebildung in der qualitativen Sozialforschung bearbeitet.
2. Wissenschaftstheoretische Grundlagen von Methodologien empirisch begründeter Theoriebildung abseits der oft von qualitativen Methodologen vorgeschlagenen induktivistischen Konzepte (etwa: Glaser/Strauss 1967; Glaser 1992) wurden erarbeitet (Kelle 1994a; 1995; 1996b). Diese methodologischen Überlegungen wurden methodisch umgesetzt durch die Entwicklung von Strategien, welche die vielfach in qualitativen Studien intuitiv gehandhabte Einbeziehung heuristisch-analytischer Rahmenkonzepte zu explizieren und zu systematisieren helfen (Kelle/Kluge 1994; Kelle 1996d). Hierbei wurden verschiedene Verfahren des "achsialen Kodierens" (Strauss/Corbin 1990) für eine theoriegeleitete und intersubjektiv nachvollziehbare Auswertung von qualitativen Daten erprobt.
3. Die systematische Berücksichtigung von theoretischen Vorannahmen über sozialstrukturell relevante Einflüsse in den qualitativen Samples und die Notwendigkeit, qualitative und quantitative Untersuchungsschritte zu integrieren, führte zur Weiterentwicklung von Verfahren des "theoretical sampling" (Prein/Kluge/Kelle 1993).
4. Diese Samplingstrategien führten im Längsschnitt zum Aufbau von umfangreichen qualitativen Mikropanels. Die Verknüpfung von Schritten quantitativer und qualitativer Theoriegenerierung machte es notwendig, daß immer wieder auf spezifische Teile dieses Materials, welches in Form unstrukturierter Textdaten vorliegt, zurückgegriffen wird. Komplexe EDV-gestützte Textdatenbanksysteme und Retrievalalgorithmen mußten entwickelt werden, welche die Grundlage einer Methodik computergestützter qualitativer

- Datenanalyse bildeten (Kelle 1994; Kelle/Prein/Bird 1995; Kelle 1996 c;d; Kelle/Bird 1996; Prein 1996)
5. Verfahren der Typenbildung auf der Basis qualitativer Textdaten wurden in Kooperation zwischen Methodenbereich und Teilprojekten erprobt und anknüpfend an die Arbeiten von Gerhardt (1986a; 1986b; 1991a; 1991b) Konzepte für eine empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Längsschnittforschung entwickelt (Ludwig 1994; Kluge 1996), die sich für die Analyse großer qualitativer samples eignen. Hierzu wurden die grundlegenden Begriffe und Verfahrensschritte der Typenbildung geklärt sowie die Vor- und Nachteile einer computergestützten Typenbildung, wie Kuckartz (1988; 1995a; 1995b) sie vorschlägt, erprobt und erörtert (siehe auch Kluge 1995; Mariak/Kluge 1996). Verfahren der Typenbildung waren ebenfalls Gegenstand der im Jahr 1994 durchgeführten Methodentagung (s.o.), deren Ergebnisse im kommenden Jahr in überarbeiteter Form publiziert werden (Kelle/Kluge 1994).
 6. Zur explorativen Untersuchung von Ereignissequenzen in standardisierten Längsschnittdaten wurden Methoden zur empirisch begründeten Klassifikation von Längsschnittdaten erprobt (Voges/Prein 1995). In diesem Zusammenhang wurden im Rahmen der Anwendung von Clusterverfahren Algorithmen auf der Basis des "Optimal matching" (vgl. Sankoff/Kruskal 1983; Abbott/Hrycak 1990) an verschiedenen Datensätzen zur Distanzberechnung eingesetzt, um die Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen dieser Techniken im Rahmen der Sequenzmusteranalyse zu prüfen.
 7. Im Bereich der quantitativen Methodenentwicklung wurden Fragen der Kausalanalyse mit Längsschnittdaten bearbeitet. Dabei standen Probleme der Modelladäquanz von Standardverfahren der Ereignisanalyse bzw. die Prüfung von voraussetzungsärmeren Alternativen im Vordergrund. In diesem Kontext wurden sowohl explorative Herangehensweisen als auch Panelmodelle und diskrete Modelle der Event History Analysis erprobt. (vgl. Arbeits- und Ergebnisbericht). Hierbei wurden auch soziologisch-inhaltliche Fragen einbezogen: Im März 1996 wurde in Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt B6 ein Workshop zu Fragen von Kausalanalyse und Handlungstheorie mit internationaler Beteiligung durchgeführt, dessen Ergebnisse im Jahr 1997 veröffentlicht werden.

8. Eine Reihe von Arbeiten zu Inferenzstrategien für komplexe multivariate Modelle, die das Risiko von Fehlern zweiter Art berücksichtigen, wurden vorgelegt. In diesem Zusammenhang wurden Algorithmen zur Berechnung der Teststärke bei der multivariaten Analyse kategorialer Daten entwickelt (Kelle/Prein 1994; Prein/Kelle 1994; Prein/Kluge/Kelle 1994; Prein/Kelle 1996). Ein besonderes Augenmerk galt dabei Validitätsbedrohungen bei der vergleichenden Analyse von Datensätzen (Kelle, Prein 1995).

3.5 Ziele, Arbeitsprogramm und Zeitplan

3.5.1 Ziele der Methodenentwicklung

In seiner dritten Förderungsphase wird der Methodenbereich die bisherigen Arbeiten fortführen. Hierbei werden eine Reihe von Konzepten, welche bislang nur lokale Problemlösungen darstellen, verallgemeinert und für Forschungsgruppen außerhalb des Sfb in Anwendungsreife gebracht. In diesem Kontext werden verstärkt Probleme der Dynamisierung von Verfahren zu bearbeiten sein, d.h. die Methodenentwicklung wird sich darauf konzentrieren, einige der nur im Querschnitt und anhand von einem Datentypus entwickelten Verfahren auf die vergleichende Analyse von mehreren qualitativen und quantitativen Panelwellen auszuweiten. Die folgenden Arbeitsbereiche stehen dabei im Zentrum:

1. Deskription von Verlaufstypen und Ereignissequenzen anhand qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten
2. Modellierung handlungsintentionaler und strukturkausaler Zusammenhänge mit qualitativen und quantitativen Längsschnittdaten

In der kommenden Phase wird der Methodenbereich auch damit beginnen, die Integration und Systematisierung bislang entwickelter methodischer Konzepte zu betreiben, um Methodenentwicklung am Sfb 186 zu bilanzieren. Hinsichtlich qualitativer Verfahren wird in der kommenden Phase eine methodologische Bilanz vorgelegt werden.

3.5.1.1 Deskription von Verlaufstypen und Ereignissequenzen anhand qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten

Empirisch begründete Theoriebildung auf der Basis qualitativer oder quantitativer Daten steht im Ruf, daß Hypothesen ex post (und oft auch ad hoc) entwickelt werden. Die Tatsache, daß (sub)kulturell geprägte Deutungsmuster und Handlungsorientierungen, zu denen der Forscher prima facie keinen Zugang hat, für die Erklärung zahlreicher Prozesse oft eine erhebliche Bedeutung haben, macht allerdings für die Lebenslaufforschung Verfahren empirisch begründeter Theoriekonstruktion unersetzbar (Kelle 1994a; Kelle/Lüdemann 1995; 1996). Ein zentrales Arbeitsgebiet des Methodenbereichs während der letzten Phasen war deshalb die Erprobung und Weiterentwicklung von Strategien, die (jenseits induktivistischer Konzepte im Sinne von Glaser (1992)) eine systematische, methodisch kontrollierte und theoriegeleitete Entwicklung von theoretischen Konzepten unter Zuhilfenahme empirischen Datenmaterials ermöglicht. Ausgangspunkt empirisch begründeter Theoriekonstruktion ist dabei entweder die Entwicklung von Typologien aus qualitativen Daten oder die exploratorische Analyse statistischen Datenmaterials.

In der kommenden Phase werden wir die bisherigen Arbeiten zur Typenbildung anhand qualitativer Daten und zur exploratorischen Analyse quantitativer Daten abschließen, wobei der Fokus auf der Längsschnittperspektive liegen wird.

(1) Verlaufstypologien auf der Grundlage qualitativen Datenmaterials

In den Teilprojekten des Sonderforschungsbereichs, in denen qualitative Mikropanels aufgebaut wurden (dies sind insbesondere A1, A3, A4 und D3), wurden bislang jeweils mehrere (teilweise querschnittsorientierte, teilweise längsschnittorientierte) Typologien entwickelt. In der nächsten Förderphase müssen diese verschiedenen Typologien zu längsschnittorientierten Verlaufstypologien integriert und anhand des vorliegenden (qualitativen bzw. quantitativen) Datenmaterials validiert werden. Hierdurch werden eine Reihe methodologischer und methodischer Probleme aufgeworfen, welche der Methodenbereich in Kooperation mit den Teilprojekten bearbeiten wird:

Auf der Basis von qualitativen und quantitativen Daten lassen sich oftmals unterschiedliche Typologien konstruieren, wie im Projekt D3, wo sowohl verschiedene

Verlaufstypologien von Sozialhilfeempfängern auf der Basis qualitativen und quantitativen Datenmaterials entwickelt wurden (Ludwig 1994) als auch subjektive Einstellungen von Mitgliedern der gleichen Untersuchungsgruppe zum Sozialhilfebezug (Buhr 1994) typologisiert wurden. Um Probleme, die bei der Integration solcher verschiedenen Typologien entstehen, zu lösen, müssen die bislang entwickelten Ansätze zur Methodenintegration für typenbildende Verfahren weiterentwickelt werden. Hierbei kann insbesondere an die Arbeiten in der laufenden Förderphase zur computergestützten Typenbildung bei qualitativen Daten angeknüpft werden (Kluge 1995; Kluge 1996; Kelle 1996d).

Weiterhin müssen die bislang in der Literatur vorliegenden Verfahren der Typenbildung auf die Integration von verschiedenen Typologien bezogen werden. Hierbei soll vor allem an die von Barton und Lazarsfeld beschreibenden Verfahren der "Reduktion" und der "Transformation" (Lazarsfeld 1937; Barton 1955; Lazarsfeld/Barton 1951) und an die von Gerhardt vorgeschlagenen Methoden zur empirisch begründeten Idealtypenbildung (Gerhardt 1986a; 1991a; 1991b) angeknüpft werden.

Die Entwicklung von Verlaufstypologien bringt ein weiteres Problem mit sich, welches sich in einer querschnittsorientierten Betrachtung nicht stellt. Wie sich in den Untersuchungen der Teilprojekte A1 und A3 gezeigt hat, muß die Zuordnung von Befragten zu bestimmten Typen zwischen den Wellen oftmals geändert werden. Dies kann etwa deswegen notwendig werden, weil sich sozialstrukturell beeinflusste Lebenslagen im Zeitverlauf ändern, wie bei der Untersuchungspopulation des Teilprojektes A3, wo die beruflichen Verläufe in vielen Fällen einen häufigen Wechsel zwischen verschiedenen Ausbildungs- und Berufsstationen mit sich bringen. Die Berücksichtigung solcher Veränderungsprozesse im Rahmen einer dynamisch orientierten Analyse erfordert die Entwicklung besonderer methodischer Ansätze.

Diese Notwendigkeit der Dynamisierung von Typologien in qualitativen Mikropaneln stellt neue Anforderungen an die Strukturierung und Auswertung des qualitativen Datenmaterials. Für eine systematische Typenbildung, und um für weitere Analysen immer wieder gezielt auf relevante Textpassagen zugreifen zu können, ist bislang in einer Reihe von Projekten das qualitative Datenmaterial mit einem

komplexen Kategorienschema EDV-gestützt kodiert und in formatfreien Textdatenbanken gespeichert worden. Diese Kodierung ist bislang vor allem querschnittsorientiert erfolgt und bot auf diese Weise die Basis für die Entwicklung von querschnittsorientierten Typologien. Eine verlaufsorientierte Integration dieser Typologien erfordert die Entwicklung von komplexeren Datenbankstrukturen, die auf graphentheoretischen Erweiterungen der Grundprinzipien formatfreier Textdatenbanken beruhen (Kelle/Prein/Bird 1995, S. 62 ff.). Solche Konzepte sind erst in jüngster Zeit in einer solchen Weise informationstechnologisch umgesetzt worden, daß sie für die Verwaltung von qualitativen Textdaten nutzbar sind (etwa in Form des Textdatenbanksystems ATLAS/ti) und müssen für die Erfordernisse der Teilprojekte angepaßt werden. Durch den Einsatz graphentheoretischer Konzepte wird es dabei auch möglich werden, den Prozeß der empirisch begründeten Typenbildung und Theoriekonstruktion stärker als bislang mit den computergestützten Prozessen des Textretrievals zu integrieren, indem theoretische Kommentare und Memoranden mit anderen Elementen der qualitativen Textdatenbank verknüpft werden.

(2) *Deskriptive Typisierung von Verlaufssequenzmustern anhand von quantitativen Längsschnittdaten*

Zur dynamischen Analyse standardisierter Längsschnittdaten existiert eine Vielzahl entwickelter statistischer Verfahren (etwa Modelle zur Analyse von *event histories* oder Panelmodelle), wobei der Fokus allerdings auf der Analyse von *einzelnen* Übergängen liegt. Besteht jedoch das Interesse vor allem an der Deskription und Typisierung ganzer Verläufe, so muß man in der Regel auf bislang kaum entwickelte explorative Methoden zur *Klassifikation* und *Visualisierung* von Verlaufsdaten zurückgreifen.

Bisherige Ansätze greifen dabei häufig entweder auf Summenvariablen als Indikatoren für Verlaufsdynamiken (vgl. etwa Buhr 1994, S. 109ff) zurück oder nutzen non-parametrische Verfahren der Längsschnittanalyse wie etwa den Vergleich von Sterbetafeln und Survivorkurven (vgl. etwa Buhr 1994, S. 141ff), um Prozeßdynamiken zu beschreiben und zu typisieren. Während ersteres zu einem hohen Maß an Komplexitätsreduktion führt, setzt letzteres voraus, daß Hypothesen über die Strukturiertheit und Dynamik von Verläufen bereits sinnvoll ex ante formuliert

werden können sowie daß der Fokus der Betrachtung auf einem spezifischen Ereignis (wie etwa: Austritt aus der Sozialhilfe, Abbruch einer Lehre, Heirat) liegt.

Wenn jedoch eine starke Differenziertheit von Verläufen vermutet wird, *Hypothesen* über Strukturiertheit aber erst auf einer empirischen Grundlage entwickelt werden sollen oder der Schwerpunkt der Arbeit auf der Prozeßdeskription oder Klassifikation liegt, sind beide Herangehensweisen nur begrenzt geeignet. Daher besteht in zahlreichen Teilprojekten des Sonderforschungsbereichs ein Bedarf nach explorativen und deskriptiven Analyseverfahren, die auch dann einsetzbar sind, wenn umfangreiche Lebensverlaufsdaten über ein breites Beobachtungsfenster zeitpunktgenau vorliegen.

Anknüpfend an den Vorarbeiten zur empirisch begründeten Klassifikation von Längsschnittdaten in der dritten Förderphase soll in Zusammenarbeit mit den Projekten A1, A3, A4, B1, C4 und D3 der Einsatz von Verfahren zur Klassifikation von Längsschnittdaten erprobt sowie diese Verfahren weiterentwickelt werden. Darüber hinaus werden in Kooperation mit Dr. Carl Evertsz (Institut für Dynamische Systeme) Verfahren zur graphischen Visualisierung von Ereignissequenzen entwickelt und erprobt.

Zur empirisch begründeten Klassifikation von Lebensverlaufsdaten sind neben der Korrespondenzanalyse (vgl. Blasius 1996; Greenacre/Blasius 1994) vor allem Verfahren des "Optimal Matching" und "Time Warping" (vgl. Sankoff/Kruskal 1983; Abbott/Hrycak 1990; Proctor/Abell 1985; Buchmann/Sacchi 1995) in Verbindung mit Clusteranalysen oder Methoden der multidimensionalen Skalierung einsetzbar, da diese in der Lage sind, die zeitliche Ordnung von Zuständen oder Ereignissen zu berücksichtigen. Der Anwendungsbereich der Methode des "Optimal Matching" im sozialwissenschaftlichen Bereich ist allerdings dadurch eingeschränkt, daß *„es an einer auf sozialwissenschaftliche Anwendungen zugeschnittenen Standardsoftware fehlt“* (Buchmann/Sacchi 1995, S. 438), die ohne eigene Programmierkenntnisse den Einsatz dieses Verfahrens erlaubt und auch auf Masendaten anwendbar ist. Zudem wurde durch erste Tests in der dritten Förderphase deutlich, daß aus inhaltlichen Gründen Modifikationen dieses Verfahrens notwendig sind, da hiermit zwar Ähnlichkeiten oder Unähnlichkeiten von Sequenzfolgen abbildbar sind, hingegen die Dynamik der zugrundeliegenden Prozesse

(bspw. der häufige Wechsel kurzer Phasen) nicht angemessen erfaßt werden kann. Daher muß diese Methode für einen Einsatz in der Lebenslaufforschung dahingehend modifiziert werden, daß im Rahmen eines sequenzanalytischen Ansatzes die Dynamik von Zustandswechseln bei der Distanzberechnung mit berücksichtigt werden kann.

Hierzu muß der bereits in der dritten Förderphase entwickelte Algorithmus zur Distanzberechnung auf der Grundlage des "Optimal Matching" weiterentwickelt und in Kooperation mit den Teilprojekten des Sonderforschungsbereichs evaluiert werden. Hierbei sind Anwendungen des Verfahrens in den Projekten A1, A3, A4, B1, C4 und D3 geplant. Auf dieser Grundlage wird eine Lösung entwickelt, die den Einsatz solcher Verfahren auch über den Rahmen des Sonderforschungsbereichs hinaus ermöglichen. Im Rahmen dieser Methodenentwicklung müssen weiterhin Verfahren zur Visualisierung von Sequenzdaten, die einen Umgang mit Massendaten erlauben, erprobt und ggf. dem Bedarf der Lebensverlaufforschung angepaßt werden.

3.5.1.2 Modellierung handlungsintentionaler und strukturkausaler Zusammenhänge mit qualitativen und quantitativen Längsschnittdaten

Bei der Kombination von quantitativen Makropanels und biographischen Mikropanels ergänzen sich die anhand des jeweiligen Datenmaterials entwickelten Modelle in spezifischer Weise. Quantitative Ereignisdaten dienen der Modellierung des kausalen Einflusses von strukturellen Faktoren auf objektiv beobachtbare Ereignisse im Lebenslauf. Eine theoriegeleitete Auswertung des qualitativen Datenmaterials führt zur Entwicklung von Handlungsmodellen, die die Erwartungen, Bewertungen und Orientierungen der Akteure einbeziehen. Beide Arten von Modellen können dann zu Makro-Mikro-Makro-Modellen (Coleman 1986) integriert werden (welche ggf. in weiteren Schritten empirisch validiert werden können.)

Die Formulierung handlungsintentionaler und/oder strukturkausaler Modelle bzw. deren Integration über den gesamten Verlauf des qualitativen und quantitativen Panels hat in der vierten Phase für die Teilprojekte eine erhebliche Bedeutung. Bei der Beratung und Unterstützung dieser Projekte und bei der Methodenentwicklung kann hierbei im qualitativen Bereich an die bisherigen Arbeiten zur theoriegeleitete-

ten Kodierung qualitativer Textdaten anhand heuristisch-analytischer Rahmenkonzepte (Kelle 1994a, S. 358; Kelle/Kluge 1994) angeknüpft werden. Im quantitativen Bereich werden die bisherigen Arbeiten (s. Arbeits- und Ergebnisbericht) ergänzt durch die Entwicklung von Modellen für quantitative abhängige Variablen.

(1) *Theoriegeleitete und längsschnittorientierte Kodierung von Ereignissequenzen in biographischen Mikropaneln*

Die Auswertung des qualitativen Datenmaterials wird in der kommenden Phase in einer Reihe von Teilprojekten in Richtung auf eine längsschnittorientierte Auswertung der biographischen Mikropaneln fortgeführt. Diese Auswertung muß dabei ihren Ausgang nehmen von den in den bisherigen Forschungsphasen entwickelten Annahmen über die Zusammenhänge zwischen Gelegenheitsstrukturen, Deutungs- und Interpretationsleistungen der Akteure und biographischen Handlungsmustern im Zeitverlauf. Die Strukturierung und Analyse des qualitativen Datenmaterials wird also noch stärker als bislang theoriegeleitet sein - wobei jedoch in der Regel nicht auf eine interpretative Analyse zugunsten quantifizierender Verfahren der Inhaltsanalyse verzichtet werden soll, um die Relevanzsetzungen der Akteure nicht zu überblenden.

Bei der Strukturierung des Datenmaterials wird die bisherige *indizierende* und *thematische Kodierung* zunehmend abgelöst werden durch solche Verfahren der Kodierung, die eine Erfassung komplexer chronologischer Muster und Sequenzen von Gelegenheitsstrukturen, Ereignissen, Erwartungen und Handlungen ermöglichen.

Die in der Literatur vorliegenden Vorschläge zur komplexen Kodierung unstrukturierten Datenmaterials beschränken sich vielfach auf die Darstellung von hierarchischen Baumstrukturen (etwa Richards 1995). Die bislang zur Kodierung und Analyse von komplexen logischen Strukturen und Implikationsbeziehungen in qualitativen Daten entwickelten Verfahren (etwa Ragin 1995), sind zwar für die Modellierung statischer Beziehungen brauchbar, aber nicht ausreichend, um komplexe Ereignissequenzen angemessen abzubilden. Vorschläge aus dem Bereich der computerunterstützten Inhaltsanalyse schließlich beschränken sich in der Regel auf die rein formale, syntaktische Ebene von Texten und Kategoriensystemen (in der Regel Auszählungen von Worthäufigkeiten anhand von Diktionären).

Komplexe Kategorienschemata, die in der nächsten Förderungsphase zur Unterstützung qualitativer Typenbildung eingesetzt werden, werden in Form von Graphen (dh. als Baum- oder Netzstrukturen) organisiert sein (vgl. 3.5.1.2). Gleichzeitig müssen semantische Regeln für die Interpretation der Knoten dieser Graphen (die Kodekategorien) und ihrer Kanten (die Beziehungen zwischen diesen Kodes) existieren, die es ermöglichen, mit dem gesamten Netzwerk komplexe chronologische Ereignisstrukturen abzubilden. Es geht also darum, Verfahren zu entwickeln und einzusetzen, die eine Kodierung komplexer Ereignissequenzen durch einen kompetenten Sprecher der natürlichen Sprache mit einer standardisierten Informationserhebung verbinden. Hierzu müssen Strategien entwickelt werden, bei denen den Kodierern eine allgemeine Modellsprache zur Verfügung steht, mit denen sie eine semantisch korrekte und für die Fragestellung ausreichende Repräsentation von den im Text enthaltenen Bedeutungseinheiten vornehmen können. Hierbei wird an die Arbeiten von Matthes und Kollegen (1995), Lederer/Hudec (1992) und Heise (1991) angeknüpft werden. Da an die hierbei entstehenden Kodes wesentlich höhere Anforderungen hinsichtlich der Objektivität und Stabilität gestellt werden können als an solche Kodes, wie sie zur indizierenden Kodierung verwendet werden, muß hier die bisher im Sfb verwendete Vorgehensweise zur Prüfung der Reliabilität von qualitativen Kodes weiterentwickelt und formalisiert werden.

(2) *Untersuchungen zur Validität von Erzählraten im Vergleich zwischen verschiedenen Wellen eines qualitativen Panels*

Die Analyse von Textdaten aus bis zu fünf qualitativen Panelwellen ermöglicht es Validitätsprobleme biographischer Befragung, die bereits seit längerem diskutiert werden, praktisch-empirisch zu untersuchen, (vgl. Bude 1985; Gerhardt 1985; Strobl/Böttger 1996). Dabei geht es vor allem um die von Vertretern des narrativen Interviews für Erzählraten in Anspruch genommene hohe Validität: Inwieweit ist die Darstellung von eigenen Handlungen und Ereignissen in biographischen Interviews verlässlich genug, so daß Ergebnisse aus qualitativen Untersuchungen über biographische Verläufe als valide zu betrachten sind? In den biographischen Mikropanels läßt sich nun prüfen, inwieweit zentrale biographische Ereignisse in mehreren zeitlich auseinanderliegenden Befragungen konsistent dargestellt werden. Die Brauchbarkeit von Validierungsstrategien kann hierbei erprobt werden, etwa indem Inkonsistenzen im Interviewmaterial in einer folgenden

Befragung thematisiert werden. Weiterhin kann die Tatsache genutzt werden, daß zahlreiche Teilprojekte über prozeßproduzierte Daten aus administrativen Kontexten (etwa aus Aktenanalysen) verfügen, um qualitatives Interviewmaterial extern zu validieren.

(3) *Dynamische Modellierung strukturkausaler Prozesse mit standardisierten Längsschnittdaten*

Im Bereich der quantitativen Methodenentwicklung wurde in der dritten Förderphase das Schwergewicht auf Fragen der Kausalanalyse mit Längsschnittdaten gelegt. Dabei standen Probleme der Modelladäquanz von Standardverfahren der Ereignisanalyse bzw. die Prüfung von voraussetzungsärmeren Alternativen im Vordergrund. In diesem Kontext wurden sowohl explorative Herangehensweisen (s. 3.4.2.1) als auch Panelmodelle und diskrete Modelle der Event History Analysis (vgl. Hamerle/Tutz 1989) erprobt.

In einigen Teilprojekten des Sonderforschungsbereichs sind jedoch die abhängigen Variablen nicht - wie i.d.R. im Falle der Ereignisanalyse - kategorial, sondern intervallskaliert. Dies ist bspw. der Fall, wenn nicht der Eintritt eines Ereignisses, sondern dessen Häufigkeit (bspw. Anzahl von Straftaten oder Sozialhilfeeepisoden in einem Zeitintervall) die abhängige Variable eines Modells ist. Insbesondere in Kooperation mit den Teilprojekten A1 und A3 des Sonderforschungsbereichs soll daher der Einsatz von Zählmodellen (bspw. Poisson- oder Negativ-Binomial-Modelle, vgl. Greene 1990, S. 676ff.; Pohlmeier/Ulrich 1995, Winkelmann/Zimmermann 1991; Winkelmann 1994, zu Panel-Schätzern für Zählmodellen vgl. Hausman/Hall/Griliches 1984), sowie von ereignisorientierten Ansätzen für stetige abhängige Variablen (Tuma/Hannan 1984, Kap. 5; Petersen 1990; 1993) in der Lebenslaufforschung erprobt, evaluiert und ggf. weiterentwickelt werden.

3.5.1.3 Bilanz der qualitativen Methodenentwicklung am Sfb 186

In der kommenden Förderungsphase wird sich der Methodenbereich stärker als bisher darauf konzentrieren, Methodenentwicklungen in den verschiedenen Bereichen zu bündeln, um einen methodologischen Arbeitsertrag des Sonderforschungsbereichs 186 vorzubereiten. Hierbei wird es zunächst um die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes *qualitativer Lebenslaufforschung* gehen (das auch in Form einer Monographie in die sozialwissenschaftliche Methodendiskussion

eingebraucht werden soll). Im Vordergrund steht dabei die Frage nach dem Stellenwert qualitativer Methoden in einem Forschungsdesign, in dem sich qualitative und quantitative Untersuchungsschritte wechselseitig ergänzen. Hinsichtlich methodologischer und theoretischer Grundlagen wird dabei an den bisherigen Diskussionen und Arbeiten über wissenschaftstheoretische Grundlagen qualitativer Verfahren (Kelle 1994a) und über die Integration qualitativer und quantitativer Verfahren (Prein/Kelle/Kluge 1993; Erzberger 1995; Kelle/Erzberger 1995) angeknüpft sowie an die Ergebnisse der Tagung über Typenbildung. Folgende Arbeitsschritte einer qualitativen Datenerhebung und -auswertung in der Lebenslaufforschung sollen in der Monographie dargestellt und diskutiert werden:

1. Die Verknüpfung qualitativer mit quantitativen Erhebungs- und Auswertungsprozeduren,
2. die qualitative Stichprobenziehung anhand eines systematischen Stichprobenplans,
3. eine thematisch fokussierte Datenerhebung durch leitfadenorientierte ("problemzentrierte") Interviews,
4. die Aufbereitung und thematische Kodierung der unstrukturierten oder teilstrukturierten Textdaten,
5. die Interpretation des Datenmaterials unter Verwendung eines heuristisch-analytischen Rahmenkonzeptes,
6. die Entwicklung von Merkmalen und ihren Ausprägungen und die Formulierung theoretisch möglicher Merkmalskombinationen anhand des Vergleichs von Textpassagen,
7. eine zweite Kodierung zusätzlichen qualitativen Materials mit dem Ziel der Variablengenerierung,
8. die Konstruktion einer empirisch gehaltvollen Typologie (bei größeren Fallzahlen mit Hilfe statistischer Verfahren) die die Formulierung kausaler Hypothesen mit beinhaltet.

3.5.2 Archivierung der Sfb-Daten

In vielen Teilprojekten des Sfb 186 werden sehr umfangreiche eigene Datenerhebungen für spezielle Fragestellungen durchgeführt, die zum Teil in der vierten Förderungsphase abgeschlossen werden. Dabei handelt es sich sowohl um quanti-

tativ erhobene Datensätze als auch um recht umfangreiche qualitative Studien, in vielen Fällen als Panelbefragung durchgeführt.

Um diese Datensätze - entsprechend den Förderrichtlinien der DFG - für sozialwissenschaftliche Sekundäranalysen zugänglich machen zu können, sind sie in entsprechender Weise für Sekundäranalysen oder Nachfolgeprojekte und -institutionen zu archivieren bzw. für die Archivierung beim "Zentralarchiv für empirische Sozialforschung" (ZA) in Köln vorzubereiten. In der letzten Förderungsphase des Sfb 186 (2000-2002) müssen deshalb umfangreiche Arbeiten zur Datenarchivierung durchgeführt werden, die bereits in der nächsten Phase vorbereitet werden sollen. Hierzu wird in der kommenden Förderungsphase zentral für alle Teilprojekte des Sfb ein Datenbanksystem sowie ein Datenschutzkonzept entwickelt, sowie die Dokumentation und Archivierung von Daten der bereits abgeschlossenen Studien mit diesem System durchgeführt.

3.5.3.1 Entwicklung eines Datenbankkonzeptes

Bei der Entwicklung des Datenbankkonzeptes müssen - unter Berücksichtigung der verschiedenen Nachfolgenutzer - verschiedene Anforderungen in Einklang gebracht werden: wissenschaftliche Auswertungsanforderungen sowie EDV-technische Portabilität einerseits und Belange des Datenschutzes für personenbezogene Daten andererseits.

Hierbei stellen sich Fragen nach (1.) dem **Datenformat**, (2.) der Form der **Datendokumentation** und (3.) der Art der **Datenträger**.

1. Bezüglich des **Datenformats** ist sicherzustellen, daß die Daten mit möglichst vielen Auswertungsmethoden - und damit verbunden: unterschiedlichen Auswertungsprogrammen - bearbeitet werden können. Hierzu sind die unterschiedlichen Anforderungen und Möglichkeiten von sozialwissenschaftlicher Standardsoftware zu berücksichtigen. Dabei ist nach einem Weg zu suchen, um die Daten einschließlich Variablen- und Wertetiketten sowie fehlender Werte problemlos zwischen Programmen zu portieren, ohne die Anzahl nutzbarer Softwarepakete zu stark einzuschränken. Datenbanklösungen auf der Basis von Standardformaten oder von RZOO-Archiven, wie sie das DIW beim SOEP und das IAB bei der Beschäftigtenstichprobe nutzt, müssen entwickelt werden.

2. Für die **Dokumentation** der Daten wird in bezug auf die Stichprobenkonstruktion, die Art der Erhebung, den Rücklauf sowie die erhobenen und genierten Variablen ein *computergestütztes Informationssystem* aufgebaut. Hierzu werden Anregungen aus dem Bereich des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEPINFO) genutzt, in dem ein Zugriff auf Datensätze und Variablen durch einen thematisch geordneten Index möglich ist. Ein solches System muß jedoch den Daten der Teilprojekte des Sonderforschungsbereichs angepaßt werden, weil Informationen sich hier auf Variablen in Datensätzen unterschiedlicher Teilprojekte beziehen.
3. Auch die **Portabilität** umfangreicher Datensätze muß vollständig und problemlos gewährleistet werden; insbesondere muß es möglich sein, auch größere Datensätze zwischen EDV-Anlagen mit unterschiedlichen Betriebssystemen auszutauschen.

3.5.3.2 Belange des Datenschutzes

Bei der Aufbereitung der Daten muß die faktische Anonymität sichergestellt werden, d.h. es muß gewährleistet werden, daß der notwendige Aufwand einer Re-Identifizierung einzelner Personen eine De-Anonymisierung de facto ausschließt. Hierzu müssen ggfs. bestimmte Informationen in den Daten gelöscht, verändert und Kategorien zusammengefaßt werden. Das Vorgehen wird mit den Datenschutzbeauftragten der Universität und des Landes Bremen abgestimmt werden. Bei der faktischen Anonymisierung von Daten kann auf die Erfahrungen von ZUMA und ZA zurückgegriffen werden. In diesem Kontext ist (1) zwischen unterschiedlichen Typen von Daten und (2) unterschiedlichen Typen von Datennutzern zu differenzieren :

1. Am Sonderforschungsbereich werden in der letzten Phase eine ganze Reihe quantitativer und qualitativer Datensätze vorliegen, die besonders hohe Anforderungen an den Datenschutz stellen. Ein maßgeblicher Teil der quantitativen Datensätzen beruht auf Vollerhebungen von räumlich und zeitlich gut abgrenzbaren Populationen. Die Deanonymisierung von quantitativen Informationen der Befragten ist deshalb teilweise mit recht geringem Aufwand möglich. Hinzu kommt, daß am Sfb teilweise hochsensible Daten (wie etwa Informationen über Kontakte zu Polizei und Justiz oder Informationen über So-

zialhilfebezug) erhoben werden. Auch die qualitativen Datensätze stellen erhöhte Anforderungen hinsichtlich des Datenschutzes. Da der überwiegende Teil der *qualitativen* Studien umfassende Biographien aus räumlich begrenzten Populationen erfaßt, können einzelne Personen aus dem Datenmaterial in vielen Fällen leicht anhand prägnanter Lebensereignisse identifiziert werden. Daher müssen qualitative Daten als besonders sensibel angesehen werden, insbesondere wenn sie sich auf stigmatisierende Sachverhalte wie Sozialhilfebezug oder Kontakt mit sozialen Kontrollinstanzen beziehen. Eine weitere Schwierigkeit entsteht bei der Archivierung und Sicherung von Daten, die einen direkten und direkt bestimmbaren Personenbezug besitzen wie Adressenlisten und Link-Files für Panel-Datensätze. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die einerseits sicherstellen, daß Nachfragen und evtl. Folgeerhebungen möglich bleiben (bspw. um eine Überprüfung von Ergebnissen in Sekundäranalysen zu gestatten), andererseits die Daten gegen unbefugten Zugriff schützen und deren frühestmögliche Löschung garantieren. Dies kann nicht durch die erhebenden Projekte selbst gewährleistet werden; diese Aufgaben werden deshalb zentral vom Bereich Methoden und EDV übernommen.

2. Für potentielle Nutzergruppen der Daten sind zudem jeweils spezifische Anforderungen an den Datenschutz und damit verbunden an den Grad der Anonymisierung zu stellen. Grundsätzlich sollen Daten so aufbereitet werden, daß sie von jedem Fachwissenschaftler als public-use-file genutzt werden können. Für diese Gruppe gelten die restriktivsten Beschränkungen hinsichtlich der Anonymisierung: Analog zu public-use-files wie der IAB-Beschäftigtenstichprobe kann es notwendig sein, Untergruppen zu aggregieren, sowie Informationen ggf. leicht zu verändern (bspw. taggenaue Episodendaten auf Monatsniveau oder Addition einer normalverteilten Zufallszahl). Denkbar ist hier auch, Datensätze mit einem reduzierten Variablenset an die NutzerInnengruppe weiterzugeben. Diese Gruppe darf auch keinesfalls Zugang zu Link-Files erhalten. Gleiches gilt für die Datennutzung in der Lehre. Im Gegensatz dazu ist für direkte Nachfolgeprojekte innerhalb des Sonderforschungsbereichs oder in Nachfolgeeinrichtungen ein weitgehend unmodifizierter Datensatz zu archivieren, wobei die frühestmögliche Löschung der Link-Dateien und deren Trennung vom Datenmaterial sichergestellt sein muß.

3.5.3 Arbeitsprogramm und Zeitplanung

1997 1. Halbjahr

- Weiterentwicklung von Verfahren empirisch begründeter Typenbildung auf der Basis qualitativer Paneldaten in Zusammenarbeit mit den Projekten A1 und A3
- Entwicklung von Verfahren und Datenbankstrukturen zur theoriegeleiteten und längsschnittorientierten Kodierung von Ereignissequenzen in biographischen Mikropanels
- Weiterentwicklung der Verfahren zur Klassifikation von standardisierten Sequenzdaten (Optimal Matching) in Zusammenarbeit mit dem Projekt B1

1997 2. Halbjahr

- Erprobung von Verfahren qualitativer Typenbildung in Zusammenarbeit mit den Projekten A1, A3, A4 und D3
- Erprobung von Konzepten zur theoriegeleiteten und längsschnittorientierten Kodierung von Ereignissequenzen in biographischen Mikropanels in Zusammenarbeit mit den Projekten A1 und A3
- Exemplarische Erprobung von "optimal matching"-Techniken im Teilprojekt A1

1998 1. Halbjahr

- Entwicklung von Konzepten zur Integration von qualitativen und quantitativen Verlaufstypologien in Zusammenarbeit mit den Projekten A3 und D3
- Klärung datenschutzrechtlicher Fragen hinsichtlich der Datenarchivierung, Erstellung eines Datenschutzkonzeptes
- Weitere Erprobung von "optimal matching"-Techniken in den Teilprojekten A1, A3, A4, B1, C4, D3; Evaluation des methodologischen Ertrages

1998 2. Halbjahr

- Entwicklung und Erprobung von Konzepten zur Validierung biographischer Erzähldaten in Kooperation mit dem Projekt A1
- Erarbeitung eines Datenbankkonzeptes für die Archivierung der Sfb-Datensätze
- Exemplarische Erprobung vorhandener Verfahren zur Modellierung metrischer Verlaufsdaten in Kooperation mit dem Projekt A3

- Beratung von Teilprojekten bei der Schätzung komplexer Verlaufsdatenmodelle

1999 1. Halbjahr

- Aufarbeitung des Ertrags der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung am Sfb im Bereich der Methodenintegration
- Weiterentwicklung von Modellierungsverfahren für metrische Verlaufsdaten, Erprobung der entwickelten Konzepte in Kooperation mit dem Projekt A1
- Bilanzierende Aufarbeitung des Ertrags der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung am Sfb im Bereich qualitativer Methoden
- Beginn der Dokumentation der Sfb-Daten

1999 2. Halbjahr

- Überführung der Sfb-Datensätze in eine gemeinsame Datenbankstruktur
- Arbeiten der Datenaufbereitung
- Erstellen des Arbeits- und Ergebnisberichts

3.6 Zentrale Geschäftsstelle: Projektübergreifende Konferenzen und Druckkosten

3.6.1 Projektübergreifende Konferenzen

a) Die Kategorie Beruf in Theorie und Methode

Die Projekte A1, A4 und B1 beabsichtigen im Jahre 1998, gemeinsam einen Workshop mit dem Titel 'Die Kategorie Beruf in Theorie und Methode' durchzuführen.

Die mit beruflichen Informationen arbeitende empirische Sozialforschung sieht sich nach wie vor damit konfrontiert, daß mit der Bezeichnung 'Beruf' gänzlich Unterschiedliches benannt und qualifiziert wird. In diesem Workshop soll es zum einen darum gehen, auf theoretischer Ebene das Konzept des Berufes im Sinne von Berufsbildern zu diskutieren und dabei geschlechtsspezifische Differenzierungen zentral zu berücksichtigen. Zum anderen soll anhand der großen 'Datensätze' (IAB, SOEP etc.) unter methodischen Gesichtspunkten die dortige Fassung und Nutzung der Kategorie Beruf inklusive der damit verbundenen Probleme beleuchtet und erörtert werden.

Angesichts der deutschen Thematik ist die Tagung als deutschsprachige konzipiert, so daß im wesentlichen Referenten aus dem deutschsprachigen Raum geladen und gewonnen werden sollten. Unter anderem: Marlis Buchmann, Stefan Sacchi (beide Universität Zürich), Friedemann Stooß, Gerhard Engelbrech (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsbildung, Nürnberg), Ilona Ostner (Universität Göttingen), Michael Corsten (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin), Bernd Wegener (Humboldt-Universität Berlin), Ulrich Beck (Universität München), Werner Sengenberger (Internationales Arbeitsamt, Genf).

Um dennoch die amerikanische Diskussion einbeziehen zu können, wird von den beteiligten Projekten vorgeschlagen, **Andrew Abbott** (Rutgers Universität) als Gastwissenschaftler für das Frühjahr 1998 einzuladen, um mit ihm (der sich außerdem mit optimal pattern matching und sequence data befaßt) dann ausführlich diskutieren zu können.

Der Workshop ist geplant für den Herbst (Anfang Oktober) 1998, für einen Zeitpunkt also, an dem die Projekte ihre Daten erhoben haben werden.

b) Methoden zur Analyse qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten

Im Jahr 1998 soll unter Federführung der Teilprojekte A3 und Z (Bereich Methoden) ein Workshop zum Thema "Methoden zur Analyse qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten" durchgeführt werden. Die zentrale Frage hierbei wird sein, auf welche Weise mit qualitativen und quantitativen Längsschnitten Modelle und Theorien generiert und geprüft werden können. Exemplarisch im Mittelpunkt stehen werden dabei die Themenbereiche Berufsverläufe und Delinquenz. Auf diesem Workshop sind Ergebnisse und methodische Ansätze aus Teilprojekten des Sonderforschungsereichs (insbesondere: A1, A3, A4, B1, B6, Z) vorzustellen und mit Ansätzen internationaler Experten zu konfrontieren.

Hierzu sollen folgende Personen eingeladen werden: Delbert Elliot (University of Colorado, Boulder) oder David Huizinga (University of Colorado, Boulder), Götz Rohwer (MPI für Bildungsforschung, Berlin), H.-J. Kerner (Universität Tübingen), Rolf Loeber (University of Pittsburgh), Heather Laurie (University of Essex, BHPS), Stanley Lieberson (Stanford), Robert J. Sampson (University of Chicago).

c) Lebenslauf, Gesellschaftspolitik und soziale Ausgrenzung

Diese Konferenz (1988) unter der Federführung des Teilprojekts D3 soll gemeinsame Perspektiven bündeln, die sich in der Arbeit mehrerer Projekte in der laufenden und der vergangenen Phase herausgeschält haben. Unter dem Dach "Lebenslaufpolitik" wurden von mehreren Projekten Wirkungen rechts- und sozialrechtlicher Institutionen auf Struktur und Wandel von Lebensläufen untersucht. Vor allem die Projekte A3 und YE2 haben aus der Perspektive der Lebenslauforschung wichtige Beiträge zur aktuellen, nationalen und besonders europaweiten (EU) Debatte zu sozialer Ausgrenzung geliefert (Armut und Sozialhilfe; Delinquenz Jugendlicher und Instanzen sozialer Kontrolle). Im Zeichen nationalgesellschaftlichen Wandels von Arbeitsmärkten und Haushaltsstrukturen sowie zunehmenden Wanderungen und wirtschaftlicher Globalisierung werden Erscheinungen sozialer Ausgrenzungen zu einem zentralen Thema der Gesellschaftspolitik wie der Risikoforschung. Bildungswesen (Teilprojekt A4), Krankenkassen (C1) und Alterssicherung (C5) komplettieren die sozialstaatliche Rahmung des Lebenslaufs; jeder dieser Bereiche steht für spezifische Probleme der Inklusion bzw. Exklusion sozialer Gruppen.

Die Tagung soll zur Hälfte von Referenten aus dem Sfb bestritten werden, zur anderen Hälfte von - vorwiegend ausländischen - Wissenschaftlern (zusammen 2 Tage mit zusammen 12 Vorträgen).

Es sollen u.a. eingeladen werden: Martin Kronauer (SOFI, Göttingen), Werner Hübinger (ISL, Frankfurt), G. Engbersen (NL), Robert Walker (CRSP, Loughborough), Monika Ludwig, (z.Zt. Limburgerhof), Serge Paugam (Paris).

d) Transformationsprozeß und sozialer Wandel. 10 Jahre nach der Maueröffnung

In enger Abstimmung mit den Projekten A1 und YE2 soll im **Herbst 1998** unter der Federführung des Teilprojektes A4 ein Workshop zum Thema "Transformationsprozeß und sozialer Wandel. 10 Jahre nach der Maueröffnung" durchgeführt werden. Ziel des Workshops ist es, die bisherigen empirischen und theoretischen Ergebnisse der Transformationsforschung zusammenzuführen und im Kontext allgemeiner Theorien sozialen Wandels zu analysieren.

Eingeladen werden sollen: P. Berger (Rostock); H. Bertram (Berlin); R. Collins (Riverside); I. Drexel (München); G. Esping-Andersen (Trento); R. Lepsius (Heidelberg); B. Lutz (Berlin); K. Mayer (Berlin); R. Rose (Glasgow); H. Wiesenthal (Berlin); W. Zapf (Berlin).

e) Betriebliche Alterstrukturen und individuelle Lebensverläufe

Dieser Workshop ist für das Frühjahr 1999 geplant, wird von Projekt C5 organisiert und von den Projekten A4 und C4 unterstützt. Die zentrale Fragestellung des Workshops bezieht sich auf die Bedeutung betrieblicher Altersstrukturen für die Lebenslaufsplanung von Personen in der Phase der Berufseinmündung und in der Spätphase des Erwerbslebens. Konkret soll die These überprüft werden, ob Frühverrentung als Arbeitsmarktentil dienen kann, d.h. ob die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus den Betrieben neue Optionen für jüngere Arbeitnehmer eröffnet. Zur Überprüfung dieser These wurde bereits eine Kooperation der Projekte A4 und C5 bei der Durchführung der Betriebsfallstudien vereinbart.

Referenten: Rolf Arnold (Kaiserslautern); Martin Baethge (Göttingen); Annegret Köchling (Dortmund); Martin Kohli (Berlin); Burkart Lutz (München); Frieder Naschold (Berlin); Werner Nienhäuser (Paderborn); Manfred Thom (Nürnberg)

f) Verrentung im Haushaltskontext

Dieser Workshop wird von den Projekten C5 und B6 im Jahre 1999 durchgeführt. In diesem international vergleichend konzipierten Workshop liegt der Schwerpunkt auf der Bedeutung von Haushaltszusammenhängen für individuelle Ruhestandsentscheidungen. Die Entscheidung für den Ruhestand hängt nicht nur von individuellen Determinanten, wie z.B. dem beruflichen Status oder dem Gesundheitszustand, und institutionellen Regelungen ab, sondern vor allem auch vom familiären Kontext. Dabei soll untersucht werden, wie (Ehe)Partner den Ruhestandszeitpunkt aufeinander abstimmen, ob das individuelle oder das Haushaltsaufkommen die Entscheidungsgrundlage bildet und inwiefern die Pflege von Angehörigen oder die Betreuung von (Enkel-)Kindern die Ruhestandsentscheidung beeinflussen.

Referenten: Anne Marie Guillemard (Frankreich); John Henretta oder Angela O'Rand (USA); Axel West Pedersen (Norwegen); Eskil Wadensjö (Schweden); Bert de Vroom (Niederlande); Alan Walker oder Bernard Casey (Großbritannien); Ewa Fraczak (Polen)

g) Beruf und Familie als Ressourcen des Lebenslaufs

Beruf und Familie sind wichtige Lebensbereiche, in denen sich Lebensverläufe in den letzten Jahrzehnten stark verändert haben. Dies hat Folgen für die Lebenslaufpolitik des Individuums und der Haushaltsgemeinschaften. Welche Ressourcen und Zwänge sich aus den beiden Bereichen Beruf und Familie im Lebenslauf ergeben, sollte zentraler Gegenstand des Workshops sein. Im Vordergrund stehen insbesondere die zeitliche Dynamik und die Interdependenz der Prozesse im Lebensverlauf.

Geplant ist ein zweitägiger Workshop unter der Federführung des Projekts B6 im Jahre 1999. Eingeladene Gäste: Wim Bernasco (NL), Fabrizio Bernardi (I), Shirley Dex (GB), Anne-Lise Ellingsæter (N), Ewa Fraczak (PL), Martin Kohli (D), Henri Leridon (F), Søren Leth-Sørensen (DK), Félicité des Netumières (F), Wout Ultee (NL), Susan Yeandle (GB).

3.6.2 Druckkosten

Das Publikationsaufkommen im Sfb wird sich erheblich erhöhen, da verstärkt Forschungsergebnisse aus den Längsschnittstudien und Projektzyklen in dieser Forschungsphase zur Publikation anstehen. Die Publikationen werden zum Teil in der Sfb-Reihe "Status Passages and the Life Course" (Deutscher Studien Verlag) erscheinen, zum anderen Teil in anderen Verlagen. Die Druckkostenbeihilfe für die Sfb-Reihe wird bei der Zentralen Geschäftsstelle ausgewiesen, andere Publikationen bei den Teilprojektanträgen. Auf folgende Vorhaben sei hier besonders hingewiesen:

Teilprojekt A1:

- 1999: Heinz, W.R. et al: "*Berufsverlauf und Familiengründung im sozialen Wandel*" (Arbeitstitel) (Sfb-Reihe). In einem Überblick über acht bis zehn Jahre Berufsverlauf von jungen Erwachsenen soll die Frage beantwortet werden, wie sich berufsspezifische Laufbahnen entwickeln und ob und in welcher Wei-

se Strukturmerkmale sozialer Ungleichheit im Lebenslauf kumulieren. Im Mittelpunkt steht das Wechselspiel zwischen Berufsverläufen und Partnerschafts-/Familienbiographien in den krisenhaften Arbeitsmärkten der 90er Jahre

- 1999: Witzel, A. et al: "*Neue Auswertungsstrategien für qualitative Daten*" (Arbeitstitel) (Sfb-Reihe). Ein problem- und weniger "schulen"orientiertes Lehrbuch, das die Erfahrungen mit Techniken und Methoden aus verschiedensten Anwendungsbereichen im Sfb zusammenfaßt und in einer am Forschungsprozeß orientierten Systematik darstellt. Dazu gehören insbesondere: hermeneutische Textinterpretation, Kodierung und Paraphrasierung, Klassifikation und Typenbildung, Gütekriterien, Kombination qualitativer und quantitativer Ergebnisse.

Teilprojekt A3

In diesem Teilprojekt sind zwei Monographien für die Sfb Reihe vorgesehen:

1. Gerhard-U. Dietz, Eduard Matt, Volker Mariak, Karl F.Schumann, Lydia Seus (1998): "Geschlecht - Delinquenz - Stigma. Soziale Konstruktionsprozesse von Abweichung."

Gestützt auf Aktenanalysen und Interviewdaten und ergänzt durch Daten aus der Makro-Erhebung wird die Bedeutung von Darstellungsmustern von Männlichkeit/Weiblichkeit für Rekurse auf Formen abweichenden Verhaltens herausgearbeitet. Stigmatisierungsprozesse in subjektiver Wahrnehmung und im Niederschlag in Strafverfahrensakten werden kontrastiert. Ihre Bedeutung für die Biographiegestaltung und die normale/abweichende Identität wird bestimmt. Diese Ergebnisse der qualitativen Teiluntersuchungen werden auf Makrodaten bezogen.

2. Karl F. Schumann, Volker Mariak, Beate Ehret (1999): "Berufliche Bildung und Delinquenz. Ergebnisse der Bremer Longitudinalstudie über Haupt- und Sonderschulabgänger"

Daten aus 4 Erhebungswellen des Bremer Panels werden benutzt, um die Verläufe der beruflichen Qualifikation und Berufseinmündung im Zusammenhang mit den Verläufen delinquenter Phasen zu beschreiben. Gestützt auf Pfadanalysen, multi-

variate Modelle und Ereignisanalysen wird Grundlagenwissen über die Bedeutung des Berufssektors für Delinquenz (und vice versa) vorgelegt.

Weiterhin sollen publiziert werden: Volker Mariak; Susann Kluge (1997): "Arbeitsmoral und Normalität im Alltag beruflicher Ausbildung: Standpunkte und Handlungsmuster von BerufserzieherInnen".

Um Einblick zu gewinnen in institutionelle Sichtweisen und Handlungsmuster, die Selektionsprozessen in Lehre und Beruf zugrundeliegen, wurden 40 leitfadengestützte Experteninterviews mit BerufserzieherInnen des dualen Systems durchgeführt. Themen waren: Lehrerfahrung, Maßstäbe der Persönlichkeitsbeurteilung, Bewertungs- und Selektionsroutinen innerhalb des dualen Systems, Kontakte mit Kontrollinstanzen wie Jugendamt/Polizei usw. Bei der Auswertung interessierte insbesondere das Spannungsverhältnis eingeforderter Arbeitstugenden zu jugendtypischen devianten Verhaltensweisen Auszubildender am Arbeitsplatz und in der Freizeit sowie selektionslenkende Alltagstheorien der BerufserzieherInnen.

1999 ist ferner ein Ergebnisbericht über die internationale Vergleichsstudie geplant.

Teilprojekt A4

Eine Monographie in der Sfb-Reihe mit dem Titel "Erwerbsverläufe im Umbruch" soll die Ergebnisse des Teilprojekts A4 im Frühjahr 1998 zusammenfassen. Themen des Buches: Theorie der Transformation; empirische Ergebnisse zu Funktionsweisen und Verlaufswegen von Arbeitsmarktprozessen und Familienbildungsprozessen in der späten DDR; Umbau von Berufswegen und Familienbildung im Transformationsprozeß; Konstanz und Diskontinuität von Bewältigungsmustern im Transformationsprozeß; Zukunft der Transformation.

Teilprojekt B1:

Die in diesem Projekt für das Jahr 1997 und 1999 beantragten Zuschüsse dienen der Veröffentlichung der Dissertation eines Projektmitarbeiters, die sich mit einer zentral-relevanten Thematik befaßt (1997), sowie der Publikation der im B1-Zyklus gewonnenen Forschungsergebnisse (1999).

Teilprojekt B6

1997 soll ein Buch zum Thema Homogamie erscheinen, 1998 soll im Anschluß an den Workshop ein Buch zum Thema Soziale Ungleichheit, Haushaltsstruktur und Scheidung erscheinen und 1999 folgt dann ein Buch zum Thema Wohnerwerb und Haushaltskonstellation.

Teilprojekt C1

Anfang 1997 ist eine Publikation im Verlag Edition Sigma vorgesehen (Arbeitstitel: "Die GKV im Wandel gesellschaftlicher Veränderungsprozesse"). Die Veröffentlichung stellt Ergebnisse der derzeitigen Forschungsphase dar. Der Schwerpunkt gilt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Innovationen und Reformmodellen von Krankenkassen.

Teilprojekt C4

Für 1997 sind zwei Publikationen für die Sfb-Reihe vorgesehen: 1. *"Individuelle Handlungsstrategien und institutionelle Steuerung: Gefährdung menschlicher Unversehrtheit und deren gesellschaftliche Regulierung"*. Das - im Manuskript vorliegende Buch - erörtert berufsbiographische, politologische und ökonomische Konzepte des Sfb 186 empirisch an einer elementaren Konstitutionsfrage menschlichen Zusammenlebens. 2. *"Wettbewerb im Gesundheitswesen in den USA und Deutschland. Eine vergleichende Analyse von gatekeeping-Prozessen"*. der Band faßt Ergebnisse eines Workshops zusammen, der Ergebnisse des Sfb zum Institutionenvergleich unter methodischen und institutionsanalytischen Perspektiven diskutiert. Das Manuskript liegt vor.

Das Buch *"Frauengesundheit und social support"* soll 1997 im Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven, erscheinen. Die Monographie wird Ergebnisse des Projekts für die Frauengesundheitsforschung im Bereich public health fruchtbar machen.

1998 soll der Band *"Konflikte zwischen betrieblicher und staatlicher Lebenslaufpolitik und Statuspassagen bei begrenzter Tätigkeitsdauer"* in der Sfb-Reihe erscheinen. Das Buch diskutiert das Konzept des Lebenslaufregimes oder der Lebenslaufpolitik unterschiedlich institutionalisierter Akteure an empirischen Ergebnissen zu Statuspassagen bei begrenzter Tätigkeitsdauer.

Im Jahre 1999 sind zwei Publikationen vorgesehen: 1. *"Statuspassagen in Abstiegskarrieren und Auffangpositionen"* soll in der Sfb-Reihe erscheinen. Das Buch soll die in unterschiedlichen Einzelveröffentlichungen verstreuten Projektergebnisse des gleichnamigen Projekts unter durchgängigen Perspektiven zusammenfassen und auf ihren Ertrag für die Soziologie und Gesundheitswissenschaften hin diskutieren. 2. Das Buch *"Erwerbsverläufe von Pflegenden"* soll im Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven, erscheinen. Ergebnisse des Projekts, insbesondere zur begrenzten Tätigkeitsdauer, sollen hier monographisch an Erwerbsverläufen von Pflegenden vertieft werden.

Teilprojekt D1

Vorbereitet werden für die Jahre 1997 und 1998 zwei größere Monographien, in denen zum einen die quantitativen Ergebnisse, zum anderen die gesellschaftsvergleichenden qualitativen Ergebnisse zusammengestellt werden. Die Publikationen (*"Kommission für 'Rentenquetsche'? Die Rentenverfahren in der Invalidenversicherung und die 'Bereisung' der Landesversicherungsanstalten"* von Lars Kaschke und *"Gestaltungskraft der Prognose. Modellrechnungen in der Invaliditäts- und Altersversicherung 1891-1912"* von Monika Sniegs) werden in der Reihe *"Gesundheit-Arbeit-Medizin"* des Wirtschaftsverlags in Bremerhaven publiziert.

Teilprojekt D3

1997: Lutz Leisering: *"Soziale Ausgrenzung und politische Kultur. Vom Umgang mit Armut in Deutschland"*. Die Forschungsergebnisse des Teilprojekts D3 stellen den herrschenden Umgang gesellschaftlicher Gruppen (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Politiker u.a.) mit Armut in Frage. Wie mit Armut und Ausgrenzung umgegangen wird, verweist auf die Eigenarten der deutschen politischen Kultur. Der Band enthält unveröffentlichte sowie einige veröffentlichte Beiträge des Autors und verknüpft sie zu einer Monographie.

1997: Lutz Leisering (Hrsg.): *"Vom Ende der 'anderen' - Hilfebedürftigkeit in der Risikogesellschaft"*. Das Teilprojekt D3 hat 1994 das Thema *"Entgrenzung von Armut"* in die Diskussion gebracht. Arm sind heute nicht nur "die anderen", die sozialen Randgruppen, sondern Armut reicht als Drohung und vorübergehende Lage bis in die Mittelschicht. Andere neuere Forschungen bzgl. Arbeitslosigkeit, Überschuldung u.a. Risiken deuten in dieselbe Richtung. Der Band bündelt diese

Forschungen, ergänzt um Folgerungen zum Wandel sozialer Hilfen und um einen theoretischen Rahmenbeitrag von Ulrich Beck.

1997: Wolfgang Voges/Greg Duncan (Hrsg.): Dynamic approaches to comparative social research

1998: Jens Dangschat/Wolfgang Voges (Hrsg.): Sozialräumliche Strukturen des Sozialhilfebezugs

Workshops und Konferenzen:

Die Ergebnisse der drei für das Jahr 1998 beantragten projektübergreifenden Workshops und Konferenzen sollen jeweils in einem Band der Sfb-Reihe veröffentlicht werden (1999).

Teilprojekt YE2

Für 1998 ist die Veröffentlichung von Projektergebnissen in Buchform geplant. Diese Monographie wird die erste Darstellung der Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern überhaupt sein.

Teilprojekt Z

1988 soll der Tagungsband "Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research" erstellt werden. 1999 soll eine Monographie zum Thema "Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung" sowie die Publikation "Zur qualitativen Methodologie in der Lebenslaufforschung" erscheinen. Alle drei Bände sollen in der Sfb-Reihe erscheinen.

3.7.2 Aufgliederung und Begründung der sächlichen Verwaltungsaufgaben

	1997	1998	1999
Für Sächliche Verwaltungsausgaben			
- stehen als <u>Grundausstattung</u> voraussichtlich zur Verfügung	4.000	4.000	4.000
- werden als <u>Ergänzungsausstattung</u> beantragt (es entspricht den Summen "Sächliche Verwaltungsausgaben" in Übersicht 3.7)	51.000	104.500	114.900

Notwendige Sachmittel (Reisekosten, Bücher, Vervielfältigungen, Druckkosten, Bürobedarf, Software etc.) für das Teilprojekt Z können nur zum Teil aus der Grundausstattung beschafft werden. Es werden deshalb aus der Ergänzungsausstattung beantragt:

Verbrauchsmittel (522)

Hierzu zählen Büromaterial sowie die **Spezialsoftware** für den Bereich Methoden und EDV, soweit die betreffenden Mittel nicht durch die Grundausstattung zur Verfügung stehen. Die Beschaffung von Standardsoftware wird generell aus Mitteln der Grundausstattung bestritten.

1997 müssen die **Programmpakete Stata und GAUSS (DM 3000,-)** für die statistische Analyse und die **Programmsysteme QSR N.U.D.I.S.T. und WinMax professional (DM 2000,-)** für die Unterstützung qualitativer Datenverwaltung beschafft bzw. upgedatet werden.

Für die Jahre 1998 und 1999 werden darüber hinaus **jeweils 1500,- für notwendige Updates** (SAS, Stata, GAUSS, WinMax) veranschlagt.

Für **weitere Verbrauchsmaterialien** werden **jährlich DM 4000,-** veranschlagt.

1997: DM 9.000

1998: DM 5.500

1999: DM 5.500

Zentrale Geschäftsstelle
und Methodenbereich

Reisekosten (527)

a) Zentrale Geschäftsstelle

Für die Zusammenarbeit mit anderen Instituten und zur Lösung organisatorischer und verwaltungstechnischer Fragen werden Reisen des Sprechers und des Geschäftsführers notwendig sein, für die **jährlich DM 1.500,-** veranschlagt werden.

b) Bereich Methoden und EDV

Für Kooperationsreisen werden benötigt:

1997

zum DIW nach Berlin (SOEP)	DM 700,-
zum "Zentralarchiv für emp. Sozialforschung" (ZA) in Köln	DM 600,-
zum Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)	DM 1.000,-
zu den Sitzungen der Sektion Methoden der DGS	<u>DM 600,-</u>
gesamt	<u>DM 2.900,-</u>

1998

zu ZUMA nach Mannheim	DM 800,-
zum ZA in Köln	DM 600,-
zu den Sitzungen der Sektion Methoden der DGS	<u>DM 600,-</u>
gesamt	<u>DM 2.000,-</u>

1999

zum DIW nach Berlin (SOEP)	DM 700,-
zum "Zentralarchiv für emp. Sozialforschung" (ZA) in Köln	DM 600,-
zum Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)	DM 1.000,-
zu den Sitzungen der Sektion Methoden der DGS	<u>DM 600,-</u>
gesamt	<u>DM 2.900,-</u>

Bücher (512)

Für die Anschaffung methodischer und methodologischer Spezialliteratur aus den Bereichen Soziologie, Psychologie und Ökonometrie werden pro Jahr **DM 500,-** beantragt

Druckkosten (531a)

In der Sfb- Reihe "Status Passages and the Life Course" sollen im Jahr 1997 zwei Bände, 1998 fünf Bände und 1999 drei Bände erscheinen, für die jeweils DM 6.000,- beantragt werden (s.a. Erläuterungen unter 3.6.2).

1997 sind zwei Monographien des Teilprojekts C4 mit DM 6.000,- und DM 4.000,- vorgesehen. Für den Tagungsband "Empirically Based Theory Construction and Qualitative Life Course Research" werden DM 4.000,- veranschlagt.

1998 soll jeweils eine Monographie der Teilprojekte A3, A4 und C4 und Z (DM 6.000,-, DM 4.000,- DM 6.000,-und DM 4.000,-) erscheinen.

1999 sind zwei Monographien des Teilprojekts A1 (jeweils DM 6.000,-) eine Monographie des Teilprojekts A3 (DM 6.000,-), eine Monographie des Teilprojekts C4 (DM 4.000,-) und eine Publikation des Teilprojekts Z (DM 4.000,-) geplant. Weiterhin sind drei Bände mit den Ergebnissen der 1997 vorgesehenen Workshops (jeweils DM 5.000,-) geplant.

insgesamt:

1997:	DM 14.000,-
1998:	DM 20.000,-
1999:	DM 41.000,-

Vervielfältigungen (531b)

1997:	DM 4.000,-
1998:	DM 4.000,-
1999:	DM 4.500,-

Sonstiges (547)

a) Teilprojektübergreifende Konferenzen

1998:

- Methoden zur Analyse qualitativer und quantitativer Längsschnittdaten
DM 16.000,-
- Die Kategorie Beruf in Theorie und Methode
DM 6.000,-
- Lebenslauf, Gesellschaftspolitik und soziale Ausgrenzung
DM 18.000,-
- Transformationsprozeß und sozialer Wandel. 10 Jahre nach der Maueröffnung.
DM 11.000,-

gesamt: DM 51.000,-

1999:

- Betriebliche Alterstrukturen und individuelle Lebensverläufe
DM 9.000,-
- Verrentung im Haushaltskontext
DM 15.000,-
- Beruf und Familie als Ressourcen des Lebenslaufs
DM 15.000,-

gesamt: DM 39.000,-

b) Gastwissenschaftler

Für die Jahre **1997-99** sollen folgende Gastwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen für die Dauer von zwei bis vier Wochen eingeladen werden. Die Kosten belaufen sich **pro Jahr auf DM 20.000,-**.

Für das Jahr **1997** sind Aufenthalte von Prof. Harvey Krahn (University of Alberta, Edmonton, Kanada), Prof. Robert Walker (Loughborough), Prof. Phyllis Moen (Cornell) und Prof. Smuel N. Eisenstad (Tel Aviv/Chicago) geplant.

Für das Jahr **1998** sind Aufenthalte von Prof. Andrew Abbott (Rutgers University), Prof. Neil S. Smelser (Berkeley), Prof. John Hagan (Chapel Hill) und Prof. Alan Walker (Sheffield) geplant.

Für das Jahr **1999** sollen Prof. Amitai Etzioni (George Washington University/Harvard Business School), Prof. Angela O'Rand (Duke University) und Prof. J. Gershuny (Oxford) und Prof. Eskil Wadensjö (Stockholm) eingeladen werden.

3.8 Literatur

- Abbott, Andrew; Hrycak, Alexandra (1990): Measuring Resemblance in Sequence Data: An Optimal Matching Analysis of Musicians' Careers. In: American Journal of Sociology, Vol. 96 Number 1 (Juli 1990), S. 144-185
- Abbott, Andrew; Forrest, John (1986): Optimal Pattern Matching for Historical Sequences. In: Journal of Interdisciplinary History XVI:3 (Winter 1986), S. 471-491
- Barton, A. H. (1955): The Concept of Property-Space in Social Research. In: Lazarsfeld, P.F.; Rosenberg, M. (Hg.): The Language of Social Research. New York; London: The Free Press S. 40-53.

- Buchmann, Marlis; Sacchi, Stefan (1995): Mehrdimensionale Klassifikation beruflicher Verlaufsdaten. Eine Anwendung auf Berufslaufbahnen zweier Schweizer Geburtskohorten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47. Jg. Heft 3, S. 413-442
- Bude, Heinz (1985): Der Sozialwissenschaftler als Narrationsanimateur. Kritische Anmerkungen zu einer erzähltheoretischen Fundierung der interpretativen Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37. Jg., S. 327-336
- Buhr, Petra (1994): Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Coleman, James S. (1986): Microfoundations and Macrosociological Theory. In: Lindenberg, Siegwart; Coleman, James S; Nowak, Steffen (Hrsg.): Approaches to Social Theory. New York: Russell Sage, 345-363
- Erzberger, Christian (1995): Die Kombination von qualitativen und quantitativen Daten. Methodologie und Forschungspraxis von Verknüpfungsstrategien. In: ZUMA Nachrichten 36, S. 35-60
- Gerhardt, Uta (1984): Typenkonstruktion bei Patientenkarrieren. In: Kohli, M.; Robert, G. (Hg.): *Biographie und soziale Wirklichkeit*. Stuttgart: Metzlersche Verlagsbuchhandlung. S. 53-77
- Gerhardt, Uta (1985): Erzählenden und Hypothesenkonstruktion. Überlegungen zum Gültigkeitsproblem in der biographischen Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37. Jg., S. 230-256
- Gerhardt, Uta (1986a): *Patientenkarrieren*. Eine medizinsoziologische Studie, Frankfurt: Suhrkamp
- Gerhardt, Uta (1986b): Verstehende Strukturanalyse. Die Konstruktion von Idealtypen bei der Auswertung qualitativer Forschungsmaterialien. In: Soeffner, H.-G. (Hg.): *Sozialstruktur und soziale Typik*. Frankfurt; New York: Campus. S. 31-83
- Gerhardt, Uta (1991a): Typenbildung. In: Flick, Uwe; u.a. (Hg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung*. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union, S. 435-439
- Gerhardt, Uta (1991b): *Gesellschaft und Gesundheit. Begründung der Medizinsoziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Greenacre, Michael; Blasius, Jörg (Hg.) (1994): Correspondence Analysis in the Social Sciences: Recent Developments and Applications. London: Academic Press
- Greene, William H. (1990): *Econometric Analysis*. 2. Aufl., New York: MacMillan

- Hamerle, Alfred; Tutz, Gerhard (1989): Diskrete Modelle zur Analyse von Verweildauer und Lebenszeiten. Frankfurt/M.; New York: Campus
- Hausman, Jerry; Hall, Brownwyn H.; Griliches, Zvi (1984): Econometric Models for Count Data with an Application to the Patents-R&D Relationship. In: *Econometrica* 52(4): S. 909-938
- Heise, David R. (1991): Event Structure Analysis: a Qualitative Model of Quantitative Research. In: Fielding, Nigel; Lee, Raymond M. (Hg.): *Using Computers in Qualitative Research*. London: Sage, S. 136-163
- Kelle, Udo (1994a): *Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Deutscher Studienverlag, 1994
- Kelle, Udo (1994b): Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. In: Faulbaum, F. (Hg.): *SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4*. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag, 1994. S. 369-376
- Kelle, Udo (1995): Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. In: Maso, I.; Atkinson, P.A.; Delamont, S.; Verhoeven, J.C. (Hg.): *Openness in Research. The tension between Self and Other*. Assen: Van Gorcum, 1995. S. 33-50
- Kelle, Udo (1996a): Konzepte der Theoriengenesse und der Theorientransition bei Karl Popper. Erscheint in: Meleghy, T.; Heyt, F. (Hg.): *Der Einfluss der Wissenschaftstheorie von Sir Karl Popper auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. (Sonderheft der Zeitschrift "Angewandte Sozialforschung")
- Kelle, Udo (1996b): Die Bedeutung theoretischen Vorwissens in der Methodologie der Grounded Theory. In: Böttger, A.; Strobl, R. (Hg.): *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 23-47
- Kelle, Udo (1996c): Computer-Aided qualitative Data Analysis: An overview. In: Harkness, J.; Hoffmeyer, J.H.P.; Zuell, C. (eds): *Text Analysis and Computers. ZUMA Nachrichten Spezial Mai 1996*, S. 33-63
- Kelle, Udo (1996d): Computer-aided Methods for Typification in Qualitative Social Research, *Hauptreferat gehalten auf der Konferenz "Classification, Data Analysis and Knowledge Organisation" in Freiburg, 6. - 8. März 1996*
- Kelle, Udo; Bird, Katherine (1996): An overview of current trends in computer-aided qualitative data analysis. In: Faulbaum, F.; Bandilla, W.(Hg.): *SOFTSTAT '95 - Advances in Statistical Software 5*. Stuttgart: Lucius & Lucius, S. 315-322
- Kelle, Udo; Erzberger, Christian (1995): Verknüpfung quantitativer und qualitativer Forschungsergebnisse: Einige theoretische, methodologische und empirische Voraussetzungen, Vortrag gehalten auf dem Symposium

- "Lebenslaufpolitik - Institutionen und Statusmanagement" in Bremen, 21./22. September 1995
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (1994): Building Typologies and Empirically Grounded Theory Construction. *Vortrag gehalten auf dem Workshop: Empirically based Theory Construction and Qualitative Life Course Research in Bremen*, 17. - 19. November 1994
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1995) "Grau, teurer Freund ist alle Theorie..." Rational Choice und das Problem der Brückenannahmen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47 (2), S. 249-267
- Kelle, Udo; Lüdemann, Christian (1996): Theoriereiche Brückenannahmen? Eine Erwiderung auf Siegwart Lindenberg. Erscheint in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48 (3)
- Kelle, Udo; Prein, Gerald (1994): Validitätsprobleme bei der statistischen Modellbildung mit kleinen Stichproben in der Lebenslaufforschung. In: Fischer, G. C. (Hg.): *Qualitätskriterien der ambulanten medizinischen und pflegerischen Versorgung im Alter*. Gamburg: G. Conrad, S. 34-38
- Kelle, Udo; Prein, Gerald (1995): Threats for validity bei der vergleichenden Analyse von Datensätzen. Ein Vorschlag zur Lösung inferenzstatistischer Probleme. In: *Angewandte Sozialforschung*, 19 (3), S. 239-248
- Kelle, Udo; Prein, Gerald, Bird, Katherine (1995): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage
- Kluge, Susann (1995): "Klassische" und computergestützte Typenbildung im Vergleich: Ein Beispiel aus der Forschungspraxis. Vortrag gehalten auf dem Workshop "Computergestützte Auswertung qualitativer Daten - Praxis, Erfahrungen, Zukunft". MAX-Benutzerkonferenz am 12.-13. Mai 1995 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Manuskript. (Wird erscheinen in: Kuckartz, Udo (1996) (Hg.): *Computergestützte Auswertung qualitativer Daten: Praxis, Erfahrungen, Zukunft*. 1. MAX-Benutzerkonferenz, Berlin)
- Kluge, Susann (1996): Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. Bremen: Unveröff. Arbeitspapier des Methodenbereichs des Sfb 186
- Kuckartz, Udo (1988): *Computer und verbale Daten: Chancen zur Innovation sozialwissenschaftlicher Forschungstechniken*, Frankfurt a.M., Bern, New York, Paris: Lang
- Kuckartz, Udo (1990): Computerunterstützte Suche nach Typologien in qualitativen Interviews. In: Faulbaum, Frank; Haux, Reinhold; Jöckel, Karl-Heinz (Hg.): *Fortschritte der Statistik-Software 2. SOFTSTAT '89*, 5. Konferenz über die wissenschaftliche Anwendung von Statistik-Software, Heidelberg 1989. Stuttgart, New York: Gustav Fischer, S. 495-502

- Kuckartz, Udo (1995a): Case-Oriented Quantification. In: Kelle, Udo; Prein, Gerald; Bird, Katherine (Hg.): *Computer-Aided Qualitative Data Analysis. Theory, Methods and Practice*. London: Sage, S. 158-166
- Kuckartz, Udo (1995b): *WinMAXprofessionell. Computerunterstützte Textanalyse*. Handbuch zu MAX für WINDOWS professionelle Version 96. Berlin
- Lazarsfeld, P. F. (1937): Some Remarks on the Typological Procedures in Social Research. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*. VI. Jg., S. 119-139.
- Lazarsfeld, P. F.; Barton, A. H. (1951): Qualitative Measurement in the Social Sciences. Classification, Typologies, and Indices. In: Lerner, D.; Lasswell, H.D. (Hg.): *The Policy Sciences*. Stanford: Stanford University Press. S. 155-192.
- Lederer, Brigitte; Hudec, Marcus: *Computerunterstützte Inhaltsanalyse. Ein Modell für die Printmedien*. Frankfurt/M.; New York: Campus
- Ludwig, Monika (1994): *Armutskarrieren zwischen sozialem Abstieg und Aufstieg. Eine soziologische Studie über Lebensverläufe und soziales Handeln von Sozialhilfeempfängern*. Dissertationsschrift, Bremen
- Mariak, Volker; Kluge, Susann (1996): *Arbeitsmoral und Normalität im Alltag beruflicher Ausbildung*. Standpunkte und Handlungsmuster von BerufserzieherInnen. Weinheim: Deutscher Studienverlag (in Vorbereitung)
- Petersen, Trond (1990): Analysing Continuous State Space Failure Time Processes: Two Further Results. In: *J. Math. Sociol.* 10, S. 247-256
- Petersen, Trond (1993): Recent Advances in Longitudinal Methodology. In: *Annual Review Sociol.* 1993. 19, S. 425-454
- Pohlmeyer, Winfried; Ulrich, Volker (1995): An Econometric Model of the Two-Part Decisionmaking Process in the Demand for Health Care. In: *The Journal of Human Resources*, Vol. XXX, Nr. 2, S. 338-361
- Prein, Gerald (1996): Interpretative Methodologie und Computer. Kann EDV-gestützte Datenverwaltung Validitätsprobleme qualitativer Forschung lösen?. In: Böttger, A.; Strobl, R. (Hg.): *Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 93-110
- Prein, Gerald; Kelle, Udo (1994): Estimation of Beta-error in Multivariate Modeling with Small Samples. In: Faulbaum, F. (Hg.): *SOFTSTAT '93 - Advances in Statistical Software 4*. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag, S. 559-566
- Prein, Gerald; Kelle, Udo (1996): How to cope with small samples in longitudinal data analysis? In: Voges, W.; Wagner, G.; Duncan, G.: *Looking for Changes in other Societies. Use of Longitudinal Data for Comparative Social Research*. New York: Campus/St. Martin's Press (in Vorbereitung)

- Prein, Gerald; Kluge, Susann; Kelle, Udo (1994): *Strategien zur Sicherung von Repräsentativität und Stichprobenvalidität bei kleinen Samples*. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 18, 2. Aufl. (1. Aufl.: 1993)
- Prein, Gerald; Kelle, Udo; Kluge, Susann (1993): *Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren*. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 19, 1993
- Procter, Michael; Abell, Peter (Hg.) (1985): *Sequence Analysis*. Aldershot: Gower
- Ragin, Charles (1995): Using Qualitative Comparative Analysis to Study Configurations. In: Kelle, U; Prein, G.; Bird, K. (Hg.): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage, S.177-189
- Richards, Thomas, Richards, Lyn (1995): Using Hierarchical Categories in Qualitative Data Analysis. In: Kelle, U; Prein, G.; Bird, K. (Hg.): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage, S.81-95
- Roller, Edeltraud; Mathes, Rainer; Eckert, Thomas (1995): Hermeneutic-classificatory content analysis. In: Kelle, U; Prein, G.; Bird, K. (Hg.): *Computer-aided Qualitative Data Analysis. Theories, Methods and Practice*. London: Sage, S.167-176
- Sankoff, David; Kruskal, Joseph B. (Hg.) (1983): *Time Warps, String Edits, and Macromolecules: The Theory and Practice of Sequence Comparison*. Reading, Mass.: Addison-Wesley
- Strobl, Rainer; Böttger, Andreas (Hg.) (1996): *Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews*. Baden-Baden: Nomos.
- Tuma, Nancy B.; Hannan, Michael T. (1984): *Social Dynamics: Models and Methods*. Orlando, Fla.: Academic Press
- Voges, Wolfgang; Prein, Gerald (1995): Typification in Poverty Dynamics Research: Constructing Typologies of Welfare Recipients. Vortrag auf der internationalen Konferenz "Visualization of Categorical Data", 17.-19.5.95 in Köln (Ms.; erscheint in: Greenacre, Michael; Blasius, Jörg (Hg.): *Visualization of Categorical Data*)
- Winkelmann, Rainer; Zimmermann, Klaus F. (1991): *Count Data Models for Demographic Data*. Mathematical Population Studies, München: Volkswirtschaftliche Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität
- Winkelmann, Rainer (1994): *Count Data Models: Econometric Theory and an Application to Labor Mobility*. Berlin, Heidelberg: Springer

4. Ordnung

4. Ordnung für den Sonderforschungsbereich "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" der Universität Bremen

Die folgende Ordnung für den Sonderforschungsbereich "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" ist von den Mitgliedern des Sfb am 11. 4. 1988 beschlossen und vom Akademischen Senat der Universität und vom Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst bestätigt worden.

§ 1

Kennzeichnung und Aufgabe des Sonderforschungsbereichs

- (1) Die Universität Bremen bildet den Sonderforschungsbereich (Sfb) "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" gemäß Paragraph 76 BremHG und nach den Richtlinien des Wissenschaftsrats und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
- (2) Der Sfb ist mittelbewirtschaftende Stelle für die ihm zugewiesenen Haushaltsmittel und für die eingeworbenen Drittmittel; er entscheidet über die Verwendung der ihm aus dem Haushalt oder aus den Drittmitteln zugewiesenen Stellen und sonstigen Personalmittel.
- (3) Der Sfb ist eine Forschungseinrichtung der Universität im Themenbereich von Statuspassagen und Risikolagen zwischen den Systemen der Familie, Ausbildung, Erwerbsarbeit und sozialen Sicherung. Der Sfb setzt sich die fachübergreifende Integration insbesondere der Forschungsgebiete des Berufs und der Berufsbildung, des Arbeitsmarkts, des Lebenslaufs, des abweichenden Verhaltens, der Sozialgeschichte und Sozialpolitik zur Aufgabe. Er fördert die Zusammenarbeit der beteiligten Wissenschaftler/innen und Forschungsgruppen, initiiert wissenschaftliche Kontakte im In- und Ausland, sorgt für einen effizienten Einsatz der vorhandenen Forschungsmittel und für die Umsetzung der Forschungsansätze und -ergebnisse in die universitäre Lehre.
- (4) Der Sfb koordiniert die Forschungsprojekte der am Sonderforschungsbereich beteiligten Wissenschaftler/innen. Zum Zeitpunkt der Einrichtung des Sfb handelt es sich dabei um Projekte von Mitgliedern der Fachbereiche "Human- und Sozialwissenschaft", "Rechtswissenschaft", "Arbeits- und Bildungswissenschaften" und "Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften", "Geographie, Geschichte und Soziologie" und der Zentralen wissenschaftlichen Einrichtung "Arbeit und Betrieb".

§ 2

Organisation und Arbeitsweise des Sfb

- (1) Der Sfb gliedert sich in Teilprojekte, die in Projektbereichen zusammengefaßt sind.
- (2) Der Sonderforschungsbereich besitzt folgende Gremien und Organe:
 1. Mitgliederversammlung
 2. Vorstand
 3. Sprecher/in
- (3) Mitglied des Sfb ist jede/r Wissenschaftler/in, der/die
 - ein abgeschlossenes Hochschulstudium aufweist und
 - einer Teilprojektgruppe angehört, die ein vom Sfb beantragtes und von der DFG bewilligtes Forschungsvorhaben bearbeitet oder
 - die wissenschaftliche Koordination/Geschäftsführung des Sfb wahrnimmt.

Die sonstigen Mitarbeiter/innen und die studentischen Hilfskräfte des Sfb sind Mitglieder des Sfb ohne Stimmrecht.

- (4) Auf Vorschlag des Vorstands können auch andere Wissenschaftler/innen der Universität sowie anderer Forschungseinrichtungen, die mit dem Forschungsprogramm verwandte Themen bearbeiten, durch Beschluß der Mitgliederversammlung als Mitglieder aufgenommen werden.
- (5) Die Mitglieder sind verpflichtet, zur Förderung der Aufgaben des Sfb sich gegenseitig zu beraten und zu unterstützen und an der Verwaltung der Angelegenheiten des Sfb mitzuwirken. Die Mitglieder sind berechtigt, alle gemeinsamen Einrichtungen des Sfb im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.
- (6) Die Kolloquien, in denen Ergebnisse aus den Teilprojekten des Sfb vorgestellt werden, und die Vortragsveranstaltungen finden universitätsöffentlich statt.
- (7) Die Mitgliedschaft im Sfb endet, wenn das Mitglied seinen Austritt aus dem Sfb beim Sprecher schriftlich anzeigt. Die Beendigung der Mitgliedschaft kann auch auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung mit einer Stimmenmehrheit von 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 3 Abs.4 beschlossen werden. Wissenschaftler/innen, die in

einem von der DFG bewilligten Teilprojekt tätig sind, können nicht aus dem Sfb ausgeschlossen werden.

§ 3

Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das Diskussions- und Beschlußgremium des Sfb. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung. Die sonstigen Mitarbeiter/innen und die studentischen Hilfskräfte des Sfb haben in der Mitgliederversammlung Anwesenheits- und Mitspracherecht.
- (2) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 1. Beschlußfassung über die Ordnung des Sfb
 2. Wahl des Sprechers/der Sprecherin und seines Vertreters/ihrer Vertreterin
 3. Wahl des Vorstands
 4. Beschlüsse über den Beginn und die Beendigung von Sfb-Mitgliedschaften
 5. Beratung und Entscheidung über alle vom Vorstand vorgelegten Fragen zur Mittelverteilung und Terminplanung
 6. Beratung und Entscheidung über das wissenschaftliche Programm und die Aufnahme und Änderungen von Teilprojektanträgen
 7. Beratung und Entscheidung über programmändernde Finanzierungsmaßnahmen während des laufenden Förderungszeitraums.
- (3) Die Mitgliederversammlung tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen. Auf Antrag des Vorstands oder der Mehrheit der Mitglieder eines Projektbereichs ist die Mitgliederversammlung binnen 14 Tagen einzuberufen.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß mit Tagesordnung geladen sind und die Mehrheit der Teilprojektgruppen durch Mitglieder anwesend ist.
- (5) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Jede Teilprojektgruppe hat eine Stimme; wenn in der Teilprojektgruppe keine Mehrheit zustande kommt, stimmt der/die Projektleiter/in ab.

§ 4

Sprecher/in

- (1) Die Mitgliederversammlung wählt jeweils eine/n Professor/in als Sprecher/in und als stellvertretende/n Sprecher/in für die Dauer von zwei Jahren; sie müssen Projektleiter sein.
- (2) Der/die Sprecher/in hat folgende Aufgaben:
 1. Er/sie führt die laufenden Geschäfte des Sfb im Rahmen der Beschlüsse des Vorstands und der Mitgliederversammlung in eigener Zuständigkeit.
 2. Er/sie ist verantwortlich für die Koordination der Geschäftsführung des Sfb mit der DFG und der Verwaltung der Universität Bremen. Insbesondere veranlaßt er/sie bei der Verwaltung der Universität Bremen die Mittelanforderung bei der DFG und die Zuweisung der Mittel.
 3. Er/sie berichtet den Mitgliedern über die Tätigkeit des Vorstands und die allgemeine Entwicklung des Sfb.
 4. Er/sie führt den Vorsitz im Vorstand und in der Mitgliederversammlung; er/sie ruft beide Organe zu den Sitzungen ein.
 5. Er/sie vertritt den Sfb innerhalb der Universität Bremen und nach außen.
 6. Er/sie ist Vorgesetzter der wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter/innen des Sfb.

§ 5

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem/der Sprecher/in des Sfb, seinem/ihrer Stellvertreter, je einem/r Projektleiter/in aus jedem Projektbereich, einem/r akademischen Mitarbeiter/in und je einer/m beratenden Vertreter/in der sonstigen Mitarbeiter/innen und der studentischen Hilfskräfte. Die Projektbereiche können sich durch einen/eine Projektleiter/in aus einem anderen Projektbereich vertreten lassen. Der/die Geschäftsführer/in ist Mitglied des Vorstands. Für den/die Vertreter/in der akad. Mitarbeiter/innen im Vorstand haben die beschäftigten akademischen Mitarbeiter/innen das Vorschlagsrecht.
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Wahl ist nur gültig, wenn sämtliche Mitglieder unter Angabe des Gegenstandes geladen sind und die Mehrheit der Teilprojekt-

gruppen durch Mitglieder anwesend ist. Die beratenden Vertreter/innen der sonstigen Mitarbeiter/innen und der studentischen Hilfskräfte werden in gesonderten Versammlungen von diesen Gruppen gewählt.

- (3) Der Vorstand handelt nach Maßgabe der in der Mitgliederversammlung festgelegten Richtlinien. Er hat folgende Aufgaben:
 1. Entwicklung des wissenschaftlichen Programms und seine Koordination
 2. Koordination der Arbeit zur Erstellung von Finanzierungsanträgen und Forschungsberichten
 3. Organisation von Sfb-Veranstaltungen
 4. Verteilung der Mittel nach dem Gesichtspunkt des bestmöglichen Einsatzes unter Einhaltung aller Bewilligungsbestimmungen.
- (4) Der Vorstand tritt mindestens viermal im Jahr zusammen. Auf Antrag eines Vorstandsmitglieds ist eine Vorstandssitzung binnen 14 Tagen einzuberufen.
- (5) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.
- (6) Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Vorstandsmitglieder gefaßt.
- (7) Der Vorstand gibt der Mitgliederversammlung jährlich einen Rechenschaftsbericht. Er hat die Mitglieder des Sfb über seine Arbeit regelmäßig zu informieren.
- (8) Der Vorstand kann aufgrund finanzieller oder haushaltsrechtlicher Bedenken bzw. muß aufgrund von Einwänden von mindestens zwei Teilprojekten die Mitgliederversammlung veranlassen, über einen bereits gefaßten Beschluß ein weiteres Mal zu verhandeln.
- (9) Der Vorstand ist befugt, anstelle der Mitgliederversammlung dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen. Er hat hiervon die Mitgliederversammlung in der nächsten Sitzung in Kenntnis zu setzen.

§ 6

Anträge und Berichte

- (1) Anträge und Berichte an die Deutsche Forschungsgemeinschaft werden von der Mitgliederversammlung beraten und verabschiedet.
- (2) Die Aufnahme neuer Teilprojekte in den folgenden Finanzierungsantrag muß ein Jahr vor Beginn der nächsten Förderungsperiode bei dem/der Sprecher/in beantragt werden, der/die den Antrag der Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorlegt.
- (3) Änderungen von Teilprojekten, die das Thema und den/die Teilprojektleiter/in betreffen, bedürfen der Zustimmung der Mitgliederversammlung.
- (4) Die Abfassung von Anträgen und Berichten wird vom Vorstand koordiniert nach Terminplänen, die von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Die Teilprojektleiter sind verantwortlich für die ihre Teilprojekte betreffenden Anteile.

§ 7

Schlußbestimmungen

Diese Ordnung tritt nach Genehmigung durch den Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst mit Beginn der Förderung des Sfb durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Kraft.

Teilprojekte des Sfb 186

A1	Berufliches Statusmanagement und Familiengründung (Heinz)	73
A3	Integrationsrisiken bildungsbenachteiligter junger Erwachsener (Schumann)	109
A4	Berufsverläufe im sozialen Wandel (Weymann/Sackmann)	149
B1	Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel (Krüger/Born)	191
B6	Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich (Blossfeld)	231
C1	Gesundheitliche Risikolagen (Müller)	279
C4	Erwerbsverläufe und relative Gesundheit (Behrends)	319
C5	Frühverrentung versus Altersteilzeitarbeit (Schmähl)	355
D1	Risikobiographie und Sozialversicherungsverfahren (1933-1957) (Milles)	397
D3	Sozialhilfedynamik zwischen Lebenslaufpolitik und gesellschaftlichem Wandel (Leibfried/Voges)	435
YE 2	Sozialhilfedynamik in den neuen Bundesländern (Olk)	471
Z	Zentrale Geschäftsstelle und Bereich Methoden und EDV (Heinz)	505